

Engagement im Wandel - Wandel durch Engagement: Eine Ethnografie der Geflüchtetenhilfe in Leipzig 2015/2016

Adamitz, Stefanie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Dissertation / phd thesis

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Adamitz, S. (2022). *Engagement im Wandel - Wandel durch Engagement: Eine Ethnografie der Geflüchtetenhilfe in Leipzig 2015/2016*. (Kultur und soziale Praxis). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839463369>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Stefanie Adamitz

ENGAGEMENT IM WANDEL – WANDEL DURCH ENGAGEMENT

Eine Ethnografie der Geflüchtetenhilfe
in Leipzig 2015/2016

[transcript] Kultur und soziale Praxis

The bottom half of the cover features a vibrant, abstract composition of various geometric shapes. These include circles, squares, triangles, and rectangles in a wide array of colors such as yellow, pink, teal, dark blue, white, and brown. The shapes are scattered and overlap, creating a dynamic and modern visual effect against the solid red background.

Stefanie Adamitz
Engagement im Wandel – Wandel durch Engagement

Stefanie Adamitz, geb. 1985, hat Ethnologie und Galloromanistik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg studiert. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind interdisziplinäre Flucht- und Migrationsforschung, politische Anthropologie sowie die Zivilgesellschaft in (Ost-)Deutschland.

Stefanie Adamitz

Engagement im Wandel - Wandel durch Engagement

Eine Ethnografie der Geflüchtetenhilfe in Leipzig 2015/2016

[transcript]

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.), vorgelegt der Philosophischen Fakultät I, Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Datum der mündlichen Verteidigung: 12.07.2021

Gutachterinnen: Prof. Dr. Lale Yalçın-Heckmann, Prof. Dr. Asta Vonderau

Die Veröffentlichung wurde durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert.

**Hans Böckler
Stiftung** ■■■



The EOSC Future project is co-funded by the European Union Horizon Programme call INFRAEOSC-03-2020, Grant Agreement number 101017536

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch das Projekt EOSC Future.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Stefanie Adamitz**

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-6336-5

PDF-ISBN 978-3-8394-6336-9

<https://doi.org/10.14361/9783839463369>

Buchreihen-ISSN: 2703-0024

Buchreihen-eISSN: 2703-0032

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Einführung	7
1. Freiwilliges Engagement erforschen:	
Fragestellung und Methodik	13
1.1 Fragestellung: Engagement im Wandel, Wandel durch Engagement	15
1.2 Dynamiken im Feld und Implikationen für das Forschungsdesign	16
1.3 Zugang als Forscherin und Rollen im Feld	34
1.4 Analytischer Zugang zum sich wandelnden Feld	44
1.5 Gliederung des Buches	55
2. Leipzig: Konstitution und Wandel asylpolitischer Felder, Diskurse und Policies	59
2.1 Leipziger Asylpolitik im Kontext <i>glokaler</i> Diskurse und Policies	61
2.2 Öffnung des asylpolitischen Feldes vor 2015	73
2.3 Der Beginn der Engagementbewegung in Leipzig 2015	77
2.4 Zwischenfazit: Analyse eines sich ausweitenden politischen Feldes	89
3. Freiwilliges Engagement als politische Partizipation	91
3.1 Probleme der Definition und Erhebung von Engagement	92
3.2 Heterogenität des Engagements im Feld	103
3.3 Kategorisierungen des Engagements in der Fluchtforschung	117
3.4 Zwischenfazit: Politische Partizipation als Ausdruck <i>des Politischen</i>	124
4. Die Koordination von Engagement als <i>Assembling</i>-Prozess	127
4.1 Die Rolle des Engagements im Staat:	
Neuverhandlungen des Subsidiaritätsprinzips	128
4.2 Koordinierung des Engagements in der Geflüchtetenhilfe in Leipzig	142
4.3 Institutionalisierung von Ehrenamtskoordination	147
4.4 Zwischenfazit: Koordination von Engagement als empirisches Sichtfenster	157

5. Engagement zwischen Haupt- und Ehrenamt:	
Aufgabenunklarheiten und Professionalisierung	159
5.1 Die Aufgaben der kommunalen Asylverwaltung und die Rolle des freiwilligen Engagements darin	160
5.2 Beispiel »Kontaktstelle Wohnen«	169
5.3 Effekte der finanziellen Abhängigkeit <i>Freiwilliger Aufgaben</i>	171
5.4 Professionalisierung: Spezialisierung durch <i>learning by doing</i>	176
5.5 Zwischenfazit: Aufgabenunklarheit in strukturellen Versorgungslücken.....	180
6. Engagement und Integration zwischen Gegenwart und Zukunft: Fördermittel, Politik und Visionen im Wandel	183
6.1 Zur Integrationspolitik in Leipzig und Sachsen.....	186
6.2 Die Rolle der Fördermittelvergabe bei der Etablierung von Strukturen in der Geflüchtetenhilfe	196
6.3 Zukunft von Integrationsprozessen: Visionen und Forderungen von Freiwilligen.....	205
6.4 Zwischenfazit: Integration zwischen Gegenwart und Zukunft	211
7. Engagement in bestehenden Gruppen:	
Strategien und Grenzen von Integrationsprozessen	213
7.1 Strategien politischer Einflussnahme.....	214
7.2 Kirche als Begegnungsort?	218
7.3 Politische Teilhabe des Migrant*innenbeirats	228
7.4 Zwischenfazit: Engagement für Geflüchtete in der Gesellschaft	235
8. Fazit: Grenzen des Engagements	237
8.1 Assemblage: Öffnungs- und Abgrenzungsprozesse politischer Felder	240
8.2 Politische Partizipation: Mehr Raum für <i>das Politische</i>	245
8.3 Über die Grenzen hinaus: Zukunftsvisionen in der Gegenwart	249
Personenverzeichnis	255
Bibliografie	259
Dank	291

Einführung

Im Sommer 2015, in der Fluchtforschung häufig als »langer Sommer der Migration« (Hess et al. 2016) bezeichnet, erreichten Fluchtmigrationsbewegungen,¹ vor allem ausgelöst durch den Krieg in Syrien und des Scheiterns des Arabischen Frühlings (vgl. ebd.: 7), die Europäische Union (EU). Ein innerhalb der EU besonders hoher Anstieg der Zuwanderungszahlen in Deutschland geht auf die politische Entscheidung der Grenzöffnung und Nichtanwendung der Dublin-III-Verordnung² vom 04.09.2015-10.11.2015 zurück. Der historische Höhepunkt der bundesweiten Asylanträge (722.370) beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) folgte verzögert im Jahr 2016 (vgl. Bogumil, Kuhlmann und Proeller 2019: 9). Danach sanken die Zahlen beträchtlich. Grund dafür war ein politisches Nachjustieren der Zuwanderung, »vor allem [durch] die Schließung der sog. Balkanroute und dem EU-Türkei-Abkommen von 2016« (ebd.: 9). Zu Beginn entstand eine durch den Ausspruch »Wir schaffen das« der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel symbolisierte Euphorie der Aufnahmebereitschaft und *Willkommenskultur*. Doch bereits im September 2015 wurden auch asylkritische Stimmen laut. In Deutschland entwickelte sich zunehmend eine ambivalente Stimmung gegenüber Geflüchteten und ihrer Aufnahme in der Bevölkerung (vgl. Foroutan 2020). Deutschland gehört den-

-
- 1 Die Unterscheidung zwischen Flucht- und Migrationsbewegung trägt in der Praxis häufig zu einer Kategorisierung von Wanderungsursachen bei, die 1. in dieser eindeutigen Trennung nicht immer vorgenommen werden kann und die 2. innerhalb von Diskursen über die Legitimation der Aufnahme dieser Menschen benutzt wird. Es ist nicht mein Anliegen, in diesem Punkt eine Unterscheidung zu treffen. Die heterogene Zuwanderungsbewegung muss und kann an dieser Stelle nicht klassifiziert werden. »Flucht als Bestandteil von Migration zu begreifen, verweist stattdessen auf die fließenden Übergänge, die die Ausprägungen verschiedener Migrationsbewegungen miteinander verbinden« (Müller 2010: 20).
 - 2 »Die sogenannte Dublin-III-Verordnung vom 26.06.2013 legt Regelungen zur Bestimmung des Mitgliedstaates fest, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Dies erfolgt im sog. »Dublin-Verfahren«. Die Verordnung ist am 19.07.2013 in Kraft getreten und hat damit die Dublin-II-Verordnung (343/2003) abgelöst. Sie gilt in den Staaten der Europäischen Union sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz« (Informationsverbund Asyl & Migration o.J.).

noch zu den Staaten, die in den folgenden fünf Jahren die meisten Geflüchteten weltweit aufnehmen sollten (vgl. ebd.).³

Sechs Jahre später, im Jahr 2021 initiierte der Satz »2015 darf sich nicht wiederholen« eine erste mediale Rückschau auf die Ereignisse rund um die Flucht migrationsbewegungen von 2015. Der Kanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) äußerte diesen Satz im August 2021 anlässlich der Gewalt in Afghanistan und der damit verbundenen Forderungen nach der Aufnahme von Geflüchteten nach Deutschland. Es wurde deutlich: Immer noch ist das Diskussionspotenzial riesig, ob 2015 das Jahr der *Flüchtlingskrise* oder der *Willkommenskultur* ist. Der Diskurs hält auch im Herbst 2021 an, wo Geflüchtete an der polnisch-belarussischen Grenze in den Wäldern ausharren. Das Jahr 2015 ist Sinnbild und Kristallisationspunkt für offene Fragen der Ausrichtung deutscher Asylpolitik geworden.

2015 war ein Jahr der Gleichzeitigkeiten und Ambivalenzen. Von den intensivsten asylrechtlichen Verschärfungen seit Anfang der 1990er Jahre bis zur Initiierung von umfassenden Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete, die es vorher in der Form nicht gegeben hat. Von vielfältiger und spontaner Soforthilfe für Geflüchtete bis zu den aufkommenden normativen Fragen der langfristigen Aufnahme jener Menschen in die Gesellschaft. Breite Teile der Gesellschaft waren mit großen und kleinen Fragen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten konfrontiert und die unterschiedlichsten Erfahrungen haben große und kleine Wandel in Gang gesetzt. Wie könnte 2015 da nicht zu einer heterogenen, schwammigen Erinnerungsfigur werden? Grund genug, der Debatte einen qualitativen ethnografischen Blick hinzuzufügen. Dieses Buch beschäftigt sich mit der Frage, was das Jahr 2015 einerseits für die kommunale Asylpolitik, andererseits für die involvierte Zivilgesellschaft bedeutete. So wird am ethnografischen Beispiel der Stadt Leipzig aufgezeigt, wie die individuelle und die organisierte Hilfe für Geflüchtete sowohl Engagementstrukturen als auch darüberhinausgehende überlokale Diskurse von ›Integration‹ und Abschottung kurzfristig und langfristig veränderten. Gleichzeitig zeigt es auf, wie politische Felder und Engagementstrukturen auf sogenannte Krisen reagieren. Was passiert, wenn weder Expertise noch Infrastrukturen vorhanden sind und kein vorgefertigter Plan existiert? Was können wir aus dieser Krise lernen?

Angesichts der Komplexität und Langfristigkeit von Zuwanderungsprozessen wird durch den medialen Fokus auf das Jahr 2015 vor allem das initiale Ereignis des Grenzübertretes in den Mittelpunkt gestellt. Der Fokus auf die Handlungen der Grenzübertretenden übersieht die Entwicklungen im Inneren der deutschen Politik und Gesellschaft. Während 2015 nicht viel mehr als Nothilfe und schnelle Reaktionen auf die Hilfesuchenden möglich war, wurde insbesondere das Folgejahr das entscheidende, in dem sich Strukturen etablierten und Improvisationen

3 Laut UNHCR belegt Deutschland den 5. Platz mit 1,1 Mio. Geflüchteten (UNHCR 2020).

zu fruchtbaren Erfahrungen führten, in dem die Weichen der Integrationspolicies in Deutschland neu gestellt wurden. 2015 ist nicht ohne 2016 denkbar und andersrum. Der Satz von Armin Laschet bezieht sich also vor allem auf die Zuwanderungsbewegung – und lässt außer Acht, was sich danach verändert hat.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen untersuche ich in der vorliegenden Studie die Transformationen der Asylpolitik auf kommunaler Ebene in Leipzig. Meine zwölfmonatige Feldforschung begann zum Höhepunkt der Zuweisungen nach Leipzig Ende des Jahres 2015 und endete im Oktober 2016. Ich nutzte diesen besonderen Moment um die damit verbundenen asylpolitischen Aushandlungen ethnografisch dicht in einer Art Zeitraffer, den der rasante Anstieg der Zuweisungszahlen bewirkte, zu untersuchen. Der Fokus der Studie liegt auf dem Wandel in den Engagementstrukturen und dem Wandel, den dies wiederum in der Asylpolitik bewirkt. Zivilgesellschaftliches Engagement wird dabei als immanenter Teil des (asyl-)politischen Feldes betrachtet.

Um im Rahmen der vorliegenden ethnografischen Studie möglichst viele verschiedene Perspektiven einzubeziehen, führte ich Interviews mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteur*innen der Leipziger Geflüchtetenhilfe und unternahm eine teilnehmende Beobachtung als Freiwillige in der Geflüchtetenhilfe. Durch diese Methodenvielfalt war es mir möglich, die Lebenswelten der Freiwilligen aus verschiedenen Perspektiven kennenzulernen, um diese in unterschiedlichen Dimensionen zu kontextualisieren und ein holistisches Bild darzustellen. Aufgrund der im Feld existierenden Vielfalt und Individualität der Akteur*innen möchte ich hier jedoch auch darauf hinweisen, dass auch diese Arbeit nur einen Ausschnitt darzustellen vermag, der sich mir aufgrund meiner Positionierung im Feld und trotz der möglichst heterogenen Auswahl der Untersuchungsfelder und Interviewpartner*innen so ergeben hat.

Durch meine vorherige freiwillige Arbeit im Feld war ich mit grundlegenden Fragestellungen, die das Spannungsfeld Ehrenamt – Hauptamt, sowie im Besonderen die Anforderungen freiwilliger Arbeit mit Geflüchteten betrifft, vertraut. Seit dem Sommer 2015 nahm ich wahr, dass diese Themen mehr und mehr Menschen in meinem Umfeld beschäftigten, weil sie im Kontext eines Engagement-Booms zunehmend in Kontakt damit kamen. Ich war seit drei Jahren selbst ehrenamtlich in einer Unterkunft für Geflüchtete aktiv und bemerkte die gesteigerte öffentliche Brisanz und die komplexen Veränderungen sowohl der freiwilligen Tätigkeiten als auch ihrer institutionellen Einbettung und politischen Bedeutung. Zahlen für Deutschland belegen, dass das Engagement im Bereich der Hilfe für Geflüchtete schon seit 2011 parallel zu den Zuweisungszahlen kontinuierlich steigt (vgl. Karakayali und Kleist 2016: 7). Karakayali und Kleist zeigen in ihrer Studie über Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland jedoch auf, dass das Engagement für Geflüchtete 2015 seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte (ebd.: 5). Sie sprechen sogar von einer »Massenbewegung« (ebd.:

5).⁴ Doch, während diese Zahlen von einem vorübergehenden Phänomen sprechen, zeige ich in der Arbeit auf, dass das Engagement nachhaltige Veränderungen mit sich brachte. Zivilgesellschaftliches Engagement wurde von einem Nischenthema zu einem divers und breit diskutierten gesellschaftlichen *und* (alltags)politischen Thema. Die Frage der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten beschäftigte *erstens* nicht mehr nur einen Kreis von Aktiven, die sich für asylpolitische Themen und menschenrechtliche Fragen der Unterbringung einsetzten, sondern wurde zu einem überall in der Stadt sichtbaren und verhandelten Thema. *Zweitens* wurden angesichts der anhaltend unzumutbaren Situation in Syrien auch ein Integrationsdiskurs auf Geflüchtete ausgeweitet.

Der Begriff *Integration* ist aufgrund seiner unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten nicht unproblematisch. Ich beziehe mich diesbezüglich auf die Definition Friedrich Heckmanns. Dieser diskutiert und definiert den Begriff in seinem Buch »*Integration von Migranten*« (2015) wie folgt: »Integration ist der Mitgliedschaftserwerb von Zuwanderern in den Institutionen, sozialen Beziehungen und sozialen Milieus der Aufnahmegesellschaft [...]. Sie ist ein [...] wechselseitiger, wenngleich nicht gleichwertiger Prozess, der über Generationen verläuft« (2015: 82). In dieser Arbeit verwende ich den Begriff grundsätzlich in diesem Verständnis der »Mitgliedschaftswerdung« (ebd.: 21). »Hieraus lässt sich eine zweiseitige Bringschuld ableiten, die nicht nur die geflüchteten Menschen in die Pflicht nimmt« (Sauer und Vey 2019: 4). Im Gegenteil dazu richte ich in dieser Arbeit den Blick vor allem auf die integrationsbezogenen Institutionen und Handlungen der schon dagewesenen Menschen in Deutschland. Heckmann unterscheidet zwischen »Integration als Geschehen und Prozess« einerseits und Integration als »Ergebnis und Zustand« andererseits (Heckmann 2015: 78). Diese Unterscheidung ist in Bezug auf meine Forschung insofern interessant, als Integrationsziele zum Beispiel in Förderrichtlinien oder Integrationskonzepten häufig aus der Perspektive des gewünschten *Ergebnisses* formuliert wurden, während die Handlungen von Freiwilligen sich mit dem *Prozess* der Integration auseinandersetzten und diesen Weg zum Ergebnis mitgestalteten.

Heckmann unterscheidet weiterhin zwischen »Integration als Sozialintegration« und »Integration als Systemintegration« (2015: 72). Sozialintegration bezieht

4 Die Erhebungen einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bestätigen dies. Es haben »[s]eit 2015 55 Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge in Deutschland in irgendeiner Weise unterstützt, sei es durch Sach- und Geldspenden, durch öffentliche Fürsprache in Leserbriefen und Unterschriftenaktionen oder durch aktive Hilfen. Davon haben 36 Prozent in den zurückliegenden Jahren Hilfe geleistet; aktuell [Stand Nov. 2017] sind noch 19 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Weise unterstützend tätig. Unter den aktuellen Unterstützerinnen und Unterstützern sind 11 Prozent aktive Helferinnen und Helfer« (Institut für Demoskopie Allensbach 2017: 8).

sich auf das Individuum und »wird verstanden als die Eingliederung individueller Migranten in die Institutionen und Beziehungen der Aufnahmegesellschaft« (ebd.: 72). »Integration als Systemintegration thematisiert die Folgen der Migration für die Integration des sozialen Systems Gesamtgesellschaft« (ebd.: 72). Im Forschungszeitraum sind beide Bedeutungen relevant, da ich sowohl die individuelle als auch die institutionelle Ebene betrachte und Integration und Engagement für Integration als gesamtgesellschaftliche, nicht nur beispielsweise der politischen Sphäre zugeordnete, Prozesse verstehe.

Der Begriff der Integration, so wird im Laufe der Arbeit zunehmend deutlicher werden, wird hier in den unterschiedlichsten Ausprägungsformen als gesamtgesellschaftliche *Öffnungsbewegung* verstanden. Analytisch wird diese den verschiedenen gesellschaftlichen *Abschottungsbewegungen* entgegengestellt, die gleichzeitig existieren. Abschottung bedeutet in meinem Forschungskontext, asylpolitische Policies und Diskurse vom gesellschaftlichen Leben in Hinblick auf Macht, Wissen aber auch Alltagserfahrungen zu trennen, wie dies zum Beispiel lange Zeit durch die Unterbringung in wenigen großen Unterkünften an den marginalisierten Randorten der Stadt Leipzig verwirklicht war. Ich werde ausführlich darlegen, dass Asylpolitik nicht nur in einem abgeschotteten asylpolitischen Feld entsteht und existiert. Dafür arbeite ich mit den theoretischen Konzepten des politischen Feldes nach Bourdieu und in Abgrenzung dazu der Assemblagen nach Manuel DeLanda, sowie Aihwa Ong und Stephen J. Collier. Diese theoretische Diskussion untermauert die empirischen Befunde darüber, was es in der Praxis bedeutete, wenn mehr Menschen in politische Geschehnisse involviert werden, wenn sie sich aktiv an asylpolitischen alltäglichen Problemlagen und Erfahrungsfeldern beteiligen. Die explorative Frage dieses Buches: »Wie haben freiwillig Engagierte auf die Zuwanderung reagiert?« mündet daher auch in die Feststellung, dass Gesellschaft und Asyl(politik) weitaus stärker als vor 2015 zusammen funktionieren, und dass in der Folge auch die Untersuchungsmethoden politischen Engagements neu ausgerichtet werden müssen.

1. Freiwilliges Engagement erforschen: Fragestellung und Methodik

Eine der ersten Stationen während meiner Feldforschung war die Sachspendenzentrale Leipzig. Dies ist eine zentrale Sammelstation für Sachspenden in Leipzig, die Ende 2015 vom Flüchtlingsrat Leipzig e.V. und der Johanniter-Akademie koordiniert wurde (vgl. LVZ 12.09.15). Nur zwei Tage nachdem ich mich dort als Freiwillige meldete, konnte ich mit der ersten Arbeitsschicht beginnen. Ich stand inmitten von Kisten in einem umfunktionierten, alten Straßenbahnhof. Die folgende Vignette verdeutlicht, wie Improvisation und Wandel in der Praxis sichtbar wurden.

Es ist der 20. November 2015. Ich stehe zusammen mit fünf weiteren neuen freiwilligen Helfer*innen in der Halle des Straßenbahnhofs Leipzig Leutzsch, die seit dem 17.09.2015 als Sachspendenzentrale fungiert. Die gesamte Halle ist voll mit Kartons, Klamotten und Menschen, die die Kleidungsstücke sortieren oder gerade zielstrebig etwas hin und her tragen. Antje,¹ eine Mitarbeiterin der Sachspendenzentrale begrüßt uns und erklärt: »Die eine Aufgabe hier ist, die Kleidung zu sortieren. Die andere ist, das System zu erhalten.« (Antje 20.11.15)

Danach beschreibt sie uns, wie dieses »System« funktioniert. Es besteht vor allem darin, jede Pappkiste mit der vorgegebenen Kategorisierung (z.B. Frauen – Pullover – 38) entsprechend ihrem Inhalt zu kennzeichnen und an dem dafür vorgesehenen Ort möglichst exakt auf die bereits vorhandenen Kisten derselben Kategorie zu stapeln. Auf diese Weise durchlaufen die unsortierten Sachspenden für Asylsuchende, die am Eingang der Halle abgegeben werden können, erst eine Vorsortierung und dann eine Zuordnung in die Gliederung des »Systems«. Ziel ist, dass die Spenden genau abgestimmt auf die Bedarfsanforderungen aus den Unterkünften herausgegeben werden können.

1 Alle Namen meiner Informant*innen sind anonymisiert. Klarnamen werden nur für Personen des öffentlichen Lebens sowie bei Verwendung von ohnehin öffentlich zugänglichen Informationen verwendet. Diejenigen Gesprächspartner*innen, die ich mehrmals und ausführlicher zitiere, sind im Personenverzeichnis aufgelistet.

Die fünf anderen Freiwilligen und ich sind hier, um bei der Sortierung zu helfen. Sie haben sich, so wie ich, über ein Internetportal für diese Schicht eingetragen. Jeden Tag kommen Freiwillige zum ersten Mal hierher. Beim Betreten der Halle war ich beeindruckt und überwältigt von diesem beträchtlichen Kartonhaufen, doch Antjes etwa halbstündige Einweisung in das »System« veränderte meinen Blick. Nach meinen ersten fünf Arbeitsstunden an diesem Tag war ich in der Lage, eine Skizze der Halle in mein Feldtagebuch zu zeichnen, in der ich die Position der verschiedensten Spendenartikel markieren konnte. Der Haufen war auch für mich zu einem System geworden.

Was mich beeindruckt hat, ist eine so effiziente Logistik, die auf alles nicht absolut Notwendige verzichtet. Das »System« funktioniert ohne Regale, das exakte Stapeln der Kisten improvisiert Ablageflächen bis in die Höhe. Ein paar Zettel an der Wand markieren die Standorte bestimmter Arten von Kleidung. Alle Kleidungsstücke werden nach diesen Vorgaben kategorisiert. Auf dem Platz unter dem Schild für die Pullover für Frauen in Größe 38 liegen jeden Tag neue Pullover in anderen Kisten, aber sie enthalten in der Regel genau diese Art von Pullover. Die Halle wird nach dieser zeitweiligen Umfunktionierung wieder ohne weiteres in den Ursprungszustand versetzt werden können. Freiwillige können binnen kürzester Zeit effizient anfangen mitzuhelfen, der Rest ist *learning by doing*.

Dieses effiziente »System«, in das eine hohe Anzahl von Menschen schnell eingebunden werden konnte, um Hilfe zu leisten, ist nur eine Szenerie im Herbst 2015. Hier, wie an anderen Orten und in anderen Begegnungen in Leipzig beobachtete ich Improvisation, die Umnutzung von Räumen und die Erschaffung von neuen Ordnungssystemen, durch die neue Kategorisierungen, Organisationsformen und Expertise entstanden sowie eine schnelle Einbindung von Freiwilligen und die Pluralisierung und Planung des Engagements. Dies sind sichtbare Effekte der komplexen Veränderungen in der kommunalen Asylpolitik nach der stark gestiegenen Zahl von asylsuchenden Menschen. Andere Facetten dieser neu gewachsenen Strukturen sind Unordnung, Unplanbarkeit und das Nichtwissen, die die Entwicklungen prägten. Nicht aus allen Ansätzen der Problemlösung sind dauerhafte Strategien geworden, nicht alle Bedarfe wurden gleich abgedeckt, nicht alle Freiwilligen fanden gleich eine Aufgabe. Die Verwaltung von Unterbringung und Versorgung Asylsuchender sowie die Verwaltung des freiwilligen Engagements in diesem Feld befanden sich in einem krisenhaften ungeordneten Zustand.

In dieser Arbeit untersuche ich, wie Freiwillige mit ihrem Engagement auf diesen krisenhaften Zustand reagierten und dadurch strukturelle Lücken ausfüllten. Mein Fokus liegt darauf, wie der kurz- und langfristige Einsatz dieser Menschen für die Versorgung Geflüchteter sowohl die Praxis von »Ehrenamt« als auch Strukturen des asylpolitischen Feldes erweiterte. Gleichzeitig zeugen Unklarheiten und Konflikte in dieser auf freiwilliger Hilfe gründenden Unterstützungsformen von einer Spannung ihrer institutionellen und diskursiven Einbettung gegenüber staatli-

chen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Ich untersuche daher die politische, institutionelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einbettung des Engagements in ihrem wechselseitigen Wandel mit den Strukturen, in denen es stattfindet.

1.1 Fragestellung: Engagement im Wandel, Wandel durch Engagement

Für diese Arbeit ergibt sich daraus ein komplexes Untersuchungsfeld, das sich insbesondere mit Gegenständen anthropologischer Migrations-, Stadt- und Politikforschung sowie mit sozialwissenschaftlicher Engagement- und Fluchtforschung überschneidet. Dabei betrachte ich zwei zentrale Themenfelder: Erstens beschreibe ich das sich wandelnde *Engagement zwischen Ehrenamt und politischer Partizipation*. Ich zeige auf, welche Grenzen die Zuordnungen zu bestehenden Kategorisierungen von Engagement haben und diskutiere den institutionellen und diskursiven Platz, den das heterogene Praxisfeld einnehmen kann. Zweitens zeige ich auf, dass diese Praxen in sich verändernden politischen Feldern stattfinden und dass sie diese Veränderungen mitdefinieren. Ich diskutiere hier *Asylpolitik als sich öffnendes Feld*, wobei ich einen nicht-linearen ungleichförmigen Wandel beobachtete, der gerade in seiner Unordnung und Ungleichzeitigkeit zu Konflikten führte.

Dadurch wird deutlich, dass es gilt, *Konstitution und Wandel* auf den unterschiedlichen Ebenen zu analysieren: Erstens auf der diskursiven, zweitens auf der institutionellen und drittens auf der individuellen Ebene. Welche Rolle spielen die Engagementpraxen jeweils auf diesen Ebenen und wie werden diese von wem verhandelt?

Erstens untersuche ich auf der diskursiven Ebene relevante Policies wie *Willkommenskultur* sowie Verwaltung und Integration von Geflüchteten in ihren Praxen vor Ort, sowie die Kategorisierungen der Engagementpraxen als ›politisches‹ oder ›unpolitisches‹ Handeln.² Dabei ist jeweils relevant, in welcher Beziehung Engagement dabei zur ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Sphäre konstruiert wird.

Zweitens betrachte ich auf der institutionellen Ebene etablierte und sich etablierende Institutionen zur Prüfung und Planung des Engagements, sowie zum *Matching*, der Zuordnung von Engagement und Hilfsbedarf. Außerdem geht es um die Klärung der Verhältnisse von Top-down und Bottom-Up Prozessen im Feld, wobei die von mir benutzten Analysemethoden (Policy-Analyse, *Assemblage Theory*, *Stategraphy*) einen starken Bottom-Up Bezug haben. Damit betone ich die Ausweitung politischer Felder, die sich besonders in der Einbeziehung von mehr Akteur*innen im asylpolitischen Feld widerspiegelt. Ich betrachte in dem Kontext die

2 In der Arbeit setze ich Begriffe in einfache Anführungsstriche, um sichtbar zu machen, dass ich diese als konstruierte Entitäten bzw. als eine soziale Kodierung verstehe.

Vermischung sozialer und politischer Felder sowie die Etablierung und Finanzierung von Engagement.

Drittens besteht der ethnografische Kern der Arbeit darin, die Heterogenität, Individualität und Entwicklung des Engagements auf einer individuellen Ebene aufzuzeigen und damit die Grenzen und Möglichkeiten des Engagements zu analysieren. Die Bedeutung von Beziehungen, Netzwerken und Schlüsselfiguren wird herausgestellt und somit zivilgesellschaftliche Handlungen neu in sich ausweitenden Feldern situiert. Dazu gehören auch individuelle Bezüge zu Vergangenheit und Zukunft, die in der Gegenwart zu komplexen Handlungsmotiven führen.

1.2 Dynamiken im Feld und Implikationen für das Forschungsdesign

Diese Studie untersucht den Wandel von freiwilligem Engagement und seiner Einbettung in die kommunalen Asylstrukturen. Dem zugrunde liegt ein Verständnis von Wandel als nicht-linearer und heterogener Entwicklungs- und Anpassungsleistung an neue Situationen und Gegebenheiten. Ein solcher Wandel produziert ambivalente und heterogene Dynamiken auf den unterschiedlichen Untersuchungsebenen. Bevor ich in Kapitel 1.3 darauf eingehe, was dies für die Herangehensweise meiner ethnografischen Forschung bedeutete, möchte ich diese Dynamiken im Feld zunächst skizzieren, sowie in einer Review über Flucht- und Partizipationsforschung darstellen, wie solche Dynamiken interpretiert und analysiert wurden, welche Erkenntnisse gewonnen wurden und wo Forschungslücken bestehen.

1.2.1 Krise und Wandel erforschen

Zwei entscheidende Dynamiken, die gleichzeitig im Feld existierten, waren kurzfristige Umwälzungen und krisenhafte Momente einerseits und langfristige Umstrukturierungen und Wandlungsprozesse andererseits. Der Wandel hängt, wie eingangs beschrieben mit der rasant steigenden Zuwanderungszahl von Geflüchteten in der zweiten Jahreshälfte 2015 zusammen. Dieser Anstieg wurde oftmals als Krise oder als krisenauslösend gedeutet. Während die einen von einer *Flüchtlingskrise* redeten, und dadurch diskursiv eher die Zuwanderung selbst problematisierten, hoben andere mit der Bezeichnung *Verwaltungskrise* eher die Probleme in den deutschen Institutionen der Aufnahme hervor. In diesem Buch soll jedoch weder Zuwanderung problematisiert werden noch migrantische Handlungspraxen in den Mittelpunkt der Analyse gestellt werden. Ich möchte diese Entscheidung kurz theoretisch in die Debatte der Migrationsforschung einbetten.

1.2.1.1 Erkenntnisse aus der Migrationsforschung

Wie die Sozial-Anthropologinnen Nina Glick-Schiller und Ayşe Çağlar für die ethnologische Migrationsforschung in Städten diskutiert haben, stellen Migrant*innen nur einen, aber nicht den entscheidenden zu analysierenden Teil von Flucht-migrationsprozessen dar. In ihrem Sammelband »*Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants*« (2011) weisen sie damit zusammenhängend auf die Bedeutung von Städten als lokales Untersuchungsfeld globaler Migrationsprozesse hin. »Migration, when considered locally, is a part of this global restructuring and reimagining of urban life.« (2011: 2)³ Die institutionelle und gouvernementale Einbettung der Agency von Migrant*innen wurde jedoch divers diskutiert. Beispielsweise wurde im Kontext eines angepassten Regime-Ansatzes insbesondere die Agency von Migrant*innen betont, um so der Erforschung von Kontroll- und Abschottungsmechanismen eine weitere Perspektive hinzuzufügen (Karakayali und Tsianos 2005; vgl. Hess und Tsianos 2004: 11f.; vgl. Hinger, Schäfer und Pott 2016: 434f.; vgl. Müller 2010: 33f.; siehe Kapitel 4.1.2). Diese ist im Kontext von sozial konstruierten Grenzen und damit auch in den »sozialen Dynamiken und Kräfteverhältnissen«, denen sie »unterliegen«, verortet. Dazu gehört Migration selbst auch (Hess und Tsianos 2004: 11; vgl. Hess und Tsianos 2010: 247f.). Der Fokus dieser Perspektive liegt deutlich auf der »*Autonomie der Migration*« (Moulier Boutang 1998). Çağlar und Glick-Schiller (2011b) kritisieren diesen Ansatz in ihrem Aufsatz »*Wider die Autonomie der Migration*«, weil er Migration »als soziales Phänomen« nicht analytisch aufgreife. Sie sagen,

»Sobald die ethnische Gruppe zur Analyseeinheit wird, wird der Ausgangspunkt von Handlungen, Sehnsüchten und von Dynamiken sozialer Interaktionen und Bindungen (einschließlich transnationaler) innerhalb migrantischer Kultur verortet und an eine imaginierte Gruppenidentität gebunden.« (Glick-Schiller und Çağlar 2011b: 148)

Die Autorinnen argumentieren dafür, Migrationsprozesse »als integralen Bestandteil von und Beitrag zu sozialen, historischen und politischen Prozessen zu untersuchen« (2011b: 148). Diese Diskussion über die Agency von Migrant*innen in der Einleitung einer Arbeit, die die Handlungen von Freiwilligen in den Fokus stellt, dient der Argumentation für die Untersuchung von Prozessen und Strukturen der *aufnehmenden* Gesellschaft für das Verständnis komplexer gesamtgesellschaftlicher Migrations- und Integrationsdynamiken. Die Grenzen von Migration und Integration als nicht statisch und als Gegenstand gesamtgesellschaftlicher Verhandlungen

3 Sie kritisieren damit ein Verständnis von der Stadt als Kontext im Sinne von »containers that provide spaces in which migrants settle and work« (2009: 177). Stattdessen betrachten sie Migrant*innen als »residents of cities and actors within and across space rather than as aggregated ethnic communities« (Glick-Schiller und Çağlar 2011a: 3).

zu betrachten bedeutet, beispielsweise die Frage der Integration nicht abhängig vom Verhalten der Migrant*innen zu machen, sondern sie durch den Blick auf die Handlungen *aller* Involvierten zu untersuchen. Unter Beachtung meines eigenen Standpunktes als Forscherin (vgl. Kapitel 1.3) soll dies in dieser Arbeit mit dem Fokus auf die *Aufnahmegesellschaft*, nicht auf Fluchtmigrant*innen, untersucht werden. Indem ich die strukturellen und individuellen Unterstützungsstrukturen und die Grenzen ihrer Konstituierung analysiere, nehme ich die Mechanismen, die diese Gesellschaft entwickelt, um Fluchtmigrant*innen aufzunehmen und Mitglied werden zu lassen, in den Fokus. Dass Integration, im Sinne von »Mitgliedschaftswerdung« (Heckmann 2015: 21) ein zentrales Thema auch in der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten wurde, zeigte sich besonders auf kommunaler Ebene, wo Menschen zu Nachbar*innen der neuen zugewiesenen Geflüchteten wurden. Während Unterbringung und Verwaltung von Geflüchteten in Deutschland eher als eine bürokratische Konstruktion der Nicht-Mitgliedschaft organisiert ist, die symbolisch für eine Container-Logik gesehen werden kann, zeige ich auf, dass auch Freiwillige durch ihre Handlungen diese Policies in Frage stellten. Dieser Wandel von System- und Sozialintegration hat einen Wandel in der *aufnehmenden* Gesellschaft bewirkt und wurde auch von dieser getragen.

1.2.1.2 Erkenntnisse aus der Krisenforschung

Nach diesen Ausführungen zum Forschungsfokus aus migrationsethnologischer Perspektive, möchte ich mich nun der Erforschung von Krisen selbst widmen. Der Begriff *Verwaltungskrise*, der wie beschrieben eher auf die Prozesse und Strukturen der deutschen Gesellschaft und Institutionen abzielt, verdeutlicht, dass auch hier – wie zum Beispiel auch in durch Naturkatastrophen ausgelösten Krisen – die nun sichtbaren Symptome der Krise auf bisher nicht-sichtbares Fehlfunktionieren oder Unzulänglichkeiten in der Organisation einer Gesellschaft hindeuten. Wie auch die ethnologische Erforschung von Krisen schon mehrfach aufgezeigt hat, lassen sich Abweichungen von gewohntem und normiertem Verhalten oder Abläufen insbesondere infolge von krisenhaften Momenten gut beobachten, da sie wie ein Katalysator die ohnehin bestehenden Asymmetrien einer Gesellschaft sichtbar machen (vgl. Dorondel und Popa 2018: 131; vgl. Ackerman 2007; vgl. Jung 2013). Krisen und Notfälle stellen Ausnahmesituationen dar, die auch aufzeigen, dass sich ein Bild von Ordnung und Normalzustand entwickelt hatte (Calhoun 2013: 46f.). Die Unordnung und Irritationen dienen auch als empirische Sichtfenster in das was eine Gesellschaft als »gegeben« oder »selbstverständlich« für sich angenommen hatte.

Neben den tatsächlichen Umwälzungen in solchen Ausnahmeständen spielen innerhalb solcher Momente auch jene diskursiven Prozesse eine Rolle, die die Ereignisse kategorisieren und bestimmte Handlungsstrategien legitimieren (vgl. Ophir 2013: 62f.). Auch die beiden Begriffe *Flüchtlingskrise* vs. *Verwaltungskrise* sind

Beispiele für solche Kategorisierungsversuche. Gegenwärtig werden solche diskursiven Strategien im Umgang mit Krisen zum Beispiel auch in der politischen und gesellschaftlichen Verhandlung der Klimakrise sichtbar. Angela Merkel sagte auf der Klima-Konferenz 2019: »Politik ist das, was möglich ist.« (Birnbaum und Ismar 2019) Die damalige Bundeskanzlerin argumentierte damit für das Einhalten einer bestehenden Ordnung, die in diesem Fall durch junge demonstrierende Menschen und Wissenschaftler*innen in Frage gestellt wurde. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass sich in Krisen neben den Unordnungsprozessen auch solche Dynamiken verstärken, die (wieder) eine Ordnung herstellen wollen. Ich zeige in der Arbeit auf, dass und inwiefern zwischen all diesen Harmonisierungs- und Deharmonisierungs-Prozessen eine wechselseitige Beziehung besteht (vgl. DeLanda 2006: 12).

Gleichzeitig gibt es bestimmte traditionale gesellschaftliche Lösungsstrategien, auf die Menschen in Krisen zurückgreifen. Der Zusammenhang von Krisenmoment und Wandel, den eine Gesellschaft daraufhin unternimmt, ist also kein arbiträrer oder essenzieller. So ist auch die breite Engagementbewegung im Forschungszeitraum nicht aus einem gesellschaftlichen Vakuum heraus entstanden. Hamann und Karakayali (2016) zeigen auf, dass mehrmals in der Geschichte in Phasen gehäufte Zuwanderung von Geflüchteten deren Versorgung maßgeblich oder unterstützend von Freiwilligen begleitet wurde. Als Beispiele führen sie die Weltkriege, die Aufnahme vietnamesischer Geflüchteter in Westdeutschland in den 1970ern sowie in den 1990er Jahren die Aufnahme der vom Balkankrieg fliehenden Menschen an (vgl. Hamann und Karakayali 2016: 74). Will man diskutieren, was das Engagement für Geflüchtete für die Asylpolitik bedeutet, dürfen diese bestehenden gesellschaftlichen Institutionen nicht in der Analyse vernachlässigt werden. All diese Überlegungen stützen auch für mein Forschungsfeld und meine Forschungsfrage die oben beschriebenen migrationsethnologischen Überlegungen von Nina Glick-Schiller und Ayşe Çağlar.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Krisen und Wandlungsprozessen Erkenntnisse über die immanenten Kategorisierungen, Selbstverständnisse und Neuordnungsstrategien in einer Gesellschaft gewonnen werden können. Daher lässt sich fragen: Was bedeutete nun *diese Flüchtlingskrise* für das Engagement und für die Asylpolitik? Für die Beantwortung dieser Frage habe ich Diskurse und Policies in Bezug auf die Themen Zuwanderung, Abgrenzungsmechanismen und gewachsene Integrationsgedanken in Deutschland, Sachsen und Leipzig untersucht. Ich zeige im Folgenden auf, wie diese im *glokalen* Forschungsfeld sichtbar wurden und stelle die Dynamiken in einem Phasenverlauf dar, in dem ich auch meine Forschung situiere.

1.2.2 Dynamiken im globalen Untersuchungsfeld erforschen

Anthropologische Stadt-, Politik- als auch Migrationsforscher*innen sahen sich Anfang der 1990er Jahre komplexen Veränderungen sozialer Organisation und Wandel gegenüber. Wie oben schon am Beispiel der Migrationsforschung in der Stadt beschrieben, führte die wachsende Erkenntnis über globale Zusammenhänge auch zu neuen Forschungsmethoden. Im Kontext der sogenannten »urban question« wurde daher nach der Situierung des urbanen Raumes und urbaner Prozesse innerhalb globaler Entwicklungen, Hierarchien und Netzwerke gefragt (Brenner 2011: 27f.). Sowohl die »Eigenlogik« (Berking und Löw 2013) der Städte samt historischer Transformationen (vgl. Brenner 2011: 26) als auch ihre globale Verwobenheit in Wettbewerbsstrukturen und ökonomischen Prozessen etc. wurden dadurch sichtbar.

Im Folgenden diskutiere ich die demografischen Dynamiken der Zuweisung nach Leipzig, sowie die Herausforderungen und Veränderungen in der Asylverwaltung im Kontext überlokaler Prozesse. Leipzig als globales Untersuchungsfeld zu betrachten, meint, die lokalen empirischen Befunde mit globalen Dynamiken zu verknüpfen. Blickt man auf die Zuweisungszahlen asylsuchender Menschen nach Leipzig, erscheinen diese auf den ersten Blick als ein zeitlich begrenztes, kurzfristiges Phänomen. Das folgende Säulendiagramm (Abb. 1) verdeutlicht dies. Auf den ersten Blick fällt vor allem der extreme Anstieg der Zuweisungen nach Leipzig im Jahr 2015 auf.

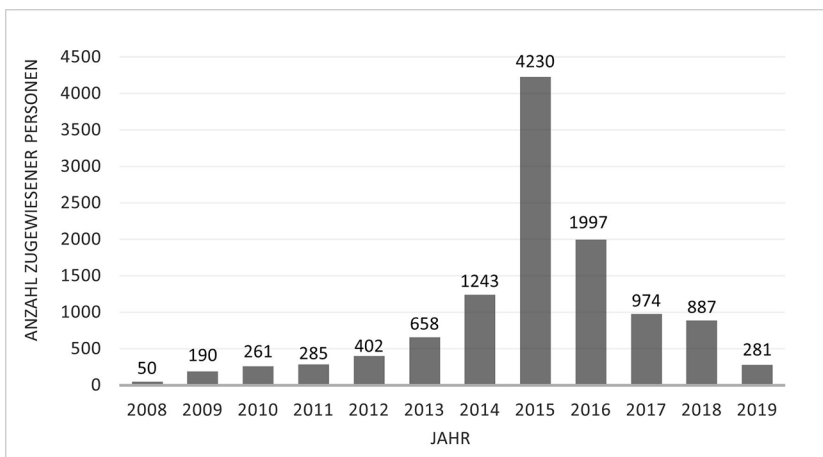
Auf den zweiten Blick wird jedoch auch deutlich, dass die Zuweisungszahlen schon ab 2009, zunächst langsam, und nach 2012 exponentiell bis zu einem weit herausragenden Höhepunkt der Zuweisungen im Jahr 2015 steigen. Nach diesem Anstieg sinken die Zahlen ebenso drastisch wie sie gestiegen sind.

Die Zahlen für Leipzig spiegeln dabei auch die bundesweiten Entwicklungen wider. Sie stellen einen demografischen Rahmen für die Entwicklungen in der Hilfe für Geflüchtete dar. Bestehende Verwaltungsorgane und -abläufe, Infrastrukturen sowie Haupt- und Ehrenamtliche der bestehenden kommunalen Asylstrukturen mussten in Hinblick auf die Zuwanderung anpassen. Seit 1990 gab es erhebliche Schwankungen. Diese hängen eng mit politischen Entscheidungen vor allem auf nationaler und europäischer Ebene zusammen: Nach dem sogenannten *Asylkompromiss*, einer Verschärfung der Asylgesetzgebung 1992, sank die Anzahl der Asylanträge in Deutschland beträchtlich. Dies hängt damit zusammen, dass dem Grundgesetz der Artikel 16a und damit die sogenannte *Drittstaatenregelung* hinzugefügt wurde.⁴ Daraus folgte, dass über den Landweg keine legale Flucht mehr in die BRD

4 In Absatz 2 heißt es, dass ein politisch Verfolgte kein Asyl beantragen können, wenn sie »aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreis[en], in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

möglich war. Die Kategorisierung von Drittstaaten als »sichere Herkunftsstaaten« war fortan ein rechtliches Instrument, durch das immer wieder Zuwanderung reguliert werden sollte (Hanewinkel und Oltmer 2017). Nachdem 2009 und 2010 die Visumpflicht für die eigentlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft Balkanländer (außer dem Kosovo) ausgesetzt wurde, flüchteten vermehrt Menschen aus diesen Gebieten nach Deutschland und beantragten Asyl (vgl. ebd.). Dies führte zu dem erneuten Anstieg der Zuwanderungszahlen nach 2009.

Abbildung 1: Anzahl zugewiesener Personen nach Leipzig 2008-2019.



Eigene Darstellung auf Basis der Zahlen aus den Informationsvorlagen der Stadt Leipzig.⁵

Die zwei Phasen – Anstieg und Absinken der Zuweisungszahlen – spiegeln sich in den institutionellen Abläufen der Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen vor Ort wider. In der Phase des Anstiegs berichten Angestellte asylpolitischer Institutionen in Leipzig von Notsituationen in der Verwaltung der Unterbringung ab 2012, die mit vorhandenen asylbezogenen Verwaltungsstrukturen kompensiert werden sollten. Betrachtet man beispielsweise den scheinbar seichten Anstieg von 258 Zuweisungen im Jahr 2011 auf 402 Zuweisungen im Jahr 2012 genauer, so wird deutlich, dass 144 Menschen mehr versorgt und untergebracht

und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist« (§16a Abs. 2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland).

5 Diese sind im Forschungszeitraum monatlich unter dem Titel »Aktueller Sachstand und weitere Planungen für die Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig« veröffentlicht wurden und im Ratsinformationssystem der Stadt online unter <https://ratsinfo.leipzig.de/einsehbar> sind.

wurden, was in diesen kleinen Zahlendimensionen schon einen Anstieg auf etwa 155 % bedeutete (der sich im darauffolgenden Jahr dann bei schon überlasteten Strukturen nochmal wiederholte). Stellt man sich diese bereits vorhandene Überlastungssituation vor, bekommt man einen ersten Eindruck davon, was die Zuweisungszahlen von 2015 in den städtischen Asylstrukturen ausgelöst haben müssen. Der Versuch, weiter im Normalmodus zu operieren war für die meisten Akteur*innen ab August 2015 endgültig gescheitert.

Neben dem Anstieg fällt auch das starke Absinken der Zahlen nach 2015 auf. Dies hängt damit zusammen, dass die Dublin-III-Verordnung nur für kurze Zeit (knapp über zwei Monate) außer Kraft gesetzt wurde, wodurch die Einreise nach Deutschland zum Zwecke des Asylgesuchs über den Landweg asylrechtlich gesehen wieder unmöglich geworden ist.

Das Ansteigen und Absinken der Zuwanderungszahlen sind die sichtbaren Effekte politischer Zuwanderungsregulierung die sich im Forschungszeitraum ebenso wie auch die Gesetze zur Integration von Geflüchteten veränderten. Über die in asylpolitischen Verhandlungen neu eingeführte Kategorisierung der Asylbewerber mit und ohne »gute Bleibeperspektive«⁶ wurden auf nationaler Ebene zwischen 2014 und 2017 im Bereich der Asylgesetzgebung einerseits die »weitreichendsten Verschärfungen des Asylrechts seit Inkrafttreten des ›Asylkompromisses‹ 1993« verabschiedet (Hanewinkel und Oltmer 2017).⁷ Andererseits wurden insbesondere für Asylsuchende mit »guter Bleibeperspektive« »auch Maßnahmen ergriffen, um die Integration von Schutzberechtigten in Deutschland zu beschleunigen« (Hanewinkel

6 Dieser Begriff bezieht sich auf die anzunehmende Verweildauer des Asylsuchenden in Deutschland. In einer Antwort auf die Anfrage von Brigitte Pothmer, erläuterte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Günter Krings am 12. Oktober 2015: Es »wird von einer guten Bleibeperspektive ausgegangen, wenn ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Bei Asylbewerbern, die aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylverfahrensgesetzes (neu) stammen, wird vermutet, dass ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt nicht zu erwarten ist. Ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt ist grundsätzlich zu erwarten, wenn ein Asylbewerber aus einem Herkunftsland stammt, das eine Schutzquote von über 50 Prozent aufweist« (Deutscher Bundestag 2015: 31).

7 »So sollen Asylbewerber ›ohne Bleibeperspektive‹ bis zum Ende des Asylverfahrens in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen und dort nur Sachleistungen erhalten. Subsidiär Schutzberechtigte [Personen, denen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention keine Flüchtlingseigenschaft zugewiesen wurde, die aber im Falle einer Rückkehr dennoch einen ernsthaften Schaden gemäß der Richtlinie 2011/95/EU, z. B. Todesstrafe erwarten würden; eigene Hinzufügung] dürfen zudem bis 2018 keine Familienangehörigen nach Deutschland nachholen. Darüber hinaus ist die Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitert worden und es sind mehrere Gesetze zur Erleichterung von Abschiebungen in Kraft getreten« (Hanewinkel und Oltmer 2017).

kel und Oltmer 2017).⁸ Durch diese rechtliche Unterscheidung entstand eine Lücke in den Zugängen zu staatlichen Integrationsangeboten für diejenigen *ohne vs. mit* »guter Bleibeperspektive«. Die Grenzen der Teilhabe an der Gesellschaft, die aufgrund dieser rechtlichen Lage entstanden, wurden durch Freiwillige kompensiert. Dies spiegelt eindrucksvoll die auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen sichtbare Ambivalenz zwischen Forderungen nach einer *Willkommenskultur* auf der einen und Forderungen nach einer »Abschiebe«- bzw. »Abschiedskultur« (Mesovic 2017: 10) für Geflüchtete auf der anderen Seite wider.

Ebenfalls deutlich wird auch die Parallelität der rechtlichen Eingrenzungsprozesse Anfang der 1990er Jahre und rund um 2015/2016. Was dieses Mal anders war, sind die angesprochenen Verbesserungen im Bereich der Integration für Geflüchtete. Integration wurde nun auch im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten als bedeutsames Thema anerkannt. Dies wurde beispielsweise durch den Erlass dementsprechender Integrationsgesetze und -richtlinien im Nachgang der Fluchtmigration 2015/2016 sichtbar. Dies hängt, so meine These, letztendlich auch mit den Veränderungen im asylpolitischen Feld zusammen. Dessen Akteur*innen nahmen die oben geschilderten Ambivalenzen wahr und verhielten sich gegenüber diesen Policies. Dies führte dazu, dass die »jahrzehntelang ignorierte[n] Widersprüche« zwischen den Kategorisierungen der Abgrenzung gegenüber Geflüchteten und einem zunehmenden Integrationsgedanken, der auch Geflüchtete einschließt »sichtbar und bearbeitet [wurden]« (Schammann et al. 2020b: 6). Inwieweit dies mit den Engagierten und der Veränderung politischer Felder zusammenhängt, zeige ich in dieser Arbeit auf.

1.2.2.1 Situierung der Feldforschung

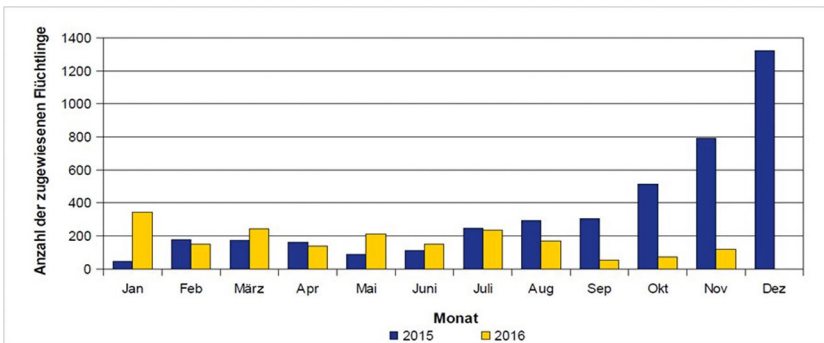
Mein Forschungsprojekt begann im April 2015 zunächst mit dem Ziel, die kommunalpolitischen Diskurse um die dezentrale Unterbringung Geflüchteter in Leipzig und deren Auswirkungen auf Menschen in einer Gemeinschaftsunterkunft zu untersuchen. Als die Brisanz asylpolitischer Themen im Laufe des Jahres 2015 weiter zunahm, zeigte sich zum einen, dass ich aus dem Sozialamt keine Zusage für meine Forschung in der Unterkunft bekommen würde, und zum anderen, dass sich das gewachsene zivilgesellschaftliche Engagement als neues Forschungsfeld entwickelte, zu dem ich einen sehr guten Zugang haben würde.

Der Kernzeitraum meiner Feldforschung begann im November 2015, nachdem im Sommer zuvor insbesondere in den Grenzregionen Deutschlands eine hohe

8 Dies wird beispielsweise sichtbar am Zugang zu »Sprach- und Orientierungskursen (sogenannte Integrationskurse)«, oder dass Geduldete mit Ausbildungsplatz, für die Dauer von Ausbildung und anschließender Berufsausübung in Deutschland bleiben dürfen (Hanewinkel und Oltmer 2017).

Anzahl von Asylsuchenden an den Bahnhöfen ankam und von Freiwilligen empfangen wurde. Aufgrund der geografischen Lage Leipzigs wurden Geflüchtete hier mit einer leichten Verzögerung gegenüber süddeutschen Städten zugewiesen. Im Dezember 2015 war in Leipzig der Höchststand der Zuweisungen erreicht. Die folgende Abbildung 2 stellt die Anzahl der zugewiesenen »Flüchtlinge« in den Jahren 2015 (blau) und 2016 (gelb) nach Leipzig dar und gibt somit einen Eindruck von der Lage im Feldforschungszeitraum November 2015–Oktober 2016:

Abbildung 2: Anzahl zugewiesener Geflüchteter nach Leipzig 2015 und 2016.



Quelle: Vorlage des Stadtrates 2016: 3 (Stand: 30.11.2016).

Neben dem offensichtlichen Zuwachs an zugewiesenen Geflüchteten pro Monat, möchte ich auf die hier nicht sichtbaren Aspekte von Zuweisung hinweisen, die die Situation vor Ort für die Freiwilligen beeinflusst haben. Zum einen betrifft das die Unmittelbarkeit dieser Zeit. Bereits im August 2015 gab es spontane Zuweisungen von bis zu 500 angekündigten Menschen, die drei Tage nach Ankündigung in Leipzig untergebracht werden sollten. Situationen wie diese erreichten eine beträchtliche mediale Aufmerksamkeit und machten die Zuwanderung von Asylsuchenden als Aufgabe für die Stadtbevölkerung und als *Verwaltungskrise* sichtbar.

Der Blick auf die Zuweisungszahlen verdeckt jedoch die Situation vor Ort: Der Fokus darauf, wie viel Menschen in die Stadt kommen, lädt dazu ein, die Perspektive auf die Menschen, die in der Stadt *sind*, zu vernachlässigen. Um verstehen zu können, welchen Herausforderungen Leipzigs Strukturen gegenüberstanden, muss beachtet werden, wie viel Menschen sich mit welchem Status in der Stadt aufhält, da je nach Status verschiedene städtische Strukturen in der Verantwortungsverantwortung sind.

Die folgenden Grafiken (Abb. 3 und 4) zeigen auf, dass 2016 kein Jahr war, in dem *weniger* Asylsuchende in Leipzig lebten. Im Gegenteil: Aufgrund der langen Bearbeitungszeit von Asylanträgen und der hohen Schutzquote änderte sich nicht die

Anzahl der Menschen in der Stadt, sondern ihr Status. Abbildung 3 zeigt auf, dass immer weniger Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) lebten (grün) und immer mehr Menschen Anspruch auf SGBII hatten, das heißt, dass sie einen Aufenthaltstitel bekommen haben (gelb). Ich unterscheide an dieser Stelle zwischen folgenden Status:⁹

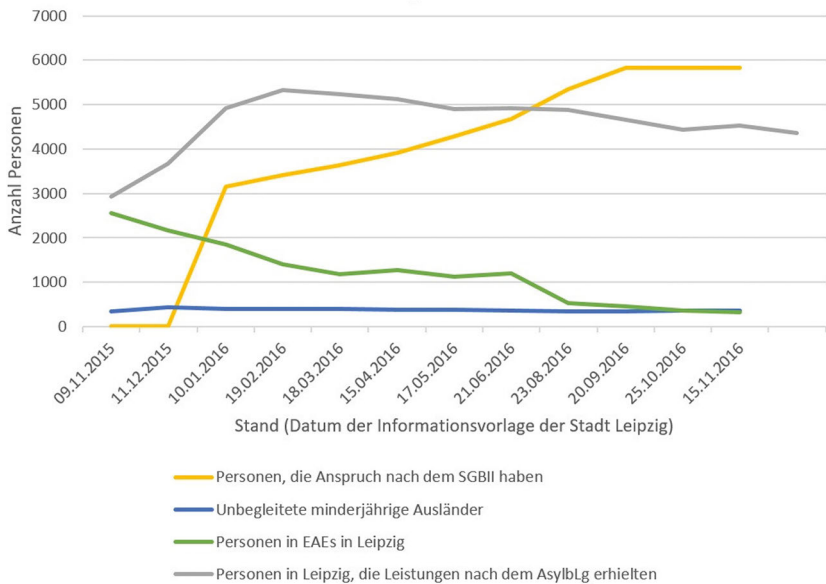
1. *Personen, die in Einrichtungen des Landes Sachsen untergebracht sind auf dem Gebiet der Stadt Leipzig* (grün)
Hierzu gibt es seit der Vorlage vom 11.12.15 eine gesonderte Auflistung des Landes Sachsen. Diese Personen warten auf das Ergebnis ihres Asylverfahrens.
2. *Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen* (grau)
Die Leistungsberechtigten sind definiert in §1 AsylbLG. Grob gesagt handelt es sich um Asylbewerber*innen, Geduldete und Ausländer*innen, die »vollziehbar ausreisepflichtig sind« (AsylbLG 1993: §1). Die Zuständigkeit für die Unterbringung und Unterhaltszahlungen für diese Personen liegt beim Sozialamt Leipzig.
3. *Personen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten* (gelb)
Hierbei handelt es sich um die Personen, die einen Aufenthaltstitel bekommen haben und beim Jobcenter in Leipzig gemeldet sind. Über das ALGII wird Unterkunft und Unterhalt finanziert.¹⁰
4. *»Unbegleitete minderjährige Ausländer«* (blau)
Werden in Leipzig durch das Amt für Jugend, Familie und Bildung betreut (vgl. Informationsvorlage 11/16). Seit dem 01.11.15 wird der Königsteiner Schlüssel auch auf Kinder und Jugendliche angewandt.

Die ersten drei Status stehen in einem Zusammenhang. Sie schließen sich gegenseitig aus, das heißt sie folgen erzwungenermaßen aufeinander. Es gibt eine gewisse Hierarchisierung in dieser Reihe, verbunden mit größerer freier Verfügbarkeit über Geld und Wohnraum, damit verbunden Ernährung, Lebensführung und

9 Es gäbe zwar noch mehr Möglichkeiten, zwischen verschiedenen Status zu unterscheiden, an dieser Stelle geht es mir um die Differenzierungen, für die ich Datenmaterial habe, auf das ich mich konkret stützen kann: Die hier benutzten Daten und Statistiken beziehe ich aus den Informationsvorlagen des Sozialamts Leipzig. Glorius (2017: 10) weist auf einen »blinden Fleck [hin], der die Geflüchteten betrifft, welche keine Sozialleistungen beziehen und die in keiner der genannten Statistiken erfasst sind. Darunter fallen auch solche Geflüchtete, die zusätzlich zu den zugewiesenen Personen nach Leipzig ziehen sowie alle hier nicht offiziell registrierten. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich auch unter diesen Menschen Personen befinden, die einen erhöhten Informations- und Unterstützungsbedarf aufweisen, um sich in die deutsche Gesellschaft eingliedern zu können.«

10 »Allein zwischen Frühjahr und Herbst 2017 stieg die Zahl der Geflüchteten in Leipzig, die Leistungen nach SGBII erhalten, von 5.458 auf 8.729 Personen an« (Glorius 2017: 51).

Abbildung 3: Übersicht über Status von zugewiesenen Personen in Leipzig 11/2015-11/2016.



Quelle: Eigene Darstellung. Daten aus den Informationsvorlagen der Stadt Leipzig von 09.09.15 – 09.11.16.

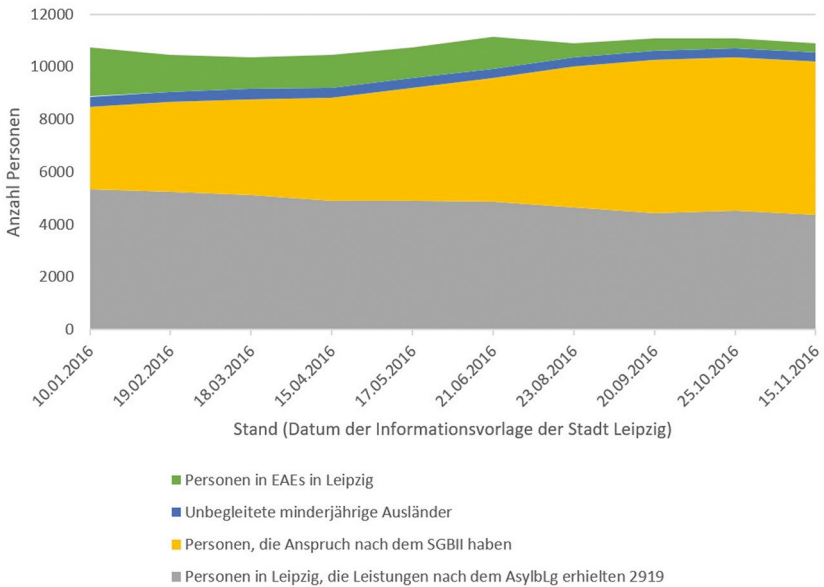
Privatleben, sowie Arbeitsberechtigungen und Zugängen zu Deutsch-Kursen. Ein ›Voranschreiten¹¹ in diesem Status-System ist also von existentieller Bedeutung für die Personen, die es betrifft. Verzögerungen haben direkte Auswirkungen und beeinflussen als externe Faktoren die Lebensbedingungen der betreffenden Menschen. Fehlende Zugänge wurden durch Freiwillige kompensiert.

Um eine Aussage darüber treffen zu können, wie viel Personen sich in Leipzig befinden habe ich die Daten über die verschiedenen Statusgruppen in der folgenden Gruppe in Abbildung 4 als gestapeltes Flächendiagramm dargestellt. Es wird deutlich, dass sich nach dem Zuweisungszuwachs Ende 2015 die Zahl der Personen im Jahr 2016 konstant bei um die 11.000 Zugewiesenen Personen in Leipzig gehalten hat.

Für den Bedarf an ehrenamtlicher Arbeit bedeutete das eine Veränderung von Aufgaben und Inhalten: Während in der Phase der hohen Zuweisungen vor allem Bedarf an Notversorgung und Unterbringung gegeben war, veränderte sich dies

11 Dieses ist, neben den rechtlichen Voraussetzungen, in hohem Maße abhängig von bürokratischen Abläufen und daher als ein zu großen Teilen eher passives ›Voranschreiten‹ zu betrachten.

Abbildung 4: Gesamtzahl zugewiesener Personen nach Leipzig im Jahr 2016, nach Status.



Quelle: Eigene Darstellung. Daten aus den Informationsvorlagen der Stadt Leipzig von 09.09.15-09.11.16.

nun in Richtung »Tätigkeiten, die auf eine längerfristige gesellschaftliche Teilhabe abzielen, etwa die Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche« (Karakayali et al. 2018: 8) sowie Spracherwerb, soziale Netzwerke, Kinderbetreuung, Hausaufgabenunterstützung, Austausch etc. Diese inhaltliche Veränderung der Aufgaben von kurzfristiger Notbetreuung zu langfristiger Integration im Sinne der »Mitgliedschaftswerdung« (Heckmann 2015: 21) ist ein zentraler Punkt in dieser Arbeit, auf den ich in den einzelnen Kapiteln jeweils unter unterschiedlichen Gesichtspunkten eingehe.

Dabei unterscheide ich zugunsten einer anschaulichen Analyse des Wandels im Folgenden zwei Phasen: Der *Anfangs-* und der *Konsolidierungsphase*. Diese Zweiteilung entspricht zwei Polen eines Kontinuums und kann daher nicht widerspiegeln, dass die Dynamik des Feldes nicht linear, nicht geordnet und nicht gleichzeitig ablief. Während einzelne Akteur*innen oder Institutionen (im Sinne etablierter Handlungen und Organisationsstrukturen) sich in einer Phase befanden oder bestimmte Vorstellungen entwickelt hatten, verorteten sich die nächsten auf eine ganz andere Weise.

1.2.2.2 Phasen der Feldforschung

Den Beginn der *Anfangsphase* mache ich in Leipzig im August 2015 aus. Im Sommer 2015 war deutlich geworden, dass Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten ohne die Hilfe von Freiwilligen nicht hätte bewältigt werden können. Freiwilliges Engagement kompensierte an zahlreichen Stellen die überlasteten Asylstrukturen (vgl. Speth und Becker 2016: 8). Es füllte strukturelle Lücken aus, die »durch die als überfordert wahrgenommenen Kommunen und eine mangelnde finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern allorts sichtbar wurden« (Fleischmann und Steinhilper 2016: 63). Diese Funktion des Engagements hatte zweierlei Implikationen, die zentral für diese Analyse sind: Einerseits wurden Freiwillige zu einem essenziellen und gestaltenden Teil der lokalen Asylpolitik, andererseits überdehnten sie dadurch bestehende Begrifflichkeiten von »Ehrenamt« und seiner Verortung im zivilgesellschaftlichen Feld (vgl. Kapitel 1.2.3).

Die Dynamik meines Forschungsfeldes wurde für mich das erste Mal im Frühjahr 2016 ersichtlich, als die Aufgeregtheit des Beginns und die Dringlichkeit des Bedarfs sich etwas gelegt hatten und Zeit für ein erstes Durchatmen war. Die »Sperrung mehrerer europäischer Grenzen [hatte die] Versorgung und Unterbringung der geflüchteten Menschen wieder unter Kontrolle staatlicher und städtischer Institutionen« gebracht (Mutz und Wolff 2018: 60). Dieses Absinken der Zuwanderungszahlen in Deutschland hängt damit zusammen, dass an den EU-Außengrenzen, wie beispielsweise auf Lesbos (vgl. Kapitel 1.3), die Menschen in einer Sackgasse landeten.

In Leipzig bedeutete die verminderte Zuwanderung, dass nicht mehr die Nothilfe-Versorgung im Vordergrund der Geflüchtetenhilfe stand. Es gab mittlerweile genügend Unterkünfte und die hauptamtliche Unterstützung nahm durch zahlreiche Anstellungen zum Beginn des Jahres 2016 zu (vgl. ebd.: 60). Daher sprechen Mutz und Wolff von einer »Konsolidierung der Strukturen« (ebd.: 60), wobei meines Erachtens dies nicht als statischer Zustand, sondern als Phase betrachtet werden muss. In dieser Phase meiner Feldforschung begleiteten mich Fragen wie: Was passiert, wenn der Druck auf die Asylstrukturen nachlässt? Genauer: Welche Effekte hat dies auf das Engagement der Menschen? Welche Strukturen verstetigen sich, welche verschwinden wieder?

Die *Konsolidierungsphase* machte sich durch folgende sichtbare Veränderungen auf struktureller Ebene bemerkbar: Beschäftigte in der Ehrenamtskoordination berichteten von sinkenden Freiwilligen-Zahlen. Während die Krisensituation die Hilfe einer hohen Anzahl von Menschen befördert hatte, sank die Hilfsbereitschaft mit der Aufnahme der »Integrationsmaßnahmen« im Laufe des Jahres 2016 (vgl. Jacobsen, Eisnecker und Schupp 2017: 347). Für die zahlreichen Projekte und Institutionen der Asylhilfe bedeutete dies eine Konkurrenzsituation um Freiwillige, die durch prekäre Förderlogiken noch intensiviert wurde. Außerdem mussten sie

den Wechsel der kurzfristigen Hilfe hin zu langfristiger Unterstützung organisatorisch umsetzen. In Leipzig kann man in dieser Phase daher nicht von einer »Ruhe im System« sprechen, wie Mutz und Wolff (2018: 62) dies für diesen Zeitraum vorschlagen. Denn trotz einer gewissen »Entspannung« des Verwaltungssystems gibt es »nach wie vor einen erheblichen Handlungsbedarf bei der Integration« von zugewanderten Menschen in die sozialadministrativen Strukturen, wenn man bedenkt, dass bundesweit »alleine von Januar 2015 bis Juni 2018 insgesamt 876.000 Personen einen positiven BAMF-Bescheid erhielten (hinzu kommen noch Personen mit Duldungsstatus)« (Bogumil, Kuhlmann und Proeller 2019: 16).

Während die Verwaltungsstrukturen sich allmählich konsolidierten, brachte auch für die Freiwilligen selbst das Andauern ihres Einsatzes Veränderungen mit sich. Auf der individuellen Ebene der Freiwilligen wurde in dieser Phase deutlich, dass sich *durch* ihr Engagement ihre Perspektive *auf* das Engagement veränderte. Durch die Betonung von Engagement als Erfahrung und als »empirische[s] Werden« (Hediger 2015: 16) stelle ich in der Arbeit dar, wie veränderlich und individuell die Zugänge zum Engagement sind.

1.2.3 Engagement (für Geflüchtete) erforschen

Dies spricht für die genauere Betrachtung des freiwilligen Engagements für Geflüchtete. Diese Arbeit reiht sich in eine neue Welle der Fluchtforschung ein, die die Ereignisse seit 2015 betrachtet.¹² Dieser Forschungszweig ist jedoch »kein neues Phänomen« (Zajak und Gottschalk 2018: 7). Ebenso wie das Engagement selbst mit den Zuwanderungszahlen steigt (vgl. ebd.; vgl. Karakayali und Kleist 2016: 7; vgl. Karakayali 2018: 5), so verläuft auch die inhaltliche und methodische Entwicklung der deutschen Fluchtforschung entsprechend diesen Intervallen (vgl. Kleist 2015: 154f.). Ebenso dynamisch überlagern sich die verschiedenen existierenden Auffassungen und Praxen von Engagement im Forschungszeitraum. Das Feld der Geflüchtetenhilfe ist nur eines von vielen, in dem Engagement eine tragende Rolle spielt. Aber aufgrund seiner Eigenschaften wie dem Projektformat, der Spontaneität, Pünktlichkeit sowie der Regel- und Hierarchiearmut (vgl. Hediger 2015) konnte es eine »Vorreiterrolle für den Wandel des Engagements insgesamt« einnehmen (Beckmann, Hoose und Schönauer 2018: 26). Dies geschah auch dadurch, dass sich eine hohe Anzahl der Freiwilligen 2015 zum ersten Mal engagierte, während andere bereits aktiv waren. Im Sommer 2015 wurde ein zuvor existierendes potenzi-

12 Für einen umfangreichen Überblick siehe Karakayali (2018), sowie den Abschlussbericht des Verbundprojekts »Flucht: Forschung und Transfer« von Kleist et al. 2019. Abgeschlossene sowie laufende Forschungen können auf www.flucht-forschung-transfer.de nach Forschungsort bzw. -einrichtung sortiert (und auf einer Landkarte dargestellt) recherchiert werden.

elles Interesse an Engagement vermehrt in konkrete Handlungen umgesetzt (vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016: 62).

Die Existenz unterschiedlichster Engagementformen, die in der Geflüchtetenhilfe besonders sichtbar wurde, wird im deutschen Sprachraum durch eine Fülle von Begrifflichkeiten repräsentiert. Der Begriff des *Ehrenamts* gilt als eine »deutsche Besonderheit«, da er »eine in anderen Ländern eher weniger bekannte institutionell gebundene Form des Engagements« beschreibt (Karakayali 2018: 5). Das traditionelle Ehrenamt ist durch seinen formalisierten Wirkungsbereich zum Wohle des Gemeinwesens eher »apolitisch« konnotiert (vgl. Karakayali 2018: 5). Nichtsdestotrotz wurde der Begriff im Forschungsfeld, vor allem in Abgrenzung zum Hauptamt, aber auch besonders von der Stadtverwaltung benutzt, was seine »institutionelle Bindung und Formalisierung« (ebd.: 5) in gewisser Art und Weise bestätigt und reproduziert. Auf freiwilliges Engagement wird sich in der Literatur daher auch unter Begriffen wie zum Beispiel zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement sowie Freiwilligenarbeit bezogen.

Diese Begriffsvielfalt spiegelt den »gesamtgesellschaftlichen (Be)Deutungswandel« von freiwilligem Engagement wider (Neumann 2016: 12).¹³ Freiwilliges Engagement als Tätigkeit und als gesellschaftliche Komponente im Sozialstaat hat sich seit den 1980er Jahren so sehr verändert, dass die Gleichzeitigkeit verschiedenster Auffassungen und Ausprägungsformen ein Facettenreichtum geschaffen hat, das das Engagement zu einem schwer definierbaren Forschungsgegenstand gemacht hat (vgl. Alscher et al. 2009: 34; vgl. Neumann 2016: 12).¹⁴ Dabei wuchs seit den 1980er Jahren die Zahl der Menschen beständig, die Zeit und Raum des Engagements individueller planen und vielfältiger organisieren. Diesen (Be-)Deutungswandel in Form von Veränderungen der Struktur von Engagement haben schon weit vor 2015 zahlreiche Untersuchungen beobachtet. Vor allem durch quantitative Studien wurden diese auf gesellschaftliche Prozesse wie zum Beispiel zunehmende Individualisierung oder auch einen Wertewandel zurückgeführt (vgl.

13 In der Arbeit benutze ich die Begriffe freiwilliges/zivilgesellschaftliches/politisches Engagement und an einigen wenigen Stellen auch Ehrenamt, um jeweils in der Selbstbeschreibung der jeweiligen Personen zu bleiben. Zum Beispiel verwende ich *Ehrenamtskoordination* als einen in Leipzig gängigen Begriff für die zum Zwecke der Koordination des Engagements institutionalisierten Stellen. Die meisten Informant*innen bezeichneten sich als gesellschaftlich oder politisch aktiv bzw. engagiert, sie empfanden eine Distanz zum Wort *Ehrenamt*.

14 Für eine dezidierte Übersicht über inhaltliche Ausdifferenzierungen des Begriffs »freiwillige Arbeit« in der deutschsprachigen Literatur siehe Klöckner (2016: 35ff.). Sie stellt überblickshaft da, welche Autor*innen welche Aspekte in die Diskussion um den Begriff der Freiwilligkeit eingebracht haben, so zum Beispiel die Abgrenzung zu Pflichtarbeiten oder zu teilweise vergüteter Arbeit durch Aufwandsentschädigung.

Neumann 2016: 10;¹⁵ vgl. Klöckner 2016; vgl. Schäfer 2009: 18). Diese Erhebungen und Beobachtungen führten zu einer Unterscheidung in »altes« oder auch »traditionelles« Engagement einerseits und neue, plurale Engagementformen andererseits.

1.2.3.1 Erforschung von Motiven

Zum Engagement in der Geflüchtetenhilfe gibt es sowohl Studien auf Basis deutschlandweiter Umfragen als auch qualitative Erhebungen in einem bestimmten lokalen Kontext. Insbesondere zu Beginn der neueren Engagementforschung im Kontext der Fluchtmigration ab 2015 war die Zusammensetzung (Alter/Gender/Beruf...) und Motivation der Freiwilligen zentrales Forschungsinteresse (vgl. Karakayali und Kleist 2015 und 2016). Gleichzeitig wurden Motivationen in kleinen qualitativen sozialwissenschaftlichen (Hediger 2015) oder auch psychologisch angelegten Studien (Pfundmair et al. 2017) erforscht, um Erhebungsprobleme und unklare Ergebnisse zu ergänzen und zu verstehen. Dieser Ansatz ist nicht unüblich in der Erforschung von Engagement. Zahlreiche Beiträge der Partizipationsforschung untersuchen mögliche Motive des Engagements mit dem Ziel, daraus entlang von Theorien der rationalen Entscheidung (*rational choice*) Steuerungsmodelle für Partizipation zu entwickeln. Blickt man auf die Forschungslage zu Partizipation in der ostdeutschen Gesellschaft, so wird deutlich, dass hier Wandel häufig noch als Transition im Kontext eines »demokratischen Umbruchs« (Gabriel 2020) verstanden wird, wie es auch 2020 noch in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für Politische Bildung heißt. Dass das Engagement der ostdeutschen Gesellschaft weiterhin unzureichend qualitativ erforscht ist, hängt auch mit den lange prägenden Vorstellungen linearer modernisierungstheoretischer Modelle zusammen, die trotz sozialwissenschaftlicher Transformationsforschung weiterhin Diskurse und Forschungsansätze mitprägen.

In dieser Arbeit werden unterschiedliche und ambivalente Motivationen als nebeneinander bestehend analysiert. Motivationen nutze ich insofern als erkenntnisbringend, als dass sie Auskunft darüber geben, welche Aspekte des individuellen und gesellschaftlichen Lebens sich in den Handlungen des Engagement verbinden. Welche Lebensbereiche, welche gesellschaftlichen Felder verknüpfen einzelne Personen durch ihr Engagement? Die Verbindungen und Interaktionen zwischen den Feldern werden dadurch zu einem Analysefokus, der nicht mit Konzepten er-

15 Daniela Neumann beschäftigt sich eingehend mit diesem Wandel zwischen 1985 und 2009. Allerdings bezieht sie sich ausschließlich auf die Entwicklungen in den »alten« Bundesländern. Auf diesen Wandel rekurren auch viele neuere Studien, die sich auf das Engagement für Geflüchtete beziehen, zum Beispiel Hediger 2015; Beckmann, Hoose und Schönauer 2018: 26; Zajak und Gottschalk 2018: 7; Mutz und Wolff 2018: 56.

klärt werden kann, die politische Prozesse, Felder und Handlungen als *vereinzelt* betrachten.

Des Weiteren gehe ich nicht davon aus, dass einzelne rationale Überlegungen und Entscheidungen in einem linearen Prozess zum jeweiligen Engagement führen. Die Festlegung auf solche in Umfragen und durch Vorannahmen geprägten Befragungen muss methodisch hinterfragt werden, wie es zum Beispiel durch die einzelnen Aspekte ethnografischer Forschung (siehe Kapitel 1.3) differenziert kontextualisiert werden kann. Diese Offenheit für unterschiedliche Selbstbeschreibungen und Interpretationen von Policies und Diskursen ermöglichte mir die Heterogenität der Engagementformen und ihren Wandel zu erkennen und zu analysieren. Mit dem Ansatz der *Assemblage Theory*, den ich weiter unten genauer erläutere, wird Engagement im Kontext *dynamischer* Prozesse und *als* dynamischer Prozess untersucht. Das *Lernen* ist konstituierender Teil meines Forschungsfeldes im Wandel. In meiner Arbeit spreche ich daher nicht von Motiven, im Sinne statischer und eindimensionaler Handlungsursachen. Stattdessen untersuche die individuellen Anknüpfungspunkte des Engagements in den Biografien der Menschen und in dem Feld, in dem sie sich bewegen. Dadurch füge ich den bestehenden Erhebungen der Partizipationsforschung eine dichte Beschreibung eines Feldes hinzu, die komplexe Zusammenhänge von Handeln und Struktur aufzeigen kann. Durch eine solche Betrachtungsweise von Motiven als Anknüpfungspunkte zwischen gesellschaftlichen Feldern lassen sich auch die weiteren Entwicklungen des Wandels verstehen. Dadurch können die Zusammenhänge von Initiationsmomenten des Engagements und den Veränderungen asylopolitischer Felder analysiert und beschrieben werden.

1.2.3.2 Erforschung der Rolle des Engagements in der Gesellschaft und im Staat

Von Beginn an problematisierten Freiwillige in der Geflüchtetenhilfe ihr Handeln in undefinierten Grenzbereichen des Staatlichen und des Politischen. Neben der Euphorie des gemeinsamen »Wir schaffen das«, die das kurzfristige Einspringen der Freiwilligen anfangs begleitete, markierten zunehmend Erschöpfung und Zweifel unter den Ehrenamtlichen die langfristige Einbettung ihres Handelns in die Geflüchtetenhilfe. Dieses spontane Einspringen und die sich anschließenden Fragen der Institutionalisierung des Engagements bildeten eine Art Grundrauschen im Feld zu Beginn meiner Forschung.

Mit der Konsolidierung des Engagements wurden zunehmend individuelle Erfahrungen im Engagement sowie institutionelle Einbettungsformen und die gesellschaftliche Anbindung des Engagements untersucht (vgl. Karakayali 2017; vgl. Schiffauer, Eilert und Rudloff 2017; vgl. Vey und Sauer 2016).¹⁶ Es wurde die Frage

16 Einige Arbeiten untersuchten auch das Engagement von Geflüchteten (vgl. Evers und Klie 2018; vgl. Stiehr und Stiehr 2016; vgl. Wilcke und Lambert 2015) oder den Zusammenhang

gestellt, welche politische Bedeutung die heterogenen Hilfsformen im asylpolitischen Feld haben (vgl. Hinger, Schäfer und Pott 2016; vgl. Fleischmann und Steinhilper 2017; vgl. Sutter 2017). Dabei wurde insbesondere das Verhältnis von traditionell ›apolitischen‹ Handlungsformen, zum Beispiel Charity oder humanitärer Hilfe im Kontext von Geflüchtetenhilfe untersucht. Ich zeige die Wandelbarkeit von Engagement auf und mache so deutlich, dass die Kategorisierung von ›apolitischem‹ und ›politischem‹ Engagement selbst politisch ist.

Dies steht in einem Kontext, in dem Engagement zunehmend als Ressource betrachtet wurde, um in den 1990er Jahren den schwächelnden Sozialstaat zu entlasten (vgl. Neumann 2016: 11). Der Staat agierte zunehmend als »ermöglichender Staat«, der die »konkrete Ausgestaltung« von öffentlichen Aufgaben »zunehmend dezentralen Akteuren überlässt« (ebd.: 14). Diese Forcierung von nicht-staatlicher Organisation im Sinne eines Top-Down-Prozesses ging einher mit einer Pluralisierung der Engagementformen als Bottom-up-Bewegung. Dabei sind vor allem mehr informelle Organisationsformen entstanden. Gleichzeitig haben etablierte Institutionen, vor allem Vereine, an Bedeutung verloren (vgl. Karakayali und Kleist 2015: 5; vgl. Hediger 2015: 8; vgl. Alscher et al. 2009: 9; vgl. Neumann 2016; vgl. Mutz und Wolff 2018: 58). Im Laufe der Arbeit zeige ich auf, dass der institutionelle Platz von Engagement abhängig ist von Rechtsverordnungen, komplizierten Förderlogiken und einer sich erst entwickelnden sächsischen Integrationspolitik (Top-down-Prozesse). Gleichzeitig agieren die Freiwilligen eigeninitiativ im nicht-staatlichen Raum (Bottom-Up-Prozesse). Durch diese Betrachtung unterschiedlicher überlokaler Logiken und Prozesse im Forschungsfeld mache ich eine Gleichzeitigkeit möglich, wo manche Analysen von freiwilligem Engagement sehr von einzelnen Top-Down-Prozessen geleitet waren.

Diese Diskussionen verdeutlichen, dass das Engagement noch keinen legitimierte Platz zwischen ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ gefunden hatte, weil die Grenzen zwischen ›staatlichen‹ und ›nicht-staatlichen‹ Aufgaben zur Diskussion standen und somit zeitweise nicht so starr wie sonst erschienen. Nichtstaatliche Strukturen haben gemäß dem Subsidiaritätsprinzip vor Ort zwar Aufgaben übernommen, wo sie konnten, nahmen dies aber nicht als selbstverständlich wahr. Der Gedanke des Subsidiaritätsprinzips besagt, dass in Notfällen »zunächst die Familie, anschließend Nachbarn, Selbsthilfegruppen und dann die Wohlfahrtsverbände und dann erst der Staat, der wiederum föderalistisch strukturiert ist, für Hilfe verantwortlich« sind (Klößner 2016: 46). Das Subsidiaritätsprinzip ist in Deutschland die Grundlage dafür, dass Hilfe zuerst auf der untersten sozialen Ebene geleistet werden sollte. Subsidiarität wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts

von Religion und Engagement (vgl. Alexander-Kenneth und El-Menouar 2017 und 2019; vgl. Nagel 2019).

zu einer Maxime sozialstaatlichen Handelns. Es fordert und fördert die Eigenverantwortung und Selbstbestimmtheit des Individuums vor ›staatlichen‹ Eingriffen (vgl. Sachße 2003: 204). Ich lese die Konflikte um ehrenamtliche Aufgaben in der Geflüchtetenhilfe im Forschungszeitraum als Neuverhandlungen des Subsidiaritätsprinzips angesichts sich öffnender politischer und gesellschaftlicher Felder (vgl. Kapitel 4.1).

1.3 Zugang als Forscherin und Rollen im Feld

Wer springt warum ein, um die Lücken in der Versorgung von Geflüchteten zu füllen? Auf welche Weise ist dieses Einspringen organisiert und vernetzt? Welche Auswirkungen hat dieses Einspringen auf die bisherigen Strukturen? Mit diesen Fragen nach der Einbettung des Engagements näherte ich mich im November 2015 dem Feld.

Um dieses zivilgesellschaftliche Engagement aus möglichst vielen verschiedenen Perspektiven wahrnehmen und erfassen zu können, führte ich sowohl Interviews mit zahlreichen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteur*innen der Leipziger Geflüchtetenhilfe und gleichzeitig eine teilnehmende Beobachtung als Freiwillige in der Geflüchtetenhilfe durch. Die methodologischen Charakteristiken von Ethnografien möchte ich im Folgenden unter Bezugnahme auf Alex Stewarts »*Depicting Ethnographic Method*« (1998) im Kontext meiner Feldforschung aufzeigen. Stewart fasst darin treffend und pointiert zusammen, welche Methoden und Ansatzpunkte sich hinter der manchmal schleierhaft erscheinenden ethnografischen Methode (vgl. Stewart 1998: 3) verbergen.

1. Teilnehmende Beobachtung:

Als Forscherin bin ich einerseits Teilnehmende und andererseits Beobachtende. Das heißt, ich nehme (mindestens) zwei Rollen ein, bin *Insider* und *Outsider* zugleich und nutze beides als empirische Daten. Diese Rollen sichtbar zu machen und zu diskutieren, dient der Transparenz in der Erhebung der Forschungsdaten und führt außerdem durch das Formulieren von beispielsweise individuellen Irritationen oder Herausforderungen zu einem zusätzlichen Erkenntnisgewinn.

In den ersten Monaten meiner Forschung unternahm ich das, was eine hohe Anzahl von Akteur*innen meines Feldes auch tat: Ich wollte in Leipzig ein freiwilliges Engagement in der Hilfe für Geflüchtete beginnen. Ich testete so viele Zugänge wie möglich und nutzte meine bisherigen Kontakte. Die Forschung an meinem Wohnort und in einem Forschungsfeld, in dem ich schon zuvor tätig war, ermöglichte es mir, diese zu nutzen und mit neuen Kontakten schnell in Austausch zu kommen. Ich profitierte von meinem Vorwissen und den Erfahrungen im Feld. Dabei profitierte ich auch von meinem vorherigen Engagement in Hal-

le/Saale, weil ich beispielsweise über organisationsinternes Wissen verfügte (z.B. gängige Abkürzungen, die in Gruppentreffen benutzt werden). Dieses Netzwerk- und Erfahrungswissen wurde oft zu Beginn eines Austausches von meinem Gegenüber erfragt und die Gespräche verliefen nach diesem *Check* meist sehr offen. Ich wurde häufig als *Insider* identifiziert, wodurch persönliche Erfahrungen leichter mit mir geteilt werden konnten (Collins und Gallinat 2010: 10). Der Ethnologe Martin Sökefeld (2002: 92) beschreibt in »*Feld ohne Ferne*«, wie die Entdeckung von Gemeinsamkeiten als Motor für die qualitative Forschung wirken kann. In Erweiterung des ursprünglichen ethnografischen Verständnisses, »objektive wissenschaftliche« Daten könnten nur durch Verfremdungsmomente entstehen, betont Sökefeld die Qualitäten von »Nähe, Ähnlichkeit, vielleicht sogar Gleichheit« (ebd.: 92). Meine Ansprechpersonen und mich beschäftigten sehr ähnliche Fragen und die politische Aktualität und Emotionalität des Engagements erwirkte einen umfangreichen Redebedarf und führte oftmals zu flüssigen, langen Gesprächen. Dieser besondere Zugang stellt eine Stärke meiner Forschung dar. In anderen Studien berichteten Forschende von Schwierigkeiten im Feldzugang, insbesondere da Akteur*innen sich teils bewusst informell organisierten und aufgrund ihrer politischen Haltung und gleichzeitiger Abhängigkeit von finanzierenden Strukturen ein Interesse an Anonymität hatten (vgl. Hediger 2015; vgl. Zajak und Gottschalk 2018: 9).¹⁷ Daneben bestand meine Position als *Insider* nicht zuletzt auch darin, dass ich wie die meisten Freiwilligen (Ost-)Deutsche und Leipzigerin bin. Die Entscheidung, Engagierte in den Fokus meiner Forschung zu stellen – und nicht etwa zum Beispiel Geflüchtete – ist auch eine Entscheidung für diesen bestmöglichen Ausgangspunkt der Fragestellung und des Blickwinkels gewesen. Wie Chris Shore und Susan Wright (2011: 15) verdeutlichen, beeinflusst der Stand- und Startpunkt innerhalb des Feldes die individuellen Perspektiven von Forschenden. Dies wirkt auf den spezifischen Zugang zu den emischen Sichtweisen, Einstellungen, Werten und Praxen der Menschen im Forschungsfeld und damit auch ihrer »policy worlds« ein (2011: 15). Wie Gisela Welz in »*Sighting/Siting globalization*« (2009) herausstellt,

17 Ein Hinweis zur Anonymisierung in der Arbeit: Aufgrund der Dichte der persönlichen Netzwerke meines Forschungsfeldes, in der selbst kleine Anekdoten oder typische Redewendungen schon einen Hinweis darauf geben könnten, mit wem ich gesprochen habe, habe ich zum Zwecke des Schutzes der Privatsphäre, wenn es nötig war, Zusammenhänge entzerrt und an wenigen Stellen »verräterische« Redewendungen aus Zitaten entfernt. Das heißt auch, dass einige wenige Personen mehr als ein Pseudonym bekommen haben, weil die Kennzeichnung ihrer unterschiedlichen Rollen in Kombination eindeutige Hinweise auf die Identität der Person gegeben hätte. Die Rollenvielfalt von Schlüsselpersonen habe ich in der Arbeit deutlich gemacht, ohne diesen Aspekt mit den sonstigen Äußerungen der Personen zu verknüpfen. Öffentliche Äußerungen von Privatpersonen habe ich unter Quellenangabe stets als Klarnamen gekennzeichnet. Auch die Namen von Organisationen sind nur nicht anonymisiert, wenn ich mich bei der Nennung auf öffentlich zugängliche Informationen berufe.

ist es gerade im Kontext komplexer, globaler Felder bedeutsam, zu reflektieren, *was* durch Feldforschung aus der jeweiligen Perspektive und Position der Forscherin beobachtbar ist (*sight*) und *wo* es beobachtet werden kann (*site*), wobei das *Wo*, ein *situatives* und kein lokales ist.

Gleichzeitig war es aufgrund dieser Nähe aber ebenso relevant, Distanz zum Forschungsfeld zu schaffen um eine Spannung zwischen emischer und etischer Perspektive herstellen und aufrechterhalten zu können (vgl. Shore und Wright 2011: 8). Wie Sökefeld (2002: 83) beschreibt, wurde in der Debatte um Distanz und Objektivität diskutiert, ob Ethnolog*innen, die in ihrer »eigenen« Gesellschaft forschen, durch ihre Positionierung im Feld Gefahr laufen würden, schon während ihrer Datenerhebung bestehende Vorannahmen zu reproduzieren. Dieser Ansicht wurde jedoch widersprochen, zuerst zum Beispiel durch Sozialwissenschaftler*innen wie M. N. Srivinas (1998), der entgegenhält, dass eventuelle Vorannahmen eines *jeden* Forschenden *unabhängig* von seinem Forschungsort reflektiert werden sollten. Solche Überlegungen über den Zusammenhang von Forschendem, Forschungsort und dem möglichen daraus entstehenden Forschungsergebnissen, die unter anderem im Kontext der *Writing Culture-Debatte*¹⁸ sowie reflexiver kritischer Studien zur *Anthropology at Home-Debatte*¹⁹ verortet sind, haben in den letzten Jahren dazu ge-

18 Höhepunkt der Debatte stellt der 1986 veröffentlichte Band »*Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*« von James Clifford und Georges E. Marcus dar. Bei der anthropologischen Fachdebatte ging es um die Frage der Autorschaft von Ethnograf*innen: Diese wurde lange, wie Clifford Geertz in »*Die künstlichen Wilden*« (1993: 18) beschreibt, »unter Ängsten [...] vor Subjektivität begraben«. Wichtigste Erkenntnisse der Debatte sind, dass Ethnograf*innen einerseits keine neutralen Beobachtenden im Feld sind, da sie ihre Positionierung in Machtstrukturen in das Feld hineinbringen. Andererseits sind sie keine neutralen Schreibenden. Die Ethnografie, die sie schreiben, ist ein von ihnen konstruierter Text, der durch die subjektive Brille der Ethnograf*innen das (Anders-)Sein der Beobachteten nicht neutral festhält, sondern erst konstruiert. Diesen Erkenntnissen folgten einige methodische Veränderungen für zukünftige Ethnografien, wie beispielsweise mehr Reflektion der eigenen Rolle im Feld oder der Abgrenzung und Benennung von unterschiedlichen Sichtweisen im Feld und der Forschenden.

19 Im Kontext einer zunehmenden Anzahl anthropologischer Forschungen, die nicht mehr »weit weg« und in möglichst unbekanntem »exotisierten« Gesellschaften stattfanden, stellte sich auch in dieser Debatte die Frage von wissenschaftlicher Objektivität neu: Als mehr Ethnolog*innen begannen, »zu Hause« also in der »eigenen« Gesellschaft zu forschen, war die zuvor gültige Selbstverständlichkeit wie »Distanz zum Forschungsfeld« = »Objektivität« verwirkt. Es wurde deutlich, dass diese Fremdheit, die als entscheidendes Merkmal ethnografischer Forschungen gehandelt wurde, sozial konstruiert ist. Das heißt, sowohl in räumlicher Distanz als auch in räumlicher Nähe können Fremdheit und Gemeinsamkeit entstehen. Durch die homogenisierende Zuschreibung von Forschenden und Feld auf einen Ort wurden ihre jeweiligen heterogenen und hybriden Eigenschaften verschleiert und zu einem Gegensatzpaar verfremdet. Durch diese Erkenntnis öffnete sich ein vielschichtigerer Diskussions- und Reflexionsraum für individuellere Erörterungen der subjektiven Positionalität einer*s jeden

führt, dass die Annahme einer dialogischen Forschungssituation und der Relevanz der Darlegung individueller und struktureller Determinanten der Positionierung im Feld mittlerweile Konsens im Fach sind. Jede Forschung sollte durch die Forschenden auf ihre eigenen Herausforderungen in Bezug auf Nähe und Distanz analysiert und reflektiert werden.

Durch den Austausch in einer Arbeitsgruppe mit anderen qualitativ empirisch forschenden Sozialwissenschaftler*innen und durch kollegiale Unterstützung in verschiedenen Forschungskolloquien konnte ich Feldnotizen diskutieren und reflektieren. Dies ist wichtig, da ich nicht ausschließen kann, eigene Interpretationen meiner Beobachtungen zu entwickeln. Indem Kolleg*innen ebenfalls Einsicht in meine Daten gewannen und ihre Interpretationen diskutierten, konnte ich meine Daten und Ergebnisse aus anderen Perspektiven betrachten und meine Schlussfolgerungen hinterfragen.

Aber auch im Feld erlebte ich Momente, in denen ich nicht *Insider*, sondern *Outsider* war. Ich nahm Rollen ein, die mir selbst – insbesondere in diesem Feld, das ich zuvor nur als Freiwillige betreten hatte – fremd waren. Aufgrund meiner Forschung wurde ich auch als »Expertin« im Feld angesprochen, einerseits weil ich durch mein »Herumkommen« im Feld immer wieder erkannte, wo Menschen und Organisationen einander gut unterstützen könnten und dort als Vermittlerin auftrat. Andererseits wurde ich in meiner Rolle als »Externe« und als Wissenschaftlerin angefragt, eine Podiumsdiskussion in einer Kirchgemeinde zu moderieren (was ich auch tat) oder spielte die Rolle einer »wissenschaftlichen Begleitung« und Protokollantin beim Treffen einer Gruppe mit Vertreter*innen der Landesdirektion.

Für gewöhnlich ergab sich in jeder Forschungssituation ein Potpourri aus all diesen Anforderungen und Wahrnehmungen, die zu entschlüsseln wesentlicher Bestandteil der Reflexion im Feldtagebuch sowie im Austausch mit Kolleg*innen waren. Auch weitere Aspekte, wie meine Rolle als junge, weiße Cis-Frau, oder als Mutter sind Faktoren, die Gespräche hemmen oder vorantreiben konnten. Rückblickend ist mir aufgefallen, dass sich intensivere Kontakte vor allem mit Menschen entwickelten, die in etwa in meinem Alter waren. Dies liegt vermutlich einerseits an der empfundenen Nähe zueinander, andererseits habe ich diese Menschen häufig auch über andere Kontakte kennengelernt, wodurch bereits eine zweite Möglichkeit des Bezugs aufeinander gegeben war. Dennoch kristallisierten sich nicht

Forschenden im Feld. Daher haben Forschungen »at Home« zwar Gemeinsamkeiten gegenüber Forschungen »abroad«, die wichtigste Erkenntnis der Debatte ist jedoch, diese Differenz nicht überzubetonen. Eine zentrale Veröffentlichung stellt der Sammelband »*Anthropology at Home*« (1986) zur Tagung der Association of Social Anthropologists of the Commonwealth (ASA), herausgegeben von Anthony Jackson, dar.

nur in dieser Gruppe Schlüsselfiguren heraus, zu denen ich besonders guten und langfristigen Kontakt hatte.

2. »holism« (Stewart 1998: 6)

Eine wesentliche holistische Grundannahme in der Anthropologie ist, dass Individuen nur im Kontext ihrer Kultur oder Gesellschaft verstanden werden können. Aus den empirischen Daten wird ein Bild dieser Gesellschaft konstruiert. Die Spannweite der einbezogenen Daten sollte dabei möglichst breit und der jeweiligen Frage entsprechend sein.

Mein Ziel war es, die teilnehmende Beobachtung so explorativ und divers wie möglich auszurichten. Ich traf in zahlreichen Stationen und Kontexten der Hilfe für Geflüchtete in Leipzig involvierte Akteur*innen bei der Arbeit sowie davor und danach im Gespräch, um ihre Perspektiven auf die gegenwärtige Situation zu erfahren. Die Freiwilligen, die ich getroffen habe, waren eine heterogene Gruppe von Studierenden, Menschen im Rentenalter sowie Erwerbstätige (in dieser Reihenfolge). Dies sind gleichzeitig die drei häufigsten angegebenen Erwerbsstatus, die in deutschlandweiten quantitativen Studien ermittelt wurden (vgl. Karakayali und Kleist 2015; vgl. Hamann und Karakayali 2017: 17). Die Heterogenität der Freiwilligen zeichnete sich auch in ihren unterschiedlichen Engagementbiografien ab. Dennoch sind auffallend viele Frauen und in »größtstädtischen Initiativen [...] auch viele LGBT*« (Hamann und Karakayali 2017: 7) ehrenamtlich aktiv (vgl. Karakayali und Kleist 2016; vgl. Vey und Sauer 2016: 4). Einen besonderen Blick auf dieses Ungleichgewicht werfen bisher nur wenige Studien.²⁰

3. »context sensitivity« (Stewart 1998: 7)

Um diese in Punkt 2 beschriebene Spannweite der einbezogenen Daten zu ermöglichen, ist es notwendig, – trotz des engen lokalen und zeitlichen Fokus einer Feldforschung – die Fragestellung in mehreren Kontexten teilnehmend zu beobachten. Dies geschieht zum Beispiel dadurch, Personen in unterschiedlichen sozialen Settings zu begleiten und selbst unterschiedliche Rollen einzunehmen (vgl. Punkt 1),

20 Hamann und Karakayali beschreiben, dass dies auch in den Initiativen selbst wenig oder gar nicht thematisiert wird. »Dieses Schweigen ist deshalb besonders auffällig, weil es mit einer gehäuften Thematisierung der Gender-Rollen bei Geflüchteten einhergeht.« (2017: 8) Mir begegnete diese Thematik außerhalb der Auseinandersetzung mit meiner eigenen weiblichen Rolle im Feld nur, wenn ich Freiwillige gezielt nach ihren Erfahrungen befragte. Die Politikwissenschaftlerin Sophia Schmid untersucht die soziale *und* politische Rolle die Frauen in der Geflüchtetenhilfe einnehmen: »[R]efugee support work not only symbolises a variant of care work in the private sphere that is typically attributed to women, but should also be recognised as a political expression of values of openness and anti-racism [...]. Voluntary refugee support might be especially attractive for women not only because it speaks to a care-orientation, but because it serves as a platform for their political demands as well« (2020: 184).

sowie dadurch, auch andere Aspekte der Gesellschaft zu erforschen und nicht zuletzt, auf andere Ethnografien vergleichend zurückgreifen (vgl. Punkt 5). So wird deutlich, welche speziellen Aspekte das eigene Forschungsfeld determinieren und es lassen sich Erwartungen über weitere gesellschaftliche Prozesse daraus ableiten.

Um mehr »context sensitivity« zu erlangen, war es für mich bedeutsam, meinen eigenen Forschungskontext zu verlassen. Dies war einerseits durch Lektüre vergleichbarer Forschungen möglich, aber vor allem durch meine ergänzenden Forschungsreisen nach Nürnberg und Lesbos, die wesentliche Quellen des Blickwechsels waren.

In Nürnberg traf ich im März 2017 zwei Vertreter der Stadtverwaltung und besuchte zwei städtisch geförderte NGOs. Dies gab mir die Chance, einen Einblick in ein westdeutsch geprägtes Forschungsfeld zu bekommen, das zudem geografisch bedingt eine andere Aufnahmedynamik und damit andere Herausforderungen als Leipzig bewältigen musste. In Nürnberg konnte man auf andere Engagementstrukturen zurückgreifen, was im Forschungszeitraum durch eine unterschiedliche institutionelle Einbettung des Engagements deutlich wurde.²¹

Im Mai 2017 unternahm ich eine 5-tägige Forschungsreise nach Lesbos als Teilnehmerin einer Forschungsgruppe. Die Reise wurde organisiert und gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung. Vor Ort führten wir 14 Interviews, die ein möglichst breites Spektrum an Perspektiven zu Flucht auf Lesbos aufzeigen sollten.²² Die Forschung auf Lesbos ermöglichte mir einen Einblick in ein Feld mit international geprägten Unterstützungsstrukturen. Die Freiwilligen stammten aus verschiedenen europäischen Ländern und es waren globale (Flüchtlingshilfe-)Organisationen wie der *UNHCR* oder *Ärzte ohne Grenzen* vor Ort. Während Lesbos seit jeher eine Zwischenstation für Fluchtmigrant*innen war und die Bewohner*innen der Insel selbst auf eine Geschichte zurückblicken, in der ihre Vorfahren als Geflüchtete gekommen waren, veränderte sich die Lage im März

21 Schon im Frühjahr 2015 entstanden in Nürnberg städtische Koordinationsstrukturen, in die Freiwillige sich einordnen konnten. In Leipzig begann die erste städtische Koordinationsstelle ein Jahr später ihre Arbeit. Auch die Ergebnisse der ethnografischen Forschung von Larissa Fleischmann (2020) in mehreren Städten in Baden-Württemberg deuten auf relevante grundlegende strukturelle Unterschiede hin, die genau zu benennen jedoch weiterer vergleichender Forschung bedarf.

22 Daher waren die Interviewpartner*innen zum Beispiel ein Vertreter der Stadtverwaltung Mytilenes, mehrere Vertreter der Tourismusbranche, Ärztinnen, Freiwillige in verschiedensten formellen, informellen, teils als »illegal« bezeichneten Kontexten, Geflüchtete, die in Moria lebten, sowie einem Mitarbeiter der deutschen Bundespolizei und einem Frontex-Mitarbeiter. Die vielen Kontakte erwirkten schnell neue Kontakte und Anlaufstellen vor Ort, sodass ich mit einem Teil der Gruppe an einem *UNHCR*-Treffen teilnehmen konnte, und im *No Border Kitchen* Squat eingeladen war sowie einige Interview*partnerinnen auch in der kurzen Zeit wieder treffen konnte.

2016 durch den EU-Türkei-Deal, der die Weiterreise zum griechischen Festland weitestgehend verhinderte. Die Stimmung der lokalen Bevölkerung spaltete sich mehr und mehr angesichts einer zunehmenden Anzahl von Geflüchteten, die auf der Insel in einer Art Sackgasse gelandet waren. Dies zeigt, wie die geografische Lage an der EU-Außengrenze zu anderen historischen Erfahrungen mit Migration führt, wie sich politische Gesetzänderung an einem Ort materialisieren und das asylpolitische und gesamtgesellschaftliche Feld verändern können. Ich komme an einigen Stellen in der Arbeit vergleichend darauf zu sprechen.

Auch meine Positionierung im Feld konnte ich durch diese Erfahrungen vergleichend reflektieren. Das folgende Bild ist in Eftalou im Norden der Insel Lesbos aufgenommen. Wir waren dort um uns mit einigen Unterstützer*innen zu treffen, die regelmäßig Seenotrettung betreiben und/oder ankommende Menschen notversorgen.

Hier ist der kürzeste Abstand zum türkischen Festland. Man kann auf dem Foto im Hintergrund das nur 4 Kilometer entfernte bergige Land der Provinz Çanakkale erkennen. Ganz in der Nähe befindet sich der westlichste Punkt Kleinasiens. Auf dem Bild sieht man mich auf einer Mauer über der Stadt stehen und auf die europäische Außengrenze blicken. Eine hochfrequentierte Fluchtroute nach Europa ist hier einsehbar und wirkt greifbar nah. Als Deutsche wäre die Überwindung der Grenze kein großes Hindernis für mich, die Menschen auf der anderen Seite hingegen werden von vor mir patrouillierenden Frontex-Booten davon abgehalten, »illegal« nach Europa einzureisen. Dieser Augenblick schafft eine Gegenwärtigkeit und Sichtbarkeit einerseits von (rechtlichen) Grenzen und Grenzkontrolle sowie andererseits von asymmetrischen Forschungsbeziehungen und -positionen, die auf dieser Insel noch viel intensiver wahrnehmbar waren als im Binnen-EU-Land Deutschland.

Während auf Lesbos die meisten Freiwilligen für ihr Engagement dorthin gereist waren²³ (und ich eine extra nach Lesbos gereiste Forscherin war), wurden die Freiwilligen in Leipzig und Deutschland mit der Zuwanderung als externem Faktor ohne eigenes Zutun konfrontiert. Dies verdeutlichte mir, dass in meinem Forschungsfeld eine größere gesellschaftliche Statik vorhanden ist und dass diese zum Kontext dieser Gesellschaft dazugehört, insbesondere im Zusammenhang mit meiner Forschungsfrage, in der es eben gerade um dynamische Veränderungen im Zusammenhang mit Zuwanderung geht. Einige Leipziger*innen wurden widerwillig damit konfrontiert, andere suchten bewusst nach Möglichkeiten in der Stadt, um Geflüchteten helfen zu können. Diese Erkenntnis bestätigt noch einmal,

23 Die weiteren Geschehnisse zeigten, dass auch rechte Bewegungen aus ganz Europa nach Lesbos mobilisierten, um vor Ort Geflüchtete und ihre Unterkünfte, sowie Unterstützer*innen von Geflüchteten anzugreifen.

Abbildung 5: Deutsche Forscherin an der EU-Außengrenze auf Lesbos.



Quelle: Foto von Mariam Demir, Mai 2017.

dass die aufnehmende Gesellschaft eine entscheidende Akteurin in Integrationsprozessen ist und dass im Kontext von Fluchtmigration nicht Zuwandernde, sondern Schondagewesene ein zentraler Bestandteil der Analyse sein müssen.

4. »sociocultural description« (Stewart 1998: 7)

In der Beschreibung sozialer Beziehungen und Kulturen (die Gewichtung ist hier unterschiedlich) ist zentral, die Perspektive der Informant*innen darzustellen (Eigenbeschreibungen, Eigendeutungen etc.) (vgl. Stewart 1998: 7).

Ich unternahm also eine aufsuchende Feldforschung, zunächst mit dem explorativen Ziel, Zugang zu möglichst zahlreichen und diversen Formen des En-

gements zu erhalten (vgl. Flick 1995). Dabei arbeitete ich mich auch mithilfe der Informationen meiner Gesprächspartner*innen weiter vor, indem ich sie zum Beispiel fragte, mit wem ich mich ihrer Meinung nach unterhalten sollte. Außerdem erstellte ich mit einigen meiner Informant*innen Netzwerkskizzen, die die Organisationen der Leipziger Geflüchtetenhilfe aus ihrer Perspektive darstellten. Mein Forschungsfeld erstreckte sich als nur teilweise räumlich gebundenes Netzwerk über die ganze Stadt. Insgesamt ergab sich für meine Forschungsmethodik ein Stückwerk aus sehr unterschiedlichen Herangehensweisen, Netzwerken und neuen Stadtteilen, die ich kennenlernte. So konnte ich meine Fühler möglichst breit ausstrecken.

Gegenüber klassischen Feldforschungen in einer kleineren begrenzten Gemeinschaft fehlte dadurch manchmal das Gefühl, gänzlich in einem exakt abgegrenzten Feld verortet zu sein. Wie der Ethnologe Ulf Hannerz aber aufzeigt, hängt dieses klassische Bild von Ethnolog*innen die in einem weit entfernten Feld für lange Zeit ›verschwunden‹ sind, zum einen damit zusammen, wie überhaupt ›das Feld‹ konstruiert wurde (vgl. Hannerz 2006) und zum anderen, welche Forschungsrhythmen den jeweiligen praktischen Bedingungen der Wissenschaftswelt entsprachen (vgl. Hannerz 2003: 213; vgl. *Anthropology at Home-Debatte*, Fußnote 19 in diesem Kapitel). Meine Feldforschung hatte eher den Charakter einer »Multi-Sited Ethnography« (vgl. Hannerz 2003), in der ich zu unterschiedlichen Zeiten an unterschiedlichen Orten in der Stadt forschte, wobei auch ganz praktische Faktoren wie die Betreuungszeiten meiner Kinder eine Rolle für meine Forschungszugänge spielten.

Leipzig als ›Forschungsort‹ wird so – bei genauerer Betrachtung – zu einer Vielzahl von Begegnungs- und Forschungsorten, die vor allem durch die Akteur*innen der Geflüchtetenhilfe ausgewählt oder determiniert wurden. Der öffentliche Raum stellte den primären Begegnungsort der von mir untersuchten »Teilzeit-Gemeinschaften« (Knoblauch 2001: 136f. in: Knapp 2017: 30) dar. Diese sind teilweise an einen Ort gebunden, wie eine Erstaufnahmeeinrichtung, ein Kirchencafé oder eine umfunktionierte Straßenbahnhalle, existieren aber vor allem durch ihre »Handlungs- und Kommunikationszusammenhänge« (vgl. Knapp 2017: 30). Ich versuchte, entscheidende Informant*innen in verschiedenen Lebenssituationen zu treffen, um sie nicht nur in ihrer Rolle als Freiwillige kennenzulernen. Es ergab sich jedoch mit den meisten Informant*innen nur selten Kontakt über das gemeinsame Engagement oder über Treffen mit Bezug zum Engagement hinaus. Das Engagement war häufig ein vom Rest des Alltags abgekapselter Lebensbereich. Die Schwierigkeit, Menschen auch in weiteren Bereichen ihres Alltags kennenzulernen, deutete ich als Zeichen dieser sozialräumlichen Trennung, die meist ihren Ursprung in der räumlichen Trennung zur Unterkunft hatte.

Insgesamt umfasst mein Materialkorpus Notizen, Skizzen und Audioaufnahmen aus rund 60 Interviews mit Freiwilligen und Hauptamtlichen aus allen Ebenen

von Politik und Verwaltung, Koordination von Engagement, Unterbringung von Geflüchteten, NGOs, informelle Initiativen und Gruppen. Im Kontext meiner teilnehmenden Beobachtung zählen zahlreiche Gespräche vor oder nach Gruppentreffen, im Freundes- und Bekanntenkreis, auf Veranstaltungen sowie Messen dazu, die ich in Form von Gedächtnisprotokollen notiert oder diktiert habe. Ich nahm an Gruppentreffen teil, sowie in weiteren, unverbindlicher oder kurzfristiger organisierten Unterstützungsstrukturen wie in der Sachspendenzentrale, Deutschunterricht in einer Erstaufnahmeeinrichtung, Kinderbetreuung in einer Gemeinschaftsunterkunft, Interkulturelles Fußballturnier, Wohnungspatenschaft, verschiedene Kirchencafés.

Durch diese umfangreiche Dokumentation war es mir möglich, diese Perspektiven in ihrer eigenen soziokulturellen Beschreibung zu belassen. Im weiteren Buch wird deutlich werden, dass gerade durch diese Offenheit gegenüber den individuellen Perspektiven der verschiedenen Akteur*innen deutlich wurde, dass manche Begrifflichkeiten und Definitionen, beispielsweise aus der Partizipationsforschung, gegenüber den empirisch erfassten Perspektiven nicht mehr passend sind.

5. »theoretical connections« (Stewart 1998: 7f.)

Das Potenzial einer Ethnografie liegt darin, vorhandene Konzepte aufzugreifen und durch den Abgleich mit den empirisch erhobenen Daten im Arbeitsprozess neue Konzepte zu entwickeln, die zu Beginn der Fragestellung noch nicht bestanden (vgl. Stewart 1998: 7f.). Darin liegt die innovative Kraft der dichten Beschreibung gesellschaftlicher Zusammenhänge.

Auf inhaltlicher Ebene war es besonders herausfordernd, dass durch die Dynamik im Forschungsfeld mit hoher Geschwindigkeit neue Konzepte ausprobiert und debattiert wurden. Aufgrund der Brisanz asylpolitischer Themen im Forschungszeitraum gab es zahlreiche Tagungen, Konferenzen von lokalen und regionalen Akteur*innen der Hilfe für Geflüchtete, Informationsveranstaltungen, Integrationsmessen, Führungen durch neue (noch unbewohnte) Unterkünfte, Sitzungen des Migrantenbeirats und der Ratsversammlung der Stadt Leipzig, an denen ich teilnahm. Neben diesen gehören außerdem die im Forschungszeitraum (und teils darüber hinaus) veröffentlichten Texte und Bilder in Print- und Onlinemedien sowie Gesetzestexte, Verwaltungsverordnungen, Selbst-repräsentationen von Akteur*innen (online und Print) zu meinem Datenkorpus. In Anlehnung an Chris Shore und Susan Wright begreife ich diese Texte als mögliche »significant cultural texts that shed light on the way policy problems are framed and contested« (2011: 15).

Für meine Fragestellungen war es bedeutsam, Konzepte zu benutzen, die im Geiste des *studying through*, die Vielfalt und Heterogenität der Akteur*innen, Institutionen und Diskurse *im* Feld, als auch des Feldes *selbst* darstellen und analysieren können. *Studying through* meint dabei – als Gegenentwurf zu *studying up* oder

down etc. (vgl. Hannerz 2006) – die von Susan Wright und Sue Reinhold entwickelte Methodik, politische Prozesse auf unterschiedlichen Ebenen, in ihren sichtbaren Handlungen sowie gesellschaftlichen Strukturen »in which power creates webs and relations between actors, institutions and discourses across time and space« (Shore/Wright 1997: 11) zu untersuchen.

1.4 Analytischer Zugang zum sich wandelnden Feld

Die Dynamiken im Feld sind eng mit gesamtgesellschaftlichen Dynamiken und Wandlungsprozessen auf allen Ebenen verwoben. Die Geschehnisse an den verschiedenen Orten stehen in unterschiedlichen Verhältnissen zu Mikro- und Makroprozessen. Wer darf nach Europa, wer nach Deutschland kommen? Wer gehört zu Deutschland? Abschottungs- und Öffnungsprozesse gesellschaftspolitischer Felder zeigen sich in globalen Zusammenhängen und Diskursen wie diesen. Die Dekonstruktion der damit verbundenen Policies ermöglicht es, zugrundeliegende Muster und Prozesse in der Organisation von Macht und Gouvernementalität sichtbar zu machen (Shore und Wright 2011: 4). Wie bereits deutlich wurde, entstehen Dynamiken auf allen Ebenen durch Gesetzgebungen, Diskurse, Policies und ihren Rezeptionen auf lokaler Ebene. Im Folgenden gebe ich einen Überblick über die unterschiedlichen Herangehensweisen der Erforschung dieser Strukturen und Prozesse und der Einbettung innerhalb der anthropologischen Forschung zu Migration, Stadt, Staat, und Zivilgesellschaft. Ich möchte zunächst aufzeigen, wie diese Beobachtungen mit der Konzeption der Öffnung politischer Felder und damit verbunden mit Policy-Analyse und *Assemblage Theory* zusammenhängen.

1.4.1 Öffnung politischer Felder

Die Analyse heutiger Politikfelder macht deutlich, dass angesichts von Globalisierungs-, Europäisierungs- und Neoliberalisierungsprozessen, die auch in lokalen Politikfeldern diverse und umfangreiche Transformationen ausgelöst haben, Forschungsperspektiven und Erklärmodelle erweitert werden müssen (vgl. Adam und Vonderau 2014: 16).

In diesem Buch, das Kontinuität und Wandel behandelt, geht es darum, die Gleichzeitigkeiten unterschiedlicher Diskurse und Institutionen politischer Felder zu beleuchten und empirisch zu belegen. Für Leipzig kann ich feststellen, dass in der von mir beobachteten Transformation des asylpolitischen Feldes unkoordinierte und improvisierte Teil-Entwicklungen stattfanden. Die Gleichzeitigkeit von *Öffnung* und *Abschottung* ist besonders konfliktreich, weswegen der Forschungszeitraum ergiebig für die Erforschung von Konstitution und Wandel politischer Felder war.

1.4.1.1 »Das politische Feld« und die »Anthropologie politischer Felder«

In den folgenden Ausführungen zur Öffnung des politischen Feldes und ihren Untersuchungsmöglichkeiten beziehe ich mich auf die Anthropolog*innen Jens Adam und Asta Vonderau (2014). Sie untersuchen die Auffächerung politischer Dynamiken anhand der Weiterentwicklung des Konzeptes des *politischen Feldes*. Pierre Bourdieu prägte diesen Begriff, der in seiner Feldtheorie kontextualisiert ist. Diese ist die Theorie verschiedener nebeneinander existierender Felder, darunter zum Beispiel das religiöse oder eben das politische, die nebeneinander jeweils als »autonomer Mikrokosmos innerhalb des sozialen Makrokosmos« existierten (Bourdieu 2001: 41). Sein Konzept des politischen Feldes dient meiner Analyse als eine Vergleichsfolie, an der ich die Entwicklungen im Forschungsfeld kontrastieren konnte. Seine Beobachtung ist, dass die Autonomie des politischen Feldes fortschreitet, was er an der zunehmenden Professionalisierung und »Abschottung« desselben ausmacht (vgl. ebd.: 44f.; 47).

»Als Feld zu funktionieren, bewirkt eine Art Abschottungseffekt. Dieser beobachtbare Effekt ist das Ergebnis eines bestimmten Prozesses: Je mehr sich ein politischer Raum verselbstständigt, desto mehr entwickelt er eine eigene Logik, desto mehr tendiert er dazu, nach den dem Feld inhärenten Interessen zu funktionieren und desto größer wird der Bruch mit den Laien.« (Bourdieu 2001: 47)

Was Bourdieu als »Bruch mit den Laien« bezeichnet, fußt in der Verteilung von »Kompetenzen« (ebd.: 47) im Feld, die nach Bourdieu zunehmend den als »Professionelle« markierten Personen zugeschrieben werden. Das heißt in der Folge, dass die Handlungen von »Laien« diskursiv delegitimiert werden (vgl. ebd.: 21; 70). Übertragen auf mein Forschungsfeld erkenne ich Dynamiken der Konstruktion und Legitimation eines solchen speziell asylpolitischen Feldes, beispielsweise durch die konstruierte Unsichtbarkeit von Asylsuchenden in Unterkünften an den Rändern der Stadt. Dieser Abschottungseffekt, der sich in der Vergangenheit negativ auf die »Integration« von Geflüchteten in Deutschland auswirkte, wurde durch die Geschehnisse im Forschungszeitraum verunmöglicht. Dies ist ein sichtbarer Effekt der in dieser Arbeit beschriebenen Öffnung des politischen Feldes. Öffnung und Abschottung existieren parallel, als zwei Dynamiken im politischen Feld, die einander wechselwirkend beeinflussen. Das heißt auch, dass der Begriff des politischen Feldes bei Bourdieu keineswegs überholt ist, oder ungültig. Er liefert, wie Adam und Vonderau aufzeigen, Erkenntnisse über »Mechanismen des Ausschlusses, auf elitäre Mikrofelder der Macht, auf Hierarchien, symbolische Kämpfe und Ordnungen und somit auf die Entstehungsbedingungen »politischer Produkte« und gesellschaftlicher Diskussionen« (Adam und Vonderau: 16). Die »*Anthropologie politischer Felder*« von Adam und Vonderau erforscht den Spannungsbogen zwischen diesen neuen politischen Formationen (vgl. ebd.: 20) und den »elitären Mikrofeldern

der Macht, die auch weiterhin gesellschaftliche Debatten und politische *Probleme* wirkmächtig zu strukturieren vermögen« (ebd.: 17; Hervorhebung im Original).

Um diese Dynamiken dekonstruieren zu können, habe ich, wie viele der Beiträge der »*Anthropologie politischer Felder*« (2014), eine Policy-Analyse einbezogen. Adam und Vonderau (2014: 18) heben die Bedeutung der *Anthropology of Policy* (Shore und Wright 1997; 2011) für die Beschreibung komplexer, fluider und heterogener »Assemblagen« (Shore und Wright 2011: 20) hervor. Im Folgenden diskutiere ich die Chancen und Grenzen dieses Ansatzes für meine Analyse.

1.4.1.2 Anthropology of Policy

Dieser Arbeit liegt ein Verständnis von Policies und Policy-Forschung zugrunde, das Chris Shore und Susan Wright zum Beispiel in der Einleitung zu »*Policy Worlds*« (2011) darlegen. Dieser interpretative Policy-Ansatz verfolgt den Gedanken, Individuen in Machtstrukturen bewusst Agency zuzuschreiben und sie nicht als passive Konsumierende gouvernementaler Strukturen zu konstruieren.²⁴ Dies entspricht meiner Perspektive auf die Freiwilligen im Forschungsfeld, deren Agency in dieser Arbeit im Vordergrund steht (vgl. ebd.: 17). Das Ziel einer Policy-Analyse ist »to deconstruct policy in order to reveal patterns and processes in the organization of power and governance in society« (ebd.: 4). Policies sind *erstens* Organisationsprinzipien der Gesellschaft, ebenso wie Familie, oder Nation oder Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 2). *Zweitens* haben sie keine eindeutige Autorschaft (vgl. ebd.: 10) und keine lineare hierarchische Richtung, wie in einem autoritären Policy-Konzept angenommen werden würde. Der interpretative Ansatz von Shore und Wright versucht folglich zu verstehen, *wie* Menschen sich zu Policies positionieren und *wie* sie sie in ihrem Alltag interpretieren und integrieren (vgl. ebd.: 8, 13). »In other words, an anthropology of policy includes not only those who govern but also conceives an active role for the governed, as well as the technologies that mediate between them« (ebd.: 12). Dadurch wird deutlich, dass im Fokus steht, wer wann und in welchem Kontext sich wie auf Policies bezieht. Dies führt mich zum *dritten* Aspekt. »[P]olicies travel across scales and sites«, nämlich durch die Akteur*innen (ebd.: 7). Ein wesentlicher Grundgedanke dabei ist, dass dieses Wandern auch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern geschieht, wodurch beispielsweise überlokale Diskurse in ganz alltäglichen Handlungen nicht nur sichtbar werden, sondern verändert oder reproduziert werden. Im Folgenden greife ich das Beispiel der Sachspendenzentrale noch einmal auf, um die für mich zentralen Punkte des Ansatzes von Shore und Wright zu übersetzen und anschließend die Grenzen deutlich zu machen.

24 Im Gegensatz dazu würde ein autoritären Policy-Ansatz davon ausgehen, dass Policies direkten, unmittelbaren Einfluss auf die Handlungen der Menschen nehmen.

Die beschriebene Ordnung der Kisten in der Sachspendenzentrale diene explizit der Erhaltung des »Systems«. Dieses erschien zwar anfangs ungeordnet, wurde aber schnell klar und eindeutig. Je häufiger ich aber *in* die Kisten sah und je länger ich am Sortieren teilnahm, desto mehr verstand ich, dass die Zuordnung des Inhalts in eine Kiste gar nicht so klar war, sondern diskutiert und unterschiedlich interpretiert wurde. Die Klarheit der gesetzten Kategorien verblasste, sobald ich sah, wie ihre Legitimität in Frage gestellt wurde. Dies zeigte sich mir in mehreren Situationen. Als ich beispielsweise an der Sortierstelle der einkommenden Sachspenden mitarbeitete, unterhielten sich die meisten Mitarbeitenden regelmäßig über einzelne Kleidungsstücke und deren Zuordnung. Dabei ging es nicht nur um die Schwierigkeit, bestimmte Kleidungsstücke als »männlich« oder »weiblich« zu bestimmen, sondern auch diese Kategorisierung selbst wurde in Frage gestellt. Einige Freiwillige berichteten beispielsweise davon, dass, ihrer Beobachtung nach, geflüchtete Männer eher »weibliche«, enganliegende Klamotten tragen würden. Auch die Differenzierung, ob ein bestimmtes Kleidungsstück für Geflüchtete oder (wenn in schlechterem Zustand) für die Heilsarmee sortiert werden sollte, war häufig Anlass zur Diskussion. Welche Kleidung ist »gut genug? Welche »zu aufreizend? Was wollen »die Geflüchteten«?

Dieses Beispiel soll vor Augen führen, wie klein große Fragen und wie groß kleine Fragen werden können. »Wie kann ich Geflüchteten helfen?« kann bedeuten, sich über einen Pullover zu unterhalten und diese Entscheidung kann eine Auseinandersetzung mit Fremdheit und Gender, mit Kategorisierungen und Unsicherheiten bedeuten. Selbst in einem zunächst so eindeutig erscheinenden Kategorien-System wie dem in der Sachspendenzentrale werden gesetzte Kategorien nicht einfach übernommen, sondern hinterfragt und immer wieder neu verhandelt. Sie verbinden sich mit den Lebensrealitäten der jeweiligen Akteur*innen. Damit wird auch ein *vierter* Aspekt deutlich, den Adam und Vonderau hervorheben. Policies »privilegieren bestimmte Zukunftsvorstellungen oder Visionen vom guten Leben« (2014: 19). Die sortierenden Freiwilligen haben im Sinn, »das Richtige« zu tun. Ihr Austausch zeigt, dass »das Richtige« etwas ist, dass selbst durch festgelegte Kategorien nicht eindeutig umschrieben werden kann, sondern dass diese Kategorien individuell interpretiert werden. Ebenso betrachte ich die Wirkweise von Policies, nämlich durch Interpretation und Verbindung und Austausch mit den jeweiligen Akteur*innen einer sozialen Situation.

Obwohl Shore und Wright deutlich machen, dass Policies auf unterschiedlichen Ebenen (»across scales and sites«) wirken, ist das Verhandeln der Akteur*innen bei ihnen eher im politischen Feld und innerhalb von gouvernementalen Strukturen thematisch situiert. Sie betonen zwar einerseits, Policies als nicht hierarchisch, nicht linear zu betrachten und keiner eindeutigen Autorschaft zuzuordnen und Individuen nicht als Konsumierende gouvernementaler Strukturen zu begreifen. Andererseits verstehen sie die Individuen als »reflexive subjects« (Giddens 1991;

zitiert in Shore und Wright 2011: 17) oder auch als »sceptical subjects« (Clarke, Newman und Westmarland 2007; zitiert in Shore und Wright 2011: 18), die sich als solche aktiv mit den eigenen Subjektivierungen und Kategorisierungen auseinandersetzen und diese erkennen. Diese Beschreibungen könnten nun vermuten lassen, dass Policies *nur* von sogenannten *reflektierten* Akteur*innen in Frage gestellt werden, im Sinne einer bewussten Positionierung gegenüber einer Policy. Ich denke jedoch, dass es für mein Forschungsfeld bedeutsam ist, genau dies nicht vorauszusetzen und Akteur*innen als Träger*innen von Policies auch in scheinbar unreflektierten ›unpolitischen‹ Feldern zu betrachten. Dies ist relevant, weil sich im Forschungszeitraum asylopolitische mit alltäglichen Realitäten verschmolzen, zum Beispiel in der Nachbarschaft.

Shore und Wright betonen, dass die Arbeit mit einem solchen Policy-Konzept sich von konventionellen politikwissenschaftlichen Betrachtungen unterscheiden muss. Gerade in Bezug auf die flexiblen und dynamischen Akteur*innen in meinem Forschungsfeld war es wichtig, Konzepte zu verwenden, die die Öffnungsbewegungen in den Feldern analytisch integrieren können. Shore und Wright schlagen vor, Policies als Assemblagen zu verstehen und zu analysieren (2011: 20). Diesem Hinweis, ebenso wie Asta Vonderau und Jens Adams »*Anthropologie politischer Felder*« folgend, analysiere ich die sich ausweitenden politischen Felder als Assemblagen. Ich zeige im Folgenden auf, wie ich das Assemblage-Konzept für diese Darstellung nutze.

1.4.1.3 Assemblage Theory

Der Begriff *Assemblage* steht zunächst in den Bereichen der Kunst, Literatur und Architektur für etwas erkennbar aus Einzelteilen Zusammengesetztes (Seitz 1961; vgl. Markus und Saka 2006: 102).²⁵ Dieser Grundgedanke, dass die Elemente eines Kunstwerks eigenständig und autonom sind, dass sie Eigenschaften mitbringen und auch in andere Assemblagen tragen können, ist eine sehr treffende bildliche Analogie, die für das Verständnis des Konzeptes und des Begriffes auch innerhalb der Sozialwissenschaften durchaus unterstützend ist. Die Verwendung des Begriffes im akademischen Feld geht auf Gilles Deleuze, teilweise in der Zusammenarbeit mit Félix Guattari (»*A Thousand Plateaus*« 1987), zurück. Die zahlreichen Re-

25 Der Begriff *Assemblage* ist die Übersetzung von *agencement*. Dies drückt nach DeLanda (2016: 1) deutliche aus, dass es sich bei diesem *Gefüge* (so die gängige Übersetzung in deutschsprachigen Rezeptionen Deleuzes) sowohl um einen Prozess als auch um das (momentane) Ergebnis dieses Prozesses handelt. Vielleicht wäre eine gute Entsprechung dieser Mehrdeutigkeit im Deutschen ebenfalls durch ein substantiviertes Verb darzustellen, zum Beispiel durch das *Zusammengefügte* von frz. *assembler* – zusammenfügen oder das *Angeordnete* von frz. *agencer* – anordnen. Dies soll jedoch nur im Hinterkopf behalten werden, da die wissenschaftlichen Rezeptionen, die ich verwende, alle den Begriff und das Konzept der »*Assemblage Theory*« verwenden.

zeptionen und Bezüge auf dieses Werk dienen der Erstellung eines Konzeptes zur Analyse von Assemblagen auf einer theoretisierenden Ebene (vgl. DeLanda 2006; 2016; Markus und Saka 2006; McFarlane 2011; Rabinow 2004) wie auch in den jeweiligen zu untersuchenden Untersuchungsfeldern angewandt (vgl. Koster 2019; Murray Li 2007) (vgl. Markus und Saka 2006: 102). Die Assemblage ist, wie in der anthropologischen Forschung am prominentesten durch Collier und Ong (2005) deutlich gemacht wurde, der »Aushandlungsort« (Kiepenheuer-Drechsler 2013: 53) unterschiedlicher globaler Prozesse, die auf verschiedenen Ebenen produziert und in der Assemblage verhandelt werden. Grundsätzlich ist das ein Gedanke, der die gewachsene Mobilität und die gewachsenen Kommunikationsnetzwerke der Postmoderne in die Assemblage und damit in den jeweiligen Ort einbindet. Collier und Ong (2005) haben dies zum zentralen Aspekt ihrer Rezeption gemacht und das Konzept der »global assemblages« entwickelt. Diese Betrachtungsweise wird auch den beschriebenen globalen Faktoren in meinem Forschungsfeld gerecht.

Ich beziehe mich in der Arbeit vor allem auf die ausgiebige Rezeption Manuel DeLandas in seinen Werken »*A New Philosophy of Society*« (2006) und »*Assemblage Theory*« (2016), die die zahlreichen Definitionen, welche Deleuze bzw. Deleuze und Guattari in ihren Werken anbieten, zu einem leichter handhabbaren Analysewerkzeug für sozialwissenschaftliche Untersuchungen zusammen (2016: 1). Durch die Verwendung dieses Konzeptes, in Abgrenzung zum politischen Feld mache ich deutlich, dass asylopolitische Prozesse als *gesamtgesellschaftliche* Dynamiken analysiert werden müssen und dass die Elemente der Assemblage, also »Diskurse und Wissensbestände, verschiedene Formen der Machtausübung und (Regierungs-)Techniken, soziale Akteur*innen, sowie materielle Objekte und Ressourcen (DeLanda 2006: 2, Ong 2005, Li 2007, Newman/Clarke 2009: 71)« (Kiepenheuer-Drechsler 2013: 53) wechselwirkend miteinander agieren. Die Dynamik der Assemblage speist sich dabei auch aus den Beziehungen und Netzwerken, die die Elemente *aufserhalb* der Assemblage haben. Ein Vorteil des Assemblage Konzeptes gegenüber der *Anthropology of Policy* ist, dass hier Raum für unbewusste, alltägliche, nicht dezidiert politisch konzipierte Handlungen gelassen wird.

Außerdem kann dieses Konzept den Erkenntnissen der »*Anthropologie politischer Felder*« insofern gerecht werden, als dass Öffnungs- und Abschottungsprozesse gleichsam und wechselwirkend analysiert werden können. Dieses Weiterbestehen von Konzepten, also parallele Dekonstruktions- und Neukonstruktionsprozesse, finden auch unter den Freiwilligen in meinem Forschungsfeld statt. Diese Gleichzeitigkeit und Unfertigkeit von Kategorien und Prozessen prägten die Unordnung meines Feldes. Die *Assemblage Theory* nach DeLanda hilft, dieses Durcheinander zu sortieren und bietet so nicht nur eine Beschreibung, sondern auch einen Erklärungsansatz für die heterogenen und oftmals ambivalent erscheinenden Entwicklungen. Dass die Elemente einer Assemblage gleichzeitig mehr als einer Logik unterliegen, ist grundlegend für die *Assemblage Theory*.

Wo Asylpolitik in der Praxis stattfindet, wer und was alles ein Teil davon ist, welche Hoffnungen und Vorstellungen sich mit dem Handeln in asylpolitischen Feldern verbinden, dies kann nur umfassend dargestellt werden, wenn alle sich zusammenfügenden Teile betrachtet werden. Die Heterogenität, die Dynamik und die Ambiguität meines Feldes ließ sich am ehesten unvoreingenommen beschreiben und dennoch bündeln im Konzept der *Assemblage Theory*. Diese stellt harmonisierende (öffnende) und de-harmonisierende (abschottende) Prozesse innerhalb der Assemblage nicht *gegeneinander*, sondern setzt sie in Beziehung. So wird verständlich, dass Öffnung und Abschottung die beiden dominierenden Prozesse in meinem Forschungsfeld sind.

Das bedeutet auch, dass ich in der Frage der im Feld dominierenden Prozesse keine Entscheidung treffe, dass ich das Engagement nicht als Ergebnis neoliberaler gouvernementaler Machtstrukturen betrachte oder auch, dass ich den Forschungsfokus nicht auf Grenzregime, sondern auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft und ihre komplexen, heterogenen individuellen und gesellschaftlichen Handlungsstrategien lege. Ich betrachte stattdessen die Spannung zwischen souveränen und gouvernementalen Aspekten zwischen Individuen und Gesellschaft indem ich die Perspektive der Freiwilligen in den Mittelpunkt stelle.

1.4.2 Zivilgesellschaft und Staat – Interaktionen und Beziehungen im Forschungsfokus

Wie bereits deutlich geworden sein sollte, stehen im Zentrum der Analyse des freiwilligen Engagements soziale Interaktionen, Beziehungen und Netzwerke der Akteur*innen. Auf diese Weise ist es möglich, statische Beschreibungen von gesellschaftlichen und politischen Prozessen zu umgehen und die Wirkweise von Policies, Diskursen etc. aus der Sicht der Beteiligten zu erfahren. Was bedeutet das für den Forschungsfokus einer politischen Ethnografie in der Stadt? Wie kann man »politics in everyday life« untersuchen? Die Anthropologin Rivke Jaffe schreibt dazu in ihrem Aufsatz »*Cities and the Political Imagination*« (2018) Folgendes:

»This involves looking beyond the state, and beyond traditional party politics and social movements, to recognize multiple systems of governance, multiple forms of political community, and the less formal, everyday inter-actions and enactments through which governance and political belonging take shape.« (Jaffe 2018: 1099)

Was aber bedeutet »beyond the state«? Wen nimmt sie in den Fokus? Jaffe verdeutlicht zwar, dass urbane Forschungen über politische Felder auf nicht-staatliche Akteur*innen und Netzwerke erweitert werden müssen, und dementsprechend die Forschungsorte in der Stadt auf die Straßen, Plätze, Bars, Hinterzimmer etc. zu erweitern sind (vgl. ebd.: 1099). Die Akteur*innen, die Rivke Jaffe beobachtet, stellen jedoch auch die Alltäglichkeit von anderen »powerholders« dar, wie zum

Beispiel »criminal leaders«, NGOs, Vertretungen der »business elite« (ebd.: 1099). Auch diese repräsentieren einen starken Bezug zum politischen Feld und könnten in gewisser Hinsicht als »Professionelle« gelesen werden. Wenn es aber darum geht, in Anlehnung an Jens Adam und Asta Vonderau von einer Öffnung politischer Felder auszugehen und diese weiterzudenken, dann muss auch »beyond the state« breiter gedacht werden.

Das Besondere an meinem Forschungsfokus ist, dass die Freiwilligen grundsätzlich zunächst eher als »Laien« angesehen wurden, was daran sichtbar wurde, dass ihre Handlungen immer wieder als »unpolitisch« markiert wurden. Gleichzeitig entwickelten sie aber eine besondere Verwobenheit mit dem sich öffnenden politischen Feld, die zu Konflikten und Reibungen führte, weil unterschiedliche hierarchische Logiken aufeinanderprallten. Nicht nur das »everyday life« von Vertreter*innen peripherer, subtiler Machtpositionen, sondern auch das Alltägliche beim Kleidung-Sortieren ist Teil der Assemblage. Im Folgenden diskutiere ich, wie Erkenntnisse der *Stategraphy* dafür genutzt werden können, diese Beobachtungen analytisch zu fassen und wie man *das Politische* stattdessen beschreiben kann.

1.4.2.1 Relational Anthropology: *Stategraphy*

Unter Berufung auf monolithische und homogenisierende Vorstellungen von »Staat« und »Staatlichkeit« konzentrierten sich Forschungen in den 90er Jahren darauf, die »coercive sides of the state«, wie Krieg oder Überwachung und die Omnipräsenz von gouvernementalen Technologien zur Vermessung und Kontrolle der Population zu thematisieren (Thelen, Vettters und Benda-Beckmann 2018: 4).²⁶ Die Sozial-Anthropologinnen Tatjana Thelen, Larissa Vettters und Keebet von Benda-Beckmann kritisieren diesen Fokus in ihrer Einleitung zum Sammelband »*Stategraphy*« (2018: 5). Die indirekte Erforschung der Wirkung des Staates in Ausnahmezuständen und in seinen Grenzbereichen habe zur Folge, dass der Erforschung der »state practices« weniger Aufmerksamkeit zukäme (ebd.: 5). Das Konzept der *Stategraphy* und die ethnografischen Studien in dem dazugehörigen Sammelband von 2018 füllen die theoretische Lücke zwischen »state images« und »state practices« (vgl. ebd.: 1; 2; 5). Sie knüpfen dabei an Kritiken der Foucault-

26 Ein anderer Forschungsstrang, der sich zwar auf »state practices« konzentrierte, blickte aber vor allem auf die abstrakten Mechanismen der Staatsmacht oder beschrieb, inspiriert durch Michael Lipskys »Street Level Bureaucracy« (1980), die konkrete Rolle von Bürokrat*innen als Kontrast dazu (vgl. Thelen, Vettters und Benda-Beckmann 2018: 5; vgl. auch Dubois 2010). Insbesondere durch die Arbeit letzterer ist ein entscheidender Schritt getan für das Verständnis über das Funktionieren des Staates (vgl. Thelen, Vettters und Benda-Beckmann 2018: 6). Vor allem aber fehle diesen Forschungsansätzen der Blick auf die Beziehungen der Akteur*innen, die sie beschreiben (vgl. ebd.: 2). Genau diese Beziehungen nehmen die Autorinnen im Rahmen der »*Stategraphy*« in den Fokus.

schen Gouvernementalitätstheorie an²⁷ und analysieren die Beziehungen und Netzwerke von Zivilgesellschaft und staatlichen Strukturen. Dieser Blick einer *relational Anthropology*, die statt starrer Vorstellungen der Grenzen von Staat und Individuen auf die individuellen Grenzziehungen blickt, war sehr hilfreich für die Analyse meiner Forschungsdaten, die in einer Phase großer Unklarheit über staatliche und nicht-staatliche Aufgaben und Handlungsfelder erhoben wurden. Diese Herangehensweise an das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft ist daher für die vorliegende Forschung essenziell. Ich zeige auf, dass die Vorstellungen der Menschen über das, was der Staat sein sollte und wie der Staat agieren sollte, eine entscheidende Rolle für ihr Handeln in Bezug auf die Geflüchteten, die in die Stadt kommen, spielt (vgl. ebd. 2018: 9). Auf welche Art die Helfenden aktiv werden, hängt auch mit den jeweiligen Auffassungen über die eigene Position oder Beziehung im Staat zusammen. Dies äußert sich beispielsweise darin, welche Vorannahmen über Aufgabenverteilungen in der Hilfe für Geflüchtete bestehen: Ist es Aufgabe ›des Staates‹ oder ›der Zivilgesellschaft‹, den Geflüchteten zu helfen, ihnen Kleidung zu stellen, ihnen Deutsch beizubringen, oder bei der Wohnungssuche zu unterstützen? Die Grenzen, so belegt diese Arbeit ausführlich, sind nicht festgeschrieben, sondern werden in individuellen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen re-/produziert.

1.4.2.2 Partizipation als souveräne Handlung?

An diese Gedanken schließt sich an, dass nicht nur staatliche Macht anders analysiert werden muss, sondern auch die Zivilgesellschaft. Wenn staatliche Macht nicht mehr als monolithisch und unteilbar (vgl. Abrams 1988; Ferguson und Gupta 2002) betrachtet wird, verschwimmen nicht nur die Grenzen von ›Staat‹ und ›Staatlichkeit‹, sondern auch die der ›Zivilgesellschaft‹ und Partizipation. Das heißt konkret, dass zivilgesellschaftliche Aktionen als souveräne Handlungen gelesen wer-

27 Mit dem Begriff »*Biopolitik*« beschreibt Michel Foucault im Rahmen seiner Gouvernementalitätstheorie die Komplexität und Omnipräsenz von Machtverhältnissen und -prozessen aufgrund deren Gerichtetheit auf die Körper der Bevölkerung. »An omnipresent government, a government which nothing escapes, a government which conforms to the rules of right, and a government which nevertheless respects the specificity of the economy, will be a government that manages civil society, the nation, society, the social« (Foucault 2008 [1979]: 269). »Ich suche zu zeigen, wie die Machtverhältnisse in die Tiefe der Körper materiell eindringen können, ohne von der Vorstellung der Subjekte übernommen zu werden« (Foucault 1978: 108). »Für Foucault ist die Analyse des Staates nicht der Schlüssel zum Verständnis der Macht, sondern umgekehrt ließen sich staatliche Institutionen erst durch Machtverhältnisse erschließen« (Vasilache 2014: 2). Foucault kritisiert mit diesem Ansatz, dass in der Folge der Wissensproduktion im 16. und 17. Jahrhundert »das Problem der Macht auf das der Souveränität beschränkt ist« (1978: 109). Ausgehend von Foucaults genealogischen Betrachtungen entwickelten sich die Analysemethoden, die diese staatlichen Machtverhältnisse in der heutigen Zeit aufspüren und beschreiben.

den können, auch wenn sie sich nicht dezidiert und bewusst politisch gegen bestimmte gouvernementale Diskurse und Policies richten. Die Handlungen der Freiwilligen in dieser Arbeit stellen souveräne Gegenentwürfe zu gouvernementalen Diskursen und Policies dar, auch wenn sie dies nicht *bewusst* intendieren. Warum ist dies bedeutsam? Der Sozialanthropologe Marc Abélès zeigt auf, wie durch die eingegrenzte Betrachtung souveräner Handlungen diese nur dann als Teil der Zivilgesellschaft sichtbar gemacht werden, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen (vgl. Abélès 2006: 493). Ich möchte jedoch mithilfe der *Assemblage Theory* aufzeigen, dass *alle* freiwilligen Handlungen zu Öffnung oder Abschottung asylopolitischer Felder beitragen. Diese Handlungen können sich bewusst gegenüber ›Staat‹ und ›Staatlichkeit‹ verhalten, aber auch auf einer unbewussteren Ebene. Dies war insbesondere dort in meinem Forschungsfeld der Fall, wo Menschen neu mit Asylpolitik in der Praxis in Berührung kamen. Es ist also wichtig, Partizipation nicht *nur* als die ›fertige‹ souveräne Handlung zu verstehen, sondern zum einen den Blick auszuweiten auf die ersten lernenden Schritte, auf das Werden und das Lernen durch und in partizipativen Handlungen. Und zum anderen dabei in Betracht zu ziehen, dass eine Handlung auch dann partizipativ sein kann, wenn sie nicht dezidiert als ›politisch‹ (hier im Sinne von: sich gegenüber einem ›Staat‹ positionierend) markiert wird.

In diesem Kontext ist auch das Paradox von Partizipation und Zivilgesellschaft einzuordnen, dass Julia Paley am Beispiel ihrer Forschung zu Zivilgesellschaft und Partizipation in Chile beschreibt (2001). Die Begriffe Partizipation und Zivilgesellschaft stünden, so Paley, für etwas Eigenständiges, etwas Autonomes gegenüber ›dem Staat‹ (2001: 9). Gleichzeitig wurden seit den 1990er Jahren beide Begriffe zunehmend auch von staatlicher Seite benutzt, um bestimmte Vorstellungen einer Gesellschaft, von Demokratie und von der Erfüllung von Dienstleistungen zu erwirken (vgl. Paley 2001: 9). Participation »operate[s] as a motivating force and a mode of control – a form of governmentality« (2001: 3). Dementsprechend ambivalent rekurren Menschen auf den Begriff der Partizipation.

Auch das Konzept der Zivilgesellschaft ist nicht eindeutig fassbar und daher selbst Gegenstand verschiedener wissenschaftlicher Interpretationen. Chris Hann bezeichnet Zivilgesellschaft als »zwischen der häuslichen Privatsphäre und der Sphäre des Staates hin und her fließenden Strom sozialer Aktivitäten [...] ohne diese beiden Bereiche scharf voneinander zu trennen« (Hann 2002: 23). Das heißt auch, dass zivilgesellschaftliche Handlungen, wie Partizipation nicht nur auf das Gemeinwesen beschränkt sind, auch wenn deren Effekte meist in diesem Raum diskursiv verortet werden. Im Sammelband »*Stategraphy*« beschäftigen sich die Beiträge damit, diesen »Strom sozialer Aktivitäten« als Beziehungsgeflecht zu begreifen und zu analysieren. Dabei wird deutlich, wie das Verhältnis zu einem »everyday state« durch ganz unterschiedliche lokale Bezugnahmen geprägt ist, die in ihrer Gesamtheit einen »relational state« produzieren (Forbes and James

2018: 74). Diese Ambivalenz von gouvernementalen und souveränen Strukturen und Handlungen, sollte nun auf eine Weise untersucht werden, die gleichzeitig der Neuverortung politischer Handlungen *heute* gerecht werden kann (vgl. Abélès 2006: 493). So wie sich die Analyse politischer Strukturen den globalisierten Gegebenheiten anpassen musste, muss nun auch die zivilgesellschaftliche Rolle darin neu konzipiert werden.

1.4.2.3 *Das Politische als Handlungsfeld*

Schon Ulrich Beck (1986) beobachtete in Westdeutschland, dass die »Fiktion des politisch-administrativen Systems als Zentrum für Politik« (Beck 1986: 324) bröckele und während »nach außen« eine »neue politische Kultur« (ebd.: 317) entstünde, diese sich gleichzeitig vor allem in der Sphäre des »Nichtpolitischen« (ebd.: 303) befinde. Dadurch entstehe der Eindruck des »politischen Stillstandes« (ebd.: 303), obwohl »gleichzeitig auch das Gegenteil *wahr* ist« (ebd.: 303; Hervorhebung im Original). Dieses Paradox erklärt er dadurch, »dass das Politische auf das politische Etikettierte eingeschränkt wird« (ebd.: 303). Er untersucht folglich die »Entgrenzung der Politik« (ebd.: 324), um die Bedeutung der neu entstehenden Bewegungen als *politisch* zu beschreiben. Ich knüpfte daran an und frage, inwieweit diese »Entgrenzung der Politik« in meinem Forschungsfeld durch aktive Grenzbeziehungsmechanismen befördert wird. Wo und wie wird das Politische vom »politisch Etikettierte[n]« abgegrenzt? Und wo werden diese Grenzen überwunden? Als Untersuchungsgegenstand dient mir die Kategorisierung von »apolitisch« und »politisch« im Forschungsfeld. Anknüpfend an Becks Thesen, die sich auf die westdeutsche Gesellschaft der 1980er Jahre beziehen, geht es mir aber auch um eine Einordnung dieser »neuen politischen Kultur« (ebd.: 317) *heute* und der Konzeption eines methodischen Modells, das deren Einordnung im »Nichtpolitischen« (ebd.: 303) versteht und gleichzeitig hinterfragt.

Aus den Untersuchungen der Kulturwissenschaftlerin Johanna Rolshoven leite ich den Begriff »*des Politischen*« ab, der für meinen Forschungskontext die Überlegungen zur »*Anthropologie politischer Felder*« sehr gut ergänzt. *Das Politische* stellt bei Rolshoven als konstruierter Gegenbegriff zu *der Politik* den Raum politischer Handlungen dar (Rolshoven 2018: 24f.). Die (konstruierte) Trennung von *der Politik* und *dem Politischen* dient als Denkgrundlage für das Verstehen neuerer Erscheinungsformen politischen Handelns. Dieses bewusst konstruierte Gegensatzpaar symbolisiert dabei die Erweiterung der als »Mikrokosmos« (Bourdieu 2001: 41) imaginierten politischen Sphäre (vgl. Adam und Vonderau 2014). *Das Politische* steht für das Handeln (vs. Struktur) und untersucht folglich die dem Handeln zugrundeliegenden Alltagsverständnisse (Sutter 2017, 2018) und routinierte Handlungen (vgl. Rolshoven 2018: 24f.). Damit lenkt Rolshoven den Fokus auf heterogene und ambivalente Handlungen in politischen Feldern, die unabhängig von der formel-

len Sphäre der politischen Struktur, stattfinden. Auf diese Weise ist es möglich, *das Politische* außerhalb starrer Vorstellungen von ›Staat‹ und ›Staatlichkeit‹ zu finden und zu beschreiben. Dieser Fokus auf die Agency, auf die Handlungen und Handlungsmöglichkeiten von Freiwilligen, ist die Konsequenz der Überlegungen zur Konstitution der asylpolitischen Assemblage.

Diese hier beschriebenen anthropologischen Konzepte sind relevant, um den wissenschaftlichen Diskussionen der aktuellen Fluchtforschung eine neue Perspektive hinzuzufügen. In der aktuellen Fluchtforschung wird debattiert, inwieweit das Engagement Ausdruck einer neuen sozialen oder politischen Bewegung sei (vgl. Karakayali 2017; vgl. Schiffauer, Eilert und Rudloff 2017; vgl. Vey 2018; vgl. De Jong und Ataç 2017; vgl. Bauer 2018; vgl. Mutz und Wolff 2018). Trotz der Heterogenität der freiwilligen Aktivitäten gibt es ein Bestreben, diese Bewegung als etwas Neues und Einzigartiges zusammenzufassen und analytisch abzugrenzen. Die offene Frage ist aber nicht nur, wie genau *das Politische* in dieser neuen Engagementform zu beschreiben ist, sondern *warum* Kategorisierungen ›politischen‹ und ›apolitischen‹ Handelns solche Bedeutung im Feld und in der Forschung innehatten. Diese Arbeit ergänzt die zahlreichen bedeutsamen Beiträge der neueren Fluchtforschung um eine qualitative dichte Beschreibung multipler Engagementformen und ihren individuellen und institutionellen Einbettungen in ein sich ausweitendes asylpolitisches Feld. Durch diesen Fokus auf die Verbundenheit, die Beziehungen und Netzwerke zwischen den Untersuchungsebenen ergibt sich ein komplexes Bild einer Assemblage und ihrer Elemente, das bisher in der Fluchtforschung nur wenig beleuchtet worden ist.

1.5 Gliederung des Buches

Die Arbeit folgt gedanklich dem Wandel im Forschungsfeld. Während in den ersten Kapiteln grundlegende Prozesse der Anfangsphase beschrieben werden, können die Lesenden im Laufe der Kapitel den Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozessen der Menschen im Feld folgen. Dabei werden jeweils die Themen auf der diskursiven, institutionellen und individuellen Ebene unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet.

Im zweiten Kapitel zu »Konstitution und Wandel asylpolitischer Felder, Diskurse und Policies« beginne ich mit der Darstellung grundlegender historischer Hintergründe sowie Diskursen und Policies der Asylpolitik in Leipzig. Dadurch kläre ich die Voraussetzungen der Entwicklungen, die zu Beginn der starken Zuweisungszahlen im Forschungsfeld vorhanden waren. Am Beispiel des Bezugs einer Notunterkunft verdeutliche ich, wie sich die Beteiligten in einer neuen asylpolitischen Konstellation formierten. Ich zeige hier auf, inwiefern ich Effekte eines sich öffnenden Feldes beobachten konnte und erläutere, inwiefern das Konzept der

Assemblage einer geeigneten Beschreibung und Analyse meines Forschungsfeldes dient.

Das dritte Kapitel »Freiwilliges Engagement als politische Partizipation« verknüpft die These der sich öffnenden politischen Felder mit der These heterogener freiwilliger Handlungen. Ich stelle dar, dass das von mir beobachtete freiwillige Engagement weder in vorhandene Definitionen des »Ehrenamts« noch in das geläufige Verständnis »politischer Partizipation« passt. Dadurch wird es in statistischen Erhebungen und politischen, wie gesellschaftlichen Diskursen unsichtbar gemacht. Ich diskutiere die Kategorisierungen von »politischen« und »apolitischen« Handlungen als Abschottungsmechanismen. Mein Vorschlag ist die Einbeziehung dieser neuen Engagementformen in den Begriff der politischen Partizipation. Dies bedeutet eine diskursive politische und gesellschaftliche Aufwertung der freiwilligen Handlungen in den Bereich des Politischen.

Ausgehend von der Beobachtung, dass freiwilliges Engagement sich auch auf struktureller Ebene in Lücken bewegt, untersuche ich empirisch, auf welche Weise und wo die Akteur*innen diesen Platz einnahmen. Die Handlungsfelder, in denen Freiwillige sich engagierten, waren aufgrund ihrer Neuartigkeit noch nicht abgesteckt. Diese Aushandlungsprozesse bezeichne ich als *Assembling*, in Anlehnung an den Begriff der Assemblage. Die leitende Frage im Zusammenhang mit diesem Einspringen in strukturelle Lücken ist, *wer* *Assembling* betreibt und *wie*. Um diese Frage umfassend zu beantworten, befasse ich mich mit zwei empirischen Sichtfenstern: Die Koordination von Engagement (4. Kapitel) und die beobachtete Aufgabenunklarheit zwischen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen und Handelnden (5. Kapitel).

Im vierten Kapitel beginne ich mit einer Biografie der institutionellen Einbettung und Koordination von Engagement in DDR und BRD. Gleichzeitig diskutiere ich die Rolle der Individuen darin. Am empirischen Beispiel der Ehrenamtskoordination analysiere ich Institutionalisierungsprozesse und stelle dar, welche Effekte diese auf die Gestaltung des Engagements hatten. Hierbei ist hervorzuheben, dass im Rahmen der Planung und Prüfung durch Koordinationsstellen eigene Sozialräume für das Engagement im Leben der Engagierten etabliert wurden, statt die eigenen Sozialräume für Geflüchtete zu öffnen.

Im Zuge der Neukonstitution einer asylpolitischen Assemblage spielte die Definition von Aufgabefeldern eine zentrale Rolle. Die Aushandlung und Definitionsversuche hauptamtlicher und ehrenamtlicher Aufgaben in der Asylverwaltung, insbesondere in Bezug auf die langfristigen Aufgaben der Sozialintegration von Zuwandernden, ist durch die *Verwaltungskrise 2015/2016* überdeutlich geworden. Im fünften Kapitel gebe ich einen Einblick in die Vielfalt der Perspektiven und Forderungen im Zusammenhang mit dieser Aufgabenunklarheit. Als Effekte dieser Konstellation beschreibe ich die Auslagerung von Aufgaben an externe Träger sowie die Überforderung von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Während Ehrenamt-

liche vor allem im Zusammenhang mit der Fülle der Aufgaben überfordert waren, für die sie nicht ausreichend professionalisiert waren, mussten Hauptamtliche diese Professionalisierung binnen kürzester Zeit vollbringen. Hier wird deutlich, dass im Kontext der Notsituation in einer hohen Geschwindigkeit Wissen akkumuliert und neue Netzwerke etabliert werden mussten. Die so entstandenen Strukturen werden nun jedoch auch langfristig genutzt. Ich zeige auf, wie dies zu Problemen führt, weil kurzfristige Hilfe und langfristige Strukturösungen unterschiedlich bewältigt werden (können).

Im sechsten Kapitel betrachte ich die Handlungen der Freiwilligen als eine Übersetzungsleistung zwischen ihren Visionen über Integration und den finanziellen Hürden in der Gegenwart. Die Jahre 2015 und 2016 bedeuteten einen Schub an integrationspolitischen Strukturen und Fördermitteln in Leipzig und Sachsen. Im Kontext der Etablierung von Unterstützungsstrukturen in der Geflüchtetenhilfe zeigte sich, dass 2015 und 2016 insbesondere kurzfristige Projektarbeit gefördert wurde, obwohl dies im Widerspruch zu den langfristigen Zielen steht, die meine Informant*innen von ihrer Unterstützungsarbeit formulierten. Was bedeutet dies nun für die Integrationsprozesse, also die Art und Weisen, wie versucht wurde die langfristigen Integrationsziele zu erreichen? Freiwilliges Engagement war geprägt von einer Spannung zwischen diesen unterschiedlichen Herausforderungen und Ansprüchen. Auf der individuellen Ebene der Freiwilligen gab es eine Reibung der erlebten rechtlichen und finanziellen Grenzen des Handelns einerseits mit ihren Utopien und Visionen eines Zusammenlebens mit Menschen anderer Herkunft in Leipzig andererseits. Inspiriert von der *Anthropology of the Future* von Rebecca Bryant und Robert M. Knight (2019), sowie von Arjun Appadurai (2013) untersuchte ich die Aushandlungen der Individuen und Policies im Möglichkeitsraum *zwischen* Gegenwart und Zukunft. Ich betrachte die geäußerten Utopien meiner Informant*innen als souveräne Handlungen und mache damit die in der Arbeit konzipierte Wechselwirkung von externen Prozessen und individuellen bzw. lokalen Interpretationen sichtbar. Ich frage in diesem Kapitel, inwiefern die Visionen für die Zukunft eine Grundlage für die Handlungen der Freiwilligen in der Gegenwart sind und stelle dar, wie gesellschaftliche Utopien mit ganz persönlichen Wünschen für die Zukunft sich in diesen Handlungen verschmelzen.

Im siebten Kapitel zeige ich anhand von drei empirischen Beispielen auf, wie das Engagement für Geflüchtete eine Möglichkeit für engagierte Gruppen darstellte, auf die Stadtgesellschaft, auf Stadtpolitik sowie auf die Unterbringungsverwaltung der Landesdirektion Einfluss zu nehmen. Auch hierbei spielen Visionen und gegenwartsbezogene Handlungsgrenzen, die durch wirkmächtige Gesetzgebungen, Institutionen und Policies gegeben sind, eine Rolle. Die gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber Migrations- und Integrationsthemen hat auch einen fruchtbaren Nährboden für die Neuaushandlung von Rollen gegeben. Ich zeige auf, welche konkreten Aushandlungen sich in der Praxis daraus ergeben:

Am Beispiel einer Stadtteilgruppe beschreibe ich einen Versuch, in die Gestaltung einer Erstaufnahmeeinrichtung einzuwirken. Am Beispiel vom Engagement in zwei Leipziger Kirchgemeinden wird deutlich, dass das Engagement für Geflüchtete als Community-übergreifende Handlung fungiert, wodurch neue Allianzen innerhalb und zwischen Communities entstehen. Hier wird auch nochmal aufgezeigt, inwieweit Systemintegration auch in den einzelnen NGOs ein Lernprozess ist. Als drittes Beispiel betrachte ich die Entwicklungen des Migrantensrates der Stadt Leipzig. Gewachsenes politisches Selbstbewusstsein und gleichbleibende asylrechtliche Grenzen stehen auch hier nebeneinander.

Als Fazit frage ich in Kapitel 8 nach den Grenzen des Engagements. Dabei untersuche ich jedoch diese Grenzen aus einer optimistischen zukunftsgerichteten Perspektive, die erörtern will, inwieweit die Grenzziehungsverhandlungen, die ich im Feld beobachtet habe, anzeigen, welche Entwicklungen politischer Felder die Freiwilligen vorangetrieben haben und wie sich dieser Wandel auch nach meinem Forschungszeitraum weiter vollzog.

2. Leipzig: Konstitution und Wandel asylpolitischer Felder, Diskurse und Policies

Für ein Interview traf ich mich mit dem 76-jährigen, in Syrien geborenen Germanisten und Dolmetscher Amin Almkudat bei ihm zu Hause in seinem Arbeitszimmer. Wir tranken Schwarztee und er begann von sich aus zu erzählen. Ich brauchte ihm gar keine Frage zu stellen. Er wurde aufgrund seiner zahlreichen Ämter und Engagements in Leipzig oft interviewt und im März 2016 schien ihm klar zu sein, was man wissen will, wenn man bei ihm auf dem Sofa sitzt. Also erzählte er, wer er ist und wo er herkommt: Er ist als Jugendlicher aus Syrien in die DDR geflüchtet und seit 1990 in Asyl- und Migrationsthemen freiwillig engagiert. Er beginnt detaillierter über die Wende zu erzählen:

»Ich habe in der DDR meine Jugend und mein Mittelalter verbracht. Also ich habe hier studiert. Ich habe auch eine Situation erlebt, wo wenig Ausländer hier lebten. Wir hatten keine Asylbewerber bis auf politische und dann kam es zur Wende [...]. Und dann standen wir vor einer neuen Situation. Da hatten wir plötzlich Ausländer, die nicht nur studieren wollten. Und dann hatten wir Asylbewerber. Das hatten wir in dem Sinne vorher nicht gehabt. Und dann kam mit der Wende der Rechtsradikalismus hoch. Also der war da, aber im Untergrund. Der kam nach der Wende richtig zum Ausdruck. [...] Also Erstens habe ich gleich nach der Wende, 1990, mit deutschen und ausländischen Freunden [...] [den] erste[n] multikulturelle[n] Verein in Leipzig gegründet. [...] Das war auch notwendig, weil eine neue Situation gekommen war. Und weil regierungsseits das nicht mehr bewerkstelligt wurde. Deshalb war es notwendig, eine zivilgesellschaftliche Organisation zu schaffen. Ich kann mich an den ersten Angriff auf ein Asylbewerberheim erinnern [...]. Da habe ich mit vielen anderen Leuten den Widerstand organisiert [...]. Um eine Solidarität mit den Heimbewohnern zu organisieren.« (Interview Amin Almkudat: 24.03.16)

Amin Almkudat bewältigt einen Abriss asylpolitischer Geschichte in Leipzig in Verbindung mit seiner Biografie und hebt dabei hervor, dass er in Situationen wirksam wurde, die »regierungsseits nicht mehr bewerkstelligt wurde[n]«. In den folgenden zwei Stunden erzählt er von noch viel mehr Aktionen, bei denen er erfolgreich

verhandelt oder verhindert hat. Ich bin beeindruckt, wie seine Erzählungen Stadtgeschichte und individuelle Biografie verknüpfen und eine eher unpersönliche Geschichtsschreibung zur Handlung involvierter Personen wird. Eine Verbindung, die über die letzten 26 Jahre beständig weitergewachsen ist, von Anlass zu Anlass. Amin nimmt bis heute eine besondere Rolle in Leipzig als Gründer, Vermittler und Übersetzer zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen, insbesondere syrischen Geflüchteten, ein. Sein kleiner chronologischer Einblick soll hier einerseits eine vertiefende Analyse relevanter asylbezogener Policies und Diskurse in Leipzig einleiten, andererseits wird in diesem Interviewausschnitt deutlich, dass in gesellschaftlichen Prozessen individuelle Anknüpfungspunkte für Engagementbiografien liegen, und dass sie als solche auch die Beziehung der Individuen gegenüber der zivilgesellschaftlichen sowie gegenüber der staatlichen Sphäre (re)produzieren.

Diesem Grundgedanken folgend ist das Thema dieses Kapitels die Beschreibung meines Forschungsfeldes Leipzig und insbesondere des Engagements im Kontext asylpolitischer Strukturen in Leipzig. Konstitution und Wandel, wie im Titel angedeutet, werden zusammengedacht und zusammengebracht: Die Konstitution des Feldes, die sich durch die Analyse von bestehenden Institutionen, Policies und Diskursen in Bezug auf Asyl, Migration, Integration, Engagement und Zivilgesellschaft der Vergangenheit und Gegenwart beschreiben lässt, wird nicht als eine starre, gegebene oder fixe Ausgangssituation beschrieben. Vielmehr verdeutliche ich mithilfe der *Assemblage Theory*, dass Wandel zur Konstitution dazugehört. Gleichzeitig beschreibe ich einen besonderen Wandel des Feldes 2015/2016, der die Elemente der Assemblage auch nachhaltig beeinflusste.

Anhand einer ausgewählten Chronologie zeige ich die Interdependenz lokal sichtbarer Ereignisse mit solchen, die nicht-lokal oder nicht-sichtbar stattfinden und dennoch das Geschehen vor Ort beeinflussen. So ist beispielsweise der Bau einer Moschee für den Ort, das Stadtviertel, wo er stattfinden soll, ein lokales Ereignis, das gleichzeitig durch die mediale Vernetztheit, durch die Existenz von überlokalen Glaubensgemeinschaften und Gruppen, die ideologische Ansichten (islamfeindliche zum Beispiel) teilen, mit Über-Lokalem verbunden ist. So wird deutlich, wie beispielsweise nationale Identitäts-Diskurse um eine deutsche »Leitkultur« (vgl. Stoop 2012: 36), um »Parallelgesellschaften« (vgl. Yildiz 2013: 17f.), Angst vor Überfremdung etc. auf lokaler Ebene in den Debatten um Moscheebauten in verschiedenen Städten Deutschlands reproduziert werden. So wie die Ereignisse finden auch deren Effekte auf verschiedenen »levels of scale« (DeLanda 2016: 17) statt: Sie werden zu Anknüpfungspunkten für das Engagement von Individuen und produzieren Policies und Diskurse und andersrum. Neben wachsenden Unterstützungsstrukturen gegen rechte Mobilisierungen in der Zivilgesellschaft gibt es auch auf nationaler Ebene diskursive »Antworten«, wie beispielsweise die *Willkommenskultur*. Ich zeige für mein Forschungsfeld auf, wie diese Ereignisse und

Diskurse sich in einer zunehmenden Ambivalenz verbinden und welchen Einfluss sie auf die Asylstrukturen im Kontext steigender Zuweisungszahlen ab 2009 haben. Damit verdeutliche ich zum einen die *Glokalität* meines Feldes. Zum anderen zeige ich auf, wie diese Einflüsse und Prozesse die Öffnung des asylpolitischen Feldes in Leipzig sichtbar verstärkten.

Der Frage des Wandels nähere ich mich hier nicht nur über die Frage nach den lokalen und globalen Einflüssen im Feld, sondern auch über grundsätzliche Fragen der Konstitution und des Wandels politischer Systeme. Beides lässt sich auf dieser analytischen Ebene gut mit der *Assemblage Theory*, die sowohl ein gesellschaftliches Gefüge in seinem momentanen zusammengesetzten (fragilen) Zustand, als auch gleichzeitig den Prozess des sich Fügens beschreibt sowie der *Stategraphy*, die sich auf die Analyse der Beziehungen und deren Bedeutung in Netzwerken zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen konzentriert. Beide Ansätze eignen sich, um komplexe Beziehungen und Prozesse auf eine Weise darzustellen, die deren Vielschichtigkeit, Ambiguität und Prozessualität sichtbar macht.

2.1 Leipziger Asylpolitik im Kontext *glokaler* Diskurse und Policies

Sowohl lokal sichtbare Diskurse und Policies sowie Erinnerungsorte und vergangene Ereignisse als auch überlokale gesellschaftliche Prozesse und Diskurse können in unterschiedlichsten Weisen prägend für ein zu untersuchendes Forschungsfeld sein. Im Konzept der *Assemblage* ist diese Gleichzeitigkeit von lokalen und globalen Einflüssen beschrieben. Collier und Ong verdeutlichen dies durch den Begriff der »*Global Assemblages*« (2005). Globale Prozesse sind eingebettet in lokale Praktiken und werden durch die Handelnden aktiv rezipiert. *Global* meint dabei etwas universelles, eine unveränderliche Form, die wandert und die in neuen Situationen neue *Assemblagen*, also Beziehungen zu den dortigen Gegebenheiten herstellt (vgl. Collier und Ong 2005: 11). Paul Rabinow (2004) benutzt das *Assemblage*-Konzept, um vor allem die Prozessualität und Momenthaftigkeit der »sich ereignende[n] Formen« (Rees und Caduff 2004: 24) in ihrer Unabgeschlossenheit darzustellen. Diese zeitliche und räumliche Komplexität will ich im Folgenden für mein Forschungsfeld darstellen.

2.1.1 »Friedliche Revolution« und »Bürgerstadt«: Zivilgesellschaft in Leipzig

Leipzig als Ausgangspunkt der sogenannten »Friedlichen Revolution«¹ ist erstens ein Quell und Fokus verschiedenster Marketingstrategien, zweitens eine immer wieder verschieden reproduzierte Erinnerungsfigur und drittens ein individuelles biografisches Ereignis zahlreicher Menschen in Leipzig. Die Erinnerungsfigur »Friedliche Revolution« wurde auch im Forschungszeitraum häufig als historischer Referenzpunkt verschieden interpretiert und genutzt: *Einerseits* als Möglichkeit, Leipzig als »aufgeklärt, vielfältig und weltoffen« mit einem dementsprechenden Leipziger »Bürgertum« zu inszenieren (Feustel und Prüwer 2017: 149). *Andererseits* ist, so zeigt der Ethnologe René Seyfarth auf, ist dieser Diskurs um die Begrifflichkeiten »[b]ürgerliche Verdienste« und »Bürgerstolz« (Seyfarth 2015: 62), »ebenso wie ›Wir sind das Volk‹ oder eben ›Bürger‹ in zahlreiche, divergierende Richtungen anschlussfähig« (ebd.: 63). Im Forschungszeitraum wurde dies insbesondere bei sächsischen *Pegida*- und *Legida*-Bewegungen² sichtbar, oder in der Entstehung von »Bürgerinitiative[n]« gegen Geflüchtete (siehe z.B. Feustel und Prüwer 2017: 144). *Andererseits* ist der Ring als Ort der Demonstrationen bis heute ein strategischer Demonstrationsort.³ Dieser Ort wird nicht nur *aufgesucht* unter Verweis auf historische Bezüge, er wird auch aus denselben Gründen *verteidigt*, was gezielte Blockaden auf Gegendemonstrationen immer wieder beweisen. Wer durch Leipzig laufen »darf« oder nicht, in dieser Frage schwingt typischerweise eine gewisse Besonderheit mit, die schwer zu beschreiben ist. Ein Selbstverständnis als Stadt, die sich rechten Ideologien entgegensetzt und ein Selbstverständnis unter zahlreichen Menschen, dass es ihre Aufgabe ist, diese Position zu behaupten. Es gibt

1 »Leipzig mit den Montagsdemonstrationen, ausgehend von den Friedensgebeten in der Nikolaikirche, wurde, wie schon oft in der sächsischen Geschichte, zum Ausgangspunkt revolutionärer Umgestaltung, diesmal in Form der friedlichen Revolution des Herbstes 1989. Hunderttausende demonstrierten ab September auf Leipzigs Straßen, nicht nur Leipziger, sondern auch Menschen aus den umliegenden Städten und Dörfern« (Gross 2001: 301).

2 Pegida steht für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Die von Lutz Bachmann gegründete Organisation veranstaltete ab Herbst 2014 montagabends Demonstrationen (vgl. Locke 2017: 36), zuerst in Dresden und dann in weiteren Städten, wobei vor Ort der Name an den Stadtnamen angepasst wurde (zum Beispiel Legida in Leipzig). Locke beschreibt Pegida als eine »sehr sächsische Bewegung« (2017: 35), weil »viele der Demonstranten [einerseits die] wachsende Zahl an Asylbewerbern [...] als Bedrohung empfinden, sowie die nicht verarbeiteten Verletzungen der Nachwendezeit, die, so hoffen die ›Spaziergänger‹, jetzt endlich aufs Tapet kommen. Es ist eine spezifisch ostdeutsche, wenn nicht gar sächsisch-dresdnerische Melange« (Locke 2017: 38). »Mit den geringer werdenden Flüchtlingszahlen 2016 verliert Pegida stetig Zulauf« (Locke 2017: 44).

3 Zuletzt wollten sich Corona-Querdenker im November 2020 als neue Friedensbewegung darstellen und demonstrierten auf dem Ring.

damit verbunden in Leipzig deutliche Vorstellungen davon, wofür die Zivilgesellschaft verantwortlich ist. Mir erscheint dies als etwas, dass die städtische Gesellschaft in ihrem Miteinander prägt.

Die »Friedliche Revolution« als individuelle Erinnerung ist – drittens – für das Engagement von Menschen in Leipzig relevant. Diejenigen unter meinen Kontaktpersonen (wie zum Beispiel Amin, oder Heinz im Folgenden), die schon vor oder seit den frühen 1990er Jahren als Engagierte in Leipzig lebten, verglichen die Situation 2015 immer wieder mit dieser Zeit in Leipzig. Sowohl der Zuzug Asylsuchender als auch die rechte Stimmung gegen sie Anfang der 1990er Jahre werden als Bezüge für diesen Vergleich herangezogen. Gleichzeitig wird die gewachsene gesellschaftliche Unterstützung für Geflüchtete und die bessere Konstitution der asylpolitischen Verwaltungsstrukturen heute als positive Entwicklung angemerkt und in Bezug zu den eigenen vergrößerten Handlungsrahmen gesetzt. Diese Bezugnahme auf die Tradition des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt verknüpft sich mit eigenen Erfahrungen, wie die Ausführungen Amins zu Beginn des Kapitels deutlich machten. Auch der folgende kurze erste Ausschnitt aus den biografischen Erzählungen von meinem Informanten Heinz Brand spiegelt dies wider: Auch Heinz, der zu DDR-Zeiten in die Kirche eintrat, um seinen Kindern einen nicht-staatlichen Kindergartenplatz zu ermöglichen und danach ehrenamtlich in der Kirche sehr aktiv war, da man dort »Freiräume [hatte], die es sonst nicht gab« (Interview Heinz Brand: 11.12.15), blickt auf eine facettenreiche Engagementbiografie in Leipzig zurück. Aufgrund dieser kirchlichen Anbindung war er Teil der ersten Friedensgebete, die die »Friedliche Revolution« in Leipzig einleiteten:

»Und wir haben dann auch Friedensgebete gemacht in der Nikolaikirche und so bis zur Wende und da war das natürlich eine Prägung, sodass man natürlich danach gesagt hat: Ich will mich gesellschaftlich auch weiter engagieren. Und jetzt ist ja die Möglichkeit da, ne?« (ebd.: 11.12.15).

Dies verdeutlicht, dass dieser geschichtliche Bezug nicht nur Stadtmarketing im Sinne einer diktierten, oder einer politisch sehr erwünschten Erinnerungskultur ist, sondern als konstituierender Teil der eigenen Engagementbiografie betrachtet wird.

Diese Ausführungen zur »Friedlichen Revolution« dienen vor allem dazu, einen Einblick in ein – mal lautes, mal leises – Leipziger Grundrauschen von Selbstverständlichkeiten und Erinnerungsfiguren in Bezug auf »Bürgerschaft« und »Zivilgesellschaft« heute zu geben. Im Folgenden soll es um noch speziellere, spezifisch asylpolitische Ereignisse und Diskurse gehen, die das Thema »Zivilgesellschaftliches Engagement« in der Stadt mit den asylpolitischen Diskursen und deren Netzwerken in der Stadt verknüpfen.

2.1.2 Institutioneller Wandel und nachlassender Zuzug nach 1990

»Seit den sechziger und siebziger Jahren wanderten Gastarbeiter aus Vietnam, Angola und Mozambique sowie Studierende aus Ostasien (Vietnam, Laos, Kambodscha), dem Nahen Osten/Vorderen Orient (Syrien, Palästina, Jemen), Afrika (Äthiopien, Algerien, dem mittleren und südlichen Afrika), Mittel- und Südamerika (Kuba, Nicaragua, andere) zu, von denen ein erheblicher Teil – inzwischen mit Familien – heute in Leipzig lebt.« (Geier und Schlesinger 1996: 164; vgl. auch Phillips und Rink 2009: 400f.)

Im Jahr 1989 waren 19.801 Personen aus dem Ausland in Leipzig registriert. Das waren damals 3,7 % der Stadtbevölkerung (vgl. Phillips und Rink 2009: 400). Kurz nach der Wende verließ etwa die Hälfte der in Leipzig lebenden »Ausländer« die Stadt (ebd.: 400).

Nach der Wiedervereinigung 1990 begann die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach dem Königsteiner Schlüssel, wie es in der BRD schon üblich war.⁴ Nach diesem Verteilungsschlüssel werden die Asylsuchenden in die jeweiligen Bundesländer zugewiesen, womit die Unterbringung und der weitere Umgang mit Asylsuchenden in die Verantwortlichkeit der Länder übergeben wird. Für die Bundesländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bedeutete dies, sowohl Verwaltungs- und Infrastrukturen schnell neu zu organisieren. Aber nicht nur die Strukturen, auch das Zusammenleben mit Zugewanderten existierte bisher nicht oder kaum, da in der DDR versucht wurde, die sozialen Kontakte zwischen Zugewanderten, seien es Vertragsarbeiter*innen, Asylsuchende oder ausländische Studierende, und DDR-Bürger*innen zu verhindern (vgl. Phillips und Rink 2009: 400). Rassismus existierte offiziell nicht. Gleichzeitig wurde die Frage nach der *Integration* Zugewanderter gar nicht gestellt. »Integrationsstrategien oder –ansätze gab es unter diesen Bedingungen nicht.« (ebd.: 400)

Im Leipziger Konzept »*Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz*« (Sozialamt Leipzig 2012), im Folgenden »Unterbringungskonzept« genannt,

4 »Die Verteilungsquote wird jährlich von der Bund-Länder-Kommission ermittelt und legt fest, welchen Anteil der Asylsuchenden jedes Bundesland aufnimmt. So soll eine angemessene und gerechte Verteilung auf die Bundesländer sichergestellt werden.« (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019) Im Jahr 2015 sind 5,08 % (vgl. Bundesanzeiger 2014), 2016 5,06 % (vgl. Bundesanzeiger 2016) aller in Deutschland Asylsuchenden in Sachsen untergebracht worden. »Die landesinterne Verteilung in Sachsen auf die Landkreise und Kreisfreien Städte erfolgt nach einem Schlüssel, der sich aus dem Anteil des jeweiligen Landkreises bzw. der Kreisfreien Stadt an der Wohnbevölkerung des Freistaates Sachsen errechnet; maßgeblich sind die Verhältnisse am 30. Juni des jeweils vorangegangenen Jahres.« (Sächsische Staatskanzlei 2015a: 7) Dies waren beispielsweise 13,24 % für Leipzig im August 2015 (vgl. Sächsische Staatskanzlei 2015b: 7).

wird die Geschichte der Asylstrukturen in Leipzig aus Sicht des Sozialamts beschrieben: Die Unterbringung von Geflüchteten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erfolgte nach 1990 unter beträchtlichem »Zeitdruck« (Sozialamt Leipzig 2012: I/4). Dies lag einerseits an den neuen Gesetzgebungen, zum anderen aber auch am Wechsel der zuständigen Institutionen in der Asylverwaltung: In der DDR lag die Unterbringung und Versorgung der »ausländische[n] ›Vertragsarbeitnehmer« (vergleichbar den Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland)⁵ vor allem bei den »(Wirtschafts-)Betriebe[n]« bei denen sie angestellt waren (Sozialamt Leipzig 2012: I/4).⁶ »Die »fehlenden Verwaltungsstrukturen wurden [...] parallel zu den ersten Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen geschaffen.« (Sozialamt Leipzig 2012: I/4) Angesichts der beschriebenen infrastrukturellen Defizite lag in den Jahren nach 1990 aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen das Hauptaugenmerk darauf, *überhaupt* Unterbringungsmöglichkeiten in Leipzig zu schaffen. Dies beinhaltete in den frühen 90ern auch Übergangslösungen wie Containersiedlungen, Bauwagen und ehemalige Wohnheime für Vertragsarbeitnehmer*innen.

Blickt man auf die frühen Entwicklungen der Integrationspolitik der Stadt Leipzig, so ist hervorzuheben, dass die Stadt 1990 als »erste ostdeutsche Kommune [...] bereits im Mai 1990 auf Beschluss des Runden Tisches die Stelle eines Ausländerbeauftragten geschaffen und zu einer eigenständigen Verwaltungseinheit ausgebaut [hat]« (Philipps und Rink 2009: 406). Der Einfluss des Ausländerbeauftragten war beratend und vermittelnd (vgl. ebd.: 406). Ein zugrundeliegendes Integrationskonzept gab es bis 2012 jedoch nicht (vgl. Stadt Leipzig 2012).⁷ Für die Gründung eines Migrantenbeirates fand sich im Stadtrat 2002 keine Mehrheit (vgl. ebd.: 405). Erst 2008 ermöglichte »eine breite interfraktionale Zustimmung« (ebd.: 405) die spätere Gründung des Migrantenbeirats der Stadt Leipzig am 6.2.2009 (vgl. Stadt Leipzig 2018; vgl. Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2012: 2). In Kapitel 7.3

5 Diese Aussage ist vor allem für die Zeit bis in die 1970er Jahre in der BRD zutreffend.

6 Bade und Oltmer (2004) beschreiben im Gegensatz dazu, dass die Angelegenheiten der »ausländischen Werktätigen« durch »Bezirksbehörden der Volkspolizei« betreut wurden (vgl. § 9 Absatz 2 Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik). Dies bezieht sich vermutlich eher auf ordnungspolitische Aspekte, während die Aufgabe der Betriebe vermutlich alltagsbezogener war.

7 Das Fehlen eines Integrationskonzeptes wurde auch schon 2009 von Philipps und Rink angemerkt: »Ganz anders sieht es zum Beispiel in den beiden benachbarten Landeshauptstädten Dresden und Erfurt aus. Obwohl in beiden Städten der Ausländeranteil fast um die Hälfte geringer als in Leipzig ist, haben diese bereits Integrationskonzepte beschlossen und Ausländerbeiräte eingerichtet« (Philipps und Rink 2009: 405). Der Ausländerbeauftragte Leipzigs bewertete das fehlende Konzept aber nicht als »Hemmnis« (ebd.: 406), man habe auch schon viel ohne geschafft, so Stojan Gugutschkow (ebd.: 407). »Dazu bedürfe es vielmehr eines politischen Willens und der entsprechenden Ressourcen« (ebd.: 407).

beschreibe ich den weiteren Institutionalisierungsprozess des Migrantenbeirates ausführlich.

Diese Jahre nach den beschriebenen Verwaltungs- und Strukturumstellungen nach der Wende mündeten zunächst in eine sowohl auf der infrastrukturellen als auch auf der diskursiven Ebene vergleichsweise ruhigen Zeit in Bezug auf integrationspolitische Themen in der Stadt. Im Jahr 2003 existierten fünf Gemeinschaftsunterkünfte mit Plätzen für insgesamt 1300 Menschen. Aufgrund der sinkenden Zuweisungszahlen in Leipzig ab 2004 wurden diese Unterbringungskapazitäten nach und nach wieder abgebaut, sodass 2012 nur noch zwei der Gemeinschaftsunterkünfte in der Stadt existierten (vgl. Sozialamt Leipzig 2012: 5/I). Die Jahre mit sinkenden und niedrigen Zuweisungen von Asylsuchenden verliefen ohne weitere stadtumfassende, »laute« asylpolitische Diskurse in der Stadt, was jedoch nicht heißt, dass es keine rassistischen Übergriffe gab.⁸

Spätestens im Jahr 2012 entstanden erstmals wieder kritische Notsituationen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden. Während die sinkenden Zuweisungszahlen einen städtpolitischen Diskurswechsel hin zur Verbesserung der Qualität der Unterbringungsbedingungen bewirkten, erzeugten die seit 2009 steigenden Zuweisungszahlen zunehmenden Druck auf das System der Unterbringung. Die Verwaltungsstrukturen waren nicht parallel zu den Zuweisungszahlen mitgewachsen. Daraus resultierte die hier sich erstmals deutlich abzeichnende Überforderungssituation bei städtischen und in der Konsequenz auch bei nicht-städtischen Asylstrukturen der Unterbringung und Unterstützung. Das Jahr 2012 stellt in dieser Hinsicht einen Wendepunkt in Leipzigs asylpolitischer Geschichte dar. Rückblickend beschreibt Sozialamtsleiterin Kador-Probst:

»2012 hat ja noch niemand von der sogenannten Flüchtlingskrise gesprochen, alle sprechen von 2015. Ich sag mal, die Not war aber ab 2012. Muss man wirklich sagen. Wo wir immer wieder auch kurzfristig überlegen mussten: ›Wo bringen wir die Leute jetzt unter?‹« (Interview Martina Kador-Probst 19.12.2019)

Das Jahr 2012 ist aus heutiger Sicht ein bedeutsamer Referenzpunkt nicht nur des Beginns einer Krise, sondern auch eines Policy-Wechsels und sich intensivierender asylpolitischer Diskurse in der Stadt. Diese Entwicklungen kristallisierten sich am dezentralen Unterbringungskonzept der Stadt. Dieses wurde 2010 initiiert und

8 So wurde beispielsweise Kamal K. im Jahr 2010 von Neonazis ermordet. Graffiti in der Stadt erinnern regelmäßig an das Verbrechen sowie eine Gedenktafel, die in der Vergangenheit schon mehrfach mutwillig zerstört und mithilfe von Spendengeldern wieder restauriert wurde (vgl. Puppe 2018). Seit dem 20. Mai 2009 erscheint regelmäßig eine aktuelle Broschüre namens »Leipziger Zustände« des Projekts chronik.LE. Diese »bietet einen Überblick zu den Themen Diskriminierung und Formen gruppenbezogener Menschen-feindlichkeit« und dokumentiert Vorfälle in Leipzig und im Umland (chronik.LE 2009).

dann zwei Jahre lang in den entsprechenden Arbeitsgruppen diskutiert, bevor es am 12. Mai 2012 in der Ratsversammlung verabschiedet und in der Folge öffentlich gemacht wurde. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung existierte eine andere politische und gesellschaftliche Situation als 2010 beim Beschluss der Erarbeitung des Unterbringungskonzeptes. Als der Leipziger Stadtrat im Jahr 2010 die Erarbeitung des Unterbringungskonzeptes beschloss, lebten mehr als die Hälfte der Asylsuchenden nicht in einer der zwei Gemeinschaftsunterkünfte, sondern in Mietwohnungen, also *dezentral* (vgl. Stadt Leipzig 2012: I/11) Dieser Schritt kann als eine Art öffentliches und politisches Bekenntnis zur gängigen Praxis, die sich nach Jahren der Massenunterbringung in den 1990ern bereits etabliert hatte, verstanden werden (vgl. Hinger und Schäfer 2019: 70; vgl. Sozialamt Leipzig 2012: I/5).⁹ Im nationalen Vergleich sticht Leipzig mit dem Vorhaben, ein dezentrales Unterbringungskonzept zu erarbeiten, zu dieser Zeit in Deutschland hervor. Nur wenige andere Städte (Osnabrück, Leverkusen) verfolgten zu diesem Zeitpunkt einen solchen Ansatz (vgl. Hinger und Schäfer 2019: 63f.).

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Unterbringungskonzeptes (Mai 2012) waren die vorhandenen städtischen sowie die zusätzlichen, auf ehrenamtlicher Arbeit basierenden, Unterbringungs- und Versorgungsstrukturen jedoch schon überlastet. Die Pläne zur Umsetzung der Dezentralisierung in Leipzig wurden daher zwiespältig aufgenommen: Neben denen, die dieses Vorgehen der Stadt begrüßten und auch lange dafür gekämpft hatten, wurden auch Stimmen gegen die vermehrte Unterbringung überall verteilt in der Stadt laut. Das Unterbringungskonzept sah die Einrichtung von sieben neuen kleineren Unterkünften in der Stadt vor, um zu erreichen, dass die als »menschenunwürdig« deklarierte Gemeinschaftsunterkunft (GU) »Torgauer Straße« geschlossen werden könne (vgl. Sozialamt Leipzig

9 In den meisten Fällen handelt es sich um Familien, die einen eigenen Wohnraum zugesprochen bekommen. »Durch Erlass des SMI [Staatsministerium des Inneren, Anm. der Autorin] ist geregelt, in welchen Fallkonstellationen eine dezentrale Unterbringung erfolgen soll: in Betracht kommen medizinische Indikationen oder humanitäre Gründe (...)« (Sozialamt Leipzig 2012: I/6). Was genau »humanitäre Gründe« sind, wurde für Leipzig »in Zusammenarbeit von Leipziger Flüchtlingsorganisationen, dem Referat Migration und Integration und dem Sozialamt« in einem »Kriterienkatalog« definiert (vgl. ebd.: I/11ff.). »Auf seiner Grundlage konnte bei Erfüllung eines oder mehrerer Kriterien eine dezentrale Unterbringung erfolgen« (ebd.: I/12). Privatheit, Platz und Sicherheit, sowie die bessere Anbindung an Bildungsinstitutionen sprechen beispielsweise für die Unterbringung von Familien in Wohnhäusern statt in Unterkünften. In Leipzig lebten im Jahre 2012 60 % aller Asylsuchenden in eigenen Wohnungen und 95 % der in Familienverbänden lebenden Personen (vgl. Sozialamt Leipzig 2012: I/11). Im Vergleich war die Quote für ganz Sachsen 2013 erheblich niedriger. Sie lag bei 34,2 % und war damit im bundesdeutschen Vergleich die drittniedrigste Quote dezentraler Unterbringung vor Brandenburg und Baden-Württemberg (Wendel 2014: 69). Im Januar 2015 waren es 47 % der Asylsuchenden (vgl. Sächsische Staatskanzlei 2015a: 12).

2012: II/2).¹⁰ Die Adressen dieser anvisierten zukünftigen kleineren GU's wurden im Unterbringungskonzept veröffentlicht und die betreffenden Nachbarschaften zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Während es vor 2012 wenig bewohnte Nachbarschaften zu den Unterkünften gab, vergrößerte sich nun der Kreis der Anwohnenden zukünftiger Asylsuchender in Leipzig. Damit erhöhte sich die Sichtbarkeit der asylpolitischen Infrastrukturen im städtischen Raum. Zeitgleich intensivierte sich die Rezeptionsfläche von nationalen Diskursen und Narrativen mit Bezug zu asylpolitischen Themen im Kontext lokaler Ereignisse, wie ich im folgenden Abschnitt verdeutlichen werde. Erstmals nach den frühen 90er Jahren gab es in Leipzig wieder »neue rassistische Mobilisierungen« gegen Unterkünfte für Asylsuchende (chronik.LE 2018: 9). Von da an existierte auch in Leipzig eine Spannung, die sich, wie ich im Folgenden zeige, beständig weiter aufbaute. Dieses Aufheizen der Stimmung baute sich langsam und kontinuierlich auf. Einen quantitativen Hinweis gibt die wachsende Anzahl von Artikeln zu Asylthemen in der Tageszeitung LVZ.¹¹

Tabelle 1: Anzahl der Online-Artikel in der LVZ zum Suchbegriff »Flüchtling«

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Anzahl Artikel	1	7	6	47	76	150

Quelle: LVZ-online

Die wachsende Anzahl von Artikeln zum Suchbegriff »Flüchtlinge« verläuft parallel zu den asylpolitischen Entwicklungen in Leipzig, auf die ich im nächsten Abschnitt eingehe.

10 Die Gemeinschaftsunterkunft in der Torgauer Straße ist eine Unterkunft am Rande der Stadt, in der bis zu 300 Menschen untergebracht werden können. Aufgrund der Lebensbedingungen vor Ort (Kakerlaken, Schimmel, Ortsrandlage) hatte insbesondere eine Initiative immer wieder die Schließung gefordert. Im Juli 2012 hatte sich Oberbürgermeister (OBM) Burkhard Jung öffentlich dazu geäußert: »Die Torgauer Straße ist menschenunwürdig. Sie wird zugemacht. Definitiv!« (LVZ 2013).

11 Die LVZ ist die einzige Print-Tageszeitung in Leipzig und erscheint wochentäglich sowie einmal am Wochenende. Die gedruckten Artikel erscheinen in der Regel nach einigen Tagen auch online. Ich habe stellvertretend den Begriff »Flüchtling« in der Online-Ausgabe der Leipziger Volkszeitung (LVZ) gesucht und die Anzahl der Treffer in der Tabelle dargestellt. Dabei bezog ich jede Form der Berichterstattung zum Thema ein. Die genannten Treffer beziehen sich auf Ereignisse überall in Sachsen. Das habe ich so entschieden, weil auch die Informationen zu Asylsuchenden in anderen sächsischen Gebieten zur Wahrnehmung eines bestimmten Zustandes der Asylsituation in Leipzig als Teil von Sachsen beiträgt.

2.1.3 Asylpolitische Diskurse in der Nachbarschaft im Kontext nationaler Diskurse

Während sich vorher nur ein kleiner Kreis von Menschen für die Lebensbedingungen Asylsuchender in Leipzig engagierte, wuchs die Zahl involvierter Akteur*innen mit der Zahl der Zuweisungen an. Das Engagement für und gegen Geflüchtete kristallisierte sich jedoch nicht nur im Kontext der Einrichtung von Unterkünften, sondern auch am Konflikt um den geplanten Moscheebau der Ahmadiyya-Gemeinde,¹² der im November 2013 öffentlich bekanntgegeben wurde (vgl. Köhler und Hegazy 2015: 184). Diese Entwicklungen spiegeln auch die Rezeption von Diskursen und Narrativen gegenüber ›dem Islam‹ oder ›Flüchtlingen‹ wider, die auf anderen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden. Diese Diskurse werden in der Stadt adaptiert, interpretiert und so auf die Ebene der Nachbarschaft, des Viertels und somit der materiellen Lebensbereiche der Menschen übertragen.

Der Moschee-Bau findet in einem zeitlichen Kontext sich aufheizender nationaler Identitäts-Diskurse um »Leitkultur« (vgl. Stoop 2012: 36), um »Parallelgesellschaften« (vgl. Yildiz 2013: 17f.), Angst vor Überfremdung etc. statt. Seit 2006 wurde die Debatte um die Stellung des Islam in Deutschland explizit. In diesem Jahr sagte Wolfgang Schäuble auf der Eröffnung der ersten Deutschen Islam Konferenz, der Islam gehöre zu Deutschland.¹³ Der Diskurs um die »Frage der Zugehörigkeit« (Heckmann 2017: 5) endete damit aber nicht. Ob Zugewanderte zu Deutschland gehören wird unaufhörlich in Frage gestellt,¹⁴ während gleichzeitig Gegendiskurse versucht werden zu implementieren, wie durch Schäuble auf der Islamkonferenz oder auch durch die Policy der *Willkommenskultur*, die in der Folge immer wieder unterschiedlich mit Inhalten gefüllt wurde.¹⁵ Allerdings bezogen sich deren

-
- 12 Ein Kurzportrait der Gemeinde haben Köhler und Hegazy (2015: 182ff.) zusammengestellt. Die Leipziger Gemeinde wurde 1992 von »50 Personen, die vornehmlich Asylbewerber*innen aus Pakistan waren« gegründet (ebd.: 184). Die Gemeinde trifft sich regelmäßig in Privaträumen der Mitglieder oder in den »Geschäftsräumen des Gemeindepräsidenten« da sie »bis jetzt keine eigene Moschee nutzen« kann (ebd.: 182ff.).
- 13 Der Kulturwissenschaftler Fabian Engler zeigt auf, dass die »»Teilwerdung«« des Islams selbst im fortlaufenden Dialog« auch in dieser nun institutionalisierten Form der Deutschen Islam Konferenz »allerdings stets als unabgeschlossen« gelten wird (Engler 2020: 7).
- 14 Islamfeindliche Debatten bekamen zum Beispiel auch durch Thilo Sarrazins umstrittenen Bestseller-Erfolg von 2010 »Deutschland schafft sich ab« eine Plattform.
- 15 Diesem Umstand, den Heckmann als »sinnvolle[...] Unschärfe« bezeichnet (2017: 2) verdankt der Begriff der *Willkommenskultur* eine vielfältige Benutzung, sowohl auf der »Ebene interpersonaler Beziehungen (ebd.: 2)« und auf der »gesamtgemeinschaftlichen Ebene« (ebd.: 5) auf der – und das war neu – eine Offenheit nicht nur von Zuwandernden, sondern *auch* seitens der aufnehmenden Gesellschaft gefordert wurde, als auch auf der »Ebene der Organisationen« (ebd.: 3) der sogenannten interkulturellen Öffnung, beispielsweise von Schnittstellen wie Ausländerbehörden.

Maßnahmen angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland vor allem auf gut ausgebildete Migrant*innen, was auch anhand der institutionellen Öffnung der Schnittstellen für ebendiese Menschen deutlich wurde (vgl. Adamitz 2013). Naika Foroutan (2020) bezeichnet diese Kategorisierung als »Utilitaritäts-Narrativ«, das Migrant*innen anhand ihrer Nützlichkeit für die deutsche Gesellschaft bewertet und das 2015/2016 auch explizit in Bezug auf Geflüchtete zu beobachten war.

Als nun die Ahmadiyya-Gemeinde Ende 2013 den Bau einer Moschee für ihre 70 Gemeindemitglieder plante, existierte die Gemeinde schon seit 1992 in Leipzig (vgl. Köhler und Hegazy 2015: 184). Erst jetzt aber wurde sie sichtbar, für manche in unmittelbarer Nachbarschaft und dieses Ereignis war nichts, was in der ostdeutschen Gesellschaft zur Alltäglichkeit gehörte. »Dieses Vorhaben stellt – abgesehen von Berlin – das erste Neubauprojekt einer Moschee im Osten Deutschlands dar.« (ebd.: 184) Erst jetzt vermischten sich die oben beschriebenen über-lokalen Diskurse mit etwas materiellem vor Ort und es begann ein Prozess der Positionierung gegenüber diesen Ereignissen. Für Leipzig hieß das, dass sich in der Folge Bürgerinitiativen für und gegen den Moscheebau bildeten sowie Petitionen dafür und dagegen (vgl. ausführlich dazu ebd.: 184f.). Als auf dem Gelände des geplanten Neubaus aufgespießte Schweineköpfe¹⁶ auftauchten, titelte die LVZ: »Blutige Schweineköpfe auf Leipziger Moschee-Areal: OBM entsetzt, Ahmadiyya unbeeindruckt.« (LVZ 15.11.13; vgl. auch Köhler und Hegazy 2015: 185) Im LVZ-Artikel heißt es, der Ahmadiyya-Bundesvorsitzende Wagishhauser kenne »Provokationen [...] bereits von Projekten aus Westdeutschland. ›Da wurden auch schon Kreuze aufgestellt, das war noch hanebüchener«, so Wagishhauser« (LVZ 15.11.13). Das Entsetzen und die Überraschung der Leipziger Politiker*innen wird in diesem Zeitungsartikel in einen Kontrast zu den Erfahrungen des Ahmadiyya-Bundesvorsitzenden Wagishhauser gestellt. Dieser ist nicht so überrascht und führt die Erfahrungen, die Gemeinden aus Westdeutschland gemacht haben, als Grund dafür an. In gewissem Sinne spiegelt diese Darstellung des Erschrocken-Seins über islamfeindliche Handlungen gegenüber dem betont erfahrenen Umgang damit die Erkenntnis der Autor*innen Köhler und Hegazy wider, dass Leipzigs selbstattestierende »Toleranz für Muslima und Muslime« nicht zur »Realität« derselben in Leipzig passe (2015: 1ff.). Die Autorinnen stellen dar, wie die »Selbstwahrnehmung« (ebd.: 1) der Stadt Leipzig, wie sie im »Report Daten und Fakten zur Präsenz von Musliminnen und Muslimen in Leipzig« (Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration 2014) dargestellt werde, nämlich als weltoffen und plural,¹⁷ den Aussagen der von ihnen interviewten

16 Bei der Recherche zum Schweinekopf-Anschlag fiel mir auf, dass es offensichtlich in ganz Deutschland immer wieder solche Schweinekopfanschläge im Kontext islamfeindlicher Angriffe gibt.

17 »Als jahrhundertealter Messe- und Handelsplatz verfügt Leipzig über eine lange Tradition der Weltoffenheit und Pluralität.« (Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration 2014).

Muslim*innen über Rassismus-Erfahrungen in Leipzig entgegenstehen (vgl. Köhler und Hegazy 2015: 1). Diese Ambivalenz von andauernden Diskriminierungserfahrungen, zunehmenden rassistischen Vorfällen und einer gleichzeitig proklamierten politischen Weltoffenheits-, Toleranz- und Willkommens-Haltung spiegelt sich in den ambivalenten Diskursen um *Willkommenskultur* auf überlokalen politischen Ebenen wider. In Leipzig wurde der Diskurs um den Bau der Moschee zu einem zentralen Moment, in dem *globale*, im Sinne von *externen* kulturellen, in diesem Falle religiösen, Elemente *scheinbar* von außen in die Lokalität »eindrangen«. ¹⁸ *Scheinbar*, weil die Ahmadiyya-Gemeinde schon länger in Leipzig praktizierte, nun aber durch ihr Wachstum einen größeren gemeinsamen Raum benötigte.

Wie Chris Shore und Susan Wright in »*Policy Worlds*« aufzeigen, »wandern« Policies durch die Akteur*innen auf und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen (vgl. 2011: 7). Dies bedeutet für die zu untersuchenden Integrationspolicies, dass diese in ihrer Gesamtheit, in ihrer praktischen Streuung über alle gesellschaftlichen Ebenen (vgl. DeLanda 2016: 16f.), keine eindeutige Autorschaft besitzen, auch wenn es Anlässe und Urheber*innen, quasi eine Biografie der Diskurse gibt (vgl. Shore und Wright 2011: 8). Dies wird auch durch den Vergleich mit den Moschee-Debatten in Duisburg und Köln deutlich, die David C. Stoop untersucht hat (2012). Ein Unterschied zur Reproduktion des Diskurses in diesen von ihm untersuchten Städten besteht darin, dass in Leipzig *keine* nachhaltig starke Vernetzung zwischen einer nun stärker politisierten Bevölkerung und einer muslimischen Community stattgefunden hat (vgl. Stoop 2012: 46). Es sind zwar Netzwerke mit der Gemeinde entstanden, diese haben sich jedoch in der weiteren Entwicklung der Engagementbewegung in Leipzig nicht so stark verfestigt, wie die antirassistischen Strukturen, die im Kontext der Moschee-Debatte entstanden oder reproduziert worden sind. Dies hängt damit zusammen, dass Leipzig in Bezug auf die Bevölkerungsstruktur und bestehende Organisationsformen ganz anders zusammengesetzt ist. Es gibt beispielsweise nur sehr wenige Migrant*innenselbstorganisationen (MSO), dafür hingegen zunehmend breiter werdende antirassistische Bündnisse. Dies hängt damit zusammen, dass sich diese Netzwerke im Kontext vergangener Ereignisse entwickelt haben und in Leipzig, wie ich gezeigt habe, antirassistisches Handeln seit den frühen 1990er Jahren fester Bestandteil auch zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist. Die Effekte der stärkeren Partizipation, der größeren Sichtbarkeit von muslimischen Gemeinden und dem wachsenden »wisch

18 »Der verstärkte Zufluss externer kultureller Elemente stellt dabei eine gewisse Relativierung der eigenen Kultur und Identität dar – eine Relativierung, welche von der lokalen Bevölkerung auch als bedrohend empfunden werden kann und Angst vor der Erosion der eigenen Kultur auslösen kann.« (Harmsen 1999: 82) Dies ist ein Erklärungsmuster für die »enge Verknüpfung der zunehmenden Globalisierung mit dieser Betonung und Stärkung des Lokalen und lokaler kultureller Traditionen« (ebd.: 82).

of local residents to decide about matters of public interest in their neighbourhood« (Stoop 2012: 36)« haben dadurch in den drei Städten (Leipzig, Duisburg und Köln; vgl. Stoop 2012) jeweils unterschiedliche Anknüpfungspunkte gehabt.

Neben der Moscheebau-Debatte ist auch die Nutzung eines ehemaligen Schulgebäudes als Notunterkunft für Geflüchtete ein zentrales Mobilisierungsereignis in der Stadt gewesen. Ebenfalls im November 2013 wurde bekannt, dass in einem nicht genutzten Schulgebäude direkt neben einem benutzten Schulgebäude in Leipzig-Schönefeld als Übergangslösung Asylsuchende untergebracht werden. Dies war die erste Notunterbringung von Asylsuchenden in Leipzig. Es bildeten sich Unterstützungsgruppen im Umkreis der Notunterkunft, insbesondere stand dabei der Schutz und die Unterstützung der Menschen in der Unterkunft im Vordergrund, als asylkritische Demonstrierende Fackelmärsche vor der Unterkunft organisierten und die rechte Mobilisierung Aufwind bekam. Hier versuchte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) insbesondere die Nachbarschaft zu aktivieren. Neonazis waren zu dieser Zeit wieder verstärkt aktiv (chronik.LE 2014: 13). Auf Informationsveranstaltungen zur Unterbringung wurden Vertreter*innen des Sozialamts beschimpft (vgl. Veyder-Malberg 2014a; 2014b) Auf Bürgerforen, Informationsveranstaltungen, in Internetforen, auf Demonstrationen, oder zum Beispiel auch in Ratsversammlungen gab es eine öffentliche kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln der städtischen Stellvertretung.

2014 wurde dennoch der Einfluss der NPD in Leipzig und Sachsen schwächer. Die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) fand hingegen mehr und mehr Anhänger*innen (vgl. Ergebnisse der Stadtratswahl 2014), wodurch Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie zunehmend öffentliche und politische Artikulationsmöglichkeiten auch für Menschen außerhalb des offen rechtsextremen Spektrums fanden. Durch das Erstarken der AfD wurden rechte Meinungsäußerungen salonfähig gemacht und erhielten mit der Stadtratswahl 2014 ein neues stadtpolitisches Forum, das in den kommenden Jahren auch auf Landesebene noch vergrößert wurde. Wie in den 90er Jahren deckte sich der Aufwind rechter Strukturen zeitlich mit einer Situation, in der die Zuweisungszahlen stiegen und die Unterbringung mediales Interesse auf sich zog, auch weil die Verwaltung dessen schwierig war. Berichte über Kommunen, die das erste Mal überhaupt Geflüchtete unterbringen (Hoyerswerda, Oschatz; vgl. LVZ 30.1.14; vgl. LVZ 11.8.14)¹⁹ und Kommunen, die Schwierigkeiten mit der mit der »Vielzahl von Flüchtlingen« haben (LVZ 18.9.14) zeigen, dass

19 Bei den LVZ-Artikeln sowie weiteren Online-Quellen, die im Zusammenhang mit der chronologischen Darstellung in diesem Kapitel stehen, habe ich statt des Jahres das genaue Datum der Veröffentlichung angegeben. Grund dafür ist die gewünschte genaue Darstellung der Ereignisse innerhalb eines Jahres. Durch die Aufzählung mithilfe des Datums können Chronologie und Abfolge der Ereignisse besser sichtbar gemacht werden.

die Herausforderungen der Unterbringung im Zentrum der Berichterstattung lagen.²⁰ In ganz Deutschland entstanden neue Unterkünfte und Notunterkünfte, es gab Demonstrationen vor Unterkünften und Brandanschläge auf Unterkünfte. Statistiken belegen einen deutlichen Anstieg dieser Angriffe deutschlandweit, wobei in Sachsen mit Abstand die meisten Angriffe registriert wurden (vgl. Canan et al. 2018: 27).

Am 12. Januar 2015 fand die erste *Legida*-Demo, als Ableger der in Dresden entstandenen *Pegida*-Bewegung mit rund 3000 Demonstrierenden und 30.000-35.000 Gegendemonstrierenden statt (die Angaben schwanken; vgl. Bangel 2015; vgl. chronik.LE 2018: 11). Während in Leipzig die Gegenproteste eindeutig in der Überzahl sind, bildet *Legida* vor allem im Leipziger Umland (vgl. chronik.LE 2019: 11) den »Resonanzboden des sich verschärfenden gesellschaftlichen Klimas« (ebd.: 12).

Diese Ausführungen vermitteln einen Eindruck davon, wie sich das gesellschaftliche Klima in Bezug auf asylpolitische Themen spürbar in Leipzig über die letzten Jahre verändert hat. Sowohl der Raum asylpolitischer Infrastrukturen als auch der Kreis asylpolitischer Akteur*innen vergrößerte und differenzierte sich durch die Anlassbezogenheit, mit der Freiwillige ihr Engagement beginnen. Es entstanden mehr und mehr Initiativen, Vereine oder Aktionen, die im Bereich der Unterstützung Asylsuchender anzusiedeln sind, die aber aufgrund der Ereignisse in Leipzig eine deutlich antirassistische Organisations- und Engagementbiografie haben. Die Unterschiede zwischen Leipzig und dem Umland manifestieren sich einmal mehr in einem Leipziger antirassistischen Selbstbewusstsein, das gleichzeitig mit dem Bild der »Bürgerstadt Leipzig« eine weniger aktivistische und eher zivilgesellschaftliche Rezeptionsfläche innerhalb der Stadtgesellschaft innehat.

2.2 Öffnung des asylpolitischen Feldes vor 2015

Ich habe beschrieben, dass das asylpolitische Feld, beispielsweise in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig, zunächst räumlich isoliert war, nun jedoch zunehmend in das Sichtfeld und damit in die Wahrnehmung rückte, was ambivalente Reaktionen in der Bevölkerung auslöste. Durch diese räumlichen Öffnungen und Annäherungen wurde auch der Diskurs gesellschaftlich breiter und

20 Ein weiteres Thema ist die hohe Nachfrage an Deutsch- und »Integrationskursen« überall in Sachsen (z.B. LVZ 2.2.14). Diese steigenden Zuweisungszahlen hatten auch die Entscheidung vom 23.06.2014 zur Konsequenz, dass die Torgauer Straße nun saniert werde, um weiterhin Asylsuchende darin unterbringen zu können. OBM Jung kündigte in einer Pressekonferenz an, dass man angesichts der Zuweisungszahlen nicht mehr ohne Massenunterkünfte auskäme (LVZ 23.06.14). Auch die Unterbringung in Wohncontainern sei im Gespräch (LVZ 17.09.14).

betraff komplexere gesellschaftliche Aspekte. Die Themen Asyl und Integration beschäftigten mehr Menschen, die sich nicht explizit und aktiv dafür interessierten. Beispielsweise wurden sie zu Nachbar*innen von Geflüchteten, oder das Gebäude neben der Schule ihrer Kinder wurde zu einer Notunterkunft umfunktioniert. Im weiteren Verlauf beschäftige ich mich nun mit der Frage nach den Prozessen der Öffnung: Wie genau ›öffnet‹ sich das asylpolitische Feld? Sind die Öffnungen intendiert, werden die neuen Akteur*innen eingeladen oder erkämpfen sie sich ihre Position? Was bedeutet das für das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Stadt (Staat)?

Ich sprach am 19.12.2019 mit der Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst im Interview über diese Veränderungen in Leipzig. Aus ihrer Perspektive hatte das Sozialamt bis »2011/2012« »alles selbst in der Hand«, womit sie meinte, dass alle »Angebote« für Geflüchtete in den Unterkünften konzentriert und an die Träger angebunden stattfanden. Den zunehmenden Kontrollverlust durch das Entstehen weiterer Angebote anzunehmen, beschrieb sie als »Lernprozess«. In ihrer Erzählung erwähnte sie zunächst diese Erfahrung, den Entwicklungen außerhalb der städtischen Verwaltungsstrukturen nur zuschauen zu können. In einem zweiten Schritt legitimierte sie die Entscheidung, diesen Entwicklungen Raum zu geben mit der Konstitution der »Struktur der Sozialsysteme«:

»Da gab es viele Träger, die sich da auf den Weg gemacht haben. Das war für uns ein Stück weit eine Lernerfahrung, da wir bis 2011/2012 als Sozialamt im Grunde alles selbst in der Hand hatten und nur diese beiden Träger [für soziale Betreuung in den Unterkünften] mit denen wir zusammengearbeitet haben. Ich will nicht sagen, dass woanders gar nichts stattgefunden hat, aber das war rudimentär. Und dann haben wir festgestellt, dass Angebote entstehen, von denen wir nichts wussten, wo auch Doppelstrukturen entstanden sind, wo wir am Anfang immer noch dachten, wir müssten da mitsteuern, wir müssten uns da mit reinbegeben, wir müssten in Kontakt treten mit den Trägern, wir müssten das sozusagen alles nebeneinanderlegen und gucken, was ist jetzt richtig, was ist nicht richtig, was braucht's, was braucht's nicht? Da haben wir tatsächlich die Erfahrung gemacht, dass wir das zum einen nicht geschafft haben und ich irgendwann auch festgestellt habe: Das braucht's auch nicht. Weil, wenn man jetzt mal von der Struktur der Sozialsysteme ausgeht und den Ansätzen der Sozialen Arbeit muss ja der Staat, hier in diesem Falle die Stadt, immer nur dann eintreten, wenn es die Betroffenen selbst oder die Zivilgesellschaft anders nicht schafft. [Ich sage: ›Subsidiarität.‹] Genau! Aber das war für uns auch ein Lernprozess [...]. Irgendwann habe ich gesagt: Dann ist das gut so, da freuen wir uns jetzt drüber [über die Angebote, die überall entstehen].« (Interview Martina Kador-Probst 19.12.2019)

Wie die Ausführungen von Kador-Probst aufzeigen, gab es kein vorher geplantes Ziel in der Vervielfachung der asylpolitischen Akteur*innen, sondern es stellte eine

Möglichkeit dar, der gegebenen Situation zu entsprechen. In der Darstellung von Kador-Probst erscheint es wie eine nachträglich einladende Haltung der Stadt und ein Annehmen dessen, was ohne ihr Zutun passiert ist. Daraus ergab sich ein politisches Handlungsfeld für nicht-städtische (im Sinne von: nicht als direkte Vertretung der Stadtverwaltung agierende) Akteur*innen, welches einerseits durch die Akteur*innen eingenommen wurde, andererseits aber auch von Seiten der Stadt offengelassen wurde. Über das Verhalten der Stadtverwaltung kann man daraus schlussfolgern, dass städtisches, im weitesten Sinne staatliches Handeln auch von Improvisation geprägt sein kann (vgl. Farias 2014). Handlungsstrategien müssen nicht geplant sein. Die Offenheit gegenüber gegenwärtigen Entwicklungen und Wandel erscheint hier als eine auf die Gegebenheiten reagierende Strategie. Dies wurde 2015 zunehmend deutlicher, wie im weiteren Verlauf des Kapitels aufgezeigt wird. Das Handeln des Sozialamts ergibt sich schon im Jahr 2012 eher aus einer Überforderung und Handlungsunfähigkeit heraus, als dass bewusst neue politische Räume oder Regierungstechniken konstruiert wurden. Auf das Subsidiaritätsprinzip wird sich im Feld jedoch selten explizit bezogen.²¹ In bestimmten Grenzen scheint es aber gesellschaftlich legitimiert zu sein, ohne dass darüber geredet wird. Im Jahr 2015 entstand eine Situation, in der dieses Einspringen nicht-städtisch initiierten Organisationen in Frage gestellt wurde. Die Einbettung und Aufgabe übergeordneter und untergeordneter Ebenen wurde neu verhandelt (vgl. Kapitel 4.1.1.2). Ich zeige auf, wie die Grundgedanken des Subsidiaritätsprinzips jedoch als verinnerlichte Denkstrukturen argumentativ angeführt wurden, ohne dass dieses Prinzip dabei erwähnt oder darauf angespielt wird (vgl. Kapitel 4.3.2).

Dies differenziert zu betrachten ist relevant, weil es Erkenntnisse über die Art der Beziehung von Zivilgesellschaft und administrativer Asylverwaltung vermitteln kann (Zandbergen und Jaffe 2014: 7). Als ersten analytischen Schritt vergleiche ich das Vorgehen im Feld mit der Unterscheidung in »*invited*« und »*negotiated spaces*«, die Martijn Koster und Yves van Leynseele (2018) in ihrer Analyse der Agency von Schlüsselfiguren (Broker) in politischen Feldern vornehmen (2018: 809). Diese Unterscheidung zielt darauf ab, Prozessrichtungen zu beschreiben. Bewegen sich die Akteur*innen in für sie geöffneten Feldern (»*invited spaces*«) oder verhandeln bzw. erkämpfen sie sich ihr Handeln in diesen Feldern (»*negotiated spaces*«)? In der Praxis lässt sich der Kontrast zum Beispiel in Amins und Heinz' Beschreibungen der Situation von Freiwilligen in der Zeit Anfang der 1990er Jahre erkennen: Damals bewegte sich ihr Engagement nicht im Rahmen von Willkommensdiskursen und Weltoffenheits-Proklamationen. Ein wesentliches Ziel ihrer Aktivitäten war es daher, *überhaupt* den Raum für ihr Handeln und für das öffentliche Bewusstsein der

21 Nur die Leitungsperson eines Trägers mehrerer Unterkünfte hat von sich aus über das »Subsidiaritätsprinzip« gesprochen. Außer ihr hat nur Kador-Probst, wie oben im Zitat ersichtlich, darüber gesprochen.

Situation von Geflüchteten zu erkämpfen. Sie agierten eher in »negotiated spaces«. Diese entwickeln sich um »local needs and aspirations«, in denen die zentralen Figuren als Mobilisierende und als Vermittelnde dieser Bedürfnisse auftauchen (ebd.: 809). Die Äußerungen der Sozialamtsleiterin machen deutlich, dass nicht-städtische Akteur*innen sich zunehmend aktiv an der Gestaltung asylpolitischer Felder beteiligten, ohne den Raum dafür erkämpfen zu müssen. Sie füllten eine sich auftuende institutionelle Lücke. Folglich wurden sie in einem Rahmen, der eher »invited spaces« ähnelt, zu einem konstituierenden Teil asylpolitischer Policies in Leipzigs (vgl. Jaffe 2018: 1099). Gleichzeitig wurden diese entstehenden Unterstützungstrukturen nicht von der Stadt initiiert oder unterstützt²² im Sinne von speziellen Policies, Förderinstrumenten, oder durch Aufforderungen verbaler Art. Sie entstanden vielmehr aus der Zivilgesellschaft heraus, weil sichtbar wurde, dass städtische Strukturen überfordert waren.

An dieser Stelle setzt ein Prozess an, um den es im weiteren Verlauf der Arbeit immer wieder gehen wird: Verschiedene Träger übernehmen die anfallenden Aufgaben im Bereich der Aufnahme und Versorgung Geflüchteter und bringen *ihre* eigenen Netzwerke, *ihre* Freiwilligen, *ihre* Expertise und Erfahrungen ein ins asylpolitische Feld. Dies geschieht, je nach Aufgabe, teilweise durch Übertragung der Aufgaben durch die Stadt, aber auch unabhängig von der Stadtverwaltung. Im gleichen Maße, wie involvierte Netzwerke wachsen, setzt sich die Überlagerung mehrerer gesellschaftlicher Felder und damit einhergehend die Ent-Spezialisierung des asylpolitischen Feldes fort.

Durch die bisherigen empirischen Beschreibungen wird deutlich, dass sich mein Forschungsfeld schon vor Beginn meiner Feldforschung, partiell von *dem* politischen Feld, das Bourdieu konzipierte, wegentwickelte. Dieser beschrieb in erster Linie »Abschottungseffekt[e]« als die Prozesse, die Felder zu ihrer Reproduktion betreiben (Bourdieu 2001: 47; vgl. Kapitel 1.3.1). Bourdieus Grundgedanke ist, dass sich das politische Feld mehr und mehr professionalisiert, weil sich die »Professionellen« durch bestimmte Legitimierungs-Strategien bewusst von »Laien« (ebd.: 47) abschotten. Er betrachtet »Professionelle« daher als die, welche die im Feld relevanten »Sicht- und Teilungsprinzipien« (ebd.: 21) maßgeblich bestimmen und die durch diese legitimiert werden (vgl. ebd.: 70). Diese Beschreibungen lassen wenig Raum für externe Einflussfaktoren, da das politische Feld als sich selbst reproduzierend betrachtet wird. Schon die bisherigen empirischen Erkenntnisse für mein Forschungsfeld zeigen, dass hier andere, teils sogar gegenläufige, Prozesse stattgefunden haben. Ich lese Bourdieus Studie zum politischen Feld so, dass er sich vorrangig auf überkommunale Politikfelder bezieht. Seine Beschreibungen lassen sich zumindest dort heute besser nachvollziehen und auch Ähnlichkeiten können

22 Es ist an dieser Stelle schwer zu überprüfen, ob die Stadt die vorher bestehenden Initiativen und Organisationen nicht ›gesehen‹ hat.

eher auf dieser Ebene entdeckt werden. Auf kommunaler Ebene hingegen entwickelt sich der (in diesem Fall asyl-)politische Raum gerade *nicht* in Form eines *Abshottungsprozesses*, sondern durch einen *Öffnungsprozess*.

2.3 Der Beginn der Engagementbewegung in Leipzig 2015

Im Sommer 2015 bewirkten spontane Zuweisungen von mehreren hundert Geflüchteten nach Leipzig eine Situation, die mit den vorhandenen Asylstrukturen nicht bewältigt werden konnte. Der Ausnahmezustand und die Überlastung der Asyl-Verwaltung wurden unübersehbar. Retrospektiv wurde von zahlreichen Beteiligten der Beginn der Engagementbewegung in Leipzig mit diesen Ereignissen im August 2015 verknüpft. Im Folgenden gebe ich einen empirischen Einblick in diese Zeit und analysiere die Effekte des sich vollziehenden Öffnungsprozesses auf bestehende Hierarchien und Verwaltungsabläufe.

Die neue Situation 2015 war auch dadurch geprägt, dass erstmals Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) für Geflüchtete in Leipzig errichtet wurden. Bis 2015 gab es nur eine EAE in Sachsen (Chemnitz).²³ Ab 2015 nutzte das Land Sachsen jedoch Liegenschaften in weiteren Kommunen, um Notfallunterkünfte zu errichten, die die Funktion einer EAE einnahmen. EAEs liegen in der Verantwortung des Landes, während Gemeinschaftsunterkünfte kommunal verwaltet werden. Dadurch überlappten sich die Zuständigkeit des Landes für die Unterbringung und die kommunale Einbettung der Unterkunft inklusive all ihrer demografischen, infrastrukturellen und soziopolitischen Zusammenhänge. Diese Konstellation war neu und wurde im Sommer 2015 aufgrund der Überlastung der bisherigen Infrastrukturen überall in Deutschland praktiziert. In diesem heterogen strukturierten Betätigungsfeld wurden die Freiwilligen aktiv.

Eine grobe Einschätzung über ihre Anzahl im Forschungszeitraum kann man durch deren Registrierungen in den wenigen staatlich oder kommunal geförderten Ehrenamtskoordinationsstellen gewinnen. Im Stadtmagazin *kreuzer* heißt es:

23 Im Asylverfahren erfolgte die Unterbringung Asylsuchender in Leipzig erst nach dem Aufenthalt in der bis 2015 einzigen sächsischen Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Chemnitz, wo das Erstgespräch mit dem BAMF stattfand. Die Asylsuchenden wurden nach dem Königsteiner Schlüssel in die Kommunen verteilt und die Unterbringungsaufgabe in kommunale Verantwortung übergeben (vgl. Hinger und Schäfer 2019: 66). Nach dem Aufenthalt in der EAE erfolgt die Unterbringung von Asylsuchenden kommunal gesteuert in einer der drei verschiedenen Formen der Unterbringung: Gemeinschaftsunterkünfte, dezentrale Unterbringung im eigenen Wohnraum, und Einrichtungen für besonders schutzbedürftige Personen (Müller 2013: 12).

»Allein der Flüchtlingsrat hat mehr als 3.000 Personen in seiner Helfer-Kartei registriert. Die Diakonie verfügt über einen Interessentenpool von 850 Menschen. Johanniter-Regionalvorstand Wieland Keller schätzt, dass in den letzten Monaten etwa 150 bis 200 Anträge von Ehrenamtlichen über seinen Schreibtisch gegangen sind.« (Reker 2016: 18)

Diese Zahlen belegen das umfangreiche Interesse, es bleibt jedoch unklar, wie viel Menschen sich in mehreren Listen eingeschrieben haben, oder wie viele nur eingetragen, aber nicht aktiv sind. Diese Unübersichtlichkeit und Fluktuation der Aktivitäten und Akteur*innen waren omnipräsent im Feld der Geflüchtetenhilfe in der Anfangsphase. Das ehrenamtliche Feld Leipzigs ist sehr vielfältig und eng an die jeweiligen Sozialräume, meist Stadtteile geknüpft. Alle meine Beobachtungen und Kontaktpersonen bestätigen jedoch das deutschlandweite Phänomen der immensen und außerordentlichen Hilfeleistung von Freiwilligen bei der Aufnahme von Asylsuchenden im Sommer und Herbst 2015 für Leipzig.

2.3.1 Die Ernst-Grube-Halle als Notunterkunft

Insbesondere der Bezug der Ernst-Grube-Halle als Notunterkunft im August 2015 stellte ein emotional stark aufgeladenes Ereignis in Leipzig dar. In der Erinnerung anwesender Freiwilliger wurde dies häufig als Startpunkt ihres Engagements benannt, von dem sie oft mit glasigen Augen berichteten und einen ganz positiv beschwingten Erzählmodus hatten. Da meine eigene Feldforschung zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen hatte, besuchte ich die Halle erst, als sie bereits einige Wochen in Betrieb war. Die Ereignisse werden daher auf Basis und aus der Perspektive der umfangreichen medialen Berichterstattung durch die *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) *online* und der *Leipziger Internetzeitung* (L-IZ), des Stadtmagazins *kreuzer* sowie offiziellen Stellungnahmen des Oberbürgermeisters und weiteren politischen Akteur*innen und Pressemitteilungen der Stadt geschildert. Außerdem verwende ich Informationen aus Interviews mit beteiligten Freiwilligen sowie mit einem Mitarbeiter in leitender Funktion der Unterkunft.

Die Ernst-Grube-Halle ist eine Sporthalle der Universität Leipzig, die im August 2015 zwar in regulärem Betrieb war, aufgrund der Semesterferien jedoch nicht benutzt wurde. Die Halle befindet sich am Elsterflutbecken, welches das fußläufige Zentrum der Stadt westlich streift. Das Gebäude steht erhöht über dem Flutbecken, das wie ein breiter Fluss erscheint. Der Richard-Wagner-Hain, ein begrünter Hang, eine Wiese und eine belebte Fahrrad- und Fußweg-Achse trennen die Halle vom Flussbett. Diese Fläche ist ein beliebter Treffpunkt in Leipzig, gerade im Sommer. Es grenzen mehrere Stadtgebiete an diese Fläche an. Das Publikum ist demnach potenziell divers und fluktuierend. Wenngleich in der unmittelbaren Nähe zur Sporthalle keine Wohnhäuser stehen, ist die Sichtbarkeit dieses Ortes durch

die beschriebenen Benutzungs- und Passiermöglichkeiten sehr hoch. Diese Halle sollte nun im August 2015 als EAE in Leipzig umfunktioniert werden.

Der Bezug der Notunterkunft Ernst-Grube-Halle startete mit der nächtlichen Ankunft mehrerer Busse mit Geflüchteten am 14. August 2015 vor dem Gebäude (vgl. LVZ 15.08.15). Am Dienstagabend zuvor, den 11. August 2015, hatte die Landesdirektion Sachsen die Leipziger »Stadtverwaltung und Leipziger Politik« per E-Mail darüber informiert, dass am Freitag Asylbewerber*innen in der Ernst-Grube-Halle in Leipzig untergebracht werden sollten (LVZ 15.08.15). Insgesamt, so die Landesdirektion am 12. August in einer Pressemitteilung, sollten »bis zu 500 Asylbewerber in dieser Notunterkunft ein Quartier erhalten« (Landesdirektion Sachsen 12.08.15). Laut Steffen Decker, Mitarbeiter der Johanniter in leitender Funktion in der Ernst-Grube-Halle, sei die Halle regulär für eine Notbelegung von 300 Menschen ausgelegt (vgl. Interview am 21.01.19). Das Gebäude sei eine Liegenschaft des Landes Sachsen und für »Katastrophenlagen immer vorgesehen« (vgl. Interview am 21.01.19). Die Entscheidung der Landesdirektion für dieses Gebäude war dennoch für nicht direkt beteiligte Akteur*innen überraschend, da es sich nicht in der »Liste eigener Liegenschaften für die Erstaufnahme« der Landesdirektion befand (Nagel 13.08.15).

Die Sporthalle musste binnen drei Tagen zu einer Notunterkunft umgebaut werden. Dafür hatte die Landesdirektion die Stadt Leipzig um Hilfe gebeten. In Leipzig wurde daraufhin die Branddirektion aktiv, welche in Leipzig den Katastrophenschutz koordiniert (vgl. LVZ 14.08.15). Diese wandte sich an die Johanniter als zuständige Wohlfahrtsorganisation, da diese laut Katastrophenschutzplan der Stadt Leipzig gerade zuständig waren (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19, vgl. auch Interview Markus, ehem. Mitarbeiter der Johanniter 28.11.18). Dieser Plan strukturiert die zeitlichen Zuständigkeiten der »Katastrophenschutzeinheiten des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft« (Katastrophenschutz Leipzig o.J.). Mit Steffen Decker, der bei den Johannitern zu der Zeit Ansprechpartner war, wurde vereinbart, dass die Johanniter »ganz regulär im Rahmen des Katastrophenschutzes« alarmiert werden sollten, da eine »Unterbringungsnotlage« vorgelegen habe (Interview Steffen Decker 21.01.19).

»Und so haben wir es dann auch erstmal behandelt: als reines Einsatzgeschehen. Und da hat sich aber relativ schnell herausgestellt, dass das kein zeitlich abgrenzbares Einsatzgeschehen bleibt, sondern dass es hier wirklich um eine dauerhafte Dienstleistung geht.« (ebd. 21.01.19)

Als die sogenannte »Schnelle Einsatzgruppe« der Johanniter die Lage in der Halle bewertete und mit der Arbeit begann, war »noch unklar, wer den Betrieb der Notunterkunft übernimmt« (LVZ 15.08.15; vgl. auch LVZ 16.08.15b). Diese Unklarheit blieb aufgrund von langwierigen Verhandlungen zwischen dem Johanniter Orts-

verband und der Landesdirektion bestehen (LVZ 24.08.15). Die Johanniter gingen aber ohne Vertrag nicht in finanzielle Vorleistung (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). In der Folge wurde der Umbau und die Versorgung der Asylsuchenden die ersten »zwei/zweieinhalb Wochen« ehrenamtlich organisiert (ebd. 21.01.19; vgl. LVZ 16.08.15a; vgl. LVZ 24.08.15). Wieland Keller, zuständiger Regionalvorstand der Johanniter, beschrieb die Lage der Freiwilligen gegenüber der LVZ wie folgt:

»[Kellers Ansicht nach] funktioniere die Notunterkunft nur dank des Einsatzes der Freiwilligen. Dabei seien die Helfer vor Ort zur Improvisation und zu pragmatischen Lösungen gezwungen. »Wenn dann abends noch ein Bus kommt, der nicht angekündigt wurde, dann fährt eben noch jemand zum Großhandel und besorgt Essen und Getränke.« (LVZ 24.08.15)

Während grundsätzlich der Einsatz von Ehrenamtlichen im Rahmen des Katastrophenschutzes üblich ist, ist die Dauer des Einsatzes von ehrenamtlicher Hilfe in diesem Fall besonders lang gewesen (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). Dies hängt mit dem in dieser Situation besonderen, nämlich gleitenden Übergang von Notsituation und dauerhafter Dienstleistung zusammen. Institutionell wurden zunächst die Schritte eingeleitet, die bei einer »humanitären Notlage« eingeleitet werden müssen, die Stadt hat in der Folge jedoch die Situation nicht wie eine solche klassifiziert und den »Katastrophenfall« ausgerufen, obwohl es laut Decker »Katastrophenfall-würdig« gewesen wäre (ebd. 21.01.19). Das hatte zur Folge, dass weitere Hilfsinstrumente nicht mehr zugänglich waren, weil diese nur im Falle einer bestimmten Notlage zugänglich sind. Beispielsweise stehen in einem Evakuierungsfall die »Strukturen« und »Mittel der Feuerwehr und Katastrophenschutzorganisation zur Verfügung und die haben wir auch angefordert«, aber wegen der fehlenden Einordnung als ein solcher Einsatz konnten diese nicht »regulär mit [eingebunden]« und teilweise nicht benutzt werden (vgl. ebd. 21.01.19). »Ich weiß in anderen Kommunen wurden diese Mittel zum Einsatz gebracht. [...] Wenn du das als Katastrophenfall machst, kannst du anders und leichter agieren, aber das wurde nicht gemacht.« (ebd. 21.01.19) In der Folge mussten die benötigten Hilfsmittel über die Landesdirektion angefordert werden, »was immer so ein bisschen die Wege verzögert hat« (ebd. 21.01.19). Den Katastrophenfall hätte der Oberbürgermeister (OBM) für Leipzig, die Landesdirektion für Sachsen ausrufen können, »dann hat man einfach andere Strukturen und andere gesetzliche Grundlagen, die man da nutzen kann. Auch für die Helfenden. Es geht ja auch um die Freistellung von der Arbeit« (ebd. 21.01.19). Die Sachkosten wurden von der Landesdirektion ersetzt. »Für einige Ehrenamtliche vor Ort muss die Landesdirektion auch rückwirkend den Verdienstaustausch übernehmen.« (LVZ 24.08.15) Aufgrund der fehlenden Einstufung als Katastrophenfall hatten die ehrenamtlichen Helfer*innen der Katastrophenschutzeinrichtung keine »Lohnfortzahlungen, das heißt, wir können sie nicht von der Arbeit abziehen« (Interview Steffen Decker 21.01.19).

Entsprechend diesem Wechsel von Notfallsituation zu dauerhafter Situation veränderte sich auch die ›Herkunft‹ der freiwillig Helfenden. Ehrenamtlich Mitarbeitende kamen zunächst vor allem aus den Reihen der beteiligten Hilfswerke, die durch die Notfallsituation vor Ort waren (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). Diese waren laut Zeitungsberichten das Technische Hilfswerk, die Johanniter, der Flüchtlingsrat sowie das DRK, das die Feldbetten lieferte, die am Nachmittag des 14.08.15 eintrafen. Die Essensversorgung übernahm das Studentenwerk (vgl. LVZ 15.08.15). Diese Gruppe der Freiwilligen, die an eingesetzte Hilfsorganisationen angegliedert waren, nahm jedoch zunehmend ab, da man »über Nacht quasi tatsächlich dort 200 Leute stehen hatte [...], die sagten ›Ich will mithelfen‹«. Die »Herausforderung« bestand recht schnell darin, das umfangreiche Hilfsangebot aus der Bevölkerung »zu koordinieren« (Interview Steffen Decker 21.01.19; vgl. Böhm 18.08.15; vgl. Freitag 15.08.15a; vgl. Student_InnenRat Leipzig 16.08.15). Die involvierten Akteur*innen hatten Hilfeaufrufe in ihren Netzwerken geteilt, weil klar wurde, dass die Versorgung der Asylsuchenden noch länger ehrenamtlich geschehen muss und die Beteiligten an ihre Grenzen kamen (vgl. LVZ 16.08.15a). Aufgrund des beträchtlichen Echos wurden für eine bessere Koordination des Einsatzes der Freiwilligen am 18.08.2015 zwei Informationsveranstaltungen veranstaltet, die insgesamt etwa 800 Interessierte besuchten (vgl. Loch 18.08.15; vgl. Freitag 18.08.15b). Die ersten Tage waren davon geprägt, dass noch recht unklar war, wer die Freiwilligen und die Spenden koordiniert (da es noch keinen Träger gab) und welche Bedarfe es überhaupt gibt. Dabei kam es vor, dass die Handlungen eher aktionistisch geprägt waren, sodass die Johanniter die Freiwilligen auch zeitweise etwas bremsen mussten (Freitag 15.08.15a; vgl. auch Interview Steffen Decker 21.01.19). Die Koordination des Engagements wurde zeitweise an den Flüchtlingsrat ausgelagert, der jedoch nicht dafür personell ausgestattet wurde und daher diese Aufgabe in der Praxis nicht erfüllen konnte. Schritt für Schritt übernahmen die Mitarbeiter*innen der Johanniter vor Ort die Koordination der Freiwilligen. Den Einsatz von Freiwilligen als *dauerhaften* Einsatz zu ›managen‹, stellte ein neue Aufgabe dar. Die Neuartigkeit ließ viel Raum für Experimentierprozesse und Improvisation, wie ich in Kapitel 4 aufzeigen werde. Die Halle wurde noch bis Februar 2016, also insgesamt etwa ein halbes Jahr lang, als Notunterkunft genutzt.

Im Rahmen der Unterbringung und Versorgung in der Ernst-Grube-Halle zeigte sich des Weiteren, dass durch die Involvierung von Akteur*innen wie den Johannitern auch neue Rolleninterpretationen und eigene Agenden Eingang ins Feld fanden. Versteht man die Notunterkunft als Assemblage, so wird deutlich, dass die konstituierenden Elemente, zum Beispiel die Johanniter, ihre eigenen Netzwerke und Ressourcen, sowie Erfahrungen mitbringen, die in den sozialen Interaktionen mit anderen Elementen vor Ort eine Neukonstitution des Feldes in Gang setzen. Dabei bilden grundsätzlich, so DeLanda (2006: 13ff.) die Konflikte um Kodierungen und um Stabilisierung und Destabilisierung des Feldes die zentralen Prozesse.

Solche Konflikte können als sichtbare Reibungspunkte beobachtet werden, wie ich im Folgenden deutlich mache. Die Johanniter beispielsweise brachten bestimmte Vorstellungen von Sozialverträglichkeit für Massenunterkünfte mit, die sie vor Ort umsetzen wollten:

»Wir haben uns schon immer anders verstanden als der eigentliche Auftrag war, im Sinne von: ›Ihr seid da, um Unterbringung, Essensversorgung und Sicherheit zu gewährleisten.« Da haben wir gesagt: ›Ja, das können wir machen, aber damit schaffen wir keinen Frieden.« Die Leute sind einfach da, die haben Fragen, die brauchen Unterstützung. Und da haben wir uns so ein bisschen abgehoben in Sachsen, was die Einrichtungen anging. Obwohl wir eine sehr, sehr große Einrichtung waren, waren wir auch immer eine der ruhigsten, weil wir gesagt haben, wir müssen den Leuten auch *individuell* immer wieder helfen.« (Interview Steffen Decker 21.01.19)

Dies zeigt, dass innerhalb dieses Verantwortungsbereiches der Landesdirektion eine Trägerschaft auch bedeutet, dass diese ein eigenes Selbstverständnis mitbringt. Dazu gehört auch, dass zahlreiche Akteur*innen sich dem Feld zuwendeten, um dort positiv wirksam zu sein. Diese emotionale Komponente machte die Zeit in der Ernst-Grube-Halle für zahlreiche Beteiligte zu einem eigenen Anliegen (vgl. Kapitel 2.3.3). Das bedeutete auch, bestehende Abläufe und Regulierungen aktiv in Frage zu stellen. Dies geschah jedoch nicht ohne Konflikte, wie ich im Folgenden schildere.

2.3.2 Neue Hierarchien und Verwaltungsabläufe im Kontext von Notunterbringungen

In der oben beschriebenen Situation in der Ernst-Grube-Halle prägten sowohl das Zusammenkommen der Expertise und Ressourcen verschiedenster Akteur*innen vor Ort als auch die Unmittelbarkeit der Ereignisse die Situation. Entscheidend für den Zusammensetzungsprozess dieser Assemblage ist, dass sich diese Elemente aus Anlass der kurzfristigen Unterbringung von Menschen neu zusammenfügten, wobei Netzwerke und Eigenschaften dieser Elemente erhalten blieben. Das bedeutet, dass innerhalb dieser Assemblage (Ernst-Grube-Halle) neue Beziehungen zwischen den Elementen entstanden. Fragen der Zuständigkeiten und Hierarchien stellten sich neu und wurden sichtbar in Bezug auf Arbeitsteilung und Verwaltungsabläufe. Sichtbar wurden diese Aushandlungen vor allem an konflikthaften Punkten, wo Unmutsäußerungen über Kommunikation und Zuständigkeiten teilweise öffentlich geäußert wurden.²⁴

24 Oberbürgermeister Jung kritisierte die »Informationspolitik des Sächsischen Innenministeriums« (Leipzig Fernsehen 20.08.15), Juliane Nagel, Stadträtin der Linken, sagte, die Kommu-

Die strukturellen Lücken wurden nicht mithilfe von Strategien oder vorgefertigten Plänen gefüllt, stattdessen verlangte die neue Situation von allen Beteiligten Improvisation. Steffen Decker formulierte dies als »Narrenfreiheit« (Interview 21.01.19), die daraus resultierte, dass keiner der Beteiligten konkrete Erfahrungen mit der Unterbringung von Menschen auf unbestimmt lange Zeit hatte. Improvisation findet in Situationen statt, »in der Politiken formuliert werden müssen und in soziale Welten interveniert werden muss, obwohl keine differenzierten Theorien, Modelle oder eindeutigen Evidenzen verfügbar sind« (Fariás 2014: 154). Der Betrieb der Unterkunft musste starten, ohne dafür auf konkrete Strategien, Expertisen und Wissensbestände vor Ort zurückgreifen zu können. Vorhandene Regulierungen klärten die Unterbringung, Sicherheitsstrukturen, aber nicht die sozialen Aspekte des längeren Zusammenlebens in einer Massenunterkunft (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). Im Sinne eines »problemgeleiteten Experimentierprozesses« (Fariás 2014: 175) wurden vorhandene Strukturen und Kompetenzen genutzt und, der Situation angepasst, neu zusammengefügt und ergänzt (vgl. ebd.: 174). Es war zunächst unklar, welche Lösungen zielführend sein werden, da existierende Wissenbestände und Zuständigkeiten der neuen Situation allein nicht gerecht werden können. Dadurch wiederum entstanden neue Abläufe und Hierarchien, die eingespielte Routinen infrage stellten. Decker schilderte im Interview ein Schlüsselmoment, das diese Dynamiken in der Verwaltung der Ernst-Grube-Halle noch einmal mehr verdeutlicht. Die Episode findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem es bereits einen Betreuungsvertrag zwischen Landesdirektion und Johannitern gab und wird hier mit großem zeitlichen Abstand wiedergegeben:

»Wir hatten mal so ein paar Diskussionen [mit der Landesdirektion], wo sie gesagt haben: ›Wir machen das jetzt so und so‹, wo ich gesagt habe: ›Können wir so machen, aber es wird halt Mist‹ und ›Vertraut doch mal den Leuten, die vor Ort in der Einrichtung stehen und arbeiten mit denen gemeinsam!‹ Und obwohl es so einen Betreibervertrag gab, hatte ich manchmal das Gefühl, die Landesdirektion hat uns wie als eine Art Belästigung gesehen, weil wir immer wieder Fragen hatten und Anrufe hatten, Anliegen hatten und die haben es halt nicht richtig verstanden, dass wir denen sozusagen eigentlich den Rücken freihalten. Und bis wir dann mal gesagt haben, also es ging dann hauptsächlich darum, es gab dann immer diese Listen welche Leute am nächsten Tag zum Termin müssen²⁵ und diese Listenaufstellung war total intransparent. Es war einfach nicht nachvollziehbar

nikation des »Landes« sei »desaströs« (Nagel 14.08.15). Vgl. auch Jung auf seinem Facebook-Account: »Nein, es ist nicht in Ordnung, die Ernst-Grube-Halle für die Erstaufnahme von Flüchtlingen zu nutzen. Es gibt und es hätte bessere Lösungen gegeben. Das Innenministerium hätte die Stadt nur einbeziehen und fragen müssen. Insbesondere der Staatssekretär handelt kopflös. So schürt man Unverständnis auch bei Gutwilligen!« (LVZ 15.08.15).

25 Zum Erstaufnahmegespräch beim BAMF in Chemnitz.

wer dort auf der Liste auftaucht, weil Leute, die schon länger da waren, tauchten nicht auf der Liste auf und Leute, die seit einer Woche da waren, tauchten plötzlich schon auf der Liste auf. Das sorgt natürlich für viel Unmut. Diese Listenverkündung war immer ein sehr heikles Thema. Auch, weil die Leute es einfach nicht verstanden hatten und dann auch teilweise wirklich wütend geworden sind aus nachvollziehbaren Gründen. Dann haben wir gesagt: ›Okay, macht uns das einfach mal transparent, damit wir das einfach erklären können, wie diese Listen zustande kommen. Oder gebt uns die Möglichkeit, dass wir sozusagen die Leute auf diese Listen setzen können‹, weil es sind einfach Leute untergegangen bei der Landesdirektion [...]. Ich habe irgendwann gesagt: ›Wissen Sie was? Kommen Sie einfach mal vorbei und erklären Sie uns das.‹ So und dann ist er gekommen und ich hab den Termin angekündigt in der Ernst-Grube-Halle und das sorgte dafür, dass während wir im Büro-Container saßen und besprochen haben, dann vor dem Container 150 Leute waren, die Fragen hatten und gesagt haben: ›Wann tauche ich auf der Liste auf?‹ und das war für ihn auch so ein Schlüsselmoment wo er gedacht hat, oder gemerkt hat: Okay, die wollen mir hier nichts Böses, dass die mich tausend Mal anrufen und sagen ›Da fehlt ein Name auf der Liste‹, sondern das sind die Probleme vor Ort. Und am nächsten Tag erhielt ich einen Anruf: ›Herr Decker, schicken Sie uns die Liste, die Sie wollen, wir nehmen die Namen, die Sie senden.‹ Und da dachte ich: ›Genau so muss es sein.‹ Aber es war immer sehr anstrengend, zu diesem Punkt zu kommen. Auf und ab. Reine Verwaltungskrise. Ich bezeichne es auch nicht als Flüchtlingskrise, sondern als Verwaltungskrise. Weil, die waren komplett überfordert.« (Interview Steffen Decker 21.01.19)

Decker schildert, wie aus seiner Perspektive Verwaltungsabläufe, von denen seine Arbeit abhängig war, unpraktikabel wurden und daher eine Veränderung von seiner Seite aus initiiert wurde. Die Übertragung der eingeübten Abläufe und die bisher involvierten Strukturen auf die neue Situation funktionierte nicht reibungslos. Nach Ansicht Deckers fehlte die Einsicht in das tatsächliche Geschehen vor Ort. Hier wird deutlich, dass sich unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Personen im Feld »Professionelle« sind und was sie legitimiert, aneinander reiben. Das spezielle Wissen der Akteur*innen vor Ort wurde nicht selbstverständlich als Legitimierung für die Definitionsmacht über Vorgänge im Feld anerkannt. Erst durch Beharrlichkeit und Kommunikation gelang es, zu einer Zusammenarbeit zu kommen, und so die Expertisen und jeweiligen Einflussbereiche neu abzustecken. Man kann sagen, dass die Landesdirektion die Johanniter nicht gleich als »Professionelle« in ihrem speziellen Rahmen angesehen haben. Vor Ort jedoch, so machte Steffen Decker im Interview deutlich, wurden die Johanniter in der Ernst-Grube-Halle schnell die Expert*innen für die »Probleme vor Ort« (ebd. 21.01.19). Diese Spezifität und die Unmittelbarkeit der Ereignisse »vor Ort« bewirkt, dass sich auch die Empfänger*innen eines staatlichen Auftrages aufgrund ihrer Nähe zu den Ge-

schehnissen als »Professionelle« verstehen, während die Auftraggebenden »Professionelle« in einem anderen, hierarchisch legitimierten Verständnis sind.

Insbesondere in Krisen, in denen vorgefertigte, normalisierte Handlungsabläufe in ›Unordnung‹ geraten, scheint es ratsam zu sein, die damit zusammenhängenden Kategorisierungen in »Professionelle« und »Laien« zu hinterfragen und nach *aktuellen* Legitimierungsgrundlagen zu suchen. Im vorliegenden Fall wurde das Wissen um Geschehnisse »vor Ort« zu einer essenziellen Ressource und einer Form der Legitimierung innerhalb der Assemblage. Für diese Öffnungsprozesse muss es aber auch »*invited spaces*« geben. Sozialamtsleiterin Kador-Probst verdeutlicht, dass sie durch die Erfahrungen seit 2012 gelernt habe, dass sie aus ihrem Büro heraus nicht wissen kann, was die Menschen vor Ort brauchen und dass in Bezug auf dieses Wissen die Kompetenzen der Träger und Akteur*innen vor Ort gehört und unterstützt werden müssen (vgl. Interview Martina Kador-Probst 19.12.19).

2.3.2 Zivilgesellschaftliche Akteure als Teil asylpolitischer Felder

Im Jahr 2015 entstand eine Situation, in der sich die Balance ›staatlicher‹ und ›nicht-staatlicher‹, ›zivilgesellschaftlicher‹ Aufgabenbereiche durch die starke Beteiligung der Freiwilligen und die gestärkte Rolle von Vertretenden der Träger*innen der Unterkünfte noch einmal neu kalibrierte. Die Aufgaben ›nicht-staatlicher‹ Akteur*innen und ihre Einbettung in städtische Strukturen, ihre Rolle innerhalb der Assemblage, wurde damit neu verhandelt. Diese diskursiven Aushandlungen, auf die ich noch mehrfach in der Arbeit ausführlich zu sprechen komme, brauchen einen methodischen Hintergrund, der ermöglicht, diese immer wieder als dichotom dargestellte gesellschaftliche Bereiche ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ einen gemeinsamen Raum, eine Interaktionsfläche zu geben. Um es mit Rosie Read zu sagen: Die Zivilgesellschaft ist nichts, was *aufserhalb* des Staates zu verorten ist (2018: 91f.).

Sowohl *Assemblage Theory* als auch *Stategraphy* sind methodische und theoretische Konzepte, mithilfe derer sich die Dichotomie von ›dem Staat‹ und ›der Zivilgesellschaft‹ analytisch dekonstruieren lässt. Die Assemblage beschreibt gesellschaftliche Prozesse durch ein »nested set of individual emergent wholes operating at different scales« (DeLanda 2016: 16). Im Rahmen der *Stategraphy* legen Thelen, Veters und Benda-Beckmann besonderes Augenmerk auf drei Beobachtungsfelder: Erstens »*relational modalities*«, zweitens »*boundary work*« und drittens die »*embeddedness*« der jeweiligen Akteur*innen oder Akteursgruppen.²⁶ Für die vorliegende

26 Im Sammelband sind diese Fokusse in den unterschiedlichen Feldstudien unterschiedlich stark ausgeprägt. Larissa Veters (2018) zum Beispiel beschreibt, wie entlang eines Kontinuums unterschiedliche Vorstellungen (»*relational modalities*«) über den Staat in der Bevölkerung existieren und die Menschen demnach agieren.

Arbeit möchte ich im Folgenden beispielhaft darauf eingehen, wie ich diesen Ansatz analytisch verwende:

1. Die Vorstellungen der Menschen über das, was der Staat sein sollte, wie der Staat agieren sollte (*relational modalities*) spielen eine entscheidende Rolle für ihr Handeln in Bezug auf die Geflüchteten, die in die Stadt kommen. Auf welche Art die Helfenden aktiv werden und wie sie diese Hilfe bewerten, hängt auch mit ihrer Auffassung davon, was ein Staat tun sollte, zusammen. Diese Auffassung entsteht auch aus vergangenen Erfahrungen, die die Menschen gemacht haben, weshalb der Blick auf Dispositive sowie individuelle Bezüge zu vergangenen Ereignissen und Erwartungen an die Zukunft relevant für die Gegenwartsbeschreibungen sind (vgl. Thelen, Vettters und Benda-Beckmann 2018: 7).

2. Mit dem Fokus auf »*boundary work*« der Akteur*innen verdeutlichen die Autorinnen, dass die einzelnen Akteur*innen und Gruppen auf bestimmte Art und Weise (siehe Punkt 3) eingebettet sind in »webs characterized by differences in power and access to diverse resources. Interactions within these webs (re)create boundaries of inclusion and exclusion as expressions of power differentials« (ebd.: 8). Diese Netzwerke waren auch im Forschungszeitraum eine entscheidende Ressource für ehrenamtliche und hauptamtliche Personen, die Projekte oder Gesetze umsetzen mussten. Inklusions- und Exklusionsmechanismen beschreibt auch DeLanda als zentrale Prozesse in Assemblagen (2006: 13; 2016: 22). Durch die besondere Situation der Gleichzeitigkeit mehrerer Prozesse im Forschungszeitraum entstanden neue Interpretationsräume, in denen unterschiedliche Vorstellungen über Aufgabenverteilung nebeneinander existierten und auch durch die Verhandlungen sichtbar wurde. Thelen, Vettters und Benda-Beckmann sprechen auch von einer »tension between what actors see state agents do and what they think those actors ideally should be doing« (2018: 9).

3. In ihrem dritten Untersuchungsaspekt, »*embeddedness*« (ebd.: 8), beziehen sich die Autorinnen auf Gluckmann, der in seinem gleichnamigen klassischen Artikel das »dilemma of the village headman« beschreibt, in dem die multiple Eingebundenheit von Personen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen und Netzwerken als Thema Eingang in die Ethnologie findet und beispielsweise bei der Beschreibung von Rollenkonflikten bei »local state actors« bis heute relevant sind (ebd.: 8). Diese resultieren daraus, dass die Akteur*innen zusätzlich zu ihrer Rolle, in der sie beispielsweise staatliche Aufträge erfüllen müssen, noch eingebettet sind »in many other relations within the local community that involve different sets of norms« (ebd.: 8). Diese unterschiedlichen Rollen der Akteur*innen gilt es nachzuvollziehen, um sie in die Analyse einzubeziehen, als Teil der Konstruktion von Machtbeziehungen und Hierarchien (vgl. ebd.: 8). Im vorliegenden Fall stellen Policies und Diskurse den globalen Rahmen dar, die die Verwaltung und Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland regulieren bzw. legitimieren. Dazu gehören die räumliche Abschottung im Umfeld, die gemeinsame Unterbringung

in einem Gebäude, die Fokussierung auf die Bereitstellung von Essen, Schlafplatz und Sicherheit und die Verwaltung im Rahmen der Asylgesetzgebung. Außerdem werden Zugänge zu Leistungen eng an Status geknüpft. Über die Asylanträge der Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung wurde in der Regel noch nicht entschieden, sodass für sie noch keinerlei Integrationspolicies oder rechtliche Leistungsbezüge außerhalb der bloßen Mindestanforderung der Unterbringung rechtlich greifen. Im Kontext dieser »state practices« und Policies sind sowohl die Handlungen der Johanniter als auch die Veränderungen zu verorten, die ihr Handeln der Johanniter vor Ort bewirkt.

Die Listen-Episode, die ich in Kapitel 2.3.2 beschrieben habe, steht symbolisch für einen Arbeitsauftrag, der im Alltag der Unterkunft der Asylsuchenden und Johanniter-Angestellten in der Umsetzung zu Schwierigkeiten führte. Der Widerstand der Bewohnenden der Unterkunft verdeutlicht auch *deren* Agency in dieser Situation, welche den Optimierungsprozesses initialisierte. Letztendlich brauchte es aber die Johanniter als Mittler, als Durchsetzer dieser Veränderungen. Dies zeigt, dass das immanente Rollenverständnis als »Professionelle« vor Ort als Ausgangspunkt auch einer Neuinterpretation der globalen Unterbringungs- und Verwaltungs-Policies in Bezug auf Geflüchtete gesehen werden kann. Durch die Entstehung von Erstaufnahmeeinrichtungen in den Kommunen vergrößerte sich nicht nur die Zahl der involvierten Akteur*innen, diese brachten auch ihre eigenen Agenden mit, was im vorliegenden Fall die eines großen Wohltätigkeitsvereins war. Diese Agenden, diese eigenen Policies, fanden Eingang in die Organisation und Verwaltung von Geflüchteten über Regulierungsaushandlungen in der Praxis. Hier wird deutlich, dass in der Unterkunft durch die Mitarbeitenden der Johanniter auch eine Lobby für die Widerstände der Geflüchteten in der Unterkunft geschaffen wurde.

Auch andere hauptamtliche Angestellte, mit denen ich gesprochen habe, beschrieben als ihr Motiv für die Arbeit, Asylsuchenden in dieser Situation des Ankommens helfen zu wollen (und dafür Geld zu bekommen) (vgl. Interview Larissa Kranz 18.08.16; vgl. auch Interview Moritz Jäger 10.12.15; beide arbeiteten in Erstaufnahmeeinrichtungen als Angestellte eines Wohlfahrtsvereins). Larissa Kranz zum Beispiel sprach davon, dass sie die Unterbringung in so einer Erstaufnahmeeinrichtung politisch nicht befürwortet, dennoch aber ihre Mitarbeit als eine Möglichkeit betrachtet, diese Situation vor Ort zu verbessern: Sei es durch die möglichst positive Auslegung der Regelungen, durch ein Lächeln oder durch Beobachtung von und Kritik an anderen Mitarbeitenden, die rechte Gedanken äußern. Das heißt: die Mitarbeitenden verhielten sich nicht nur in Bezug auf die konkreten Unterbringungsverordnungen, sondern einige von ihnen setzten diese auch in Beziehung zu überlokalen Diskursen und Rechtsprechungen der deutschen Asylpolitik. Wie Steffen Decker formulierte, agierten sie über ihren Arbeitsauftrag hinaus, weil sie

die Lage so einschätzten, dass nur durch einen Mehraufwand sichergestellt werden kann, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen in der Praxis erfüllt werden.

Welchen Einfluss haben diese Ausführungen nun auf die Einbindung von Freiwilligen? Das Beispiel der Ernst-Grube-Halle hat gezeigt, dass die Bewältigung einer Krisensituation ein hohes emotionales Potenzial unter allen Beteiligten hatte, weil für ein als gemeinsam angenommenes Ziel versucht wurde, alle möglichen Widrigkeiten zu überwinden. Jedes Mal, wenn ich mit Beteiligten gesprochen habe, haben sie auch noch Jahre später (2019) hervorgehoben, dass der Einsatz dort ganz besonders war und sie gern daran zurückdenken, auch wenn – oder gerade, weil – es so anspruchsvoll und fordernd gewesen ist. Steffen Decker schilderte mir im Interview:

»Es war eine spannende Phase, gleichzeitig eine sehr herausfordernde Phase und auch eine sehr emotionale Phase, insgesamt. Aber gleichzeitig hattest du immer so ein gutes Gefühl, weil du so ein gutes Team hattest. Wir hatten nie das Gefühl, dass wir irgendeine Situation nicht geschaukelt kriegen, bzw. hatten wir auch gar keine Zeit darüber nachzudenken [lacht]. Wir *durften* gar nicht scheitern. Das hat viel Kraft gegeben, aber dann auch im Nachhinein natürlich viel Energie rausgesaugt.« (Interview Steffen Decker 21.01.19)

Weiter berichtet er, dass Freiwillige deswegen auch aktiv nach Hause geschickt werden mussten. Ich sehe dieses beschriebene Gemeinschaftsgefühl und die gemeinsam erreichten Erfolge im Zusammenhang mit der engen Zusammenarbeit und dem häufig als gering empfundenen Hierarchiegefälle zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen vor Ort. Insbesondere in diesen kurzfristigen Nothilfesituationen, so schilderte mir auch Moritz Jäger, habe es kaum Unterschiede zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen gegeben (Interview Moritz Jäger 10.12.15). Dies spricht für eine Offenheit in der Definition von Professionalität im Feld. Die ehrenamtlichen Akteur*innen professionalisierten sich in ähnlicher Weise, auch wenn sie dabei nicht unbedingt Geld für ihre Arbeit bekommen. Sie sammelten Erfahrung im Umgang mit der Situation von Geflüchteten, sie lernten die Möglichkeiten von Unterbringung und Verwaltung und die Möglichkeiten eigenen Agierens darin kennen. Auch dies gehört zur Öffnung des Feldes, nämlich im Bereich des Selbstverständnisses der Menschen darin als Akteur*innen mit Handlungspotenzial.

Meine These ist, dass durch die starke persönliche Involviertheit der Menschen, die jetzt in dieses Feld kamen, auch die Belange von Geflüchteten Teil der Auseinandersetzung mit Verwaltungsabläufen und deren Gestaltung werden konnten. Diese relevanten Faktoren werden nicht genauer von Shore und Wright im Rahmen der Policy-Analyse erklärt. Es ist der relationale Ansatz der *Stategraphy*, der diese Analyse ermöglicht, weil er danach fragt, *wie* die Akteur*innen Policies und Diskurse adaptieren, interpretieren und wie sie darin ›Staatlichkeit‹ konstruieren (vgl. Kay 2018: 58). Die *Assemblage Theory* wiederum vermag es diese feingliedrigeren Be-

schreibungen in einem Gesamtkonzept zu verstehen, dass über politische Felder hinausgeht.

2.4 Zwischenfazit: Analyse eines sich ausweitenden politischen Feldes

Es ist deutlich geworden, dass schon 2012 und verstärkt ab Sommer 2015 eine Vermischung der Expertisen und der unterschiedlichen Herangehensweisen der involvierten Akteur*innen prägend für die Entstehung neuer Institutionen und Organisationen waren. Freiwillige und hauptamtliche Fachkräfte aus dem Katastrophenschutz und Angestellte der Landesdirektion trafen in diesem neuen Feld zusammen und etablierten neue Verfahren, neue Strategien und teilweise auch Hierarchien. Durch Improvisation, Umnutzung von Räumen und einer Öffnung des Akteur*innenfeldes entstand ein viel größerer involvierter Kreis der Gegenstände, Menschen, Netzwerke, des Wissens und der Hierarchien, die als zugehörig zur asylpolitischen Assemblage angesehen werden müssen. Wie eingangs beschrieben, spielten die Beteiligten dabei keine passive Rolle, sie konstituierten die Assemblage maßgeblich mit. Als weitere Bestandteile meines assemblage-artigen Forschungsfeldes wurden *glokale* Diskurse und Policies über Asyl und Integration diskutiert. Lokal sichtbare Handlungen sind Teile überlokaler Prozesse.

Es deutet sich also an, dass sich innerhalb des Wandels die Konstitution des asylpolitischen Feldes verändert, auch durch Uminterpretationen von bestehenden Policies und neuer Legitimierungen von Professionalität innerhalb eines Feldes. Durch die besondere Situation der Unmittelbarkeit der Geschehnisse ergab sich ein Raum, in dem die Erfahrungen der Agierenden in den Unterkünften sie als »Professionelle« (Bourdieu 2001: 70) legitimierte. Durch Beharrlichkeit und Insistieren auf ihre Perspektive konnten sie Veränderungen in der Kommunikation und in den Verwaltungsabläufen realisieren. Dieser Raum wurde verhandelt und erkämpft. Dies verdeutlicht, dass die von Bourdieu für das politische Feld beschriebenen Abschottungseffekte, so sie denn beobachtbar sind, auf überkommunaler Ebene größer sind als im kommunalen Politikfeld. Dadurch wird sichtbar, wie sich im Kontext der Öffnung politischer Felder die Urheberschaft von Policies in Assemblagen vervielfältigt (vgl. Shore und Wright 2011). Vor allem auf kommunaler Ebene werden, politische Felder sichtbar breiter und die Vorstellung eines sich mehr und mehr abschottenden politischen Feldes treffen hier nicht zu. Die Beschreibungen Bourdieus über das politische Feld erklären jedoch die Widerstände, die innerhalb dieser Öffnungsprozesse zu beobachten sind (vgl. Adam und Vonderau 2014: 16).

Diese räumlich gedachte Öffnungsbewegung sowie das Konzept der relationalen Betrachtung des Interaktionsraumes von »Staat« und »Zivilgesellschaft« ist Grundlage für die Erörterungen des folgenden Kapitels, die sich auf die Erweite-

rung der Handlungsfelder einzelner Akteur*innen beziehen. Während ich in diesem Kapitel die Ausweitung des politischer *Felder* aufgezeigt habe, untersuche ich im folgenden dritten Kapitel die Heterogenität freiwilliger *Handlungen*.

3. Freiwilliges Engagement als politische Partizipation

»Gründe für eine *freiwillige* Tätigkeit gibt es wie Sand am Meer. Was auch immer Sie bewegt, sich *ehrenamtlich* zu engagieren: In unserer *Engagement*-Datenbank haben wir das passende Angebot für Sie parat und beraten Sie individuell und persönlich.« (Freiwilligen-Agentur Leipzig 2021; eigene Hervorhebung)

Ähnlich wie in diesem Zitat auf der Internetseite der Freiwilligen-Agentur Leipzig wurden im Forschungszeitraum die Begrifflichkeiten *freiwilliges*, *unbezahltes*, *zivilgesellschaftliches Engagement*, oder *Ehrenamt* häufig parallel oder abwechselnd benutzt. Ich beobachtete unterschiedliche Auffassungen und Anwendungen der Begriffe für das Engagement in der Geflüchtetenhilfe. Während es Situationen gab, in denen den genauen Definitionen nicht viel Bedeutung zugemessen zu werden schien und sie »synonym« (Klößner 2016: 33) benutzt wurden, distanzieren sich andere Freiwillige deutlich von einzelnen Begriffen.

Dieses Kapitel beschäftigt sich damit, wie die existierenden Begrifflichkeiten für das sich wandelnde Engagement im Kontext des wachsenden Akteur*innenfeldes der Geflüchtetenhilfe im Forschungszeitraum verwendet wurden. Im Folgenden vergleiche ich einschlägige Definitionen von *Ehrenamt* und *politischer Partizipation* mit dem von mir beobachteten spontanen, kurzfristigen und heterogenen Engagementformen innerhalb der Geflüchtetenhilfe. Meine These ist, dass weder der klassische Begriff des *Ehrenamts* noch eng gefasste Definitionen *politischer Partizipation* passend für das tatsächliche Engagement im Forschungszeitraum sind. Dadurch wird eine begriffliche Lücke deutlich sichtbar. Als solche macht sie im vorliegenden Fall darauf aufmerksam, dass für eine Vielzahl von Erfahrungen und Handlungen im Bereich des freiwilligen Engagements ein Begriff fehlt, der sie sowohl in der Alltagswahrnehmung der Akteur*innen, als auch in der medialen Öffentlichkeit und vor allem auch in der Assemblage situieren kann. Diese begriffliche Unbestimmtheit spiegelt die unklare Positionierung des freiwilligen Engagements in der politischen Struktur wider und macht es damit ungreifbar in politischen Feldern und Diskursen, teils sogar unsichtbar. Gerade *weil* die Freiwilligen durch ihr Handeln politische Felder ausweiteten, wurden Diskurse über das »Verhältnis

der sozialen und politischen Seite« (Speth und Becker 2016: 38) zivilgesellschaftlicher Aktionsformen sowohl im Feld als auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung erneut sichtbar. Aus anthropologischer Sicht ist die Frage interessant, wer in welchen sozialen Prozessen welche Grenzziehungen zwischen ›politischen‹ und ›apolitischen‹ Handlungen definiert oder in Frage stellt. Hier wird das Verhältnis gouvernementaler und souveräner Strukturen und Handlungen verhandelt. Ich deute die Kategorisierung des Engagements als ›politische‹ oder ›apolitische‹ Handlungen als einen Legitimierungsprozess über Zugehörigkeiten zu politischen Feldern. In dieser Interpretation werden sie zu einem sichtbaren Teil von Öffnungs- und Abschottungsprozessen in der Assemblage.

Solchen Kategorisierungen stelle ich die Heterogenität des Engagements anhand meines empirischen Materials gegenüber. Die von mir beobachteten Formen des Engagements können durch ihre Prozessualität und Vielschichtigkeit keinen fixen Zuschreibungen gerecht werden. Zuletzt argumentiere ich, die Erkenntnisse über erweiterte politische Felder (vgl. Kapitel 2) aufgreifend, dass ein erweiterter Begriff politischer Partizipation diesen unterschiedlichen Handlungsformen einen Platz im Bereich *des Politischen* geben kann. Der Fokus auf *das Politische* inkludiert widersprüchliche und ambivalente Handlungen (vgl. Rolshoven 2018: 23f.) als konstituierende Elemente der Assemblage.

3.1 Probleme der Definition und Erhebung von Engagement

In diesem ersten Abschnitt gebe ich einen Überblick über Begriffe und Definitionen, mit denen Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Zivilgesellschaft üblicherweise beschrieben werden. Ich zeige die Grenzen dieser Begriffe in Bezug auf mein heterogenes und ambivalentes Forschungsfeld auf. Zunächst gehe ich auf den Begriff des Ehrenamts ein, der zwar in großer Übereinstimmung meiner Kontaktpersonen wie auch in der Wissenschaft als überholt oder unpassend gilt, gleichzeitig aber, wie ich zeigen werde, immer noch relevant in der Beschreibung von freiwilligem Engagement ist.¹ Dieser Widerspruch zeigt eine für meine Forschungsfrage bedeutsame Spannung unterschiedlicher Auffassungen und Handlungspotenziale von Engagement. Als zweites gehe ich auf den Begriff der politischen Partizipation ein, welcher im Kontext des freiwilligen Engagements für Geflüchtete nicht verwendet wird. Auch hier sehe ich eine Spannung zwischen klassischen Begriffsbestimmungen und neuen Interpretationsmöglichkeiten.

1 Zum Beispiel wurde im Juni 2020 die »Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt« gegründet (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2020).

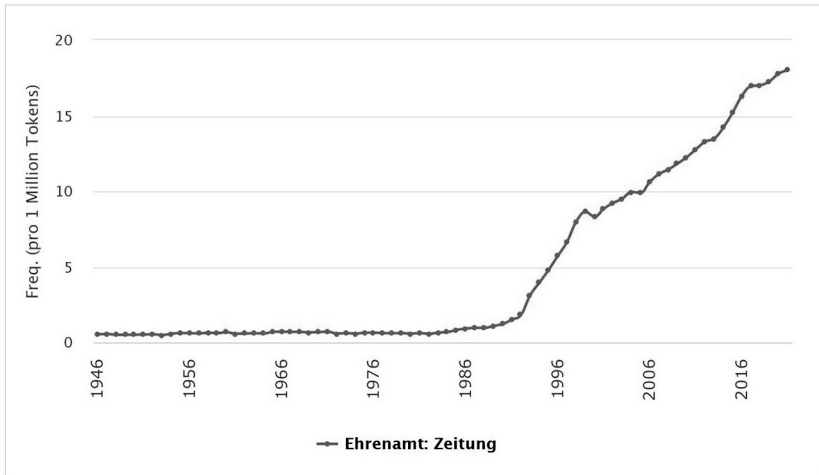
3.1.1 Ehrenamt

Der Begriff des Ehrenamtes bezeichnet laut Duden ein »[ehrenvolles] (besonders öffentliches) Amt, das überwiegend unentgeltlich ausgeübt wird« (Dudenredaktion o.J.). Als im 19. Jahrhundert zunehmend Bürger unentgeltlich Ämter übernahmen bzw. übernehmen mussten, diente das Konzept des Ehrenamtes einerseits der ideellen Aufwertung von unbezahlter Amtsausübung. »Prestige und Status« (Birnkraut 2003: 20) ersetzen dabei die monetäre Vergütung von Tätigkeiten für das Gemeinwesen. Andererseits, so Klöckner (2016: 33) sollte die Formalität eines Ehrenamtes eine gewisse Planbarkeit und Institutionalisierung der Hilfe erwirken: »Vor allem kirchliche Einrichtungen und Gruppierungen der Arbeiterbewegungen sorgten für eine Institutionalisierung der freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit, was durch eine organisierte und geplante Hilfe erreicht wurde.« (ebd.: 33) Eine gewisse Formalität haftet dem Begriff des Ehrenamtes aufgrund dieser Biografie an, im Sinne einer verbindlichen Ausübung eines formalisierten *Amtes*, einer klar definierten Aufgabe und der gedanklichen Verknüpfung dieser Leistung mit einem Zugewinn an *Ehre*. Wie der Soziologe Serhat Karakayali erörtert, rekurrieren diese Begriffe auf eine selbstlose, dauerhaft verpflichtende und unentgeltliche Tätigkeit, die dem Gemeinwohl dient (vgl. Karakayali 2018: 5; vgl. auch Birnkraut 2003: 19). Doch schon hier klingt an, dass auch diese Ehrenämter nicht altruistisch ausgeübt wurden, denn die gesellschaftliche Anerkennung wird auch in diesen Definitionen als ein sozialer (statt monetärer) Zugewinn angesehen. Doch der Eigennutz hinter dieser gemeinwohlorientierten Arbeit wird in den Forschungen zu Ehrenamt erst später diskutiert.

Die Veränderungen wurden als »Strukturwandel des Ehrenamtes« beschrieben (Alscher et al. 2009: 8). Bereits vor den Entwicklungen des Engagements 2015 stellten verschiedene sozialwissenschaftliche Forschungen fest, dass weder die altruistische Gemeinwohl-Orientierung noch die Verbindlichkeit formaler Amtsausübung die neue Bandbreite tatsächlicher freiwilliger Tätigkeiten erfassen können (vgl. ebd.: 6f.). Doch auch nach dem Auftauchen von Engagementformen außerhalb eines konkreten Amtes oder auch außerhalb von Vereinstätigkeiten blieb der Ehrenamts-Begriff bestehen. Eine wachsende Anzahl von Freiwilligen engagierte sich in eher informellen und Biografie-bezogenen Kontexten. Die »These vom Strukturwandel des Engagements« besagt, dass Engagement in kleineren und informelleren Organisationsformen stattfindet und damit schwerer dokumentierbar ist (ebd.: 8). Dies kann im Zusammenhang mit den u.a. von Ulrich Beck (1986) beschriebenen Individualisierungsprozessen oder auch mit ökonomischen Aspekten des Engagements (vgl. Kapitel 6) gebracht werden. In diesem Kapitel möchte ich mich auf ersteres konzentrieren und an Becks These der »Entgrenzung der Politik« (Beck 1986: 324) anknüpfen, die das zunehmende Verschwimmen der Grenzen von »politischen« und »apolitischen« Sphären beschreibt.

Man könnte nun meinen, dass der Begriff des Ehrenamtes aufgrund dieser Entwicklungen heute weniger benutzt würde. Blick man auf die Schlagwortsuche im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache, ist jedoch das Gegenteil der Fall (vgl. Abb. 6). Der Begriff wird nach 1990 zunehmend geläufiger:

Abbildung 6: Schlagwortsuche »Ehrenamt« im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache.



Quelle: Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, Basis: DWDS-Zeitungskorpus (DWDS 2021a).

Interessant ist auch die Schlagwortsuche im Deutschen Textkorpus, der das deutsche Textarchiv bis ins 17. Jahrhundert nach dem Begriff Ehrenamt durchsucht. Darin wird deutlich, dass dieser vor allem zwischen 1830 und 1900 zunehmend genutzt wurde, um dann aber zwischen 1900 und 1950 rapide auf das Niveau von vor 1830 zu sinken (vgl. DWDS 2021b), wo er bis etwa 1990 verbleibt (vgl. Abb. 6). Hier wird deutlich, dass die Veränderungen auf politischer Ebene zeitgleich und eng damit verwoben, auch das Konzept des sich einmischenden Bürgers entstehen ließen.² Analog dazu lässt sich vermuten, dass die politischen Veränderungen um

2 Gestaltete sich das deutsche Gebiet zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch als eine Vielzahl von geistlichen und weltlichen Fürstentümern, so steht das 19. Jahrhundert für einen Wandel der Monarchien Europas hin zu konstitutionellen Monarchien (vgl. Osterhammel 2012: 19). Dies bedeutete das Ende der Ständegesellschaft und den Beginn der Differenzierung der modernen Gesellschaft. Insbesondere in den Städten beeinflussten fortan zunehmend »ökonomische Faktoren wie Stellung im Produktionsprozess, Besitz und Einkommen« die soziale Stellung (Klößner 2016: 43, vgl. auch Ritter 1996: 68; Rose 1964: 5f.). Die bisherigen sozialen

und nach 1990 auch die Bedeutung des Ehrenamts-Begriffs steigen ließen. Um die Jahre 2015/2016 lässt sich noch mal ein steilerer Anstieg erkennen, der eine Verbindung von Geflüchtetenhilfe und dem Begriff Ehrenamt vermuten lässt.

In Leipzig wird seit 2015 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der jährlichen Bürgerumfrage³ statistisch erfasst, freiwillige Hilfe im Feld der Geflüchtetenhilfe wird dabei jedoch nicht gesondert erfragt. 2015 wurde zwar nach dem Bereich gefragt, in dem man sich engagiert, jedoch taucht »Flüchtlingshilfe« (als damals gängiger Begriff) o.ä. nicht darin auf.⁴ Die Fragebögen der Jahre 2015-2018 definieren ehrenamtliche Arbeit nicht, sondern fragen recht unspezifisch:

Tabelle 2: Umfrageergebnisse zur Frage »Arbeiten Sie in irgendeiner Weise ehrenamtlich?« (Bürgerumfragen 2015-2018)

Antwort	2015	2016	2017	2018
»ja«	19 %	16 %	18 %	21 %
»nein, ich hätte aber Interesse«	24 %	28 %	28 %	25 %
»nein, habe auch kein Interesse«	57 %	56 %	54 %	54 %

Quelle: Bürgerumfragen 2015- 2018 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2016a: 97; 2017: 71-73; 2018: 118; 2019: 78).

Die Zahlen schwanken leicht, es lässt sich aber keine deutliche Tendenz erkennen. Da für den Zeitraum vor 2015 keine Vergleichsdaten vorliegen, ist unklar, inwieweit diese Befragung den Anstieg des Engagements 2015 hätte darstellen können. Es lässt sich jedoch kein Nachlassen des Engagements nach 2015 erkennen, was einer häufig formulierten Wahrnehmung im Feld widerspricht. Angesichts der Betonung der Relevanz des Einsatzes von Freiwilligen von Seiten der Stadtverwaltung ist es jedoch erstaunlich, dass diese Handlungen nicht genauer erfragt wur-

Netze wie Familie, Dorfgemeinschaft, Zünfte, Gilden, Klöster, Gutswirtschaften, auch Arbeitgeber passten sich den neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten im Zeitalter der Industrialisierung an (vgl. Klöckner 1996: 42). Die zunehmende Organisation und Bildung in Vereinen und in Gewerkschaften macht, dass »sich der traditionell-altruistische Motivationshintergrund mit sozialpolitischen, professionellen und wissenschaftlichen Motivationen« anreichert (Brand 2010: 162). »Helfen erweitert sich zum Engagement; es entstehen so etwas wie Vorformen der Engagementpolitik« (ebd.: 162).

- 3 Die Fragebögen werden in der Regel gen Ende des genannten Jahres verschickt und bis zum Frühjahr des Folgejahres zurückgesandt. Es handelt sich um eine »Stichprobenerhebung« (Stadt Leipzig 2020h): »In der Regel erhalten zwischen 1 und 5 Prozent der Bevölkerung einen Fragebogen. Befragt werden volljährige Leipzigerinnen und Leipziger zwischen 18 und 85 Jahren. Entsprechend stehen die Ergebnisse repräsentativ für diese Gruppe« (ebd.).
- 4 Als passendster Begriff erscheint mir unter den angegebenen Kategorien »Soziales« zu sein. Ich denke aber, dass eine genauere Abfrage auch ein Interesse der genaueren Erfassung widerspiegeln würde.

den und damit recht unsichtbar in den Bürgerumfragen sind. Weder 2015 noch 2016 wird die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in der Geflüchtetenhilfe thematisiert oder in der Analyse der Statistiken erwähnt, obwohl die Bürgerumfragen in einem Teil ihrer Fragestellungen in der Regel anlassbezogen variieren, wenn besondere Ereignisse in der Stadt stattfinden.⁵ Erst im überarbeiteten Integrationskonzept der Stadt Leipzig (2020a) wird die Rolle der Freiwilligen für die Leipziger Asylpolitik ausdrücklich hervorgehoben (vgl. Kapitel 6.1.1).

Ein Blick auf die Internetseite der Stadt Leipzig vermittelt recht unmittelbar einen klassischen Eindruck von Ehrenamt. Unter der Rubrik »Förderung und Anerkennung des Ehrenamts« (Stadt Leipzig 2017a) findet man ein Foto von Leipzigs amtierendem Oberbürgermeister Burkhard Jung, umgeben von gerade geehrten Ehrenamtlichen. Das Ehrenamt wird für das »Gemeinwesen« der Stadt als »elementar« beschrieben. Die »lange Tradition«, die es in der Stadt hat, wird betont. Regelmäßig werden die Freiwilligen der Stadt geehrt. Öffentliche Empfänge des Bürgermeisters zum Zwecke der Ehrung von Freiwilligen finden seit 1995 jährlich statt (Stadt Leipzig 2020f). Im Forschungszeitraum wurde ein solcher Empfang zu einem Kristallisationspunkt, an dem bestehende paradoxe Entwicklungen und Auffassungen von und über Engagement sichtbar wurden. Vor dem »Festliche[n] Empfang für ehrenamtlich Tätige« am 21. März 2016 wurde dieses Würdigungsritual, bei dem dieses Mal zahlreiche Freiwillige der Geflüchtetenhilfe eingeladen waren, unter den adressierten Freiwilligen ambivalent diskutiert. Mehrere meiner Interviewpartner*innen wollten nicht an diesem Empfang teilnehmen. Sie wollten keinen Blumenstrauß, sondern »echte« Anerkennung in Form von struktureller Unterstützung und politischer Augenhöhe. Ich deute dies so, dass die in dem Würdigungsritual transportierte Auffassung von Engagement (im Sinne von »Ehrenamt«) ein Verständnis von politischen Handlungen und politischen Räumen transportiert, das die Heterogenität des Engagements nicht fassen kann, sodass einige Freiwillige, die diesen Platz für sich beanspruchen, sich ausgeschlossen fühlen. Der Begriff Ehrenamt mit seinen »apolitischen« Konnotationen verschleiert die politische Bedeutung freiwilliger Handlungen im Kontext von Geflüchtetenhilfe. Gleichzeitig ist es wichtig zu betonen, dass es auch Freiwillige im Forschungszeitraum gab, die sich von Würdigungsritualen angemessen geehrt und anerkannt fühlten, weil sie mit ihrem Engagement keine Forderung nach politischer Mitsprache verbanden. Heinz Brand zum Beispiel berichtete mir von seinen Auszeichnungen für sein Engagement und bezeichnete diese als »gerechtfertigt« (vgl. Interview Heinz Brand

5 Zum Beispiel Hochwasserschutz im Nachgang an das Hochwasser 2013 in der Bürgerumfrage 2014 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2015a: 66f.), der Stellenwert des Leipziger Lichtfestes zum Gedenken an den 9. Oktober 1989 in der Bürgerumfrage 2016 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2017: 89ff.) oder die Fußball-EM 2024 in der Bürgerumfrage 2017 (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2018: 126f.).

11.12.15; Kapitel 3.2.1). In dieser unterschiedlichen Betrachtungsweise von Würdigungsritualen durch die Stadt wird die Heterogenität des Engagements sichtbar. Ob dies als Würdigung wahrgenommen wurde oder nicht, gibt auch Aufschluss darüber, wie das eigene Handeln im politischen Feld eingebettet wird.

Die Anthropologin Julia Paley hat in Chile über paradoxe Verwendungen und Rezeptionen des Begriffs der Partizipation (vgl. Kapitel 1.4.2) geforscht. Sie stellte fest, dass ihre Informant*innen den Begriff »participation« positiv bewerteten, wenn der Begriff in der Praxis in einer für sie nachvollziehbaren Beziehung zu als positiv bewerteten Bedingungen ihrer eigenen aktiven Handlungspotenziale stand (Paley 2001: 9). Wo »participation« aber benutzt wurde, um gouvernementale Ideen der Steuerung umzusetzen und dadurch Handlungspotenziale einschränkte, bekam er eine andere Bedeutung: »Seen as a governing strategy, it became something that community groups sought to resist.« (ebd.: 9) Daraus lässt sich auf die Rezeption der Würdigungsrituale übertragen, dass die Positionierung gegenüber solchen ambivalent interpretierbaren Begriffen zusammenhängt mit den Forderungen, die die Menschen mit bestimmten Begriffen verknüpfen. Die Bezeichnung »Ehrenamt« und die damit verbundenen Würdigungsrituale kamen nur für manche in Frage, die sich auch mit dem Inhalt, der transportiert wurde, identifizieren konnten. Andere empfanden einen Widerstand. Für sie symbolisierte diese Ehrung nicht ihre Rolle gegenüber der Gesellschaft und der Stadt. Vielmehr erschien ihnen die damit verbundene Positionierung als unpassend, weswegen sie nicht daran teilnehmen wollten. Auch dies lässt sich mit Tendenzen fassen, die schon Ulrich Beck skizzierte: Engagement, verstanden als Möglichkeit ins Handeln zu kommen und »politisch subjektfähig« (1986: 65) zu werden, hat eine gewisse Skepsis inne, die vor Objektivierung und Oktroyierung warnt und die sich in einer »Politik der Gegeninterpretation« (ebd.: 69) äußert. Diese findet aber, so zeige ich auf, nicht zwangsweise in klassisch politischen eingegrenzten Feldern statt (vgl. Kapitel 1.4.1; vgl. Abélès 2006: 493). In diesem Spannungsverhältnis von Abgrenzung und Teilhabe, von Gemeinwesen und staatlichen Strukturen, bewegen sich die Aktivitäten und Organisationen des Engagements der Geflüchtetenhilfe.

3.1.2 Politische Partizipation

Im Forschungszeitraum wurde für das Engagement in der Geflüchtetenhilfe kaum auf den Begriff der politischen Partizipation rekurriert. Meine These ist, dass – analog zum Strukturwandel des Ehrenamtes – auch ein Strukturwandel der politischen Partizipation stattgefunden hat und dieser die Verwendung des Begriffes für die heterogenen und spontanen Engagementformen verunmöglicht. Dabei wird erstens der Qualität der Motive des Handelns, zweitens ihren Organisationsformen eine zu große definitorische Bedeutung beigemessen. Somit werden Ausschlüsse produziert, die nicht mit der Praxis kongruent sind. Als erstes möchte ich

daher darstellen, wie Motivzentriertheit und die Formalitätszentriertheit die Inklusion neuerer Partizipationsformen in den Diskurs um politische Partizipation verhindern. Auf die neueren Partizipationsformen und deren Erforschung gehe ich im Anschluss ein. Abschließend zeige ich auf, warum die Verwendung des Begriffs dennoch sinnvoll sein könnte.

Die im deutschen Sprachraum häufig genutzte Definition politischer Partizipation des Politikwissenschaftlers Max Kaase zielt auf die Motivation des Handelns ab. Kaase definiert politische Partizipation so, dass freiwillige Handlungen, das »Ziel [haben], Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen« (Kaase 2000: 473). Er selbst führt an, dass nicht klar ist, ob zum Beispiel alle Beteiligten einer Demonstration aus Gründen der politischen Partizipation, oder vielleicht auch aus anderen Gründen vor Ort sind. Damit spricht er die in der Praxis häufig unklaren bzw. heterogenen Motivlagen an. Obwohl er die Problematik thematisiert, dass komplexe Handlungen häufig schwer auf *ein* Motiv oder Motivbündel zurückzuführen sind, bleibt er bei einer motiv-gebundenen Definition von politischer Partizipation.

Gerade in meinem Forschungsfeld wird deutlich, dass die Heterogenität der individuellen Anknüpfungspunkte zwischen Engagement und Assemblage solche motiv-orientierten Definitionsversuche erschwert. Der Abschnitt 3.2 dieses Kapitels wird dieser These durch die Analyse empirischer Befunde nachgehen. Ich mache deutlich, dass Engagement im Forschungsraum sehr prozesshaft, ambivalent und suchend beschrieben werden kann oder, um es mit den Worten von DeLanda zu sagen, als »space of possibilities« (ebd.: 29).

Neben der Motivzentriertheit besteht ein zweites definitorisches »Problem« in den sich verändernden Organisationsformen. In den Sozialwissenschaften diese neuen politischen Partizipationsformen ausgiebig erforscht und beschrieben.⁶ Seit den 1970er Jahren wird eine Differenzierung der Organisationsformen konstatiert (vgl. Alscher et al. 2009: 9). Nanz und Fritsche stellen dar, dass sich Menschen zunehmend »themenbezogener und zeitlich begrenzter, weniger an politische Parteien gebunden und direkter auf persönliche Interessen« (Nanz und Fritsche 2012: 10) engagieren. Becks These von der Individualisierung der Menschen in der Moderne spiegelt sich auch in diesen Effekten wider (vgl. Beck 1986), wobei zu prüfen sein wird, inwieweit dies auf die Gesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR

6 In anthropologischen Forschungen wird Partizipation häufig in Bezug auf Widerstandsbewegungen gegenüber gouvernementalen Strukturen oder Policies (z. B. Leifsen 2018; Marko 2019; in Bezug auf Umwelt: Landström 2020) oder indigene bzw. Minderheiten-Rechte (z. B. Doyle 2019; Eichler 2019) erforscht. Außerdem gibt es viele Ethnografien dazu in der Schnittstelle von Migration und Partizipation mit dem Fokus auf Partizipation von Migrant*innen (z. B. Kapiati 2019; Monforte 2019; Vermeulen 2019).

übertragen werden kann (vgl. Kapitel 3.2.4).⁷ Informellere Partizipationsmöglichkeiten als beispielsweise eine Partei- oder Vereinsmitgliedschaft passen besser zu diesen veränderten Ausprägungen von Freiwilligkeit. Dies mündete in dem heutigen, informelle Partizipationsformen inkludierenden Verständnis (vgl. de Nève und Olteanu 2013; vgl. Wimmer et al. 2018). So wie politische Räume sich ausdehnen, erweitern sich auch die Formen *des Politischen*, also des Handelns. Anthropologische Forschungen wie im Sammelband »(Mis)understanding Political Participation« (Wimmer et al. 2018) gehen über diese etablierten Feststellungen hinaus und untersuchen die »issues, platforms, actions, locations and motivations of politically active citizens today« (ebd.: 1), vor allem im Kontext gesteigerter Vernetzungswerkzeuge in der virtuellen Welt. Engagement und Partizipation lassen sich vor dem Hintergrund der vielfältigen Handlungsmöglichkeiten nicht exakt voneinander abgrenzen und – so meine These – daher auch nicht exakt der ›politischen‹ oder ›apolitischen‹ Sphäre zuordnen (vgl. ebd.: 2).

Trotz dieser Entwicklungen und Erkenntnisse bleiben in der Praxis zahlreiche Versuche, politische Partizipation zu definieren auf formale Partizipationsmöglichkeiten begrenzt, beispielsweise in offiziellen Erhebungen (vgl. Bürgerumfrage der Stadt Leipzig 2017). Engagement und Partizipation werden weiterhin als voneinander getrennt betrachtet, wie ich im Folgenden beispielhaft anhand der Erfassung von Partizipation in Leipzig darstelle (Abb. 7). In der Bürgerumfrage 2017 der Stadt Leipzig wurde erstmals nach »politischen Aktivitäten« der Leipziger Bevölkerung gefragt. »Politische Partizipation hat viele Facetten« heißt es in der Einleitung zum entsprechenden Fragekomplex (Bürgerumfrage 2017: 134). Dennoch verbleiben die angebotenen Partizipationsformen in einem formellen Rahmen und mit explizit politischem Bezug:

Das von mir untersuchte freiwillige Engagement zum Beispiel in Form von der Sortierung von Sachspenden, Deutschunterricht, Begleitung bei Behördengängen, Patenschaften, Hilfe bei der Wohnungssuche, Freizeitangebote oder Kinder- und Hausaufgabenbetreuung passen nicht in diese Liste der aufgezählten formellen Partizipationsmöglichkeiten. Auswahlpunkt f) trifft es wahrscheinlich noch am ehesten, aber wenn Freiwillige ihrem Engagement nicht selbst explizit etwas vordergründig Politisches zuschreiben, dann machen sie vermutlich an dieser Stelle kein Kreuz.

Freiwilliges Engagement für Geflüchtete wird demnach weder im Rahmen der Abfrage nach »Ehrenamt« noch in der nach den politischen Aktivitäten gesondert mitgedacht oder zusammengedacht. Damit wird sowohl eine alte unpassende Definition von Ehrenamt tradiert als auch die immer noch an formale Partizipationsformen zugeschnittene Definition politischer Partizipation reproduziert. Das freiwillige Engagement für Geflüchtete hat es trotz seiner politischen Relevanz in der

7 Vgl. kritisch dazu Scheller (2002; 2005).

Abbildung 7: Auszug aus dem Fragekatalog der Bürgerumfrage 2017.

Die sächsische Staatsregierung hat in einer Befragung unter anderem die Möglichkeiten der politischen Teilhabe sowie die Bürgermeinungen zu Gruppen – beispielsweise zu Ausländern und Muslimen - untersucht. Diese Studie ist unter dem Namen „Sachsen-Monitor“ veröffentlicht. Die Fragen 46 und 47 sind dieser Studie entnommen, um Vergleichswerte für die Stadt Leipzig zu ermitteln und daraus Erkenntnisse für die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders in Leipzig abzuleiten.

46. Geben Sie bitte zunächst an, welche Dinge Sie schon getan haben, welche Sie tun würden und welche Sie nicht tun würden.				
	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht
a) An einer Unterschriftensammlung teilnehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b) An einem Volksentscheid oder einem Bürgerentscheid teilnehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c) An einer Wahl zu einem Parlament teilnehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d) An einer Demonstration teilnehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e) Sich an einen Politiker wenden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f) In einer Bürgerinitiative oder in einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitarbeiten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g) Politische Meinungsäußerungen im Internet einstellen, bewerten oder teilen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
h) In einer politischen Partei mitarbeiten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
i) Sich für ein Amt oder Mandat, zum Beispiel in Leipzig, bewerben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
j) Eine Demonstration blockieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
k) Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2018: 162.

Praxis noch nicht geschafft, als politische Partizipationsform anerkannt zu werden. Auf diese Weise bleibt das Engagement für Geflüchtete bei der Suche nach *dem Politischen* in unserer Gesellschaft ein blinder Fleck. Hier wird deutlich, dass diese begriffliche Lücke in einem diskursiven Zusammenhang mit der statistischen Lücke steht. Die Benennung von Aspekten ist auch für deren Erfassung notwendig. Ihre Erfassung ist relevant für Würdigung, Anerkennung und politische Integration ihrer Arbeit.

Im Kontext dieser Beobachtungen möchte ich einen Blick auf gesellschaftliche Diskurse zu politischer Kultur und Partizipation als entgegenläufige Trends von »Politikverdrossenheit« und dem Wunsch der Bevölkerung nach mehr politischer Mitgestaltung⁸ werfen. Es ist verwunderlich, dass die zugrundeliegenden Begriffe keine konzeptionelle Erweiterung erfahren, welche eine Sichtbarwerdung des Engagements ermöglichen würde, obwohl dieses Paradox in der Wissenschaft immer wieder empirisch belegt wurde (vgl. Paley 2001; vgl. Wimmer et al. 2018). Meine These ist, dass die Definitionen unterschiedlicher Engagementformen im Kontext einer Dichotomisierung in »politische« vs. »apolitische« Prozesse und Kategorien verhandelt werden. Das heißt, dass die Befunde über »Entpolitisierung« oder »Politisierung« der Bevölkerung mehr über die einbezogenen empirischen Daten und

8 Im Sinne von »politisch subjektfähig« werden (Beck 1986: 65).

ihre Kategorien aussagen als über den tatsächlichen Ist-Zustand. Solange in binärer Denkweise unterteilt wird in ›politische‹ und ›apolitische‹ Handlungen, werden alte Vorstellungen über politische Felder als »Mikrokosmos« (Bourdieu 2001: 41) reproduziert, ohne dass Öffnungsprozesse in politischen Feldern und dem entsprechenden Engagement darin sichtbar werden. Würde man freiwilliges Engagement als politische Partizipation anerkennen und dadurch außerhalb dichotomer Kategorien verorten, würde diese Argumentationsstruktur schnell zusammenbrechen.

3.1.3 Anknüpfungspunkte statt Motive

In der Erforschung des Engagements möchte ich mich daher nicht auf die Motive, sondern auf die Anknüpfungspunkte des Engagements konzentrieren. Aus den oben geschilderten Definitionsunklarheiten schlussfolgere ich, dass die Handlungen nicht zwangsweise auf eine ›politische‹ oder ›apolitische‹ Motivation hindeuten. Dieses wird im Folgenden empirisch unterlegt werden. Ich zeige auf, dass es stattdessen die individuellen Anknüpfungspunkte zwischen einer Person, ihrem Engagement und der Assemblage sind, die die jeweiligen Ressourcen, Visionen und Handlungsmuster in die konkrete Situation mitbringen und sie so verändern.

Die Vielfalt der Engagementformen im Forschungszeitraum ist Ausdruck der besonderen Situation, aus der heraus sie entstanden sind. Der besondere Moment im August 2015, der durch die hohe Anzahl von Notunterbringungen ausgelöst worden ist, beförderte eine neue Notwendigkeit des Handelns. Auf der Ebene der Alltäglichkeit, des Gefühls und der Begegnung in der Stadt waren Menschen mit einer neuen und unbekannten Situation, in der sie nicht gleich verstanden, was sie damit anfangen sollen und was genau dies für ihr Handeln bedeuten sollte. Meine Forschungsreise nach Lesbos verdeutlichte mir, dass es einen Unterschied macht, ohne eigenes Zutun in seinem Zuhause involviert zu werden, oder extra an einen Ort zu reisen, um sich dort freiwillig zu engagieren. Diese Unmittelbarkeit muss mitgedacht werden, wenn man darüber sprechen möchte, warum und wie sich jemand engagiert. Die Möglichkeiten, die die Menschen fanden, um mit diesen neuen Situationen umzugehen waren sehr unterschiedlich und wirkten manchmal skurril und ungelent. Die plötzliche Involviertheit der Menschen führte dazu, dass Menschen unterschiedliche Lösungswege suchten und fanden, sowie dass sie auf unterschiedliche Ressourcen zurückgreifen konnten. Definitionen des Engagements müssen diese Dynamik, Vergänglichkeit und Fluktuation der Formen des Engagements in der Praxis konzeptuell zulassen. Dabei sollten sowohl die Auslöser, oder Anknüpfungspunkte, des Handelns als auch die Selbstdefinitionen des Engagements nicht mit den *Motiven* des Engagements verwechselt werden.

Pfundmair et al. (2017) haben in ihrer sozialpsychologischen Studie herausgefunden, dass Menschen aktiv geworden sind, wenn sie intrinsische Überzeugungen hatten, etwas an der Situation verändern zu wollen und die Situation durch

ihr Handeln auch für veränderbar hielten. Entsprechend ihrer Möglichkeiten und Netzwerke agierten dann die Freiwilligen. Ove Sutter (2017: 13ff.) schildert sehr eindrücklich, wie eine Willkommensinitiative an einem Bahnhof den Einsatz von Seifenblasen für sich als eine Möglichkeit entdeckt hat, geflüchteten Kindern ein Lächeln abzugewinnen, wie diese Strategie sich verfestigte. Schlussendlich wurde die Seifenblase innerhalb der Gruppe zu einem Symbol dafür, dass sie etwas Konkretes bewegen kann. Zunehmend wurden auch politische Forderungen auf Basis dieser Erfahrungen gestellt. Die Fokussierung dieser Gruppe auf die Seifenblasen als Handlungsanker und Symbol mag zunächst skurril erscheinen. Gleichzeitig ist für mich aufgrund meiner Beobachtungen in Leipzig nachvollziehbar, wie in dieser Zeit, in der Freiwillige ohne Anleitung aktiv wurden, auch solche kleinen Erfolgserlebnisse als Erfahrung bedeutend wurden. Sie wurden zu den Antworten, die Freiwillige für sich selbst und für sich als Gruppe finden konnten. Die Kommunikationsschwierigkeiten mit Geflüchteten wurden mithilfe dieser Strategie nicht überwunden, es wurde jedoch auf kreative Art und Weise ein Hilfsmittel genutzt, mit dem sich Offenheit und Freude verbreiten lassen und so zumindest diese Grundhaltung nonverbal kommuniziert werden kann. Dies verdeutlicht die Relevanz von haptischen, *materiellen* (DeLanda 2006; 2016) Erscheinungsformen des Engagements. So wie die Seifenblasen, so sind auch die gebackenen Kuchen oder der Besuch in einer Unterkunft zum Spielen mit den Kindern, auf dieser materiellen Ebene Teile eines Engagements, das die Kategorisierungen von ›fremd‹ und ›einheimisch‹ überwinden will. Die materielle Ebene betone ich hier, weil im Folgenden deutlich wird, dass diese Handlungen wirkmächtig sind, egal ob sie eine ›politische‹ oder ›apolitische‹ Kodierung erfahren. Innerhalb einer Notsituation stellen diese Strategien konkrete Hilfestellungen bzw. Handlungsoptionen dar, die praktikabler als formelle politische Partizipationsformen erscheinen. Rudolf Speth und Elke Becker machen deutlich, dass solche »konkreten Hilfen« (auf materieller Ebene) in der Regel auch eines (auf der expressiven Ebene) als »Nebenprodukt« mitkommunizieren: »Die Präsenz im politischen Raum und Verhinderung von fremdenfeindlicher Stimmung und fremdenfeindlichen Aktionen.« (Speth und Becker 2016: 37f.)

»Dies betrifft das seit langem diskutierte Verhältnis der sozialen und politischen Seite der Bürgergesellschaft. Im konkreten Fall der Hilfe für Geflüchtete zeigt sich, wie politisch die soziale Seite der Bürgergesellschaft ist und welche wichtige Funktion die Hilfe über die konkrete Unterstützung hinaus mit Kleidung, Behörden-gängen, Deutschkursen und Hilfen bei alltäglichen Dingen hat.« (ebd.: 38)

Diese hier vermittelte Offenheit gegenüber den verschiedenen Qualitäten der Handlungen auf materieller und expressiver Ebene ist analytisch bedeutsam, um die Heterogenität des Engagements selbst, sowie die heterogene Wirkweise des Engagements innerhalb der Assemblage zu verstehen. Dadurch können souveräne

Gegenentwürfe zu wirkmächtigen gouvernementalen Strukturen und Handlungen auch dann als solche verstanden werden, wenn sie sich nicht explizit in ein Verhältnis zu diesen Strukturen sehen (vgl. Abélès 2006: 493). Diese Perspektive konstruiert *das Politische* als Alltagspraxis außerhalb eng gefasster Begriffe politischer Handlungen, wie es so explizit nicht innerhalb Shore und Wrights Policy-Analyse gefasst ist.

3.2 Heterogenität des Engagements im Feld

Im Folgenden stelle ich die unterschiedlichen Formen des Engagements, die ich im Feld beobachtete, aus der Perspektive der Freiwilligen dar: Was bedeutet das Engagement für sie, in ihrem Leben? Was betrachten sie als das, was sie mit ihrem Engagement ausrichten können? Welche Bedeutung haben die Netzwerke und die Gruppenkonstellationen der jeweiligen Engagierten und der Gruppen?

3.2.1 Engagement gegen rechts und für Geflüchtete

Im Forschungszeitraum entstanden Willkommens- oder andere Unterstützungsinitiativen oft erst als Antwort auf rechte Mobilisierungen, wie zum Beispiel im Stadtteil Stötteritz nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft (vgl. Welters und Puppe 2015). Das Engagement *für* Geflüchtete und das Engagement *gegen* rechts hängen in Leipzig seit jeher eng zusammen. Es gab in Leipzig in den letzten Jahren mehrere asylpolitisch relevante Debattenhöhepunkte, die jeweils als Initialzündung für das Engagement einzelner Personen sowie Initiativen und auch das Wiederaufleben von bestehenden Gruppierungen gesehen werden können (vgl. Kapitel 2.1). Menschen, die sich schon Jahre für Geflüchtete, meistens aus dem Anlass rassistischer Mobilisierungen, engagieren, erlebten 2015 eine gestiegene gesellschaftliche Aufmerksamkeit für ihre Arbeit. Anders als das Engagement für Geflüchtete zu Beginn der 1990er Jahre war demnach auch der inhaltliche Fokus des Engagements ein anderer. In der Einleitung zum zweiten Kapitel hatte ich Heinz Brand als eine meiner Kontaktpersonen im Feld kurz vorgestellt. Er war schon vor und während der Wende gesellschaftspolitisch in Leipzig aktiv und leitete daraus für sich ab, weiterhin aktiv bleiben zu ›müssen‹. Dies verdeutlicht beispielhaft, wie Personen in Leipzig das Bild der »Bürgerstadt« für sich als Verantwortungsübernahme für die gesellschaftlichen Prozesse in der Stadt interpretieren. Heinz Brand beschrieb mir im Interview, dass sein Engagement nach dem Beitritt der DDR in die BRD viel lauter und aktivistischer sein musste, weil in den frühen 90ern überhaupt erst gesellschaftliche Aufmerksamkeit für Asylthemen erzeugt werden musste. Im Folgenden knüpfe ich daran an und schildere weitere Aspekte aus Heinz Brands Engagementbiografie.

Heinz Brand lebt seit seiner Kindheit in Leipzig und ist seit 2013 verrentet. Er ist ausgebildeter Diplom Elektrotechniker, praktisch aber seit zahlreichen Jahren vor allem auf verschiedenste Weisen ehrenamtlich aktiv. Er verfügt über ein großes soziales Netzwerk in Leipzig. Heinz hat mehrere Initiativen und Vereine in Leipzig mitgegründet, die teilweise bis heute aktiv sind. Die »kritische Haltung« seines Vaters habe sich auch in ihm »manifestiert« (Interview Heinz Brand 11.12.15). In die Kirche trat er ein, damit seine Kinder nicht im DDR-System erzogen werden und dort engagierte er sich erstmals, insbesondere für Umwelt und Frieden. Er bezeichnet sich selbst als beruflichen »Quereinsteiger« »in die soziale Schiene« (ebd. 11.12.15). Seine Erfahrungen als Akteur in der Flüchtlingshilfe im ehrenamtlichen Bereich reichen zurück bis zur solidarischen Unterstützung der ersten Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig Anfang der 90er Jahre. Er war Gründer und Sprecher eines bis heute bestehenden großen Flüchtlingshilfevereins. Dies war auch die Grundlage für seine berufliche Anstellung bei einer großen Hilfsorganisation als Aussiedlerberater und später als Migrationsberater. Als sich die Anforderungen an die Berufsqualifikation für diesen Job erhöhten, ging er in Rente und wirkt bis heute weiter ehrenamtlich.

Ich lernte Heinz Brand im November 2015 auf einer Konferenz von verschiedenen Asylinitiativen kennen, wo er als Vertreter eines Vereins teilnahm. Er lud mich zu einem Treffen bei einer anderen Initiative (die ich im Folgenden »Stadtteilgruppe« nenne) ein, in der er ebenfalls mitwirkt. In den folgenden Monaten traf ich ihn regelmäßig dort, aber auch immer wieder überraschend bei anderen Initiativen, Informationsveranstaltungen oder sonstigen Events im thematischen Kontext von Asyl und Migration. Wenn ich andere Menschen im Feld danach fragte, mit wem ich mich noch unterhalten müsse, erwähnten viele seinen Namen. Sein Engagement nimmt sehr viel Zeit seines Lebens ein. Er betonte immer wieder, dass er wenig Zeit habe, übernahm dann aber doch Aufgaben und fand mögliche Zeitfenster für Termine. Dieser Widerspruch unterstreicht die Hingabe und die persönliche Eingebundenheit im Feld, mit der er sich seinem Engagement verpflichtet sieht. Dass sein ehrenamtliches Wirken im Asylbereich mittlerweile auf viel mehr politische und gesellschaftliche Resonanz stößt, begreift er als Chance, die er nutzen will. Zahlreiche Erfolge seines Engagements, wie zum Beispiel, dass sich der Oberbürgermeister nun auch für seine Projekte interessiert, sprechen für ihn fürs Weitermachen und für die Relevanz seines eigenen Wirkens. Beschreibungen aus seiner ehrenamtlichen Zeit in den frühen 90ern nutzt er, um sie dem Jetzt gegenüberzustellen. Er sagt, dieses Klima,

»dass die [Migranten⁹] hier leben und als Nachbarn wahrgenommen werden, das war zu der Zeit eben auch nicht. Das fängt ja jetzt erst ganz langsam an. Das war in den 90er Jahren überhaupt nicht gewollt. Die Integration war ein Thema nur für wenige, die es dann auch gepackt haben.« (Interview Heinz Brand 11.12.15)

Diese andere Stimmung heute motiviert ihn, weiter ehrenamtlich tätig zu sein:

»Ich [denke] schon, dass wir da auch prägend mit was tun können hier für Leipzig und das hat mich natürlich auch wieder motiviert, weil eigentlich wollte ich so ein bisschen das Ehrenamtliche reduzieren. Und ich meine, für diese ganze Integration da war ich dann auch so ein bisschen, sagen wir mal, dankbar. Letztes Jahr oder vorletztes Jahr habe ich so einen Integrationspreis gekriegt, so einen sächsischen und dann noch für meine Ehrenamtssache im letzten Jahr den Agenda-Preis extra sozusagen, für ehrenamtliches Engagement. Aber ich muss sagen, das sehe ich als gerechtfertigt jetzt mal an, ohne dass ich mich jetzt besonders hervorheben will, aber was ich an Zeit da investiert habe, wenn ich überlege: Ich bin Rentner. Ich könnte es mir ja hier jetzt gemütlich machen. Das Problem ist für mich, das Thema mit den Migranten und so, das ist jetzt so aktuell, da kann man sich eigentlich nicht zurückziehen. Und ich merke in der Gesellschaft ist das jetzt in den nächsten Jahren ein Thema. Wenn man da jetzt nichts tut, kann das eben auch nach hinten losgehen. Dieser Rechtsruck, der jetzt da ist, der wird auch bleiben. Bloß ich hoffe, dass wir den zumindest soweit einschränken können, dass das wirklich eine Minderheit bleibt. Weil, wenn man jetzt überlegt – wie sagt man? Wenn jetzt Wahl wäre, würden 16 % AfD wählen, das ist schon erschreckend.« (Interview Heinz Brand 11.12.15)

Für Heinz Brand besteht, so verstehe ich seine Ausführungen, *jetzt* Handlungsbedarf, weil er *jetzt* eine Chance sieht die Situation in der Stadt aktiv verändern zu können. Und vor allem besteht *für ihn* Handlungsbedarf. Das deutet daraufhin, dass er sich als Schlüsselfigur für Migrations-Themen in Leipzig sieht. Er kann sich jetzt nicht zurückziehen, weil er *jetzt* als jemand gebraucht wird, der sich seit Jahren dafür einsetzt. Er beschreibt sich demnach selbst als relevanten Akteur im asylpolitischen Feld. Dieses Verständnis speist sich aus Erfolgserlebnissen seines Engagements, in denen er die Wirksamkeit des eigenen Handelns erfahren hat (vgl. auch seine »Wende«-Erfahrung wie in Kapitel 2 beschrieben). Er fühlt sich durch seine Teilnahme mit der gesellschaftspolitischen Situation in der Stadt verbunden. Im Interview gibt es immer wieder Momente, in denen deutlich wird, wie viel Hoffnung er in dieses Dagegenwirken setzt. Hoffnung, dass die Stadtgesellschaft offener wird und die Begegnungen mit »Migranten«, wie er beschreibt, sich

9 Zu DDR-Zeiten waren das vor allem Gastarbeiter*innen und Studierende (vgl. Geier und Schlesinger 1996: 164; vgl. Phillips und Rink 2009: 400f.; vgl. Kapitel 2.1.2).

auch mehr und mehr in gewohnten sozialen Räumen abspielt. Es wirkt auf mich so, als ob er gar nicht anders kann, als sich zu beteiligen, weil er so verweben mit der Stadt und dem Stadtteil ist. Seine Strategie erinnert an die von Speth und Becker beschriebene »Präsenz im politischen Raum«. Durch sie kann »fremdenfeindlicher Stimmung und fremdenfeindlichen Aktionen« (2016: 37f.) auf materieller *und* expressiver Ebene entgegengewirkt werden. Diese räumliche Vorstellung des Besetzens von Diskursen macht verständlich, wieso der Rückzug für Heinz bedeuten würde, dass der Raum anders, beispielsweise durch rassistische Mobilisierungen, gefüllt werden könnte.

Auch für andere Kommunen in Deutschland ist erhoben worden, dass rassistische Mobilisierungen erhebliche Impulsgeber für Engagierte waren, die Stimmung vor Ort aktiv beeinflussen zu wollen und es »nicht kippen« zu lassen, das heißt, Rechten nicht das Feld zu überlassen (vgl. u.a. Speth und Becker 2016: 8; vgl. Hamann und Karakayali 2017: 13f. und 21). Dabei wendete sich das Engagement vor allem gegen die damit einhergehenden Proteste von rechts. Hier zeigt sich die Verquickung von (lokal)politischen Debatten und der Übertragung in ein persönliches Handeln als Konsequenz daraus. Im folgenden Abschnitt mache ich deutlich, dass diesem entschiedenen Entgegenreten typischerweise auch ein starker Impuls des Eintretens *für* mehr Austausch und mehr Miteinander im eigenen Stadtteil oder in Leipzig entsprach.

3.2.2 Verantwortungsübernahme für den Stadtteil/die Stadt

Der Gedanke, dass man durch sein Handeln die Stimmung in der Stadt beeinflussen kann und es daher auch eine moralische Verpflichtung zum Handeln gibt, begegnete mir auch in den Interviews mit weiteren Freiwilligen aus dem Umkreis Heinz Brands in der Stadtteilgruppe. Diese gründete sich aus den Mitgliedern eines Bürgervereins, einer kirchlichen Gemeinde, sowie mehreren lokalpolitischen Aktiven. Anlass für die Gründung war die gewachsene Stimmungsmache gegen die Unterbringung von Geflüchteten in einer großen Erstaufnahmeeinrichtung im Viertel. Ich vermute, dass sich daraus ein starker Orts- und Ortsteilbezug im Denken der Mitglieder ergab. Sie bezogen sich häufig auf die Menschen, die im Ortsteil leben und die Veränderungen, die dort passierten, zum Beispiel die Errichtung einer großen Erstaufnahmeeinrichtung. Aus dieser Nähe ergibt sich ein Verantwortungsgefühl (vgl. Interview Heinz Brand 11.12.15). Ziel der Stadtteilgruppe ist es, den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen und politische Entwicklungen und Entscheidungen, die den Stadtteil betreffen, zu erklären und verständlich zu kommunizieren. Ich nahm vor allem an den Treffen der Gruppe und teilweise an den dort geplanten Aktivitäten teil. Ich lernte weitere Mitglieder kennen, wie zum Beispiel Ramon Breitenbach.

Ramon Breitenbach ist zum Zeitpunkt unseres Interviews Anfang 30 und ist Angestellter. Ramon ist in Leipzig geboren. Er hält mehrere Ehrenämter inne. Er ist u. a. ehrenamtlicher Stadtbezirksbeirat, parteipolitisch engagiert und Mitglied der Stadtteilgruppe. Erstgenanntes Amt fällt offiziell in den Bereich des politischen Engagements, wodurch zwischen seinem Engagement in der Stadtteilgruppe und der Lokalpolitik eine direkte Beziehung entsteht. Dies deutet schon darauf hin, dass er ein großes soziales Netzwerk, insbesondere in seinem Stadtviertel aufgebaut hat. Aus seinen Erzählungen wird deutlich, dass er neben den zahlreichen Kontakten, die Leipzig als Geburts- und Wohnort und die Ehrenämter mit sich bringen, auch sehr offen dafür ist, mit ihm noch unbekannt Menschen im Stadtviertel zu sprechen und sie für seine politischen Überzeugungen zu gewinnen. Für ihn ist die fortwährende Auseinandersetzung mit den Menschen in seinem Stadtteil, insbesondere das beständige Anbieten der Dialogbereitschaft eine Möglichkeit, um vor Ort wirksam zu sein. Er berichtet mir, dass in seinem Stadtviertel einige Menschen leben, die er als anfällig für rechte Stimmungsmache bezeichnet. Er möchte sie so gut es geht vom Gegenteile überzeugen. Auch wenn es manchmal »nervt« (Interview Ramon Breitenbach 03.03.16). Er begründet sein Engagement in der Stadtteilgruppe wie folgt:

»Erstens ist es in meinem Stadtbezirk, deswegen sollte man dahingehen, um das von der Seite zu erfahren und zum anderen: es wird der Dialog mit der Bevölkerung gesucht und auch gefunden. So auch privat, denn das ist eine Möglichkeit, wie man den Leuten erklären kann, was richtig ist und was falsch ist, was Gerüchte sind, wie es tatsächlich ist mit den Flüchtlingen, wie viele kommen, warum und wo kommen sie her. Und – ja auch: Was ist dran an den Gerüchten mit kriminellen Geflüchteten.« (Interview Ramon Breitenbach 03.03.16)

Ramon versteht sich als Übersetzer zwischen Politik und Gesellschaft. Er übernimmt Verantwortung dafür, dass die Menschen in »[s]einem« Stadtbezirk auf die »richtige« Art und Weise verstehen, was um sie herum passiert. Dies funktioniert seiner Meinung nach am besten »privat«, also über das Gespräch und damit über Beziehungsarbeit. Er nimmt eine Übersetzerrolle zwischen dem, was die Menschen als ›städtisch‹ oder ›staatlich‹ deuten und ihrer eigenen Wahrnehmung ein. Er baut »bridges between the life world of the population and the world of formal policy making« (Koster 2014: 56). Martijn Koster (2014) hat Schlüsselfiguren, Broker, in lokalen politischen Feldern untersucht.¹⁰ Er betrachtet »active citizens as political brokers who bridge the gap between the retreating state and its citizens«

10 Er bezieht sich auf eine niederländischen Studie über (dort sogenannte) »Connectors«. »Connectors can be compared with ›bilinguals‹; they have the ability to move in different networks, to build bridges between citizen groups on the one hand and policy makers or administrators on the other. They can ensure that people find the right persons, that two groups

(2014: 50). Das konkrete Beispiel für diese Lücke hier ist der Informationsfluss. Das was Ramon macht – Informationslücken ausgleichen – ergänzt die offiziellen Wege der Stadtverwaltung oder Medien. Ramon bietet sich an als Diskussionspartner an, um entweder die Lücken zu schließen oder auch um die Informationsflut bewältigen und einordnen zu können. Die Chancen von Schlüsselfiguren wie Ramon liegen darin, als jemand, der nicht dem formellen Politikfeld zugeordnet wird, diese Informationen auf eine andere Art und Weise zu vermitteln. Durch seine Eingebundenheit (»embeddedness«) in der »local community« (vgl. Thelen, Vettors, Benda-Beckmann 2018: 8) fließen Policies und Diskurse auch durch ihn als Übersetzer hindurch. Er teilt Wissen und Informationen in seinen Netzwerken. Als sein Netzwerk begreift er den gesamten Stadtbezirk, in dem er lebt und ehrenamtlicher Beirat ist. Meinem Verständnis nach gestaltet er dadurch die Assemblagen mit, deren Teil er ist.

3.2.3 Dilemma Nothilfe vs. langfristige Strukturen

Insbesondere in der Anfangsphase verstanden zahlreiche Freiwillige ihr Engagement als kurzfristige Unterstützung in einer der Notsituation, in der sie Geflüchteten helfen wollten. Früher oder später wurde jedoch auch die Dauer des Engagements thematisiert. Häufig wurden in diesem Zusammenhang Überlegungen und Überzeugungen über »Staat« und »Staatlichkeit« geäußert. Die Freiwilligen betonten, dass sie nicht langfristig Aufgaben leisten wollen, für die sie hauptamtliche Akteur*innen in der Verantwortung sahen. Neben der Begrenztheit individueller Ressourcen wie Zeit und Energie verdeutlicht dies auch, dass das eigene Engagement ambivalent betrachtet wurde: Gerade weil aufgrund der Notsituation kurzfristige Lösungen und spontanes Handeln nötig waren, wurden bewusst langfristige Ziele wie politische Veränderungen in den Hintergrund gestellt, weil das Engagement in dem Sektor an der momentanen Situation so schnell nichts hätte verändern können. Das praktische Handeln der Freiwilligen kann demnach auch als Kompromiss gedeutet werden, dem ein inneres Dilemma von langfristigem Handeln und kurzfristigem Helfen vorausgegangen ist.

Einige Freiwillige artikulierten dies deutlich, wie zum Beispiel der Verein Medinetz Leipzig e.V. Auf ihrer Internetseite der Gruppe ist ihr politischer Hintergrund nachzulesen, den sie auch auf Netzwerktreffen deutlich vertraten:

»Als Medinetz fordern wir einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und treten für ein Recht auf Rechte ein. Daher arbeiten wir mit anderen Organisationen

can cooperate in spite of their different backgrounds and cultures, and that people for whom »the government« seems far away may have »indirect« access to it« (Koster 2014: 56).

und Gruppen an politischen Initiativen zur Abschaffung der diskriminierenden Gesetzgebung [...]. Es ist nicht hinzunehmen und zu leisten, dass zivilgesellschaftliche Initiativen und Ärztinnen und Ärzte mit Hilfe von Spenden diese medizinische Versorgung tragen. Unsere praktische Arbeit ist keine Lösung, sondern ein notwendiges Provisorium in einer inakzeptablen Situation.« (Medinetz Leipzig 2020)

Kurzfristige Hilfe *und* aktiv politische Arbeit zu leisten war aufgrund zeitlicher und struktureller Kapazitäten vielen Engagierten nicht möglich. Als Lösung für das Problem spezialisierten sich die Engagierten, das heißt abhängig von der Konstitution innerhalb der Assemblagen wurden bestimmte Rollen in ihr eingenommen. Dies verdeutlicht die Immanenz der Prozesse in Assemblagen gegenüber einer gleichzeitigen Offenheit und Interdependenz gegenüber Prozessen von außerhalb. Aufgrund der Vielfalt von Akteur*innen in Leipzig war es mitunter eine pragmatische Entscheidung, sich auf seine eigenen Ressourcen zu besinnen. Sara Loewe ist Vertreterin einer Gruppe in Leipzig, die ehrenamtlich Rechtsberatung für Geflüchtete anbietet. Sie verdeutlichte mir im Gespräch:

»Wir verstehen uns als eine Beratungsgruppe. Wir bilden Studenten aus, wir machen ein Ausbildungsprogramm. Wir sehen uns jetzt nicht als politischer Hauptakteur. Dies ist nicht unsere Hauptaufgabe, aber natürlich unterstützen wir die hiesigen Gruppen, zum Beispiel durch unsere rechtliche Beratung [...]. Es gibt Akteure, die können halt besser Demonstrationen organisieren als wir, da müssen wir nicht auch der Hauptakteur sein. Das sehen wir nicht als unsere Hauptexpertise.« (Interview Sara Loewe 08.04.16)

›Politisch‹ oder ›apolitisch‹ aufzutreten kann, so wird hier deutlich, auch Gründe haben, die nicht in der politischen Überzeugung liegen, sondern in Ressourcenverwaltung und mit Blick auf die Ressourcen des Netzwerkes, in dem man sich befindet. Es ist bedeutsam, die Vielfalt der Initiativen in Leipzig auch unter diesem Gesichtspunkt und als bewusstes Abstecken der eigenen Handlungsräume zu betrachten. Seit 2012 gibt es beispielsweise den *Initiativkreis: Menschen.würdig* als relevante linke Stimme in Leipzig, die dafür sorgt, dass »Negativfolien« wie die Missstände in der Gemeinschaftsunterkunft Torgauer Straße publik werden (Interview Matthias Leisnig 21.09.16; vgl. Meding 2017: 95ff.). Menschen, die sich in Leipzig engagieren, denken darüber nach, wie sie ihre Gruppe ausrichten, denn sie wissen, dass ihnen je nach strategischer Ausrichtung Grenzen gesetzt sind und dass sie andere Zielgruppen erreichen. Gruppen wie der *Initiativkreis* beraten Geflüchtete in Leipzig *vor* der Unterkunft, andere Gruppen agieren in den Gebäuden und gehen daher einen anderen Weg. Dies ist ihnen möglich, weil sie wissen, dass es diese laute politische Stimme gibt und sie sich ihr gegebenenfalls anschließen können (vgl. Interview Sara Loewe 08.04.16). Dies verdeutlicht, dass die Entwicklun-

gen Assemblage-immanent sind, auch wenn sie auf äußere Faktoren reagieren. Es wird weiterhin sichtbar, dass die Handlungsräume nicht unbedingt gleichgesetzt werden sollten mit den Motiven des Handelns. Die Hintergründe des jeweiligen Handelns sind teilweise nur mit Blick auf die Gesamtkonstellation der Assemblage zu verstehen.

3.2.4 Transformation der Engagementform: Die Suche nach etwas, das *wirklich* hilft

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass es keine Linearität des Engagements gibt, die Start und Ende als lineare, logische Abfolge miteinander verbindet. Engagement ist vielmehr *Lernen* und *Suche* nach der richtigen Form und nach dem richtigen Ausdruck des Handelns. Wie eine Person ihr Engagement gestaltet, kann sich verändern. Wie eine Gruppe ihr Handeln eingrenzt, kann mit ihren Netzwerken zu tun haben. Dabei spielen individuelle und situationsbedingte Einschätzungen der Machbarkeit und Wirksamkeit der jeweiligen Engagementform eine entscheidende Rolle. Wenn das Ziel war, etwas zu verändern und somit wirksam zu sein, war mitunter unklar, *wie* dieses Ziel zu erreichen ist. Sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen experimentierten mit Handlungsformen und reflektierten sie in diesem Improvisationsprozess. Gerade das Handeln in nicht vorgegebenen Strukturen und die Dynamik des asylopolitischen Feldes öffnete neue Möglichkeiten, die auch Unklarheit und Unsicherheit mit sich brachten.

Kurt Wittner ist Mitglied der Stadtteilgruppe. Er ist Leipziger, in dem Viertel aufgewachsen, in dem er heute im Bürgerverein und Ortsverein einer Partei aktiv ist, »kurz vor der Ecke, wo jetzt eben die Erstaufnahmeeinrichtung ist« (Interview Kurt Wittner 10.03.2016). Nach seiner Studienzeit in Halle lebte und arbeitete er die meiste Zeit in Leipzig. Insofern hat man da »natürlich auch einen gewissen Bezug dazu« erzählt er mir bei unserem Interview-Termin am 10.03.2016. Sein Engagement in dieser Gruppe sowie auch im Ortsverein einer Partei ist geprägt von einem Ringen um Anerkennung und Aufmerksamkeit, was sich für ihn vor allem in sinkenden Mitgliederzahlen, der Schwierigkeit, *wirklich* etwas zu erreichen und der fehlenden aktiven Mitwirkungsmöglichkeiten zeigt. Für ihn hängt das mit den Strukturen »im Osten« zusammen, in denen Vereinsmitgliedschaften, Engagement in Gewerkschaften und Kirchgemeinden nicht so stark gewachsen und vernetzt sind wie im »Westen«:

»Du bist im Prinzip ohnmächtig und das ist auch so eine Sicht und das ist auch so eine Erfahrung. Du bist, egal wo du dich engagierst, du bist im Osten mit den sehr schwach ausgeprägten, gesellschaftlichen Strukturen, und letztlich mit den immer noch viel zu wenig Menschen, die sich engagieren, wo auch immer mit den viel zu schwachen, politischen Strukturen gegenüber der Verwaltung völlig

hilflos. Ich bin überzeugt, dass das in Westdeutschland anders läuft. Mit stärkeren Kirchengemeinden, mit stärkeren Gewerkschaften, auch mit stärkeren Parteien mit mehr Mitgliedern. Dass es nicht ganz so ein Ungleichgewicht ist wie bei uns. Du kannst nur hoffen, dass die Verwaltungsleute gut gesonnen sind. In Leipzig kann man das ja bei vielen unterstellen, aber wenn das jetzt auch nicht gegeben wäre [atmet schwer aus].« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Kurt Wittner deutet das von ihm als zu gering eingeschätzte politische Engagement in den »politischen Strukturen« und anderen formellen Engagementformen wie Kirche oder Gewerkschaften als eine Erscheinung, die sich auf »den Osten« bezieht (zum Engagement im »Osten« siehe Kapitel 4.1.1). Eine weitere Schwierigkeit besteht für die Stadtteilgruppe darin, dass sie mittlerweile umgeben ist von einigen weiteren Initiativen, die sich in der Art und Weise, »politisch« zu sein, unterscheiden. Freiwillige haben also im Viertel die Wahl, wohin sie gehen. Kurt skizziert die unterschiedlichen Anforderungen, die an die Gruppe gestellt werden:

»Die einen laufen weg, weil sie sagen: ›Nun macht endlich mal eine Demo und beteiligt euch.‹ Auch, wenn dann da letztendlich nur 15 Leute kommen und man Gefahr läuft, sich lächerlich zu machen. Und die anderen sagen [zur Musik auf der Demo]: ›Diese militante, aufhetzerische Musik von denen aus dem Lautsprecher und dieses Militante und so.‹ Also, das ist ganz schwer das beisammenzuhalten und da wäre es wirklich gut, wenn man wirklich das Gefühl hätte für die Gruppe: da ist etwas Konkretes passiert.« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Dieses vergrößerte Angebot an Möglichkeiten des Engagements, das im Forschungszeitraum entstanden war, führte auch in diesem Stadtteil zu einer größeren Fluktuation der Mitglieder. Diese Entwicklung scheint Kurt sehr zu beschäftigen. Er erörtert in unserem Gespräch, womit es zusammenhängen könnte, dass die Stadtteilgruppe Mitglieder verliert. Dabei wird deutlich, was ihm selbst in der Gruppe fehlt und wonach er sucht:

»Wir bräuchten halt tatsächlich wirklich mal einen Punkt, wo wir sagen: ›Wir haben jetzt konkret etwas getan.‹ Nicht nur irgendwo ein Statement verfasst oder einen Stand gemacht. Wobei das ja auch wichtig ist, in die Bevölkerung hineinzuwirken, um dort ein bisschen die Stimmung zu verbessern. [...] Wir bräuchten wirklich etwas, wo wir sagen können, wir haben nicht nur ein politisches Statement abgegeben, sondern jetzt haben wirklich etwas Konkretes für Flüchtlinge getan. So, was zustande gebracht. Also sowas wie, die paar hundert Euro, die wir seit ein paar Monaten haben, eben wirklich etwas Konkretes damit getan. Eben Außenspielgeräte [vor der Unterkunft], wo man wirklich sagen kann: ›So, das haben wir jetzt bewirkt. So, das hilft konkret.‹ Wo die Leute dann ein gutes Gefühl haben, quasi. Wir drehen uns nicht nur im Kreis.« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Kurt reflektiert die Handlungsstrategien der Gruppe kritisch. »[W]irklich etwas Konkretes für Flüchtlinge« haben sie noch nicht getan bis auf die Außenspielgeräte, für die sie sich einsetzen. Er stellt sich vor, dass das etwas wäre »wo die Leute dann ein gutes Gefühl haben« und wo er und die Gruppe sich »nicht nur im Kreis« drehen. Er ist unzufrieden mit dem Engagement, das sie leisten. Ihm fehlt das Gefühl, etwas geschafft zu haben. Dies wäre auch bedeutsam, so meint er, um mehr Mitglieder dabei zu behalten oder zu gewinnen. Die eingeübten Aktionen der Gruppe werden von ihm in ihrer Wirksamkeit anders bewertet. Er zielt auf andere Partizipationsformen ab, weil die formellen – wie politische Statements oder Infostände – nicht die Adressaten seines Engagements erreichen. Hier wird deutlich, dass formelle Partizipationsformen von Engagierten nicht als die zielbringende Möglichkeit gesehen werden, Einfluss zu nehmen. Einfluss bezieht sich hier auf die konkrete Situation Geflüchteter, die für Kurt in dieser Situation im Vordergrund steht.

Auch Anne Thieme, die in einem anderen Stadtteil lebt, beschreibt diesen Prozess des Wechsels zwischen verschiedenen Formen von Engagement. Ich kenne Anne über eine gemeinsame Freundin schon länger. Sie ist eine 35-jährige Frau, die ihre Tochter größtenteils allein erzieht und in der Kirchgemeinde aktiv ist. Da sie außerdem voll berufstätig ist, ist sie zeitlich stark eingebunden. Seit Januar 2015, also von Beginn an, nahm sie bei den *NoLegida*-Protesten in Leipzig teil. Den einzigen Abend der Woche, an dem ihre Tochter beim Vater des Kindes war, den Montag, nutzte sie fast jedes Mal, um auf die Demo zu gehen. Wir sprachen im Dezember 2015 miteinander, da waren *Legida* und *NoLegida* fast ein Jahr alt. Anfang Dezember 2015 hatte sie außerdem begonnen, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung in ihrem Stadtteil zu engagieren. Sie unterstützte dort die Versorgung der Geflüchteten, zum Beispiel bei der Sachspendenausgabe. Zu den Beweggründen erzählt sie Folgendes:

»Klar, ich find das immer noch wichtig zu *NoLegida* zu gehen und dieses Politische und da Gesicht zu zeigen, aber ich hatte dann irgendwann mal das Gefühl, ich muss mal was anderes machen. Etwas, das auch weitergeht, was halt nicht irgendwie nur Protest ist, sondern wo man wirklich auch mal was macht, und das habe ich ewig lange nicht hingekriegt mal irgendwie mich zu engagieren. Ich hatte mir schon im August mein *Erweitertes Führungszeugnis* geholt, weil ich das ja brauchte. Ich wollte eigentlich die ganze Zeit anfangen, hab aber nie so richtig den Anfang geschafft. Dann war ich noch zur Kur mit Marie, Marie hatte Eingewöhnung im Kindergarten, dann ist das dazwischengekommen und jetzt habe ich mich dann in dieser neuen Erstaufnahmeeinrichtung gleich um die Ecke angemeldet.« (Interview Anne Thieme 17.12.15)

Für Anne bedeutet das Engagement in der Erstaufnahmeeinrichtung »etwas, das auch weitergeht, was halt nicht irgendwie nur Protest ist«. Für Anne ist die Mit-

arbeit in der Erstaufnahmeeinrichtung so etwas. Wie bei Kurt wird deutlich, dass der Anspruch und der Wunsch, ›das Richtige‹ zu tun, handlungsleitend sind. ›Das Richtige‹ und sinngebend sind dabei die Handlungen, durch die etwas konkret verändert wird.¹¹ Diese Beschreibungen stellen erneut die in Definitionen von Engagement unterstellte Linearität und Fixiertheit von konkreten Handlungsformen des Engagements in Frage. Während dies oftmals entlang von ›politisch‹ und ›apolitisch‹ kodiert wird, bleiben andere Interpretationen von Handlungsmotiven unerwähnt, die in den empirischen Beispielen deutlich werden. Diese sind zum Beispiel die Sinnsuche, der Wunsch nach Wirksamkeit und das Lernen, welche Wege dafür geeignet sind.

In den Fällen von Kurt und Anne wurde auch die räumliche Nähe zwischen Wohnort und dem Ort des Engagements deutlich. Ihre Überlegungen, wie sie wirksam sein können beziehen sich unter anderem darauf. Bei Anne ermöglichte zum Beispiel erst die räumliche Nähe, dass sie die knappe Zeit, die ihr für Engagement zur Verfügung steht, nutzbar machen konnte. Sie sieht sich dadurch auch in der Lage, Geflüchteten das Viertel zu zeigen, sie weiß wo Spielplätze sind und wo es Angebote für Familien gibt. In der Umgebung von Unterkünften entstand häufig aus solchen Gründen ein »individuelles Netzwerk von Hilfsbeziehungen [...], das stark in den jeweiligen Sozialräumen der GU's verankert ist« (Glorius 2017: 18). Ich deutete dies als Zeichen der Mitgestaltung der sozialen Räume und dem Wunsch, dass Geflüchtete *Mitglieder* darin werden. Dies betont die Bedeutung, die das »eigene« Stadtviertel für die Menschen hat. Vor Ort sind sie »Professionelle« für relevante Themen des praktischen Alltags. Auch Anne und Kurt sind dahingehend vermittelnde Schlüsselfiguren in ihren Stadtteilen, weil sie die Brücken bauen (wollen), die es braucht, um Teilhabe zu ermöglichen.

3.2.5 Humanitäre Hilfe: Die Bedeutung ›apolitischer‹ Engagementformen

Im Kontext der Hilfe für Geflüchtete 2015/2016 wurden immer wieder auch humanitäre Handlungsmotive der Engagierten diskutiert. Mit den Flucht migrations-Bewegungen 2015/2016 ist eine Situation entstanden, in der »direct action« (Calhoun 2013: 52) als Antwort auf eine Notsituation, wie sie das klassische Einsatzgebiet humanitärer Handlungen ist, vermehrt aufgetreten ist. Diese Formen der Hilfe wurden in der wissenschaftlichen Analyse dem als ›politisch‹ kodiertem aktivistischem Engagement gegenübergestellt, wie ich im weiteren Verlauf des Kapitels darstellen und diskutieren werde.

Wie die folgenden Ausführungen des Ehrenamtskoordinators Hans Wieler verdeutlichen, war die Art der Hilfeleistung und die Perspektive der Helfenden in der

11 Kurz vor Fertigstellung dieser Arbeit habe ich erfahren, dass Anne jetzt Stadtbezirksbeirätin ist.

Praxis ein relevantes Thema. Mit Hans Wieler, dem ich in meiner Feldforschung immer wieder bei Vereinstreffen, Initiativkreisen, Konferenzen oder Netzwerktreffen begegnete, führte ich am 13.01.16 ein Interview über seine Aufgaben als Ehrenamtskoordinator (vgl. Kapitel 4.3.1). Zu ihm kommen sehr häufig Menschen, die noch gar nicht ehrenamtlich aktiv waren oder/und noch keinen Kontakt zu Geflüchteten hatten. Er schildert, dass er in den Gesprächen mit den Ehrenamtsinteressierten auf Vorstellungen der Hilfeleistung stieß, die ihm unpassend erschienen:

»Manchmal ist es auch wichtig, Ehrenamtlichen die Perspektive zu öffnen, dass die Menschen, die hierherkommen, nicht alle *hilfsbedürftig*, also in dem Sinne ich muss denen jetzt *helfen*, hier zurecht zu kommen. Viele können sich wohl sehr gut organisieren. Ich kann da jetzt nicht das Zahlenverhältnis sagen, aber ich meine, sie sind bis *hierhergekommen* [...]. Ich glaube es ist wichtig da immer hinzugucken und zu sagen: Wir wollen jetzt nicht immer die *Helferperspektive* einnehmen, sondern auch einfach gucken, was kann für uns *gegenseitig* interessant sein.« (Interview Hans Wieler 13.01.16)

Die Ausführungen von Hans Wieler verdeutlichen, dass er als Ehrenamtskoordinator an dieser Stelle versucht hat, zu vermitteln und zu steuern. Mit Martin Ganske, Hans Wielers Kollegen, sprach ich darüber, wie er damit umgeht, wenn er hört, dass Ehrenamtliche sich über kulturelle Differenzen zu Geflüchteten austauschen und dabei recht homogenisierend argumentieren.¹² Er sagte, dass er nicht eingreife, »wenn er keinen rassistischen Hintergrund« darin sehe (Interview 07.09.16). Auch von verschiedenen anderen Stellen habe ich die Strategie vernommen, dass man den Freiwilligen ihr Lernfeld lassen will. Beispielsweise wolle man nicht jedes Mal korrigieren, wenn Freiwillige das Wort »Flüchtlinge« statt »Geflüchtete« sagen, um ihren guten Willen, also ihr Hilfsangebot, anzuerkennen. Es wurde teilweise sehr geduldig versucht, jeden Freiwilligen in einer für alle passenden Form zu beschäftigen (vgl. Kapitel 4.2.1; 5.1 und 6.2). So wurden manche Personen eher für die Umzugshilfe eingesetzt als für eine Patenschaft, in der sie viel Zeit allein mit Geflüchteten verbringen würden. Freiwillige sind auch zu einer Ressource geworden, die dringend benötigt wird. Hier wird die wesentliche Rolle der Ehrenamtskoordinator*innen deutlich. Im Idealfall konnten sie als eine Art Supervisor*innen die Freiwilligen in ihren Lernprozessen begleiten. Dies verdeutlicht noch einmal, dass das Engagement ein individuelles Lernfeld ist. Auch im Feld wurde immer wieder betont, dass freiwilliges Engagement hauptamtliche Begleitung finden muss, wenn es sie braucht. Die Beispiele zeugen von der Neuheit des Kontaktes von Menschen in Leipzig zu Geflüchteten. Die angesprochenen Perspektiven auf Hilfe hängen mit den Bildern zusammen, die man in der westlichen Welt von Geflüchteten in der

12 Anlass war ein Gruppentreffen, bei dem wir beide zugegen war. Ich als Teilnehmerin, er als Koordinator.

Ferne bisher vor allem aus dem Fernsehen kannte.¹³ Durch die Nähe und die nun gegebene Möglichkeit und Dringlichkeit der praktischen Hilfe vor Ort ergibt sich eine andere Grundsituation als in zahlreichen Forschungen zu humanitärer Hilfe in anderen Ländern.

Der Soziologe Craig Calhoun beschreibt das Bild des Asylsuchenden als *den* Prototypen des Leids in der Ferne (2013: 33), welches u. a. auch benutzt wird um humanitäre Hilfe – für Fremde – zu erwirken. Was Calhoun beschreibt, bezieht sich auf humanitäre Hilfsaktionen, die sich auf Mitleid mit Menschen in der Ferne beziehen und so den Opfer-Diskurs reproduzieren. Sophie Hinger und Philipp Schäfer (2019: 71) erkennen solche Dynamiken auch in Leipzig. Für Hinger und Schäfer sind die starken Reaktionen auf Geflüchtete in der Bevölkerung verankert in der Konstruktion der Unterbringung als Notfall und als »Krise«. In einem solchen Krisendiskurs würden die Asylsuchenden entweder als Opfer oder als Bedrohung konstruiert (ebd.: 71), wodurch Bewegungen für oder gegen Asylsuchende entstünden. Meine Beobachtungen im Feld lassen mich daran zweifeln. Ich denke, dass das Engagement der Menschen aufgrund der Nähe und der Verdichtung der Ereignisse in der »eigenen« Stadt differenzierter betrachtet werden muss. Es handelt sich nicht nur um eine Reaktion auf einen Opferdiskurs. Es geht dabei auch darum, in welcher Stadt die Menschen leben wollen und wie sie mit den Ereignissen in ihrer Stadt umgehen wollen, wie sie sich in ihrer Nachbarschaft und gegenüber Familien, Kindern und Freunden verhalten und welche Erfahrungen sie bisher gemacht haben. Gerade in Leipzig beobachtete ich eine starke Überzeugung, sich vor allem rechtem Gedankengut in der Stadt aktiv widersetzen zu wollen. Wie ich bisher anhand der empirischen Beispiele aufgezeigt habe, sagen diese Anknüpfungspunkte und die Unmittelbarkeit der Geschehnisse viel über grundsätzliche Motivationen des Beginns des Engagements aus und müssen dementsprechend beim Kontextualisieren von Diskursen über humanitäre Hilfe berücksichtigt werden.

3.2.6 Gruppendynamiken

Ebenso wie das individuelle Engagement ein Prozess des Lernens und Suchens ist, befinden sich auch Organisationen von Freiwilligen in einem solchen stetigen

13 Weiterführend zu dieser Gleichzeitigkeit: Arjun Appadurai in »Vom Risiko des Dialogs« (2011: 25f.): »Wir leben in einer Welt, in der wir einander gleichzeitig zu nahe und zu fern sind [...]. Wir sind einander zu nahe, weil jemand, der gestern noch ein Fremder war, heute schon unser neuer Nachbar sein kann [...]. [A]ndererseits stumpft eben diese tägliche Überschwemmung mit Fotos, Fernsehbildern und Berichten vom Leid in fernen Gegenden unser ethisches Bewusstsein ab und erzeugt auch in unserem Denken eine Art moralische Apartheid.« Auch Ulrich Beck skizziert, wie »Globalität und Allbetroffenheit« eher verdrängt werden, weil sie so schwer zu fassen sind (1986: 65).

Wandlungsprozess. Als Teil einer Assemblage sind sie mit Assemblage-immanenten Prozessen verwoben, wie ich am Beispiel von Kurt Wittners Beschreibungen deutlich gemacht habe (vgl. Kapitel 3.2.4). Die Differenzierung asylpolitischer Initiativen ermöglichte 2015 und 2016 eine verstärkte Wanderungsbewegung unter den Initiativen, wie ich es beispielhaft in Bezug auf die Stadtteilgruppe beschrieben habe. Die Fluktuation der Mitgliedschaft führt auch zu einer Veränderung der Dynamiken innerhalb der Gruppe. Ich beobachtete häufig im Feld, dass die Suche nach einem individuell geeigneten Engagement, sei es strukturell oder inhaltlich, zu Veränderungen und Fluktuationen der Mitgliedschaften in Organisationen führte. Nicht nur inhaltliche Aspekte des Engagements bestimmen dabei, wer sich wo mit wem engagiert, sondern auch persönliche Netzwerke, die schon zuvor existierten oder sich während des Engagements entwickelten.

Im Forschungszeitraum ging ich zweimal mit einer Gruppe Freiwilliger zusammen in eine Gemeinschaftsunterkunft um einen Nachmittag lang mit den Kindern, die dort wohnten, zu spielen. Die Freiwilligen waren alle Studentinnen, die sich schon vorher kannten. Ihre Bekanntschaft war der Anknüpfungspunkt zum Engagement.¹⁴ So auch für Elisa. Ich fragte sie an einem der Spielnachmittage, wie sie zu diesem Engagement gekommen sei und sie sagte »Cora hat mir davon erzählt und Fotos von den Kindern gezeigt und sie sind ja auch alle so süß!« Die Whats-App-Bilder der Studentinnen zeigten sie mit kleinen Kindern aus der Unterkunft, in der Orga-Gruppe wurden regelmäßig Fotos gesendet, die sie spielend und kuschelnd mit den Kindern zeigten. Im Kontakt mit den Kindern dominierte die Freude darüber, wie süß die Kinder sind und auch eine Lust darauf, mit ihnen Arabisch sprechen zu können. Dieses Beispiel verdeutlicht zum einen die Bedeutung von bestehenden sozialen Netzwerken als Zugang zum Engagement. Zum anderen zeigt es, dass die Tätigkeit selbst nicht unbedingt etwas über die Motive der Handlung aussagt, denn andere Gruppen, die die Unterkunft besuchten, verbanden andere Ziele und Netzwerke mit ihrem Engagement. Aus welchen Gründen Menschen die Handlungen ausführen und was sie selbst daraus ziehen, wird erst sichtbar durch einen Blick auf die involvierten Netzwerke und die individuellen Engagementbiografien der beteiligten Personen. Bedeutsam ist, dass alle Gruppen durch ihr Engagement dazu beitrugen, die große räumliche Distanz von der Unterkunft am Stadtrand durch ihre Formen der Kontaktaufnahme zumindest

14 Eine weitere Dynamik war, dass Freundschaften durch das Engagement entstanden, wie auch Ove Sutter beschreibt: »People would meet at private events, such as birthday parties, and talk to one another about personal issues, such as problems at work or in their families. These personal connections can be understood – following Lawrence Grossberg – as ›structures of affective alliances‹, in which affective relationships had become linked with civic political engagement« (2017: 20).

etwas zu mindern. Sie alle trugen dazu bei, die abschottenden Dynamiken zu mindern, die durch lange bestehende Infrastrukturen, wie diese Unterkunft am Rande der Stadt, materialisiert sind. Daher nehmen alle diese Handlungen Einfluss auf die asylopolitische Assemblage Leipzigs, vielleicht nicht unbedingt expressiv, aber in einer materiellen Art, nämlich mindestens durch ihre Anwesenheit.

3.3 Kategorisierungen des Engagements in der Fluchtforschung

Die Verortung *des Politischen* im Engagement für Geflüchtete – zwischen Nothilfe und langfristigen Lösungen – ist aufgrund seiner neuen Heterogenität bei gewachsener politischer Relevanz ambivalent. Der Frage, ob eine Gruppe oder eine Person, ›politisch‹ agieren oder ob sie ›nur helfen‹ wollen wurde in der neueren Fluchtforschung viel Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurde davon ausgegangen, dass ›politisch‹ und ›nur helfen‹ ein Unterschied ist.

Der Befund meines empirischen Materials sagt nun – über die Feststellung der Heterogenität hinausgehend – dass Freiwillige sich aus den unterschiedlichsten Gründen als ›politisch‹ verorten, bzw. politisch aktiv werden – oder auch nicht. Dabei spielen auch temporale Aspekte wie Kurzfristigkeit (Dringlichkeit) oder Langfristigkeit (Beständigkeit) der Aktionen eine Rolle für die Selbstzuschreibungen der Akteur*innen. Dies können, wie ich gezeigt habe, auch taktische Strategien sein, um Netzwerke offen zu halten oder Ressourcen zu sparen. Auf der individuellen Ebene der Freiwilligen bedeutet diese unterschiedliche Ausprägung des Engagements auch eine Positionierung innerhalb der Assemblage, eine Positionierung gegenüber anderen Elementen, wie anderen Gruppen oder politischen Akteur*innen oder Policies. Sich selbst als ›politisch‹ oder ›apolitisch‹ zu bezeichnen, kann demnach bedeuten, eigene Ressourcen gezielt einzusetzen oder persönliche Interessen und Fähigkeiten einzubringen, das heißt sie *produktiv* zu machen (vgl. DeLanda 2006: 10; vgl. ebd. 2016: 12). Sich als ›politisch‹ oder ›apolitisch‹ zu begreifen ist also nichts, was faktisch belegbar ist, es ist keine Eigenschaft, sondern eine *Kapazität* von Elementen der Assemblagen, womit hier die Freiwilligen in ihren Handlungen gemeint sind (vgl. ebd. 2006: 10; vgl. ebd. 2016:12). Folglich können ›politisch‹ und ›apolitisch‹ als Kodierungen angesehen werden, die einem bestimmten Zwecke dienen, nämlich politische Felder und Zugehörigkeiten zu markieren und Grenzen zu ziehen (vgl. »territorialisation« bei DeLanda 2006: 13; vgl. ebd. 2016: 22). Dabei wurde die Widersprüchlichkeit der Abtrennung von als sozial oder humanitär markiertem Handeln von politischen Feldern deutlich sichtbar. Speth und Becker (2016: 37f.) verdeutlichen, dass bestehende Diskussionen um das »Verhältnis der sozialen und politischen Seite der Bürgergesellschaft« in der Geflüchtetenhilfe einen Kristallisationsort gefunden haben.

Ich sehe die Unterteilung der Handlungen von Freiwilligen in ›politisch‹ oder ›apolitisch‹ als einen Versuch an, diese zu kodieren und zu kategorisieren, wodurch sie einem bestimmten Feld zugeordnet werden sollen. Die evaluierte Heterogenität des Engagements hingegen macht deutlich, dass unabhängig von dieser konstruierten Dichotomie in der Praxis ganz unterschiedliche Anknüpfungspunkte des Engagements genutzt werden. Daher hinterfrage ich in diesem letzten Teil des Kapitels die Kodierung des Engagements als ›apolitisch‹. Ich diskutiere die fehlende Selbstzuschreibung politischer Handlungen nicht als tatsächlich ›apolitische‹ Handlungen, sondern als sichtbares Zeichen einer fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung gegenüber der politischen Bedeutung des Engagements. Im Folgenden möchte ich dies entlang der als gegensätzlich konstruierten und dennoch gleichzeitig stattfindenden Prozesse der ›Entpolitisierung‹ sowie der ›Politisierung‹ des Engagements darstellen.

3.3.1 Entpolitisierung des Engagements?

Insbesondere die Formen des Engagements, die durch eine Kurzfristigkeit, Spontaneität und Nothilfe charakterisiert waren, wurden als Hinweise interpretiert, dass das Engagement für Geflüchtete sich entpolitisiere, das heißt, weniger mit politischen Zielsetzungen und Forderungen verknüpft sei. Für entpolitisiertes Handeln im Forschungszeitraum sprechen dabei Beobachtungen, dass Freiwillige »nur helfen« wollen (vgl. Steinhilper und Fleischmann 2016: 60ff.) sowie Umfragen, laut derer Engagierte kein Interesse an politischen Handlungen äußerten. Als Beleg dafür gelten zum Beispiel Aussagen der Freiwilligen über Fragen nach Bleiberechtsregelungen und der Asylpolitik der Bundesregierung, die in solchen Umfragen erfasst wurden (vgl. Karakayali und Kleist 2016: 33). Dieses Vorgehen sehe ich aus zweierlei Gründen kritisch, die ich kurz benenne und dann genauer darauf eingehen: Erstens ist zu hinterfragen, inwieweit politische Motivationen abgefragt werden können und welche Bedeutung die Benennung als solches hat. Zweitens ist im Forschungszeitraum durch die Dringlichkeit ein großer Bedarf an »direct action« (Calhoun 2013: 52) entstanden, was klassischerweise die Grundlage humanitärer Handlungen ist. »Nur helfen« war nicht *nur* helfen, sondern erheblich für die Versorgung von Geflüchteten, wie ich anhand des freiwilligen Engagements in der Ernst-Grube-Halle aufgezeigt habe (vgl. Kapitel 2).

Zunächst zum ersten Punkt: Als Beispiel betrachte ich eine Studie von Cornelia Bauer (2018). Die auf sechs Interviews begrenzte qualitative Studie im Ruhrgebiet zeigt die Grenzen individueller Einschätzungen in Bezug auf die Selbstzuschreibungen freiwilligen Engagements auf. Bauer fand heraus, dass die Eigenbeschreibung des Engagements und der Abgleich mit der Definition politischer Partizipation von Max Kaase nicht unbedingt in jedem Fall zusammenpassen, da die befragten Freiwilligen zum Beispiel ihr Handeln auch dann als politisch ein-

schätzten, wenn es das laut angewendeter Definition nicht ist (Bauer 2018: 117ff.). Wie Bauer betont (ebd.: 113) ist es durch qualitative Forschung möglich, aufzuzeigen, dass für die Engagierten selbst Mischformen von sozialem und politischem Engagement denk- und machbar sind. Dies bestätigen auch meine empirischen Befunde. Die quantitative Abfrage von Motiven kann durch deren Mischformen und Wandelbarkeit keine definitorische Grundlage für die Beurteilung politischer Partizipation sein, da das Politische selbst darin wohl sehr verschieden interpretiert werden würde. Freiwillige agieren, so stellen auch Larissa Fleischmann und Elias Steinhilper fest, durchaus »politisch, ohne es zu wollen oder werden politisch, ohne es zu merken« (2016: 70).

»Die Einordnung des [individuellen] Engagements ist also stark von den angewandten Definitionen von sozialem und politischem Engagement, der Motivation und dem Konfliktbezug abhängig. Die Geflüchtetenhilfe kann als Beispiel für die Grenzen der analytischen Zweiteilung dienen.« (Bauer 2018: 120)

Bauers Forschung reiht sich ein in die in der neueren Flüchtlingsforschung unumstrittene Feststellung, dass sich Freiwillige *durch* die Hilfe für Geflüchtete politisiert haben (vgl. Karakayali 2017; vgl. Ataç 2017; vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016; vgl. Schiffauer 2017; vgl. Kapitel 3.3.2). Ihre Analysen bestätigen meine These, dass »politisch« oder »apolitisch« Kodierungen sind, die explizit oder implizit verwendet werden können oder auch nicht.

Als zweiten Punkt möchte ich die Bedeutung von »apolitischen« Handlungen im zeitlichen Kontext des Analysezeitraumes betrachten. Die Begriffe »humanitär« und »karitativ« wurden zum Beispiel als »humanitär-karitatives Dispositiv« als Anzeiger für »apolitische« Handlungen gedeutet, die im Kontext der politischen Relevanz dieses Feldes kritisch hinterfragt wurden (vgl. Steinhilper und Fleischmann 2016: 62). Dabei gibt es einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu klassischem humanitärem und karitativem Handeln, die für das Verständnis des Engagements in Deutschland 2015/2016 erkenntnisreich sein können, so sie denn differenziert übertragen werden. Als erstes ist zu unterscheiden, dass sich humanitäre Handlungen auf das Leid in der Ferne beziehen (vgl. Calhoun 2013: 33). Humanitäre Hilfe bezieht sich meist auf Fremde. Die Grenzen der Übertragbarkeit habe ich in Kapitel 3.2.5 deutlich gemacht. Hier beziehe ich mich auf einen im Feld der humanitären Hilfe beschriebenen Diskurs über die Neutralität der Handlungen. Was Calhoun über karitative Arbeit schreibt, ist gerade ein zentraler innerer Konflikt zahlreicher Freiwilliger: »Charity is typically seen as a moral way to relate to people who suffer, but not necessarily as a way to end suffering« (2013: 35). An der Frage der politischen Neutralität – also ob man nur helfen will oder die Grundsituation verändern möchte – entzweiten sich dann »humanitarian action« und »human rights activism« in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (ebd.: 37). In diesem Spannungsfeld bewegen sich alle Engagierten: Zu entscheiden, welchen Stellenwert die

direkte Hilfe und welcher die Arbeit an der Grundsituation hat. Dabei kann Teil der Entscheidung sein, sich auf die Soforthilfe zu konzentrieren, weil man die Situation der Geflüchteten im Jetzt als veränderbar hält und nicht die Grundsituation (vgl. die Ausführungen meiner Interviewpartnerin Anne, Kapitel 3.2.4). Dass dies auch ›politisch‹ sein kann, wird deutlich, wenn man einen weiteren Ursprungsgedanken religiöser karitativer Arbeit betrachtet: »Witnessing« (Calhoun 2013: 36), das Bezeugen des Leids durch seine Anwesenheit. »This meant being in solidarity with those who suffered, even when their suffering could not be ended [...]. Witnessing also meant helping to make suffering manifest to the world.« (ebd.: 36) Dies wurde beispielsweise in den Bestrebungen des *Initiativkreis: Menschen.würdig* deutlich, der es als Teil seiner politischen Arbeit begreift, die Lebensumstände in den Gemeinschaftsunterkünften immer wieder publik zu machen. Auch für mein Engagement in der Gemeinschaftsunterkunft war »Witnessing« einer der Gründe, die dafürsprachen, das Engagement nicht aufzugeben.

Wie sowohl Larissa Fleischmann (2019: 65) als auch Jens Adam (2018: 306) betonen, gibt es diese Differenz zwischen humanitärer Hilfe und Politik in der Praxis gar nicht, weswegen das Phänomen der ›apolitischen‹ Selbstbeschreibung ihrer Meinung nach besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Ein Humanitarismus, der störungsfrei von politischen und kulturellen Einflüssen des jeweiligen Ortes ist (vgl. Adam 2018: 311), existiert nicht. Adam beschreibt, dass »etwa seit den 1970er Jahren« humanitäre Einsatzfelder »an politischer Relevanz gewonnen« (ebd.: 312) haben. Fassin und Pandolfi zeigten auf, wie auch militärische Interventionen zunehmend als Beantwortung humanitärer Notfälle gerechtfertigt wurden (2013: 10). Adam stellt klar, dass »die Hoffnung auf eine ›apolitische Insel‹ (des Humanitarismus)« angesichts der politischen Eingebundenheit humanitären Handelns als »eine naive Illusion« erscheint (Adam 2018: 313). Er schlussfolgert außerdem, dass ein solches »politisch-moralisches Projekt der Sorge um das Leiden der ›Anderen‹ [...] (post)koloniale Asymmetrien [...] reproduziert« (Adam 2018: 313), das heißt, konstituierende Hierarchien darin nicht mehr hinterfragt würden. Das Problem, dass sowohl Adam als auch Fleischmann in dieser Kodierung ›apolitischer‹ Handlungen sehen, liegt in der Annahme begründet, dass sie so leichter durch Machtstrukturen instrumentalisiert werden können. Auch die Erzeugung eines »Krisendiskurses« sowie die Etablierung einer *Willkommenskultur* als diskursive Antwort der Gesellschaft darauf müssen als konstruiertes und konstruierende Kodierungen, bzw. Policies gelesen und hinterfragt werden (vgl. van Dyk und Misbach 2016: 209; vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016: 63ff.).

So relevant die Betonung ist, dass es keine »apolitischen Inseln« gibt, so unklar bleibt in diesen Ausführungen jedoch die Urheberschaft dieses Anspruchs auf ›apolitische‹ Handlungen. Ich lese aus den Analysen heraus, dass die Freiwilligen selbst ein ›apolitisches‹ Feld im Politischen durch ihre »naive Illusion« (Adam 2018: 313) des Helfens außerhalb einer politischen Sphäre reproduzierten, wohin-

gegen es diese Differenzierung gar nicht gebe. Mein Argument ist jedoch, dass es zwar diese Grenzziehung politischer Felder in der Praxis nicht gibt, weswegen die Handlungen nicht losgelöst davon analysiert werden können, dass es hingegen aber die Kodierungen ›politisch‹ und ›apolitisch‹ gibt, welche innerhalb der Assemblage als Grenzziehungsprozesse fungieren: Einerseits für Engagierte um sich mit anderen Gruppen im Feld die Einsatzgebiete zu teilen, andererseits aber auch, um die Handlungen der Freiwilligen diskursiv in bestimmte ›politische‹ oder ›apolitische‹ Sphären zu verorten. Die bedeutsame Frage der Machtstrukturen ist also über die Suche nach dem Politischen zu erreichen, aber nicht, indem Handlungen von Freiwilligen als bewusst ›apolitisch‹ im Sinne naiver Akteur*innen, die damit zum Spielball gouvernementaler Strukturen werden, interpretiert werden. Vielmehr sollte hinterfragt werden, an welchen Stellen die Handlungen als ›apolitisch‹ kodiert werden oder warum keine ›politische‹ Kodierung erfolgt. Aus dieser Perspektive kann die Verneinung ›politischen‹ Handelns auch als ein *antrainiertes Understatement* verstanden werden. Mein Vorschlag, die Bezeichnung »politische Partizipation« für das Engagement zu verwenden, ist ein bewusstes, narratives Gegenwirken: Indem die politische Bedeutung und die Komplexität der Handlungen, auch der Soforthilfe, betont werden, wird die Gefahr, unbewusst Machtstrukturen zu reproduzieren, vermindert. Die Handlungen der Freiwilligen werden so als heterogene Antworten der Hilfe bewusst als ›politisch‹ kodiert und damit als Teil politischer Felder und Assemblagen anerkannt, inkludiert und legitimiert. Es gilt also, ein größeres Bewusstsein für die Relevanz des Engagements zu schaffen, um einer Instrumentalisierung vorzubeugen. Die »Gefahr einer dauerhaften Übernahme staatlicher Aufgaben durch die neu entstandenen Engagementstrukturen« (Fleischmann und Steinhilper 2016: 67) war insbesondere in frühen Studien der neueren Fluchtforschung eine formulierte Befürchtung mit dem wertvollen Hinweis, dass diese Entwicklungen weiter zu beobachten seien. Diese Gefahr wurde aber auch von den Freiwilligen selbst kritisch geäußert und stellte einen zentralen Punkt der Politisierung des Engagements dar, wie ich im Folgenden darstelle.

3.3.2 Politisierung des Engagements?

Der Befund der Politisierung des Engagements bezieht sich auf das *Werden*, auf die Biografie des Engagements, auf Freiwillige also, die zu Beginn ›nur helfen‹ wollen, nach dieser Erfahrung jedoch beginnen, sich formell politisch zu engagieren, weil ihnen die praktischen Erfahrungen mit behördlichen oder asylpolitischen Policies erst durch ihr Engagement deutlich werden (vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016: 68; vgl. Vey 2018: 81; vgl. Bauer 2018). Diese Spannung zwischen ›entpolitisiertem‹ Handeln und einer Politisierung der Handelnden erscheint zunächst widersprüchlich. Mehrere Beiträge der Fluchtforschung beschäftigen sich damit, diese Ambivalenzen zu erklären (vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016; vgl. van Dyk und

Misbach 2016; vgl. Schiffauer 2017; vgl. Karakayali 2017; vgl. Sutter 2017; vgl. Adam 2018; vgl. Fleischmann 2019).

Der Soziologe Serhat Karakayali löst diese Spannung, in dem er nicht von einer sozialen oder politischen Bewegung, sondern von einer »breite Bevölkerungsschichten umfassenden zivilgesellschaftlichen Bewegung« in Deutschland spricht, deren Strategie er als »Infra-Politik«¹⁵ bezeichnet (2017: 23). Diese formiere sich einerseits in der Gegenbewegung zu rassistischen Mobilisierungen, andererseits in einer Kritik der Verwaltungssysteme, deren lückenhafte Aufgabenbewältigung die Freiwilligen kompensieren. Diese sei nicht homogen, es gebe Reibungen und Konflikte und Widersprüche, aber durch die teils bewusste Ausblendung von politischen Bezügen gebe es die Möglichkeit inhaltlich beieinander zu bleiben (vgl. ebd.: 23). Diese Bewegung schaffe es, »sich *unterhalb* eines als politisch kodierten Raums zu bewegen bzw. sich zu politischen Kritiken und Einordnungen zu entziehen« (ebd.: 23, Hervorhebung im Original). Mehr Menschen können an dieser Protestbewegung teilnehmen, weil nach Karakayali die Stimmung von *Willkommenskultur* einen Raum öffnete, der unter seinem Deckmantel die »Mehrfachcodierung« (ebd.: 22) von bestimmten Handlungen zuließ. Mein Argument ist hingegen, das heterogene Engagement nicht »*unterhalb*« des Politischen zu verorten, sondern vielmehr im Sinne Johanna Rolshovens Forderung, das »Politische als fundamentale Dimension des Gesellschaftlichen« (2018: 16) zu begreifen, in der Kuchenbacken fürs Internationale Kirchencafé ebenso Teil dieser gesellschaftspolitischen Handlungen ist, weil es die *sorting-processes* der Integrationspolicies neu interpretiert und herausfordert.

Werner Schiffauer hingegen spricht von einer »Bürgerbewegung« (2017). »Ihr politischer Kern besteht darin, dass sich hier das politische Gemeinwesen zunächst auf lokaler Ebene neu formiert.« (Schiffauer 2017: 15) Schiffauer stellt dar, dass für ihn Bürgerschaft auch dadurch entsteht, dass »Bürger_innen sich in bürgerschaftlichen Handlungen selbst hervorbringen. In und durch diese Forderungen nach Rechten erhebe man Anspruch auf Bürgerschaft« (ebd.: 15). Wenn diese Forderungen gehört werden, so komme es »zu einer Neuordnung des politischen Raums. Das Recht auf Rechte wird dann auch denjenigen zugestanden, die vorher unsichtbar geblieben sind.« (ebd.: 15) Er sieht im Handeln der ehrenamtlichen Bewegung eine kreative Kritik der Flüchtlingspolitik, welche »auf der überregionalen und nationalen Ebene aber viel zu wenig artikuliert [wird]. Deshalb ist es auf lange Sicht notwendig, dass die Bewegung ein eigenes Selbstverständnis und Profil entwickelt und dieses selbstbewusst vertritt.« (ebd.: 28)

15 »Man könnte von einer zivilgesellschaftlichen »Infrapolitik« sprechen, nicht nur, weil sie Infrastrukturen der Versorgung errichtet, sondern weil dieser Schwerpunkt es den Akteuren erlaubt, sich unterhalb eines als politisch kodierten sozialen Raums zu bewegen bzw. sich politischen Kritiken und Einordnungen zu entziehen« (Karakayali 2017: 23).

Meine Beobachtungen in Leipzig bestätigen die Kreativität der Kritik an der Flüchtlingspolitik und die Fülle an Strategien, mit denen nach Handlungsmöglichkeiten gesucht wurde. Gleichzeitig erscheint es mir nicht als selbstformuliertes Ziel, dass diese »Bewegung ein eigenes Selbstverständnis und Profil« entwickeln müsse. Vielmehr deuten die Beobachtungen in meinem Forschungsfeld darauf hin, dass es auch für die Involvierten selbst schwierig ist, die verschiedenen Formen des Engagements als eine Bewegung ideell zusammenzufassen und der Heterogenität ein Profil zu geben. Die unterschiedlichen Überzeugungen und Motivationen der Gruppen und Einzelpersonen stehen meinen Erkenntnissen nach selbst einer lokalen Zusammenarbeit untereinander, sowie teilweise auch mit städtischen Strukturen, im Weg. Warum aber sollte eine solche Heterogenität der Bewegung *ohne* »eigenes Selbstverständnis und Profil« für die Formulierung einer Kritik an der Flüchtlingspolitik hinderlich sein? Meines Erachtens ist das Potenzial politischer Kritikfähigkeit gerade *durch* die Bandbreite der Präsenzmöglichkeiten so facettenreich und flexibel in seiner praktischen Uminterpretation geltender Integrationspolicies.

In den besprochenen Studien von Karakayali und Schiffauer, so erscheint es mir, werden Heterogenität und die als »apolitisch« bezeichneten Handlungsformen als eine Art Störfaktor behandelt, welcher durch geschicktes Umdefinieren *des Politischen* umgangen, aber nicht integriert wird. Sowohl das »Selbstverständnis«, das die Freiwilligen laut Schiffauer als Bewegung noch entwickeln müssten, als auch die Anerkennung der Freiwilligen als Agierende einer gestaltenden »Infra-Politik« im Sinne Karakayalis verdeutlichen aber genau diese fehlende »politisch« kodierte Bedeutung des Engagements. Die Schwierigkeit, sogenannte »apolitische« Handlungen in ein »politisches« Feld zu integrieren entsteht durch die Kodierung, die die Handlung an das entsprechende Motiv knüpft und politische Handlungen nur in formellen Formen und in formellen Räumen als solche versteht. Die Handlungen stehen damit in einem Widerspruch zu immer noch bestehenden Vorstellungen von Ehrenamt und politischer Partizipation. Dabei sind politische Handlungen in der Praxis ambivalent und informell. Werden diese als »apolitisch« kodiert können sie übersehen werden. Sie müssen gar nicht gleichförmig, homogen, zielgerichtet und starr sein. Die Zuschreibung »apolitisch« jedoch vermittelt eine Starrheit und Unbeweglichkeit im Sinne einer zugeschriebenen Eigenschaft. »Apolitisch« kann aber auch eine produzierte Kapazität sein, die als Strategie oder als Legitimierungsdiskurs von Zugehörigkeiten wirksam sein kann.

3.4 Zwischenfazit: Politische Partizipation als Ausdruck des Politischen

Als Schlussfolgerung all dieser Beobachtungen und Überlegungen schlage ich eine Ausweitung des Begriffes der politischen Partizipation vor, sodass dieser Begriff – analog zur Öffnung politischer Räume – die sich ausweitenden Handlungspraxen umfassen kann. Dabei ist wesentlich zu betonen, dass Gegenentwürfe zu gouvernementalen Strukturen nicht zwangsläufig von den Akteur*innen selbst als ›politisch‹ eingeordnet werden müssen, um dennoch in politischen Feldern wirkmächtig zu sein (vgl. Abélès 2006; vgl. Rolshoven 2017). Ich habe dargestellt, dass Menschen in politischen Feldern agieren, ohne dass die Handlung selbst dezidiert eine politische Absicht beinhaltet. Diese Definitionsschwäche in Bezug auf die politische Motivation ist ohnehin schon ein schwieriger Punkt, den auch Max Kaase selbst darstellt. Ich schlage also vor, den Passus seiner Definition, der beschreibt, dass politische Partizipationsformen »das Ziel haben, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen« (Kaase 2000: 473) aufgrund von empirischen Belagschwierigkeiten in meinem Feld zu vernachlässigen. Dieser Passus suggeriert, dass politisches Engagement schon da ist oder nicht. Es lässt keinen Raum für Entwicklung, was insbesondere der Dynamik im Forschungszeitraum widerspricht. Die Person, die heute einen Kuchen bäckt, kann in der nächsten Woche schon eine Petition unterzeichnen, weil sie beim Kuchen essen von der Situation geduldeten Menschen in Deutschland erfahren hat. Letztendlich hat der Kuchen sie dahin gebracht, weil er ihr erster Schritt war. Dies verdeutlicht die Flüchtigkeit des ›politischen‹ und als ›politisch‹ kodierter Handlungen. Auf einer analytischen Ebene habe ich daher ›politisch‹ und ›apolitisch‹ nicht als fixe Eigenschaften betrachtet, sondern als *Kapazitäten*, die bewusst oder unbewusst innerhalb sozialer Interaktionen *produziert* werden können (vgl. DeLanda 2016: 12). Die (Selbst)-Bezeichnung findet innerhalb eines kategorisierten Raumes (Assemblagen) statt, in dem Zugehörigkeiten durch solche Kodierungen definiert werden. Ich habe einerseits gezeigt, dass die Handlungen zu dem asylopolitischen Raum gehören, auch wenn dies nicht offiziell so benannt wurde. Andererseits wurde deutlich – und hier führe ich die Ergebnisse aus Kapitel 2 fort – dass auch dieser Raum nicht als ein abgeschlossener ›politischer‹ Raum gedacht, sondern dass das »Politische als fundamentale Dimension des Gesellschaftlichen« (Rolshoven 2018: 16) verstanden werden muss, um Kategorisierungen in ›politisch‹ und ›apolitisch‹ praktisch zu entleeren.

In der *Anfangsphase* von Sommer 2015 bis etwa Frühjahr 2016 bestanden die Aufgaben der Freiwilligen zunächst eher in der Notversorgung und der Unterstützung staatlicher Strukturen an den Stellen, wo ein Mangel aufgetreten war (vgl. Speth und Becker 2016: 11f.). Dabei übernahmen Freiwillige »in vielen Fällen Aufgaben, die eigentlich unter die (sozialstaatliche) Regelversorgung fallen (sollten)« (Vey und Sauer 2016: 2) (vgl. Kapitel 5). Die Ausführungen dieses Kapitels haben

aufgezeigt, dass die besondere Notsituation gerade in der *Anfangsphase* die Bedeutung individueller Anknüpfungspunkte zum Engagement intensiviert hat. Die Menschen engagierten sich entsprechend ihrer individuellen Ressourcen und Interessen in der Nachbarschaft, in der Kirchgemeinde, mit Freunden oder mit der Gruppe, mit der sie seit jeher aktiv oder befreundet waren. Die konkreten Handlungen, die sie dafür als sinnvoll erachteten, fanden insbesondere zu Beginn der Engagement-Welle eher in kurzfristigen und spontanen Hilfsangeboten Ausdruck. Um auf diese Weise Hilfe leisten zu können, engagierten sie sich anders als zuvor. Den Kontaktpersonen erschienen andere Strategien als sonst dringender. Sie wollten Geflüchteten auch »konkret« helfen und dies war ihres Erachtens nicht durch die Teilnahme an Demos, Wahlen oder durch stadtteilpolitische Arbeit möglich. Das Handeln der Freiwilligen betrachte ich als das, was sie für praktisch möglich hielten auszurichten. Das sagt zum einen etwas darüber aus, wie sie ihr eigenes Handlungspotenzial einschätzten, politische Veränderungen herbeizuführen. Zum anderen sagt es etwas darüber aus, in welcher Form die asylpolitische Assemblage durch ihre Akteur*innen mit Strategien, Netzwerken und Wissen angereichert wurde. Gerade in dieser Situation, in der es wenige und schlecht funktionierende formalisierte Zugangsmöglichkeiten in ein freiwilliges Engagement gab, gewinnen die individuellen Strategien an Bedeutung – einerseits als Gestalter der asylpolitischen Assemblage, andererseits für die Analyse als sichtbare Fenster. Dies macht deutlich, dass das Einspringen in strukturelle Lücken nicht bedeutete, vorgegebene Rollen zu erfüllen, sondern dass Freiwillige aktiv gestaltend waren und dass sie ihre Einsatzfelder mitgestaltet haben. Dieses Mitgestalten besteht aber, so mein Argument, nicht nur darin, bewusst Einfluss auf politische Entscheidungen und Prozesse zu nehmen, sondern darin, seine eigenen Netzwerke mit der Geflüchtetenhilfe zu verbinden und seine Fähigkeiten, Expertise, Ideen, Wünsche, Hoffnungen, Träume, Kontakte und Vorstellungen in die Vielschichtigkeit und Heterogenität asylpolitischer Formationen einzubringen. Dies zeigt, dass auch nicht dezidiert politische Handlungen politisch relevant waren.

Wenngleich in neueren Forschungen längst darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Menschen sich zunehmend durch informellere Partizipationsformen politisch beteiligen, so scheint bisher das Handeln der Freiwilligen in der Geflüchtetenhilfe nicht damit in Verbindung gebracht worden zu sein. Engagement und Partizipation voneinander zu trennen, bedeutet, eine Trennung von vermeintlich »apolitischem« und »politischen« Handeln zu reproduzieren und somit auch den Einflussbereich des Engagements als »apolitisch« zu kodieren. Für die diskursive Positionierung des freiwilligen Engagements in gesellschaftlichen und politischen Strukturen habe ich daher eine Erweiterung traditioneller Vorstellungen des *Ehrenamts* einerseits und eine Ausweitung politischer Handlungsräume andererseits zugrunde gelegt. Der traditionelle Begriff des Ehrenamts erscheint nicht nur den meisten Personen in der Geflüchtetenhilfe unpassend, seine »apolitische« Konno-

tation und die Definition der selbstlosen, dauerhaft verpflichtenden Übernahme einer klar strukturierten Aufgabe (vgl. Karakayali 2018: 5) erscheint in der vorliegenden Situation auch nicht angemessen.

Die dennoch andauernde Kategorisierung in ›politisch‹ und ›apolitisch‹ deutete ich als Versuch, Zugehörigkeiten zu politischen Feldern zu definieren und damit auch die Grenzen der Partizipation innerhalb gouvernementaler Strukturen und Handlungen zu markieren. Im Folgenden verfolge ich diesen Gedanken weiter, indem ich auf die Institutionalisierungsformen des Engagements innerhalb staatlicher Institutionen und Diskurse blicke.

4. Die Koordination von Engagement als *Assembling*-Prozess

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass die Vielfalt von Akteur*innen und Organisationen zwischen ›Individuum‹ und ›Staat‹ gewachsen ist und dabei ganz unterschiedliche Beziehungen und Netzwerke entstanden sind. Das Thema der nächsten beiden Kapitel ist die Erörterung des institutionellen Platzes, den die Akteur*innen und Organisationen in der Assemblage mit ihrem Engagement innerhalb kommunaler Verwaltungsstrukturen einnehmen. Am Beispiel Leipzig gehe ich in diesem Kapitel der Frage nach den historisch gewachsenen Einbettungsformen des Engagements innerhalb einer Kommune nach. Welche Funktionen, welche Diskurse und Policies werden mit dem freiwilligen Engagement aus der Perspektive staatlicher Institutionen verbunden? Welche Rolle schreibt man dem Individuum im Staat zu und wie wird dies legitimiert? In diesem Kapitel geht es um die Anfangsphase des Engagements und die Frage, welche Institutionen sich für die Zuordnung von Engagierten zu den Hilfsbedarfen entwickelten. Im darauffolgenden Kapitel betrachte ich die fortgeschrittenen Phasen institutioneller Einbettung.

Ich beginne mit einer Darstellung der Entwicklungen des Engagement allgemein in Deutschland. Da in der Forschungsliteratur das Engagement in der DDR nur randständig Beachtung findet, habe ich auch diesem Aspekt hier viel Platz eingeräumt. In meinem Forschungsfeld waren individuelle Erfahrungen der Freiwilligen sowie die Auseinandersetzung mit den Strukturen, die die DDR-Zeit hinterlassen hat, häufig Thema. Ich zeige auf, dass der Ansatz von Thelen, Vettters und Benda-Beckmann (2018), ›Staat‹ vor allem *relational* zu analysieren, das heißt in der Beziehung, die die Individuen selbst ihm gegenüber beschreiben, gerade auch in der Analyse von biografischen Erinnerungen relevant und erkenntnisbringend ist. Ich diskutiere in diesem Zusammenhang sowohl die historischen Entwicklungen von Engagement in Leipzig als auch das Subsidiaritätsprinzip als Teil eines »Dispositivs« (Foucault 1978: 119f.). Das bedeutet, es als Bestandteil einer gewachsenen gesellschaftlichen und infrastrukturellen Grundlage für die vielfältigen Unterstützungsstrukturen im Forschungszeitraum zu betrachten. Denn das Prinzip, dass ›nicht-staatliche‹ Akteur*innen kurzfristig Einspringen, ist weder neu noch ungewöhnlich. Was neu war ist, dass eine so *große* Akteursgruppe entstanden ist, deren

Wirken weder über einen zugewiesenen Aufgabenbereich noch über Koordinierungsinstrumente klar definiert war. Die Prozesse, die dies in der Praxis abstecken, bezeichne ich als *Assembling*, weil sie Auskunft darüber geben, wie sich die asylpolitische Assemblage entwickelt. Welche Rolle sollen Freiwillige und freiwillige Arbeit darin einnehmen? Wie wird diese Platzzuweisung gesteuert und durch wen? *Assembling* rekuriert dabei auf die dynamische Konstitution der Assemblage und begreift daher die Zusammensetzungsprozesse von Diskursen, Policies und anderer Elemente als die Mechanismen der Institutionalisierung und Kategorisierung von Engagement. Im vorherigen Kapitel ging es dabei um ›politische‹ und ›apolitische‹ Kodierungen. In diesem Kapitel ist der Blick auf sich institutionalisierende Prozesse des Zusammenführens zentral. Auch dabei verdeutlichen Kategorisierungsprozesse die Momenthaftigkeit und Arbitrarität der Geschehnisse.

Diese Fragen leiten den empirischen Teil dieses Kapitels, der die institutionelle Einbettung des Engagements für Geflüchtete in Leipzig analysiert. Die Koordination von Engagement in den Jahren 2015/2016 musste neu reguliert werden, weil Freiwillige eine hohe Zahl der anfallenden Aufgaben übernahmen. Um sie den Aufgaben zuzuordnen, entwickelten sich Verfahren und Institutionen, die dieses *Matching* steuerten. Grundgedanke war, dass man das bestehende Engagement so effektiv wie möglich nutzen wollte. Dazu bedurfte es gezielter Zuweisung, welche aufgrund der an mehreren Stellen gleichzeitig gewachsenen und daher schwer zu überschauenden Assemblage schwierig war (vgl. Kapitel 4.2). Es entstanden Koordinationsstellen, die nicht nur diese Vernetzungsarbeit leisteten, sondern auch die Freiwilligen in ihrem Alltag mit der Aufgabenunklarheit unterstützen wollten. Wissen über Aufgabenbereiche und persönliche Grenzen sollte vermittelt werden. Dies alles etablierte sich für mich als neu beobachtete Konventionen: Zum einen die *Prüfung* von Freiwilligen, um sie in das Netzwerk einzuschleusen (vgl. Kapitel 4.3.1) und zum anderen die *Planung* des Engagements, die eng mit diesen neu geschaffenen Prüfkriterien zusammenhängt (vgl. Kapitel 4.3.2). Dabei wird deutlich, dass ein Widerspruch besteht zwischen dem politischen Wunsch nach offenen Begegnungsorten zwischen Stadtgesellschaft und Geflüchteten und der praktischen Unterstützung von Individuen und Organisationen, die diese Policy konkret umsetzen wollen.

4.1 Die Rolle des Engagements im Staat: Neuverhandlungen des Subsidiaritätsprinzips

Freiwilliges Engagement nimmt immer wieder verschiedene Rollen in einem Staat ein. Es wird mit Diskursen und Policies verknüpft, die die Grenzziehungen zwischen Staat und Individuum (re)produzieren. Im Folgenden gebe ich einen Überblick über relevante Prozesse und diskutiere vor diesem Hintergrund die Neuver-

handlung des Subsidiaritätsprinzips im Kontext des Engagements in der Hilfe für Geflüchtete.

4.1.1 Perspektiven auf Engagement in der DDR

Das Engagement in der DDR wird in der deutschen Engagementforschung häufig ausgeklammert. Die Beschreibungen über das Engagement in ›Deutschland‹ beziehen sich dabei vor allem auf die ›alten‹ Bundesländer. Sie werden differenziert betrachtet und in einer kontinuierlichen Entwicklungslinie von den 70er Jahren bis heute erzählt. Die Entwicklungen werden in Phasen unterteilt (vgl. van Dyk und Haubner 2019) oder auch als eine Folge unterschiedlicher Dispositive diskutiert (vgl. Neumann 2016). Das Engagement in der DDR hingegen wird randständig behandelt, homogenisiert, nur in einer Fußnote oder nicht erwähnt (vgl. z.B. Neumann 2016: 119). Dadurch wird der Eindruck erweckt, dass die Entwicklungen in Westdeutschland standardisiert würden und das Engagement in der DDR daran gemessen werde, ohne eine Adaption an die alternierenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umstände vorzunehmen. Der Politikwissenschaftler Roland Roth beispielsweise schreibt, die Entwicklungen in Bezug auf »Politisierung und Konfliktorientierung« in der »Kommunalpolitik in Westdeutschland« hätten in »Ostdeutschland keine Entsprechung«, wodurch »der politische Raum bürger-schaftlicher Selbsttätigkeit eng begrenzt« sei (Roth 2001: 21).

Im Zentrum der wissenschaftlichen Betrachtung des Engagements in der DDR stehen staatlich erzwungene Freiwilligkeit, die Überwachung und die Sanktionierung von Fehlverhalten (vgl. Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015: 2). Daniela Neumann erläutert in ihrer Studie »*Das Ehrenamt nutzen: Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland*« (2016: 119) das Engagement in der DDR nur in einer Fußnote. Dort heißt es: »Die Übernahme von Tätigkeiten [...] geschah jedoch nicht immer freiwillig, sondern wurde als Zeichen für ein pro-sozialistisches Verhalten staatlich eingefordert und überwacht.« Ausschließliche Beschreibungen wie diese vermitteln nicht nur einen homogenisierenden Blick auf das Leben in der DDR, sondern ebenso ein einseitiges Bild von Gouvernamentalität, also den Möglichkeiten ›staatlicher‹ Macht, individuelles Handeln zu beeinflussen. An anderen Stellen der Studie, in denen es um Westdeutschland geht, hinterfragt die Autorin dies zwar kritisch in Bezug auf das heutige Deutschland – so geht Neumann beispielsweise auf die »Schwachstellen der Gouvernamentalitätstheorie« von Michel Foucault ein

(Neumann 2016: 18).¹ Sie bezieht diese Erkenntnisse jedoch nicht auf die DDR.² Nun ist dies auch nicht ihr Forschungsfokus, ich führe dieses Beispiel jedoch an, weil es symptomatisch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit Thema *Engagement in Deutschland* ist. Erkenntnisse über Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten in der Policy- und Gouvernementalitätsforschung müssen aber auch auf das Leben in der DDR übertragen werden.

Sandra Matthäus (2016: 6) stellt in ihrem einleitenden Beitrag zum Sammelband »Der Osten: Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung« (Matthäus und Kubiak 2016) überblickshaft dar, dass Forschungen, die aus der Perspektive der »Vermessung der Abweichung ›des Ostens‹ vom Standard« heraus argumentieren, immer noch dominierend sind.³ Die Beiträge des Sammelbands stellen einen Gegenentwurf dazu dar. Der Sozial-Anthropologe Felix Ringel macht dies beispielsweise anhand seiner Forschung in der sächsischen Kreisstadt Hoyerswerda deutlich. Er zeigt auf, dass beispielsweise Wende- und Ost-Erfahrungen zu alleinigen Erklärungsmustern für Rassismus im Osten definiert werden (Ringel 2016: 145). Er stellt die »Prämisse der kulturellen Andersartigkeit in Frage« (ebd.: 146) und ermöglicht so eine Analyse jenseits von »vorstrukturiert[en]« (ebd.: 145) Argumentationsmustern.

Die anthropologische Transformationsforschung zeigt sowohl durch neuere Studien wie die von Ringel sowie auch schon durch die Arbeiten von Daphne Berdahl (1999) in Deutschland, oder auch Katherine Verdery (1996) in Rumänien – um nur einige wenige zu nennen – auf, dass die Vorstellung von zwei homogenen Entwicklungssträngen in westlichen vs. postsozialistischen⁴ Gesellschaften der Realität nicht standhält (vgl. Vonderau 2010: 19ff.). Heute werden Vorstellungen einer linearen Entwicklung postsozialistischer Länder hin zum demokratischen Wesen westlicher Länder mit dem Ende der Sowjetunion als großer Übergang (*Transition*) abgelehnt (vgl. Verdery 1996: 16). Der begriffliche Wandel hin zur *Transformation*

-
- 1 »[...] [E]twa die spiegelbildliche Gleichsetzung von Programm und Praxis, das Fehlen einer den empirischen Forschungsprozess anleitenden, method(olog)ischen Systematisierung und die Vernachlässigung des multidimensionalen Praxisvollzugs sowie diskursiver Kämpfe und Verwerfungen« (Neumann 2016: 18).
 - 2 Mir ist bewusst, dass es in der Beziehung von »Programm und Praxis« erhebliche Unterschiede gibt zwischen den Staatssystemen der DDR und der BRD, gleichzeitig gibt es genügend Studien, die aufzeigen, dass auch in der DDR keine »Gleichsetzung von Programm und Praxis« bestand (vgl. Mau 2019).
 - 3 »Exemplarisch hierfür stehen u.a. Forschungen zum Komplex der »Nachholenden Modernisierung« [...], die den neuen Bundesländern Defizite in Bezug auf Demokratie [...], Zivilgesellschaft [...] und Arbeitsmarkt [...] bescheinigen, weshalb Ostdeutschland u.a. besonders vom Problem des Rechtsextremismus [...] betroffen sei« (Matthäus 2016: 6).
 - 4 Dazu gehört auch, den Begriff *postsozialistisch* zu hinterfragen: Wie lange noch sollen die Länder postsozialistisch sein bzw. in ein solches analytisches Schema gepackt werden? (vgl. Humphrey 2002; vgl. Vonderau 2010: 24ff.).

geht überein mit einem löchrigeren gesellschaftlichen Übergang, in dem »Wandel und Kontinuität« (Vonderau 2010: 24) gleichzeitig und an unterschiedlichen Orten auf unterschiedliche Weise zu unterschiedlichen Zeiten passieren.

Bezogen auf mein Forschungsfeld bedeutet das zum einen, dass von heterogenen Hilfsstrukturen sowohl in den ›alten‹ als auch in den ›neuen‹ Bundesländern ausgegangen werden muss. Diese sind schwierig zu fassen. Die Engagementpraxen, die in der DDR unter dem Radar der staatlichen Kontrolle stattfanden, haben offensichtlich wenig Beachtung in der Rezeption des bürgerschaftlichen Engagements der DDR gefunden. Dabei ist ihr umfassendes Verständnis bedeutsam, um zu verstehen, welche individuellen Bezüge die Menschen in den ›neuen‹ Bundesländern auch heute herstellen und um beispielsweise widersprüchliche quantitative Befunde erklären zu können. Statistische Erhebungen zur Vereinstätigkeit in Deutschland beispielsweise können nicht übereinstimmend bestätigen, dass aus den unterschiedlichen Entwicklungen ein abweichendes Verhalten im Engagement in den ›neuen‹ und ›alten‹ Bundesländern entstanden ist (vgl. Frantzen und Botzen 2011: 398). Vereine können als ein Marker für institutionalisiertes Engagement angesehen werden, weil durch die Aufnahme in ein Vereinsregister eine Möglichkeit gegeben ist, Engagement quantitativ sichtbar zu machen. Die Vereinsdichte in Deutschland ist jedoch »sehr heterogen verteilt. Es ist weder ein Ost-West-Gefälle noch ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen« (ebd.: 398; vgl. Berbée et al. 2021: 5). Auch die verschiedenen Umfragen über individuelles Engagement in Ost und West können keine gesicherte Erkenntnis darüber geben, ob es Unterschiede gibt, und wenn ja, welche: »Bei Extremwerten zwischen 37 und 9 Prozent bürgerschaftlich Aktiver in Ostdeutschland kann noch immer von einem empirischen Chaos gesprochen werden.« (Roth 2001: 17) Das schließt ein, dass es Erhebungen gibt, die Unterschiede feststellen. Die aktuellere Meta-Studie von Jennifer Klöckner ergab zum Beispiel eine »Tendenz zu geringerem institutionalisiertem Engagement im Osten« (2016: 112). Das Nachlassen von individuellem Engagement nach 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde von Klöckner in Zusammenhang gesetzt mit dem Erleben des »freiwilligen Zwang[s] [...], unbezahlte Arbeit in der Freizeit« auszuüben (2016: 56). Die Menschen hätten, so die Soziologin weiter, »überdies hinaus keine moralische Verpflichtung empfunden, sich zu engagieren« (Klöckner 2016: 56). Eine solche Betrachtung negiert die individuellen Aneignungsprozesse von Handlungen, die in der persönlichen Erinnerung durchaus zu eigenen Engagementerfahrungen geführt haben. Dadurch wird ein einseitiges Bild von scheinbar ausschließlich staatlich geleiteten Individuen reproduziert. Neben der politischen Erfahrung wurden auch die »sozial prekäre Lebenslagen großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung« als Grund angeführt, dass die für ein Engagement notwendige Saturiertheit oftmals nicht gegeben war (Brand 2010: 142, vgl. Aner und Hammer Schmidt 2010: 92). Ende der 1990er Jahre steigt die Engagement-Quote in den ehe-

maligen DDR-Gebieten wieder langsam an, während im Rest Deutschlands eine »stetigere Entwicklung« beobachtbar war (Corsten und Grümer 2010).

Im folgenden Abschnitt möchte ich am Beispiel meiner Befunde in Leipzig Raum geben für individuelle Erfahrungen und theoretische Überlegungen zu deren wissenschaftlicher Einbettung in die Analyse von Engagementstrukturen in den »neuen« Bundesländern.

4.1.1.1 Engagement zwischen staatlichem Zwang und Souveränität

Eine meiner Kontaktpersonen, Klara Schönberg, erzählte mir von ihren Erinnerungen an das Engagement in der DDR in Leipzig. Sie arbeitet seit 2011 hauptberuflich in einem Leipziger Verein, der Freiwillige vermittelt. Klara reflektierte im Gespräch ihre Erinnerungen an das Engagement in der DDR und stellte diese in einen Kontext mit Herausforderungen und Schwierigkeiten des Engagements heute. Wir sprachen eigentlich über die Arbeit des Vereins, doch sie brachte dieses Thema in das Gespräch ein. Ihre eigenen Erinnerungen wechselten sich im Gespräch immer wieder mit den Beobachtungen in ihrem Arbeitskontext ab.

Sie sagte, die zahlreichen, aus den »alten« Bundesländern zugezogenen, älteren Leute in Leipzig hätten es heute leichter ein Engagement zu beginnen. Sie führte dies zurück auf die Form von Ehrenamt, die es im Osten gegeben habe: nicht so verbreitet und »staatlich oktroyiert« (Gedächtnisprotokoll Interview Klara Schönberg 12.12.19). Menschen im Ruhestand hätten es daher heute schwerer, eigenständig und eigeninitiativ ins Ehrenamt zu kommen und seien den Anforderungen nicht so gewachsen, auch weil sie noch keine »positiven Erfahrungen« (ebd. 12.12.19) mit dem Engagement gesammelt hätten.

Ich fragte nach, was genau denn damals »staatlich oktroyiert« war im Ehrenamt. Daraufhin fing sie an zu erzählen, wie sie damals selbst die »Rote Rose der Nachbarschaftshilfe« (ebd.: 12.12.19) verliehen bekommen habe. Sie sagte, das Engagement sei gesteuert gewesen. »Es gab die Volkssolidarität, kirchliche Vereine, obwohl die ja auch nicht so gemocht wurden.« (ebd. 12.12.19) Es war so »konform« und klar, »dass überall jemand ist, der ein Auge draufhat« (ebd. 12.12.19). Dann jedoch begann sie, diesen Beschreibungen noch eine kontrastierende eigene Erinnerung hinzuzufügen: »Ich erinnere mich an *»Timur und sein Trupp«*. Ich habe auch mit Kindern aus der Nachbarschaft so eine Gruppe gebildet und wir haben überall aufgeräumt und so weiter. Das haben wir uns dann aber selbst organisiert.« (ebd.: 12.12.2019) Dieser letzte Satz wirkte wie eine Emanzipation von der zuvor beschriebenen staatlichen Einbettung des Engagements. Stolz schwang mit. Es erscheint mir wie die Beschreibung ihrer *eigenen* positiven Engagementenerfahrung, die sie für sich behalten will; die sie nicht der staatlichen Koordination und Kontrolle zuschreiben will. Sich einbringen, so erklärte sie weiter, war erstmal nur in staatlichen Organisationen *möglich*. »Aber solche Sachen wie Hoffeste gab es

schon auch. Auch Nachbarschaftshilfe, da ist schon viel gelaufen.« (ebd. 12.12.19) Wenn der ›Staat‹ überall ist, wieviel Raum ist da überhaupt, etwas unabhängig vom ›Staat‹ zu tun?

Dieses Buch, »*Timur und sein Trupp*« von Arkadij P. Gajdar (1973), welches in ihr diese Erinnerung mit einem Lächeln hervorrief, war sozialistische Pflichtlektüre. Es diente Kindern und Jugendlichen als Vorbild der Nachbarschaftshilfe. In dieser Geschichte wurden Werte wie Freundschaft und Solidarität vermittelt. Auch das, was Klara als ihr Eigenes beschreibt, entstammt einem geplanten Kanon der sozialistischen Bildung. Vielleicht würde jemand anderes die Erinnerung an dieses Buch und die damit verbundene Idee als eine Geschichte staatlicher Propaganda im Schulunterricht erzählen. Wie eigenmächtig welche Handlung erinnert wird, ist – so wird hier deutlich – individuell verschieden. Nicht-staatliche, eigene Handlungsfelder wurden angesichts der staatlichen Omnipräsenz individuell definiert. Wenn über die Bedeutung von Engagementerfahrung in der DDR gesprochen wird, sind auch diese eigenen Deutungen relevant, weil sie zu der individuellen, eigenen Wahrnehmung von sich selbst gegenüber ›dem Staat‹ führen (vgl. Thelen, Veters und Benda-Beckmann 2018). Gerade dort, wo der paternalistische Staatsapparat der DDR noch viel mehr »monolithic and indivisible« (Abrams 1988) erschien, als es demokratische Staaten heute tun, ist es für die Analyse fruchtbar, im Sinne der *Stategraphy* auf die ambivalenten Alltagsbeziehungen und Deutungen der eigenen Handlungen innerhalb einer von staatlichen Strukturen durchwachsenden Gesellschaft zu blicken. Insbesondere, wenn der Staat scheinbar überall ist, wie dies oft in Bezug auf das Engagement beschrieben wurde, ist es bedeutsam, in den Beschreibungen der Menschen nach der individuellen Deutung ihrer eigenen Wirkmächtigkeit zu suchen.

Neben den Erzählungen von Freiwilligen wie Heinz Brand, der zu denjenigen gehörte, deren Engagement im Kontext der Kirche innerhalb eines Schutzraumes vor staatlichen Eingriffen stattfand (vgl. Kapitel 3.2.4), beschreibt Klara Schönbergs Episode die weniger sichtbaren, widerständigen Formen des Engagements in der DDR. Die teils ambivalenten Erinnerungen und Schlussfolgerungen von Klara Schönberg dienen hier als Exempel für die nicht klar greifbare, schwer zu beschreibende Funktion, Rolle und Bedeutung des Engagements in der DDR für die Beteiligten selbst. Diese Platzierung der eigenen Handlungen im Kontext enger staatlicher Vorgaben erlebte ich in Erzählungen als unterschiedlich stark ausgeprägte Abgrenzungsprozesse, sei es in den Geschichten in meinem familiären

Umfeld⁵ oder während der Feldforschung (vgl. Kurt Wittner in Kapitel 3.2.4; vgl. Pfarrer Lange in Kapitel 7.2).

Solche Abgrenzungen gegenüber einer vermeintlichen staatlichen Steuerung der eigenen Handlungen zugunsten einer Homogenisierung der Bevölkerung, wurden vielfach in wissenschaftlichen Studien beschrieben (vgl. Bergem 2004: 47; vgl. Mau 2019; vgl. Scheller 2005: 17). Das Engagement hatte von staatlicher Seite in der DDR eine viel weniger individualisierte und stärker homogenisierende Funktion, wie Wolfgang Bergem darstellt. Das »von der SED erhobene Postulat der aktiven politischen Beteiligung« (Bergem 2004: 47) bezog sich auf eine homogenisierte Bevölkerung, deren vermuteten Bedürfnisse und Voraussetzungen ebenso homogenisiert worden. Diese gewünschte aktive Beteiligung, ihr Rahmen und ihre Adressaten waren staatlich gesteuert. Ziel war es, das Engagement in staatlichen Vereinen und den Betrieben zu bündeln, um die Energie zu steuern und dem Wohl des sogenannten Volkskörpers zukommen zu lassen. Bergem schlussfolgert, dass als Folge eine »Doppelkultur« entstand (ebd.: 47). Damit meint er die »Spaltung in eine offizielle und eine tatsächliche politische Kultur« (ebd.: 47). Diese existierten »eher neben- als gegeneinander« (ebd.: 47). Dieser Begriff der »Doppelkultur« kann jedoch nicht die Vielschichtigkeit abbilden, in der die Beziehung zu und die Wahrnehmung von staatlichen Strukturen in der Praxis interpretiert wurde (vgl. auch Berdahl 1999: 3). Die Ambivalenz von Rückzug und öffentlichem Leben, die durch »Doppelkultur« beschrieben wurde, war eine Strategie, die eigenes und strukturelles in eine Beziehung setzte, die Selbsthilfe und staatliche Hilfe in der Praxis regulierte. Während in der BRD über Subsidiarität politisch verhandelt wurde, wurde Subsidiarität in der DDR *gemacht*, wie ich im Folgenden darstelle.

4.1.1.2 Subsidiarität, Vereine und wohlfahrtsstaatliche Strukturen in der DDR

Auch wenn in der neueren Fluchtforschung das starke Engagement überwiegend als weiteres Zeichen des zunehmenden staatlichen Rückzugs gedeutet wurde, diskutierten die Autor*innen dies nicht im Kontext von Subsidiarität, sondern im Kontext von neoliberalistischer Aktivierung der Bevölkerung und von Gouvernamentalität. Das Subsidiaritätsprinzip ist jedoch ein sich seit dem 19. Jahrhundert

5 Wenn von »früher« erzählt wird, ist »der Staat« stets präsent. Dabei nehmen aber häufig nicht die einschränkenden Prozesse den größten Raum in der Erzählstruktur ein, sondern die individuellen Möglichkeiten, diese Einschränkungen zu umgehen. Auch in meiner Familie gibt es einen Schatz an Anekdoten, die in etwa diese Grundstruktur haben. Sie stellen einen erheblichen Teil der individuellen Erinnerung dar. Diese Erzählungen im Heute spiegeln wider, was Daphne Berdahl auch für die Zeit der DDR beschreibt: »[T]he regime was affirmed and contested in everyday practice« (1999: 46).

theoretisch und praktisch entwickelndes Prinzip der Zuordnung von Verantwortung und Freiheiten, das seit 1949 auch im Grundgesetz der BRD verankert ist (§23 GG). Ich betrachte es daher als Teil eines »Dispositiv«. ⁶ Das heißt, dass ich Subsidiarität als eine gesellschaftliche ›Strategie‹ betrachte, die bereits ein »Netz« von Diskursen und Institutionen hat entstehen lassen (Foucault 1978: 119f.). Auf dieses Netz und diese Strategien konnten die Akteur*innen 2015/2016 bewusst, aber auch unbewusst zurückgreifen.

Während nach dem zweiten Weltkrieg das Subsidiaritätsprinzip in der BRD Eingang in die Gesetzgebung fand (vgl. Klöckner 2016: 46) und die Gestaltung der subsidiarischen Idee diskutiert wurde, ⁷ existierte in der DDR kein Subsidiaritätsprinzip in der Form, dass offiziell eine Balance zwischen Selbst- und Fremdhilfe, zwischen nicht-staatlichen Organisationen und staatlichem Eingreifen, hergestellt wurde (vgl. Weber 2010: 96). Was bedeutet das für die Gesellschaft der DDR? Welche Netzwerke und Institutionen waren dort angesichts der unterschiedlichen Entwicklungen in DDR und BRD involviert?

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche der Industriellen Revolution sowie Emanzipations- und Abgrenzungsprozesse des 19. Jahrhunderts, die ein Bürgertum hervorgebracht haben, das sich in zunehmend stärker organisierender Form seine politische Teilhabe organisiert, hatten bis vor dem zweiten Weltkrieg eine komplexe Vereins- und Wohlfahrtsverbandslandschaft in ganz Deutschland entstehen lassen, die die Basis für heutige (Wohlfahrts-)Vereinsstrukturen bildet (vgl. Aner und Hammerschmidt 2010: 76f.; vgl. Klöckner 2016: 50f.). Nach der Teilung Deutschlands wurden diese Entwicklungen in der DDR nicht in Form einer gesetzlichen Regulierung der Freiheiten von Individuen gegenüber dem Staat festgeschrieben. Stattdessen verfestigte sich der Subsidiaritätsgedanke auf eine andere Art und Weise. Sowohl die rege Vereinstätigkeit (vgl. Geier und Schlesinger 1996) als auch die gängige Praxis des Pragmatismus (vgl. Mau 2019: 36) und der

6 Die einzige Stelle, an der Michel Foucault den Begriff selbst definiert hat, ist folgende: Ein Dispositiv ist ein »heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze [...] umfasst. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann. Zweitens möchte ich in dem Dispositiv gerade die Natur der Verbindung deutlich machen, die zwischen diesen Elementen sich herstellen kann. [...] Drittens verstehe ich unter Dispositiv eine Art von [...] Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand zu antworten. Das Dispositiv hat also eine vorwiegend strategische Funktion« (Foucault 1978: 119f.).

7 Die Diskussion um staatliche Einmischung in die Sozialpolitik entfachte sich nach dem Krieg angesichts des Neubeginns in der BRD erneut (vgl. Sachße 2003: 204). Es wurden Bedenken geäußert gegenüber der Gefahr eines »totalen Versorgungsstaates« (ebd.: 204f.). Subsidiarität sollte daher in erster Linie »die Nachrangigkeit des Staates gegenüber anderen Formen gesellschaftlicher Gestaltung« festhalten (vgl. ebd.: 204).

Improvisation in der DDR, die beispielsweise einen Schwarzmarkt und umfangreiche Tauschgeschäfte in den sozialen Netzwerken hervorbrachten, stellen für mich eine andere, individualisierte, nicht-staatliche Form der Subsidiarität dar. Ich sehe diese Aktivitäten als informelle Selbsthilfe-Möglichkeiten, die in der Praxis vor staatlichen Hilfestrukturen genutzt wurden, jedoch keinerlei Rechtsformalität besaßen. Diese nicht-staatlichen Formen konnten sich daher auch nicht in dem Maße wie in der BRD institutionalisieren und ein solch verflochtenes Netz aus freier und öffentlicher Wohlfahrtspflege wie dort bilden. Wie Katherine Verdery (1996) und Daphne Berdahl (1999) aufzeigen, ist die Entstehung dieser »second economy« eng mit den Effekten staatlicher Planwirtschaft verbunden (vgl. Berdahl 1999: 115; vgl. Verdery 1996: 22 und 27). Soziale Netzwerke und Beziehungen stellten darin die relevanten Ressourcen dar, um Zugang zu bestimmten Konsumgütern oder Dienstleistungen zu bekommen (Berdahl 1999: 116). Diese waren jedoch persönliche Netzwerke, die zu persönlichen Vorteilen führen konnten. Dies beförderte den Aufbau sozialer Netze, durch die strategische Zugänge gelegt wurden. Wenngleich dabei nicht unbedingt das gemeinschaftliche, sondern auch das individuelle Wohl in einer egalisierten Gesellschaft verfolgt wurde, entstand durch diese Bedeutung sozialer Netzwerke das, was heute im Rahmen einer, so Michael Herzfeld »structural nostalgia« (1997: 109; zitiert in Berdahl 1999: 135), von zahlreichen Menschen vermisst werde: Zusammenhalt und soziale Einbettung.

Dies erinnert an die Ausführungen meines Interviewpartners Kurt Wittner, der über die seiner Ansicht nach schlechten strukturellen Bedingungen von Engagement »im Osten« redete (vgl. Kapitel 3.2.4). Wie stehen diese Beschreibungen über die Relevanz sozialer Netzwerke in der DDR in Zusammenhang mit dem Beklagen schwacher Engagementstrukturen im Osten heute?

In der DDR existierten die beschriebenen Netzwerke zu einem großen Teil, wie bereits im Kontext der »second economy« deutlich wurde, innerhalb einer *Nischengesellschaft* (»society of niches« [Gaus 1986; zitiert in Berdahl 1999: 116]). Diese Netzwerke waren nicht an staatliche formelle Strukturen geknüpft. Genauso wie »first« und »second economy« korrelierten auch private und öffentliche Sphäre in einem voneinander abhängigen und doch nebeneinander existierenden Verhältnis (vgl. Berdahl 1999: 116), ähnlich wie Bergem es unter dem Begriff der »Doppelkultur« (2004: 47) fasst. »This interdependence was particularly visible in practices of exchange and display, facilitated by the social capital of connections accumulated largely in the realm of the second economy, that crisscrossed these various spheres« (Berdahl 1999: 117). Wirtschaftliche und soziale Sphären vermengten sich in alltäglichen Praxen des Austauschs und der Repräsentation. Das heißt, dass die Existenz formeller Organisationsformen, die unter einer gewissen staatlichen Beobachtung standen, nicht die individuelle Ausgestaltung entlang eigener Beziehungen, Netzwerke und Sinninhalte des Engagements verneinte, sondern zu ihrer Entwicklung beitrug. Formelle Organisationsformen, wie »Bürgerinitiativen und das Vereins-

wesen« wurden unter dem SED-Regime »stark reglementiert« und »die Volkssolidarität und die »Einrichtungen der Kirchen« übernahmen die Wohlfahrtspflege in der DDR (Klößner 2016: 56, 58). Wenngleich der ideologische Zwangskontext gegeben war,⁸ war die Volkssolidarität aber auch eine Massenorganisation im Sinne einer hohen Anzahl von Mitgliedern und lokalen Gruppen, die vor Ort letztendlich durch die Arbeit der Menschen existierten (Chamberlayne 1992: 150). 1989 gab es in Leipzig allein 66.000 Mitglieder, die sich in 250 Lokalgruppen organisierten (vgl. ebd.: 150). »These infrastructures were embedded in a strong social culture of ›helping each other out‹« (ebd.: 151). Im Gegensatz zu politischen hervortretenden Gruppen und Gewerkschaften wie FDJ und FDGB dominierten die humanitären Aspekte in der Organisation deren Wurzeln zudem in der Nachkriegszeit und nicht in der DDR verankert sind (Lattka 2002: 74ff.).⁹

Die Freiwilligkeit des Engagements war, anders als in der BRD, durch eine staatliche Sanktionspolitik beeinflusst. Wer diese unbezahlten Arbeiten verweigerte, musste mit Sanktionen rechnen; »gutes« oder »schlechtes sozialistisches Verhalten« wurde von den Behörden bewertet« (Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015: 2). Steffen Mau stellt in seinem Buch »*Lütten Klein*« (2019) eindrucksvoll dar, dass politisches Verhalten ein entscheidendes Kriterium für Zugänge zu Ausbildung, Jobs, Wohnung (vgl. Mau 2019: 37) etc. war und dass die Menschen dies auch selbst so wahrnahmen. »Soziale Kontrolle und Repression« gehörten nicht nur zur DDR, sie »konstituierten« sie »gleichsam« (ebd.: 16). Es ist bedeutsam, diese institutionellen Zwänge zu erwähnen, jedoch nicht ohne zu verdeutlichen, dass diese gleichzeitig die sozialen Prozesse in den gesellschaftlichen Nischen hervorbrachten. Dies galt auch für kulturelle Organisationen, die sich entlang einer »zentralistischen Kulturpolitik« in »Zirkel[n], Interessengemeinschaften, Freundeskreise[n], später Jugend- und Dorfkubs« als »ehrenamtliche[...] Kulturarbeit« entwickelten (Geier und Schlesinger 1996: 102). Sie zeugen von der Wechselwirkung staatlichen Zwangs und den souveränen Strategien, darin Eigenes zu kreieren.

Daneben gab es außerdem die Erfahrungen der Menschen, die sich nicht »konform« verhielten, und die ein Teil der Opposition in der DDR waren: »Bis Ende der 70er Jahre bestand die politische Opposition gegen die SED überwiegend aus einzelnen Personen und sehr kleinen Gruppen.« (Bruckmeier 1993: 9) Daraus entstand im Schutz der evangelischen Kirchen »ein Spektrum alternativer und zunehmend oppositioneller Gruppierungen [...], deren Akteure schließlich [...] die Initiatoren der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 werden konnten« (Bergem 2004: 47f.;

8 Die Volkssolidarität war der sozialistischen Ideologie verpflichtet (vgl. Chamberlayne 1992:150, vgl. auch Lattka 2002: 751).

9 Eine Übersicht über weitere »Mitgliedsstarke gesellschaftliche Organisationen in der DDR« geben Stephan et al. 2002: 617ff.

vgl. Berdahl 1999: 75 und 78; vgl. Bruckmeier 1993: 9f.),¹⁰ da die Kirchen »die einzigen nicht gleichgeschalteten Institutionen« (Maser 2018: 7) in der DDR waren. Parlamentarismus und das freie Reden, das für politisches Gebaren nötig war, wurde nur in den Evangelischen Kirchenparlamenten gelebt (vgl. Schröder 2011: 26f.). In Leipzig hatte der Nikolaikirchhof eine besondere Bedeutung als »politisches Forum« (Dietrich und Schwabe 1994: 219, vgl. Czok 1999; vgl. Steets 2007: 161f.).

4.1.2 Engagement innerhalb der Kommunalverwaltungen nach 1990

Der wahrgenommene Mangel an »Strukturen im Osten«, die aktuelles Engagement unterstützen könnten (Interview Kurt Wittner 10.03.16) kann in Zusammenhang gebracht werden mit einem Bruch in den formellen Rahmenbedingungen, aber auch mit der Existenz informeller Netzwerke, deren Existenz zuvor in gewisser Weise an die staatlichen Strukturen geknüpft waren. Eine Beobachtung aus Leipzig ist, dass es aufgrund dieses nicht vorhandenen institutionalisierten Netzes nach 1990 viel Raum für Subkulturen gab (vgl. Geier und Schlesinger 1996: 169), die zu einer besonders vielfältigen Mischung an gesellschaftlich und kulturell involvierten Personen beigetragen habe, wie Geier und Schlesinger in ihrem Sammelband über Vereine in Leipzig darstellen. Nach 1990 entstanden in Leipzig auch zahlreiche neue Vereinsformen, wie zum Beispiel Bürgerinitiativen. Die insgesamt »über 200 Vereine mit einigen Tausend Mitgliedern stellen ein beachtliches Potenzial an sozialem Engagement, sozialer Kompetenz und Aktivität dar« (ebd.: 166). Einige der genannten (z.B. Werk II, Halle 5, KAOS e.V., Villa, Rosalinde e.V., vgl. ebd.: 170ff.) existieren bis heute und waren im Forschungszeitraum bedeutende Anlauf- und Vernetzungspunkte sowohl für Geflüchtete als auch für Freiwillige.¹¹

Im Bereich der Wohlfahrtspflege wurden die Strukturen westdeutscher Verbände auf die »neuen« Bundesländer ausgeweitet. Nach 1990 mussten auf der institutionellen formellen Ebene »erst neue Strukturen aufgebaut werden« (Klößner 2016: 58, vgl. Roth 2001: 16). Die Wohlfahrtsverbände konnten sich in diesem Teil Deutschlands erst wieder nach 1990 frei entfalten, da sie in der DDR-Zeit ihrer ideologischen Grundlage beraubt waren. »Soziale Ungleichheit« wurde schlichtweg »verneint«, jegliche Wohlfahrt bezog sich ausschließlich auf ältere Menschen (Klößner 2016: 56). Beispielsweise die *Volkssolidarität* hat jedoch »überlebt und or-

10 Es gab außerdem faschistische und erste antifaschistische Bewegungen (vgl. Jänicke und Paul-Siewert 2020) sowie Umweltschutzorganisationen, die im »shadow of the Protestant church« (Berdahl 1999: 77) wachsen konnten.

11 Außerdem entstehen nach 1990 in Leipzig Geschichts-, Heimat-, Militär- und Schützenvereine sowie studentische Verbindungen (Geier und Schlesinger 1996: 172) sowie religiöse bzw. kirchliche Gemeinschaften (Vereine) und Freimaurerlogen (ebd.: 173).

ganisier[t] bis heute in erheblichem Umfang freiwilliges Engagement in ihren Reihen« (Roth 2001: 17).

Das heißt, dass Menschen in der DDR sich sehr zahlreich und divers engagierten und dass dieses Engagement in seinen institutionellen Rahmenbedingungen nach der Wende neu gefasst werden musste. Diese Umwälzungen überlagerten sich mit den Entwicklungen der sogenannten »Modernisierung der Kommunalverwaltungen«, die in den 1990er Jahren begann. Dabei ging es um die Einführung »betriebswirtschaftliche[r] Elemente« (Fliedner 2017: 27). Effizienz, Messbarkeit und Bedarfsanpassung wurden zu relevanten Kriterien in den Kommunalverwaltungen (vgl. ebd.: 27). Ortlieb Fliedner führt als Beispiel an, dass in diesem Zusammenhang die Zufriedenheit der Bevölkerung in Rathäusern abgefragt wurde. Die Bevölkerung wurde unter anderem durch solche Handlungen als passive Kundschaft angesprochen (vgl. ebd.: 27).

Andere Forschende sehen in den Problemen der Arbeitsmarkintegration einer großen Anzahl von Menschen nach der Wiedervereinigung bereits sozialstaatliche »Aktivierungspostulate« (van Dyk und Haubner 2019: 264). Eine genaue Datierung der Entwicklung kann nicht exakt festgelegt werden, verschiedene Studien diskutieren jedoch, dass es »ab Ende der 1990er-Jahre« (ebd.: 263) bzw. »im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts« (Fliedner 2017: 27) einen Wandel in der diskursiven Einbettung des Engagements gab. Das Engagement übernehme eine Rolle »als ertragreiche ökonomische Ressource« (van Dyk und Haubner 2019: 263) bzw. als »gesellschaftliche Produktivitätsressource« (Neumann 2016: 162ff.). Begleitet und legitimiert werde diese Rollenveränderung durch ein »Selbstverwirklichungs-Dispositiv« (ebd.: 121ff.), das positive Konnotationen für das Individuum mit dem Einsatz für die Gesellschaft herstellt. Die Individualisierungstendenzen des Engagements bewegen sich in diesem Wechselspiel von individuellem Nutzen und der staatlichen und gesellschaftlichen Einbettung dieses Nutzens. Die Grundidee des Subsidiaritätsprinzips, dass die nächsthöhere Ebene erst agiert, wenn die darunter nicht mehr allein agieren können, führt hier zum Gedanken der Aktivierung und »Bedeutungsaufwertung des einzelnen Bürgers« (ebd.: 14). Die Aktivierung der Bürgerschaft und die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements sollte durch verschiedene Top-down-Prozesse befördert werden: Die Einrichtung einer Enquete-Kommission des deutschen Bundestages zur »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« im Jahr 2001 war ein zentraler Schritt zur Etablierung der Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld. Unter der Regierung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (1998-2005) kam dem Konzept der Bürgergesellschaft eine zentrale Funktion zu, insbesondere im Kontext der voranschreitenden Transformation des Sozialstaats. In der Vorstellung des »Aktivbürgers« steckte auch die Hoffnung, »sozialstaatliche Finanzierungs- und Versorgungsengpässe« mit der »Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Selbsthilfefähigkeit der Zivilge-

sellschaft auszugleichen« (Neumann 2016: 10; 431; vgl. auch van Dyk und Haubner 2019: 262).

Wie unter anderem auch Ulrich Beck in seinem Buch »*Risikogesellschaft*« (1986) nachzeichnet, werden die von ihm beschriebenen neuen politischen Bewegungen in der Folge zunehmend sichtbar als Bürgerstiftungen, Fördervereine, Selbsthilfegruppen (vgl. Fliedner 2017: 28f.). Sogenannte »freie Träger«, also »private, das heißt, nicht staatliche Organisationen (in der Regel Vereine, Wohlfahrtsverbände, GmbHs oder Stiftungen bürgerlichen Rechts), die vorrangig in der Alten-, Gesundheits-, Jugend- oder Sozialhilfe tätig sind« (ebd.: 29) übernehmen mehr und mehr »Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten« (ebd.: 28). Die Aufgabenteilung wurde gesetzlich geregelt (vgl. Kapitel 5.1) und ihr Vorrang »vor öffentlichen, kommunalen Einrichtungen« durch das Subsidiaritätsprinzip definiert (Fliedner 2017: 29). Das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure spielt bei der Arbeit freier Träger eine erhebliche Rolle. Van Dyk und Haubner sprechen in diesem Zusammenhang von der »Etablierung von Engagementpolitik als eigenem Politikfeld« seit Ende der 1990er Jahre (2019: 265). In ihrer Studie führen sie weitere Gesetzesänderungen an, die »Anreize schaffen« um freiwilliges Engagement zu fördern (vgl. ebd.: 265f.). Neben diesen »(explizit) engagementfördernden« zählen sie dazu auch die »(implizit) unterlassenden oder externalisierenden Strategien und Prozesse [...]« (ebd.: 269; vgl. *invited* und *negotiated spaces*, Kapitel 2.2).

Ich schlussfolgere daraus, dass gezielt Prozesse und Institutionen staatlich eingeleitet wurden, die die Beteiligung der Gesellschaft sowie die Aufgabenauslagerung an freie Träger Top-down intendierten. Diese Dynamiken, die das Engagement im Allgemeinen betreffen, existierten demnach im Forschungszeitraum bereits. Dies möchte ich betonen, da in Bezug auf meinen Forschungskontext – das Engagement für *Geflüchtete* – immer wieder diese bereits existierenden Top-down-Prozesse mit neu entstehenden Bottom-up-Prozessen vermischt wurden. Policies, Diskurse und Handlungen können in beiden Prozessrichtungen gleichzeitig ablaufen und sich auch gegenseitig bedingen, deswegen dürfen die Bottom-up-Prozesse aber nicht mit Top-down-Prozessen gleichgesetzt werden. Konkret bedeutet dies, dass ich in meinem Forschungsfeld trotz dieser Tendenzen zur Aktivierung und Auslagerung Raum für eigeninitiatives und kreatives Handeln gesehen habe. Ähnlich wie in Kapitel 4.1.1 beschrieben, gehe ich nicht davon aus, dass gouvernementale Strategien allein die Agency von Individuen definieren. Die Darstellungen der Assemblage, die umfänglich alle internen und externen Kapazitäten als Einflussfaktoren umfasst, ermöglicht es, keine Akteur*innen per definitionem überzubetonen.

Dies stellt eine andere Perspektive dar, als in Untersuchungen zu Migrationsregimen eingenommen wird. Durch die kritische Übernahme des Regime-Ansatzes in die wissenschaftliche Erforschung von Migrations- und Asylregimen wurde die »Autonomie der Migration« (Moulier Boutang 1998) gegenüber den Kontroll- und

Abschottungsmechanismen betont (vgl. Karakayali und Tsianos 2005; vgl. Hess und Tsianos 2004: 11f.; vgl. Hinger, Schäfer und Pott 2016: 434f.; vgl. Müller 2010: 33f., siehe Kapitel 1.2.1). »Der Regime-Begriff verweist vor allem darauf, dass Grenzen nichts Statisches sind, sondern sozialen Dynamiken und Kräfteverhältnissen unterliegen – wobei die Migration – wie dargestellt, selbst eine maßgebliche Kraft für das Grenzgeschehen darstellt.« (Hess und Tsianos 2004: 11; vgl. Hess und Tsianos 2010: 247f.) Nina Glick-Schiller und Ayşe Çağlar (2011b) kritisieren jedoch den Ansatz in »*Wider die Autonomie der Migration*«, weil er Migration »als soziales Phänomen« nicht analytisch aufgreift: »Im Gegenteil zeigen uns diese Ausführungen die Notwendigkeit auf, die Dynamiken von Migration als integralen Bestandteil von und Beitrag zu sozialen, historischen und politischen Prozesse zu untersuchen.« (2011: 148)

Freiwillige Hilfe ist eine erhebliche Konstante freiwilliger ›nicht-staatlicher‹ Unterstützungsstrukturen ist, die im Subsidiaritätsprinzip traditionale gesellschaftliche Wurzeln haben. Dieses Prinzip wurde einst institutionalisiert, um das Eingreifen des Staates einzudämmen. Im Kontext der *Verwaltungskrise* 2015/2016 stellen die Grundgedanken dieses Prinzips nun eine Möglichkeit dar, um die Versorgung von Hilfebedürftigen in ›nicht-staatliche‹ Bereiche »als Prinzip der Staatsentlastung« auszulagern (van Dyk und Haubner 2019: 263). Die Autorinnen sehen in diesem Zusammenhang eine »partielle Umdeutung der sozialen Frage in eine Frage der fürsorglichen Gemeinschaft« (ebd.: 262), das heißt eine Verantwortungsverschiebung vom Staat in die Gemeinschaft. Diese interessante Feststellung kann aus verschiedenen Perspektiven diskutiert werden: Zum einen belegt die Empirie der freiwilligen Unterstützungsstrukturen, dass insbesondere die Aufgaben der Sozialintegration bewusst in die jeweiligen Gemeinschaften vor Ort gegeben wurden und auch größtenteils von ihnen erfüllt werden wollten. Zum anderen hat das Subsidiaritätsprinzip aber schon immer genau das, die »fürsorgliche Gemeinschaft«, als Grundlage gehabt (ebd.: 262).

Ich verstehe das Subsidiaritätsprinzip als einen in Deutschland grundlegenden Gedanken, als *Voraussetzung* für die Existenz und Entstehung ›nicht-staatlicher‹ Strukturen, und als maßgeblich für die Art *wie* Unterstützung geleistet wurde. Dabei sehe ich das Subsidiaritätsprinzip als einen besonders wirkmächtigen Teil eines Dispositivs, das heißt als eine Handlungs-Strategie, die historisch gewachsen ist (vgl. Foucault 1978: 119f.) und nun im Rahmen neuer gesellschaftlicher Situationen wirkmächtig wird. Dass so vielfältige und breit gefächerte Unterstützungsstrukturen in diesem ›nicht-staatlichen‹ Raum entstanden sind, liegt daran, dass es in Deutschland bereits zahlreiche Strukturen der Einbindung von Freiwilligen gab. In Leipzig kann auch die besondere Situation in und nach DDR-Zeiten berücksichtigt werden, als temporäre und infrastrukturelle ›Leere‹, in der eine Fülle an Subkulturen und formellen wie informellen Organisationsstrukturen entstehen konnte. Dies knüpft auch an die in Kapitel 3 beschriebene Vorstellung der Menschen an,

ein Teil der Unterstützungsstrukturen sein zu können oder zu müssen. Diese beschriebenen Prozesse sind entscheidende Faktoren auch in der Koordinierung des Engagements im Forschungszeitraum. Die gewachsene Vielfalt der Organisationen barg Vor- und Nachteile, die sich 2015/2016 in einem Moment der besonderen Beanspruchung zeigte.

4.2 Koordinierung des Engagements in der Geflüchtetenhilfe in Leipzig

Die Koordinierung des freiwilligen Engagements erfolgte in Leipzig nicht durch eine zentrale Stelle, sondern war auf verwaltungsinterne und -externe Strukturen verteilt. Sowohl öffentliche und kirchliche Träger als auch kleine Initiativen, die von sich aus ehrenamtliche Angebote starteten, boten Möglichkeiten des freiwilligen Engagements (vgl. Reker 2016: 19). Die Humangeografin Birgit Glorius schlussfolgert in ihrer Studie zu haupt- und ehrenamtlichen Strukturen in Leipzig, dass »spezifische Stärken« Leipzigs, nämlich die starke Bereitschaft der Leipziger Bevölkerung zu helfen, »aber auch Schwachstellen«, nämlich die Vernetzung und Koordination auf Stadtebene deutlich wurden (vgl. 2017: 52; vgl. Kapitel 2). Die Vielfalt der »nicht-staatlichen« Unterstützungsstrukturen in Leipzig wurde in der Praxis vor allem dezentral koordiniert. Im Folgenden beschreibe ich zunächst, welche Rolle die Stadt dem Engagement zuschreibt und wie dies diskutiert wird (Policy-Ebene), um dann die konkreten Assembling-Prozesse des *Matching* zu erläutern.

4.2.1 Diskursive und institutionelle Einbettung des Engagements auf kommunaler Ebene in Leipzig

Zum Zeitpunkt der Feldforschung gab es in Leipzig von städtischer Seite verschiedene Koordinierungsstellen, die das Engagement in der Stadt fördern und koordinieren:

- Die Koordinierung von freiwilligem Engagement (allgemein) übernimmt seit 2001 die Freiwilligenagentur e.V. (Freiwilligen-Agentur Leipzig 2020).
- Das Forum Bürgerstadt Leipzig (Neustart 2008).¹²

12 In der Selbstbeschreibung auf der Internetseite heißt es, das Forum Bürgerstadt »setzt die Arbeit des ›AK Lokale Demokratiebilanz‹ fort, der sich seit 2002 um die Etablierung partizipativer Politikformen in Leipzig bemühte. Mit dem Neustart im Mai 2008 setzen wir uns zum Ziel, den Dialog zwischen Stadtverwaltung, Politik und der aktiven Bürgerschaft zu befördern und diesem ein Podium zu bieten« (Forum Bürgerstadt o.J.). Das Forum Bürgerstadt steht in Kooperation mit der Stadt Leipzig und der Leipziger Agenda 21. Die Agenda 21 ist ein UNO-Programm, das 1992 auf den Weg gebracht wurde und somit als ein top-down-initiiertes Prozess zur Steigerung der Bürgerbeteiligung gesehen werden kann (vgl. ebd.).

- Als Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung fungiert »Leipzig weiterdenken«, ein Projekt, das 2012 »mit Hilfe von Bundesmitteln [...] als beteiligungsorientierte Strategie der integrierten Stadtentwicklung« begann. »Nach Auslaufen der Förderung betrieb die Stadt das Projekt mit eigenen Ressourcen weiter« als die heutige Koordinierungsstelle zur Bürgerbeteiligung (seit Januar 2014) (Heinrich Böll Stiftung 2018).

Schon vor 2015 wurde in Leipzig die Zukunft des Ehrenamts angesichts wegfallender finanzieller Unterstützung diskutiert. Unter dem Titel »*Ehrenamt: Zukunftsoder Auslaufmodell?*« veranstaltete das Leipziger Bürgerbeteiligungsformat »*Leipzig weiter denken*« im Juli 2014 ein Diskussionsforum zu diesem Thema. Es ging um die zukünftige finanzielle Unterstützung von Vereinen in Leipzig. Anlass war die Überarbeitung der Förderrichtlinie der Stadt Leipzig (vgl. Kapitel 6). Auf der Internetseite der Stadt Leipzig kann man die Themen und Diskussionspunkte dieser Veranstaltung nachvollziehen (Stadt Leipzig 2020g). Es wird deutlich, dass die Stadt ein großes Interesse am Fortbestand der Vereinsaktivitäten hat. Nachdem eine externe Fördermöglichkeit von Engagement (beschäftigungsfördernde Maßnahmen) wegfiel, sollte ein »notwendiger Strukturwandel« zum Erhalt dieser Vereinslandschaft »gemeinsam bewältigt« werden (ebd.). Die Stadt könne dieses Interesse jedoch nicht finanziell unterstützen, weswegen sie auf eine gemeinsame Lösung dieser Problematik drängt (vgl. ebd.).

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass schon vor 2015 eine Spannung bestand zwischen dem vonseiten der Stadtverwaltung formulierten Anspruch auf ein vielfältiges Angebot an »nicht-staatlichen« Strukturen in der Stadt, der auch durch die Markierung Leipzigs als »Bürgerstadt« mit einer »langen Tradition« (Stadt Leipzig 2017a) deutlich wird, und deren fehlender Finanzierung(smöglichkeiten). Die Entwicklungen ab 2015 trafen auf diese Spannung von gleichzeitigem Wohlwollen und fehlender Finanzierungsmöglichkeiten.

Speziell im Kontext des Engagements für Geflüchtete ist von städtischer Seite im Februar 2016 eine Koordinierungsstelle im Referat für Migration und Integration entstanden. Sylvia Gössel, die diese Stelle leitet, beschreibt im September 2016 auf einem Vernetzungstreffen des »*Forum Bürgerstadt*«, dass die Unterstützungsstrukturen für Ehrenamtliche im Bereich der Geflüchtetenhilfe in der Stadt erst jetzt entstünden (Sitzungsprotokoll Feldnotizen 22.09.16). Dies ist, zum Beispiel im Vergleich zu Nürnberg spät. Dort hatte sich bereits im März 2015 eine zentrale städtische Koordinierungsstelle für das Engagement herausgebildet, die für verschiedene gleichgestellte Helferkreise zuständig war, und deren Austausch sie ebenfalls koordinierte (vgl. Interview Uli Glaser 20.03.17). Auch in Leipzig entstand die Engagementkoordination als Institution neu im Feld. Jedoch sah die Situation in Leipzig ganz anders aus. Zahlreiche Träger koordinierten und improvisierten auf ganz unterschiedliche Art und Weise die Zuordnung von Freiwilli-

gen zu Hilfsbedarfen. In Leipzig war der Flüchtlingsrat e.V. häufig einer der ersten Ansprechpartner für Freiwillige, weil er zum einen seit 1990 besteht und zum anderen aufgrund seines Namens meist als naheliegendste Anlaufstelle interpretiert wurde. Die Koordination über diesen Verein funktionierte aber aufgrund der Überlastung in der Praxis etwa ab Sommer 2015 nicht mehr, wie mir übereinstimmend von überall aus dem Feld berichtet wurde. Menschen bekamen keine Antwort, Kooperations- und Unterstützungsangebote wurden ausgeschlagen. Dies beförderte die Suche nach neuen Institutionen, die die Koordinierung von Engagement übernehmen konnten. Die Stelle von Sylvia Gössel beriet hingegen vor allem die Organisationen und arbeitete daran, ein stadtübergreifendes Netzwerk der Geflüchtetenhilfe zu etablieren. Die praktische Ehrenamtskoordination fand demnach vor allem unterhalb der städtisch koordinierten Sphäre statt, auf der Ebene der Träger (Kirchgemeinden, Vereine, Wohlfahrtsverbände).

Auch der Vergleich mit der ethnografischen Forschung von Larissa Fleischmann (2020), die in einer südwestdeutschen Mittelstadt über Freiwilliges Engagement in der Geflüchtetenhilfe forschte, macht deutlich, dass in anderen Städten eine deutlichere Ansprache und direktere Koordinierungs- und Motivationsversuche seitens der Stadt gegenüber den Bürger*innen erfolgten, während man in Leipzig eher versuchte, die sich ohnehin entwickelnden Organisationen zu überblicken und zu unterstützen.

4.2.2 *Matching*: Freiwillige als Ressource

Im Jargon von Personen innerhalb des Leipziger asylpolitischen Feldes etablierte sich der Begriff *Matching* für die Zuweisung von Hilfsangebot zu Hilfsbedarf. Ein *Match* ist eine gelungene Kombination. *Gelungen* kann verschiedene Bedeutungen haben: Aus einer Perspektive, die im folgenden Zitat von Moritz Jäger, einem Mitarbeiter in einer Notunterkunft deutlich wird, bedeutet es, dass bei den Geflüchteten die gebrauchte Hilfe ankommt.

»Die Hilfsbereitschaft, die man hat, ist ein unwahrscheinlich starkes Zeichen einfach in der Stadt, dass da so eine große Solidarität da ist. Das Problem ist glaube ich eher ein anderes. Also, dass es jetzt irgendwie nix nützt, dass man sagt ich will irgendwie machen, mich einbringen und ich solidarisiere mich. Man muss halt die Hilfe auch steuern, dass sie ankommt und ich glaub der gute Wille hilft ja dann auch nicht weiter. Dass die Hilfe, die genau jetzt gebraucht wird, auch ankommt, das ist glaub ich grad eher so die Hauptbelastung.« (Interview Moritz Jäger 10.12.15)

Moritz Jäger problematisiert die Zuweisung von Freiwilligen zu den Stellen, wo ihre Hilfe »genau jetzt gebraucht wird«. Als Mitarbeiter in einer Notunterkunft ist er in seiner Arbeit direkt konfrontiert mit alltäglichen Bedarfen der Versorgung und

Unterbringung von Geflüchteten. Diese Steuerung von Hilfe, die Moritz anspricht und im Dezember 2015 als gegenwärtige »Hauptbelastung« beschreibt, ist nötig, weil Freiwillige und Hilfsbedarfe in den meisten Fällen nicht in einem Gleichgewicht an einem Ort, in einem Stadtteil zugegen sind. In einigen Stadtvierteln gibt es ein Überangebot, in anderen einen Mangel (vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2018: 120).¹³ Nun entstand eine Situation, in der diese Stadtteilbezogenheit des Engagements problematisch wurde (vgl. auch Reker 2016: 19).

Diese fehlende Stadtteil-übergreifende Vernetzung war Anlass für die Entstehung des »Forum Bürgerstadt«, auf dem sich zivile und städtische Akteure trafen, um gemeinsam über die Koordinierungsstrategien zu beratschlagen. Die Bestandsaufnahme auf dem »Forum Bürgerstadt« (22.09.2016) war, dass es für die anwesenden Organisationen schwerer geworden war, Freiwillige zu akquirieren. Es sei zwar eine hohe Anzahl von Menschen in den Freiwilligen-Pools angemeldet, doch sie werden nicht in den dortigen Einsatzstellen eingesetzt. Zum Beispiel gebe es zwar 700 Anmeldungen bei der Sachspendenzentrale, aber nur 40 aktiv Sortierende. Außerdem ging es auf dem Forum um eine möglichst optimale Verteilung der Hilfsangebote in der Stadt. Ich notierte mir folgende Fragen und Aussagen, die die Situation im Herbst 2016 veranschaulichen: »In der Sachspendenzentrale sortiert vielleicht gerade jemand Klamotten, der ein viel besserer Wohnungspate wäre.« Oder auch: »Überall in der Stadt liegen Zettel mit Adressen, wie können wir die nutzen?« (Stimmen auf dem 2. Forum Bürgerstadt, 22.09.16) Diese beiden ausgewählten Stimmen verdeutlichen, dass ein gewisser Effizienzgedanke in dieser Beschäftigung mit dem *Matching* steckt. Eine Person, die anspruchsvolle Aufgaben wie eine Wohnungspatenschaft übernehmen kann, wäre dieser Logik folgend falsch eingesetzt beim Klamotten sortieren, was hier als Beispiel für eine weniger anspruchsvolle Aufgabe dient. Hier wird deutlich, dass Freiwillige auch für »nicht-staatliche« Agierende zu einer Ressource geworden sind, die genutzt werden kann und muss.

Diese Beispiele zeugen einerseits von einer Beständigkeit der Probleme in der Koordinierung des Engagements in Leipzig. Mit Moritz Jäger sprach ich zu Beginn meiner Feldforschung Ende 2015, das »Forum Bürgerstadt« fand ein dreiviertel Jahr später, im September 2016, statt. Andererseits wird aber neben der Konstanz dieser Problematik auch deutlich, dass sich die Perspektive auf das Engagement im Laufe

13 Dies hat auch die Befragung von Fachkräften der Sozialen Arbeit aus 23 verschiedenen Leipziger GU's von Birgit Glorius ergeben: »So wird bei einigen zentral gelegenen Einrichtungen betont, es ergäben sich sehr gute Kooperationsmöglichkeiten mit nahe gelegenen soziokulturellen Zentren und die Geflüchteten seien in einem politisch eher links geprägten Stadtteil »super eingebunden«, während in anderen Einrichtungen die Nachbarschaft als »nicht ganz so einfach« oder die weiten Pendelstrecken als schwierig – gerade für die Integration von Familien mit Schulkindern – bewertet wurde« (Glorius 2017: 18).

dieses Jahres verändert hat: Jägers Zitat ist in der *Anfangsphase* und damit in der Zeit des Überangebots freiwilliger Hilfe und des Bedarfs an schneller Nothilfe situiert. Sein Fokus liegt nicht auf dem Einsatz der Freiwilligen, sondern auf deren Hilfe, die gezielt ankommen soll. Ehrenamtskoordinator Hans Wieler bezeichnete dies als die »Flaschenhals-Problematik« die daher rührt, dass es in Leipzig Anfang 2016 mehr Freiwillige als Geflüchtete gebe (Feldnotizen 13.01.16, vgl. Reker 2016: 19). Die Verteilung, Koordinierung und Supervision war eine große Aufgabe ohne fertigen Lösungsansatz, dafür mit zahlreichen Versuchen, Ideen und Strategien.

Die Zitate vom »Forum Bürgerstadt« sind hingegen in der *Konsolidierungsphase* situiert. Im Verlauf der *Konsolidierungsphase* veränderte sich die Grundsituation durch die Verfestigung der zuerst improvisierten Strukturen, dem Erfahrungsgewinn und der zunehmenden Expertise. Dennoch gab es auch im September 2016 in Leipzig immer noch keine städtische Vernetzung der asylpolitischen Assemblage, die eine gezielte Steuerung des Einsatzes der Freiwilligen koordinieren könnte. Das »Forum Bürgerstadt« war ein gemeinsamer Versuch von »städtischen« (im Sinne der Vertretung der Stadtverwaltung) und »nicht-städtischen« Akteur*innen, angesichts sinkender Freiwilligen-Zahlen und komplexerer Aufgaben zu einem gemeinsamen *Matching* zu gelangen und »die bislang aufgebauten Strukturen und Strategien zu reflektieren und »zukunftsfest« zu machen« (Glorius 2017: 52). Angesichts der langfristigen Aufgabe des Zusammenlebens mit Geflüchteten in der Stadt wurde die Frage zunehmend zentral, wie diese asylpolitische Assemblage *dauerhaft* funktionieren kann. Wie ich bereits in der Einleitung betont habe, bedeutet *Konsolidierungsphase* nicht, dass sich die Strukturen konsolidiert haben, sondern dass Strategien entworfen werden, sie zu konsolidieren. Dies zeigt, dass sich zwar freiwillige Aufgaben, die Bedürfnisse und die Anzahl freiwilliger Angebote ändern, dass das *Matching* aber eine konstante Schwierigkeit ist, weil entscheidende Akteure nicht miteinander vernetzt sind.

In Anlehnung an Stovel und Shaw spreche ich daher von einer strukturellen Lücke in der asylpolitischen Assemblage: »A hole – or gap – exists when those connected to a focal actor are not themselves connected to another.« (Stovel und Shaw 2012: 145) Die Lücke besteht demnach nicht nur, weil hauptamtliche Stellen fehlen (wie ich in Kapitel 2 für Leipzig aufgezeigt habe), sondern auch weil die existierenden Agierenden nicht miteinander vernetzt sind. Dieses war ein ab April 2016 deutlich sichtbares Problem und daher auch ein vieldiskutiertes Thema unter meinen Kontaktpersonen.

Die strukturellen Funktionen von freiwilligem Engagement in diesem Prozess veränderten sich in dieser zeitlichen Dynamik. Freiwillige wurden im Laufe der Zeit zunehmend selbst zur gefragten Ressource für Initiativen, da deren Organisationsstrukturen zunehmend institutionalisierte Räume für Freiwillige etablierten. Die Koordination selbst, das *Matching*, wurde zu einer Institution. Dass Freiwillige zu einer Ressource wurden, hängt mit diesen Institutionalisierungsprozessen zu-

sammen, innerhalb derer sie zu einem festen Bestandteil von Verwaltungsabläufen und Förderprozessen wurden (vgl. Kapitel 6).

4.3 Institutionalisation von Ehrenamtskoordination

Im Zuge der Koordination von Engagement etablierten sich Organisationen, die durch das *Matching* von Freiwilligen (genauer durch ihre *Prüfung* und die gemeinsame *Planung* des Engagements) die *Assemblage* mitgestalteten. Meiner Beobachtung nach institutionalisierten sie dadurch auch eine bestimmte Art der Herangehensweise und Einbettung des Engagements in der *Assemblage* und in den individuellen Bezügen. Wie Susan Wright in der Einführung zur »*Anthropology of Organizations*« (1994) beschreibt, geht es anthropologischen Studien darum, Organisationen als Orte/Stätten/Schauplätze (»sites«) zu verstehen, die Bedeutung/Sinn/Inhalt (»meaning«) konstruieren (ebd.: 3). Als solche möchte ich im Folgenden die Ehrenamtskoordinationsstellen in den Blick nehmen.

Dass sich im Forschungszeitraum neue Organisationen und Institutionen entwickelten, ist angesichts der zahlreichen neuen Gegebenheiten und der Dynamik der Entwicklungen 2015 nicht verwunderlich. Sie zeigen, dass sich neue Strategien der Problemlösung habitualisierten und verfestigten. Mary Douglas beschreibt in »*Wie Institutionen denken*« (1991: 81), dass jeder Institution eine »kognitive Konvention« zugrunde liege, voran gehe oder in einer Wechselwirkung mit ihr stehe. Dabei stellt sich einerseits die Frage, wie Konventionen zu Institutionen werden und wie sie diese Wechselwirkung beginnen und andererseits, auf welche Art und Weise Institutionen und Organisationen Konventionen oder Bedeutungen konstruieren.¹⁴ Im Folgenden zeige ich auf, inwiefern die Entwicklung der Koordination von Engagement als Organisation und Institution zu verstehen ist. Uta Wilkens et al. (2003) geben eine überblickhafte Definition über den Ablauf von Institutionalisierungsprozessen, die ein Startpunkt für meine Beschreibungen sein soll:

»Nach Berger und Luckmann ist Institutionalisation eine wechselseitige Typisierung habitualisierter Handlungen durch Typen von Akteuren [...]. Habitualisierte

14 Susan Wright (1994: 21) macht darauf aufmerksam, dass bei Mary Douglas die Beziehung zwischen Institution und involvierten Akteur*innen als eine statische erscheint, in der die Institution fest vorgeschriebene Konventionen repräsentiert und wenig Platz für Transformation durch die Akteur*innen (und damit der Institution) ist. Die Dynamik meines Forschungsfeldes macht überdeutlich, dass Institutionen und Organisationen typischerweise auch ambivalent sind und sich in einer permanenten Verhandlung befinden (vgl. ebd.: 4 und 20). Diese Verhandlung um die Bedeutungsbildung hängt mit Macht zusammen, die es in diesen Dynamiken zu untersuchen gilt (vgl. ebd.: 20).

Handlungen sind Verhaltensmuster, welche von einem Akteur oder einer Gruppe von Akteuren entwickelt und übernommen wurden, um wiederholte Probleme zu lösen. Solche Verhaltensweisen sind habitualisiert, da sie mit minimalem Entscheidungsaufwand bei den Akteuren verbunden sind und als gewohnheitsgemäße Antwort auf bestimmte Stimuli ausgeführt werden.« (Wilkens, Lang und Winkler 2003: 200f.)

Nach dieser Definition gehen wiederholt auftretende Probleme Institutionalisierungsprozessen voraus. In Hinblick auf mein Forschungsfeld ist das *Matching* ein typischerweise auftauchendes Problem. In meinem Beispiel entstand die Koordination durch Ehrenamtskoordinator*innen also als eine Strategie, die angesichts wiederholter Problemstellungen zum dauerhaften Lösungsmuster wurde. Diese Koordinationsstellen hatten entweder noch keine oder eine erst kurze institutionelle Biografie in Leipzig. Die Engagementkoordinatorin eines Vereins beschrieb mir beispielsweise im Interview, dass »im Prinzip jeder« in der Ehrenamtskoordination arbeiten könne, schließlich haben alle »keine Erfahrungen« darin (Interview 20.10.16). Die Aufgabe der praktischen Problemlösung wurde mit der institutionellen Gründung der Ehrenamtskoordinationsstellen sozusagen externalisiert, damit diese auf diesem Gebiet Erfahrungen sammeln können und sich spezialisieren. Das heißt, dass den Personen, die diese Stellen bekleideten, aufgrund des mangelnden spezialisierten Wissens auf dem Gebiet große Spielräume für die Etablierung von Handlungsmustern zur Verfügung standen. Hier wird zum einen die Lebendigkeit von Organisationen und Institutionen deutlich, wie Susan Wright (1994) sie verdeutlicht. Zum anderen wird die Agency der Individuen deutlich, die insbesondere in Momenten mit institutionellen Lücken größere Handlungsspielräume als sonst bekamen.

4.3.1 Prüfung von Freiwilligen

Im Folgenden beschäftige ich mich mit der Frage, welche Konventionen sich im Rahmen dieser Ehrenamtskoordination etablierten. In der *Anfangsphase* der Ehrenamtskoordination entstanden mehrere Ehrenamtskoordinationsstellen mit dem Ziel, die Adressen interessierter Freiwilliger zu sammeln und ihr Engagement zu koordinieren. Sie unterstützten die Zuordnung der Ehrenamtlichen zu den Bedürfnissen der Menschen in den Unterkünften (*Matching*).

Der Zugang zu ehrenamtlichem Engagement war durch die Ehrenamtskoordination vielfältig gestaltbar.¹⁵ Mein eigener Feldzugang als Einzelperson mach-

15 Freiwillige engagierten sich auch ohne Ehrenamtskoordination. Entweder sie hatten über ein bestehendes Engagement schon Kontakt zu freiwilligen Aktionskontexten, oder sie wollten bewusst unabhängig bleiben und damit eigene Zugänge finden und eigene unabhängige Organisationsformen entwickeln.

te deutlich, wie divers die tatsächlichen Möglichkeiten des Zugangs in der Praxis waren. Ich meldete mich bei verschiedenen Online-Portalen von Ehrenamtskoordinationsstellen und Vereinen an, die für interessierte Freiwillige einen leicht zugänglichen Online-Auftritt gestaltet hatten. Teilweise funktionierte die Anmeldung über ein Portal, das mithilfe von vorgefertigten Suchmasken die besonderen Interessen, Fähigkeiten, Zielgruppen, oder auch mögliche Zeitfenster des Engagements abfragte. Die Struktur der Erfassung meiner Daten bewegte mich dazu, bestimmte Vorstellungen meines Engagements hypothetisch durchzugehen. Schon in der ersten Erfassung des Interesses wurden die individuellen Wünsche und Kompetenzen sowie Zeitvorstellungen abgefragt, was suggeriert, dass diese bei der Zuweisung eines Engagements eine zentrale Rolle spielen. Die schnellste Antwort erhielt ich von der Sachspendenzentrale, die Menschen für die Sortierung von Sachspenden in einer Lagerhalle suchte. Die Organisation der Arbeitszeiten erfolgte in Schichten. Über einen Online-Login, den ich sehr schnell zugeschickt bekam, konnte ich selbst meine Arbeitszeiten in einen Kalender eintragen, in dem ich auch sehen konnte, wie viel Menschen sonst in dieser Schicht arbeiten. Vier Tage nach der Anmeldung half ich zum ersten Mal in der Sachspendenzentrale mit und konnte meine Arbeitszeiten selbst online gestalten. Die langsamste Antwort kam bisher nach über einem Jahr, im Dezember 2016. Von einer Stelle habe ich noch keine Antwort erhalten. Warum ist die Antwortdauer so unterschiedlich? Wie ist diese Diskrepanz zu erklären?

Sie hängt unter anderem damit zusammen, dass die Engagement-Angebote mit verschiedenen Voraussetzungen der *Prüfung* versehen wurden. Dabei spielt die Nähe des Kontaktes zu Geflüchteten eine entscheidende Rolle. In den Unterküf-ten aktiv zu werden sowie eine Patenschaft zu übernehmen sind Aktivitäten mit intensivem persönlichem Kontakt zu Geflüchteten.

Ich sprach mit zwei Ehrenamtskoordinatoren eines großen kirchlichen Trägers über ihre Aufgaben und deren Umsetzung (vgl. Kapitel 3.2.5). Einer von ihnen, Hans Wieler ist nicht nur im Bereich der Ehrenamtskoordination, sondern für die Vernetzung zahlreicher asylpolitischer Agierender in Leipzig eine Schlüsselfigur. Ich habe ihn im Feld bei einer Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Vernetzungstreffen, Gruppentreffen und sonstigen Events mit Bezug zu Asyl- und Migrationsthemen getroffen. Sein Verhandlungsgeschick sorgte mehrfach für eine Verbesserung der Abläufe in der Koordination freiwilligen Engagements, weil er als Vermittler die Kommunikation zwischen zwei Positionen vorantrieb oder direkt medierte. Er ist hauptamtlich als Ehrenamtskoordinator angestellt, seine strukturelle Funktion als *Assembler* beschränkt sich aber nicht auf diesen Job, sondern fällt aufgrund des Umfangs in den Bereich des persönlichen Engagements. Seine Netzwerke und seine individuellen Ressourcen waren sehr bedeutend für Teile der asylpolitischen Assemblage.

Im Gespräch über seine Arbeit als Ehrenamtskoordinator beschreibt er als eine erste Aufgabe, zu evaluieren, welche Unterstützung Freiwillige brauchen, »damit sie in diesem ersten Impuls ›Ich will etwas tun‹ auch ein Stück zufrieden gestellt sind« (Interview Hans Wieler 09.02.16). Ehrenamtliche brauchen »schnelle Erfolge«, so die Einschätzung von Wieler, um »das Gefühl zu haben, [ihr Engagement] nützt etwas« (ebd. 09.02.16). Ein wesentlicher »Grundsatz« in der Arbeit mit Ehrenamtlichen sei es, ihre Eigeninitiative aufzugreifen, anfangs »starken Support« zu geben, um sich dann schrittweise aus der Koordination zurückzuziehen, beschrieb Wielers Kollege, Martin Ganske (Interview Martin Ganske 07.09.16). Es wird deutlich, dass Freiwillige als bedeutsame Ressource verstanden werden, deren Initiative zum Engagement möglichst bestärkt werden soll, um sie nicht zu verlieren. Als Vergleichsfolie zu diesem Vorgehen lässt sich hinzufügen, dass Wieler im gleichen Gespräch deutlich macht, dass es trotz des riesigen Freiwilligenpools, über den er verfügt, äußerst schwierig ist, Freiwillige für konkrete Aufgaben zu gewinnen, beispielsweise wenn ein Umzug am Wochenende ansteht und er Umzugshelfer benötigt, die eine Familie unterstützt. Es zeigt sich darin, dass freiwilliges Engagement mit seinen temporären und räumlichen Strukturen in das Leben der Freiwilligen passen muss.

Neben dieser Form der Unterstützung besteht eine weitere Aufgabe der Ehrenamtskoordination darin, die Freiwilligen zu »prüfen« (Interview Hans Wieler 09.02.16). Diese Aufgabe wird bei der Vermittlung in Unterkünfte inhaltlich durch die Absprache mit den jeweiligen Trägern mitdefiniert. Im Gespräch mit den Freiwilligen wird abgeklärt, ob die formellen Voraussetzungen für die Aufnahme des Engagements gegeben sind. Neben dem mittlerweile obligatorischen *Erweiterten Führungszeugnis*¹⁶ sind das beispielsweise folgende Bedingungen, die mir Martin Ganske schilderte (07.09.16): Mindestalter 18 Jahre, Mitgliedschaft beim Träger (Nichtvorhandensein kann durch Vertrag bei der Ehrenamtskoordinationsstelle ersetzt werden, quasi als Vertrauensbeweis-Ersatz), Belehrung über zentrale Verhaltensvorschriften des Trägers innerhalb der Unterkunft (z.B. kein Essen oder Trinken in die Unterkunft nehmen, Hygienevorschriften vor und nach Kontakt zu Geflüchteten, Privatsphäre-Bestimmungen etc.). Ist das *Erweiterte Führungszeugnis* vorhanden und der Ehrenamtsvertrag abgeschlossen, kann man dann im Büro des Trägers einen Quartiersausweis bekommen, der zu jedem Eintritt und Austritt in

16 Gesetzliche Grundlage für das Anfordern des *Erweiterten Führungszeugnisses* ist das Bundeszentralregistergesetz. Die Aufforderung erfolgt gegenüber Personen die »kinder- und jugendnah« arbeiten oder arbeiten wollen »unter Bezugnahme auf §30a m Falle einer Prüfung der persönlichen Eignung oder nach §72a des 8. Buches Sozialgesetzgebung«. Es enthält auch Verurteilungen wegen Sexualdelikten, die für das normale Führungszeugnis »zu geringfügig« sind.

der Unterkunft vorgezeigt werden muss. Dies alles dient dem Beweis der abgeschlossenen *Prüfung* der Freiwilligen. Bei der Sortierung von Kleidung hingegen wurde kein einziges dieser Kriterien überprüft.

Neben diesen formalen Zugangsvoraussetzungen werden auch die persönlichen Zugangsvoraussetzungen der Interessierten durch ein Gespräch mit den Ehrenamtskoordinator*innen evaluiert. Es geht darum, eine Einschätzung über die Motivation und die Erwartungen und Erfahrungen der Freiwilligen zu gewinnen. Ich habe mit Hans Wieler darüber gesprochen, nach welchen Kriterien diese persönliche Einschätzung erfolgt. Im folgenden Interviewausschnitt wird deutlich, dass es keine klaren Vorgaben für die persönliche Einschätzung gab und vor allem das Gefühl und das Gespür der Ehrenamtskoordinator*innen Grundlage für die Bewertung waren:¹⁷

»[E]s geht schon ein Stück weit darum – also *wenn* die Zeit zur Verfügung steht – und das ist tatsächlich nicht ganz so einfach – ein persönliches Gespräch zu führen, was uns eigentlich für die Menschen, die wir direkt vermitteln oder mit denen wir arbeiten, wichtig ist. Wir streben an, dass wir mit jedem so ein Einzelgesprächstermin machen, und da ist es natürlich so, dass ich dann die Motivation abfrage. Mir also auch erzählen lasse, was für Erfahrungen gibt's im Ehrenamt, warum jetzt gerade auch mit Flüchtlingen und in so einem Gespräch bekommt man schon ein ganz gutes Gefühl [...]. Also in seltenen Fällen ist es so, dass man sehr direkt merkt, dass da eine Person vor einem sitzt, wo es schwierig ist. Also wo, ich mir sage, ich kann mir nur schwer vorstellen, dass die Person mit Flüchtlingsfamilien, Einzelpersonen wirklich richtig gut arbeiten kann, weil – ja, weil ich einfach spüre, dass da von der Persönlichkeit her sehr viel – also der Haupttenor wirklich auf dem Bereich liegt, dass da jemand was zurückkriegen will und irgendwas ausgleichen will. Und dann ist es schon so, dass ich mir sehr gut überlegen würde, in welcher Form könnte der sich trotzdem einbringen. In vielen Fällen ist es so, dass man vielleicht auch andere Wege aufzeigt [...]. Und, ich würde sicher schon auch den Blick dahin richten, ob so ein Mensch sich trotzdem irgendwie, ich sag mal bei so einer Umzugshilfe oder sowas mit einbringen kann, wo ich sage, da ist nicht jemand alleine. Da kann man das nutzen. Aber das diskutieren wir dann auch im Team. Es ist auch wichtig, in bestimmten Situationen klar nein zu sagen. Und das denke ich das ist auch nicht ganz so einfach, weil es auf der anderen Seite nicht wirklich unbedingt so ist, dass man einen Menschen in einem halbstün-

17 In der Umfrage in 23 Einrichtungen Leipzigs filterte Birgit Glorius (2017: 21) heraus: »Wichtig ist den hauptamtlichen Kooperationspartnerinnen hierbei auch immer, eine Reflexionsmöglichkeit der Motivation zu bieten und die Frustrationstoleranz und Abgrenzungsfähigkeit der Bewerber/innen zu prüfen. Einen einheitlichen Qualitätsstandard für das Verfahren bzw. Mindestanforderungen oder eine vorbereitende Schulung gibt es jedoch im Vorfeld des Einsatzes nicht«.

digen Gespräch da so einschätzen kann, und sagen kann, ob jemand geeignet ist oder nicht. Wir machen die Ehrenamtsverträge daher auch erstmal nur ein halbes Jahr, das ist immer kündbar. Das ist eher auch eine gewisse formale Absicherung. Und trotzdem dient das natürlich auch dazu, dass man auch nach einem halben Jahr nochmal einen Blick drauflegen kann. In der Realität sag ich jetzt, also viele Ehrenamtsverträge waren jetzt Ende Dezember auch ausgelaufen, die haben wir dann erneuert. Das haben wir dann auch nicht geschafft mit – das sind ja ungefähr – vielleicht 50 Leute, 60 Leute, mit denen wir direkt einen Vertrag haben, also da mit jedem einzelnen auch nochmal ein Gespräch zu führen.« (Interview Hans Wieler 09.02.16)

In diesem Interviewausschnitt wird deutlich, dass idealerweise ein persönlicher Kontakt zwischen Ehrenamtskoordinator*in und Freiwilligen bestanden haben soll. Andeutungsweise klingt durch, dass dies nicht der Regelfall ist. Wieler ist sich bewusst, dass eine halbe Stunde nicht reicht, um einen Menschen absolut sicher auf die Eignung für ein bestimmtes freiwilliges Engagement zu prüfen. Deswegen ist zur Sicherheit die Befristung des Vertrages auf ein halbes Jahr angesetzt. Grundsätzlich muss er also seiner persönlichen Einschätzung der Persönlichkeit des Gegenübers vertrauen und ist sich der praktischen Grenzen dieses Vorgehens, sowohl was das Zeitmanagement als auch was die Möglichkeiten der Einschätzung einer Persönlichkeit betrifft, bewusst. Diese Beschreibungen verdeutlichen, dass trotz einer Institutionalisierung im Sinne einer gewünschten Standardisierung der Zugangsvoraussetzungen zum Engagement, neben den formalen Voraussetzungen eine hohe Anzahl von Unklarheiten der Umsetzung bleiben. Auch meine Nachfrage, welche Einträge ins *Erweiterte Führungszeugnis* eigentlich ein Engagement verhindern würden, sagte Wieler, dass es dazu keine genauen Vorgaben gebe. Er habe noch nie ein Führungszeugnis mit Einträgen vorgelegt bekommen, daher wisse er spontan gar nicht so genau, wie er und sein Team vorgehen würden. In einer Kirchgemeinde berichtete mir die Koordinatorin des Engagements, dass sie meist auf die Vorlage des *Erweiterten Führungszeugnisses* verzichte, da man sich schon so lange kennt.

Die Studie von Birgit Glorius kommt zu dem Ergebnis, »dass die formalen Mindestanforderungen für Ehrenamtliche eher niedrig und nicht einheitlich sind« (2017: 20). Es stellt sich in der Konsequenz dieser Erörterungen die Frage, welche Funktion eine solche institutionalisierte Prüfung angesichts dieser Abhängigkeit persönlicher Einschätzung und willkürlicher Durchführungspraxen erfüllt. Meine These ist, dass das Suggestieren eines formellen bürokratischen Aktes eine gewisse Sicherheit in diese Phase der Unsicherheit bringen sollte.¹⁸ Gleichzeitig kann-

18 Zur Frage der Hassliebe der Menschen zur Bürokratie siehe David Graeber: *Bürokratie. Die Utopie der Regeln* (2016 [im englischen Original 2015]). »Die unpersönlichen Beziehungen innerhalb der Bürokratie sind nicht nur bequem; zu einem gewissen Grad gründen auch unsere

ten sich Ehrenamtskoordinator*innen durch dieses Vorgehen in dem institutionell neuen Handlungsraum rechtlich absichern, sodass auch auf ihrer Seite potenzielle Unsicherheiten durch diese Formalitäten begegnet werden konnten. Ich denke, dass angesichts der chaotischen Zustände im zweiten Halbjahr 2015 versucht wurde, so viel Koordination wie möglich in die Assemblage zu bringen und dass Formalitäten wie die *Prüfung* für zahlreiche Menschen in diesen Zeiten, wo so viel passierte, was sie noch nicht kannten, eine Art Leitfaden darstellen und ein Gefühl von (bürokratischer) Sicherheit vermitteln konnte.

Im Verlaufe des Jahres 2016 wurde mehr und mehr verhandelt, *welche* Freiwilligen von *welchen* Koordinationsstellen geprüft werden. Es gab eine Unterscheidung zwischen »geprüften« und nicht-geprüften Freiwilligen (Interview Hans Wieler 09.02.2016; vgl. Interview Martin Ganske 07.09.2016). War man schon durch ein Prüfsystem gelaufen und konnte dies nachweisen, konnte man schneller eingesetzt werden. Die *Prüfung* wurde zu einer Art Zugangsvoraussetzung für das Engagement. Freiwillige zu prüfen und ihnen Jobs zuzuweisen entwickelte sich zunehmend zu einem Geschäftsmodell. Die *Prüfung* wurde dabei zur Dienstleistung, für die man Projektgelder beantragen konnte, durch die sich die Ehrenamtskoordinationsstellen partiell finanzierten. Somit entstand eine neue Abhängigkeit: Diese Stellen mussten in der Regel auch einen gewissen Durchlauf und eine gewisse Anzahl an Zuweisungen von Freiwilligen nachweisen, um die Auszahlung ihrer Projektgelder zu rechtfertigen (vgl. Kapitel 6).

4.3.2 *Planung*: Institutionalisierung eines Sozialraums für Engagement

Um die Aufgabenunklarheit und die Überforderung im freiwilligen Engagement möglichst gering zu halten, wurden Freiwillige dazu angehalten, ihr Engagement zu planen. Die Koordination des Engagements begann für die Freiwilligen, die sich bei einer Koordinationsstelle bewarben, meist mit einem Planungsmoment, der darin bestand, Zeit und Inhalt ihres Engagements zu formulieren. Auch für die Freiwilligen selbst, spielte *Planen* des Engagements eine bedeutende Rolle, wie ich im Folgenden anhand ethnografischer Episoden darstelle:

Meine Informantin, die Studentin Jana Hildebrandt, geht einmal die Woche zu einem selbstorganisierten Begegnungsabend mit Geflüchteten, die vor allem aus der nahegelegenen Unterkunft kommen. Ziel ist es, gemeinsam zu essen und durch dieses lockere Beisammensein Deutsch-Lern-Patenschaften zu fördern. Anfangs besuchte sie an dem einen Abend in der Woche den Begegnungsabend als ein Engagement, das in Zeit und Raum festgelegt war. Dann begann sie das Engagement sowohl zeitlich als auch räumlich auszuweiten, weil sie die Geflüchteten

Vorstellungen von Rationalität, Gerechtigkeit und allen voran der Freiheit auf ihnen« (2016: 185).

auch in anderen Situationen unterstützen wollte. Sie berichtete mir davon, wie sie dabei mehr vom Leben der Geflüchteten erfuhrt und gern bei akuten Problemen, beispielsweise bei Wohnungsbesichtigungen helfen wollte. Nachdem sie dies mehrfach auch tat, bekam sie über WhatsApp weitere Anfragen nach Unterstützung oder sozialem Austausch. Sie beschrieb, dass die Überlastung, die sie dabei empfand, sie sehr beschäftigt hat, weil sie einerseits gern helfen wollte, andererseits spürte, dass es ihr zu viel wird. Als Konsequenz hat sie sich selbst wieder in ihre ursprünglichen zeitlichen Grenzen verwiesen und hat begonnen, sich auch bei Anfragen konsequent abzugrenzen. Gleichzeitig betonte sie, dass ihr Engagement ihr in diesem Rahmen sehr viel Spaß macht, auch der Kontakt dort vor Ort. Ihr werde es jedoch schlichtweg zu viel, weil sie dann für ihre anderen sozialen Kontakte und ihre Arbeit nicht mehr ausreichend Zeit habe. Dies stellte für sie ein Dilemma dar, da sie die Situation der Geflüchteten erkannt hatte und gleichzeitig für sich selbst die Entscheidung getroffen hat, pro Woche nur diesen einen Abend Zeit zur Verfügung zu haben neben ihren anderen Beschäftigungen (vgl. Gedächtnisprotokoll Interview 25.05.16 und 12.09.16). So wie Jana Hildebrandt haben zahlreiche Freiwillige einen speziellen Sozialraum für ihr Engagement eingerichtet, der sich nicht mit ihrem üblichen Lebensraum und Alltag vermischte.

Auch Walter Berger, der als Mitglied einer ehrenamtlichen Initiative einmal die Woche zwei Stunden Deutsch-Unterricht in einer Erstaufnahmeeinrichtung gibt, wählt eine ähnliche Strategie. Er gehört einer Gruppe an, die solche Deutschangebote gestalten. Er hat mir bei meinen ersten Teilnahmen am Deutsch-Angebot alles erklärt und gezeigt und ich durfte bei seinem Deutsch-Unterricht hospitieren. Deutsch-Unterricht bedeutete dort meist eine 1:1 Betreuung, da so wenige Menschen das Angebot nutzten. Wir saßen oft herum, warteten und unterhielten uns so lange, bis jemand in den Raum kam. Für Walter Berger war klar, dass er typischerweise zu diesem einen Zeitfenster in die Unterkunft geht, um dort in einem dafür vorgesehenen Raum darauf zu warten, dass jemand zum Deutsch-Angebot erscheint. Er sagte, er fände es nicht schlimm, wenn niemand kommt. Diese Zeit sei sein Angebot und wer das annehmen will, könne das gerne tun. Wenn in der Zeit niemand in den Raum käme, um am Deutsch-Angebot teilzunehmen, sei das auch nicht schlimm für ihn.

Die inhaltliche Gestaltung des Deutsch-Angebotes nahmen die Freiwilligen selbst vor. Sie bestimmten auch das didaktische Vorgehen in den Unterrichtseinheiten. Die Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Hygienevorschriften waren hingegen durch den Träger der Unterkunft vorgegeben und von der Ehrenamtskoordination an sie herangetragen worden. Sie befolgten diese sehr genau und wiesen mich mit Nachdruck darauf hin, alles auch genauso zu befolgen. Dies alles lief in einem engen strukturierten Rahmen ab. Herr Berger und andere Freiwillige des Deutsch-Angebotes verhielten sich darin sehr klar und eingespielt. Diese Aspekte sowie die aktuellen Belegungszahlen der Erstaufnahmeeinrichtung

hatten dabei ein weitaus größeres Unterhaltungspotenzial als inhaltliche Fragen des Deutsch-Unterrichtes. Auch schien ihr Engagement nicht an eine bestimmte Vorstellung eines Nutzens geknüpft zu sein im Sinne von einer bestimmten Anzahl von Bewohner*innen die zum Unterricht kommen. Ihr freiwilliges Engagement gab ihnen einen Rahmen, in dem ihre Herangehensweise, das heißt ihre Planung und ihre genauen Vorstellungen machbar waren. Mein Eindruck war, dass dieser Rahmen Orientierungspunkte in einem ganz neuen Terrain war. So konnten sie den Raum, die Zeit und den Grad der Nähe zu den Teilnehmenden überschauen und kontrollieren. Sie hielten sich mit den Bewohnenden der Unterkunft nur in dem einen dafür vorgesehenen Raum auf, jede Woche zur gleichen Zeit und zumindest Walter Berger wollte explizit keinen darüber hinaus gehenden Kontakt zu ihnen aufnehmen. Als ein Bewohner mir seine Handynummer zusteckte, erzählte ich Herr Berger davon und er erinnerte mich daran, dass wir unsere Handysnummern nicht weitergeben sollen (da das eine Regel ist, die für die Ehrenamtlichen dort gilt). Das Beispiel macht deutlich, dass ein persönlicher oder privater Kontakt ausdrücklich nicht erwünscht ist. Dies wurde außerdem deutlich, als Herr Berger mir erzählte, dass er es gut findet in einer Erstaufnahmeeinrichtung mit einem größeren Durchlauf an Personen zu sein. Nach dem Schließen der Erstaufnahmeeinrichtung wollte er nicht weiter in der Folge-Gemeinschafts-Unterkunft ehrenamtlich tätig sein, da die Menschen dort langfristig wohnen werden und ein häufigerer Kontakt zu der Bewohnerschaft entstehen würde, den er nicht wünschte (vgl. Gedächtnisprotokoll 17.08.16). Dies zeigt, dass er eine sehr klare Vorstellung vom inhaltlichen und zeitlichen Umfang seines freiwilligen Engagements hat. Außerdem wird die Beziehung zu den Geflüchteten auf einen möglichst klar abgesteckten, eher unpersönlichen Rahmen begrenzt.

Diese ethnografischen Beispiele zeigen das Nebeneinander von Engagement und sonstigem Alltag. Beides kann oder soll in der Vorstellung zahlreicher Freiwilliger nicht miteinander verbunden werden. In Gesprächen mit den in der Ehrenamtskoordination tätigen Personen sowie auf Informationsabenden zur Aufnahme von Engagement wird daher immer wieder betont, die Interessierten sollen sich genau überlegen, wie viel Zeit sie zur Verfügung stellen können und diese persönlichen Grenzen zu akzeptieren lernen. Die vorzeitige Festschreibung von Zeit, Inhalten und Strukturen suggerierte, dass diese sozialen Interaktionen von Seiten der Freiwilligen planbar seien. Von Seiten der Ehrenamtskoordination wurde auf diese Weise versucht, Frustration der Freiwilligen zu vermeiden und ihr Engagement dadurch aufrecht zu erhalten. Offenbar wurde davon ausgegangen, dass der Aufbau persönlicher Beziehungen mit Komplikationen verbunden sein könnte, weswegen angewiesen wurde, dies möglichst zu unterbinden.

Es wird deutlich, dass die Planung eines extra Sozialraums für die meisten Engagierten zum langfristigen Erhalt des Engagements beitrug. Dies widerspricht den Beschreibungen Serhat Karakayalis, nach denen jene Freiwilligen, die er als

Teil der unpolitischen neuen »Infrapolitik« sieht, durch das Engagement »ihren jeweiligen Sozialraum interkulturell [...] öffnen« um damit auf eine Weise, die nicht mit dem Protest gegen rechte Hetze verbunden ist, dennoch ihren Teil zu »einem Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Hegemonie« beitragen (2017: 22). Anhand meiner empirischen Beschreibungen der persönlichen Aushandlungen des Sozialraums »Engagement« wird deutlich, dass dem nicht grundsätzlich so ist. Vielmehr erschien mir vielfach das Festhalten an den geplanten Sozialräumen als Sicherheit gebende Institution, als Fixpunkt für das eigene Engagement, das mitunter eine große Herausforderung darstellte. Interkulturelle Erfahrungen sind in einer Stadt wie Leipzig immer noch sehr selten und insbesondere ältere Menschen kamen erstmals in Kontakt mit Menschen anderer Herkunft.

Durch die Schaffung von »Spezial-Angeboten nur für Geflüchtete« (Reker 2016: 19), das heißt in Angeboten, die extra für Geflüchtete geschaffen wurden, addierte sich der Aufwand für das freiwillige Engagement zum sonstigen Alltag hinzu. Die Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst plädierte im Leipziger Stadtmagazin *kreuzer* dafür, die freiwilligen Angebote aus den Unterkünften raus, und in die Stadt hinein, zu verlegen, vor allem da dies auch von Geflüchteten häufig als Wunsch formuliert werde (vgl. ebd.: 19). »Um die Integration der Menschen zu fördern, möchte die Stadt in Zukunft stärker daraufsetzen, bereits bestehende kulturelle Angebote und Strukturen zu stärken und so auszubauen, dass möglichst jeder freien Zugang dazu hat.« (ebd.: 19) Für die Realisierung dieses integrativen Gedankens blieben jedoch auch hier die Freiwilligen selbst verantwortlich. Ein Vertreter eines »integrativen Fußballvereins« (ebd.: 19) schilderte im selben Artikel die Herausforderungen, solche Ideale umzusetzen:

»Ein Problem, vor dem auch der United F.C. steht, ist der Platzmangel. Leider gebe es in Leipzig kaum Turnhallen, die kostenfrei genutzt werden können. Dass die Stadt Geld und Raum für sein Projekt zur Verfügung stellt, erwartet [er] aber gar nicht. ›Man muss von dem Anspruchsgedanken wegkommen und selber sehen, wie man seine Ziele erreicht.« (Reker 2016: 20)

Diese Schilderung verdeutlicht den subsidiären Gedanken, dass Hilfe von der nächsthöheren Ebene nur eingefordert wird, wenn es unbedingt nötig erscheint. Das Subsidiaritätsprinzip erscheint hier als nicht explizites, aber praktisch verinnerlichtes Handlungsmotiv. Es wird deutlich, dass es von Freiwilligen entwickelte Angebote und Bestrebungen gab, die Sozialräume von Geflüchteten mit denen der Schondagewesenen Leipzigs zu verknüpfen. Diese Form von Angeboten wurde zwar von der Sozialamtsleiterin präferiert, weil sie der Integration von Geflüchteten am meisten zutragen, gleichzeitig bewegten sie sich in einem finanziell prekären Raum (vgl. Kapitel 6). Der institutionelle Platz von Engagement ist außerhalb der Erörterungen dieses Kapitels abhängig von überholten Rechtspre-

chungen, komplizierten Förderlogiken, einer sich erst entwickelnden sächsischen Integrationspolitik, auf die ich in den folgenden Kapiteln eingehen werde.

4.4 Zwischenfazit: Koordination von Engagement als empirisches Sichtfenster

Die Zielstellung dieses Kapitels war es, die Koordination als *Assembling*-Prozess zu beschreiben. Auf Basis meiner empirischen Erhebungen diskutierte ich, entlang welcher Policies, Diskurse und Institutionen Freiwillige Arbeit in die kommunale Asylpolitik und -verwaltung organisatorisch eingebettet wurde. Dabei habe ich in der Argumentation einen besonderen Fokus sowohl auf das Subsidiaritätsprinzip als auch auf *Prüfung* und *Planung* als institutionalisierte Vorgänge in der individuellen und strukturellen Organisation des Engagements gelegt.

Das Subsidiaritätsprinzip ist in der Fluchtforschung als Teil eines Dispositivs vernachlässigt worden. Die Eigeninitiative und Erfahrungen von Wirkmächtigkeit von Individuen findet in diesem Prinzip eine strukturelle Bestätigung. Diese analytische Bedeutungsaufwertung der Handlungen und Selbstdeutungen von Individuen setzt sich hier gedanklich nach Kapitel 2 und 3 fort. Dieses Kapitel leistet einen differenzierten Beitrag zur Diskussion um die *Gouvernementalität* von Engagement in der Hilfe für Geflüchtete, in der Freiwillige vor allem als staatlich gelenkte Lückenfüller betrachtet werden.

Ich habe daher in diesem Kapitel die Koordination von Engagement als konkrete Einbettungspraxis des freiwilligen Handelns empirisch untersucht. Dadurch wurde deutlich, dass Freiwillige durchaus in der Logik der Hilfsorganisationen zu einer Ressource wurden. Dies geschah insofern, dass ihre Arbeit essenziell notwendig für die Aufrechterhaltung der formellen und informellen Asylstrukturen war. Die Beschreibung der Institutionalisierung von *Prüfung* und *Planung* der Freiwilligen verdeutlichte, dass Verfahren entwickelt wurden, um die Einbindung der Freiwilligen zu erleichtern. Jedoch ist dies keine Geschichte staatlicher Lenkung: Die Institutionen wurden entwickelt, um die zahlreichen Interessensbekundungen zu koordinieren, also als Antwort auf den Wunsch der Menschen, teilzuhaben an den Geschehnissen ihrer Stadt. Der empirische Blick hat außerdem gezeigt, dass in der Praxis der »*Street Level Bureaucracy*« (Lipsky 1980) eigenständige Interpretationen dieser Verfahren und Regulierungen entwickelt wurden.

Nach diesen Ausführungen zur praktischen Koordination bleibt die Frage, welche Strukturen und Mechanismen sich hinter diesem empirischen Sichtfenster verbergen. Aus den Erkenntnissen dieses Kapitels ergeben sich weitere Fragen: Warum ist die Koordination überhaupt ein so diffiziles Aushandlungsfeld in der Praxis? Warum ist es so schwer, die Aufgabenfelder von freiwilligem Engagement und hauptamtlichen Strukturen zu definieren? Im nächsten Kapitel betrachte ich

diese Aufgabenverteilung zwischen Haupt- und Ehrenamt im Moment der kurzfristigen Nothilfe und danach. Im Kontext der fortgeschrittenen Phasen institutioneller Einbettung betrachte ich Prozesse wie Professionalisierung und Etablierung des Engagements.

5. Engagement zwischen Haupt- und Ehrenamt: Aufgabenunklarheiten und Professionalisierung

In diesem Kapitel beleuchte ich den Diskurs um die Aufgabenunklarheit zwischen Haupt- und Ehrenamt und deren Effekte. Wenngleich diese Themen schon vorm Forschungszeitraum relevant waren,¹ zeigte sich in der Phase der vermehrten Institutionalisierung und Etablierung von Unterstützungsstrukturen, dass die Grenzziehungen von kommunalen Integrationsaufgaben ein sichtbarer Kristallisationspunkt waren. Die Dringlichkeit dieser Frage hat sich nicht nur durch den starken Anstieg des »kompensatorische[n] Einsatz[es] von Ehrenamtlichen in Leipzig« sowie auch »laut einschlägiger Studien flächendeckend in Deutschland« erhöht (Glorius 2017: 43f.). Dabei ist auch die Frage, *ob* die Übernahme staatlicher Aufgaben eine problematische Tendenz ist, zentraler Teil der Diskussion (Hamann und Karakayali 2016: 79). Langfristig gesehen haben sich Fragestellungen verändert: Es geht nicht mehr nur um die schnelle Nothilfe, nicht mehr nur um die Unterbringung, sondern es geht auch um die *Sozial- und Systemintegration* zuwandernder Menschen in Deutschland. Die Arbeit wendet sich beginnend mit diesem Kapitel stärker auch den langfristigen Folgen des Einsatzes von Freiwilligen zu, beginnend in der *Konsolidierungsphase* meiner Feldforschung.

Dazu ergründe ich zunächst die gesetzlichen Grundlagen des Handelns im Bereich der Geflüchtetenhilfe. Die Komplexität des asylpolitischen Mehrebenensystems in Deutschland trägt maßgeblich dazu bei, dass kommunale Aufgaben externalisiert werden. Im Rahmen der Verteilung von Aufgabenbereichen der Verwaltung, Unterbringung und Integration von Geflüchteten in *Freiwillige Aufgaben* sowie *Weisungs-* und *Pflichtaufgaben* werden Mindestanforderungen formuliert, die finanziell durch höhere Ebenen finanziert werden. Die Integration von Geflüchteten ist dort meist nicht erfasst. Das heißt, dass die Förderung von Institutionen in diesem Bereich als kommunale *Freiwillige Aufgaben* realisiert werden. Diese sind finanziell abhängiger vom städtischen Haushalt als die anderen Aufgaben. Diese

1 Thomas Leif beschreibt schon 2004 Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen als eine der »wesentlichen Konfliktzonen im Feld der Engagement-Politik« (ebd.: 51).

Betrachtungen der strukturellen Ressourcenverteilung diskutiere ich im Zusammenhang mit der Schwierigkeit der Aufgabenverteilung in der Praxis (vgl. Kapitel 5.1). Als Beispiel für das Einspringen Freiwilliger in diese strukturelle Organisation beschreibe ich die Leipziger Organisation »Kontaktstelle Wohnen e.V.«, die sich gründete, um Geflüchtete bei der Wohnungssuche zu helfen (vgl. Kapitel 5.2). Diese empirischen Ausführungen führen als gedankliche Brücke zu den beobachteten Effekten: Kommunale Aufgaben wurden zunehmend an freie oder private Träger ausgelagert. Dies führt, wie ich weiter zeige zu einer Überforderung ehrenamtlicher Strukturen, die nicht ausreichend von hauptamtlichen abgegrenzt sind (vgl. Kapitel 5.3). Aber auch im Hauptamt gab es Überforderung (vgl. Kapitel 5.4): Die Professionalisierung derjenigen, die die Soziale Arbeit in den Unterkünften leisteten, erfolgte meist ad hoc und durch *learning by doing*. Inhaltliches und strukturelles Wissen musste erworben werden während gleichzeitig Asylsuchende beim Ankommen in Leipzig begleitet wurden.

5.1 Die Aufgaben der kommunalen Asylverwaltung und die Rolle des freiwilligen Engagements darin

Im Feld fiel mir immer wieder auf, dass im Diskurs über die Aufgabenverteilung Aussagen über Verantwortlichkeiten nicht belegt wurden, sondern eher statuiert. Daher erörtere ich als erstes, welche Aufgaben tatsächlich als staatliche Aufgaben definiert werden und von wem, sowie welche Aufgaben von Ehrenamtlichen erfüllt werden können, sollen und dürfen?

5.1.1 Überblick Aufgaben im Asylprozess: Die Rolle der Kommunen

Bei der Recherche zu den Pflichtaufgaben der Regelversorgung von Geflüchteten fiel auf, dass eine hohe Anzahl von Verordnungen, Regulierungen und Gesetzestexte betrachtet werden muss, um ein Bild davon zu bekommen, welche Texte relevant für die Aufgabenverteilung in der Asylpraxis sind. Es gibt nicht *die eine* Definition oder Position zu diesem Thema. Die Frage ›Wer ist zu welchem Zeitpunkt im Asylprozess wofür zuständig‹ ist aufgrund des asylpolitischen Mehrebenensystems in Deutschland sehr komplex (vgl. Bogumil et al. 2019: 12f.). Hinzu kommt die damit verbundene Dynamik der Zuständigkeiten: Zu Beginn der Aufnahme eines Geflüchteten greift vor allem das Verwaltungssystem im Zusammenhang mit der Gewährung von Asyl, dessen Verantwortung vor allem auf Bundesebene liegt (Bearbeitung der Asylanträge durch das BAMF. In den Jahren 2015 und 2016 wurden Geflüchtete aber auch in dieser ersten Phase ihres Asylverfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen in den Kommunen untergebracht. Das »Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und damit zusammenhängende Gesetze und Verordnungen [...] führen die

Länder in weiten Teilen als eigene Angelegenheit aus und betreiben dafür Ausländerbehörden« (Schamann und Kühn 2017: 9).² Auch die sich daran anschließenden Aufgaben der »integrationsbezogenen Verwaltung« (Bogumil et al. 2019: 12: 13) liegen auf Länder- und kommunaler Ebene. Damit sind alle Aufgaben gemeint, die nicht die Asylentscheidung, sondern den Aufenthalt in Deutschland betreffen. Hier wird die Überschneidung zu anderen gesellschaftlichen Feldern deutlich: »Kommunale Integration umfasst alle Maßnahmen zur Eingliederung von anerkannten Flüchtlingen oder Asylbewerbern mit »guter Bleibeperspektive«« (Bogumil et al. 2019: 18; Hervorhebung im Original), das heißt es geht um Bildung, Kultur, Wohnen, Spracherwerb, Sport etc. Eine relevante Frage ist: Was ist mit den Personen ohne gute Bleibeperspektive oder mit Geduldeten (vgl. ebd.: 18)? Dies ist eine strukturelle Lücke, in die Freiwillige einspringen, weil die Versorgung rechtlich nicht abgedeckt ist.

Die »gesetzlichen Ansprüche von Asylsuchenden« in Hinblick auf die mit der Unterbringung zusammenhängenden »Regelversorgung« sind grundsätzlich im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLg) auf Bundesebene festgelegt. Die Kommune als unterste Unterbringungsbehörde ist zwar weisungsgebunden an die »zuständigen Behörden des Freistaates Sachsen – Landesdirektion und Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI)« (Sozialamt Leipzig 2012: I/6, vgl. auch Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz §2). Gleichzeitig gibt es auf Länder- und kommunaler Ebene jeweils Handlungsspielräume in Form von Gesetzgebungen, Richtlinien oder zum Beispiel in Leipzig das Unterbringungskonzept, die diese »Mindeststandards« des AsylbLg unterschiedlich interpretieren (Vey 2018: 83).

Wo genau welche Spielräume sind und inwieweit diese begrenzt werden, wird durch die Unterteilung der kommunalen Aufgaben in *Freiwillige Aufgaben*, *Pflichtaufgaben* und *Weisungsaufgaben* geregelt (Sächsische Gemeindeordnung 2020: §2). Die Einhaltung der im AsylbLg festgehaltenen Mindeststandards ist eine *Weisungsaufgabe*. Alles darüber hinaus fällt in den Bereich der *Freiwilligen Aufgaben*. Über *Freiwillige Aufgaben* kann die Kommune »ganz nach freiem Ermessen, ob und wie sie diese Aufgaben zu erfüllen gedenkt« entscheiden (Kommunalforum Sachsen 2017: 3). Das Kommunalforum Sachsen nennt als Beispiele: »Wohnungsbauförderung«, »bestimmte soziale Einrichtungen (z.B. Jugendhäuser, Sozialstationen, Altenheime)«, Erholungseinrichtungen und Fremdenverkehr«, oder auch »die Sportförderung« (u.a. »Förderung der Sportvereine« (ebd.: 3).

Allerdings sollen vom kommunalen Haushalt in der Regel zuerst die *Weisungs- und Pflichtaufgaben* gedeckt werden und zuletzt die *Freiwilligen Aufgaben*. Für diese besteht eine »finanzielle Eigenverantwortung für die Umsetzung und Finan-

2 »Empirische Studien zeigen, dass diese Delegationskette dazu führt, dass die aufenthaltsrechtliche Praxis in Deutschland erheblich variiert (Ellermann 2009; Eule 2014)« (Schamann und Kühn 2017: 9).

zierung entsprechender Aufgaben und Leistungen. Dabei sind diese originär aus den Eigeneinnahmen der Gemeinden zu finanzieren.« (KOWID 2020) Das heißt, dass in der Praxis typischerweise zuerst *Freiwillige* Leistungen der Kommune gekürzt werden (müssen), weil diese aufgrund der Eigenfinanzierung abhängiger vom Haushalt sind als die anderen Aufgaben, deren Verantwortung und Weisung bei höheren Ebenen liegt. Dabei sind die »Kosten durch jene staatliche Ebene zu tragen, welcher die Aufgabenverantwortung obliegt« (KOWID 2020). »Um die Erledigung bestimmter freiwilliger Aufgaben auch weiterhin zu erledigen, bleibt mitunter als letzter Ausweg die Privatisierung dieser Aufgaben.« (Kommunalforum Sachsen 2017: 3) Das heißt, eine Kommune, die über Mindeststandards hinaus Geflüchtete unterstützen möchte, hat einen Handlungsrahmen, der abhängig ist von den eigenen finanziellen Ressourcen, die die Kommune dafür einplant. Es ist keine Landes- oder nationale Aufgabe, diese Aufgaben zu finanzieren oder in der Praxis zu koordinieren. Menschen, die von den gesetzlichen Integrationsmaßnahmen aufgrund ihres Status nicht erfasst werden, sind zum Beispiel Geduldete und Menschen ohne »gute Bleibeperspektive«. Will eine Kommune für diese Menschen Integrationsleistungen anbieten, müssen diese aus Eigenmitteln des städtischen Haushalts finanziert werden.

In Leipzig geschieht die Umsetzung des dezentralen Wohnens beispielsweise im Rahmen eines kommunalen Handlungsspielraumes, den die Stadt im Unterbringungskonzept erläutert (Sozialamt Leipzig 2012: I/8).³ In einer ausführlichen Begründung heißt es, dass Integration als »eine politische und gesellschaftliche Daueraufgabe, die alle Menschen betrifft und sie gemeinsam in die Pflicht nimmt« (ebd.: I/8) aufgefasst wird. Die Stadt Leipzig stellt dar, dass die Begrenzung kommunaler Handlungsspielräume den Integrationsmöglichkeiten »vor Ort« im Wege stehen und dadurch »manche Migrantengruppen nach wie vor nicht umfassend in die vorhandenen Integrationsbemühungen eingeschlossen sind« (ebd.: I/8). Deswegen werden »[f]ür die Ausstattung und Ausgestaltung von Gemeinschaftsunterkünften in Leipzig [...] höhere Standards festgelegt, als sie die Vorgaben des

3 »Das der Stadt Leipzig als unterer Unterbringungsbehörde insofern eingeräumte Ermessen ist jedoch begrenzt. Bei der Unterbringung von Asylbewerbern handelt es sich um eine Pflichtaufgabe nach Weisung, das Weisungsrecht der zuständigen Behörden des Freistaates Sachsen – Landesdirektion Leipzig und Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI) in ihrer Funktion als Fachaufsicht bzw. Oberste Fachaufsicht – ist uneingeschränkt. Durch Erlass des SMI ist geregelt, in welchen Fallkonstellationen eine dezentrale Unterbringung erfolgen soll [...]. Einen diesbezüglichen Zustimmungsvorbehalt für jeden Einzelfall gab der Freistaat Sachsen zwar nicht auf, er setzt ihn jedoch nicht mehr um. Im Zuge der geforderten Interessenabwägung ist weiterhin der sowohl seitens des Gesetzgebers als auch von der weisungsbefugten Landesebene formulierte Mehrkostenvorbehalt zu beachten. Danach dürfen der öffentlichen Hand durch die dezentrale Unterbringung keine Mehrkosten im Vergleich zur Gemeinschaftsunterbringung entstehen« (ebd.: I/7f.).

Freistaates Sachsen aus der Verwaltungsvorschrift ›Unterbringung und soziale Betreuung‹ treffen« (ebd.: I/9). Weiter heißt es:

»Auch der politische Ansatz ist im Wandel: wie insbesondere der Ausländerbeauftragte des Freistaates Sachsen formuliert, sollen Asylbewerber/-innen künftig besser integriert werden. Letztlich tragen verbesserte Unterbringungsstandards auch dazu bei, das Leben in Einrichtungen gemeinschaftlichen Wohnens sozialverträglicher zu gestalten. Angesichts des Umstandes, dass hier Menschen in Not über längere Zeiträume auf begrenztem Raum zusammenleben, erhöht dies auch die Sicherheit in den Einrichtungen selbst sowie in ihrem Umfeld.« (ebd.: I/10)

Dieses Beispiel, das auf das Jahr 2012 zurückgeht, zeigt die rechtlichen Lücken auf, die bestimmte Lebensbereiche oder Personengruppen nicht erfassen. Wie bereits in Kapitel 2.1 beschrieben, nahm Leipzig diesbezüglich eine Vorreiterrolle in Sachsen ein. Im Forschungszeitraum wurden diese hier beschriebenen Widersprüche weitaus sichtbarer. Gleichzeitig wurde es, auch in Leipzig, schwieriger, die nötigen Infrastrukturen bereitzustellen, um dem eigenen Anspruch der Integration aller »Migrantengruppen« gerecht zu werden. Daher sind vor allem Freiwillige mit ihrem Engagement dort eingesprungen, wo Menschen nicht von bundes- oder landesweit gesetzlich erfassten Regulierungen, sondern von der Kommunalverwaltung abhängig waren, deren Handlungsspielraum wiederum ebenfalls begrenzt war. Deren Einsatz im Rahmen der »Betreuung« wird im Unterbringungskonzept explizit zusätzlich zu den Stellen Sozialer Arbeit einkalkuliert: »Darüber hinaus ist die Einbeziehung von Freiwilligen und ehrenamtlich Tätigen anzustreben.« (Stadt Leipzig 2012: I/20)

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die Aufgabenteilung in den Kommunen. Ihre Handlungen sind gemäß dem Subsidiaritätsprinzip vor dem Eingriff durch höhere Kommunen geschützt. Allerdings, auch wieder nur im Rahmen der finanziellen Mittel, wie ich in Kapitel 6 ausführlich besprechen werde.

Tabelle 3: Übersicht über die Aufgabenteilung in Kommunen

Übergeordnete politische Ebenen (Land, Bund, EU):		
»In die Rechte der Gemeinden darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.« (Sächsische Gemeindeordnung 2020: §2(4)) Subsidiaritätsprinzip		
KOMMUNE:		
Weisungsaufgaben	Pflichtaufgaben	Freiwillige Aufgaben
-----Definition/Rechtsgrundlage-----		
»Pflichtaufgaben können den Gemeinden zur Erfüllung nach Weisung auferlegt werden (Weisungsaufgaben). Das Gesetz bestimmt den Umfang des Weisungsrechts. Die Weisungen sollen sich auf allgemeine Anordnungen beschränken und in der Regel nicht in die Einzelausführung eingreifen.« (Sächsische Gemeindeordnung 2020: §2(3))	»Die Gemeinden können durch Gesetz zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichtet werden (Pflichtaufgaben).« (Sächsische Gemeindeordnung 2020: §2(2)) Kommunen »haben keine Entscheidungsfreiheit darüber, ob sie diese Aufgaben erfüllen wollen oder nicht. Sie haben nur noch Entscheidungsfreiheit über das »Wie« der Durchführung der ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben« (Kommunalforum Sachsen 2017: 3).	»Die Gemeinden erfüllen in ihrem Gebiet im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit alle öffentlichen Aufgaben in eigener Verantwortung und schaffen die für das soziale, kulturelle, sportliche und wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen.« (Sächsische Gemeindeordnung 2020: §2(1))
-----Aufgabenbereiche-----		
»Vollzug des Aufenthaltsrechts« »Gewährung sozialer Leistungen« »Gesundheitsversorgung« »Unterbringung« (Schammann und Kühn 2017:7)	Zum Beispiel: Schulen, Feuerwehr Besonderheit Sachsen: Kultur (vgl. Kommunalforum Sachsen 2017: 3)	Zum Beispiel: »Deutschkurse oder Migrationsberatungsstellen auch für Asylsuchende mit unklarer Bleibeperspektive« (Schammann und Kühn 2017: 8). Soziale Betreuung in den Unterkünften
-----Bedeutung in Bezug auf Unterbringung-----		
Einhaltung der Mindeststandards des AsylbLG und Richtlinien des SMI		Über Mindeststandards hinausgehende Leistungen (im städtischen Unterbringungskonzept festgeschrieben)

Quelle: Eigene Darstellung.

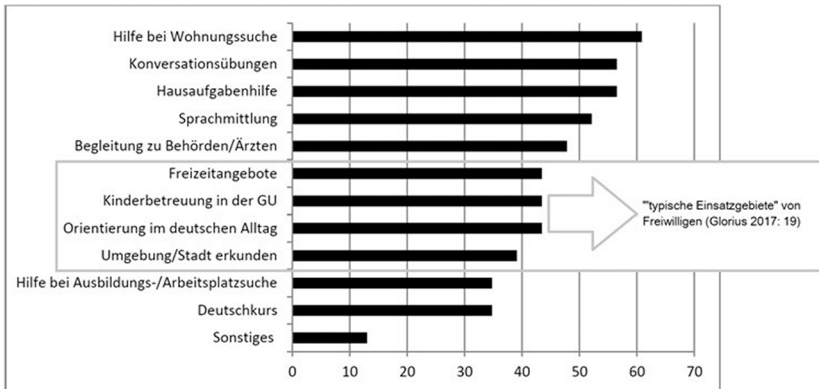
5.1.2 Was kann (nur) Ehrenamt? Diskurs über Aufgabenverteilung im strukturellen Lückenteppich

In der Praxis wurde immer wieder bemerkt und diskutiert, dass es eine unklare Aufgabenverständnis und eine unklare Aufgabenverteilung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen gibt. Schon vor 2015 war die Beziehung von Hauptamt und Ehrenamt Gegenstand von Fachtagungen sowie persönlichen Gesprächen und Alltagswahrnehmungen. »Was kann (nur) Ehrenamt?« fragt eine (langjährige) Sozialarbeiterin aus einer Gemeinschaftsunterkunft in einer Diskussionsrunde auch am 18.06.2018. Dies verdeutlicht, dass auch nach zahlreichen Jahren der intensiven Praxiserfahrung solche Fragestellungen noch bzw. wieder relevant geworden sind. Dies liegt daran, dass Freiwillige nicht nur kurzfristig in strukturelle Lücken eingesprungen sind, sondern auch Jahre später noch Aufgaben übernehmen, die in den Bereich kommunaler *Freiwilliger Aufgaben* fallen. Die kommunale Eigenfinanzierung dieser Aufgaben bewirkt, dass die Durchführung der Aufgaben durch Freiwillige für Kommunen durchaus Vorteile mit sich bringt, da in diesem Verwaltungsbereich als erstes Gelder eingespart werden müssen. Hier wird die Frage, inwieweit Freiwillige als Ressource fungieren erneut aufgegriffen (vgl. Kapitel 4.2). An dieser Stelle wird deutlich, dass nach dem kurzfristigen Einspringen in strukturelle Lücken auch langfristige Fragen der Finanzierung und Verantwortungsübernahme für die »Integration« von Geflüchteten dahingehend eine Rolle spielen (vgl. Kapitel 6). Dies macht die Differenzierung und praktische Gestaltung der Aufgabenteilung so komplex. Auch die Planungs- und Koordinierungsversuche, die wie in Kapitel 4.3 beschrieben, institutionalisiert wurden, um diese Fragen in der Praxis zu klären, haben nicht nachhaltig zu einer Lösung geführt.

Im Folgenden gehe ich konkret auf die Aufgabenfelder aus der Praxis des freiwilligen Engagements für Geflüchtete ein und gebe einen Überblick über die Diskussion der jeweiligen ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Zuständigkeit. Birgit Glorius hat Fachkräfte der Sozialen Arbeit aus 19 Gemeinschaftsunterkünften in Leipzig gefragt, welche Aufgaben Freiwillige in der Praxis übernehmen. Die Antworten hat sie in einem Diagramm zusammengestellt (2017: 20). Anhand dieses Diagramms lässt sich ein Überblick über die Fülle der übernommenen Aufgaben durch Freiwillige gewinnen. Wie Glorius in ihrer Studie deutlich macht, sind die »typischen« Einsatzgebiete« von Freiwilligen nicht die am häufigsten genannten (ebd.: 20). Ich habe dies im Diagramm von Glorius optisch hervorgehoben (vgl. Abbildung 8).

Die am häufigsten genannten freiwilligen Unterstützungsformen fallen in »den Pflichtbereich der kommunalen Selbstverwaltung« und »der vierte Bereich [sollte] durch entsprechend interkulturell sensibilisiertes Behördenhandeln eigentlich überflüssig sein. Ehrenamtliche sollten in den benannten Bereichen allenfalls er-

Abbildung 8: »Einsatzgebiete ehrenamtlicher Helfer/innen in den GU's (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)« (Glorius 2017: 20).



Quelle: Grafische Darstellung und Daten von Glorius (2017: 20). Eigene Bearbeitung: Hervorhebung typischer Einsatzgebiete von Freiwilligen im grauen Kasten.

gänzend zum Einsatz kommen, und das nur bei guter Koordination und Supervision« schlussfolgert Glorius (2017: 29).⁴

Die Aufgabenverteilung ist ein Kristallisationspunkt, an dem sich Diskurse um Zuständigkeiten und Ressourcenverteilung mit der Frage nach der Kategorisierung von *Willkommenskultur* verknüpfen. Dass sich NGOs Menschen aus der Praxis und Fluchtforschenden mit der Frage nach einer guten Aufgabenverteilung beschäftigen, zeigt, dass es keine verbindlichen Regelungen gibt, die deutlich die Vielfalt praktischer Aufgaben aufteilen. Katrin Holinski vom Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. stellt dar, dass die »Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Mindestempfehlungen zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften und zur sozialen Betreuung von 2009« Grundlage ist für die Definition der Mindestanforderung.

»Als grundsätzlicher Gegenstand der Sozialen Arbeit mit Asylsuchenden und Geflüchteten wird Folgender gesehen: Förderung von Maßnahmen zur gegenseitigen

4 Auch Judith Vey (2018: 83ff.) benennt in ihrer Studie folgende Aufgaben der Regelversorgung, die in die staatliche Befugnis fallen: »Abbau von Sprachbarrieren«, »Begleitung und Beratung«, »Förderung von Mobilität«, »Organisierung von Orten des Austauschs« (Bereitstellung der Orte sei nicht Ehrenamtsaufgabe), »Kinderbetreuung« (wenn dadurch Zugang zu Deutschkursen nur möglich ist, ist es keine Ehrenamtsaufgabe), »Nachbarschaftspflege«. »Zusätzliche ehrenamtliche Angebote« sind folgende (ebd.: 86f.): »Freizeitangebote« (ebd.: 86), »Alltagsorientierung durch Pat_innenschaften« und »Politische Arbeit« (ebd.: 87). In der Praxis übernehmen auch Freiwillige häufig diese Aufgaben.

gen Unterstützung der Heimbewohner_innen, Selbsthilfe der Heimbewohner_innen, Förderung des ehrenamtlichen und privaten sozialen Engagements sowie ggf. Beratung über freiwillige Ausreise (Sächsisches Staatsministerium des Innern: Sächsisches Unterbringungs- und Kommunikationskonzept, S. 7).« (Holinski 2015: 3)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. und die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände haben ein Positionspapier zur Frage der Aufgabenverteilung veröffentlicht. Katrin Holinski vom Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. fasst deren Position wie folgt zusammen:

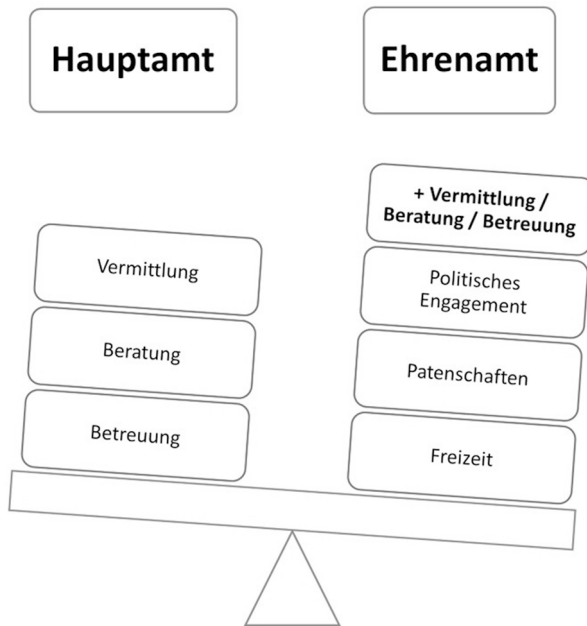
»Zusammenfassend heißt es also bezüglich des ehrenamtlichen Engagements aus Sicht des Sächsischen Flüchtlingsrates: Nein zur Beratung, Begleitung oder Vermittlung in Angebote als Hauptkern der ehrenamtlichen Arbeit; Ja zur Organisation und Durchführung von sozialintegrativen Freizeitangeboten, Patenschaftsprojekten und politischem Engagement.« (ebd.: 10)

Hier wird deutlich, dass nur durch eine Abgrenzung der Aufgabenbereiche die Qualitäten der jeweiligen Unterstützungsformen hervortreten können. Auf diese Weise kann den Freiwilligen, die im Bereich der Sozialen Arbeit nicht ausgebildet sind, ein Platz zugeordnet werden, in dem ihre Arbeit bedeutsam ist, ohne dass sie sich mit der Arbeit der Sozialarbeiter*innen überlagert. Dabei geht es vor allem um Beziehungsarbeit, um sozialen Austausch in der Nachbarschaft oder in soziokulturellen Nischen (vgl. auch Glorius 2017: 30). Begegnungen, Freundschaften, das Teilen der eigenen Perspektive auf die Stadt, die Aspekte, die dazu führen, dass Geflüchtete »Mitglied werden« können, lassen sich nicht durch eine Beziehung zwischen hauptamtlichen Sozialarbeitenden oder Angestellten der Behörden erfüllen (vgl. auch Holinski 2015: 7). Umso erstaunlicher ist es, dass Freiwillige in der Erstaufnahmeeinrichtung, in der ich Deutsch unterrichtete, dazu angehalten wurden, soziale Kontakte nicht über den Kontext der Einrichtung hinaus zu entwickeln (vgl. Kapitel 3.2.5).

Von zentraler Bedeutung ist die Feststellung, dass die Balance zwischen haupt- und ehrenamtlichen Aufgaben 2015 endgültig kippte, als Freiwillige begannen, vor allem Aufgaben wie »Beratung, Begleitung oder Vermittlung« (Holinski 2015: 10) auszuführen:

Besonders fruchtbar wird diese Erkenntnis, wenn man sie mit einer Forschung der Sozialanthropologin Rosie Read (2018) vergleicht, die über Freiwillige in drei tschechischen Krankenhäusern forschte. Sie beschreibt für ihr Forschungsfeld eine klare Trennung von als »staatlich« und »zivilgesellschaftlich« konstruierten Arbeitsfeldern. Die Freiwilligen übernehmen ausschließlich Aufgaben, die als »zivilgesellschaftlich« markiert sind, und diese laufen parallel zu staatlich organisierter medizinischer Versorgung. »Volunteers were to be recognized not as an unpaid work

Abbildung 9: Aufgabenverteilung zwischen Haupt- und Ehrenamt.



Quelle: Eigene Darstellung.

force but as individuals giving up their free time to support patients in a unique, non-medical manner.« (Read 2018: 96f.) Analog dazu leisteten Freiwillige in der Geflüchtetenhilfe ihren Beitrag in einer Weise, die nicht durch Soziale Arbeit geleistet werden kann. Um »hospital volunteering« von der Arbeit des medizinischen Personals abzugrenzen und es damit als etwas *Ergänzendes* zu markieren, wurde die freiwillige Arbeit in Reads Forschungskontext als »zivilgesellschaftlich« kodiert und konnte auf diese Weise dem »staatlichen« Handeln gegenübergestellt werden: »Producing hospital volunteering as civil society – that is, not the state – entailed the affirmation of difference, of a clear boundary between hospital care (as the state) and volunteered care (as civil society).« (Read 2018: 97) Eine solche Klarheit existiert in meinem Feld nicht, weil »staatliche« Aufgaben der Grundversorgung während der Krise nicht in staatlicher Verantwortung ausreichend organisiert werden konnten. Die Kodierungen »staatlich« und »zivilgesellschaftlich« sowie auch »politisch« und »apolitisch« (vgl. Kapitel 3) waren Gegenstand von Verhandlungen. Einer klaren Trennung dieser Zuständigkeiten stehen zum Beispiel die Kategorisierungen des Asylsystems im Weg, die Leistungen nach Status verteilen. So stellt sich

bei den Freiwilligen nicht das Gefühl ein, dass grundlegende Integrationsaufgaben von staatlicher Seite übernommen werden. Gleichzeitig bewirken Abschottungsmechanismen, dass Freiwillige daran gehindert werden, Angebote als etwas *Ergänzendes* zu ›staatlichen‹ Angeboten zu etablieren.

Etwas *Ergänzendes* zu sein ist für das Ehrenamt einerseits Begrenzung. Andererseits entsteht gerade durch diese Grenze zum Hauptamt der Möglichkeitsraum, in dem sich diese speziellen Unterstützungsformen am besten entfalten können.

5.2 Beispiel »Kontaktstelle Wohnen«

Im Folgenden werfe ich beispielhaft einen Blick auf die Rolle, die der Verein »Kontaktstelle Wohnen« in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig spielt. Daran wird gut sichtbar, wie verwoben die kommunale Umsetzung von *Weisungsaufgaben* und freiwilliges Engagement in der Praxis sind.

Im Herbst 2015 entstand die »Kontaktstelle Wohnen« aus zwei ehrenamtlichen Initiativen, die versuchten, auf einer Internetplattform einen Pool aus Wohnungen, Wohnungssuchenden und Wohnungspat*innen zu verbinden. Die *Kontaktstelle Wohnen* wurde zu einem Ort, an dem Wohnungspatenschaften entstanden und die gemeinsame Wohnungssuche organisiert werden konnte. Außerdem suchte die »Kontaktstelle« selbst nach Wohnungen sowie zunehmend auch nach Strategien, mithilfe von Fördermitteln und Spenden, Wohnungen zu akquirieren. Der in Leipzig anvisierten dezentralen Unterbringung setzte die Entwicklung des Wohnungsmarktes Grenzen: Durch die allgemeine Zuwanderung nach Leipzig wurde insbesondere günstiger Wohnraum in der Stadt knapp. Für Asylsuchende erschwerte diese Wohnungssituation zusätzlich die Suche nach Wohnraum (vgl. Stadt Leipzig 2015: 3).⁵

Mit ihrer Arbeit unterstützte die »Kontaktstelle« das Sachgebiet »Migrantenhilfe« im Sozialamt, das »über die Art der Unterbringung (in privaten Wohnraum oder in eine Gemeinschaftsunterkunft)« entscheidet, aber auch über den jeweiligen »Leistungsumfang« informiert und Hilfe bei der Antragsstellung gibt (Stadt

5 Die Stadt Leipzig schreibt dazu außerdem an anderer Stelle, in ihrer Fortschreibung des »Wohnungspolitischen Konzeptes« vom 30.09.15: »Die Stadt Leipzig bekennt sich dabei zu ihrer besonderen Verantwortung für das Wohnraumangebot für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Dazu sollen – neben einer ganzen Bandbreite von Handlungsinstrumenten – insbesondere die kommunalen Liegenschaften genutzt und geeignete Grundstücke gezielt zur Unterstützung von bezahlbarem und selbstbestimmtem Wohnen entwickelt werden. Eine Besonderheit der wohnungspolitischen Strategie ist es darüber hinaus, die Eigeninitiative der Leipzigerinnen und Leipziger durch Modellprojekte, Beratungsleistungen und die Erprobung von Finanzierungsmodellen zu unterstützen. ›Leipziger Freiheit‹ soll auch in Bezug auf das Wohnen weiterhin möglich bleiben« (Stadt Leipzig 2015: 3).

Leipzig, Migrantenhilfe 2020). In der Praxis zeigte sich, dass der Zugang zum relevanten Wohnungsmarkt für Geflüchtete durch Sprachbarrieren, Vorurteile und Unsicherheiten der Vermietenden, fehlendes Know-How über das Vorgehen bei der Wohnungssuche etc. erschwert war. Dies intensivierte sich noch, weil sich der Wohnungsmarkt durch Zuzug in das stark wachsende Leipzig⁶ veränderte und immer weniger sozialverträgliche Wohnungen zur Verfügung standen. Die Wohnungspatenschaften wurde zu einer essenziellen Unterstützung für den Zugang Geflüchteter zum Mietwohnraum. Diese zusätzliche, ehrenamtliche Unterstützung bei der Wohnungssuche war durch den Umfang einer städtischen Stelle nicht zu gewährleisten. Das betrifft auch die Koordination, die die »Kontaktstelle Wohnen« übernahm.

Ende 2015 hat die Stadt außerplanmäßige Gelder für die Besetzung von Stellen, die im Bereich der Flüchtlingshilfe arbeiten, ausgeschrieben. Dafür mussten die interessierten Gruppen kurzfristig einen entsprechenden Antrag schreiben. Die »Kontaktstelle Wohnen« konnte dadurch ab Frühjahr 2016 vier halbe Stellen finanzieren. Das bedeutet, dass die Suche nach dezentralem Wohnraum für Geflüchtete und die Koordinierung des dafür nötigen Ehrenamts vor allem außerhalb städtischer Strukturen organisiert wurde. Zu betonen ist, dass die Stadt hier kein Konzept exportiert hat, sondern eigeninitiativ entstandene Arbeitsstrukturen und -netzwerke finanziell unterstützt hat. Durch die finanzielle Unterstützung trieb sie eine Spezialisierung bei den Akteur*innen voran. Andreas Dohrn, Vorstands- und Gründungsmitglied der »Kontaktstelle Wohnen«, beschreibt:

»Wir sind sehr spezialisiert. Das heißt: eines unserer Teams zum Beispiel checkt im Monat 1.000 Wohnungen, geht 1.000 Wohnungen hinterher. Wie soll das Ines Mehner (Mitarbeiterin im Sozialamt, Anm. d. Protokolls) in der Stadtverwaltung Leipzig machen? Das kann sie nicht, sie kann das Spiel nicht gewinnen. Wie soll sie das tun? Das ist völlig unrealistisch. Man muss spezialisiert sein.« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 4)

Die »Kontaktstelle Wohnen« gilt als sehr erfolgreiches Beispiel für einen freiwillig initiierten relevanten Akteur der Leipziger Asylpraxis. Im sechsten Kapitel widme ich mich dem Verein noch einmal unter dem Gesichtspunkt seiner Etablierung, die eng mit seiner Förderstrategie zusammenhängt. An dieser Stelle möchte ich durch

6 In der Kommunalen Bürgerumfrage 2018 ist die Bevölkerungsentwicklung in 4 Phasen unterteilt. In den Jahren 2009/2019 beginnt die »Phase des starken städtischen Wachstums«. »Im Zuge einer sich bessernden Arbeitsmarktlage stiegen mit zeitlicher Verzögerung auch die Einkommen an. Gleiches gilt für das generelle Stimmungsbild der Bürgerschaft. Tendenzen, die Stadt und die Region zu verlassen, nehmen deutlich ab. Gleichzeitig erfährt die Stadt einen sehr starken Zuzug von vornehmlich jungen Erwachsenen« (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2019: 9).

dieses Beispiel verdeutlichen, dass Unterbringung zwar als kommunale *Pflichtaufgabe* definiert ist, es in der Praxis aber mehr Unterstützung bedarf, um diese mit einem integrationspolitischen Anspruch umzusetzen. Diese haben sich in Leipzig initiativ gegründet, um in der Folge selbst für die eigene Finanzierung zu sorgen. Andreas Dohrn stellt dar, dass dadurch die Erbringung kommunaler Pflichtaufgaben in der Praxis abhängig ist von externer Förderung: »Unterbringung ist ein kommunale Pflichtaufgabe. Was nicht sein kann ist, dass am 15. Dezember zur letzten Runde in der ›Kontaktstelle Wohnen‹ sich alle fragen: ›Gibt´s uns eigentlich am ersten Januar noch?‹« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 5) Mittlerweile wird die »Kontaktstelle Wohnen« im aktuellen Integrationskonzept der Stadt Leipzig (2020a) als etablierte Unterstützungsstruktur aufgeführt und die finanzielle Förderung der Stadt dargestellt. Es wird kenntlich gemacht, dass der Verein aus ehrenamtlicher Initiative entstanden ist. Die Erwähnung verdeutlicht, dass die Stadt Leipzig dieses Modell der Förderung der Aufgabenübernahme durch externe Strukturen bewusst vertritt und unterstützt (Stadt Leipzig 2020a: 44). Das Zitat von Andreas Dohrn aus dem Jahr 2018, das sich auf die Erfahrungen der Jahresenden zuvor bezieht, macht jedoch die praktischen Grenzen deutlich, in denen die Organisation arbeitete (vgl. Kapitel 6).

5.3 Effekte der finanziellen Abhängigkeit *Freiwilliger Aufgaben*

Das Beispiel der »Kontaktstelle Wohnen« hat nicht nur aufgezeigt, dass es im Rahmen der *Pflichtaufgabe* der Unterbringung einen erheblichen kommunalen Gestaltungsspielraum gibt, der durch nicht-staatliche Strukturen genutzt wird. Es zeigt auch, dass kommunale *Pflichtaufgaben* an Träger ausgelagert werden, wie ich dies schon erwähnt habe. Im Folgenden gehe ich konkret auf diese sich verstetigende Auslagerung ein als ein Effekt der Einbettung *Freiwilliger Aufgaben*, wie ich sie in Kapitel 5.1.1 beschrieben habe. Als zweiten Effekt gehe ich auf die Überforderung von Freiwilligen ein. Auch dies knüpft an das Beispiel der Wohnungspatenschaften an.

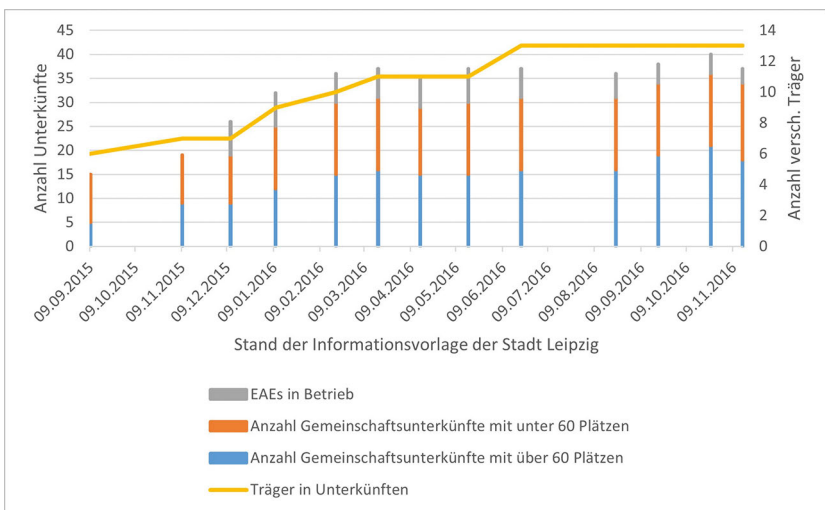
5.3.1 Übergabe kommunaler Aufgaben an Träger

Angesichts der bisherigen Ausführungen verwundert es nicht, dass kommunale Aufgaben im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten zu großen Teilen an Träger übergeben wurden. Dies ist in Leipzig seit jeher Praxis. Die Stellenentwicklung soll, so betont die Stadt immer wieder, möglichst geringgehalten werden (vgl. Sozialamt Leipzig 2012: I/10), daher wird zum Beispiel die Flüchtlings-Sozialarbeit, die Leipzig als *Freiwillige Aufgabe* erledigt, vom Sozialamt über die Einstellung durch externe Träger finanziert, ohne dass dafür Stellen im Sozialamt geschaffen wer-

den müssen (vgl. Sozialamt 2013: 19f.). Als zweite Begründung wird die größere Wirtschaftlichkeit externer Träger angegeben (vgl. Sozialamt Leipzig 2012: I/10).

Im Jahr 2015 bedeutete dies nun, dass für viel mehr Unterkünfte eine Trägerschaft ausgeschrieben und vergeben werden musste. Blickt man auf das folgende Diagramm, so ist erkennbar, dass die Anzahl der verschiedenen Träger mit der Anzahl der Unterkünfte steigt. Dies lässt vermuten, dass auch die einzelnen Träger nur über begrenzte Übernahmekapazitäten verfügen:

Abbildung 10: Quantitative Entwicklung der Unterkünfte und Träger in Leipzig im Zeitraum 09/2015-11/2016.



Eigene Darstellung. Quelle: Informationsvorlagen der Stadt Leipzig.⁷

Die Durchführung aus der Hand zu geben, ist im Forschungszeitraum ein in deutschen Kommunen übliches Vorgehen gewesen (vgl. Klie, Klie und Marzluff 2016: 31). Auch für den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungen in Verantwortung des Landes, die es ab August 2015 gehäuft in Leipzig gab, wurden Träger eingesetzt. Sowohl Stadt als auch Land übertrugen die Trägerschaft häufig an bestehende Wohlfahrtsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, Caritas, Diakonie/Innere

7 Diese wurden im Forschungszeitraum monatlich unter dem Titel »Aktueller Sachstand und weitere Planungen für die Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig« veröffentlicht und sind im Ratsinformationssystem der Stadt online einsehbar unter: <https://ratsinfo.leipzig.de/>.

Mission, Johanniter Unfallhilfe, oder Malteser Hilfsdienst (vgl. Informationsvorlagen der Stadt Leipzig). Auch Firmen, wie European Homecare, blieben weiterhin als private Träger aktiv. Die Akteur*innen, mit denen die Stadt schon mehrere Jahre zusammenarbeitete, haben zu der Zeit kaum weitere Unterkünfte als Träger übernommen. Während zum Beispiel der Leipziger Verein »Pandechaion« seit 2008 Betreuer von Unterkünften ist, sind die Wohlfahrtsorganisationen erst seit dem 2015 in diesem Sektor aktiv. Die Trägerschaft wurde also in der Mehrzahl von Akteur*innen ausgeübt, die bisher nicht in diesem Bereich in Leipzig aktiv waren. Aufgrund der Übertragung des »Alltagsgeschäftes« der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten an freie Träger wurden auch die unklaren Aufgabendefinitionen, die strukturellen Lücken und deren Bewältigung in den Verantwortungsbereich der Träger gestellt. Dies macht Träger auch zu entscheidenden Institutionen der Ehrenamtskoordination im Feld der Hilfe für Geflüchtete, und nicht die Verwaltung oder die Behörden. Durch die gestiegene Trägerzahl hat sich auch hier das Akteur*innenfeld vergrößert und diversifiziert. In der Praxis gab es unterstützende Koordinationsangebote durch Vereine, Initiativen oder andere Ehrenamtskoordinationsstellen außerhalb der Unterkünfte (vgl. Glorius 2017: 19).

5.3.2 Überforderung im Ehrenamt

Die Externalisierung der Aufgaben, darunter auch die Koordination von Engagement und die damit einhergehende Streuung der Aufgaben auf eine Vielzahl von Beteiligten hatte zur Folge, dass eine ausgewogene, für alle Involvierten angemessene, Verteilung von Aufgaben an Haupt- bzw. Ehrenamt häufig nicht gegeben war. Dies hatte Überlastung nicht nur von Strukturen, sondern auch von Individuen zur Folge.

Das Engagement in Wohnungspatenschaften ist auch ein gutes Beispiel dafür, dass mit dessen Übernahme häufig mehr Aufgaben als ursprünglich gedacht auf die Freiwilligen zukamen. »Als Pate erlebt man das gesamte Spektrum des Lebens«: nicht nur Sprache und Wohnen, da kommen dann auch noch Themen wie Gesundheit, Bildung und weitere hinzu, hieß es auf einer Informationsveranstaltung zu Engagement in einer Unterkunft (vgl. Feldnotizen 12.03.2016). Freiwilliges Engagement sei »keine Kuschelarbeit, sondern durchaus eine fordernde Arbeit«, so eine Vertreterin des Wohlfahrtsträgers der Unterkunft auf derselben Veranstaltung. Diese Formulierungen können als gutgemeinte Warnungen verstanden werden, die Fülle des Engagements nicht zu unterschätzen. Sie lassen vermuten, dass die bisherigen Erfahrungen mit Freiwilligen diese Klarstellung notwendig machen.

Wie der Johanniter-Regionalvorstand Wieland Keller im Interview mit dem Stadtmagazin *kreuzer* verdeutlicht (Reker 2016: 19), gibt es im Zusammenhang mit einem Engagement in der Regel auch noch komplexe Aufgaben, die vielleicht nicht unbedingt gleich vordergründig erkennbar sind: Auch die Konzepte des Angebots

müssen entwickelt, Räume und Materialien besorgt und finanziert und erst am Ende dieses Angebot an Geflüchtete kommuniziert werden. »Im Idealfall sollte man sich selbst Gedanken machen und mit einer konkreten Idee plus Umsetzungsplan an die Trägerorganisationen herantreten und sagen: ›Ich bräuhete nur noch die Flüchtlinge.« (Wieland Keller [Johanniter-Regionalvorstand]; zitiert in Reker 2016: 19) Das Zitat macht deutlich, dass all diese Aufgaben aus der Perspektive des Trägers idealerweise an die Freiwilligen ausgelagert werden.

Auch meinen Beobachtungen nach, war die Fülle der Aufgaben, die Freiwillige im Laufe ihres Engagements übernahmen, für viele von ihnen überraschend. In Kapitel 4.3.2 habe ich am Beispiel der Erfahrungen von Jana Hildebrandt dargelegt, wie die Praxis des Engagements mit dessen vorheriger Planung kollidierte. Meist stellte sich erst im Verlauf des Engagements heraus, welche Aufgaben beispielsweise ein Freizeitangebot mit sich brachte, oder mit welchen Themen die Freiwilligen durch die Komplexität der Lebensrealität der Geflüchteten in Kontakt kamen. Dies führte zu Überforderung und Frustration und teilweise auch Wut auf Behörden. Sandra Herzog ist freiberufliche Künstlerin und Pädagogin und arbeitet in unterschiedlichsten Theater- und Kunstprojekten in der Stadt. Kennengelernt habe ich sie 2013. Wir waren beide Mitglieder einer losen Gruppe, die einmal pro Woche in einer Unterkunft am Stadtrand eine Kinderbetreuung anbot. Sie drückte diese Überforderung durch die Aufgabenvielfalt im Engagement als einen »Mangel auf allen [...] Feldern« aus, mit dem sie während und durch ihr Engagement konfrontiert ist (Interview Sandra Herzog 22.10.15):

»Ich glaube das Problem ist ja auch nicht, dass was Ehrenamtler können, und was nicht, sondern dass die Ehrenamtler einfach Dinge übernehmen, die eigentlich keine Ehrenamtler-Aufgaben sind. Und das auch niemand das betreut, also das Problem ist also nicht der Ehrenamtler, sondern der Mangel auf allen anderen Feldern – und [überlegt] ja, keine Ahnung, wenn jemand, der 1,50 groß ist, irgendwie eine Lücke, die 1,80 groß ist, füllen soll, dann kann man sich ausrechnen, wie das läuft.« (Interview Sandra Herzog 22.10.15)

Einige Freiwillige thematisierten wie Sandra Herzog ihr Engagement als Übernahme von Aufgaben, derer sie nicht gewachsen sind, weil es hauptamtliche, viele sagten »staatliche« Aufgaben seien. Dies beförderte die ambivalente Position der Freiwilligen, die sich in der Dynamik zwischen kurzfristigem Helfenwollen und langfristiger Engpasspanntheit und unerwarteter Komplexität des Engagements ergab. Insbesondere in der Anfangsphase war ehrenamtliches Engagement im Bereich der Flüchtlingshilfe zumeist reaktiv. Zahlreiche Freiwillige beschrieben einen »Zwiespalt«, so wie Anne Thieme (vgl. Kapitel 3.2.4): Einerseits galt es *kurzfristig* den ankommenden Menschen zu helfen, andererseits wollte man nicht *langfristig* »staatliche« Aufgaben übernehmen, weil man sich dafür nicht in der Verantwor-

tung sah oder es nicht für möglich hielt, diese Aufgaben überhaupt übernehmen zu können. Anne schildert ihre Unzufriedenheit wie folgt:

»Klar, es ist toll mit den Ehrenamtlichen. Es gibt viele Leute, die das machen wollen. Aber es ist natürlich auch immer so ein Zwiespalt. Es kann eigentlich nicht sein, dass ein Land eine Erstaufnahmeeinrichtung zu einem Großteil oder zusätzlich von ehrenamtlichen Helfern betreuen lässt. Das müssen mehr sein, nicht nur für die Grundversorgung. Aber für alles darüber hinaus wäre es gut, wenn da Leute eingestellt werden. Ich meine klar, ich mach das gerne und ich habe einen Job und ich kann mir das leisten, aber ich fände es trotzdem eigentlich wichtig, dass man nicht alles auf dem Rücken – dass man nicht alles an Ehrenamtliche abgibt. Also auch diese Wichtigkeit mal zu sehen. Wie wichtig das ist, dass da auch gute Leute sind, dass man die Leute halt bezahlt, das gibt dem ja auch so einen gewissen Stellenwert, ne? Das man das halt irgendwie auch ansieht als etwas, das nicht nur vorübergehend ist.« (Interview Anne Thieme 17.12.15)

Diese Ambivalenz führte wie in Kapitel 3 dargestellt zu einer häufig beobachteten Politisierung der Freiwilligen (Sutter 2017: 17 und 19; vgl. de Jong und Ataç 2017: 35; vgl. Fleischmann und Steinhilper 2016: 68), die mit einer Wut über mangelnde Unterstützung durch die Behörden zusammenhängt (Hamann und Karakayali 2017: 12f.). Was hier deutlich wird ist, dass die ehrenamtliche Arbeit nicht alle Aufgaben, die sich den Freiwilligen zeigen, ausfüllen kann. Es erhält zu wenig Bezahlung (Anne Thieme), es schafft Lücken, die zu groß sind, um sie ausfüllen zu können (Sandra Herzog). Für Kompensation bzw. Anerkennung der »Mangel«-Erfahrungen existieren unterschiedliche Strategien, die in den Erzählungen als denkbare Lösung bzw. Entlastung erscheinen. Gemeinsam ist ihnen, dass die Mangelerfahrungen vor allem auf strukturelle Probleme zurückgeführt werden und die Überforderung im Engagement nicht als individuelles gedeutet wird.

Dies verdeutlicht, dass das Fehlen von klar definierten ehrenamtlichen und hauptamtlichen Handlungsfeldern ein Kernproblem zahlreicher Freiwilliger ist, welches ihr Engagement begleitet. Dabei werden unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert und aktive Grenzziehungen vorgenommen, wie auch Rosie Reads Beispiel des »hospital volunteering« (2018: 97) zeigte.

»As Timothy Mitchel (1991: 90) observes: »The line between state and society is not the perimeter of an intrinsic entity, which can be thought of as a free-standing object or actor. It is a line drawn internally, *within* the network of institutional mechanisms through which a certain social and political order is maintained.« (Read 2018: 91; Hervorhebung im Original)

In meinem Feld wurde diese Grenzziehung im Kontext von Mangel-, Grenz- und Überlastungserfahrungen in einem politisch kontroversen Feld, in dem wahrscheinlich alle Akteur*innen überlastet waren, verhandelt. Hauptamtliche

Akteur*innen verdeutlichten vor allem, welche Bereiche Freiwillige *nicht* übernehmen sollten. Gleichzeitig gab es nicht genügend Hauptamtliche, um die anfallenden Aufgaben zu erledigen (vgl. Kapitel 5.4). Behördenmitarbeiter*innen wiesen Freiwillige, die Geflüchteten halfen, ab (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). Freiwillige erlebten, dass sie helfen wollten, aber einerseits nicht immer wussten wie und andererseits bei der Organisation ihres Engagements regelmäßig an Grenzen stießen, die sie nicht beeinflussen konnten (Beispiel Stadtteilgruppe, vgl. Kapitel 3.2.4 und 7.1). Dies zeigt, dass sich durch die Interaktionen der Akteur*innen im Feld keinen erkennbaren Konsens in diesen Grenzziehungsfragen entwickelte. Dies hängt auch zusammen mit wahrnehmbaren Widersprüchen von unterschiedlichen Integrationspolicies und ihren Umsetzungsmöglichkeiten. Diese Gedanken greife ich gesondert und ausführlich in Kapitel 6 auf wo ich mich mit der Förderung der freiwilligen Angebote und damit auch der ›Finanzierung von Integration‹ beschäftige.

5.4 Professionalisierung: Spezialisierung durch *learning by doing*

An dieser Stelle nehme ich einen Perspektivwechsel vor und fokussiere die Situation der hauptamtlichen Arbeitskräfte in den Unterkünften und anderen Bereichen der asylpolitischen Assemblage. Die gedankliche Anbindung an freiwilliges Engagement findet dabei auf zweierlei Art statt:

Zum einen begegnete ich im Laufe meiner Feldforschung zahlreichen Menschen, die begonnen haben, als Freiwillige in Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete zu arbeiten und später dadurch in ein Beschäftigungsverhältnis in diesem Kontext kamen. Beispielsweise war das Engagement in der Ernst-Grube-Halle für mehrere meiner mittlerweile hauptamtlichen Kontaktpersonen der Einstieg in das Feld der Geflüchtetenhilfe. So auch für Julia Krause, die studierte Ethnologin ist. Sie arbeitete lange als Freiwillige in einem Verein für Austausch mit Geflüchteten. Dort hat sie unentgeltlich den »Verwaltungskram« übernommen (Interview 20.10.16). Dadurch hatte sie Wissen erworben, das ihr dabei half, einen Projektantrag zu stellen, mit dem sie sich eine Stelle als Ehrenamtskoordinator*in in einem anderen Verein selbst schuf (ebd. 20.10.16). Sie sagte: »Meine Ausbildung war ehrenamtlich«. Alles »was [sie] wusste und wissen muss« habe sie durch ihr freiwilliges Engagement gelernt (ebd. 20.10.16). Diese Erzählung deckt sich mit den meisten meiner Informant*innen im Feld.

Zum anderen betrifft die Notwendigkeit, sich binnen kürzester Zeit zu professionalisieren, gleichermaßen Haupt- wie Ehrenamtliche. Daher war Wissen auch nicht mehr entlang der Hauptamt-Ehrenamt-Grenze verteilt. Hauptamtliche wie Ehrenamtliche waren in der Mehrzahl neu im Feld. *Learning by doing* wurde dies von meinen Kontaktpersonen sehr häufig genannt. Diese Form der Spezialisie-

runge ist auch eine Form der Improvisation aufgrund eines Mangels an Zeit und an Wissen wie ich im Folgenden darstelle. Zeitmangel als Faktor wurde selbst in den hauptamtlichen Strukturen deutlich, wo die Finanzierung abgesichert war. Im Folgenden zeige ich dies am Beispiel der veränderten Einstellungsmodalitäten von ›Sozialarbeitenden‹ in Unterkünften für Asylsuchende auf:

Grundsätzlich hat Leipzig eine im Vergleich zu sächsischen Standards bessere Standardversorgung mit Sozialarbeit in den Unterkünften festgeschrieben (vgl. Stadt Leipzig 2013: 6). In der Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes wird begründet, dass gerade in einer Erstaufnahmeeinrichtung der Bedarf an sozialer Betreuung und die Ermöglichung von Sprachkursen zentral ist (vgl. ebd.: 9f.).⁸ Daran sollte auch 2015/2016 weiter festgehalten werden. Im Zusammenhang mit dem gewachsenen Bedarf gab es jedoch Schwierigkeiten, diese Stellen zu besetzen. Statt den Betreuungsschlüssel runterzusetzen und weniger Personal zu benötigen, setzte man die Einstellungsmodalitäten runter, um so viel Personal wie möglich einstellen zu können. Ich sprach mit der Leitung einer Erstaufnahmeeinrichtung. Die Person schilderte mir, dass die Anforderungen der Stadt Leipzig an Soziale Arbeit in den Unterkünften aufgeweicht wurden,

»weil es überhaupt nicht zu leisten gewesen wäre. Dann hätte nie mehr eine Unterkunft eröffnet werden können. Weil einfach, in Leipzig werden im Jahr 70 Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen vom Studiengang her fertig, woher hätten sie denn kommen sollen?« (Interview Leitung EAE 30.06.16)

Daher wurde das »Fachkräftegebot« nachdem ausschließlich staatlich anerkannte Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen eingestellt werden durfte, aufgeweicht. Dieses war vorher in den Ausschreibungen zu den Unterkünften enthalten (vgl. ebd. 30.06.16).⁹ Es entstanden also neue Einstellungsmodalitäten. Im Kontext der Geschwindigkeit des Bedarfs galten ungewöhnlich niedrige Zugangsvoraussetzungen. Bei allen Wohlfahrtsorganisationen waren die Angestellten der Sozialbetreuung aufgrund von Mangelsituationen nicht unbedingt exakt qualifiziert. Ob

8 Schon in der Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes 2013 wird ersichtlich, dass die Stadt aufgrund höherer Zuweisungszahlen einen größeren eigenen Kostenaufwand hat, um auch Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen Sprachkurse zu ermöglichen: »Im laufenden Jahr war daher das zur Verfügung stehende Budget bereits im August ausgeschöpft mit der Folge, dass eine Aufstockung auf 20.000 Euro aus Mitteln des Sozialamtes erforderlich war. Dieser Betrag von 20.000 € ist ab 2014 regelmäßig zur Finanzierung der Sprachkurse zu planen. Die Mittel dafür sind in Form einer Erhöhung des Eckwertes des Sozialamtes aus dem Gesamthaushalt bereitzustellen« (Stadt Leipzig 2013: 10).

9 In anderen Städten liegen andere Grundvoraussetzungen vor. In Nürnberg wurde mir beispielsweise berichtet, dass die guten Ausbildungsmöglichkeiten für soziale Berufe vor Ort die schnelle Einstellung von ausgebildetem Personal maßgeblich erleichterte (vgl. Interview Uli Glaser 20.03.17).

jemand geeignet war, wurde in schnellen Einstellungsgesprächen abgeschätzt (vgl. Interviews mit Angestellten verschiedener Wohlfahrtsorganisationen). Statt einer Ausbildung kam es auf andere Kompetenzen an, wie ich im Folgenden aufzeige:

Anita Lahr hatte eigentlich eine ganz andere Ausbildung absolviert. In diesem Beruf wollte sie jedoch nicht mehr arbeiten. Nach dem Umzug nach Leipzig im Jahr 2015, wollte die Mitte 30-jährige einen anderen beruflichen Weg einschlagen und hat »ganz stupide nach einem Job in Leipzig gesucht« (Interview Anita Lahr 10.03.16). Sie hat sich in ihrer Bachelorarbeit schon theoretisch mit dem Thema Migration befasst, aber nicht praktisch und hat dann auch nach Stellen in Leipzig in diese Richtung gesucht. Sie wurde im November 2015 in einer Unterkunft in Leipzig als »Sozialarbeiterin« bei einer Wohlfahrtsorganisation angestellt. Binnen drei Monaten wurde sie stellvertretende Unterkunftsleiterin und nach der Schließung dieser Notunterkunft leitete sie eine neu eröffnete Gemeinschaftsunterkunft. Dies alles binnen eines halben Jahres nach Arbeitsbeginn in einem für sie völlig neuen Arbeitsfeld.

Die Wohlfahrtsorganisation, für die sie arbeitete, suchte nach Fachkräften für Soziale Arbeit oder »anderen Sozialwissenschaftlern« und da hat sie sich im weitesten Sinne auch dazu gerechnet.

»Ich hatte das Gefühl, und das hat sich im Laufe des Dezembers bestätigt, dass relativ *schnell* Leute eingestellt werden [...]. Ich hatte im Bewerbungsgespräch den Eindruck, dass es darum geht zu schauen, ist der Mensch auf den Kopf gefallen oder nicht, kann er mit Stress umgehen, wie ist der strukturiert, vielleicht: Was hat der so für eine Grundeinstellung.« (Interview Anita Lahr 10.03.16)

Vor allem wurden aber »schnelle« (ebd. 10.03.16) Entscheidungen getroffen. Im Dezember 2015 war das Team noch nicht vollständig und sie hörte, dass der Träger immer noch händeringend nach Arbeitskräften suche und »förmlich jeden einstellt, der seinen Namen schreiben kann. Das ist jetzt krass ausgedrückt und das war tatsächlich auch so krass« (ebd. 10.03.16). Das zeigte ihr »wie willkürlich sie die Menschen dann auch einstellen würden«. Dies deckt sich auch mit den Beschreibungen anderer Hauptamtlicher in Unterkünften mit anderen Trägern (vgl. Interview Moritz Jäger 10.12.15). Anita Lahr teilte ihre Teammitglieder in drei Gruppen (Interview 10.03.16): Erstens die, »die tatsächlich Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen *sind*«. Zweitens,

»die Menschen, die eingestellt wurden, weil sie beispielsweise Arabisch oder Kurdisch sprechen. Das ist dann aber auch ganz unterschiedlich, was die von Beruf sind. Die einen sind Politikwissenschaftler, der andere war Flugzeugmonteur in Syrien und hat ein Reisebüro geleitet und war als Archäologe tätig.« (ebd. 10.03.16)

Drittens »Soziologen, [Ergotherapeuten], wir haben auch einen Psychologen und so weiter«. Ein »buntgewürfelter Haufen« konstatiert sie. Sie beschreibt, dass sie und ihre Kolleg*innen sich gegenseitig viel beibringen und immer wieder überall Fragen stellen, um sich selbst einen Wissensbestand aufzubauen, der ihre Arbeit erleichtert.

Aus der Perspektive der Leitung einer solchen Erstaufnahmeunterkunft war es, neben der herausfordernden Akquise von Personal, auch schwierig, das Personal unter Zeitdruck aus- und weiterzubilden. Es gab hier keine Standards und nur »knapp über Null Vorerfahrungen« mit der Unterbringung von Geflüchteten, auf die die Träger hätten zurückgreifen können:

»Auf jeden Fall war es überhaupt nicht möglich, ein Einarbeitungskonzept vorzulegen, weil ich ja auch gar nicht gewusst hätte, was ich da hätte reinschreiben sollen. Es wusste ja gar keiner was kommt. Es gab überhaupt keine Erfahrung. Nun sind wir auch in einer Region in Deutschland, die auch im Prinzip knapp über Null Vorerfahrungen hat. Das wäre vielleicht in Duisburg anders gewesen. Da hätte man auf etwas zurückgreifen können. Deswegen ist zum Beispiel auch der Träger hier, der Kreisverband, zu Hospitationszwecken mit einigen Mitarbeitern in Regionen in Deutschland gefahren, die schon länger mit Flüchtlingen arbeiten, damit man überhaupt mal sieht: Was ist denn eine EAE? Was bedeutet denn eine große Gemeinschaftsunterkunft? Da gab es hier keine Beispiele in der gesamten Region.« (Interview Leitung EAE 30.06.16)

Der Träger nutzte seine deutschlandweite Vernetzung, um Wissen aus anderen Regionen zu transferieren. Der Leitung diente ihre berufliche Vorerfahrung in Bezug auf Leitung von Teams und bürokratischen Verfahren. All dies musste an die Situation adaptiert und improvisiert werden. Im weiteren Interview berichtet die Leitung mir von der Schwierigkeit »in 5 Monaten aus 27 Leuten ein Team zu machen«, von der fehlenden »Arbeitspraxis«, die die Menschen mitbrachten, und das breite Themenspektrum, das den Angestellten in den Unterkünften begegnete, beginnend von den politischen Konflikten, die vom Fluchtherkunftsort nun teilweise auch in der Unterkunft eine Rolle spielten, bis hin zur technischen Ausstattung:

»Für die Mitarbeiter war es auf jeden Fall ganz schwierig. Es war absolut *learning by doing*. Es gab überhaupt nichts – auch nichts von der Stadt – an Informationen, wie funktioniert denn eigentlich irgendetwas. Mussten wir rausfinden. Ich kann mich noch gut daran erinnern: In der EAE, unser Registrierungssystem für die Bewohner stand 20 Minuten bevor die ersten 90 Bewohner dastanden.« (Interview Leitung EAE 30.06.16)

Durch die Geschwindigkeit dieser Prozesse haben sich an Stellen schwierige Arbeitsbedingungen entwickelt. Anita berichtete mir, dass sie so viele Überstunden angesammelt hat, »dass [sie] den ganzen Februar frei hatte«. Anita beschrieb mir

immer wieder (vgl. Interviews 10.03.16 und 16.03.16), dass aufgrund des stetigen Prozesses des Wissen Generierens, des Nachfragens, des Hinterhertelefonierens der Großteil ihrer offiziellen Arbeitszeit für Verwaltungsaufgaben verwendet wurde. Manche Amts- und Kommunikationswege waren nur unter erschwerten Bedingungen begehbar und kosten daher viel Zeit und Kraft. Die Angestellten in den Unterkünften erarbeiteten sich diese Kontakte zu den verschiedensten Ämtern und wurden so zu einer bedeutsamen Schnitt- und Sammelstelle für die Informationen zu den einzelnen Geflüchteten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die hauptamtlichen Aufgaben der Unterbringung und Versorgung 2015 und 2016 zu einem großen Teil von Menschen übernommen wurden, die ad hoc mit neuen Situationen umgehen mussten. Sie hatten keine konkreten Erfahrungen für das spezielle Einsatzgebiet und konnten diese auch nicht haben. Auf institutioneller Ebene betrifft das vor allem die Träger, die Wissen und Erfahrung erst akkumulieren mussten und gleichzeitig zum sofortigen Handeln gezwungen waren. Dieser Eindruck zeigt auch, inwiefern Sozialarbeitende nicht für Bedarfe von Geflüchteten da sein konnten, geschweige denn für die Koordination von Engagement. Effizienzdruck und Verwaltungsaufgaben, Wissenserwerb waren so einnehmend, dass keine Zeit für soziale Aspekte des Unterstützungsangebots der Sozialen Arbeit in der Unterkunft war. Dies verdeutlicht die Relevanz der Angebote Freiwilliger, die diese Engpässe kompensierten.

5.5 Zwischenfazit: Aufgabenunklarheit in strukturellen Versorgungslücken

Die Frage nach der Verteilung asylpolitisch relevanter Aufgaben zwischen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen ist Ausgangspunkt komplexer Betrachtungen und Diskussionen, sowohl auf der Ebene der kommunalen Asylverwaltung als auch auf der Ebene der Individuen. Diese sind eingebettet in Fragen der Verteilung von Ressourcen und Zugängen für zuwandernde Menschen in Deutschland.

In Bezug auf die Asylverwaltung habe ich dargestellt, dass die Erfüllung *Freiwilliger Aufgaben* in finanzieller Eigenleistung von Kommunen erbracht werden muss. Dadurch werden kommunale Leistungen, die über gesetzliche Mindeststandards hinausgehen, zu einer finanziellen Entscheidung. Aber auch die Ausgestaltung von *Weisungsaufgaben* entlang von in verschiedenen städtischen Konzepten formulierten Integrationspolicies ist aufgrund Gesetzeslage nur mit der Hilfe von Freiwilligen möglich. Leipzig hat hier beispielsweise mit der Entscheidung für dezentrale Unterbringung schon 2012 ein klares Signal gesetzt. Auf diese Weise werden die Aufgaben, die mehr sind als die pure Unterbringung und Verwaltung der Asylsuchenden, also vor allem Aufgaben die die »Mitgliedwerdung« (Heckmann 2015) der Menschen in der städtischen Gesellschaft betreffen, innerhalb der Asylpolitik auf

eine Weise strukturiert, die mit so wenig Haushaltsmitteln wie möglich auskommen muss. In diesem Kapitel habe ich dargestellt, dass dies eine Grundlage dafür ist, dass strukturelle Lücken nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig über die *Konsolidierungsphase* hinaus von Freiwilligen übernommen wurden und werden. Im folgenden Kapitel analysiere ich diesen Zusammenhang zwischen Integrationsaufgaben, Integrationszielen und den Finanzierungsformen der dazu nötigen Strukturen.

Auf der Ebene der Handelnden, die in der Praxis diese Aufgaben ausführen, haben diese Verteilungsunklarheiten zu vielfältigen Überforderungssituationen geführt. Freiwillige schilderten einen inneren Zwiespalt, der sich aus der Übernahme komplexer Aufgaben ergibt, für deren Erfüllung aber keine hauptamtlichen Strukturen vorhanden sind. In der Praxis hat die Stadtverwaltung ihren subsidiären Ansatz von 2012 weiterverfolgt und nicht nur den sich entwickelnden Strukturen Raum gelassen, sondern auch bewusst Aufgaben an freie und private Träger ausgelagert. Die Steuerung hauptamtlicher Aufgabenbereiche und Koordinierung des freiwilligen Engagements wurde auf diese Weise noch weiter dezentralisiert was eine einheitliche Klärung der Zuständigkeiten verschiedener Unterstützungsbereiche verkomplizierte. Zahlreiche Freiwillige wurden zu Hauptamtlichen durch Anstellungen in einer Unterkunft. Dies habe ich am Beispiel der Sozialen Arbeit in den Unterkünften aufgezeigt. Es gab weniger ausgebildetes Personal als gebraucht wurde. In der Folge wurden die Qualifikationsmaßstäbe gesenkt und die Personen haben sich nach dem Prinzip *learning by doing* vor allem selbst relevantes Wissen angeeignet. Ähnlich wie auch Freiwillige. Diese für alle herausfordernde Situation und die Aushandlung von Aufgabenfeldern durch ein dezentrales Akteur*innenfeld hat eine klare Aufgabentrennung auch im Forschungszeitraum verunmöglicht, die Debatte um die Grenzen ›staatlicher‹ und ›zivilgesellschaftlicher‹ Praxen aber weiter angeheizt.

Diese Überforderungssituationen entlang des Zwiespalts zwischen kurzfristiger Hilfe und langfristigem Engagement sowie ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Aufgaben im Kontext der Sozialintegration zugewanderter Menschen betrachte ich auch als eine schwelende Konfliktlinie zwischen gegenwärtiger struktureller Einbettung des Engagements und den Ansprüchen und Visionen der Freiwilligen. Diese zeitliche Gefangenheit des Engagements zwischen Gegenwart und Zukunft beschreibe ich im folgenden Kapitel.

6. Engagement und Integration zwischen Gegenwart und Zukunft: Fördermittel, Politik und Visionen im Wandel

Auf einer Podiumsdiskussion der »Stiftung Bürger für Leipzig« im Juni 2018 in Leipzig berichtete Petra Köpping, von 2014 bis 2019 Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration,¹ dass der Sächsische Finanzminister sie gefragt habe: »Frau Köpping, wir haben doch viel weniger Geflüchtete, wieso brauchen Sie immer noch so viel Geld?« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 4) Ab Ende 2015 wurden von Bund, Ländern und in der Gesellschaft sehr schnell sehr viele Gelder für die sogenannte Flüchtlingshilfe freigesetzt. Das Budget im Land Sachsen für den Flüchtlingsbereich stieg bis 2018 von 150.000€ auf 50 Mio.€ (vgl. Köpping auf der Podiumsdiskussion; Stiftung Bürger für Leipzig 2018a). Diese Steigerung steht in Zusammenhang mit dem Aufbau sächsischer Strukturen, die eine Integrationspolicy umsetzen sollen. Das Eingangszitat von Köpping deutet an, dass auch im Jahr 2018 Integrationspolitik in der sächsischen Landespolitik noch keine Selbstverständlichkeit ist, nachdem erst 2015 gezielt begonnen wurde, Infrastrukturen zur Förderung von Integration auf Landesebene zu entwickeln.

Die meisten der von mir befragten freiwilligen Vereine und Institutionen bezogen Fördermittel des Landes Sachsen. Diese wurden von der Sächsischen Aufbaubank zugewiesen. Einige meiner Informant*innen sahen die Entscheidungen der Förderer als »politische« Entscheidungen an, in dem Sinne, dass die Auswahl der zu unterstützenden Organisationen erheblichen Einfluss auf die Unterstützungsstrukturen vor Ort habe, weil die Organisationen von der Förderung abhängig sind. Dies habe ich im Kapitel 5 dargestellt, in dem ich die Abhängigkeit kommunaler *Freiwilliger Aufgaben* von kommunalen Haushaltsmitteln aufgezeigt habe. Gleichzeitig, so interpretierten meine Informant*innen, fehle den Entscheidenden die Einsicht und das Wissen, um zu entscheiden, welche Unterstützungsstrukturen in

1 Dieses Amt hatte sie unter diesem Titel zwischen 2014 und 2019 inne. Seit 2019 bis dato ist sie Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

einem Stadtgebiet, in einer Stadt gebraucht werden. Daraus wurden seitens meiner Informant*innen die Forderungen formuliert, einerseits transparente Förderrichtlinien zu definieren und andererseits an dieser Definition teilzuhaben. Neben den »Spannungen zwischen ordnungsrechtlichen und integrationspolitischen Aufgaben« (Schamann und Kühn 2017: 32), auf die ich in Kapitel 5 eingegangen bin, füge ich diesem Spannungsfeld nun als weiteren Einflussfaktor den Bereich der Finanzierung hinzu. Durch die Kontrolle über die Verteilung von finanziellen Ressourcen entstehen Abhängigkeiten innerhalb einer Assemblage (vgl. DeLanda 2006: 76f.). Dabei ist der Grad der Abhängigkeit dadurch bestimmt, wie leicht der Zugang zu alternativen Ressourcen innerhalb der jeweiligen Situation ist (vgl. ebd.: 76f.). Die Freiwilligen wollten sich beispielsweise nicht von »staatlichen« Zurückweisungen abhalten lassen und suchten immer wieder kreativ nach anderen Möglichkeiten, ihre eigenen Ideen von Hilfe umzusetzen.

Wie an mehreren Stellen in dieser Arbeit schon deutlich geworden ist, hat die gewachsene Erfahrung der Akteur*innen in den asylpolitischen Unterstützungsstrukturen zu einem Selbstbewusstsein geführt, das – wie in diesem Kapitel deutlich wird – sich in Bezug auf Förderstrukturen als Zweifel und Partizipationsansprüche in einem undurchsichtigen und hierarchisch organisierten Auswahlprozess zeigt. Somit werden existierende Finanzierungsstrategien hinterfragt und neue partizipativere Formen des Auswahlprozesses anvisiert. Die Auswahlkriterien der Fördermechanismen werden in Frage gestellt. Mir wurde die Situation so geschildert, dass die Entscheider nicht so gut wüssten, was vor Ort am besten ist, wie die Antragstellenden selbst. So wurden die Verteilungsprozesse von Ressourcen im Feld auch in ihren Hierarchien in Frage gestellt und zu einem politischen Thema gemacht. Gerade in Leipzig steht dies auch in einem Kontext unterschiedlich entwickelter Integrationspolicies auf kommunaler und landespolitischer Ebene, welche sich hier im Feld der Förderung von Unterstützungsstrukturen zur Integration von Geflüchteten widerspiegelt.

Diese Ambivalenzen in den strukturellen Bedingungen der Etablierung und Finanzierung der Organisationen stelle ich den Visionen der Engagierten von einem guten Zusammenleben in der Stadt gegenüber. Dadurch wird deutlich, wie unterschiedlich zukunftsgerichtet die Akteur*innen im Feld der Asylpolitik agieren. Die bisher in dieser Arbeit dargestellten Positionierungen des Engagements im »Dazwischen« – auf der *Handlungsebene* (Kapitel 3) und auf *struktureller Ebene* (Kapitel 4 und 5) – möchte ich in diesem Kapitel um eine weitere ergänzen. Ich interpretiere das Engagement und Formen seiner Etablierung als sichtbare Fenster in einen *zeitlichen* Raum zwischen Gegenwart und Zukunft, in dem Visionen vom »guten Zusammen/Leben« in einer Stadt als zukunftsgerichteter Triebkraft einer Gegenwart gegenüberstehen, in der Akteur*innen und Institutionen mit Zugang zu entscheidenden Ressourcen sich gleichzeitig *noch nicht, nur teilweise* oder *bewusst nicht* der

Systemintegration² von Zuwandernden öffnen. Diese Visionen werden auf individueller wie institutioneller Ebene sichtbar, durch Äußerungen und Handlungen einerseits sowie durch Diskurse und Policies andererseits.

Durch diese Gegenüberstellung wird deutlich, dass sich die beiden Begriffsinhalte von Integration, die Heckmann differenziert – Integration »als *Geschehen* und *Prozess*« und Integration als »*Ergebnis* und *Zustand*« (vgl. Heckmann 2015: 78, eigene Hervorhebung) – entlang dieser empirischen Institutionen beobachten lassen: Während die in Integrationskonzepten und Förderrichtlinien auf Landes- und kommunaler Ebene formulierten Integrationsziele sich auf die Perspektive des gewünschten Integrations-Ergebnisses konzentrieren, beschäftigen sich die Handlungen und die Visionen sowie auch beiderlei praktische Grenzen der Akteur*innen mit dem konkreten *Prozess* und dem *Geschehen*. Sie gestalten den *Weg zum Ergebnis*.

Empirischer Ausgangspunkt dieser Analyse ist die These, dass es keine politische Übereinkunft über den *Prozess* der Integration in der Praxis gibt. Selbst auf kommunaler Ebene existieren deutschlandweit große Unterschiede (vgl. Schammann 2020: 45).³ Dies wird zum Beispiel in der Betrachtung der Adressaten von Integrationskonzepten sichtbar. Hannes Schammann zeigt dies im Kontext der Handlungsfelder »Arbeit« und »Deutschspracherwerb« auf:

»Im Integrationsgesetz der Bundesregierung sind die auf Arbeit und Deutschspracherwerb fokussierten Maßnahmen direkt und nahezu ausschließlich an Migrant*innen gerichtet. Demgegenüber gab rund ein Drittel der untersuchten Kommunen an, sich an die Gesamtgesellschaft zu wenden. Im Sinne eines »Whole-of-society-Ansatzes« wurde davon ausgegangen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und Teilhabe von Migrant*innen nur als gemeinsame Anstrengung aller Bürger*innen erreicht werden können.« (Schammann 2020: 48)

Dem Policy-Verständnis von Chris Shore und Susan Wright (2011) folgend, Policies als Organisationsprinzipien (ebd.: 1f.) ohne eindeutige Autorschaft und lineare Implementationshierarchie (ebd.: 10) zu verstehen, geht es mir aber nicht nur darum, diese Gesetzes- und Konzept-Texte als gestaltgebend für die Umsetzung der Integrationspolicies in der Praxis aufzufassen. Stattdessen untersuche ich, wie die Akteur*innen diese Vorgaben und Richtlinien umsetzten, wie sie sich dazu positionierten und welche Grenzen sie dadurch für ihr Handeln sahen (vgl. ebd.: 8 und 13). Dies verdeutlicht die Relevanz individueller Interpretationen von Policies. Der Innovationsschub, den Schammann und Kolleg*innen zahlreichen Kommunen in

2 »Integration als Systemintegration thematisiert die Folgen der Migration für die Integration des sozialen Systems Gesamtgesellschaft« (Heckmann 2015: 72, vgl. auch Kapitel 1.3.1 dazu).

3 Hannes Schammann stellt dar, dass die Bundesländer seit 2015/2016 insbesondere im Handlungsfeld der Bildung im Schul- und Hochschulbereich zu Umstrukturierungen und Policy-Wechsel gezwungen waren (2020: 47).

Deutschland nach 2015/2016 zuschreiben, geht damit einher, dass Kommunen sich selbst zunehmend in einer aktiveren Rolle innerhalb des komplexen Mehrebenen-systems der Asylverwaltung wahrnahmen (vgl. Kapitel 5.1), verdeutlicht aber auch die gewachsene Rolle der Akteur*innen in den Kommunen.

Ich zeige anhand der Zukunftsvisionen der Freiwilligen in meinem Forschungsfeld auf, welche Vorstellungen sie in Bezug auf ein Zusammenleben mit Zugewanderten in Leipzig haben und welche Wünsche und Forderungen sie dadurch entwickeln. Die Beschreibungen der Integrationskonzepte und diese Visionen, welche ich beide im Bereich von Integrations*ergebnissen* sehe, sind sich nicht unähnlich. Umso interessanter ist es, die Probleme der Integrations*prozesse*, die sich aufgrund ihrer strukturellen Nachrangigkeit ergeben (vgl. Kapitel 5), in den Blick zu nehmen. Die Zukunftsvorstellungen interpretiere ich als roten Faden, als leitendes Motiv und als Stütze für die Entscheidungen, die jetzt in der Gegenwart getroffen werden. Die Unzufriedenheit zahlreicher Freiwilliger, die sich in ihrem Handeln zeigte, deute ich als sichtbare Effekt dieser Reibung von gegenwärtigen Bedingungen und Zukunftsvisionen.

6.1 Zur Integrationspolitik in Leipzig und Sachsen

Unter den Freiwilligen, mit denen ich gesprochen habe, existierten moralische Vorstellungen von einem zukünftigen gemeinsamen Leben mit Zugewanderten in Leipzig, die aufgrund der strukturellen Gegebenheiten zur Zeit meiner Feldforschung noch keine ihnen entsprechenden Institutionen und Mechanismen etabliert hatten. Die Idee, so etwas wie eine *Willkommenskultur* auf Geflüchtete zu beziehen, auch gegenüber denen, deren Asylstatus noch ungeklärt ist, ist in Deutschland als Diskurs und Policy neu und wurde maßgeblich durch das Handeln der Engagierten mitgetragen (vgl. Kapitel 2). Freiwillige wurden durch ihre Unterstützung Zeugen praktischer Probleme, Hoffnungen und Grenzen von Asylprozessen, wodurch die Frage des Bleibens nicht nur technisch – im Sinne von Hilfe beim Ausfüllen von Dokumenten – sondern auch emotional begleitet wurde und so auch auf dieser Ebene Teil ihrer Wahrnehmung wurde (vgl. Kapitel 3).

Daher ist die Frage »Welche Institutionen und Organisationen etablieren sich?« eine, die nicht nur auf dieser institutionellen Ebene beantwortet werden kann (vgl. Kapitel 4 und 5), sondern darüber hinaus beinhaltet die Aushandlung der Etablierung sowohl Policy-Wechsel und diskursive Debatten in der Vergangenheit einerseits und andererseits aber auch die Auseinandersetzung mit der Zukunft. Als Startpunkt dieser Betrachtungen erläutere ich den Stand der institutionellen Integrationspolitik in Leipzig und Sachsen. Aufgrund des Fokus meiner Arbeit auf »nicht-staatliche« bzw. »zivilgesellschaftliche« Unterstützungsstrukturen, konzentriere ich mich in der Analyse auf die Bereiche »Sozialräumliche Integration«, »In-

terkulturelle Orientierung und Öffnung«, »Politische Teilhabe« als Handlungsfelder, die die Stadt Leipzig in ihren Integrationskonzepten definiert (2012: 4; vgl. auch Stadt Leipzig 2020a: 3) sowie die Finanzierung der dafür relevanten Strukturen.

6.1.1 Leipzig: »Vielfalt leben«?

Leipzig gilt, was die Offenheit gegenüber vielfältigen Lebensweisen und Biografien betrifft, als Leuchtturm in Sachsen. Vermutlich ist der Kontrast zum Umland auch deswegen so deutlich, weil die Stadt eine Sogwirkung auf Menschen hat, die kleinstädtischen oder rassistischen Milieus im Leipziger Umland entfliehen wollen.

Anhand eines Vergleichs der Integrationskonzepte von 2012 und dessen Fortschreibung von 2020 zeige ich auf, dass die Stadt vergleichsweise⁴ früh begonnen hat, sich mit der Integration von Menschen in die Stadt und die Stadtteile auseinanderzusetzen und dadurch zu einem Selbstbewusstsein gelangt ist, das sich im Titel »Vielfalt leben« des Integrationskonzeptes 2020 wiederfindet.⁵

Das im Jahr 2012 veröffentlichte »Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten der Stadt Leipzig« (im Folgenden Integrationskonzept genannt) spricht ganz konkret Probleme an, die auch später, das heißt im Forschungszeitraum, relevant waren. Dies verdeutlicht, dass ein Bewusstsein über bestehende Problemfelder und eine Bereitschaft zur Selbstkritik in der Stadtverwaltung vorhanden war. Im Folgenden zitiere ich eine längere Passage aus dem Konzept, die eine Art Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Stadtverwaltung darstellt:

»Die Herausforderungen, die sich aus dem für ostdeutsche Verhältnisse hohen Anteil von Migrant/-innen unterschiedlicher Herkunft und dem nicht minder hohen Anteil an erwerbsloser Bevölkerung, beispielsweise im Leipziger Osten ergeben, spiegeln sich in einer Vielzahl vorhandener Integrationsmaßnahmen wider, deren Träger bundesweite Wohlfahrtsverbände, Ministerien, kommunale Verwaltung oder von der Stadt Leipzig kofinanzierte Einrichtungen sowie verschiedene Vereine und Initiativen sind. Längerfristige integrationsunterstützende Angebote (z.B. Migrationsdienste, Jugendfreizeiteinrichtungen, soziokulturelle Zentren) sind im Stadtteil bekannt und werden bis an die Grenzen der Kapazitäten genutzt. Andere, meist befristete, projektbezogene Angebote erreichen Migrant/-innen oft nur unzureichend. In Stadtteilen mit einem hohen

4 Referenzpunkte sind andere ostdeutsche Kommunen.

5 Was in Sachsen tatsächlich besonders ist, ist gleichzeitig jedoch kein Musterbeispiel an Welt-offenheit: Zugewanderte Leipziger*innen berichten von zahlreichen Diskriminierungserfahrungen in Leipzig, es gab und gibt beständig asylkritische Stimmen und die AfD konnte in den letzten Jahren bei jeder Wahl mehr Stimmen gewinnen (11 Plätze im Stadtrat, Stand November 2020).

Zuwanderungsanteil sind solche Projekte verschiedener Träger vermehrt vertreten, existieren jedoch zum Teil nebeneinander und in unterschiedlicher Qualität. Viele Projekte richten sich an Migrant/-innen als Zielgruppe, wurden jedoch nicht mit Migrant/-innen entwickelt und umgesetzt, was ihre Wirkung beeinträchtigt und damit den Erfolg der Maßnahme in Frage stellt [...]. Zu bedauern ist, dass auch erfolgreiche Projekte in der Regel nicht über den Projektzeitraum hinaus finanziell abgesichert werden können [...]. Aber Integration läuft nicht nur im Rahmen von zeitlich befristeten Projekten ab, sondern vollzieht sich in der alltäglichen Arbeit vieler kommunaler Einrichtungen in den Stadtteilen. Besonders wirkungsvoll ist sie dann, wenn eine Unterstützung durch Sprachmittler zur Verfügung steht [...], Mitarbeiter selbst einen Migrationshintergrund haben, Migrant/-innen einbezogen und engagiert sind [...], und wo Mitarbeiter offen auf Zugewanderte reagieren und Bedürfnissen dieser Gruppe entgegenkommen können.« (Stadt Leipzig 2012: 61f.)

Dieses ausführliche Zitat vermittelt einerseits einen Eindruck davon, welches Wissen die Stadtverwaltung über die Verteilung und Struktur von Integrationsarbeit innerhalb der Stadt hat und andererseits, wie sie diese Zustandsbeschreibung bewertet. Ich lese aus diesen Ausführungen abermals eine bereits in Kapitel 2 herausgestellte grundsätzliche Offenheit gegenüber dem »[N]ebeneinander« unterschiedlicher Projekte heraus. Es ist aber auch eine deutliche Präferenz gegenüber langfristigen Projekten erstens und zweitens Projekten, die Zugewanderte oder Menschen mit »Migrationshintergrund« in die Organisation bzw. ins Alltagsgeschehen einbeziehen, zu erkennen. Im weiteren Text des Integrationskonzeptes wird gegenüber beiden Punkten ein Bedauern über den Ist-Zustand ausgedrückt. Auch die fehlende finanzielle Absicherung wird bedauert. In Leipzig sei auch das Bewusstsein über die Chancen von Migration noch nicht ausreichend vorhanden. So heißt es: »Nicht immer gelingt es den Akteur*innen im Stadtraum, die Ressourcen der Migranten/-innen zu erkennen und zu nutzen.« (ebd.: 64f.) Und: »Die öffentliche Wertschätzung und Anerkennung dieses Engagements von und für Migrant/-innen ist ausbaufähig.« (ebd.: 66)

Die Lebenssituation von Geflüchteten wird im Integrationskonzept von 2012 mit einem starken Bezug zur Unterbringungspolitik thematisiert, welche im selben Jahr ein hochaktuelles Thema ist (vgl. Kapitel 2.1.2): »Eine besondere Herausforderung bei der sozialräumlichen Integration stellt der Umgang mit Flüchtlingen in der Nachbarschaft dar.« (ebd.: 63) Es wird darauf verwiesen, dass das Unterbringungskonzept durch die Förderung von dezentralem Wohnen, neben einer »menschenwürdigere[n] Wohnsituation« auch »die Chance zur besseren Integration in die Stadtgesellschaft« verspricht (ebd.: 63). Das Jahr 2012 markierte einen Umbruch in der Unterbringungspolitik, der sich zunehmend auf das Thema der »Sozialräumlichen Integration« auswirken wird: Mit der Dezentralisierung der Un-

terbringung stieg die Anzahl der Nachbar*innen von Geflüchteten in Leipzig. Das Ziel der Leipziger Unterbringungspolitik ist der gemeinsame Sozialraum. Dort, so führt das Integrationskonzept aus, »vollzieht« sich die »Integration von Migrantinnen und Migranten [...] zunächst« (ebd.: 64). Weiter heißt es: »Hier wird der Alltag organisiert, werden erste Kontakte zu Nachbarn und zu kommunalen Einrichtungen geknüpft und damit die Weichen für eine erfolgreiche Integration in die Mehrheitsgesellschaft gestellt.« (ebd.: 66) Die Stadt Leipzig nennt als »Handlungsbedarf und -empfehlungen« (ebd.: 63):

»Positive Ansätze, die Vielfalt fördern und den sozialen Zusammenhalt im Stadtraum stärken, müssen verstärkt kommunal gefördert werden. Über Fachförderlinien kann die Stadt Leipzig ihre Unterstützung für Vereine und Initiativen in ihrem Engagement für die Integration von Migrant/-innen ausbauen, bürgerschaftliches, soziales und sportliches Engagement stärken – mit dem Ziel, die Selbsthilfe, Nachbarschaftsbeziehungen und die politische Partizipation zu fördern. Die Bewohner der einzelnen Stadtteile müssen dazu motiviert werden, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten und es muss entsprechende Rahmenbedingungen und Angebote geben, dies umsetzen zu können.« (ebd.: 63f.)

Dazu sollen bestehende Angebote »besser miteinander vernetzt, koordiniert und abgestimmt werden« (ebd.: 66). Es wird zudem deutlich gemacht, dass das Ziel sein sollte, dass »letztendlich die Regeldienste stärker von Migrant/-innen in Anspruch genommen werden« (ebd.). Das heißt, dass auch hier die Zielsetzung ist, bestehende Dienstleistungsangebote verstärkt für Zugewanderte zugänglich und ohne Hürden nutzbar zu machen, anstatt eine Trennung der Angebote zwangsweise aufrechtzuerhalten. Dies verdeutlicht, dass schon 2012 im Zuge der Entwicklung und Umsetzung des dezentralen Unterbringungskonzeptes Fragen nach den Möglichkeiten der System- und Sozialintegration von Zugewanderten Gegenstand eines Integrationskonzeptes waren. Vergleicht man dies mit den Ergebnissen der Studie von Schammann et al. (2020) ist Leipzig 2015/2016 damit anderen, vor allem kleineren, deutschen Kommunen ein kleinen Schritt vorausgewesen.

Im Jahr 2020 hat die Stadt Leipzig das Integrationskonzept fortgeschrieben. Seitdem sind nicht nur die »migrantische Bevölkerung« in der Stadt gewachsen (Stadt Leipzig 2020a: 41), Leipzig als Stadt ist im vollumfänglichsten Sinne gewachsen. Der Zuzug von Menschen, die wirtschaftliche Lage, der internationale Ruf der Stadt – Leipzig vergrößert sich scheinbar unaufhaltsam.⁶ Der Vergleich der beiden Integrationskonzepte 2012 und 2020 – vor und nach meinem Forschungszeitraum – soll einen Eindruck davon vermitteln, wie Integration stadtpolitisch

6 Im Jahr 2004 betrug die Bevölkerung insgesamt 498.491, 2012: 520.838; 2015: 560.472 und 2019: 593.145 (Stadt Leipzig 2020d). Das sind fast 100.000 Menschen mehr innerhalb von 15 Jahren.

verhandelt wird und wie das Thema repräsentiert wird. Die gestiegene Aufmerksamkeit auf die Stadt und das zunehmende Interesse an Migrations- und Integrationsthemen seit 2015/2016 sind nicht spurlos am neuen Integrationskonzept vorbeigegangen. Es erscheint in einem anderen, selbstbewussteren Erscheinungsbild: Es fällt sofort ins Auge, dass das neue Dokument zwar nicht umfangreicher ist, sich aber auf mehr Seiten den Platz nimmt, die Informationen übersichtlicher zu gestalten, einerseits durch variierende typografische Hervorhebungen, andererseits mithilfe von Diagrammen. Es gibt zum Beispiel auch zu Beginn ein Kapitel »Hinweise zur Nutzung« (Stadt Leipzig 2020a: 12ff.). Insgesamt wirkt dieses Dokument aufwändiger gestaltet und lesefreundlicher. Man gewinnt den Eindruck, die Stadt Leipzig möchte wirklich, dass dieses Konzept gelesen wird. Das Integrationskonzept 2012 hingegen ist optisch eher schlicht und eintönig gehalten. Insbesondere vor 2012 waren Integrations- und Migrationsthemen nicht neu, aber deren gesellschaftliches Interesse war nicht so breit. Die Erfahrung der Stadt Leipzig mit dem Unterbringungskonzept war eher, dass viel Gegenwind aus der Bevölkerung kommt. Betrachtet man die beiden Dokumente nebeneinander scheint es fast, so eine mögliche Interpretation, als habe sich die Stadt nach 2012 viel bewusster zu den Punkten bekennen können und mehr Erfahrung in deren Umsetzung gewinnen können. Zur Veranschaulichung habe ich im Folgenden jeweils die Titelseiten und eine Seite aus dem Konzept gegenübergestellt (vgl. folgende Gegenüberstellung der Integrationskonzepte Leipzigs 2012 und 2020).

Während das Titelblatt des Integrationskonzeptes von 2012 (Abb. 11) eine Collage einzelner Bilder von Menschen ist, stellt das Titelblatt der Fortschreibung des Konzeptes (Abb. 12) den griffigeren Zusatztitel »Vielfalt leben« bunt in den Mittelpunkt. Im Hintergrund ist verschwommen Menschengetümmel zu sehen, rechts ist die »Blehbüchse« erkennbar, die deutlich macht, dass das Geschehen in der Leipziger Innenstadt stattfindet.⁷ Dieses Bild vermittelt Bewegung der Menschen und Statik in der Bebauung: eine lebendige Stadt im Wandel inmitten beständiger Strukturen. Und so zeigt auch der folgende Vergleich der beiden Abbildungen 13 und 14, die beide die Einleitung zum gleichen Kapitel mit nahezu dem wortgleichen Text zeigen, dass die integrationspolitische Linie der Stadt Leipzig sich nicht sehr verändert hat, aber im Jahr 2020 anders dargestellt wird:

Unter dem Titel »*Vielfalt leben: Gesamtkonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten: Fortschreibung*« werden die Gedanken aus dem ersten Integrationskon-

7 Die »Blehbüchse« ist ein am »Ring« – der Straße, die den Hauptverkehr um die Innenstadt leitet – situiertes Warenkaufhaus als optisches Symbol und mit langer Geschichte, das gut sichtbar und erreichbar für jeden ist. Sie hat viel diskutierte Umwandlungsprozesse durchgemacht und kann somit auch ein Symbol für die Gleichzeitigkeit von Wandel und Persistenz in der Stadt gesehen werden, zwischen Vergänglichem und bestehenbleibenden Strukturen (wie eine Assemblage).

Links: Abbildung 11: Titelblatt des Integrationskonzeptes der Stadt Leipzig von 2012.

Rechts: Abbildung 12: Titelblatt des Integrationskonzeptes der Stadt Leipzig von 2020.



Quellen: Abb.11: Stadt Leipzig 2012. Abb. 12: Stadt Leipzig 2020a.

zept zusammengebracht mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept »Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)« aus dem Jahr 2018. Aus letzterem sind auch die darin »formulierten strategischen Ziele der Stärkung der Internationalität und der Schaffung von sozialer Stabilität« (Stadt Leipzig 2020a: 9) übernommen worden.⁸ Diese sind: »Weltoffene Stadt«, »Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt« und »Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung« (ebd.). Viel prägnanter und verschlagwortet findet sich der Grundgedanke in zahlreichen Ausführungen wieder: Integration ist Querschnittsthema.⁹ »Vertiefend wurde die Integration von Migrant/-innen als Querschnittsthema Integration und Vielfalt im INSEK festgeschrieben und durch den Stadtrat am 31.05.2018 bestätigt. Damit sind die Belange

8 »Das Gesamtkonzept zur Integration ordnet sich dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept »Leipzig 2030« unter und wird gleichzeitig durch die detaillierteren Fachplanungen der einzelnen Ämter ergänzt, die z.T. auch dort das Thema Integration von Migrant/-innen aufgreifen« (Stadt Leipzig 2020: 12).

9 Im Integrationskonzept von 2012 heißt einer von vier »Zielbereiche[n]«: »Migrantenarbeit als Querschnittsaufgabe« (Stadt Leipzig 2012: 6).

Links: Abbildung 13: Titelblatt Kapitel 4, Integrationskonzept Leipzig 2012.

Rechts: Abbildung 14: Titelblatt Kapitel 4, Integrationskonzept Leipzig 2020.



4. Handlungsfeld

Sozialräumliche Integration

Angesichts des abnehmenden Integrationspotentials anderer Lebensbereiche – hier vor allem des Arbeitsmarktes – gewinnt sozialräumliche Integration an Bedeutung:

In allen größeren Städten trifft in bestimmten Wohngebieten eine sozial besonders benachteiligte deutsche Einwohnerschaft mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten zusammen. Um der sozialen Benachteiligung und der Verdichtung von Problemlagen in solchen Stadtteilen entgegenzuwirken bzw. diese sozial zu stabilisieren, wird auch in Leipzig mit Hilfe von integrierten Förderprogrammen und engagiertem Quartiersmanagement seit einigen Jahren die dortige Stadtteilentwicklung in besonderem Maße unterstützt. Hier gilt es, auch bei zurückgehendem Fördervolumen den durchaus erfolgreichen Prozess fortzuführen, um Vielfalt und sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu sichern, auch unter Nutzung der familiären, ethnischen, nachbarschaftlichen und religiösen „Sozialräume“ der Migrantinnen und Migranten.

Eine wichtige Grundlage für die Ermittlung der Stadträume, in denen besonderer Handlungsbedarf geboten ist, stellt das integrierte Stadtentwicklungskonzept dar, in dem konkret Schwerpunkte und Maßnahmen benannt werden.

Quellen: Abb. 13: Stadt Leipzig 2012: 60. Abb. 14: Stadt Leipzig 2020a: 40.

der Migrantinnen und Migranten fester Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung.« (Stadt Leipzig 2020a: 9) Passend dazu haben an diesem Konzept zusätzlich zu »[d]en Vertreterinnen und Vertretern aus Stadtrat und Verwaltung, dem Migrantenbeirat« diesmal auch die »Aktiven aus der Integrationsarbeit« mitgearbeitet, wie im Vorwort von Oberbürgermeister Jung erwähnt wird (ebd.: 4). Auffallend ist auch, dass 2020 die Rolle vom »Ehrenamtlichen Engagement« (ebd.: 46) thematisiert und gewürdigt wird:

»Dazu gehört auch die öffentliche Wertschätzung und Würdigung ehrenamtlichen Engagements. Sie spielt eine große Rolle für die Motivation, sich zu engagieren und kann nicht oft genug erfolgen. Eine Anbindung an hauptamtliche Strukturen und der Zugang zu Qualifikationsangeboten und Supervision ist im Interesse der gesamten Stadtgesellschaft.« (ebd.: 46)

Im Vorgänger-Konzept ist hingegen entweder von dem »bürgerschaftlichen Engagement in Vereinen und Initiativen, in religiösen Gemeinden«, von »Nachbarschaftshilfe« die Rede (vgl. Stadt Leipzig 2012: 66) oder von »Nachbarn« (ebd.: 66) und »Bewohner[n] der einzelnen Stadtteile« (ebd.: 64) die Rede. Im Wording der

Konzepte erscheint es, als ob »Ehrenamtliches Engagement« als Akteur*in im Feld dazu gekommen sei. Wo vorher formelle Vereine oder Nachbarn die Akteur*innen der Aufnahmegesellschaft waren, sind Engagierte als neue Kategorie hinzugekommen. De facto gab es schon 2012 Freiwillige in den entstehenden Versorgungslücken. Was aber bedeutet es, wenn nun die Freiwilligen gewürdigt werden sollen und es nicht die Nachbar*innen sind, die für die sozialräumliche Integration angesprochen werden? Man könnte diese Entwicklung als einen weiteren Hinweis dafür interpretieren, dass die Erfahrung, dass sozialräumliche Öffnung nicht »einfach« passiert, dazu geführt hat, Engagierte als Schlüsselfiguren in Bezug auf diese Öffnung anzuerkennen. Dafür wird es geplant und koordiniert, damit die Integration von Geflüchteten in *irgendeinem* Sozialraum gelingen kann. Das ist vielleicht nicht der, den Geflüchtete mit ihren Nachbar*innen teilen, aber einer, der sie mit jemandem aus der Stadt verbindet. In den Integrationskonzepten wird angesprochen, wie unterschiedlich die Offenheit in den Stadtteilen gegenüber Geflüchteten ist, da erscheint das Engagement als Möglichkeit, auch die strukturellen Lücken in der Sozialraumöffnung zu schließen.

6.1.2 Sachsen: Fehlende Integrationspolicy vor 2015

Die gestiegene Zuwanderung in Deutschland hat auch auf Landesebene eine Intensivierung der konzeptuellen Arbeit zum Thema Integration in Sachsen bewirkt. Für die langfristige Mitgliedwerdung Zugewanderter gab es auf Landesebene vor 2015 keine politischen Konzepte. Diese Nichtbeschäftigung mit dem Thema begrenzte kommunale Handlungsspielräume, weil Aufgaben nicht definiert wurden und somit nur von den Kommunen als *Freiwillige Aufgaben* übernommen werden können. Auch dadurch »rutschen« Aufgaben Hauptamtlicher in die Praxis der Freiwilligen.

Schon im Unterbringungskonzept von 2012 weist die Stadt Leipzig darauf hin, dass im Sächsischen Integrationskonzept Geflüchtete und Geduldete nicht erfasst sind und dies als Begrenzung kommunaler Handlungsspielräume wahrgenommen wird (2012: I/8). Auf einer Podiumsdiskussion am 18.06.2018 weist Petra Köpping in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass besagtes Integrationskonzept von 2012 nicht mal das Wort »Flüchtling« enthielt (vgl. Stiftung Bürger für Leipzig. 2018a). Dass dies so war, ist einerseits ein Zeichen dafür, dass die Zahl der Asylanträge lange sank, bis ihr erneuter Anstieg 2012 deutlich sichtbar wurde und das Thema dementsprechend gesellschaftlich weniger relevant war als beispielsweise die Integration von schon in Leipzig lebenden Zugewanderten. Andererseits zeigt dies aber auch, dass Integration und Geflüchtete lange nicht zusammengedacht wurden.

Im weiteren Verlauf der Podiumsdiskussion thematisierte Köpping die Nachteile der in Kapitel 5.1 beschriebenen rechtlichen Konstruktion von Integrationsaufgaben als *Freiwillige Aufgaben* für die Kommunen. Köpping führte an, dass Kommunen wie Leipzig, die als *Freiwillige Aufgabe* eine Flüchtlingssozialarbeit integrie-

ren damit jederzeit Gefahr laufen, durch die Kommunalaufsicht gemäßregelt¹⁰ zu werden (vgl. Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 10). Gleichzeitig argumentiert sie, dass sich Sachsen am Beginn eines infrastrukturellen Entwicklungsprozesses befindet: Flüchtlingsarbeit gebe es in Sachsen offiziell erst seit dreieinhalb Jahren, also seit Anfang 2015:

»Das bitte ich immer, das nicht zu vergessen: ...dass es das Thema Integration auch tatsächlich erst seit dreieinhalb Jahren (in Sachsen) gibt. Es hat immer Freiwillige gegeben, es hat immer Integrationskurse gegeben, durch den Bund geförderte Maßnahmen gegeben. Aber es hat keine Maßnahmen durch das Land Sachsen selber gegeben. ... Insofern haben wir tatsächlich überhaupt erst 2015 mit der intensiven Integrationsarbeit in Sachsen begonnen. ... so flächendeckend wie wir das heute haben, hat es das einfach in Sachsen nicht gegeben durchs Land gefördert. Das ist das eine. Und das andere ist, dass wir auch keine Strukturen deswegen vorgefunden haben – wir mussten sie alle neu schaffen. Das heißt wir haben sowohl vom Hauptamt her alles neu schaffen müssen: Da denke ich zum Beispiel an die Flüchtlingssozialarbeit. Jetzt sind wir natürlich wieder in Leipzig, die haben das gehabt; aber die anderen Landkreise oder Dresden oder Chemnitz, die hatten das so in dieser Form eben nicht. Das zweite ist eben, dass wir natürlich auch bestimmte Initiativen, die sich mit Flüchtlingsarbeit beschäftigen, unterstützt haben: In Leipzig den Flüchtlingsrat, die Villa ... wo wir als Land sogenannte integrative Maßnahmen gefördert haben.« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 2)

Köpping deutet hier nur an, weil es unter den Teilnehmenden *common sense* ist, dass Leipzig im Vergleich zu den Integrationspolicies auf Landesebene besondere Regelungen hat, wie zum Beispiel Soziale Arbeit in allen Unterkünften seit 2012 als kommunale *Freiwillige Aufgabe* (vgl. Kapitel 2 und 5). Diese Entwicklungen, die sich hier auf Landesebene andeuten, stehen im Kontext eines breiteren »gewachsene[n] Interesse[s] an integrationspolitischen Maßnahmen in den ostdeutschen Bundesländern« (Canan et al. 2018: 21). In der folgenden Tabelle stelle ich die Entwicklung der institutionellen Ebene der integrationspolitischen Maßnahmen Sachsens chronologisch dar:

10 Die Maßregelung könne erfolgen, weil Leipzig die Soziale Arbeit in den Unterkünften als *Freiwillige Aufgabe* ausführt und dafür mehr Ausgaben hat, als für die Unterbringung als *weisungsgebundene Aufgabe* vorgesehen ist. Da auch Leipzig, wie alle Kommunen, im Zuge der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten 2015 und 2016 den Haushaltsrahmen überspannt hat, werden als erstes die *Freiwilligen* Leistungen der Stadt gemäßregelt.

Tabelle 4: Entwicklung der Institutionen der Integrationspolitik Sachsens 1992-2019

1992	Sächsischer Ausländerbeauftragter
2012	Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept
03/2014	Sächsischer Beirat für Migration und Integration
11/2014	Staatsministerin für Gleichstellung und Integration
04/2018	Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept II
2019	Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ehem. Staatsministerin für Gleichstellung und Integration)

Es wird deutlich, dass mit der Steigerung der Zuweisungszahlen beginnend 2012 die Thematik erst allmählich institutionalisierte Organisationsstrukturen fand. Man kann sagen, dass das, was Anfang der 90er Jahre in Bezug auf die Infrastrukturen der Unterbringung Asylsuchender in Sachsen neu geschaffen werden musste (vgl. Kapitel 2.1.2),¹¹ nun in Bezug auf die Systemintegration von Geflüchteten in Gang gesetzt werden musste.

Im aktuellen Integrationskonzept Sachsens »Zuwanderung und Integration gut gestalten – Zusammenhalt leben: Zuwanderungs- und Integrationskonzept II des Freistaats Sachsen« (Staatsministerin für Gleichstellung und Integration 2018a) werden »aktuelle Entwicklungen, Chancen und Aufgaben [berücksichtigt]. Dazu gehören insbesondere die humanitäre Verantwortung und Solidarität für Flüchtlinge.« (Köpping 2020a) Es wurde gemeinsam mit einem »Umsetzungsplan für einen welt-offenen und zukunftsorientierten Freistaat Sachsen« verabschiedet, der eine ausführliche Übersichten über Zielgruppen, Maßnahmetitel, Kurzbeschreibung und Verantwortlichkeiten/Beteiligte in verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern bietet (vgl. Staatsministerin für Gleichstellung und Integration 2018b). Das heißt, dass es mittlerweile neben der Beschreibung der Integrations**ergebnisse** auch genauere Beschreibungen über die Umsetzung, das heißt die Integrations**prozesse**, gibt. Dies hat sich erst nach meinem unmittelbaren Forschungszeitraum entwickelt. Angesichts dieser grundsätzlichen inhaltlichen Veränderung in der Fortschreibung des Integrationskonzeptes kann man davon sprechen, dass die im Forschungszeitraum geäußerten Erfahrungen und Kritik der Akteur*innen Eingang in die konzeptuelle Arbeit mit dem Thema Integration in Sachsen gefunden haben. Petra Köpping wird auf der Internetseite des Integrationskonzeptes wie folgt zitiert: »Wir befinden uns in einem gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess,

11 Nach 1990 erfolgten die ersten Zuweisungen von Geflüchteten in das Gebiet der ehemaligen DDR. Für deren Unterbringung gab es weder eine vorhandene Verwaltungs- noch Infrastruktur. Dies alles musste unter hohem Zeitdruck neugeschaffen werden (vgl. Kapitel 2.1).

der seine Zeit dauern wird, aber gestaltet werden muss. Eine aktive Integrationspolitik ist eine Investition in die Zukunft des Freistaates Sachsen.« (Köpping 2020b)

Bestehende Forderungen betreffen die Überarbeitung der Rechtsgrundlagen, da diese offensichtlich die Aufgaben im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten bisher nicht oder nicht ausreichend thematisiert haben. Daraus folgte auch die Rückstellung in der finanziellen Zuwendungshierarchie (vgl. Kapitel 5.1.1). Diese Rückstellung hängt zum einen mit der rechtlichen Verteilung kommunaler Aufgaben zusammen, die wiederum mit den jungen Integrationsstrukturen in Sachsen und der Effizienzsteigerung kommunaler Wirtschaftlichkeit zusammenhängt.

Petra Köpping plädiert daher für die Verfassung eines Sächsischen Integrationsgesetzes, das kommunale Pflichtaufgaben im Bereich der Integration in Sachsen definieren und somit finanziell absichern könnte. »Wenn wir ein Integrationsgesetz in Sachsen hätten, könnten wir uns hier vieles sparen: Was muss Kommune, was Haupt-/Ehrenamt machen – Aufgabenteilung muss geregelt werden [...]. Leidige Antragsgeschichten könnten damit institutionelle Förderung werden.« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 10)

Es wird deutlich, dass die Aufgabenunklarheit und die mangelnde Entwicklung einer langfristig angelegten rechtlichen und politischen Grundlage für die Integration von Geflüchteten in Sachsen miteinander zusammenhängen. Integration scheint also auf die Eigeninitiative von Freiwilligen und freien Trägern angewiesen zu sein. Diese können zwar gemäß dem Subsidiaritätsprinzip finanziell von staatlichen Strukturen unterstützt werden, diese Fördermittelstrukturen sind aber eng verbunden mit politischen Diskursen und Policies.

6.2 Die Rolle der Fördermittelvergabe bei der Etablierung von Strukturen in der Geflüchtetenhilfe

Die Frage der Etablierung einer Organisation ist eng mit Finanzierungsfragen verknüpft (vgl. Karakayali 2018: 13). In den Kapiteln 4 und 5 habe ich aufgezeigt, wie Freiwilliges Engagement erhebliche Lücken, insbesondere in Bezug auf die Sozialintegration von Geflüchteten, ausfüllt. Neben der begrenzten kommunalen Förderung kommen vor allem staatliche Fördertöpfe aus den übergeordneten Ebenen zum Einsatz. Durch die Existenz mehrerer Bezugsquellen von finanziellen Ressourcen sinkt die Kontrollmöglichkeit der einzelnen Fördermittelgeber (vgl. DeLanda 2006: 76f.). Auf allen Ebenen ist das Volumen der Fördertöpfe zwar erhöht worden (vgl. Kapitel 6.1.2), deren Ausschöpfung ist allerdings an Bedingungen geknüpft, die in der Praxis vor allem zu Nachteilen in der Organisation von Unterstützungsstrukturen gesorgt hat und die dem Integrationsverständnis der Organisationen sowie dem Land widersprechen.

6.2.1 Traditionen und Neuland in der Finanzierung von Engagement

Während die Förderung von Engagement im Allgemeinen eine längere Tradition in Deutschland hat, war die Förderung niedrighschwelligem Engagements für Geflüchtete für zahlreiche Geldgeber »Neuland« (Karakayali et al. 2018: 22). Wie in Kapitel 4.1.2 unter dem Stichwort der »*Modernisierung der Kommunalverwaltungen*« beschrieben, wurde Engagementförderung nach der Jahrtausendwende mehr und mehr zum Kennzeichen des Ausbaus nicht-staatlicher Strukturen. Weil den Kommunen durch Steuersenkungen die finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung »vieler öffentlicher Einrichtungen« (Karakayali et al. 2018: 22) entzogen wurden, wurde freiwilliges Engagement als eine Art Kompensation dieser Strukturentwicklungen interpretiert (ebd.: 22). Die in diesem Zusammenhang beobachteten Prozesse der Entwicklung von Wohlfahrtsverbänden »in Richtung ›soziale Dienstleistungsunternehmen« und die Adressierung von Bürger*innen als »zu aktivierende Elemente« (Schäfer 2009: 20) verdeutlichen, dass die Frage der Finanzierung von Aktivitäten im Grenzbereich von ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ immer als »Versuch einer Neubestimmung des Verhältnisses von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und BürgerIn verstanden werden« muss (ebd.: 20).

Angesichts dieser bestehenden Prozesse der Förderung des Engagements: Was bedeutet das nun für die finanzielle Förderung der Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete? Inwieweit kann man von einer »staatlichen Indienstnahme des Engagements« sprechen und davon, dass sich der Staat »zentraler Aufgaben entledigen« könne (van Dyk und Misbach 2016: 213ff.; vgl. Karakayali et al. 2018: 23)? Im Folgenden argumentiere ich dafür, im Sinne der *Assemblage Theory*, die Gleichzeitigkeit all dieser Prozesse nachzuvollziehen und aus der Analyse ihres Zusammenwirkens Schlüsse für die Beantwortung dieser Frage zu ziehen.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Top-down-Prozesse wie die Neoliberalisierung staatlicher Aufgaben in Kombination mit lokalen Gegebenheiten und Prozessen wie Verwaltungsnotstand, Subsidiarität, freiwilliges Engagement miteinander agieren (durch die Akteur*innen). In Kapitel 4 habe ich die Gleichzeitigkeit von Bottom-up-Bewegungen und Top-down-Prozessen ausführlich beschrieben. Die Entstehung von Unterstützungsstrukturen im Raum ›zwischen‹ ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ ist auch das Ergebnis von erstens, überforderten Verwaltungsstrukturen, das heißt das Ergebnis einer Notsituation. Es ist zu beachten, *wie* nun die dauerhaften Integrationsaufgaben gemanagt werden. Was in der Notsituation passierte sollte nicht allein betrachtet werden, sondern ob sich diese Tendenzen verstetigen. Zweitens ist es das Ergebnis individueller Engagementbiografien (vgl. Kapitel 3) und drittens des gemeinsamen Lebensraumes »Stadt«, den die Freiwilligen mitgestalten wollen. Die starke Agency der Akteur*innen hat ihre Rolle in der Assemblage gestärkt. »Da Behörden auf freiwilliges Engagement in vielerlei Hinsicht angewiesen sind, haben sich die Freiwilligen zum

Teil eine starke Verhandlungsposition gegenüber den Behörden erarbeitet.« (Karakayali et al. 2018: 11)

Im Forschungszeitraum wurden diese bestehenden Top-Down-Prozesse neuverhandelt. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, wurden immer wieder artikuliert und sind so zu empirischen Sichtfenstern geworden. Eines dieser Sichtfenster ist die Finanzierung, in der sich Entwicklungen abzeichnen, die auch auf dieses Insistieren der Akteur*innen zurückzuführen sind. Die weiteren Ausführungen dieses Kapitels werden diese These näher beleuchten.

6.2.2 Übersicht über Fördermittelvergabe im Forschungsfeld

Im Folgenden stelle ich die im Feld benutzten Quellen der Fördermittel zwischen 2014 und 2019 dar. Ich beziehe mich hier nur auf die mir im Feld genannten Fördermittel. Die folgende Übersicht ist daher keine komplette Darstellung aller existierenden Fördermittelgeber. Die Angaben, die sich auf die Zeit nach meiner Feldforschung (nach 2016) beziehen habe ich mit aufgenommen, weil in späteren Gesprächen und Diskussionsforen diese Fördermittelgeber offensichtlich zusätzlich relevant wurden. Dadurch wird die Entwicklung der Förderlandschaft sichtbar.

Stadt Leipzig

- Seit 2012: Sonderförderung SprInt-Mittel (Sprach- und Integrationsmittlungsdienst)¹²
- Seit 2017: Referat für Migration und Integration: Fachförderrichtlinie »Soziale Betreuung Flüchtlinge«¹³

Land Sachsen

- Seit 2006: Förderrichtlinie »Wir für Sachsen«¹⁴

12 »Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig verabschiedete am 12.12.2012 das Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig. Damit beschloss sie auch die dauerhafte Etablierung eines Sprach- und Integrationsmittlungsdienstes, der der Gesamtverwaltung zur Verfügung steht.« (Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration 2020) Im Integrationskonzept der Stadt Leipzig ist sichtbar, dass die Stadt im Haushaltsjahr 2017/2018 die finanzielle Förderung der SprInt-Dienste mehr als verdoppelt hat (vgl. Stadt Leipzig 2020: 53).

13 Fachförderrichtlinie des Referats für Migration und Integration zur Vergabe von Zuwendungen an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen vom 16.09.17 (vgl. Stadt Leipzig 2020b).

14 »Den freiwillig Engagierten wird monatlich für mindestens 20 Stunden Engagement eine pauschale Aufwandsentschädigung von bis zu 40 Euro gewährt« (Sächsische Staatskanzlei 2020b).

- Seit 2015: Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz« (WOS)¹⁵
- 2017-2019: Richtlinie Integrative Maßnahmen Teil 1
- Seit 2019: Richtlinie Integrative Maßnahmen Teil 2

Bund

- Seit 1988: »Fonds Sozialkultur« (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien)
- Seit 2015: »Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug«
- Seit 2016: »Menschen stärken Menschen« (BMFSFJ)¹⁶

EU

- ESF-Fonds:
 - o Seit 2005: Kleinprojektförderung »Lokales Kapital für soziale Zwecke im Freistaat Sachsen« (Anträge laufen über die Sächsische Aufbaubank [SAB].)¹⁷
 - o Seit 2015: Sächsisches ESF-Programm »Nachhaltige soziale Stadtentwicklung«¹⁸

Privat

- Robert Bosch Stiftung
- Mitgliedsbeiträge

Diese Auflistung verdeutlicht die breite Streuung der Finanzierungsbezüge auf allen politischen Ebenen, sowie auch die Relevanz privater Geld- und Sachspenden. Es wird auch deutlich, dass sich die Förderlandschaft 2015 ausweitete und auf allen Ebenen zusätzliche Fördermittel bereitgestellt wurden. Je mehr finanzielle Quellen eine Organisation anzapfen konnte, desto mehr Personal konnte in der Folge hauptamtlich für sie arbeiten. Das Land Sachsen war der Förderer, den die meisten meiner Informant*innen, die Fördergelder bezogen als Fördermittelquelle angegeben haben. Dies verdeutlicht, dass zahlreiche Ressourcen der überkommunalen Ebene genutzt wurden.

15 »Seit dem 01. Januar 2015 liegt das Programm in der Verantwortung des Geschäftsbereichs der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration« (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt 2020).

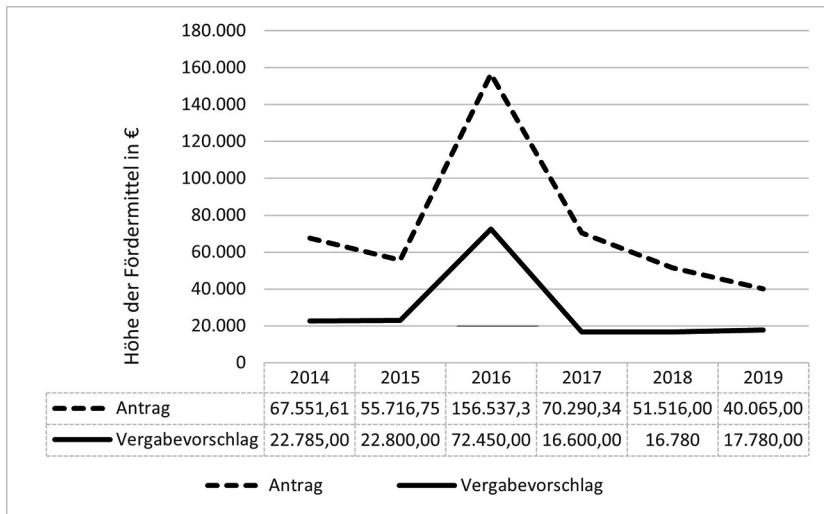
16 Bundesweites Patenschaftsprogramm (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020).

17 Vgl. Sächsische Staatskanzlei 2020b.

18 Vgl. Sächsische Aufbaubank 2020.

Das folgende Diagramm (Abb. 15) zeigt beispielhaft die Fördermittelvergabe des Referats für Migration und Integration der Stadt Leipzig im Verlauf von 2014 bis 2019.

Abbildung 15: Übersicht über die Vergabe von Fördermitteln durch das Referat für Migration und Integration entsprechend der Fachförderrichtlinie im Zeitraum 2014-2019.



Quelle: Eigene Darstellung, Daten basieren auf den Listen zur Fördermittelvergabe (Stadt Leipzig 2020e).

Auffällig sind vor allem Anstieg und Abfall der beantragten und bewilligten Fördermittel um 2016 als Höhepunkt. Interessant ist auch, dass beide Werte mittlerweile unter das Niveau von vor 2014 gesunken sind. Da die neuesten Entwicklungen außerhalb meines Forschungszeitraumes liegen kann ich dazu nur Vermutungen anstellen: Die Komplexität des Feldes hat sich schon mit dem Ende des Haushaltsjahres 2015/2016 reduziert. Die Organisationen, die sich etabliert haben, haben dies nur geschafft, in dem sie ein erweitertes Fördernetzwerk aufbauen konnten. Durch Vereinsbildungen und damit zusammenhängend Einnahmen aus Vereinsmitgliedschaften, eventuell auch die vermehrte Akquirierung von Spendengeldern sind andere Einnahmequellen, die vielleicht langfristiger sind, ermöglicht wurden.

Ab 2018 steigt die Summe der vergebenen Fördermittel wieder leicht an. Dies deute ich als Bestätigung dafür, dass es keinen Abwärtstrend gibt im Bedarf an Förderung von Unterstützungsstrukturen. Insgesamt steigt die Quote der geförderten Anträge, was ein Hinweis dafür sein kann, dass sich ein Wissen über die

Chancen zur Förderung erhöht haben und der Verwaltungsaufwand nur noch betrieben wird, wenn die Chancen als realistisch eingeschätzt werden.

6.2.3 Projektförderung: »Integration ist ein Projekt in diesem Land«

Projektarbeit bedeutet, »dass der Antrag auf Fördermittel als Projekt mit *bestimmter Dauer* sowie mit *bestimmten Zielen* und *Methoden* formuliert werden muss, das auf *klar umrissene Problemlagen* antwortet und *überprüfbare Wirkungen* bei einer *definierten Gruppe* von Menschen erreicht« (Karakayali et al. 2018: 40; eigene Hervorhebung).

In meinem Forschungsfeld haben alle von mir Befragten die Projektförderung als problematisch beschrieben. Als Gründe führten sie jedes der im Zitat kursiv gedruckten Merkmale von Projektarbeit an. Diese Erfahrungen decken sich auch mit den Ergebnissen einer Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (Karakayali et al. 2018: 41).¹⁹ Trotz dieser Unzufriedenheiten in der Praxis, sind »Projekte« (63,8 %) und »Maßnahmen« (68,1 %) laut dieser Umfrage die häufigsten Förderinstrumente, gegenüber 17,5 % »Dauerförderung« (ebd.: 41). »Unter dem Stichwort ›Projektitis‹ wird in der Debatte um die Förderung des Engagements ein Problem verhandelt, das weit über den dritten Sektor hinaus bekannt ist.« (Karakayali et al. 2018: 40)

Im Folgenden gehe ich auf die von meinen Informant*innen problematisierten Aspekte im Zusammenhang mit der Projektförderung ihrer jeweiligen Organisation ein. Diese sehe ich auch als Definitionen einer empfundenen Abhängigkeit, wie es sie überall dort gibt, wo der Einsatz von Projektmitteln zu prekären Beschäftigungsverhältnissen führen kann, wie beispielsweise auch im Bereich der Wissenschaft (vgl. Brumann 2016: 133) oder in Kunst und Kultur. Auch dort wird dies immer wieder problematisiert und lässt alternative Finanzierungsmöglichkeiten entstehen. Dabei vermischen sich die Forderungen nach besserer Finanzierung mit Forderungen nach mehr Anerkennung. In der Auseinandersetzung mit Förderlogiken spielen übergeordnete Diskurse um politische, gesellschaftliche oder individuelle Anerkennung eine Rolle.

Die finanzielle Situation, in der sich die Akteur*innen in meinem Forschungsfeld befanden wurde mir das erste Mal deutlich, als im Herbst 2016 das Ende der Förderperiode auch in den Gesprächen Thema wurde. Das Haushaltsjahr 2015/2016 ging zu Ende und mehrere Gründungsmitglieder von verschiedenen Vereinen, die 2016 Fördermittel erhalten hatten und nun kurz vor Ende ihres ersten Förderjahres

19 In einem Mix aus quantitativen und qualitativen Erhebungsformaten wurden Vertretende von Organisationen aus Bayern, Berlin, Niedersachsen und Thüringen befragt (vgl. Karakayali et al. 2018: 14).

standen waren damit beschäftigt, bis Ende September die neuen Anträge zu stellen, um ihre Organisationsstruktur zu sichern (vgl. Interview Hans Wieler 7.09.16; vgl. Interview Julia Krause 20.10.16). In der gleichen Zeit sagte Sylvia Gössel, die im Februar 2016 die Koordination des Engagements für Geflüchtete sowie »Unterstützung bei Konzeption und Beantragung von Integration fördernde Maßnahmen« (Forum Bürgerstadt Leipzig 11.04.16: 3) im Referat für Migration und Integration übernommen hat, dass die Unterstützungsstrukturen für Ehrenamtliche *jetzt erst* entstünden; dass es da eine große Verzögerung gebe (vgl. Gedächtnisprotokoll Forum Bürgerstadt Leipzig 22.09.16). Das Unterstützungsangebot sollte den zusätzlichen Verwaltungsaufwand kompensieren, der meine Informant*innen nach eigenen Angaben viel Zeit kostete und durchweg als anstrengend empfunden wurde. »Verschwendung von Ressourcen« nannte Julia Krause diesen Verwaltungsaufwand in den Vereinen und Initiativen (Interview 20.10.16; vgl. Kapitel 5.4). Für sie sei diese Art der Arbeit »Ehrenamt 2.0«, weil sie durch die Zeit, die sie für die Anträge benötigt, letztendlich wieder bei ehrenamtlicher Arbeit rauskommt (ebd.: 20.10.16). In diesem Kontext sagte sie »Wir brauchen Strukturen, um das zu beantragen.« (ebd.: 20.10.16)

Damit möchte ich einen bedeutsamen Aspekt der Etablierung von Organisationen in der Flüchtlingshilfe ansprechen: Um Engagement zu fördern, braucht es hauptamtliche Strukturen. Je mehr Fördermittel eine Organisation bereits hat, desto mehr ›Zeit‹ konnte sie sich damit anhäufen, um weitere Fördermitelanträge zu stellen. Aufgrund der Kurzfristigkeit der meisten Fördermöglichkeiten (1 Jahr) benötigt dies in doch sehr engen Zeitfenstern immer wieder Arbeitszeit. Als Beispiel komme ich noch einmal zurück auf das Beispiel der »Kontaktstelle Wohnen«, ein Verein, der Wohnungspat*innen ausbildet und vermittelt (vgl. Kapitel 5.2). Wie bereits beschrieben, konnte der Verein durch einen Antrag auf finanzielle Förderung durch die Stadt Leipzig ab Frühjahr 2016 vier halbe Stellen finanzieren. Gründungsmitglied Andreas Dohrn beschreibt, dass sie dadurch personelle Ressourcen hatten, die wiederum Kapazitäten freimachten für die eigene strukturelle Entwicklung in Hinblick auf die Generierung neuer Fördertöpfe, neue Ehrenamtlichen-Pools, Auseinandersetzung mit dem Einsatzfeld (hier: Wohnungsmarkt verstehen, Lobbyarbeit), Kooperation und Koordination mit anderen Initiativen. Das seien essenzielle Kapazitäten gewesen, um die eigene Organisation weiterdenken zu können (Interview 30.05.16). Im Januar 2017 hatte die »Kontaktstelle Wohnen« bereits sieben hauptamtliche Stellen, im Ende 2017 waren es bereits 14 (vgl. Bohl 2020). Die Bedeutung von personellen Ressourcen und technischem Wissen für die erfolgreiche Antragstellung haben auch Karakayali und Kolleg*innen erhoben (vgl. 2018: 10).

Mehrere Menschen berichten mir im Herbst 2016 davon, dass sie sich für die Zeit ab dem 01.01.2017 arbeitslos gemeldet haben, um im Falle einer Nichtweiterförderung privat finanziell abgesichert zu sein. »9 Monate Förderung und dann?«

fragt Kirsten Müller (Interview 19.09.16). Dies zeigt, dass durch die Projektförderung eine Planungsunsicherheit einerseits für die Projekte als auch für die Akteur*innen selbst entstand. Es existierte »keine nachhaltige Förderungsstrategie«, stellen auch Karakayali und Kollegen in ihrer Studie fest (2018: 41). Mehr noch als die eigene finanzielle Unsicherheit wurde jedoch im Feld kritisiert, dass Integration auf diese Art und Weise finanziert wird. »Integration ist ein Projekt in diesem Land!« stellte Julia Krause beinahe wütend fest (Interview 20.10.16).

Das hatte auch Implikationen für die inhaltliche Gestaltung der Projekte und Organisationen. Die Bestimmungen der Projektanträge engten in der Wahrnehmung meiner Interviewpartner*innen die Offenheit der Aktionen und Organisationen ein. Viele sahen sich gezwungen, die genaue Projektentwicklung inklusive Teilnehmer*innenzahlen und Projektzielen vorab zu definieren, die aufgrund der dynamischen Situation und der Unerfahrenheit der meisten Akteur*innen nicht vorhersehbar waren. Die Effekte des Handelns waren nur schwer absehbar und im Herbst 2016 wusste noch niemand, wie auf nicht eingehaltene Projektziele reagiert wird. Kirsten Müller (Interview 19.09.16) beschrieb mir, dass sich in dem von ihr mitgegründeten Verein »Ideen weiterentwickeln während eines Projektes«, nämlich gerade durch ihre Offenheit dieser Entwicklung gegenüber. Dadurch verschieben sich erfahrungsgemäß Probleme und Fragestellungen in der Realität. Darin sieht sie einen Widerspruch zur Förderlogik, die darauf abzielt, Sachen vorher zu wissen, Zeitpläne einzuhalten, Zielgenauigkeit und Termine einzuhalten, und Erfolge messen zu können (Interview 19.09.16).

Auch Greta Miersch berichtete mir, dass sie die in der Projektanträgen anvisierten Kriterien für »Erfolg« schwierig findet, da auch ihrer Erfahrung nach alle Prozesse mehr Zeit brauchen, als sie im Kontext der Projektorientierung hatte (Interview 13.09.16). Als ein Best Practice-Beispiel erschien mir das Vorgehen von Julia Krause: Sie beschrieb mir im Interview (20.10.16), dass sie ihre Stelle in dem Verein sich selbst zugeschrieben hat. Sie hatte vor kurzem erst ihre Magisterarbeit in Ethnologie abgegeben. Daher war sie mit dem Konzept der Feldforschung vertraut und rechnete in die Projektplanung drei Monate teilnehmende Beobachtung ein, in denen sie keine messbaren Erfolge liefern muss, sondern erst einmal evaluieren kann, wie das Projekt, das sie startet, gut arbeiten kann. Ihr wurden zwei dieser Monate genehmigt, was sie im Nachhinein als sehr bedeutsam und gewinnbringend betrachtete.

Eine weitere Förderbedingung, die unter den gegebenen Umständen ausschließend wirken konnten war, dass das Projekt noch nicht gestartet sein durfte. Dadurch erhöhte sich der Druck, im Förderzeitraum schnell seine formulierten Ziele zu erreichen, welche man aber ohne vorher gestartet zu sein schon benannt haben musste.

Außerdem wurden formale Organisationen wie Vereine meist bevorzugt (vgl. auch Karakayali et al. 2018: 40; vgl. auch de Jong und Ataç 2017: 30). Durch die Be-

vorzuzug bereits institutionalisierter Organisationen wurden insbesondere neue Initiativen von der Förderung ausgeschlossen. Karakayali und Kolleg*innen haben erhoben, dass sich neue Initiativen daher häufig zum Zwecke der erleichterten Fördermittelerwerbs größeren Organisationen anschlossen, um Fördermittel zu erwerben (vgl. Karakayali et al. 2018: 11). Die Fördermittelvergabe der Stadt Leipzig waren nicht daran gebunden, allerdings war eine Vereinsgründung trotzdem nötig, um eine Vielzahl von potenziellen Fördermittelquellen zu ermöglichen.

Meine Interviewpartnerin Julia Krause vermutete, dass diese Kriterien-Auswahl damit zusammenhängt, dass Förderer selbst (noch) keine Idee davon haben, welche Handlungen dazu beitragen können, die Förderziele in der Praxis zu erreichen. Julia Krause führte als Beispiel immer wieder die Sächsische Aufbaubank (SAB) an, die die Vergabe verschiedener Fördermittel in Sachsen (darunter auch europäische Fördergelder; vgl. Kapitel 6.2.2) koordinierte. Es blieb ihr unklar, *wie* die SAB entschied, welche Projekte gefördert wurden. Welche Kriterien und Eckpunkte über die Vergabe der Fördermittel entschieden, wurde auch auf Nachfrage nicht ausgeführt. Wenn sich alle Projekte für Integration einsetzen, welches bekommt die Förderung und welches nicht?

Zu Beginn herrschte das Gefühl, dass »Geld wahllos gestreut« wird (Interview Greta Miersch 13.09.16). Mehrere Informant*innen beschrieben mir, dass ihnen nicht klar ist, wer gefördert wird und was das dahinterstehende politische Konzept sein soll. Für sie waren die Förderlogiken Ausdruck von politischer Macht durch die Vergabe von Geld (vgl. Interview Greta Miersch 13.09.16; vgl. Interview Julia Krause 20.10.16; vgl. Interview Magda Kühne 30.08.16; vgl. Interview Marina Rabe 24.08.16). Kirsten Müller (Interview 19.09.16) formulierte daher den Wunsch, dass sie als Akteur*in im Feld »mitdenken« darf, dass sie die Regulierungen mitbestimmen darf und da mitjustieren könne. Sie forderte einen transparenteren Austausch auch über Förderlogiken: Die Möglichkeit einer Rückmeldung darüber, wie Förderlogiken angesichts der jeweiligen Situation praktikabel sind.

All diese Unzufriedenheiten lassen sich gut durch Julias Ausspruch »Integration ist ein Projekt in diesem Land!« zusammenfassen. Sie kritisiert damit nicht nur die alltägliche praktische Erfahrung mit der Projektarbeit, sondern darüber hinaus, dass »Integration« in dieser Art und Weise strukturiert ist. Dadurch misst sie den Organisationen eine entscheidende Rolle in den Integrationsprozessen zu, da diese hier mit Integration gleichgesetzt werden. Demgegenüber erscheinen in den Gesprächen die Entscheidungen der Fördermittelverteilenden als machtvoll, als ›politisch‹ und gleichzeitig als uninformiert. Das eigene Noch-Nicht-Wissen hingegen wird nicht problematisiert wurde. Im Gegenteil: Einige Informantinnen fordern einen Experimentierraum, um herauszufinden, *wie* sie ihre Organisationsstrukturen weiterentwickeln wollen, wie am Beispiel von Julia Krause deutlich wird, die für eine Feldforschung als Startpunkt plädiert und damit für exploratives Suchen und das Erforschen des noch teilweise unbekanntes Feldes plädiert. Hier

wird wieder das Selbstbewusstsein deutlich, das Akteur*innen vor Ort sich angeeignet haben. Möglicherweise spielt auch hier die administrative und kulturelle Situierung Leipzigs in Sachsen eine Rolle in dieser Auseinandersetzung.

6.3 Zukunft von Integrationsprozessen: Visionen und Forderungen von Freiwilligen

Die Fördermittelvergabe war von Unklarheiten und der Praxis zuwiderlaufenden Organisationsstrukturen und Institutionen gekennzeichnet. Diese Strukturen in der Praxis widersprachen aber auch den auf kommunaler und Landesebene als Integrationsergebnis formulierten Zielen. Die bisherigen Ausführungen dieses Kapitels sind vor allem auf die Logik und Legitimation von Projektförderung eingegangen. Diese hängt eng mit Vorstellungen und Wünschen für die Zukunft des individuellen Engagements, des Projektes einer Organisation und der Systemintegration von Geflüchteten und Engagierten in unsere Gesellschaft zusammen. Nun widme ich mich den Visionen und Zukunftsvorstellungen der Freiwilligen selbst, wie sie schon andeutungsweise im Zusammenhang mit der Besprechung der Kritikpunkte an der Förderpolitik erwähnt wurden. Die Reibung, die in Zusammenhang mit der Förderung dieser Projekte und Organisationen entstehen sehe ich als eine Reibung zwischen Gegenwartsbeschreibung und Zukunftswünschen.

Im Rahmen ihrer Konzeptualisierung einer »*Anthropology of the Future*« (2019) plädieren Rebecca Bryant und Robert M. Knight für eine methodische und analytische Fokussierung auf die Zukunft, speziell auf ›Orientierungen‹ (»orientations«) (2019: 17),²⁰ die sich auf die Zukunft beziehen, aber dadurch die Handlungen der Gegenwart beeinflussen. Ihre Gedanken, die gleichsam die Disziplin mit einer neuen Aufmerksamkeit für die Zukunft als Orientierungspunkt der Handlungen neu denken wollen, inspirieren dieses Kapitel. Der Fokus auf Wandel und Agency in meiner Arbeit lässt sich gut unter den methodischen Gesichtspunkten beschreiben, die Bryant und Knight herausarbeiten. »[The new attention to the future] appears to entail a reorientation of the discipline from being to becoming, from structure to agency, and from social institutions to the hope, planning, practices, and action that project those into the yet-to-come.« (Bryant und Knight 2019: 193) Indem man auf diese Orientierungen blickt, also die Aushandlungen der Individuen und

20 »The concept of ›orientations‹ is intended to help us gain an ethnographic hold on the relationship between the future and action, including the act of imagining the future.« (Bryant und Knight 2019: 16) »By ›orientation‹ we intend to break from the notion of linear time while still retaining an aspect of teleology that we find to be important for thinking about everyday lives. Teleology concerns ›ends‹ in the plural – multiple ways of navigating the course of the quotidian« (ebd.: 17).

Policies in Hinblick auf die Zukunft, kommt man einer Beschreibung des Raumes zwischen Gegenwart und Zukunft nahe: »[The orientations] provide a sense of thickness or porosity to the threshold between present and future, holding the future at an indeterminate distance.« (Bryant und Knight 2019: 193) Die Beschreibungen der Vorgänge dazwischen dienen der Erhellung des Raumes, seiner Auffüllung mit Empirie, mit Bildern, Geschichten und Perspektiven der Beteiligten.

Arjun Appadurai setzte sich schon davor (2013) in »*The Future as Cultural Fact*« mit einer *Anthropology of the Future* auseinander. In diesem Buch reflektiert er seine Feldforschungen unter verschiedenen sozialen Bewegungen in Mumbai. Die Bezugsnähe seiner Arbeit zur vorliegenden besteht in dem konsequent optimistischen Blick auf die Agency der Akteur*innen, trotz aller Grenzen und strukturellen Hinderungsgründe. Auf diese rekurriert er als »assets and dreams«: »These assets and dreams are being constantly turned into strategies that constitute my main evidence for what I call the politics of possibility – against the politics of probability – in the era of globalization.« (Appadurai 2013: 1) Appadurai plädiert für eine »anthropology of the future, by which I mean an anthropology that can assist in the victory of a politics of possibility over a politics of probability« (ebd.: 3). Diese Unterscheidung aufgreifend, stelle ich im Folgenden die Visionen der Freiwilligen als »politics of possibility« ihren strukturellen Einschränkungen und Grenzen als »politics of probability« (ebd.: 1) gegenüber. Dies ist auch eine mögliche Antwort auf die methodische Frage, die Bryant und Knight aufwerfen (2019: 16): »As social scientists, how do we examine something that does not yet exist? How do we understand its relationship to the action of everyday life?« Wie erforschen wir etwas, das noch nicht existiert, das in der Zukunft liegt?²¹ Eine Antwort von Bryant und Knight ist es, sich daran zu orientieren, »how people orientate themselves to the future in everyday life« (Bryant und Knight 2019: 193). Eine praktische Antwort dieser Arbeit ist das empirische Sichtfenster meines Forschungsfeldes, das die Reibung zwischen diesen »politics of possibility« und den »politics of probability« (Appadurai 2013: 1) aufzeigt. Dies stellt gegenüber dem in Kapitel 6.2.1 dargestellten Ansatz, das Anwachsen des Engagements im Kontext gouvernementaler Strategien und Top-down Prozessen zu betrachten, eine Möglichkeit dar, die souveränen Handlungen von Freiwilligen in den Vordergrund zu stellen und damit die in der Arbeit konzipierte Wechselwirkung von externen Prozessen und individuellen bzw. lokalen Interpretationen anhand von empirischen Beispielen sichtbar zu machen. In diesem Kontext analysiere ich im Folgenden die Utopien von einem guten Zusammenleben in Leipzig, über die ich mit meinen Informant*innen sprach.

21 Wie kann ein Zusammenleben in der Stadt funktionieren innerhalb von politischen und organisationsrechtlichen Strukturen, die die Bewohner*innen und Zugewanderte in unterschiedliche Kategorien sortieren?

Stell dir vor, du könntest losgelöst von ›das geht‹ und ›das geht nicht‹ bestimmen, was passiert: Was wäre *deine* Vision für Leipzig? Wie soll Leipzig damit umgehen, dass gerade so viele Menschen zuwandern?

Ich habe bei den meisten Interviews mit freiwillig Engagierten, aber auch mit Hauptamtlichen am Ende eine Frage wie diese gestellt. Ich habe in der Regel darauf hingewiesen, dass dies meine letzte Frage ist und dass die Person gern ein bisschen »rumspinnen« darf. Dies waren sehr schöne Momente in den Interviews. Weil sie am Ende des Interviews waren, herrschte bereits eine gewisse Vertrautheit, mindestens jedoch mehr Nähe als zu Beginn. Vor allem aber habe ich häufig zuerst eine *Anspannung* wahrgenommen, wenn mein Gegenüber anfang zu überlegen und dann eine *Entspannung*, ein Lächeln und eine Gelöstheit, sich von den vorangegangenen Beschreibungen des *Jetzt* zu befreien und in ein utopisches Denken einzutauchen. Es wurde viel gelacht in diesem Teil des Interviews aber auch gemeinsam geschwiegen und nicht selten vertieften wir uns nach der Antwort auf die Frage erneut in das Gespräch.

6.3.1 »[T]atsächlich Integration«

In der Wahrnehmung der von mir Interviewten gibt es eine Vorstellung von einem Zusammenleben mit Zugewanderten, das dadurch erreicht werden kann, dass die Alltagsstrukturen miteinander geteilt werden. Dies entspricht etwa auch der Zielsetzung aus dem Integrationskonzept der Stadt Leipzig von 2012, dass »Regeldienste« (Stadt Leipzig 2012: 66) perspektivisch auch für Zugewanderte zugänglich sein sollen.²² Vor allem das Thema Wohnen wird von meinen Informant*innen als zentraler Ausgangspunkt für ein Zusammenleben in der Stadt betrachtet, wie folgende Interviewsequenzen belegen:

Mechthild Giesinger wünscht sich, dass Zugewanderte in »ganz normalen Wohnhäusern« (Interview 07.06.16) leben sollen. Auch Ramon Breitenbach verwendet die Worte »ganz normal« für die Beschreibung der anvisierten Wohnform: Geflüchtete sollen »in ganz normalen Mietwohnungen« untergebracht werden »und somit in die ganz normale Stadtgesellschaft« (Interview 03.03.16). Er sagt, dies sei »dann tatsächlich Integration. Dann ist es eine Familie in einem Haus von zehn, zwanzig Familien. Da lässt sich Hilfe deutlich besser organisieren, weil dann sind es einfach die Nachbarn, die da helfen.« (ebd.: 03.03.16) Dieser Vision des gemeinsamen »ganz [N]ormal[en]« steht die Erfahrung von Distanz, hier in erster Linie auf die Wohnform bezogen, gegenüber. Dass Nachbarschaftshilfe dann leichter sei, ist eine interessante Feststellung, da sie an meine Analyse der

22 Im Konzept ist dabei von »Migrant/-innen« die Rede. Es ist unklar, ob 2012 Geflüchtete damit auch gemeint waren.

Integrationskonzepte anknüpft, in der ich festgestellt habe, dass 2020 eher die Freiwilligen und 2012 eher die Nachbar*innen angesprochen worden sind (vgl. Kapitel 6.1.1).

Anne Thieme sagt, sie sei »eigentlich nicht so der Sachen-Spinner«, daher knüpfe sie gedanklich lieber an Bestehendes an. Sie unterstützt die Weiterführung des dezentralen Unterbringungskonzeptes der Stadt: »Ich fände es toll, wenn Leipzig das hinkriegen würde, was sie eigentlich schon angefangen haben, bevor so viele Geflüchtete kamen, so diese dezentrale Unterbringung, eher in kleineren Unterkünften und viel mehr Integration in die Stadtteile.« (Interview Anne Thieme 17.12.15) Sie führt wie die beiden anderen auch den bestehenden Wohnungsleerstand in Leipzig an und wünscht sich (lachend), dass die Stadt diese Wohnungen »einfach alle kaufen« soll, um Geflüchtete dort unterzubringen. Denn, so fährt sie fort:

»Das, was ich mir am meisten wünsche ist, dass unser Stadtbild irgendwie ein bisschen bunter wird, und ich finde das passiert halt dadurch, wenn man die Leute auch wirklich richtig in die Stadt reinintegriert. Also richtig *rein* bringt und nicht irgendwo, gerade auch wie in Grünau, ein Haus mit 200 Leuten schafft, wo dann wieder die in Führungsstrichen besorgten Bürger Angst davor haben, sondern wenn das einfach so normal wird, wenn nebenan auch eine syrische Familie wohnen kann.« (Interview Anne Thieme 17.12.15)

In diesem Zitat wird deutlich, dass der Wunsch nach Normalität sehr komplex ist. Zum einen soll sich die Sorge vor asylfeindlichen Stimmungen in Normalität auflösen. Diese Sorge ist für Anne zentral, da sie regelmäßig bei *NoLegida* demonstrieren geht. Zum anderen hatte ich, auch im Kontext des restlichen Interviews mit Anne den Eindruck, dass es ihr eigener Wunsch ist, die Berührungsängste und die »Realitätsschocks«, die sie erlebte während ihrer freiwilligen Arbeit in einer Erstaufnahmeeinrichtung, in ein »normales« Zusammenleben zu transferieren. Es ist *ihr* Wunsch, dass sie nebenan die syrische Familie wohnen hat. Eine andere Freiwillige schmückte diesen Gedanken aus: Es rieche dann im Hausflur nach verschiedenem Essen. Hier ist zu betonen, dass die Vision nach »normalem« Zusammenleben keine selbstlose Utopie ist, sondern dass hier die Hoffnungen und Wünsche für das eigene Leben sehr zentral sind. Das bedeutet vor allem, dass diese eigenen Vorstellungen eine Rolle spielen im Einsatz der Freiwilligen, und nicht nur Opferdiskurse, beispielsweise. In diesem Sinne steht »tatsächlich Integration« auch für weniger Distanz, weniger Berührungsangst und mehr Normalität. Diese Gedanken sind aber auch in Hinblick auf die Abschottungsmechanismen der Unterbringung und Verwaltung von Asylsuchenden in Deutschland zu betrachten. In dieser Hinsicht bedeutet Normalität vielleicht so etwas wie Gleichheit.

6.3.2 Die Vision einer aufgeschlossenen Gesellschaft

Schon bei Anne Thieme klang an, dass eine Sorge besteht im Zusammenhang mit sogenannten »besorgten Bürgern«. Um die gesellschaftliche Stimmung machten sich zahlreiche Freiwillige sorgenvolle Gedanken. Eine zentrale Utopie bestand daher in dem Wunsch nach mehr Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft. Kurt Wittner aus der Stadtteilgruppe beispielsweise sagt, er würde sich wünschen, dass

»mehr Leute auch irgendwo ein bisschen aufgeschlossen sind gegenüber Veränderungen in der Lebensumwelt. Weil ich glaube, dass da wirklich viel darauf zurückzuführen ist. Dass die Leute theoretisch eigentlich gar keine Rassisten sind unbeding. Sie kommen einfach aus einem statischen Leben, aus einer statischen Gesellschaft und wollen einfach in ihrem trauten Heim und ihrer Umgebung bleiben und dass sich da nichts ändert.« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Wie schon in Wittners Interviewsequenzen zuvor wird deutlich, dass er die momentane Situation häufig auf Strukturen der ostdeutschen Gesellschaft zurückführt. Auch hier ist seine Erklärung eng verknüpft mit der Beobachtung, dass die Menschen aus einer »statischen Gesellschaft« kommen. Die Erfahrung und der damit verbundene Glaube daran, dass die Menschen »theoretisch eigentlich gar keine Rassisten« sind, stammt vermutlich aus seiner freiwilligen Arbeit im Stadtteil, bei der er aktiv den Dialog sucht und über Vorurteile spricht. Auch Moritz Jäger (vgl. Kapitel 4.2.2), der hauptamtlich in einer Erstaufnahmeeinrichtung arbeitet, hofft,

»dass die Stadt irgendwie noch offener und entspannter wird. Also dass die Leute einfach als – wie soll ich sagen – als Bereicherung für die Stadt, also was eine Vielfalt halt ausmacht, ne kulturelle, vielleicht auch kreative, intellektuelle Vielfalt einfach ist, dass man das halt auch so begreift und nicht als Leute, die versorgt werden müssen.« (Interview 10.12.15)

Dieser Gedankenweg entspricht in etwa seinem Erfahrungsweg: Im Kontext seiner Arbeit ist er für die Versorgung von Geflüchteten zuständig. Er möchte aber, dass es darüber hinaus geht.

Einige meiner Informant*innen machten sich konkrete Gedanken, wie eine solche Offenheit, ein verstärktes »Miteinander« organisiert werden könnte. Eine häufig wiederkehrende Forderung diesbezüglich war, dass mehr in Personen investiert werden müsse, die dieses »Miteinander« koordinieren: Pfarrer Sebastian Lange beispielsweise sagte, es solle »Orte« oder »Plattformen« geben, die als »Angebote für ein Miteinander« (Interview 22.02.16) fungieren können. Wo man »auch erfährt, dass es einen Mehrwert hat, die Kommunikation. Und dass es auch eine Kultur der Kommunikation braucht« (ebd. 22.02.16). Er spricht Kindergärten und Schulen als Institutionen an, wo »Kinder schon erleben und erfahren, dass eben das Miteinander bereichernder ist als dieses abgrenzende« (ebd. 22.02.16). »Und

da ja das meiste schon mitgegeben wird, was dann später sich auch verfestigt. Ich glaube, das ist ganz wichtig dann auch vor allem in Personal, in Personen zu investieren.« (ebd. 22.02.16) Pfarrer Lange geht von einem Lernprozess aus, der in der Kindheit beginnt und den man durch staatliche Institutionen fördern kann. Er lehrt regelmäßig den Religionsunterricht an einer Schule. Wie ich in Kapitel 7.2 schildern werde, gibt es in seiner Gemeinde Probleme, einen solchen Ort für ein »Miteinander« zu etablieren. Im Gegenteil wurde die Öffnung der Gemeinde gegenüber Geflüchteten aus der Nachbarschaft sogar von internen Konflikten begleitet, die auch entlang von Generationsunterschieden sichtbar wurden. Es ist gut nachvollziehbar, dass seine Utopie die Hoffnung auf die Kinder beinhaltet, die heute anders sozialisiert werden als die Menschen, mit denen er in seiner Gemeinde kein gemeinsames »Miteinander« etablieren kann.

In diesem Zusammenhang mit den Wünschen nach Institutionalisierung und Professionalisierung kommt auch häufig die Wahrnehmung des Zwiespalts im Engagement wieder zur Sprache. Ehrenamt ist eine gute Möglichkeit der Kontaktaufnahme, aber manche Aufgaben dürfen nicht ehrenamtlich getragen werden. In diesem Zusammenhang wurde häufig auch die Aufgabenübernahme durch die hohe Anzahl von Freiwilligen thematisiert (vgl. Interview Anne Thieme 17.12.15; siehe Kapitel 5.3.2). Annes Erfahrungen wie zum Beispiel, dass sich Freiwillige gegenseitig über eine eigene WhatsApp-Gruppe informieren, wenn wieder Geflüchtete ankommen, um dann u.a. die Kleiderausgabe zu organisieren, haben ihr vor Augen geführt, dass essenzielle Aufgaben der Versorgung an Freiwillige abgegeben worden sind. Sie kritisiert dies aus der Perspektive der fehlenden Anerkennung und auch der Kurzfristigkeit der Lösungsansätze. Es entstand der Eindruck, dass die eigene Arbeitskraft genutzt wird, um auf staatlicher Ebene keine langfristigen Strukturen etablieren zu müssen.

6.3.3 Der Wunsch nach längerfristigen Lösungsansätzen

Der Eindruck, als Freiwillige eine kurzfristige politische Lösung zu sein, erweckte auch bei anderen Freiwilligen Frust und Ärger. Gerade weil die Geschehnisse gerade so kurzfristig aufeinanderfolgten, erschien mir im Forschungszeitraum der Wunsch nach längerfristigen Lösungen besonders gegenwärtig. Ramon Breitenbach, ehrenamtlicher Stadtbezirksbeirat, zeigte mir auf, dass ja eine Erfahrung ist (Interview 03.03.16): Die Stadt Leipzig macht langfristige Pläne, wie beispielsweise das Unterbringungskonzept, und dann kann bedingt durch den Anstieg der Zuweisungen dieses Konzept gerade erstmal nicht mehr eingehalten werden.

Sebastian Lange spricht aber auch auf einer eher emotionalen Ebene von einem Wunsch nach längerfristigem, beständigem Denken:

»Da sind wir oft noch zu sehr effizient denkend: Was bringt mir das jetzt kurzfristig, aber dieses mittelfristige ist kaum im Blick und das langfristige erst recht nicht. Gerade auf dieser emotionalen Ebene, bis es mal von da [zeigt auf Kopf] nach da [zeigt auf Herz] oder umgedreht irgendwo ankommt, das braucht seine Zeit. Das braucht vor allem Begegnung. Ja, das ist vor allem das Reden miteinander und das Erleben oder das Kulturelle, der künstlerische Austausch.« (Interview Sebastian Lange 22.02.16)

Die Zukunft, das wird hier und wurde in diesem Kapitel deutlich, wird von den Freiwilligen, mit denen ich sprach in langfristigen Strukturen ohne Effizienzdruck gedacht. Aus diesen Visionen speist sich die Kritik an gegenwärtigen Förderstrukturen und auch das Selbstbewusstsein, nicht alles schon wissen zu müssen, aber es lernen zu können.

6.4 Zwischenfazit: Integration zwischen Gegenwart und Zukunft

In diesem Kapitel habe ich dargestellt, wie sowohl die Stadt Leipzig auf kommunaler Ebene als auch das Sächsische Staatsministerium für Gleichstellung und Integration auf Landesebene die bestehenden jeweiligen Integrationskonzepte erweitert haben, wodurch eine zunehmende Beschäftigung mit Integrationsthemen deutlich geworden ist. Leipzig inszeniert sich im neuen Integrationskonzept »Vielfalt leben« selbstbewusst als »Weltoffene Stadt«. Es wurde deutlich, dass das Engagement in diesem Konzept eine entscheidende Rolle in der Schaffung von gemeinsamen Sozialräumen von Zugewanderten und Schondagewesenen spielt. Es stellt sich erneut die Frage nach der Konstruiertheit dieser sozialräumlichen Nähe, dieser Sozialintegration im Alltag (vgl. Kapitel 4.3.2). Nachdem in der *Anfangsphase* Freiwillige infrastrukturelle Versorgungslücken schlossen, schließen sie nun, in der *Konsolidierungsphase* und darüber hinaus, sozialräumliche Lücken, das heißt Lücken in der Umsetzung der Ziele der Integrationspolitik.

Gleichzeitig sind diese Engagementstrukturen auf Fördermittel angewiesen. Wie ich gezeigt habe, widersprechen die bestehenden Förderlogiken den alltäglichen Anforderungen der Antragstellenden. Die Ausführungen dieses Kapitels haben verdeutlicht, dass die Förderung einer dezentralen, stark dynamischen und informellen Organisationslandschaft die existierenden Förderlogiken vor neue Herausforderungen stellte. All dies zusammengenommen verdeutlicht die vielfältigen neuen Ansprüche der Förderung in der Hilfe für Geflüchtete. Für die Engagierten führten die mit einer als unklar, unpassend und verwaltungsintensiv beschriebenen Förderlogik verbundenen Herausforderungen zu weiteren Überforderungssituationen (neben der in Kapitel 5.3.2 beschriebenen Überlastung der Freiwilligen durch Aufgabenunklarheit). Da die Finanzierung der Organisationen ein entschei-

dender Faktor für das Fortbestehen und die Weiterentwicklung dieser essenziellen nicht-staatlichen Strukturen ist, wurde sehr schnell eine hohe Summe Gelder bereitgestellt, deren Bereitstellung an Bedingungen geknüpft wurde (Karakayali et al. 2018: 9). Im Bereich der Geflüchtetenhilfe wurde 2015/2016 insbesondere kurzfristige Projektarbeit gefördert. Anhand meines empirischen Materials zeige ich auf, dass dies im Widerspruch zu den Möglichkeiten und Zielen steht, die meine Informant*innen von ihrer Unterstützungsarbeit formulierten. Trotz eines Policy-Konsenses auf allen politischen Ebenen (Stadt, Land, Bund, EU), der auf die langfristige Schaffung von gemeinsamen Sozialräumen in der Gesellschaft abzielt, können diese nicht oder nur schwer mit den bereitgestellten Geldern realisiert werden (vgl. Integrationskonzepte Leipzig und Sachsen).

Hervorzuheben ist, dass dieser in Integrationskonzepten dargestellte Policy-Konsens betreffend des Integrationsziels ganz ähnlich den Visionen und Zukunftsvorstellungen der im Feld Engagierten ist. Es gibt mittlerweile eine breite Einigkeit über das Ergebnis: Visionen einer »tatsächlich[en] Integration« (Interview Ramon Breitenbach 03.03.16) im jeweiligen Wohnumfeld der Zugewanderten, Hoffnungen auf mehr Aufgeschlossenheit der Bevölkerung und das Bewusstsein über den Bedarf an mittelfristigen Lösungsansätzen. Gleichzeitig zeigen die Schilderungen meiner Informant*innen im Forschungszeitraum, dass deren Gegenwart nicht von einer Einigkeit über die dazu nötigen Integrationsprozesse geprägt war.

Im nächsten Kapitel gebe ich einen empirischen Einblick in drei Beispiele von konkreten Versuchen, Integrationsprozesse aktiv zu beeinflussen. Ich zeige daran die gesellschaftlichen und politischen Grenzen der hoffnungsvoll anvisierten Integrationsprozesse von engagierten Gruppen im Forschungszeitraum auf.

7. Engagement in bestehenden Gruppen: Strategien und Grenzen von Integrationsprozessen

Im Kapitel 4 habe ich aufgezeigt, dass die Koordination von Engagement eher die individuellen Bedürfnisse von Freiwilligen fördert und reproduziert, während interkulturelle Begegnungsorte zwar politisch gewünscht sind, aber nur informell und subsidiär entstehen können (verwaltungs-unabhängige Förderung). Das Thema dieses Kapitels ist die Frage, wie in diesen Strukturen die Entstehung von Begegnungsorten realisiert werden kann und was dies in der Praxis erschwert.

Ich werfe dazu einen Blick auf die Strategien bestehender Gruppen in unterschiedlichen Institutionen (Bürgerverein, Kirche, Migrantenbeirat) in Bezug auf die Etablierung solcher Angebote. Die Frage ist, wie politischer Anspruch auf Mitsprache und ›Integration‹ (langfristige Hilfe) und praktische Unterstützung (kurzfristige Hilfe) miteinander verbunden werden können und wie bestehende Gruppen versuchen, dies umzusetzen. Meine These ist, dass die Verstärkung asylpolitischer Themen ab 2015 und die Intensivierung der Integrationspolitiken in Kommunen und Land (vgl. Kapitel 6.1) die bestehenden Gruppen und bereits aktiven Einzelpersonen in ihrer Rolle als Vermittelnde und Übersetzer stärkte. Dies geschah einmal durch eine Steigerung der Aufmerksamkeit, der Würdigung und damit des Selbstverständnisses der Akteur*innen, zum anderen durch eine damit sehr eng zusammenhängende Veränderung oder Neuauslegung politischer und gesellschaftlicher Felder. Gleichzeitig wird deutlich, dass trotz der positiven Bekenntnisse der Stadtverwaltung zu Weltoffenheit und politischer Teilhabe aller Menschen in Leipzig (vgl. Sozialamt Leipzig 2012), die Umsetzung der Schaffung von Begegnungsorten auf persönliche Netzwerke und interpersonale Beziehungen von Schlüsselpersonen angewiesen ist. Solche Policies können nur in politischen Feldern wirkmächtig werden, die den Akteur*innen darin Handlungsräume ermöglichen, in denen auch *ihre* Zukunftsvisionen eine Rolle spielen (vgl. Kapitel 6).

Im Folgenden analysiere ich am Beispiel einer Stadtteilgruppe, am Beispiel von freiwilligem Engagement für Geflüchtete aus Kirchgemeinden heraus sowie am Beispiel des Migrantenbeirates, wie deren Engagement sich jeweils durch die Entwicklungen im Forschungszeitraum veränderte.

7.1 Strategien politischer Einflussnahme

Anhand des Beispiels der Stadtteilgruppe (vgl. Kapitel 3.2) zeige ich auf, welche Ziele die Gruppe mit welchen Strategien verfolgte. Dabei wird deutlich, dass sie individuelle Beziehungen und Netzwerke nutzte, um sich einen Raum für politische Mitsprache zu erkämpfen.

Die Stadtteilgruppe hatte einen Forderungskatalog erstellt für die Unterbringungsbedingungen in der Erstaufnahmeeinrichtung, die im Viertel gebaut werden sollte. Diese Forderungen richteten sich vor allem an die Landesdirektion Sachsen, bei der die Verantwortung für die Unterkunft lag. Die Gruppe wollte Einfluss nehmen auf die Gestaltung der Räumlichkeiten und Schaffung der Angebote für Verpflegung, Hygiene, Freizeit und Gemeinschaft vor Ort. In den Forderungen geht es darum, dass das Land Sachsen mehr Geld aufwenden soll, als in den offiziellen Regulierungen vorgesehen ist. An die »Stadt« gerichtet gab es nur eine Forderung, die die Gestaltung des Umfeldes der Unterkunft betrifft (mehrsprachige Beschriftung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Umgebung). Dieser Versuch, etwas »Konkretes« zu bewirken, reiht sich ein in die in Kapitel 3 angesprochene Auseinandersetzung der Gruppe mit ihrer Positionierung in der gewachsenen Vielzahl an Unterstützungsgruppen. Kurt Wittner formulierte die Schwierigkeit, sich zwischen kurzfristiger Hilfe und langfristiger politischer Mitsprache zu positionieren. Einfluss auf die Gestaltung der Unterkunft zu nehmen, sollte ein Weg sein, um endlich auch etwas »für Flüchtlinge« zu bewegen (vgl. Interview Kurt Wittner 10.03.16).

Diesen Forderungskatalog hatte man an den Stadtbezirksbeirat gegeben und mit dem zuständigen Vertreter der Landesdirektion (im Folgenden LDS) vereinbart, darüber ins Gespräch zu kommen. Von dort gab es lange Zeit keine Antwort auf die Gesprächsanfrage. In der Folge nutzten die Mitglieder erfolgreich ihre persönlichen Kontakte in die höhere hierarchische Politik-Ebene, um zu erwirken, dass der zuständige Referatsleiter der LDS sich mit ihnen in Verbindung setzt (vgl. Interview Ramon Breitenbach, 03.03.16). Es schwingt Stolz mit, über diese Strategie, als Heinz Brand mir davon berichtet:

»Das Gute ist, dadurch dass bei uns ja der Herr Wittner ist, der ist auch in der »Partei«,¹ und am Anfang war ja noch der [Herr X] bei uns, aber der hat ja nun als Landtagsabgeordneter kaum Zeit, [Y] war auch mit dabei, der hat auch keine Zeit mehr, weil der jetzt auch im Land ist. Aber die haben dadurch bei uns auch einen guten Draht gleich zu [einer*m Staatsminister*in²]. Wenn da irgendwelche Probleme sind, können wir das gleich an die entsprechenden Stellen weitergeben, damit da was passiert. Das haben wir jetzt auch gemerkt. Wir haben das auch

1 Sagt Namen der Partei.

2 Anonymisierung durch die Autorin.

weitergegeben, weil sich der Mitarbeiter der LDS überhaupt nicht mehr gemeldet hat [...] und schwupp, danach hat er sich gemeldet. Das ist der Vorteil von so einer Gruppe, die so gemischt ist.« (Interview 11.12.15)

Mit »so gemischt« meint er Menschen, die verschiedenen Parteien angehören oder in unterschiedlichen politischen Ebenen arbeiten, wie im weiteren Gespräch deutlich wurde. Dieses Wissen um persönliche Beziehungen in die politische Ebene trägt auch zu einem gewissen Selbstbewusstsein bei über die eigene Rolle als Schlüsselfigur. Die Mitglieder der Gruppe sind zum einen gut über ihre politischen Beziehungen vernetzt, zum anderen verstehen sie sich als Schlüsselfiguren, die Kontakt zur Gesellschaft im Stadtteil haben. Aufgrund ihrer bisherigen positiven Erfahrungen mit Bürgerdialogen aus dem Anlass anderer Vorkommnisse im Stadtviertel wissen sie um ihre wichtige Rolle und den Gewinn, den ihr Dialog ausmacht. Dies ist neben den Beziehungen etwas, dass sie in ihrer Auseinandersetzung als Ressource verstehen. Die Erfahrung von Wirksamkeit trägt zu einem politischen Selbstbewusstsein bei. Als die Gruppe eine Weile lang wieder keine Antwort vom Mitarbeiter der LDS bekam, so berichtet Brand, haben sie »beschlossen, dass wir Druck machen, dass man dem eine Frist setzt«.

»Ansonsten müssen wir das dann öffentlich machen. Wir können ja auch ganz anders auftreten. Wir sind keine abhängige Truppe von Behörden oder sowas, die sich zurückhalten müssen. Und da werden wir dann auch laut werden. Also das ist Fakt.« (Interview Heinz Brand 11.12.15)

Nach einigem Hin und Her gab es dann tatsächlich einen Termin, an dem das Treffen mit der Vertretung der LDS in Leipzig stattfinden sollte. Die Stadtteilgruppe hatte ursprünglich in ihre Räumlichkeiten eingeladen, weil sie möglichst vollständig am Gespräch teilnehmen wollte. Der Vertreter der LDS lud hingegen in seine »Dienststelle« ein (entsprechende E-Mail). Die Gruppe kündigte also an, dass dann zum Termin etwa 12-15 Menschen kommen würden, woraufhin der LDS-Mitarbeiter antwortete, es gebe nur Platz für drei Personen. Dagegen legte die Gruppe einen Widerspruch ein, doch die LDS blieb dabei: Man habe nur drei Stühle für Gäste im Büro und wolle nicht, dass jemand stehen müsse. Der Schlagabtausch über die Anzahl der Plätze nahm in der Folge eine Dynamik an, die skurril wurde. Am Abend vor dem Treffen mit der LDS traf sich die Stadtteilgruppe. Hauptthema war natürlich das Treffen am nächsten Tag und die Stuhlproblematik. Man entschied sich, drei Leute hinzuschicken und noch eine Person mehr, nämlich mich als »wissenschaftliche Assistentin«. Ich hatte im Vorfeld mein Interesse daran bekundet, an dem Treffen teilzunehmen. So würde ich nun das Protokoll für die Gruppe schreiben und den ganzen Prozess »von außen« beobachten. Aufgrund der im Vorfeld diskutierten Stuhlproblematik brachten wir dann zum Termin am nächsten Tag einen Klappstuhl mit, auf dem ich als zusätzliche Person sitzen sollte. Bei der

Security am Eingang gab es eine kurze Irritation, warum wir zu viert sind, doch man ließ uns dennoch hinein. Den Mitarbeiter*innen der LDS sagten wir nur augenzwinkernd, dass wir uns selbst einen Stuhl mitgebracht haben. Dem wurde nicht widersprochen. Am Ende blieb der Klappstuhl als symbolisches Zeichen in der Ecke stehen, da für mich dann doch noch ein Stuhl gefunden wurde.

Diese Auseinandersetzung und Strategiesuche im Vorfeld des Treffens trug sehr zu einem positiven Gruppengefühl bei und bestärkte die Gruppe, trotz rigider Vorgaben handlungsfähig zu sein, wenn es auch eher eine symbolische Erweiterung des Stuhlkreises um einen Platz war. Es ging vor allem darum, etwas zu erreichen, mitsprechen zu dürfen. Das Treffen wurde daher von einem gewissen vorfreudigen Enthusiasmus begleitet. Die Stadtteilgruppe zeigte sich am Abend zuvor voller Selbstbewusstsein, angesichts der Chance, politisch tatsächlich einmal etwas mitgestalten zu können. Die Gruppe hatte viel Hoffnung in den Termin gesteckt, danach zukünftig partizipieren zu können. Sie wollten gern teilhaben an der Gestaltung der Unterkunft. Ich habe mich auch mitreißen lassen und war ganz gespannt, was am nächsten Tag passieren würde.

Gerade nach dieser Einstimmung war das Treffen mit der LDS vor allem ernüchternd und enttäuschend. Seitens der Vertretung der LDS wurden sehr schnell die Grenzen klar gemacht: Diese Dienststelle der LDS in Leipzig betreibe keine Standortpolitik, sie hat außerdem auch keinen Einfluss auf Standortentscheidungen der Stadt Leipzig. Die Ausstattung der EAE erfolge nach festgelegten Standards vom Sächsischen Ministerium des Inneren (vgl. Sächsisches Ministerium des Innern 2015). Die Einrichtung der Erstaufnahmeeinrichtung nimmt der Betreiber in Abstimmung mit dem Freistaat vor. In diesen kurzen Sätzen, die den bürokratisch festgelegten Handlungsrahmen skizzieren und auf dem Treffen deutlich gemacht wurden lässt sich im Prinzip das Ergebnis des Treffens zusammenfassen. Interessant ist, dass dies alles Fakten sind, die schon vorher bekannt waren, die aber in diesem Wunsch, doch – dieses eine Mal – etwas erreichen zu können, von keinem mehr so richtig nüchtern betrachtet wurden im Vorfeld.

Der Konsens, der ausgehend von diesen bürokratischen Regulierungen bei dem Treffen gebildet wurde, war sehr flach: Es wurde seitens der LDS versichert, dass bei der Einrichtung der EAE die Belange der Asylsuchenden sehr deutlich im Mittelpunkt stehen. Die geplante Informationspolitik soll darauf abzielen, dass die restliche Bevölkerung dem Projekt offen gegenübersteht und alle Beteiligten friedvoll miteinander, wenigstens nebeneinander werden leben können. Bezüglich der Umsetzung gingen die Meinungen schon wieder auseinander, denn die Personalvertretung der LDS machte deutlich, dass die Informationen lieber erst sehr spät an die Bevölkerung herausgegeben werden sollten. Die Mitglieder der Stadtteilgruppe hingegen waren in ihren Gesprächen mit den Menschen in der Bevölkerung oft mit der Forderung und dem Vorwurf konfrontiert, zu spät informiert zu werden. Die Stadtteilgruppe beschrieb, dass sich daraus viel Wut in der Bevölkerung speise.

Die Öffentlichkeitsarbeit finde aber durch eine andere Abteilung in Dresden statt, das sei eben Bürokratie, so sei das überall. Der Vertreter der LDS räumte aber ein, zu Informationsabenden bereit zu sein, wenn diese durch die Stadtteilgruppe früh genug geplant würden.

Die Mitglieder der Stadtteilgruppe sind mit ihren Stärken, die sie für sich im Vorfeld formulierten, nämlich Bürgernähe, gute Dialogmöglichkeiten, gegen eine Wand gelaufen, da sie akzeptieren mussten, da die für sie relevanten Felder der Öffentlichkeitsarbeit und inhaltlichen Mitgestaltung nicht in im Wirkungsbereich ihres Ansprechpartners liegen. Das was in ihrer Nachbarschaft entsteht, wird zu diesem Zeitpunkt von Dresden aus gesteuert und lässt in seiner formellen Bestimmung Mitgestaltung erst zu einem viel späteren Zeitpunkt zu. Dazu bedarf es dann des Dialogs mit dem Träger der Unterkunft. Man kann sagen, dass der Versuch, politisch eine Verbesserung der strukturellen Unterbringungsbedingungen zu unternehmen, sich hier nicht an die relevanten Entscheidungsträger gerichtet hat. Die Strategie hat sich an die einzig erreichbaren Ansprechpersonen gerichtet, die auch nur mit Mühe erreicht werden konnten. Das Vorspiel zu diesem Treffen war schon aufgeladen. Die LDS hat zudem als landespolitische Institution bisher kaum Erfahrung mit dem Kontakt zu lokaler Bevölkerung und politischer Teilhabe auf kommunaler Ebene. Dies wurde hier deutlich durch eine Abgrenzung von der Aufgabe, die Bevölkerung mitzunehmen und das Bestehen auf formellen Vorgängen. Angesichts dieser Erfahrung wird auch die Bedeutung der Arbeit der Stadtteilgruppe nochmal unterstrichen. Als Schlüsselfiguren in ihrem Stadtviertel vermittelten sie das Bedürfnis der Informationsweitergabe an die LDS.

Für Kurt Wittner, der auch an dem Treffen teilnahm, war diese Erfahrung »frustrierend« (Interview 10.03.16). Über die politische Reichweite der Gruppe und die Möglichkeit durch Beziehungen Druck aufzubauen, sagt er, dass es in der Theorie schon nütze. Resignierend stellt er aber fest: »Das haben wir uns ja eingebildet gegenüber der Landesdirektion. Aber es nützt ja bislang auch nichts. Wir kommen ja auch bloß nicht weiter.« (ebd. 10.03.16) Wie schon in Kapitel 3 beschrieben, beschäftigen ihn die Grenzen der eigenen Partizipationsmöglichkeit. Zu einem Teil bezog er das auch auf die schwachen Strukturen im Osten, in denen er sich allein gelassen fühlt. Im Zusammenhang mit der Nachfrage zu der Erfahrung mit der LDS kommt er darauf zurück:

»[W]as ich eben nach wie vor nicht verstehe ist, dass es offenkundig niemanden gibt in irgendeinem der Ministerien, der zentral sagt: ›Ich habe die politische Gesamtverantwortung dafür, dass das alles vernünftig läuft.‹ Ich meine, dass wir in das Bauvorhaben nicht reinregieren können, das ist ja klar, dass wissen wir ja selbst. Aber jemand, der irgendwo sagt: ›JA!‹ Der irgendwo auch das Interesse sieht mit der Verzahnung mit der Bevölkerung. Der irgendwo sagt: ›Naja, Mensch, da sind alle Kirchengemeinden aus der Umgebung da, da sind viele Parteien aus

der Umgebung da. Damit kann ich schon irgendwo in der Öffentlichkeit etwas erreichen. Und die muss ich mit einbinden, und die muss ich beteiligen und auf die muss ich hören, da muss ich zumindest den Eindruck erwecken. < Dass es da nach wie vor niemanden zu geben scheint, der sich in den Ministerien für so etwas zuständig fühlt. > (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Kurt Wittner reflektiert hier die Grenzen seiner politischen Arbeit angesichts einer fehlenden Stelle auf einer höheren politischen Ebene, die sich verantwortlich fühlt, das aufzunehmen, was auf der lokalen Ebene passiert, die »Verzahnung mit der Bevölkerung«. Gerade weil die Stadtteilgruppe bestehende Beziehungen nutzen konnte, wiegt die Enttäuschung schwerer. Es wurde deutlich, dass die Strategien, die zur Verfügung stehen und auf die die Gruppe einiges gehalten hatte, nicht ausreichten.

7.2 Kirche als Begegnungsort?

Im Forschungszeitraum wurde erneut deutlich, dass »die diakonische Arbeit der Kirchen trotz Entkirchlichung und Säkularisierung weiterhin gesellschaftlich sehr geschätzt wird und »[b]esonders in Krisensituationen [...] die Dienste der Kirchen gerne angenommen« werden (Maser 2018: 12). Kirchliche Wohlfahrtsträger übernahmen eine zentrale Rolle als Träger von Unterkünften und in der Koordination von freiwilligem Engagement (vgl. Strachwitz 2015: 34). Bestehende Kirchengemeinden organisierten offene Kirchencafés als Begegnungsorte, weitestgehend ohne missionarischen Hintergedanken, sondern aus dem Gedanken einer religiös verankerten Gastfreundschaft allen Menschen gegenüber heraus. Mitglieder von Kirchengemeinden waren auch in Initiativen außerhalb der Kirchengemeinde sehr aktiv und dadurch eine erhebliche Ressource für die Abdeckung freiwilliger Unterstützungsangebote (vgl. Interview Kurt Wittner 10.03.16; vgl. Interview Martin Ganske 07.09.16).

Dies alles passierte jedoch nicht ohne Konflikte, die sich zum einen auf den inneren Zusammenhalt in der Gemeinde als auch in Bezug auf die Gemeinde in ihrer Rolle in der Gesellschaft bezogen. Im Folgenden verdeutliche ich dies anhand eines empirischen Beispiels einer katholischen Gemeinde in Leipzig, deren Internationales Kirchencafé ich besuchte und in der Folge sowohl mit dem Pfarrer als auch mit den Initiatorinnen des Angebots mehrmals ins Gespräch kam sowie eine Podiumsdiskussion in der Gemeinde begleitete und moderierte.

Die Omnipräsenz der Geflüchtetenhilfe brachte die Kirchen in einen gewissen Zugzwang, auch etwas dazu beizutragen. Im Falle der katholischen Gemeinde A brauchte es einige Zeit und einige Anstöße, um selbst auch ein konkretes Projekt im Bereich der Geflüchtetenhilfe auf die Beine stellen zu können. Wie eini-

ge andere Gemeinden auch in Leipzig haben sie ein Kirchencafé veranstaltet, zu dem Geflüchtete eingeladen waren. Das Internationale Kirchencafé fand seit Anfang 2015 statt, zunächst sehr unregelmäßig, ab 2016 jedoch etwa regelmäßig alle 2 Monate. In den Monaten, wo kein Internationales Kirchencafé stattfand, wurden andere Aktionen, wie zum Beispiel Museumsbesuche angeboten. Teilnehmende sind sowohl einige interessierte Mitglieder der Gemeinde (vor allem das fixe Organisationsteam von ca. 5 Personen und einige ältere Gemeindemitglieder) sowie die Bewohnerschaft der nahegelegenen Gemeinschaftsunterkunft (vor allem Familien mit Kindern, hauptsächlich Frauen mit Kindern oder auch Kinder ohne Begleitung), so eine der Organisatorinnen Wendt (Interview am 01.06.16). Für die Zusammenkünfte werden die Bewohnenden aus der Unterkunft von Freiwilligen abgeholt. Geschieht dies nicht, komme niemand, so die Erfahrungsberichte der Haupt-Organisatorinnen Carolin Wendt und Mechthild Giesinger sowie Pfarrer Sebastian Lange.

Die Idee zu dem Angebot kam aus dem kirchlichen Umfeld. Der Pfarrer berichtet mir, dass 2014 beim »Caritas-Sonntag« Projekte wie ein »Café International« oder internationale Gottesdienste vorgestellt wurden, um diese Idee in die Gemeinden hineinzutragen. Er kommentiert solche Aktionen als »westdeutsch geprägt«, womit er darauf anspielt, dass die Grundvoraussetzungen anders als in seiner Gemeinde sind, in der es weder internationales noch überhaupt reges Gottesdienstpublikum gibt. Dennoch wollte er den Gedanken des Begegnungsortes auf seine Gemeinde übertragen.

»Wir haben nicht so ein internationales Gottesdienstpublikum und dann haben wir gesagt: Eigentlich wäre es doch aber ganz wichtig, dass wir als Gemeinde auch irgendwo nicht da irgendwie – ja, außen vor sind, untätig sind oder sagen wir das Thema interessiert uns nicht, sondern das ist eben doch auch, ja ein Brennpunkt, auch in der Debatte.« (Interview Sebastian Lange 22.2.16)

Daher suchten sie dennoch nach einer Lösung, wollten Teil der »Debatte« sein, um »nicht außen vor« zu sein, um nicht Desinteresse vorgeworfen zu bekommen. Dies kann als Wunsch, an dem gesellschaftlichen und auch kirchlichen Aufschwung von Engagement in der Hilfe für Geflüchtete teilzuhaben gesehen werden. Die Schwierigkeit der Adaption des Konzepts bestand zunächst darin, *überhaupt* eine Zusammenkunft vieler Gemeindemitglieder, und im Idealfall eben eine internationale Zusammenkunft zu erwirken.

Der Versuch, einen offenen Begegnungsraum in Form eines internationalen Kirchencafés in der Gemeinde zu implementieren war von den leitenden Stellen aus erwünscht und wurde eingeleitet. In der praktischen Umsetzung zeigte sich, dass bestehende Konfliktlinien innerhalb der Gemeinde durch diesen Prozess sichtbar wurden. Vordergründig wird mir in erster Linie ein bestehender Generationenkonflikt beschrieben, der sich an der Art und Weise der Religionsausübung

kristallisiert. Da das Einzugsgebiet der Gemeinde in den letzten zehn Jahren zu einer nachgefragten Wohngegend geworden ist, wuchs auch Zahl der Gemeindeglieder. Die zugezogenen Mitglieder sind tendenziell jünger und nehmen die Angebote der Kirchgemeinde auf eine andere Weise wahr.

»Die gehen jetzt nicht klassischerweise jeden Sonntag in die Kirche, die nehmen Projekte und Aktionen wahr, und Angebote, punktuell. Und das verbittert wiederum die Alteingesessenen, die es gewohnt sind, kontinuierlich und klucken dann auch so und sagen ›Wir sind aber...‹ und ›Wir sagen hier wer darf und wer nicht...‹. Und ich: ›Wieso, wer gibt euch das Recht?‹ Also, auch die, die eben einmal im Jahr kommen, oder einmal im Monat kommen, oder vielleicht gar nicht kommen, aber immer noch in der Kirche sind, die dürfen genauso.« (Interview Sebastian Lange 22.02.16)

Nach den Erzählungen des Pfarrers sowie auch von der Pfarrhelferin Carolin Wendt, auf die ich später ausführlicher zu sprechen komme, gibt es innerhalb der Gemeinde einen Konflikt darüber, inwieweit die Gemeindeglieder sich in die Gemeinde einbringen sollten. Es werden zwei Pole konstruiert: Auf der einen Seite »der Stamm«, die »Alteingesessenen«, die regelmäßig zur Messe gehen.³ Auf der anderen Seite die Zugezogenen, die wenn sie aktiv werden, dies eher zu bestimmten einzelnen Aktionen tun. Es sind auch eher die jüngeren Menschen sowie Menschen von außerhalb der Kirchgemeinde, die Projekte wie das Internationale Kirchencafé unterstützen. Was dabei deutlich wird, ist nicht nur ein Generationenkonflikt, sondern auch eine unterschiedliche Auffassung von der gesellschaftlichen und politischen Partizipation kirchlicher Gemeinden. Dies erinnert an unterschiedliche Auffassungen von Engagementpraxen allgemein: Während »Ehrenamt« von einer gewissen Beständigkeit und Verbindlichkeit geprägt war, existieren zahlreiche weitere Engagementformen, die mehr individuelle Flexibilität ermöglichen (vgl. Kapitel 3.1).

Pfarrer Lange hatte wie oben zitiert einen Unterschied zum »Westen« angesprochen, auf den er im Gespräch immer wieder einging. Auch in den Erläuterungen von Pfarrer Markus Roth aus einer evangelischen Gemeinde in Leipzig wurde mir klar, dass sich in Leipzig diese Unterschiede durch den Zuzug von Menschen verändern, dass die unterschiedlichen Auffassungen von Engagement in der Kirche nicht nur generationenabhängig sind. Aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Einbettung von Kirchgemeinden in Ost und West können Auffassungen darüber, welche Rolle die Kirchgemeinde einnehmen sollte auch herkunftsabhängig sein. Pfarrer Roth verdeutlichte mir durch seine Erfahrungen als ein aus den ›alten‹ Bundesländern zugezogener Pfarrer, dass es nicht unerheblich sei, dass

3 Pfarrer Markus Roth sagt, im Kirchenjargon bezeichnet man sie als die »Treuen« (Interview am 17.11.17).

vor allem junge, akademisch gebildete Menschen, die oft aus dem Gebiet der ›alten‹ Bundesländer kamen, nach Leipzig gezogen sind. Letzteres bedeutet seiner Meinung nach, dass sie ein anderes Verständnis davon haben, was Kirche für die lokale Gesellschaft bedeute. Die Involvierung von Kirche in der städtischen Gesellschaft sei den Menschen, die eben nicht im Sozialismus groß geworden sind, vertrauter, so Pfarrer Roth. Dies habe vielerlei Auswirkungen auf das Handeln dieser neuen Mitglieder in der Kirchengemeinde: Sie bringen eine Dynamik und ein Selbstverständnis mit in die Gemeinde, auch ein Selbstbewusstsein, sich zu vernetzen und eine professionelle Struktur aufzubauen, die die Verwaltung von Engagement auch als Geschäftsmodell erkennen und nutzen kann. Dies hat in seiner Gemeinde stattgefunden. In den zwei Projekten, die die Gemeinde mit betreut, sind im Jahr 2020 16 Menschen hauptamtlich angestellt, um die Projekte und die involvierten Freiwilligen zu betreuen. Die Offenheit für die Zusammenarbeit mit nichtkirchlichen Freiwilligen habe nach seiner Einschätzung in seiner Gemeinde sogar zu einem Anwachsen der Zahl der Gemeindemitglieder geführt (Interview Markus Roth 17.11.17, Gedächtnisprotokoll).

Diese Ausführungen bestätigen wissenschaftliche Befunde über »Kirche im Osten« einerseits (Schlegel 2020), andererseits über die gewachsene Notwendigkeit der gesellschaftlichen Öffnung kirchlicher Angebote. »Im Osten gehört die Konfessionslosigkeit zur gesellschaftlichen Norm« stellt Schlegel fest (2020). Dies hat Auswirkungen für das gesellschaftliche Selbstbewusstsein. Der Soziologe Karl Gabriel stellt dar, dass »die Überwindung eines lange eingeübten innerkirchlichen Säkularisierungsdenkens, das den Rückzug in eine Enklave am Rand der Gesellschaft legitimiert« innerkirchlich bearbeitet werden müsse, um als ganze Gemeinde selbstbewusst an den gesellschaftlichen Prozessen und Debatten teilnehmen zu können (2015: 21f.). Es ist erstaunlich, dass Kirche in Leipzig sich dieser Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur*innen erst wieder neu bewusst machen muss, »obwohl hier Kirche in ihrer zivilgesellschaftlichen Funktion als Ort politischer Deliberation einer staunenden Weltöffentlichkeit geradezu idealtypisch vorgestellt worden war« (Strachwitz 2015: 7). Dies hängt, so vermute ich, auch mit personellen Umbesetzungen in den Kirchengemeinden seit der Vorwendezeit zusammen. Zu DDR-Zeiten boten Kirchen den einzigen Rahmen für Engagement außerhalb staatlicher Kontrolle und kirchliche Akteur*innen waren sowohl maßgeblich an der sogenannten Friedlichen Revolution als auch in der Folge an den Runden Tischen in Leipzig (und anderswo) beteiligt. Offensichtlich waren diese Netzwerke durch personelle Veränderungen nicht als solches beständig,⁴ sodass nun – teilweise begünstigt durch den Zuzug von Gemeindemitgliedern und

4 Auch hier spielen einzelne Schlüsselpersonen eine besondere Rolle. Heinz Brand zum Beispiel verbindet seit jeher kirchliches mit seinem gesellschaftlichen und politischen Engagement.

Pfarrern aus den ›alten‹ Bundesländern – erneut die politischen und gesellschaftlichen Grenzen kirchlicher Gemeindegliederung ausgelotet wurden.

Nach dem Ende der DDR beschäftigte man sich wieder mit der Frage, wie politisch Kirche sein kann und darf, angesichts ihres »auf das Wohl und das Wehe der Menschen (Christen und Nicht-Christen) konzentriertes politisches Mandat«, mit dem sie »ersatzweise für einen Staat handelte, der selber handlungsunfähig oder -unwillig war« (Fitschen 2010: 201).⁵ Erst 1994 wurde in Sachsen die Beziehung zwischen Kirche und Freistaat als »partnerschaftliches und freundschaftliches Verhältnis [...], das der gemeinsamen Verantwortung für das Wohl des Landes förderlich sein sollte« rechtlich verankert (Fitschen 2010: 207). Die Kirchen beschäftigen sich angesichts ihres anhaltenden Mitgliederschwundes seit dem 19. Jahrhundert auch heute verstärkt mit dem gesellschaftlichen Schritthalten. Eine »Kirche auf dem Markt der pluralistischen Gesellschaft« zu werden, sei das erklärte Ziel, wie es 1996 »aus dem Arbeitskreis der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Thema ›Kirche von morgen‹« hieß (Fitschen 2010: 205). Auch zwei Jahre später wurde als Ziel formuliert »offene und gewinnende Kirche« zu werden und die ›Binnenorientierung‹ der Gemeinden aufzubrechen« (Fitschen 2010: 205). Die »Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche« sind »hochkomplex« und »bauen auf einem

»Staatsverständnis [auf], das im 16. Jahrhundert entwickelt und 1815 in der Schlussakte des Wiener Kongresses langfristig geregelt wurde, heute allerdings zunehmend in Frage steht. Es geht daher heute nicht mehr nur darum, die traditionellen Bindungen zwischen Kirchen und Staat zu hinterfragen, sondern vielmehr um das Problem, wo sich die Kirchen in einem veränderten politischen Ordnungssystem verorten.« (Strachwitz 2015: 32)

Ich verbinde die gewonnenen Erkenntnisse über die Öffnung des asylpolitischen Feldes Leipzig mit diesen Gedanken und stelle die These auf, dass eine Neuverortung der Kirche in der Stadtgesellschaft aufgrund dieser Veränderung notwendig wird. Ich habe gezeigt, dass politische Partizipationsformen sich verändert haben, dass Policies auf allen politischen Ebenen mitgestaltet werden. Kirchengemeinden nehmen an dieser Öffnung teil, wenn sie sich in ihren Organisationsstrukturen widerspiegeln und wenn Einzelpersonen diese Öffnung vorantreiben. Dies berührt auch die Frage, wie politisch Kirchengemeinden sind bzw. sein sollen/wollen. Gerade auf dem Feld der Asylpolitik stellt die Kirche einen besonderen Schutzraum dar, insbesondere »in Fragen des menschenrechtlichen Schutzes für Statuslose und in einer

5 Beim Neuaufbau des sächsischen Freistaates wurde auch das Verhältnis von katholischer bzw. evangelischer Kirche und ihrer Pfarrer im Verhältnis zum Staat neu verhandelt, zum Beispiel in der Frage, wo sie an Einweihungshandlungen beteiligt sein sollten (vgl. Fitschen 2010: 201).

an den Menschenrechten orientierten Entwicklungspolitik« (Gabriel 2015: 22), beispielsweise durch Kirchenasyl. Diese traditionellen Unterstützungsmöglichkeiten kirchlicher Strukturen stellen durch ihren Anschluss an aktuelle Debatten und Bedarfe ein Gegengewicht zu den Entwicklungen von »Entkirchlichung und Privatisierung des Religiösen« (ebd.: 19) dar. Meine empirischen Befunde zeigen, dass dieser anhaltenden kirchlichen Öffnungsbewegung die breite gesellschaftliche Hilfsbewegung für Geflüchtete zugutekam, wenngleich es erhebliche Unterschiede zwischen den Gemeinden gab. Dies verdeutlicht, dass die Kirchen »wichtige Zentren von bürgerschaftlichem Engagement dar[stellen]« (Strachwitz 2015: 34) und insbesondere im Bereich der Geflüchtetenhilfe durch ihre traditionelle Rolle auch eine politische Rolle durch ihre Partizipation mit und in der Gesellschaft einnehmen können (vgl. ebd.: 35). Um diese einnehmen zu können, müssen sie zu einem gestaltenden Akteur in der Assemblage werden.

Am Beispiel der Gemeinde von Pfarrer Lange wird deutlich, dass die Etablierung eines Projekts für Geflüchtete, trotz Würdigung und Unterstützung von offizieller Seite innerhalb der katholischen Kirche (durch das Bistum), sowohl organisatorisch als auch ideell äußerst schwierig war. Die Gespräche mit den Organisierenden drehten sich dann vorwiegend um die Schwierigkeit, dieses Projekt am Laufen zu halten. Ganz anders als in der Gemeinde von Pfarrer Roth verfestigten sich hier nicht die freiwilligen Strukturen. Nachdem Organisatorin Mechthild Giesinger sich im April 2016 aus zeitlichen Gründen vom Engagement zurückziehen musste, übernahm Carolin Wendt die Hauptorganisation des Internationalen Kirchencafés. Was mir auffiel ist, dass im Gegensatz zu zahlreichen anderen Schilderungen von Ehrenamtlichen über ihr Engagement, Wendts Geschichte keine Erzählung von persönlichen Erfolgen im Engagement enthält. Im Gegenteil: Sie beschreibt mir, dass sie in der Organisation des Kirchencafés nur sehr wenig Unterstützung von anderen Gemeindemitgliedern erfährt. Vor jedem Event schickt sie Emails mit Unterstützungsanfragen, wovon sie zum Beispiel bei 60 Anfragen etwa vier Antworten bekäme. Sie empfindet sich nicht nur als Initiatorin, sondern auch als die, die dann das gesamte Projekt vom Einkauf über Vollzug bis hin zum Aufräumen selbst stemmt. Diese eher als passiv skizzierte Stimmung in der Gemeinde erkenne sie jedoch nicht im Zusammenhang mit dem Internationalen Kirchencafé. Insbesondere im Jugendbereich vermisst sie Interessensbekundungen der betreffenden Gemeindemitglieder. Die Zweifel, die sie in Bezug auf ihre Aufgabe als Koordinatorin des Projektes hat, beziehen sich letztendlich auf die allgemeinen Erfahrungen in der Gemeinde und darauf, dass sie es nicht schafft, ähnlich erfolgreiche Projekte zu etablieren, wie sie sie anderswo sieht (im kirchlichen und nichtkirchlichen Kontext). Es findet ein Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Feldern statt, der schon in der Motivation, das Projekt zu starten, zu finden war. Die Konflikte, die es in der Gemeinde schon gibt, werden hier in einem breiteren gesellschaftlichen Diskurs gesehen. Wendt hinterfragt im folgenden Ausschnitt das Projekt

eben auch in dieser Hinsicht. Dies führt sie auch hin zu der Frage, welche Rolle Kirche überhaupt spielt angesichts der zahlreichen Veränderungen, die in ihrer Gemeinde stattfinden:

»Gerade in der heutigen Zeit, wo es tausend andere Angebote gibt, einfach nochmal gucken, wie man anders arbeiten kann, dass man was macht, was die Leute wirklich wollen, dann haben sie ja auch Lust mitzumachen. Das finde ich ganz wichtig. Und dann kann man sie auch mitreißen, wenn es ihre Ideen sind. Ich glaube, dass jetzt dieser Übergang im Moment so schwer ist für uns alle. Dieses Außenangebot einerseits – und was machen *wir* eigentlich, wozu sind *wir* da? Ja, zum Taufen, zum Heiraten, zum Beerdigen. Firmung wird noch mitgenommen und dann brechen die Leute wieder auf und gehen woanders hin. Also ich glaub wir müssen vieles mehr mit Inhalten füllen und von Leuten hören, was sie wollen [...]. Es ist ja auch nicht schlimm, dass sich's verändert hat, aber wir müssen halt gucken, oder wollen halt auch gucken, was macht denn der Glaube aus oder was ist denn noch wichtig, was wollen wir denn eigentlich? Warum sind wir denn Kirche?« (Interview Carolin Wendt 01.06.16)

Der Wunsch, die Leute in der Gemeinde zu erreichen, verknüpft sich auch hier damit, ihnen in dem, »was sie wollen«, entgegenzukommen. Das erinnert an das Vorgehen der Ehrenamtskoordination und zeigt, dass diese Konventionen von individueller Planung auch hier wirksam sind. Auf die Veränderungen in den Engagementformen einzugehen, erscheint auch Carolin Wendt als Schlüssel zu mehr freiwilliger Mitarbeit in der Gemeinde. Der »Riss« der dahingehend die Gemeinde spaltet, wird gerade durch Asylthemen selbst sichtbar. Pfarrer Lange beschreibt mir ausgiebig seine zahlreichen Versuche, mit asylkritischen Stimmen in seiner Gemeinde ins Gespräch zu kommen. Er versteht die Einwände als Ausdruck von »Ängsten« und betont:

»Ich lade immer wieder ein: Sprecht doch nicht immer *über* diese Menschen, sondern *mit* ihnen, oder versucht ihnen mal zu begegnen erst einmal, um das auch *angstfrei*, also in ihrem Kirchencafé. Das ist euer Raum, also quasi eure Heimat und die Menschen laden wir ein, die sind ja Gäste und dann könnt ihr euch mit denen unterhalten. Aber: Kommt ja niemand von den Kritikern. [...]. Es gibt auch Pfarrgemeinderatsmitglieder, die für die AfD arbeiten und auch von dieser Denkrichtung herkommen. Das wird auch auf diesen Gremien-Ebenen diskutiert.« (Interview Sebastian Lange 22.02.16)

Er sucht den Dialog und er wünscht sich, dass die »kritischen Geister« teilnehmen an seinen Kommunikationsangeboten. So entstand auch die Idee, eine Podiumsdiskussion in der Gemeinde zu initiieren, mit externen Fachleuten, die über aktuelle Asylpolitik in Leipzig und Deutschland informieren sollten. Ich moderierte den Abend, es war sehr informativ, aber die »Kritiker« kamen wieder nicht. Der Pfarrer

zeigte sich enttäuscht, weil ein erneuter Versuch des Austauschs, des Dialogs mit den asylkritischen Stimmen innerhalb seiner Gemeinde fehlgeschlagen war.

Im Folgenden möchte ich einen Blick auf die Debattenkultur in einer anderen Gemeinde (B) werfen, mit deren Pfarrer Roth ich über seine Positionierung bei politischen Debatten gesprochen habe. Dieser sagte, es gäbe zwei Strategien, mit Unstimmigkeiten einer Kirchengemeinde umzugehen: Erstens, der »ständige Dialog«, was die Strategie von Pfarrer Lange ist. Und zweitens: »Attacke« (Interview 30.05.16). Roth berichtet, dass in seiner Gemeinde auch versucht wurde, eine Debatte über Zuwanderung und die Rolle von Kirche darin in Gang zu bringen. Er sagt, wenn man da nicht in einem »schnellen Tempo« eingreife, sei das eine »sich selbst verstärkende Spirale«. Er vertritt den Ansatz »Attacke« und plädiert dafür, dass das (diskursive) »Schwungrad unterbrochen und dann andersrum gedreht werden muss« (ebd. 30.05.16). Es brauche dafür auch eine Bereitschaft, die Debatte öffentlich zu führen (ebd. 30.05.16) und auch eine gewisse Vorbereitungszeit, in der er sich inhaltlich mit den Fakten und seinen Diskussionspartnern auseinandersetzt (ebd. 17.11.17). Es sei bedeutsam, als hauptamtlicher Akteur den Freiwilligen in dieser Hinsicht auch den Rücken zu stärken und für Klarheit der Richtung zu sorgen. Es brauche in der Gemeinde auch eine Figur, die vormacht, wie das geht. Seiner Erfahrung nach hören nach solchen klaren Äußerungen die Versuche, das Schwungrad, in dem Sinne, zurückzudrehen recht schnell wieder auf (ebd. 30.5.16).

Exemplarisch für dieses Vorgehen ist eine Auseinandersetzung über die politische Positionierung des Pfarrers, in die Pfarrer Roth viel später, nämlich im September 2017 auf Facebook involviert war: Roth hatte am 26.09.2017 eine Karikatur auf Facebook geteilt, auf der vor dem Deutschen Bundestag ein Siegertreppchen steht. Das damals aktuelle Ergebnis der Bundestagswahlen wird dabei aufgegriffen und wie folgt dargestellt: Auf Platz 1 Angela Merkel, auf Platz 2 Olaf Schulz. Auf dem Treppenabsatz für Platz 3 befindet sich zunächst ein graues Hakenkreuz, auf dem wiederum Alexander Gauland steht, dort karikiert mit grünem Gesicht und verzogener Mimik, die sehr fratzenhaft, vielleicht als hämisch grinsend interpretiert werden könnte.

Jemand fragte ihn in einem Kommentar: »Ist es die Aufgabe eines Pfarrers, Hass zu verbreiten?«. Der Pfarrer antwortete, es sei die Aufgabe eines Pfarrers, den »Beschluss der ›Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens‹ von der Herbstsynode 2015 umzusetzen«, den er daraufhin zitiert.⁶ Ein weiterer kommentiert:

»[Er zitiert zunächst die Herbstsynode, wie zuvor Pfarrer Roth:] ›Als Christen sind wir entsetzt über die Gewalt und die Infragestellung der Gleichwertigkeit aller Menschen egal welcher Herkunft...gilt das für alle Menschen, außer für AFD'ler

6 Das gleiche Zitat ist auch im unten dargestellten Facebook-Post (Abb. 16) nachzulesen und wird deswegen hier nicht komplett zitiert.

bei Ihnen? So hört sich Ihre Auslegung des Christentums nämlich an.« (Facebook-Post 26.09.17)

Später verfasst dieser Kommentator noch einen eigenen Facebook-Post an den Pfarrer, den man jedoch nicht dauerhaft auf der Timeline des Pfarrers sehen konnte. Der Pfarrer schreibt daraufhin einen eigenen Post auf seine Seite (der dort dauerhaft sichtbar ist), in dem er den gelöschten Kommentar zitiert und ihn dann beantwortet (vgl. Abb. 16).

Es wird deutlich, dass der Pfarrer die Plattform Facebook nutzt, um selbst politische Statements öffentlich abzugeben (2100 Follower im Jahr 2019) und Auseinandersetzungen aktiv etwas entgegenzustellen. Er argumentiert auf mehreren Ebenen, teils persönlich unter Bezugnahme des Facebook-Profiles des Kommentators und erwirkt so letztendlich auch auf diesem Spielfeld das Verstummen des Kommentators.⁷ Pfarrer Markus Roth ist auch als politischer Akteur in der Gesellschaft vernetzt und nutzt öffentliche Plattformen, um mit gesellschaftlichen Akteur*innen in Kontakt zu kommen. Dies zeigt auf, welche gestaltende Rolle kirchliche Akteur*innen sowohl für die Kirchgemeinde als auch für die asylpolitische Assemblage im Sinne einer Repositionierung kirchlicher Strukturen in der Stadtgesellschaft haben kann.

Die vorgestellten Kirchgemeinden sind gesellschaftliche Felder, die unabhängig von politischer Gesinnung Gruppen von Menschen zusammenfassen. Anders als politische Initiativen, in denen die ideelle Konformität der Mitglieder meist gegeben war, gibt es in Kirchgemeinden alle möglichen Einstellungen zu Asylthemen. Die Gestaltung von Begegnungsorten war abhängig vom Umgang mit asylkritischen Menschen in der Gemeinde. Dabei schien die Stimmung in der Gemeinde in einer Wechselwirkung mit dem Erfolg des Projekts zu sein, das Selbstverständnis der Akteur*innen konnte dann in der Folge dazu führen, dass die geschaffenen Begegnungsmöglichkeiten sich institutionalisierten oder nicht. Während in der Gemeinde von Pfarrer Roth zunehmend hauptamtliche Stellen durch den Erwerb von Fördermitteln erworben wurden, stagnierte die Koordinierung des Angebots in der Gemeinde von Pfarrer Lange. Das zeigt, dass ›Leadership‹ wesentlich ist, um den Freiwilligen den Rücken zu stärken. Eine befürwortende Policy unterstützt den Erfolg von Projekten und die Etablierung von Angeboten interkultureller Begegnungen.

Dennoch ist diese befürwortende Policy allein nicht ausreichend, damit neue Begegnungsorte entstehen und sich etablieren können. Sie stehen in einer Wechselwirkung mit der Initiative von Einzelpersonen, wie das folgende Beispiel verdeutlicht.

7 Am 17.11.17 berichtet er mir, dass er rausgefunden hat, dass dieser Kommentator vom Sächsischen Verfassungsschutz beobachtet wird.

Abbildung 16: Beitrag auf der Facebook-Seite von Pfarrer Markus Roth (26.09.17).

Pfarrer Markus Roth

26. September · 11

...

Liebe Facebook-Community,
die Woche beginnt sportlich LG **Markus Roth**

Kommentator:

Sie sollten sich als Pfarrer um alle Ihre Schafe kümmern, auch die Besorgten oder Abtrünnigen! Sie spalten stattdessen weiter. Dialog wäre angebracht. Nicht umsonst treten Christen reihenweise aus der Kirche aus oder kommen nicht mehr zu den politisierten Gottesdiensten. Ich bitte Sie, mit Ihrer Haltung, machen Sie die Situation nur noch viel schlimmer.

Markus Roth

;Auch nach dem Blick auf Ihre Timeline: Erstens: Wer Oliver Kahn mag, sollte mit Leadership vertraut sein; zweitens: Das ist ja eine lustige Idee, dass Religion und Politik nichts mit einander zu tun haben (kleiner Tipp: Die Kreuzesschrift INRI weist auf einen politischen Vorwurf gegen Jesus; drittens: Mindestens vier der 10 sächsischen AfD-Abgeordneten sind vor der Wahl durch rassistische Denk- und sprachmuster aufgefallen - wer das wetter für seinen Urlaub googeln kann, hätte das zügig herausgefunden; viertens: Es allen ernstes herumdrehen, dass nicht Menschen wie Jens Maier oder aus Leipzig Siegbert Droese spalten, sondern die darauf aufmerksam machen, ist argumentativ schwach; fünftens: Mein Handeln wird vom beschluss des höchsten sächsischen kirchenparlaments aus dem Herbst 2015 geleitet: Als Christen sind wir entsetzt über Gewalt und die Infragestellung der Gleichwertigkeit aller Menschen egal welcher Herkunft und Religion. Organisationen und Bewegungen, die dies dulden oder fördern, rufen unseren entschiedenen Widerspruch hervor. Wir erklären, dass Fremdenhass und Rassismus in jeder Form sowie Gewalt in Worten und Taten nicht mit dem Evangelium Jesu Christi vereinbar sind. Sechstens: Es treten aktuell mehr Menschen aus der Kirche aus, weil die kirche gesellschaftlich schlecht positioniert ist, als andersherum; siebtens: Rassisten verdienen Nachteile und keinen Dialog; achtens: Von Haltung habe ich auf ihrer Timeline wenig entdeckt ...

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

👤 11

anderer Kommentator:

Weil eben **Markus Roth** so klar Stellung bezieht und sich in die Politik einmischet besuche ich seinen Gottesdienst wenn ich in Leipzig bin. Diese klare Haltung vermisse ich in meiner Kirchengemeinde. Aus Angst vor Kirchenaustritten Kirche und Politik auseinander zu halten ist m. E. falsch weil engagierte Menschen in diesem Fall der Kirche fernbleiben.

Gefällt mir · Antworten · 2 · 27. September um 08:41

7.3 Politische Teilhabe des Migrantenbeirats

»Politische Partizipation fördert die Identifikation mit und die Integration in die Gesellschaft. Daher ist sie eine wesentliche Dimension des Integrationsprozesses.« (Stadt Leipzig 2012: 62)

Die fehlenden politischen Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen, die die Stadt Leipzig in ihrem Integrationskonzept als »Demokratiedefizit« (ebd.: 62) bezeichnet, wird in Leipzig vor allem durch die aktive Werbung für und Befürwortung von Einbürgerungen gefördert. Darüber wird der Migrantenbeirat als eine Form der Kompensation dieser rechtlichen Einschränkung des Wahlrechts verstanden (vgl. ebd.: 62).

Der Migrantenbeirat ist ein Ausschuss, der dem Referat für Migration und Integration zugehörig ist. Aufgrund eines Beschlusses der 49. Ratsversammlung am 17.09.2008 wurde der Migrantenbeirat der Stadt Leipzig am 06.02.2009 gegründet (vgl. Stadt Leipzig 2018; vgl. Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2012: 2) und hat seit dem 16.12.2009 eine Geschäftsordnung (vgl. Migrantenbeirat der Stadt Leipzig 2009). Er besteht derzeit aus 22 Mitgliedern, davon sind sechs Fraktionsmitglieder im Stadtrat, die übrigen 16 sind laut Internetauftritt »Migrant/innen«. Sie wurden ernannt, nachdem sie sich auf das Amt bewerben konnten. Die genauen Auswahlkriterien dazu sind unklar (vgl. Kapitel 7.3.2).

»[Sie] oder ihre Eltern stammen aus 15 verschiedenen Ländern der Welt. Sie sind Spätaussiedler, Eingebürgerte, Vertreterinnen und Vertreter der ersten und der zweiten Zuwanderergeneration, Ausländerinnen und Ausländer mit unterschiedlichem Status.« (Stadt Leipzig 2018)

»Die Wandlung der Stellung der Migrantinnen und Migranten in der bundesdeutschen Gesellschaft spiegelt sich in der Entwicklung der Beiräte wider.« (Baran 2011: 240) Die Zunahme asylopolitischer Themen 2015 und 2016 in allen gesellschaftlichen Bereichen, hat dazu geführt, dass die politische Bedeutung des Migrantenbeirats in Leipzig erneut diskutiert wurde und veränderte Handlungspotenziale etabliert wurden. Ich stelle die These auf, dass die Mitglieder des Migrantenbeirates 2015 durch ihre Mitgliedschaft in Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) mehr Funktionen als Vermittler*innen für Geflüchtete einnahmen. Dadurch gestalteten auch sie die Assemblage aktiv mit, was ihnen einerseits mediale und politische Aufmerksamkeit brachte, andererseits die Grenzen ihrer politischen Partizipationsbestrebungen ausweitete, sich also auf das Selbstbewusstsein auswirkte.

Im Folgenden betrachte ich die Entstehung und Entwicklung des Migrantenbeirats und stelle ausgewählte Konfliktlinien dar, die die politische Partizipation und Positionierung in der Assemblage betreffen. Während Leipzig 1990 die erste ostdeutsche Kommune war, die das Amt des Ausländerbeauftragten durch den Runden Tisch beschloss und etablierte (vgl. Phillips und Rink 2009; vgl. Raulien

2015), verlief die Gründung eines Migrantenbeirates schleppender. Als Dresden (1990), Zittau (1990) und Chemnitz (2002) schon Migrantenbeiräte eingerichtet hatten (vgl. Naumann 2020: 203), fand in Leipzig 2002 ein entsprechender Antrag keine Mehrheit im Stadtrat und das Thema kam erst sechs Jahre später wieder auf die Tagesordnung der Leipziger Ratsversammlung (vgl. Phillips und Rink 2009: 405). Ich sprach mit einem der involvierten Gründungsmitglieder, das schon in dieser Zeit vor der offiziellen Gründung aktiv an diesem Prozess beteiligt war. Die Person bezeichnet die »mühselige« Überzeugungsarbeit, die sie und ihre Mitstreiter damals in Einzelgesprächen mit Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden geleistet hatten, als »Tippeltappeltour« (Interview am 24.03.16). Zahlreiche persönliche Gespräche waren nötig, um diese politische Entscheidung auf den Weg zu bringen. Dazu gehörte auch, »die Vorstellung zu ändern, dass es sich nicht um einen Verein handelt, sondern um eine Vertretung der Migranten, um eine Brücke zwischen Migranten und Stadtrat und Stadtverwaltung«, so das Gründungsmitglied (ebd.). Gegensprecher aus der Stadtverwaltung haben seiner Erzählung nach mit der sächsischen Gemeindeordnung argumentiert, die die Bildung von Migrantenbeiräten zwar nicht explizit, aber die Gründung von »sonstigen Beiräten« vorsieht (Sächsische Gemeindeordnung §47). Angesichts der zu diesem Zeitpunkt schon existierenden Migrantenbeiräte in Sachsen erscheint dieses Argument verwunderlich.

In Anbetracht der deutlichen Bekundungen der Stadt Leipzig zu Weltoffenheit und zu politischer Teilhabe aller Menschen auch ohne deutschen Pass (vgl. Stadt Leipzig 2012: 97f.) wird in der Geschichte des Migrantenbeirates an mehreren Stellen deutlich, dass diese klaren Botschaften nicht mit einer Klarheit in der politischen Funktion des Migrantenbeirates einhergehen. Im Folgenden verdeutliche ich dies anhand empirischer Beispiele:

7.3.1 Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Rolle

Im ersten Tätigkeitsbericht des Migrantenbeirats über den Zeitraum vom 06.02.2009-31.08.2012 wird deutlich, dass die ersten Jahre von Unklarheiten im Ablauf bürokratischer Verfahren gekennzeichnet waren, »weil den verschiedenen Ausschüssen und weiteren Vertretern und Vertreterinnen der Verwaltung nicht bewusst und wichtig war, dass zu einzelnen Vorlagen auch der Migrantenbeirat gehört werden muss« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2012: 5f.). Dies habe sich im Jahr 2012 positiv geändert: »Wenn es um Belange von Migrantinnen und Migranten in Leipzig geht, dann wird der Beirat angehört.« (ebd.: 5f.) Diese Entwicklung wird im 2. Tätigkeitsbericht (01.09.2012-31.03.2014) bestätigt:

»Der Beirat ist nun ein fester Bestandteil des kommunalpolitischen Prozesses. Und auch wenn es ein schwerer Weg war, so hat es sich doch gelohnt. Die verschiedenen Ausschüsse und Vertreter/-innen der Stadt Leipzig lernten im Laufe

der Zeit die Bedeutung des Migrantenbeirates und seiner Beiträge für ein funktionierendes und vielfältiges Miteinander zu schätzen.« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2014: 2f.)

Zusätzlich wurde im April 2012 eine halbe Stelle im Referat für Migration und Integration zur Unterstützung des Migrantenbeirats eingeführt (ebd.: 3). Im 3. Tätigkeitsbericht (01.04.2014-31.12.2016) wird deutlich, dass im Jahr 2015 durch die »Neukonstituierung im April 2015« sowie durch die erhöhten Anforderungen im Zusammenhang mit den gestiegenen Zuwanderungszahlen ein Wandel stattfand. Die Sitzungszahl wurde aufgrund der anliegenden Themen erhöht und dem neu zusammengesetzten Beirat⁸ »erschien [es zunächst] sinnvoll, sich zu seinem Selbstverständnis zu positionieren sowie die bisherige Arbeitsweise grundlegend zu hinterfragen« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2017: 5). Soweit ich es während meiner Teilnahme in den Sitzungen des Migrantenbeirates wahrnehmen konnte, ging es bei dieser Neupositionierung im Selbstverständnis um politische Anerkennung auf Augenhöhe im Stadtrat sowie um die Diskussion, inwieweit der Migrantenbeirat sich politisch einmischen sollte.

Bei der Sitzung des Migrantenbeirats am 15.01.16 waren zu Beginn Fachangestellte aus dem Sozialamt zugegen, die eingeladen wurden, um über ihre Arbeit zu informieren und Fragen des Migrantenbeirats zu beantworten. Im Anschluss daran wurden ungeklärte Fragen unter den Beiratsmitgliedern sowie die Frage diskutiert, wie der Migrantenbeirat sich weiter mit dem Thema auseinandersetzt. Ein Mitglied sagte, dass es hier ganz klar »Handlungsbedarf« sehe (die Umstände zu ändern). Die Vorsitzende schiebt ein schnelles »Informationsbedarf!« hinterher. Diese zwei Betrachtungsweisen stehen hier offensichtlich im Widerstreit. Verschiedene andere Mitglieder positionierten sich in Form eines ersten Meinungsbildes dazu. Die Sitzung ist jedoch fast vorbei und es wird klar erwähnt, dass jetzt gerade nicht die Zeit dafür ist, das ausdiskutieren.

Im Gespräch mit einem anderen Mitglied, Maria Milani (Interview 12.05.16) erfuhr ich, wie unzufrieden sie sei mit ihrem politischen Handlungspotenzial als Mitglied des Migrantenbeirats. Alles was sie dort praktisch machen könne sei, die Anträge der Fraktionen abzustimmen. Dabei imitiert sie mit dem rechten Arm der hoch und runter geht »up – down – up – down« und schaute dabei gelangweilt. Das Ergebnis der Abstimmung sei »egal«. Die Anträge der Fraktionen werden als erstes behandelt. Die »wirklich wichtigen Dinge«, wie zum Beispiel eigene Anträge, landen immer unter »Sonstiges« und da seien die Fraktionsvertreter der Stadt bereits nicht mehr im Sitzungssaal. »Nach drei Stunden kann man nicht mehr und dann sind wir nicht mehr beschlussfähig«. Es sei schon mehrfach vorgekommen, dass so über Anträge von ihr nicht abgestimmt werden konnte, weil sie nicht mehr

8 Einige Mitglieder haben aufgehört und neue wurden ernannt.

beschlussfähig waren, da zu viele schon gegangen waren. Sie zweifelt oft, fragt sich warum sie es überhaupt weiter macht. Sie hat aber immer noch die Hoffnung, dass sie vielleicht einmal doch etwas mit ihrer Stimme bewegen kann, deswegen bleibt sie im Migrantenbeirat.

Als im August 2016 der Bürgermeister und Beigeordnete für Allgemeine Verwaltung, Ulrich Hörnig,⁹ das erste Mal im Migrantenbeirat zu Gast war, würdigte er das Engagement der Mitglieder und bot seine aktive Unterstützung an, ihnen zu mehr politischer Mitsprache zu verhelfen. Diese Rede zu erleben, verdeutlichte mir, wie bedeutsam diese Worte für die Mitglieder des Beirats zu diesem Zeitpunkt waren. Er bestärkte sie darin, dass aufgrund ihres deutschen oder europäischen Passes (den die meisten besitzen) auch Mitglieder des Stadtrates werden können, um Ämter mit mehr politischer Schlagkraft bekleiden zu können (vgl. [eigenes] Sitzungsprotokoll vom 12.08.16). Nach einer umfangreichen Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit aller Mitglieder forderte er sie auf, darüber hinaus noch mehr von ihren politischen Rechten als Beiratsmitglieder wahrzunehmen:

»Sie können und müssen auch im Stadtrat was sagen. Im Sitzungsbetrieb der Ausschüsse können Sie immer jemanden hinschicken. Die Geschäftsordnung sieht vor,¹⁰ dass die Teilnahme an den Ausschüssen möglich ist. Sie können dort hinkommen, wir können das in Gang setzen, damit Sie dort »ein Gesicht bekommen«. Sie müssen jedoch jemanden designieren, der dort hin geht. Sie haben drei Vorsitzende, das ist »sehr basisdemokratisch«. Ich fordere Sie auf, sich das zu überlegen und sich da auszurichten.« (eigenes Sitzungsprotokoll 12.08.16, Wiedergabe sinngemäß)¹¹

Zum Zeitpunkt meiner Feldforschung war es in der Praxis die Hauptaufgabe des Migrantenbeirates, die Anträge der Fraktionen abzustimmen, die in irgendeiner Form mit den Belangen von zugewanderten Menschen in der Stadt Leipzig zu tun haben. In der Geschäftsordnung des Migrantenbeirates liest sich das wie folgt:

»Der Migrantenbeirat wirkt an kommunal-politischen Entscheidungsprozessen der Stadt mit, soweit dabei die besonderen Interessen der Angehörigen der zugewanderten Bevölkerungsgruppen berührt werden. Besondere Interessen sind

-
- 9 Hörnig ist seit November 2015 der neue Bürgermeister, unter dem auch der Migrantenbeirat (MB) im Referat für Migration und Integration organisiert ist.
- 10 »(3) Der Migrantenbeirat leitet Anliegen, Stellungnahmen und Empfehlungen über seine Geschäftsstelle an die Fachausschüsse, den Stadtrat oder die Verwaltung weiter. Er berät diese in allen migrantenrelevanten Angelegenheiten« (Migrantenbeirat der Stadt Leipzig 2009: 1).
- 11 Das Jugendparlament, das eine ähnliche institutionelle Ausrichtung wie der Migrantenbeirat hat und bestimmte Prozesse und Funktionsweisen in dieser Sitzung schon mehrfach mit dem MB verglichen worden waren, nutzt diese Chance zur aktiven Teilnahme an den Ausschusssitzungen.

solche, die sich aus ihrer rechtlichen, sozialen, ethnischen und religiösen Stellung ergeben.« (Migrantenbeirat der Stadt Leipzig 2009: 1)

Diese Abstimmung im Migrantenbeirat ist zwar Pflicht, jedoch ist der Ausgang der Abstimmung rechtlich nicht bindend, wie auch die oben beschriebenen Ausführungen von Maria angedeutet haben (vgl. Interview 12.05.16). Die Aussagen des Bürgermeisters Hörning waren also sehr innovativ und empowernd, obwohl er die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht geändert, sondern nur verdeutlicht hatte. Sie trafen den Nerv der Mitglieder. Wie sich aus den weiteren offiziellen Sitzungsprotokollen des Migrantenbeirates herleiten lässt, hat sich die politische Aktivität des Migrantenbeirats nach der Rede Hörnigs deutlich erhöht. Es fand eine Beratung einzelner Mitglieder bezüglich der Mitarbeit in den Fachausschüssen (FA) statt. Der Leiter des Migrantenbeirates brachte im Dezember 2016 Anträge im Fachausschuss Allgemeine Verwaltung ein. Im April 2017 wurden dann sechs Fachvertretende benannt für die Teilnahme an Fachausschüssen. In dieser Hinsicht hat sich die praktische Mitbestimmung des Migrantenbeirates verändert, wenn auch ohne geltende Verordnungen zu ändern. Auch die Übersicht über in den Stadtrat eingereichte Anträge im aktuellen Integrationskonzept der Stadt Leipzig (2020: 63) zeugt von einer deutlichen Zunahme der Aktivität ab 2017. Ein Mitglied, das sich im Gespräch mit mir unzufrieden über die Grenzen seines politischen Handelns im Migrantenbeirat äußerte, ist 2019 in den Stadtrat gewählt worden. Das zeigt, dass auch auf individueller Ebene, die von Hörning angesprochenen Möglichkeiten einer umfassenderen politischen Teilhabe genutzt wurden.

Es gibt zwei Strategien, die politische Teilhabe von Migrant*innen zu stärken: Die beschriebenen Beispiele haben verdeutlicht, dass es eine Strategie ist, bestehende Teilhaberechte zu verdeutlichen und Unterstützungsarbeit zu leisten, um die Expertise der Verfahren dieser Teilhabemöglichkeiten aktiv weiterzugeben. Es hat sich gezeigt, dass dies Hinderungsgründe waren, die angesichts der Begrenztheit zeitlicher Kapazitäten für die unentgeltliche Mitarbeit Unterstützungsbedarf benötigten. Es wurde auch deutlich, dass das Selbstverständnis politischer Teilhabe in einer Wechselwirkung mit dem Verhalten von Sachverständigen der bürokratischen Vorgänge, hier der Stadtverwaltung, steht. Der Richtungswechsel im Migrantenbeirat lässt sich auch auf die Rede (und die folgenden Handlungen) des zuständigen Bürgermeisters Hörning zurückführen.

Eine zweite Strategie ist die, bestehende Verordnungen und Verwaltungsabläufe zugunsten der politischen Teilhabe von Migrant*innen zu ändern. Die Schwierigkeiten möchte ich im Folgenden am Beispiel der Bestrebungen der Mitglieder des Migrantenbeirats, eine (in)direkte Wahl zu erwirken, darstellen.

7.3.2 Die Wahl des Migrantenbeirates

Die Gründungsmitglieder wollten von Anfang an einen gewählten Migrantenbeirat in Leipzig etablieren. »Und wir wollten so eine Art, naja, nicht Selbstständigkeit, aber das wir selbst entscheiden.« (Interview Gründungsmitglied 24.03.16) Die Beiräte wurden jedoch von Beginn an ernannt. Maria Milani schildert mir im Interview, dass sie »keine Ahnung hat, warum und durch wen« sie zum Mitglied des Migrantenbeirats ernannt wurde. »Es gab damals 80 Bewerber*innen, aber die Auswahlmodalitäten sind mir völlig unklar.« (Interview am 12.05.16) Stadträtin Juliane Nagel, die regelmäßig für die Fraktion Die Linke an den Sitzungen des Migrantenbeirats teilnimmt, bestätigt fehlende »transparente Kriterien« (Nagel 31.10.18) für die Ernennung der Mitglieder. Für die Wahl strebe man, ähnlich wie in Dresden seit 2009 realisiert, ein Verfahren an, das das Verbot der direkten Wahl von Beiräten (Sächsische Gemeindeordnung §47) dadurch umgeht, dass die von den »in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten« gewählten Mitglieder »im Anschluss [an die Wahl durch den Stadtrat] legitimiert« werden (Nagel 31.10.18). Schon am 15.10.14 hatte die Ratsversammlung einen Antrag des Migrantenbeirates zur »Indirekte[n] Wahl der Mitglieder des Migrantenbeirates« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2017) beschlossen. Obwohl der Stadtrat diesem Beschluss entsprechend ein Wahlverfahren für den Migrantenbeirat hätte erarbeiten sollen, gab es dahingehend keine weiteren Entwicklungen, bis Anfang 2016 der Migrantenbeirat selbst dieses Thema weiterbearbeitete. Er gründete eine »AG Wahl« die sich »intensiv mit der Ausarbeitung einer Wahlordnung sowie den für die Wahl nötigen Regularien« beschäftigte (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2017).

Im Frühjahr 2016 bestand auch bei den Mitgliedern des Beirats selbst eine Unklarheit darüber, ob die Wahl stattfinden wird oder nicht. Diese Unklarheit blieb bestehen, das Thema ruhte in der Folge. Im September 2018 schlägt die Verwaltung »entgegen langer Debatten und Willensbekundungen [...] vor, dass der Migrantenbeirat weiter benannt wird. Vorgesehen ist, lediglich eine Qualifizierung und Transparenz des Auswahlverfahrens« (Nagel 31.10.18). Begründet wird dies »aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem bisherigen Verfahren zur Berufung der Beiratsmitglieder«, vor allem »im Hinblick auf Repräsentativität und Qualifikation der Beiratsmitglieder« (vgl. Vorlage des Stadtrates 2018).¹² Erst Anfang Juli 2020 wird erneut ein Vorstoß in Richtung Wahl sichtbar. Die Stadt Leipzig teilt in den News auf ihrer Online-Präsenz mit, dass »die Stadtspitze auf Initiative von Verwaltungsbürgermeister Ulrich Hörning« einen Vorschlag über ein »Kombinationsverfahren« aus Wahl und Ernennung des Migrantenbeirats vorgelegt hat (Stadt

12 Dieser Beschluss wurde im Migrantenbeirat abgelehnt (10 Neinstimmen/4 Enthaltungen), die Abstimmung im Stadtrat wurde vertagt, ebenso wie der vom Migrantenbeirat am 22.11.18 eingereichte Änderungsantrag.

Leipzig 2020c). »Der Stadtrat entscheidet voraussichtlich im September 2020 darüber. Das Verfahren soll noch in diesem Jahr umgesetzt werden.« (Ebd.) Manuela Andrich, Beauftragte der Stadt Leipzig für Migration und Integration, wird im Artikel zitiert: »Das neue Verfahren zur Wahl des Migrantenbeirats ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer gleichberechtigten politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Leipzig.« (Ebd.) Angesichts der Absichtserklärung der Stadt Leipzig im Integrationskonzept von 2012, dass Bürgerbeteiligung auch den Menschen ohne deutschen Pass ermöglicht werden solle, ist die Schaffung der Wahlmöglichkeit der Mitglieder des Migrantenbeirats »ein kleiner Schritt hin zu mehr politischer Teilhabe« für Drittstaatenangehörige, die derzeit kein Wahlrecht in Deutschland haben (Nagel 31.10.18). Aus dem »Stammbaum« der entsprechenden Vorlage zur Wahl (vgl. Vorlage des Stadtrates 2018) geht hervor, dass die Ausgestaltung der Wahlordnung noch verändert und diskutiert wurde. In der dritten Neufassung und nach dem fünften Änderungsantrag wurde die Vorlage dann am 07.10.2020 geändert beschlossen (vgl. Vorlage des Stadtrates 2020).¹³

Am Beispiel des Migrantenbeirates wird deutlich, dass politische Teilhabe, selbst wenn formelle Vorgaben dafür bereitstehen, nur mit der Unterstützung bestehender politischer Strukturen realisiert werden können. Dies funktionierte im vorliegenden Fall ausgelöst durch das Engagement einzelner Personen, die offensichtlich eine zwischen Migrantenbeirat und Stadtverwaltung vermittelnde Position einnahm (die ihr Amt anders als ihr Vorgänger ausführten). Gleichzeitig hat das Beispiel des Migrantenbeirates gezeigt, dass bestehende formale politische Institutionen, wie Stadtratsmitgliedschaft auch als Begegnungsorte offen sind für Migrant*innen, diese Möglichkeit aber nicht unbedingt genutzt wurde. Hier haben die Entwicklungen nach 2015 zu einem stärkeren Bewusstsein geführt. Im neuen Integrationskonzept heißt es: »Eine aktivere Partizipation und selbstbestimmte Beteiligung von Migrant/-innen ist erwünscht und muss gefördert werden, um einen Dialog auf Augenhöhe zu führen.« (Stadt Leipzig 2020a: 50)

13 Es wurde beschlossen, dass 10 von 16 zukünftigen Mitgliedern per Onlinewahl gewählt werden. Die restlichen sechs weitere können sich bewerben und werden von der Ratsversammlung beschlossen. Das Abstimmungsergebnis war knapp: 30 Stimmen waren dafür gegenüber 26 Gegenstimmen. (vgl. Vorlage des Stadtrates 2020). »Insgesamt 43.800 Menschen können Ende März ihre Stimme nutzen und bestimmen, welche zehn Mitglieder sie in den kommenden fünf Jahren im Migrantenbeirat vertreten. 43.800 – das sind Ausländer, die über einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine Duldung verfügen, eingebürgerte Personen und Spätaussiedler. Sie alle müssen am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in Leipzig ihren ständigen Wohnsitz haben« (kreuzer online 10.03.21).

7.4 Zwischenfazit: Engagement für Geflüchtete in der Gesellschaft

Das Engagement von Gruppen innerhalb ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge zu betrachten, stellte in der Position des letzten inhaltlichen Kapitels dieser Arbeit eine Art resümierende Gegenprobe dar. Während die vorherigen Kapitel das politische Feld, die Handlungsräume der Individuen und die Strukturen der Organisationen sowie gesellschaftliche Diskurse beleuchtet haben, betrachtete dieses Kapitel drei Beispiele von Auseinandersetzungen von *Gruppen* von Freiwilligen im Forschungszeitraum. In diesen Auseinandersetzungen spielen alle o.g. Aspekte eine Rolle, sie spielen sich ab in den daraus geformten und sich formenden Assemblagen meines Forschungsfeldes. Auf diese Weise schließt dieses Kapitel mit empirischen Beispielen des Engagements, die in drei verschiedenen gesellschaftlichen Feldern stattfinden: Politische Stadtteilarbeit, Kirche und formelles politisches Engagement in Form des Migrantenbeirates.

Die leitende Frage war, wie diese Gruppen sich im Forschungszeitraum innerhalb der Stadtgesellschaft repositionierten und wie dies ihr Handlungsspektrum beeinflusste. Sorgen die Krise und die gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber Migrations- und Integrationsthemen für mehr gesellschaftliche und politische Durchsetzungskraft und Einfluss seitens der Engagierten?

Begegnungsorte wurden in all diesen Beispielen auf unterschiedliche Weise bereitgestellt, entwickelt oder erkämpft. In allen Beispielen wird die Verwobenheit von den Wünschen, die sie mit ihren Handlungen verbinden und den Grenzen, denen sie in der Realität begegnen auf ein Neues deutlich (vgl. Kapitel 6). Dies hängt auch damit zusammen, dass die Entwicklungen ambivalent und nicht linear ablaufen: Während einige Akteur*innen nach mehr Mitbestimmung suchen und an den existierenden Regulierungen oder hierarchischen Vorgaben scheitern (vgl. Kapitel 7.1), nutzen andere die Gelegenheit, ihre gesellschaftliche Position, um Begegnungsorte durchzusetzen (vgl. Kapitel 7.2). Auch die Bestrebungen des Migrantenbeirates, mehr Mitbestimmung zu erlangen, sind geprägt von einem Für und Wider, von einem Vor und Zurück (vgl. Kapitel 7.3).

Es wird deutlich, dass die Engagierten versuchten, die Grenzen zu überwinden, denen sie sich in ihren jeweiligen Feldern gegenübersehen: Generationenkonflikte und politische Einstellungen in der Gemeinde, sowie die Grenzen der Einflussnahme auf kommunal- und landespolitische Verwaltungszuständigkeiten in den anderen beiden Beispielen. In den Versuchen, diese zu überwinden lässt sich ein Selbstbewusstsein der Akteur*innen erkennen, das sich aus der gewachsenen Bedeutung ihres Engagements im Forschungszeitraum speist. Durch die Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern fanden Freiwillige neue Wege der Partizipation: Anne Thieme wurde Stadtbezirksbeirätin, ein Mitglied des Migrantenbeirates ist 2019 in den Stadtrat gewählt worden. Man kann sagen, dass durch das Ausprobieren, Aushandeln, Diskutieren und Debattieren in dieser Zeit

ein gewisser Anschluss an andere Engagierte und Nicht-Engagierte innerhalb der Stadtgesellschaft bestand. Sei es über Vergleiche, wie die Kirchgemeinde, die auch mitmachen will, oder auch wie Heinz Brand, der nicht mit dem Engagement aufhören kann, weil er jetzt gebraucht wird. Durch diese gesellschaftliche Breite des Interesses, ob befürwortend oder nicht, durch die gesteigerten Ressourcen, die Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten, konnten mehr Engagementpotenziale als sonst aktiviert werden. Communities, die sonst eher untereinander blieben, öffneten sich gegenüber anderen gesellschaftlichen Feldern und neue Netzwerke entwickelten sich, aus denen in den folgenden Jahren weitere Partizipationsansätze entstanden. Darauf blicke ich im Folgenden Fazit-Kapitel.

8. Fazit: Grenzen des Engagements

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung verfasste kurz nach dem Bezug der Ernst-Grube-Halle Mitte August 2015 eine öffentliche Stellungnahme, in der er die Leipziger Bevölkerung aufforderte, den Geflüchteten zu helfen. Er stellte darin eine Verbindung zwischen den Ereignissen in der Ernst-Grube-Halle und den Geschehnissen in der Welt her:

»Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger, wir werden zurzeit Zeugen einer der größten humanitären Katastrophen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Rund 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, vor Verfolgung, vor drückender Armut. Wir alle sind aufgefordert, diesen Menschen zu helfen, ihnen die Hand zu reichen und ihnen eine sichere Bleibe und wieder eine Perspektive zu geben. Diese Herausforderung für uns alle, für jeden einzelnen von uns, für jede Behörde, für jede Hilfsorganisation, wird in den nächsten Wochen und Monaten nicht geringer werden. Im Gegenteil, die Prognosen werden immer wieder nach oben korrigiert, vielleicht werden wir mit bis zu 750.000 Menschen rechnen müssen, die sich bis zum Jahresende nach Deutschland flüchten. In jeder Stadt, in jeder Gemeinde in Deutschland wird die Misere ankommen, werden wir die Folgen spüren, sind wir aufgefordert zu helfen.« (Jung 19.08.15)

Diese Ansprache verdeutlicht in ihrer drastischen Wortwahl das Bild des Leids, das aus der Ferne nun wieder auch nach Deutschland, in jede Gemeinde, zu jedem Menschen ›kommt‹ und dessen »wir« nun »Zeuge« werden. Was asylkritische Bewegungen als Bedrohung interpretierten, wurde hier explizit zu einer moralischen Handlungsaufforderung formuliert, die die gesamte Gesellschaft betrifft. Dies verdeutlicht den Ausgangspunkt der Entwicklungen, die ich in dieser Arbeit beschrieben habe. Der verbindende Moment, der entstand, als eine hohe Anzahl von Menschen gemeinsam kurzfristige Nothilfe leistete, mündete in eine langfristige Neugestaltung der Asylpolitik und Asylpraxis. Dabei spielte das freiwillige Engagement eine konstituierende Rolle.

Obwohl der Titel dieses Kapitels recht pessimistisch anmutet, will ich im Folgenden die Grenzen dieses Engagements nicht als einengenden Abschluss dieser

Arbeit, geschweige denn als Zusammenfassung gouvernementaler Handlungsbedingungen, diskutieren. Vielmehr geht es um die Grenzziehungen, sowohl im politischen Feld als auch wechselwirkend mit den politischen Handlungen. Die Grenzen des Engagements sind aber auch sichtbar gewordene Anzeiger für die veränderten Mitbestimmungsambitionen der Menschen, die nicht zu den klassisch etablierten Partizipationsmöglichkeiten und -definitionen passen.

Die Grenzen des Engagements definieren sich durch eine dem Engagement immanente Ambivalenz. Sie speist sich aus der Gleichzeitigkeit der Ereignisse unseres Alltags und der, die woanders in der Welt stattfinden, der Gleichzeitigkeit von Nähe und Distanz, die wir angesichts von Krisen, Katastrophen, anderen Schicksalen und anderen Meinungen empfinden, sowie der Gleichzeitigkeit von »Erfahrungsräumen« und »Erwartungshorizonten« (Koselleck 1989; zitiert in Ringel 2016: 157). Zwischen »Rückbezug zur Vergangenheit« und »Vorausschau auf die Zukunft« (Ringel 2016: 157) suchten Freiwillige nach Möglichkeiten, ihr Handeln im Jetzt aktiv zu gestalten (vgl. Ortner 2016: 66). Dieses Handeln möglichst frei von kategorisierenden Zuordnungen zu beschreiben, und damit die Ambivalenzen seiner Zuordnungen sichtbar zu machen, war ein Ziel dieser Arbeit. Engagement wurde zu einem empirischen Sichtfenster, als Teil des Lebens in einer globalisierten Welt. Durch die Fluchtmigration von über einer Million Menschen nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 verlagerte sich diese Gleichzeitigkeit direkt vor die Haustür. Dies hat neue Grenzziehungen und damit neue Handlungsmöglichkeiten des Engagements ermöglicht. Diese Möglichkeitsräume, die in Konflikten entstehen, sind nicht nur für uns Ethnolog*innen empirische Sichtfenster, sie sind – als Zukunftsvision verstanden – handlungsleitend für Engagierte und damit zentral für die Analyse meines Feldes.

In dieser Arbeit ging es um die freiwillige Arbeit als Praxis und Möglichkeitsraum und deren institutionelle Einbettung im Kontext der *Verwaltungskrise* 2015/2016. In der Analyse der freiwilligen Handlungen und der institutionellen Strukturen, die wechselwirkend miteinander verwoben sind, wurde immer wieder deutlich, dass dieses als Assemblage gefasste Feld nur mithilfe dreier Perspektiven verstanden werden kann: Einerseits auf der Ebene der Institutionen, auf der der Individuen und auf der diskursiven Ebene. Die erste Perspektive wirft Fragen danach auf, wie Kategorien und Regelwerke entstehen und wie Institutionen, und damit einhergehende Hierarchien, Grenzen setzen oder Handlungsräume eröffnen. Durch die zweite Perspektive rücken die Menschen in den Fokus, die in dieser Situation Verantwortung übernehmen und auf vielfältige Weise ihre Ressourcen einbringen, sei es durch das Backen von Kuchen, durch Sprachunterricht oder durch Sachspenden. Angesichts der Kurzfristigkeit war hier eine besonders große Heterogenität der Hilfe zu beobachten: Freiwillige waren auch mit zahlreichen Unsicherheiten in Bezug auf das Zusammenleben mit Geflüchteten konfrontiert. Diese entwickelten sich genauso wie die Hilfsstrukturen wechselwirkend mit

lokalen und überlokalen Diskursen und Policies. Hierbei wird drittens deutlich, dass diese überlokalen Prozesse individuell und durch soziale Interaktionen übersetzt werden. Dadurch wird deutlich, dass die Freiwilligen die Herausforderung und Grenzen als Chance und Lernfeld begreifen und auf unterschiedlichste Weise Antworten auf die Frage finden, was ihr Anteil sein kann, der »Misere« mithilfe einer optimistischen Zukunftsvision entgegenzutreten. Diese Ambivalenz des Engagements, nicht zu wissen, wie man helfen kann, aber helfen zu wollen, spiegelt sich in der Frage wider, die Sherry B. Ortner in Bezug auf die Möglichkeiten, diese Situiertheit der Menschen in einer globalen Welt anthropologisch zu fassen, aufwirft:

»In sum, I would agree with scholars of the good life that the study of power and inequality, and the damage they do, cannot be the whole of anthropology. I would also agree with scholars of morality and ethics that it is important to look at the caring and ethical dimensions of human life, for what is the point of opposing neoliberalism if we cannot imagine better ways of living and better futures? How can we be both realistic about the ugly realities of the world today and hopeful about the possibilities of changing them?« (Ortner 2016: 60)

Burkhard Jungs Ansprache kann als Versuch, beides zu sein, gedeutet werden: Sowohl »realistisch in Bezug auf die hässlichen Realitäten der heutigen Welt« zu sein als auch »hoffnungsvoll in Bezug auf die Möglichkeiten, sie zu ändern« (ebd.: 60; Übersetzung der Autorin). Die Frage nach den Grenzen des Engagements ist auch im Kontext dieser Ambivalenz zu verstehen. Sie betrachtet die Beschränkungen des Handelns in politischen und gesellschaftlichen Feldern, deren Konstitution, aber auch deren Wandel, sichtbar geworden ist. Dabei geht es einerseits darum, aufzuzeigen, welche Prozesse, Institutionen und Diskurse als limitierend wahrgenommen werden und wie diese reproduziert oder umgedeutet werden. Andererseits knüpft diese Frage an die Engagementforschung, Forschungen zu urbanem Leben und zu Migration und Integration in Städten an und fragt nach den neuen Möglichkeitsräumen, die freiwilliges Handeln im Forschungszeitraum eröffnete.

Die Grundidee dieser Arbeit basiert auf einer Zweiteilung, die sich im Titel widerspiegelt: Engagement im Wandel – Wandel durch Engagement. Es verdeutlicht, dass die Formen des Engagements sich verändert haben und diese Entwicklungen zu einem Wandel in der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Einbettung des Engagements geführt haben. Dabei wird die Verwobenheit von Handeln und Struktur deutlich: Das Engagement ist auch ein Mittel, um die Geschehnisse in der Assemblage zu verändern.

Meine Untersuchung sowohl des Wandels der asylopolitischen Strukturen als auch der Handlungen im Feld führte zu zwei zentralen Ergebnissen. Erstens zeigte sich, dass der Wandel auf struktureller Ebene zu verstärkten Öffnungsprozessen des asylopolitischen Feldes gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen und ge-

gegenüber nicht-professionellen Akteur*innen, im Sinne Bourdieus »Professioneller« (2001: 70) im politischen Feld, führte. Zweitens muss als Konsequenz daraus das Handeln der Akteur*innen als politische Partizipation aufgefasst werden, nämlich als Teil eines breiter gefassten asylopolitischen Feldes. Damit sind zwei zentrale Thesen der Arbeit genannt, die dieses Fazit gliedern. Unter der Fragestellung der Grenzen des Engagements fasse ich meine Ergebnisse in Bezug auf Struktur (Assemblage) und Handeln (politische Partizipation) zusammen und schliesse in einem dritten Teil Überlegungen zur Rolle der Zukunft des Engagements an.

8.1 Assemblage: Öffnungs- und Abgrenzungsprozesse politischer Felder

In dieser Arbeit habe ich aufgezeigt, dass und wie die Herausforderungen einer *Verwaltungskrise* zur Auffächerung und Öffnung bestehender Asylhilfe-Strukturen in Leipzig führten. Die *Assemblage Theory* in der Rezeption von DeLanda (2006; 2016) sowie von Collier und Ong (2005) fungierte als analytisches Hilfsmittel um die Konstitution und den Wandel des politischen Feldes in seiner Beziehung zu globalen Prozessen analysieren zu können. Dabei ist relevant, dass die Handlungen der Akteur*innen als Bottom-up Bewegung konzipiert werden können und gleichzeitig damit verbundene Top-down Prozesse in ihren globalen Zusammenhängen verstanden werden können. Die Assemblage konstituiert sich durch die Eigenschaften ihrer Einzelteile, die in sozialen Interaktionen veräußert werden. Die Asylpolitik, als Assemblage, entstand zum Teil als Reaktion auf unmittelbare Notsituationen und damit als Improvisation und als problemgeleiteter Experimentierprozess, innerhalb dessen bestehendes Wissen und Individuen aus anderen Feldern Teile dieses neuen Feldes der Flüchtlingshilfe wurden. Angesichts dieses neuen Arrangements bildeten sich neue Netzwerke und neue Hierarchien. Infolgedessen wurde einerseits neues Wissen produziert und neue Institutionen etabliert, andererseits spezialisierten sich die verschiedenen Beteiligten. Die Assemblage konstituierte sich aber nicht nur durch diese kurzfristigen Umwälzungen. Sowohl bestehende Diskurse, Policies, Traditionen, als auch historische lokale und globale Prozesse sowie Infrastrukturen wurden als Elemente dieser Assemblage in den Blick genommen. Beispiele dafür sind auf kommunaler Ebene Leipzigs soziale und kulturelle Vielfalt aktiver Akteur*innen und eine Stadtverwaltung, die dem bewusst Raum lässt, sowie die besondere Rolle Leipzigs in Sachsen und in der Geschichte der DDR. Auch Faktoren auf Landesebene hatten Einfluss auf die Leipziger Assemblage. Zum Beispiel eine in Sachsen bis 2015 kaum entwickelte Integrationspolitik und eine Unerfahrenheit mit Notunterbringungen von Asylsuchenden und mit der Förderung von Unterstützungsstrukturen (vgl. Kapitel 6). Nicht zuletzt bildeten Gesetzgebungen, Richtlinien und Entscheidungen auf Bundesebene

sowie Diskurse wie die der *Willkommenskultur* Rahmenbedingungen für Handlungen in der Assemblage. Die Stadt als Untersuchungsfeld ist der Ort, an dem diese Fäden zusammenlaufen und an dem ich als Ethnologin beobachten konnte, wie die Beteiligten mit diesen Fäden spielten und sie interpretierten.¹

Die Assemblage, verstanden als »nested set of individual emergent wholes operating at different scales« (DeLanda 2016: 16), erklärt das Zusammentreffen aller Elemente in materiellen und expressiven Rollen, sowie die Prozesse, die in den sozialen Interaktionen zwischen diesen Elementen stattfinden. Durch und in diesen Interaktionen entstehen Konstitution und Wandel der Assemblage. Als Prozesse beschreibt DeLanda De-/Kodierung und De-/Territorialisierung (vgl. ebd. 2006: 13; vgl. ebd. 2016: 22). Diese übersetzte ich als Abschottungs- und Öffnungsprozesse, oder auch als Grenzziehungs- und Harmonisierungsprozesse, die in meinem Feld zum Beispiel im Kontext von Kategorisierungen und Legitimierungen sichtbar wurden. Diese Dynamiken in den Assemblagen wandern mittels der beteiligten Akteur*innen durch die unterschiedlichen Ebenen. Diese zentrale Rolle der Akteur*innen beschreiben auch Shore und Wright in ihrer Policy-Analyse (vgl. 2011: 7). Mit der *Assemblage Theory* lassen sich diese aber noch grundlegender als Prozesse, die nicht zwangsläufig politisch intendiert sein müssen, verstehen. Dies wird auch dem Gedanken der Ausweitung politischer Felder gerecht: Wenn politische Räume weniger abgeschottet sind, dann müssen alltägliche Handlungen auch auf einer alltäglichen Ebene als relevant für die erweiterten politischen Felder begriffen werden, und zwar nicht nur, wenn sie sich bewusst auf Policies beziehen.

Dabei ist zu betonen, dass sowohl Abschottung als auch Ausweitung politischer Felder weder abgeschlossene noch lineare oder homogenisierende Entwicklungen sind. Im Forschungszeitraum wurde besonders deutlich, wie Akteur*innen die vorhandenen Kategorisierungen von Asylpolicies in Frage stellten (Deterritorialisierung), die eher auf Abschottung (Territorialisierung) abzielten. Dies geschah gleichermaßen durch das Backen eines Kuchens für das Internationale Kirchencafé, wie durch die Begleitung bei Behördengängen. Dies klingt zunächst nach rein räumlichen Beschreibungen, sie betreffen aber gleichermaßen die Diskursebene. Ausweitung und Abschottung begreife ich genauso wie andere scheinbar paradoxe Dichotomien als einander bedingende Dynamiken, deren Konflikte für uns Ethnolog*innen zu empirischen Sichtfenstern werden können, weil sie die Kodierungs- und Territorialisierungseffekte einer zu untersuchenden Assemblage aufzeigen, und uns so etwas über die sozialen Interaktionen der Elemente erklären und andersrum.

1 Das Bild der Fadenspiele geht auf Donna Haraway (2018) zurück.

8.1.1 Abgrenzungspraxen zwischen ›staatlichen‹ und ›nicht-staatlichen‹ Strukturen

Die Betrachtung der Grenzziehung zwischen ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Strukturen in dieser Arbeit bezog sich vor allem auf die Aushandlung der Beteiligten (vgl. Mitchell 1991: 90; vgl. Read 2018: 91). Diese fanden häufig im Kontext von Diskursen um Aufgabenverteilungen und Finanzierungsmöglichkeiten statt. Das Anliegen der Arbeit ist die Beschreibung der Abgrenzungspraxen mittels der Darstellung der Konflikte, die damit einhergehen, und der Aushandlungsprozesse, die sich daran anschließen. Die Grenzziehungspraxen zeigten sich beispielsweise in der Aushandlung darüber, welche Aufgaben ehrenamtlich und welche hauptamtlich ausgeführt werden sollten. Hier wurde deutlich, dass die Situation von einer definitorischen Unordnung geprägt war. Durch die Ausweitung politischer Felder entstanden mehr Handlungsräume, die nicht direkt an eine staatliche Institution geknüpft sind (auf städtischer, Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene), wie das beispielsweise in Form einer Stelle im Sozialamt der Fall wäre. Dieser Bereich hat im Forschungszeitraum an gesellschaftlicher und politischer Bedeutung gewonnen. Dass sich diese Strukturen vergrößern, ist nicht neu. Zahlreiche Forschungen belegen die gewachsene Rolle der Engagementstrukturen im Wohlfahrtsbereich etwa nach dem Jahrtausendwechsel (vgl. z.B. Karakayali et al. 2018: 22). Ich habe in der Arbeit deutlich gemacht, dass das Subsidiaritätsprinzip solche Entwicklungen fordert und fördert. In der neueren Fluchtforschung wurde dies nur selten als Einflussfaktor diskutiert. Ich betrachte dies als eine Lücke in der Erforschung dieser neuen Beziehung zwischen ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Akteur*innen. Meine Arbeit schließt Subsidiarität als bereits existierendes Beziehungs-Prinzip und somit als Teil eines wirkmächtigen Dispositivs ein. Dadurch konnte ich aufzeigen, dass Verfahren und Institutionen in der Assemblage als eine *traditionale* Form sozialen Handelns (Weber 2005: 17) wirksam wurden (bspw. Katastrophenschutz, Wohlfahrtsträger), weil dies die Hilfsstrukturen in Deutschland sind, die sich seit fast hundert Jahren in diese Richtung spezialisiert haben. Das bedeutet nicht, dass andere diskutierte Prozesse wie Neoliberalisierung und Gouvernementalität keine Rolle spielen. Sie sind genauso wie Subsidiarität wechselwirkende Faktoren, die die Assemblage beeinflussen, zu unterschiedlichen Zeiten auf unterschiedliche Weise.

Durch die methodische Herangehensweise, die Handlungen und Netzwerke der Menschen im Raum zwischen Individuum und ›Staat‹ zu analysieren (vgl. *Stategraphy* von Thelen, Veters und Benda-Beckmann 2018) konnte ich aufzeigen, dass lokale Asylpolitik kein definitorisch eng umgrenztes politisches Feld ist. Menschen agierten als Schlüsselfiguren oder sie spezialisierten sich, wodurch sie durch ihr Handeln und ihre Netzwerke die Assemblage konstituierten und das asylpolitische Feld neu beschrieben. Diese Öffnung politischer Felder (vgl. Adam und Vonderau

2014) ist ein Effekt der Neubestimmung der Beziehung von ›staatlichen‹ und ›zivilgesellschaftlichen‹ Strukturen. In dieser Arbeit habe ich deutlich gemacht, dass diese Beobachtungen und Schlussfolgerungen auch für die Analyse der *Handlungen* in diesen Feldern Grundlage sein müssen. Die neuere Fluchtforschung hat die Aufgabenverteilung häufig unter Aufrechterhaltung der Vorstellung einer strikten Trennung von ›staatlichen‹ und ›nicht-staatlichen‹ Feldern diskutiert und diese Dichotomie damit reproduziert. »Die Komplexität und die Widersprüche der Migrationsgesellschaft spiegeln sich auch in der Forschung selbst [...] wider.« (Karakayali 2018: 23) Forschungsfragen, die darauf abzielen, *ob* das Engagement Teil des politischen Feldes ist, *ob* es staatliche Aufgaben übernimmt, verpassen die Chance der Anerkennung der Öffnung politischer Felder und der Aufteilung von Aufgaben in einem vielleicht nicht immer so klar definierten Raum zwischen Individuum und ›Staat‹. Diese *ob*-Fragen verhindern – trotz ihrer Relevanz – den Blick darauf, *wie* nicht-staatliche Strukturen sich entwickeln und *wie* sie gut unterstützt werden können. Ich plädiere daher für eine Anerkennung des Raumes zwischen Individuum und ›Staat‹ als Ort für *das Politische* (Rolshoven 2018), das heißt für politisches, ambivalentes Handeln, für heterogene Lösungsstrategien, für Experimentieren und Lernen. Dies spiegelt meines Erachtens am ehesten den Wissensstand wider, auf dem sich Sachsen und Leipzig in Punkto Migration und Integration gerade befinden. Sie lernen und sie entwickeln sich.

Im Forschungsfeld wurde diese Beziehung entlang politischer Partizipationsmöglichkeiten und der Grenzen zwischen Haupt- und Ehrenamt neu verhandelt. Die Art und Weise, wie sich ›staatliche‹ Akteur*innen gegenüber der sich entwickelnden informellen Engagementbewegung positionierten, verdeutlichte die unterschiedlichen Verständnisse von Hierarchien und Grenzziehungen zwischen ›Staat‹ und ›Zivilgesellschaft‹. In der Anfangsphase der gesteigerten Fluchtmigration waren bestehende Hierarchien für eine neue Zusammensetzung des Akteur*innenfeldes hinderlich. Am Beispiel des Bezugs einer Notunterkunft habe ich aufgezeigt, dass bestehendes Wissen und Spezialisierungen neu kombiniert werden mussten, und dass andere Menschen zu Expert*innen (»Professionellen«) des Feldes wurden. Kommunikation und Wissenstransfer waren nötig, um bestehende Wissen-Macht-Gefälle neu aufzustellen und der neuen Situation anzupassen. Hier verhinderten bestehende Hierarchien eine größere Offenheit, neue involvierte Personen als Expert*innen anzuerkennen. Der Unterschied wurde durch die unterschiedlichen Strategien auf kommunaler und auf Landesebene sichtbar. Während in Leipzigs Stadtverwaltung bereits gute Erfahrungen mit eigeninitiativen, informellen Organisationen gemacht wurden, war der Austausch zum Beispiel mit Stellvertretenden des Landes Sachsen aufgrund eines Erfahrungsrückstandes anfangs schwieriger. Ich konnte beobachten, wie sich diese hierarchischen Grenzen im Forschungszeitraum durch Aushandlungsprozesse gewandelt haben. Die gemachten Erfahrungen und die Neuverteilung von Wissen

haben in einigen Fällen zu mehr Augenhöhe in der Kommunikation zwischen etablierten Akteur*innen und den ›neuen‹ Expert*innen geführt.

8.1.2 Veränderung finanzieller und infrastruktureller Grenzen

Migration und Integration sind in jeder Hinsicht ein Lernfeld für Gesellschaft und Politik in den ›neuen‹ Bundesländern. Dementsprechend hoch ist die Dynamik des Wandels seit 2015. Dies lässt sich gut an Sachsens Integrationspolitik belegen. Die Unterstützungsstrukturen auf Landesebene haben sich seit 2015 auf institutioneller und inhaltlicher Ebene stark verändert. Auf Landesebene begann man, konkrete Unterstützungsstrukturen aufzubauen, die die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Geflüchteten und Migrant*innen und Schondagewesenen förderten. Dazu wurde 2018 ein neues Integrationskonzept vorgelegt, das die Umsetzungsstrategien genau benennt. Die Entwicklung der Integrationspolicies in den ›neuen‹ Bundesländern bleibt ein spannendes Forschungsgebiet, weil nach 2015 begonnen wurde, hier neue Weichen zu stellen, beispielsweise durch den seither vermehrten Austausch mit erfahrenen Aktiven aus den ›alten‹ Bundesländern. Hier spielen auch die privaten Träger und Wohlfahrtsträger eine Rolle, weil sie durch ihre deutschlandweite Vernetzung den internen Erfahrungsaustausch früh ermöglichen. In Leipzig wird im Integrationskonzept von 2020 die Rolle der Engagierten besonders hervorgehoben.

Diese Entwicklungen hatten auch Einfluss auf die Förderstrukturen: Wie ich durch spätere Interviews (nach meinem Kernforschungszeitraum) erfuhr, wurden zunehmend Institutionen und Projekte gefördert, die sich auf die Entwicklung von Stadtteilen und sozialen Räumen beziehen, anstatt auf Projekte, die sich ausschließlich an Geflüchtete richten. Dies wurde zwar schon immer als Policy formuliert, jedoch widersprachen die Förderstrukturen häufig den Förderzielen. Die fehlende finanzielle Grundsicherung asylpolitischer Aufgaben war insbesondere zum Ende der Förderperiode im Herbst 2016 deutlich spürbar: Wie sinnvoll ist das, was ich mache, wenn es durch Fördermittel befristet ist? Fragen wie diese stellten sich zahlreiche meiner Kontaktpersonen. Inwieweit diese neuen Förderziele zu einer besseren Schaffung von Begegnungsorten beitragen, kann diese Arbeit jedoch nicht klären.

Es überraschte mich schon während meiner Feldforschung, aber mehr noch bei der Analyse meiner Daten, wie oft meine Ansprechpersonen ihre persönlichen Erfahrungen mit den Asyl- und Engagementstrukturen »im Westen« verglichen. Sie führten an, dass es so wenig Erfahrung und so wenig Strukturen in Leipzig, »im Osten«, gebe, die das Engagement unterstützen, die eine Kultur der Freiwilligkeit und eine Offenheit gegenüber kultureller Vielheit beförderten. »Es ist unglaublich schwer, echte Begegnungsorte zu schaffen« resümierte die Mitgründerin eines Vereins, der sich genau dies zum Ziel gemacht hat (Interview Kirsten Müller 19.09.16).

Ich untersuchte Engagementbiografien, die Erfahrungen und Vorstellungen aus ›Ost‹ und ›West‹ widerspiegeln. Doch meine Ethnografie allein kann nicht ausreichend valide Daten über Unterschiede des Engagements in Ost und West erheben, zumal dies nicht die Fragestellung dieser Arbeit war. Hier sehe ich aufgrund der erhobenen Daten weiteren Forschungsbedarf, insbesondere vergleichende Arbeiten, um genauer zu verstehen, ob sich in ›Ost‹ und ›West‹ unterschiedliche Formen der Ausgestaltung des Raumes zwischen ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ herausgebildet haben oder sich herausbilden. Für mein Forschungsfeld kann ich festhalten, dass die vorhandenen Strukturen als Grenzen des Engagements wahrgenommen wurden.

Als begrenzend wurden auch die strukturellen Rahmenbedingungen, die asylrechtliche Gesetzesverschärfungen und behördliche Strukturen in der Verwaltung von Asyl mit sich brachten, wahrgenommen. Dies zeugt von einer wahrgenommenen Widersprüchlichkeit zwischen dem eigenen Handeln und der Konstitution der Assemblage, in der es stattfindet. Die Intensivierung der Integrationspolitik und die Erleichterungen in der Förderpolitik stehen im Kontrast zu asylpolitischen Gesetzesverschärfungen. Trotz erheblich größerer finanzieller Mittel und gewachsener Infrastrukturen in Sachsen zeigten auch die Äußerungen führender Politiker immer wieder, dass Sachsen als ›Einwanderungsland‹ noch keine Selbstverständlichkeit ist, wie der Sächsische Finanzminister, der sich wundert, warum für die Integration von Geflüchteten so viel Geld benötigt wird. Oder Stanislaw Tillich, der 2015 als damals amtierender Ministerpräsident erklärte, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre (vgl. Canan et al. 2018: 25). Auch die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2019, bei der die AfD zweitstärkste Kraft in Sachsen wurde, sowie anhaltende rechtsradikale Anschläge deuten darauf hin, dass auch langfristig ambivalente Prozesse wechselwirkend die Felder Integration, Migration und Asyl bestimmen werden.

8.2 Politische Partizipation: Mehr Raum für *das Politische*

Die Unzufriedenheit mit bürokratischen Strukturen und rechtlichen Grenzen spiegelte sich in der wachsenden Politisierung von Freiwilligen wider. Durch ihr Engagement kamen sie in Berührung mit diesen Grenzen. Die zahlreichen Beiträge der neueren Fluchtforschung, die sich mit ›dem Politischen‹ im Engagement für Geflüchtete beschäftigten, versuchten diese neuen Formen des Engagements zusammenzufassen, sie zu definieren und abzugrenzen. Anstatt jedoch die Heterogenität zu homogenisieren, oder Dichotomien (wie ›politisches‹ vs. ›apolitisches‹ Engagement) zu reproduzieren, gilt es, bestehende Vorstellungen und Begriffe zu erweitern. Ähnlich wie ich dies mit dem politischen Feld gemacht habe, schlage ich auch eine konzeptuelle Erweiterung ›politischen‹ *Handelns* vor. Der Einsatz einer

so hohen Anzahl von Freiwilligen in einem politisch divers diskutierten Themengebiet, die Heterogenität der freiwilligen Angebote und der Freiwilligen selbst, die unterschiedlichen Erfahrungen und Deutungen von Engagement haben bestehende Definitionen sowohl von Ehrenamt als auch von politischer Partizipation in Frage gestellt. Um die Bedeutung und Relevanz des Engagements für die Assemblage zu kennzeichnen, habe ich für die Öffnung des Begriffs der politischen Partizipation plädiert. Ich schließe bewusst auch Handlungen darin ein, die als ›apolitisch‹ diskutiert werden. Gerade weil ein ›apolitisch‹ angenommenes Verständnis humanitärer Handlungen so oft thematisiert wurde, ist es wegweisend, solche Diskurse und Konzepte zu hinterfragen, sie nicht weiter zu bedienen und stattdessen solche in den Mittelpunkt zu stellen, die das Bewusstsein der Freiwilligen in Hinblick auf ihre Agency stärken. Die Ausweitung des politischen Raumes soll so auch in der Benennung der Aktivitäten deutlich gemacht werden. Dieser Öffnungsgedanke ist nicht neu. Verschiedene anthropologische und weitere sozialwissenschaftliche Forschende beschäftigen sich mit informellen Partizipationsformen (vgl. Alscher et al. 2009; vgl. Jaffe und Koster 2019; vgl. de Nève und Olteanu 2013; vgl. Wimmer et al. 2018). Diese Arbeit bestärkt diesen Ansatz und verknüpft handlungsorientiertes Wissen mit den Erkenntnissen um die Öffnung politischer Felder am Beispiel der Hilfe für Geflüchtete. Der Begriff politische Partizipation kann so als Erinnerungsmarker fungieren, dass gesellschaftliches Engagement auch politische Dimensionen hat. Ich schlage vor, die Definitionen unabhängig vom Motivationsdefinitionen zu machen und damit eine Basis zu schaffen für das gegenseitige Verständnis der Akteur*innen als Vertreter*innen des *Politischen* (Rolshoven 2018). Denn auch die Freiwilligen selbst waren unterschiedlicher Ansicht über ihre Beziehung zu ›staatlichen‹ Institutionen. Während einige die Anerkennung ihrer Tätigkeiten im Rahmen von *Willkommenskultur* und offiziellen Ehrungen dankend annahmen, drückten andere ihren Unmut aus und wollten in einer anderen Form als politische Akteur*innen, wahrgenommen werden.

8.2.1 Ambivalenzen des Handelns: Engagement als Lernfeld

Durch die Betrachtung des Forschungsfeldes als Assemblage wird deutlich, dass das Engagement kein Zusatz und auch kein Ersatz ist, sondern dass dessen Beteiligte zuallererst konstituierende Teile, oder wie DeLanda sagt, Elemente der Assemblage, sind. Es darum die Elemente und ihre Interaktionen zu beschreiben. Dabei war es gewinnbringend, Kategorisierungen wie ›Staat‹, ›politisch‹ als Handlungen zu begreifen, die eine Funktion in der Assemblage erfüllen. Dabei bin ich DeLanda folgend davon ausgegangen, dass Elemente unterschiedliche Eigenschaften innehaben, von denen sie eine bestimmte Auswahl in der Assemblage produktiv machen, andere nicht (vgl. DeLanda 2006: 24; vgl. Weber 2005: 17). Für die Analyse der Motive des Engagements war also vor allem zentral, welche Kodierungen

wirksam werden, was zu beobachten war und wie dies in sozialen Beziehungen deutlich wurde. Dazu habe ich die sozialen Anknüpfungspunkte des Engagements in der Biografie und den Netzwerken der Freiwilligen in die Analyse einbezogen.

Ich habe gezeigt, dass für die Analyse dieser Einbeziehung der Akteur*innen in die Assemblage nicht die Motive der Freiwilligen relevant sind, sondern deren individuelle Anknüpfungspunkte an das politische Feld. Die Abfrage von Motiven allein erklärt nicht, welchen Beitrag Freiwillige leisten und welche Ressourcen sie damit in die Assemblage einbringen. Durch die Betrachtung von biografischen Anknüpfungspunkten kann man analysieren, welche Netzwerke und welches Wissen durch das Handeln der Beteiligten in die Assemblage einfließen. Ich betrachte ihre Handlungen als politisch, auch und aufgrund ihrer Ambivalenzen, die ein Abbild der Ambivalenzen einer Migration-lernenden Gesellschaft ist. Eine Person fängt vielleicht nicht mit einem durchdachten Konzept von gelungener Integrationsarbeit als Freiwillige an, doch sie erfährt und lernt durch ihr freiwilliges Engagement, was Kontakt und Begegnung bedeuten und was dabei im jeweiligen Kontext bedeutsam ist. Sachsen hatte 2015 5,4 % Menschen mit Migrationshintergrund, gegenüber 21 % in Deutschland (vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2016b: 4).² Diskurse, die sich darauf beziehen, dass ein Viertel der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben, sind in Sachsen nicht realitätsbezogen. Kulturelle Vielheit und Offenheit sind hier ein Lernfeld, dem immer noch zahlreiche Grenzen gesetzt sind. Freiwilliges Engagement war für eine hohe Anzahl von Menschen in meinem Forschungsfeld der erste Kontakt zu zugewanderten Menschen und er fand in einem Kontext von Fluchtmigration statt.

Ich verdeutliche dadurch, dass das freiwillige Engagement in der Geflüchtetenhilfe ein Lernfeld und eine Suche nach Partizipation war, die als sinnvoll empfundenen werden konnte. Auch innerhalb der Ehrenamtskoordination in Leipzig wurde dies so aufgefasst. Sie offerierten Geduld und Verständnis für die unterschiedlichen Lernkurven der Beteiligten, beispielsweise in Bezug auf kulturalistische Vorstellungen bei Freiwilligen gegenüber Geflüchteten. Hier wurde auf einen kontinuierlichen Prozess des Wissenstransfers gesetzt und das freiwillige Engagement als Prozess anerkannt. Diese Form der Steuerung und Koordinierung des Engagements ist angesichts der geringen Erfahrung zahlreicher Menschen in Leipzig (und in anderen ostdeutschen Bundesländern) von großer Bedeutung. Viele Forschungen analysierten Ehrenamtskoordination aus einer gouvernementalen Perspektive und betrachteten deren Regulierungsmechanismen als eine Form der

2 Leipzig am 31.03.16 12,8 %. Das Wachstum in und nach 2015 wird nicht allein auf den Zugang von Geflüchteten zurückgeführt: »Leipzig wird also auch unabhängig von Flüchtlingsbewegungen zunehmend internationaler« (vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2016b: 4).

(staatlichen) Machtausübung. Aus dieser Perspektive erschienen Engagementkordinator*innen weniger als Individuen und Schlüsselfiguren, sondern vielmehr als verlängerter Arm ›staatlicher‹ Interessen. Meine Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Freiwillige diese hauptamtliche Koordination auch forderten und dass viele sich diesen durch sie koordinierten Austausch (auch mit anderen Freiwilligen) wünschten. In meinem Forschungsfeld wurde eher das Fehlen von hauptamtlicher Betreuung als Belastung, als Grenzerfahrung thematisiert. Ich habe außerdem deutlich gemacht, dass Hauptamtliche auch zu einer Vertretung von Interessen der Geflüchteten wurden und immer wieder versuchten, deren Interessen (bzw. ihre Vorstellung davon) in den Fokus ihrer Arbeit zu stellen.

8.2.2 Grenzen der Koordination von Freiwilligem Engagement

Ehrenamtskoordination wurde in Leipzig von Freiwilligen gefordert und von allen politischen Ebenen finanziell gefördert. Im vorherigen Abschnitt bin ich auf die mediatorische Rolle der Engagementkordinator*innen eingegangen. Ich habe mich der Ehrenamtskoordination aber auch unter dem Aspekt der Institutionalisierung und Bürokratisierung von bestimmten Engagementformen zugewandt.

Das Engagement musste durch sich teilweise neu implementierende Institutionen koordiniert werden. Dabei wurden effizienz-orientierte Prozesse befördert. In der zweiten Hälfte des Jahres 2016 wurde deutlich, dass das Engagement zahlenmäßig abnimmt. Für die Koordinierungsstellen, deren wirtschaftliche Existenz auf Fördermitteln basierte, die wiederum an erfolgreiche Koordinierung geknüpft sind, wurde dies zu einem Problem. Freiwilliges Engagement kann nur geregelt werden, wenn es Freiwillige gibt, die sich engagieren. Diese scheinbar triviale Feststellung hatte weitreichende praktische Implikationen. Wenn Organisationen nicht ausreichend Freiwillige finden, steigt der Druck, Anreize schaffen zu müssen, die Menschen zum Engagement bewegen sollen. Dies bindet Ressourcen und lenkt sowohl von den eigentlichen Zielen des Engagements als auch von den Förderzielen ab, wie beispielsweise der Schaffung von gemeinsamen Begegnungsorten. Wenn Freiwillige zu einer essenziellen Ressource werden, entstehen Dynamiken innerhalb der Assemblage, die die individuellen Bedürfnisse der Freiwilligen in den Mittelpunkt stellen – und nicht die der Geflüchteten.

Engagement ist, wenn es sich institutionalisieren will, von zahlreichen anderen Faktoren abhängig. Die Vorteile eines sich institutionalisierenden Engagements sind spezifisches Feld-Wissen und Eingebundenheit und Beziehungen (vgl. *State-graphy*), die politische und gesellschaftliche Felder verbinden können. Da dies gerade im Forschungsfeld von zunehmender Bedeutung ist, sollte hier gezielt nach Möglichkeiten gesucht werden, einschränkende Dynamiken zu unterbinden. Dies kann beispielsweise durch neue Förderstrategien, die den Zugang zu Förderung erleichtern, sowie durch mehr institutionelle Förderung erreicht werden. Ziel soll-

te sein, den nicht-staatlichen Raum auch langfristig politisch und wirtschaftlich zu stärken, damit die Arbeit, die darin geleistet wird, stabilere Strukturen aufbauen kann als dies im Kontext aufeinanderfolgender, kurzfristiger Abhängigkeiten etabliert werden könnte.

8.3 Über die Grenzen hinaus: Zukunftsvisionen in der Gegenwart

Die Fragen, die nun zu stellen sind, beziehen sich nicht darauf, *ob* ›zivilgesellschaftliche‹ Akteur*innen mehr und mehr sozialstaatliche Aufgaben übernehmen. Das ist ausreichend bewiesen worden, insbesondere für das Feld der Geflüchtetenhilfe. Die Aufmerksamkeit demgegenüber ist bedeutsam, ihr Fokus sollte sich jedoch darauf richten, die Bedingungen der Arbeit in diesem ›nicht-staatlichen‹ Raum zu verbessern, insbesondere dadurch, die Grenzen der politischen Felder bewusst durchlässiger zu gestalten. Ein gutes Praxisbeispiel auf der Ebene sächsischer Landespolitik ist der Erlass konkreter Handlungsempfehlungen im Zusammenhang mit dem *Zuwanderungs- und Integrationskonzept II des Freistaates Sachsen* (Köpping 2020a). In diesem Konzept werden die Handlungspotenziale der Freiwilligen als fester Bestandteil anerkennt und benennt. Gleichzeitig betont die zuständige Staatsministerin Petra Köpping, dass es eigentlich eines Integrationsgesetzes bedarf, dass die Aufgaben im Zusammenhang mit Zuwanderung steuert und koordiniert (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 10). Es ist wichtig, dass soziale Aufgaben im Kontext von Zuwanderung nicht nachrangig organisiert sind, damit Plattformen für die Bildung von Netzwerken und für Kommunikation entstehen können. Um einen gewinnbringenden Transfer dieser Handlungen zwischen Freiwilligen und politischen und institutionellen Strukturen herzustellen, braucht es eine Offenheit, sich die Probleme von Freiwilligen anzuhören, die durch rechtliche und strukturelle Grenzen entstehen. Dies ist möglich, wenn man Migration und Integration als gesellschaftlich eingebettete Felder auch insofern begreift, dass den Erfahrungen der Menschen vor Ort politische Bedeutung beigemessen wird. Die Entwicklungen in Leipzig und Sachsen deuten an, dass ein solcher Prozess 2015/2016 angestoßen worden ist.

Dazu haben die zahlreichen Freiwilligen maßgeblich beigetragen. Ich fasse damit die Agency der Individuen nicht »nur« als kreativen Umgang mit den existierenden Machtkonstellationen auf, in denen das Ehrenamt ihre einzige Chance ist. Ich verstehe ihr Engagement als Ausdruck ihrer »alternative visions of the future« (Ortner 2016: 66), als eine Ausdrucksweise von Hoffnung trotz der vor Augen geführten Ungerechtigkeiten der Welt. Diese alternativen Visionen waren wesentliche Wegweiser durch die Unerfahrenheit und das Nicht-Wissen. Sie leiteten Improvisationen und Experimentierprozesse und eröffneten somit einen Raum für utopische Visionen des Zusammenlebens.

Informelle, unkoordinierte Strategien waren essenzieller Teil des Umgangs mit der *Verwaltungskrise*. Diese waren heterogen und divers. Es wurde deutlich, dass ihre diskursive, rechtliche, politische und wirtschaftliche Einbettung aufgrund dieser Heterogenität und Informalität und Dynamik schwierig war. Mein Anliegen war, nicht diese Informalität zu problematisieren, sondern die Schwierigkeiten, die sie in den als solche kategorisierten Grenzen auslöste.

Damit schließe ich mich anthropologischen Studien über soziale Bewegungen an, die ein westlich orientiertes Modernitätsdenken herausfordern, in dem sie die Rolle von nicht-staatlichen und informellen Strukturen hervorheben (vgl. Appadurai 2016: 3) und damit Dichotomien auf einer praktischen Ebene begegnen.

»Perhaps we are now ready for an anthropology of and for resistance, which takes the diversity of images of the good life into fuller account when discussing resistance, so that it becomes a matter not just of refusal but of culturally inflected aspiration.« (ebd.: 3)

Widerstand, so wird hier deutlich, ist mehr als ein ›Dagegen‹, mehr als ein ›Nein‹ zu etwas. Widerstand ist ein ›Ja‹, und die Suche danach. Als solches kann freiwilliges Engagement nur als ein ›Ja‹ begriffen werden, wenn es vom ›Nein‹, von den engen Definitionen der Motivationen und zugeschriebenen Wirkungsräume befreit wird. Assemblagen, die DeLanda als »space of possibilities« (2006: 29) begreift, weisen auf die Chancen hin, die Handlungen und sozialen Interaktionen innehaben und dass diese sowohl verbindend als auch trennend genutzt werden können. Als jemand, die diese Chancen positiv liest, verweise ich an dieser Stelle abschließend auf Beispiele in Leipzig, die gesellschaftliche Räume neu und breiter

denken wollen, im Bereich von Wohnungspolitik³, solidarischen Gesundheitswesen⁴ und Familien- und Bildungspolitik.⁵

Die folgenden Bilder aus Leipzig (Abb. 17 und 18) zeigen sichtbare Beispiele solcher Handlungsformen. In Abbildung 17 links erkennt man ein Wandgemälde an der Hauswand des »GS1«. Es ist deutlich zu lesen: »Die Stadt von unten verändern«. Die GS1 ist ein »Haus in Selbstverwaltung« (GS1 2020) in Leipzig, Lindenau. In Abbildung 18 kann man an der Hauswand eines Hausprojektes in Leipzig, Plagwitz ein Transparent mit der Aufschrift »Räume vergesellschaften« sehen. Beide Hausgemeinschaften sind Teil der Solidarischen Wohngenossenschaft eG (SoWo), die sich 2017 in Leipzig gegründet hat (vgl. SoWo Leipzig eG 2020).

Diese Entwicklungen zeigen auf, was auch individuelle Biografien in dieser Arbeit deutlich gemacht haben: Engagementerfahrungen sind ein Lernfeld, in dem Menschen zunehmend bestehende politische Felder nutzen, oder – falls deren Konstitution im Laufe der Zeit unpassend erscheint – diese Felder neu definieren, um Mitsprachemöglichkeiten für sich zu etablieren. Je mehr Institutionen und Best-Practice Beispiele innerhalb einer Assemblage vertreten sind, desto relevanter, produktiver und legitimer werden diese Erfahrungen, Netzwerke und Handlungsräume.

Auch im Kontext anderer gesellschaftlicher Krisen, wie zum Beispiel der Klimakrise oder der Coronakrise, spielen Abschottungs- und Öffnungsaspirationen eine entscheidende Rolle. Es wird auch in diesen Krisen nicht nur inhaltlich diskutiert. Auf einer anderen Ebene steht zur Debatte, wie Politik und Gesellschaft zukünftig miteinander in Beziehung stehen sollen, um den gegenwärtigen und sich andeutenden Herausforderungen begegnen zu können. So sagte beispielswei-

-
- 3 Zum Beispiel hat sich 2017 die *Solidarische Wohngenossenschaft Leipzig eG* gegründet. Auf ihrer Internetseite fassen sie zusammen: »Wir erhalten und schaffen günstige Mietwohnungen. Wir entziehen Wohnraum dauerhaft der Spekulation. Wir ermöglichen und fördern selbstverwaltetes Wohnen. Wir setzen uns gegen Verdrängung ein und entwickeln wohnungspolitische Alternativen.« (SoWo 2020) An der Gründung sind auch Akteur*innen der »*Kontaktstelle Wohnen*« beteiligt.
 - 4 In Leipzig entsteht und wächst gerade die *Poliklinik. Solidarisches Gesundheitszentrum Leipzig e.V.* Im Selbstverständnis heißt es: »Eine zeitgemäße Gesundheitsversorgung geht [...] über den rein medizinischen Bereich hinaus. Sie umfasst sowohl Vorsorgemaßnahmen (anstelle eines lediglich kurativen Ansatzes) als auch Elemente der Gemeinwesenarbeit und sieht den/die Besucher*in stets als Individuum, aber auch in seiner oder ihrer gesellschaftlichen Position. Das Stadtteilgesundheitszentrum in Leipzig Schönefeld steht allen Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sozioökonomischen Bedingungen offen. Dabei werden sowohl eine interdisziplinäre als auch individuelle Beratung und Behandlung verfolgt« (Poliklinik 2020).
 - 5 Vgl. Interview mit der neuen Bürgermeisterin und Beigeordneten für Jugend, Schule und Demokratie Vicky Felthaus im Stadtmagazin *kreuzer* 12/2020.

Links: Abbildung 17: Beispiel aus Leipzig: »Die Stadt von unten verändern«.

Rechts: Abbildung 18: Beispiele aus Leipzig: »Räume vergesellschaften«.



Quelle: Beide Fotos aufgenommen im Oktober 2020 von Stefanie Adamitz.

se Luisa Neubauer, eine der Hauptorganisatorinnen der deutschen *Fridays for Future*-Bewegung, in einem Interview:

»Klimapolitik ist keine rein technische Frage, also zum Beispiel: Wo können wir Emissionen reduziert werden? Sondern: Welcher Politikstil kann es mit der Klimakrise aufnehmen? Klimapolitik muss an unserem Gesellschafts- und Politikverständnis ansetzen [...]. Wir müssen uns also fragen, wie wir politische Handlungsspielräume verändern können, damit die Politik Entscheidungen revidieren kann, ohne dabei demokratische Legitimation, Geld – und vor allem Zeit zu verlieren.« (Neubauer 2020)

Auch Neubauers Ausspruch »Manche Schüler verstehen die Klimakrise besser als Parlamentarier« ist ein provokantes und provozierendes Beispiel für Infragestellung der bestehenden Kodierung der »Professionellen« für die Beantwortung gesellschaftlicher Fragen. Diese empfundene Abschottung des politischen Feldes, die Luisa Neubauer beschreibt, wird deutlich in einem Ausspruch Angela Merkels bei der Vorstellung des Klimapakets der Großen Koalition im September 2019. Sie sagte dort, »Politik ist das, was möglich ist« (Birnbaum und Ismar 2019) und grenzte das Handeln der Bundesregierung explizit von Wissenschaft und den politischen

Forderungen von *Fridays for Future* ab: »Das unterscheidet Politik von Wissenschaft und auch von ungeduldigen jungen Menschen.« (Ebd.) Blickt man auf die demokratischen Potenziale, die große Teile der Zivilgesellschaft für sich beanspruchen bzw. die sie vermissen, verkennt diese Aussage Merkels die Möglichkeiten, eine partizipierende Gesellschaft in politische und gesellschaftliche Prozesse zu integrieren. Es wird deutlich, dass insbesondere auf der Ebene nationaler und globaler Politik die von Bourdieu beschriebenen Abschottungsprozesse des politischen Feldes als »Mikrokosmos« (2001: 41), mit seinen sich selbst reproduzierenden materiellen und expressiven Elementen, wirksam sind. Dabei wird aber auch deutlich, dass gerade deren Existenz Prozesse verstärkt, die andere Vorstellungen von politischen Räumen voranbringen. Wie auch die Zukunftsvisionen der Engagierten zeigen, wird das »was möglich ist« in der Praxis auch durch »Wissenschaft« und durch »ungeduldige junge Menschen« zu vielfältigen Handlungen. Sich von diesen Visionen und Ansichten abzugrenzen, wirkt wie ein vehementer Versuch, ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ getrennt zu halten. Dabei werden die Grenzen der in ›der Politik‹ formulierten Kodierungen des Möglichen zunehmend deutlicher, vor allem auf kommunaler Ebene. Es wird in den nächsten Jahren spannend und bedeutsam bleiben, die Abgrenzungs- und Öffnungsprozesse der politischen Felder angesichts der beschriebenen Entwicklungen, aber auch angesichts gegenwärtiger antidemokratischer Bewegungen und weiterer zukünftiger Krisen zu beobachten.

Personenverzeichnis

Liste der im Text genannten interviewten Personen inkl. ausgewählter biographischer Eckdaten [Stand: Oktober 2016]. Namen mit * sind Klarnamen.

Almukdad, Amin: Als Jugendlicher aus Syrien in die DDR geflüchtet und seit 1990 in Asyl- und Migrationsthemen freiwillig engagiert. Hält zahlreiche Ehrenämter inne, ist Initiator mehrerer Vereine und lokalpolitischen Prozessen. Aufgrund dessen sehr gut vernetzt in die kommunale Asyl- und Migrationspolitik und in weitere gesellschaftliche lokale Felder. Rentner.

Berger, Walter: Mitglied einer ehrenamtlichen Initiative, die Deutsch-Unterricht in einer Erstaufnahmeeinrichtung anbietet. Rentner.

Brand, Heinz: Lebt seit seiner Kindheit in Leipzig, zu DDR-Zeiten Engagement im kirchlichen Bereich, seit 1990 auch außerkirchlich aktiv gegen rechts und für Geflüchtete/Migrant*innen, großes soziales Netzwerk im Bereich lokaler ehren- und hauptamtlicher Asyl- und Migrationsfelder und sowie in den lokalen Kirchgemeinden seines Stadtviertels. Rentner.

Breitenbach, Ramon: In Leipzig geboren. Hält mehrere Ehrenämter inne u.a. als Stadtbezirksbeirat, ist aktives Partei- und Kirchenmitglied, sowie Mitglied der Stadtteilgruppe.

Cora: Ehrenamtliches Mitglied einer Kinderbetreuungsgruppe. Arabistik-Studentin.

Decker, Steffen: Johanniter-Mitarbeiter in leitender Funktion in der Ernst-Grube-Halle.

Elisa: Ehrenamtliches Mitglied einer Kinderbetreuungsgruppe. Arabistik-Studentin.

Ganske, Martin: Ehrenamtskoordinator, Kollege von Hans Wieler, koordinierte vorrangig den Deutschunterricht in einer Erstaufnahmeeinrichtung.

Giesinger, Mechthild: Bis April 2016 in der Kirchengemeinde A ehrenamtlich aktiv. Mitorganisatorin des Internationalen Kirchencafés.

Herzog, Sandra: freiberufliche Künstlerin und Pädagogin, begann 2013 u.a. mit ihr Engagement in einer Gemeinschaftsunterkunft (Kinderbetreuung), in der Folge hat sie zunehmend auch beruflich Projekte mit Geflüchteten realisiert,

verfügt über Erfahrung und Netzwerke in den künstlerischen, sozialen Bereich in der Stadt, sowie mit den jeweiligen Ansprechpersonen in den städtischen Ämtern.

Hildebrandt, Jana: Nahm regelmäßig an einem wöchentlichen Begegnungsabend mit Geflüchteten teil, der dem Austausch und Kennenlernen diene und so Initialmoment von unterschiedlichen Patenschaften werden sollte. Psychologie-Studierende.

Jäger, Moritz: Seit Oktober 2015 Mitarbeiter eines Wohlfahrtsträgers in einer Erstaufnahmeeinrichtung, außerdem regelmäßige Teilnahme an den NoLegida-Demonstrationen.

Kador-Probst, Martina:* Seit 2007 Leiterin des Sozialamtes der Stadt Leipzig. Zuvor war sie im Jugendamt der Stadt Jena Abteilungsleiterin Soziale Dienste/Wirtschaftliche Jugendhilfe und Stellvertretende Amtsleiterin. Geboren in Gräfenhainichen (Sachsen-Anhalt).

Kranz, Larissa: Mitarbeiterin eines Wohlfahrtsverbandes in einer Erstaufnahmeeinrichtung.

Krause, Julia: Seit 2016 hauptamtlich in einem Verein u.a. als Ehrenamtskoordinatorin. Arbeitete zuvor lange als Freiwillige in einem Verein, der Austausch mit Geflüchteten förderte.

Kühne, Magda: Mitarbeit in einem Verein.

Lahr, Anita: Seit November 2015 hauptamtlich bei einem Wohlfahrtsverband angestellt als ›Sozialarbeiterin‹ in einer Erstaufnahmeeinrichtung, später als Leiterin einer Gemeinschaftsunterkunft.

Lange, Sebastian: Pfarrer der Gemeinde A.

Loewe, Sara: Vertreterin einer lokalen Ortsgruppe einer Nichtregierungsorganisation, die sich ehrenamtlich für Rechtsberatung für Geflüchtete einsetzt.

Miersch, Greta: Projektleiterin am Standort Leipzig eines bundesweiten Verbandes von Migrant*innenorganisationen.

Milani, Maria: Mitglied des Migrantenbeirates, sowie eines interkulturellen Vereins.

Müller, Kirsten: Geschäftsführerin eines interkulturellen Vereins in Leipzig.

Rabe, Marina: Hauptamtliche Koordinatorin eines interkulturellen Projektes (eines Vereins) in Leipzig.

Roth, Markus: Pfarrer der Gemeinde B.

Schönberg, Klara: In der DDR aufgewachsen, arbeitet seit 2011 hauptberuflich in einem Leipziger Verein, der Freiwillige vermittelt.

Thieme, Anne: Engagiert bei NoLegida, in ihrer Kirchengemeinde, sowie in einer Erstaufnahmeeinrichtung in ihrem Viertel.

Wendt, Carolin: In der Kirchengemeinde A ehrenamtlich aktiv. Seit April 2016 Hauptorganisatorin des Internationalen Kirchencafés.

Wieler, Hans: Ehrenamtskoordinator, relevante Schlüsselfigur in der Geflüchtetenhilfe in Leipzig mit großem Netzwerk in Stadt, Gemeinden und Organisationen der Geflüchtetenhilfe.

Wittner, Kurt: Partei-, Gemeinde- und Vereinsmitglied (Stadtteilgruppe). In Leipzig geboren und aufgewachsen. Nach Studium und Arbeit in Sachsen-Anhalt seit 1997 wieder in Leipzig.

Bibliografie

- Abélès, Marc. 2006. »Globalization, Power and Survival: An Anthropological Perspective.« *Anthropological Quarterly* 79 (3): 483-508. <https://www.jstor.org/stable/4150875>.
- Abrams, Philip. 1988. »Notes on the Difficulty of Studying the State.« *Journal of historical sociology* 1 (1): 58-89. <https://doi.org/10.1111/j.1467-6443.1988.tb00004.x>.
- Ackerman, Robert M. 2007. »Verantwortung übernehmen.« *Leviathan* 35 (2): 143-177. <https://doi.org/10.1007/s11578-007-0011-9>.
- Adam, Jens und Asta Vonderau. 2014. »Formationen des Politischen: Überlegungen zu einer Anthropologie politischer Felder.« In *Formationen des Politischen: Anthropologie politischer Felder*, hrsg. v. Jens Adam und Asta Vonderau, 7-32. Bielefeld: transcript.
- Adam, Jens. 2018. »Paradoxien des A-/Politischen: Anthropologische Perspektiven auf humanitäre Hilfe und ihr Beitrag zu einer Humanitarismuskritik.« In *Dimensionen des Politischen: Ansprüche und Herausforderungen der empirischen Kulturwissenschaft*, hg. v. Johanna Rolshoven und Ingo Schneider, 305-320. Berlin: Neofelis.
- Adamitz, Stefanie. 2013. *Die Macht des Ortes: Die Ausländerbehörde Halle/Saale im Kontext nationaler Diskurse*. Magisterarbeit, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (unveröffentlicht).
- Ahrens, Petra-Angela. 2016. *Skepsis und Zuversicht: Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?*, hg. v. Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI) zur Flüchtlingssituation in Deutschland. Hannover: creo-media. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Fluechtlingsstudie_SP_PW_final.pdf (aufgerufen 08.06.2020).
- Alscher, Mareike, Dietmar Dathe, Eckhard Priller und Rudolf Speth. 2009. *Monitor Engagement: Ausgabe Nr. 1: Nationaler und Internationaler Stand der Engagementforschung*, hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Niesetal: Silber Druck oHG. <https://www.bmfsfj.de/blob/jump/94374/monitor-engagement-stand-der-engagementpolitik-data.pdf> (aufgerufen 08.04.2020).
- Amnesty Asylgruppe Leipzig. 2020. *Asylgruppe*. <https://amnesty-leipzig.de/asylgruppe/> (aufgerufen 20.09.2020).

- Aner, Kirsten und Peter Hammerschmidt. 2010. »Zivilgesellschaftliches Engagement des Bürgertums vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik.« In *Engagementpolitik: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, hg. v. Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß, 63-96. Wiesbaden: Springer VS.
- Appadurai, Arjun. 2011. »Vom Risiko des Dialogs.« In *Multikultur 2.0: Willkommen im Einwanderungsland Deutschland*, hg. v. Susanne Stemmler, 25-36. Göttingen: Wallstein.
- Appadurai, Arjun. 2013. *The future as cultural fact: Essays on the global condition*. London und New York: Verso.
- Appadurai, Arjun. 2016. »Moodswings in the anthropology of the emerging future.« *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 6 (2): 1-4. <https://doi.org/10.14318/hau6.2.002>.
- Aumüller, Jutta, Priska Daphi und Celine Biesenkamp. 2015. *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen: Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Bade, Klaus J. und Jochen Oltmer. 2004. »Migration, Ausländerbeschäftigung und Asylpolitik in der DDR.« *Bundeszentrale für politische Bildung*. www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-a/56368/migrationspolitik-in-der-ddr?p=all (aufgerufen 10.02.2020).
- Bangel, Christian. 2015. »Der Hass von Leipzig.« *Zeit-Online*, Januar 13, 2015. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/legida-demonstration-leipzig>.
- Baran, Riza. 2011. »Teilhabe schaffen: die Sicht der Migrationsbeiräte.« In *Multikultur 2.0: Willkommen im Einwanderungsland Deutschland*, hg. v. Susanne Stemmler, 238-249. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bauer, Cornelia. 2018. »Ist das Soziale politisch? Über den Zusammenhang von Freiwilligenarbeit und politischer Partizipation in der Geflüchtetenhilfe im Ruhrgebiet.« In *Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld: Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete*, hg. v. Sabrina Zajak und Ines Gottschalk, 113-122. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Bayat, Asef. 2013. *Life as politics: How ordinary people change the Middle East*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beckmann, Fabian, Fabian Hoose und Anna-Lena Schönauer. 2017. »Soziales Engagement in der Flüchtlingshilfe: Angekommen im Unbehagen.« In *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30 (3): 24-34. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0057>.
- Beckmann, Fabian, Fabian Hoose und Anna-Lena Schönauer. 2018. »Wir hatten bis jetzt auch erstaunlich wenig mit Nazis zu tun: Gesellschaftliche Stimmungen und ihre Wahrnehmung in der Flüchtlingshilfe.« In *Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld: Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete*.

- tete, hg. v. Sabrina Zajak und Ines Gottschalk, 23-51. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Berbée, Paul, Katia Gallegos Torres, César Barreto, Martin Lange und Katrin Sommerfeld. 2021. *Wir schaffen das! Zivilgesellschaftliches Engagement und die soziale Integration von Geflüchteten. Eine empirische Analyse für die Jahre 2016 bis 2019*. ZEW-Kurzexpertise Nr. 21-11, Mannheim. <https://www.zew.de/PU82981>.
- Berdahl, Daphne. 1999. *Where the World Ended: Re-Unification and Identity in the German Borderland*. Berkely u.a.: University of California Press.
- Bergem, Wolfgang 2004. »Die Vergangenheitsprägung deutscher politischer Kultur und Identität.« In *Politische Kultur in Deutschland*, hg. v. Gotthard Breit, 38-57. Schwalbach i.Ts.: Wochenschau.
- Berger, Martin. 2011. *Die autonome kirchliche Rechtsetzung zum Dienstrecht der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens: Eine vergleichende Analyse der Jahre 1945-1990 und 1991-2003*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Berking, Helmuth und Martina Löw. Hg. 2013. *Die Eigenlogik der Städte: Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Birnbaum, Robert und Georg Ismar. 2019. »Gähnen und Schämen: Wie sich die große Koalition zum Klimapaket quälte.« *Der Tagesspiegel*, September 20, 2019. <https://www.tagesspiegel.de/politik/gaehnen-und-schaemen-wie-sich-die-grosse-koalition-zum-klimapaket-quaelte/25039584.html>.
- Birnkraut, Gesa. 2003. *Ehrenamt in kulturellen Institutionen im Vergleich zwischen den USA und Deutschland*. Dissertation, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg. https://phbl-opus.phbl.de/files/1/dissertation_birnkraut.pdf (aufgerufen 15.12.2021).
- Bogumil, Jörg, Sabine Kuhlmann und Isabella Proeller. 2019. »Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise.« In *Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise*, hg. v. Jörg Bogumil, Sabine Kuhlmann und Isabella Proeller, 7-26. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Bohl, H. 2020. »Kontaktstelle Wohnen (Zusammen e.V.): Unterstütze unsere Hilfsprojekte.« *betterplace.org*. <https://www.betterplace.org/de/organisations/29401-kontaktstelle-wohnen-zusammen-e-v> (aufgerufen 27.07.2020).
- Bourdieu, Pierre. 2001. »Das politische Feld.« In *Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft*, hg. v. Pierre Bourdieu, 41-66. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre. 2014. »Vorlesung vom 18. Januar 1990.« In *Über den Staat: Vorlesungen am Collège de France 1989-1992*, hg.v. Pierre Bourdieu, 17-52. Berlin: Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner. 2010. »Die Neuerfindung des Bürgers: Soziale Bewegungen und bürgerschaftliches Engagement in der Bundesrepublik.« In *Engagementpolitik: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, hg. v. Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß, 123-152. Wiesbaden: Springer VS.

- Bruckmeier, Karl. 1993. »Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR.« In *Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern*, hg. v. Gerda Haufe und Karl Bruckmeier, 9-28. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Brenner, Neil. 2011. »The Urban Question and the Scale Question: Some Conceptual Clarifications.« In *Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants*, hg. v. Nina Glick-Schiller und Ayşe Çağlar, 23-41. Ithaca und London: Cornell University Press.
- Brumann, Christoph. 2016. »Max Planck dependence, in context.« *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 6 (1): 131-134. <https://doi.org/10.14318/hau6.1.009>.
- Bryant, Rebecca und Daniel M. Knight. 2019. *The Anthropology of the Future*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2019. *Erstverteilung der Asylsuchenden (EASYS)*. <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahren/Erstverteilung/erstverteilung-node.html> (aufgerufen 01.11.2020).
- Bundesanzeiger. 2014. *Bekanntmachung des Königsteiner Schlüssels für das Jahr 2015: Vom 1. Dezember 2014*. <https://www.bundesanzeiger.de/pub/de/suchergebnis?20> (aufgerufen 01.11.2020).
- Bundesanzeiger. 2016. *Bekanntmachung des Königsteiner Schlüssels für das Jahr 2015: Vom 16. Juni 2016*. <https://www.bundesanzeiger.de/pub/de/suchergebnis?16> (aufgerufen 01.11.2020).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat. 2020. *Startschuss für Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Gründungsfestakt in Neustrelitz*. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/06/deutsche-stiftung-ehrenamt.html> (aufgerufen 15.12.2021).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2020. *Fachkongress und Aktionstag im Programm »Menschen stärken Menschen«*. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/fachkongress-und-aktionstag-im-programm--menschen-staerken-menschen-/161372> (aufgerufen 10.12.2020).
- Calhoun, Craig. 2013. »The Idea of Emergency: Humanitarian Action and Global (Dis)Order.« In *Contemporary States of Emergency: The Politics of Military and Humanitarian Interventions*, hg. v. Didier Fassin und Mariella Pandolfi, 29-58. Brooklyn, NY: Zone Books.
- Canan, Coşkun; Naika Foroutan, Mara Simon und Albrecht Hänig. 2018. *Ostdeutschland postmigrantisch: Einstellungen der Bevölkerung Ostdeutschlands zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).
- Chamberlayne, Prue. 1992. »Focus on Volkssolidarität (VS): East Germany.« *Community Development Journal* 27 (2): 149-155. <https://www.jstor.org/stable/4425869>

- Chatterjee, Partha. 2004. *The politics of the governed: Reflections on popular politics in most of the world*. New York: Columbia University Press.
- chronik.LE. 2009. *LEIPZIGER ZUSTÄNDE – Broschüre gegen Diskriminierung in Leipzig veröffentlicht*. <https://www.chronikle.org/inhalt/leipziger-zust%C3%A4nde-brosch%C3%BCre-gegen-diskriminierung-leipzig-ver%C3%B6ffentlicht> (aufgerufen 10.11.2021).
- chronik.LE. 2014. *Leipziger Zustände Dezember 2014: Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig*. <https://www.chronikle.org/inhalt/leipziger-zustaende-2014> (aufgerufen 20.09.2020).
- chronik.LE. 2018. *Leipziger Zustände Januar 2019: Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig*. <https://www.chronikle.org/inhalt/neue-brosch%C3%BCre-leipziger-zust%C3%A4nde-2019> (aufgerufen 20.09.2020).
- Clarke, John, Janet Newman und Louise Westmarland. 2007. »Creating Citizen-Consumers? Public Service Reform and (Un)Willing Selves.« In *On Willing Selves: Neoliberal Politics and the Challenge of Neuroscience*, hg. v. Sabine Maasen und Barbara Sutter, 125-145. London: Palgrave Macmillan UK.
- Collier, J. Stephens und Aiwa Ong. 2005. *Global Assemblages: Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems*. Malden (u.a.): Blackwell Publishing Ltd.
- Collins, Peter und Anselma Gallinat. 2010. »The Ethnographic Self as a Resource: An Introduction.« In *The Ethnographic Self as a Resource: Writing Memory and Experience into Ethnography*, hg. v. Peter Collins und Anselma Gallinat, 1-22. New York und Oxford: Berghahn.
- Corsten, Michael, Michael Kauppert und Hartmut Rosa. 2008. *Quellen bürgerschaftlichen Engagements: Die biographische Entwicklung von Wir-Sinn und fokussierten Motiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Corsten, Michael und Sebastian Grümer. 2010. »Bürgerschaftliches Engagement in Ost- und Westdeutschland.« *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://m.bpb.de/system/files/pdf/EXG6KZ.pdf> (aufgerufen 30.09.2019).
- Czok, Karl. 1999. *Nikolaikirche – offen für alle: Eine Gemeinde im Zentrum der Wende*. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt GmbH.
- Das, Veena und Deborah Poole. Hg. 2004. *Anthropology in the margins of the state*. Santa Fe: School of American Research Press.
- DeLanda, Manuel. 2006. *A New Philosophy of Society: Assemblage Theory and Social Complexity*. London: Continuum.
- DeLanda, Manuel. 2016. *Assemblage Theory*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Deutscher Bundestag. 2015. *Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 12. Oktober 2015 eingegangenen Antworten der Bundesregierung*. Drucksache 18/6403. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/064/1806403.pdf> (aufgerufen 01.11.2020).
- Deleuze, Gilles und Félix Guattari. 1987. *A Thousand Plateaus*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

- Deleuze, Gilles und Claire Parnet. 2002. *Dialogues II*. New York: Columbia University Press.
- Dezeuze, Anna. 2008. »Assemblage, Bricolage, and the Practice of Everyday Life.« *Art Journal* 67 (1): 31-37. <https://doi.org/10.1080/00043249.2008.10791292>.
- DGSKA-Tagung. 2020. *DGSKA-Tagung 2021: 27.-30.09.2021 an der Universität Bremen: »Welten. Zonen. Atmosphären. Seismographien des Anthropozäns«: Call for Papers*. https://www.dgska.de/wp-content/uploads/2020/11/CfP_Tagung-2021-1.pdf (ausgerufen 10.12.2020).
- Die Linke Leipzig. 12.8.15. Die Linke Leipzig zur Unterbringung von Asylsuchenden in der Ernst-Grube-Halle. *L-IZ*, August 12, 2015. <https://www.l-iz.de/meldener/wortmelder/2015/08/die-linke-leipzig-zur-unterbringung-von-asylsuchenden-in-der-ernst-grube-halle-102264?highlight=ernst-grube-halle>.
- Dietrich, Christian und Uwe Schwabe. 1994. *Freunde und Feinde: Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989: Dokumentation*. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt GmbH.
- Dorondel, Ștefan und Mihai Popa. 2018. »Workings of the State: Administrative Lists, European Union Food Aid, and the Local Practices of Distribution in Rural Rumania.« In *Stategraphy: Toward a Relational Anthropology*, hg. v. Tatjana Thelen, Larissa Veters und Keebet von Benda-Beckmann, 124-140. New York: Berghahn Books.
- Douglas, Mary. 1991. *Wie Institutionen denken*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Doyle, Cathal M. 2019. »Indigenous Peoples' experiences of resistance, participation, and autonomy: consultation and free, prior and informed consent in Peru.« In *The prior consultation of indigenous peoples in Latin America: inside the implementation gap*, hg. v. Claire Wright und Alexandra Tomaselli, 58-74. London und New York: Routledge.
- DRK. 2018. *Das DRK: Geschichte: Von den Anfängen bis heute*. <https://www.drk.de/das-drk/geschichte/das-drk-von-den-anfaengen-bis-heute/?page=1897-1898> (aufgerufen 01.12.2018).
- Dubois, Vincent 2010. *The Bureaucrat and the Poor: Encounters in French welfare offices*. Farnham: Ashgate Publishing Limited.
- Dubois, Vincent. 2018. »The State, Legal Rigor, and the Poor: The Daily Practice of Welfare Control.« In *Stategraphy: Toward a Relational Anthropology*, hg. v. Tatjana Thelen, Larissa Veters und Keebet von Benda-Beckmann, 38-55. New York: Berghahn Books.
- Dudenredaktion. o.J. »Ehrenamt« auf Duden online. <https://www.duden.de/recht-schreibung/Ehrenamt> (aufgerufen 15.12.2021).
- DWDS. 2021a. DWDS-Wortverlaufskurve für »Ehrenamt«, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache. <https://www.dwds.de/r/plot/?view=1&corpus=zeitungenxl&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=o&g>

- rand=1&slice=1&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1946%3A2021&q1=Ehrenamt (aufgerufen am 17.12.2021).
- DWDS. 2021b. DWDS-Wortverlaufskurve für »Ehrenamt«, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache. <https://www.dwds.de/r/plot/?view=1&corpus=dt%2Bdwds&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=10&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1600%3A1999&q1=Ehrenamt> (aufgerufen 17.12.2021).
- van Dyk, Sylke und Elène Misbach. 2016. »Zur politischen Ökonomie des Helfens: Flüchtlingspolitik und Engagement im flexiblen Kapitalismus.« *Prokla* 46 (183): 205-227. <https://doi.org/10.32387/prokla.v46i183.109>.
- van Dyk, Sylke und Tine Haubner. 2019. »Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats.« In *Sozialstaat unter Zugzwang?*, hg. v. A. Doris Baumgartner und Beat Fux, 259-279. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22444-8_12.
- Eichler, Jessika. 2019. *Reconciling indigenous people's individual and collective rights: participation, prior consultation and self-determination in Latin America*. Abingdon: Routledge.
- Ellermann, Antje. 2009. *States Against Migrants: Deportation in Germany and the United States*. Cambridge und New York: Cambridge University Press.
- Emerson, Robert M., Rachel I. Fretz und Linda L. Shaw. 1995. *Writing Ethnographic Fieldnotes*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Engler, Fabian. 2020. »Islam und Deutschland: Das strittige Gemeinsame im politischen Dialog der Deutschen Islam Konferenz.« Dissertation, Universitätsbibliothek der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).
- Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages. 2002. *Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Erk, Daniel, Parvin Sadigh und Sascha Venohr. 2015. »Wir schaffen das, immer noch!« *Zeit*, Dezember 10, 2015. <https://www.zeit.de/2015/50/fluechtlingen-helfen-umfrage-weiteres-engagement>.
- Eule, Tobias G. 2014. *Inside Immigration Law: Migration Management and Policy Application in Germany*. Farnham: Ashgate Publishing Limited.
- Evcimen, Dominik. 2019. *Die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland in Zeiten der Flüchtlingskrise: Wie wirkt bürgerschaftliches Engagement aufaktuelle Debatten um politische Partizipation?* München: GRIN.
- Evers, Adalbert und Thomas Olk. 2002. »Bürgerengagement im Sozialstaat: Randphänomen oder Kernproblem?« *Aus Politik und Zeitgeschichte 9: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements*, 6-14. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/apuz/27064/buergerengagement-im-sozialstaat?p=all> (aufgerufen 01.11.2020).

- Evers, Adalbert und Anna W. Klie. 2018. »Flüchtlinge und Engagement.« In *Engagement und Zivilgesellschaft: Bürgergesellschaft und Demokratie*, hg. v. Thomas Klie und Anna W. Klie, 513-546. Wiesbaden: Springer VS.
- Farías, Ignacio. 2014. »Die Improvisation einer Politik: Katastrophenbewältigung, neoliberale Experimente und die Grenzen ökonomischen Wissens.« In *Formationen des Politischen: Anthropologie politischer Felder*, hg. v. Jens Adam und Asta Vonderau, 153-182. Bielefeld: transcript.
- Fassin, Didier und Mariella Pandolfi. 2013. »Introduction.« In *Contemporary States of Emergency: The Politics of Military and Humanitarian Interventions*, hg. v. Didier Fassin und Mariella Pandolfi, 9-25. Brooklyn/NY: Zone Books.
- Federici, Silvia. 2013. »Ursprüngliche Akkumulation, Globalisierung und Reproduktion.« In *Die globale Einhegung: Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus*, hg. v. Maria Backhouse, Olaf Gerlach, Stefan Kalmring und Andreas Nowak, 40-52. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ferguson, James und Akhil Gupta. 2002. »Spatializing States: Toward an Ethnography of Neoliberal Governmentality.« *American Ethnologist* 29 (4): 981-1002. <https://doi.org/10.1525/ae.2002.29.4.981>.
- Fitschen, Klaus. 2010. »Säkulares Reformationsland? Kirche, Religion und Gesellschaft in Sachsen.« In *Sachsen seit der Friedlichen Revolution: Tradition, Wandel, Perspektiven*, hg. v. Konstantin Hermann, 199-209. Dresden/Beucha und Markkleeberg: Sax-Verlag.
- Fleischmann, Larissa und Elias Steinhilper. 2017. »The Myth of Apolitical Volunteering for Refugees: German Welcome Culture and a New Dispositif of Helping.« *Social Inclusion* 5 (3): 17-27. <http://dx.doi.org/10.17645/si.v5i3.945>.
- Fleischmann, Larissa. 2019. »Making Volunteering with Refugees Governable: The Contested Role of ›Civil Society‹ in the German Welcome Culture.« *Social Inclusion* 7 (2): 64-73. <http://dx.doi.org/10.17645/si.v7i2.1979>.
- Fleischmann, Larissa. 2020. *Contested Solidarity: Practices of Refugee Support between Humanitarian Help and Political Activism*. Bielefeld: transcript.
- Flick, Uwe. 1995. *Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Fliedner, Ortlieb. 2017. *Kommunen in Staat und Gesellschaft*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Forbess, Alice und Deborah James. 2018. »Acts of Assistance: Navigating the Interstices of the British State with the Help of Non-profit Legal Advisers.« In *Stategraphy: Toward a Relational Anthropology*, hg. v. Tatjana Thelen, Larissa Veters und Keebet von Benda-Beckmann, 73-89. New York: Berghahn Books.
- Foroutan, Naika. 2020. »Fluchtmigration und Aushandlungsprozesse in der postmigrantischen Gesellschaft.« *Keynote auf der 3. Konferenz des Netzwerks Fluchtfor-*
schung, September 19, 2020. <https://www.youtube.com/watch?v=tbSv6CznR4Y&t=11s> (aufgerufen 07.11.2020).

- Forum Bürgerstadt o.J. www.forum-buergerstadt-leipzig.de/ (aufgerufen 01.11.2020).
- Forum Bürgerstadt 11.04.2016. *Ergebnisprotokoll*. <http://docplayer.org/27951904-Ergebnisprotokoll-forum-buergerstadt-leipzig-leipzig-zeit-16-30-19-30-uhr.html> (aufgerufen 01.11.2020).
- Foucault, Michel. 1978. *Dispositive der Macht: Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel. 2006. *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Geschichte der Gouvernementalität I: Vorlesungen am Collège de France 1977/1978*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2008 [1979]. »4 April 1979.« In *The Birth of Biopolitics: Lectures at the Collège de France 1978-79*, hg. v. Michel Senellart, 291-316. New York: Palgrave Macmillan.
- Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Sächsischen Landtag. 19.08.15. »Die Ehrenamtlichen und Freiwilligen erledigen die humanitäre Arbeit, für die eigentlich der Freistaat die Hauptverantwortung trägt.« *L-IZ*, August 19, 2015. <https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2015/08/die-ehrenamtlichen-und-freiwilligen-erledigen-die-humanitaere-arbeit-fuer-die-eigentlich-der-freistaat-die-hauptverantwortung-traegt-103060?highlight=ernst-grube-halle>.
- Franzen, Axel und Katrin Botzen. 2011. »Vereine in Deutschland und ihr Beitrag zum Wohlstand der Regionen.« *Soziale Welt* 62 (4): 391-413. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Freitag, Michael. 15.08.15a. »Von der Leipziger Hilfsbereitschaft überrollt: Johanniter bitten um Zurückhaltung an der Grube-Halle.« *L-IZ*, August 15, 2015. <https://www.l-iz.de/politik/brennpunkt/2015/08/von-der-leipziger-hilfsbereitschaft-ueberrollt-johanniter-bitten-um-zurueckhaltung-an-der-grube-halle-102672?highlight=ernst-grube-halle>.
- Freitag, Michael. 15.08.15b. »Notaufnahme Grube-Halle: Erste Aktionen Leipziger Bürger angelaufen.« *L-IZ*, August 15, 2015. <https://www.l-iz.de/politik/brennpunkt/2015/08/notaufnahme-grube-halle-erste-aktionen-der-leipziger-buerger-angelaufen-102709?highlight=ernst-grube-halle>.
- Freiwilligen-Agentur Leipzig. 2020. *Unsere Vereinsgeschichte*. <https://www.freiwilligen-agentur-leipzig.de/unsere-historie> (aufgerufen 01.11.2020).
- Freiwilligen-Agentur Leipzig. 2021. *Warum engagieren?* <https://freiwilligen-agentur-leipzig.de/warum-engagieren/> (aufgerufen 15.12.2021).
- Gabriel, Karl. 2015. »Kirchen zwischen Institution und Bewegung.« *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2015 (1): 18-28.
- Gabriel, Oscar W. 18.05.2020. »Partizipation im Wandel«. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/308683/partizipation-im-wandel> (aufgerufen 11.10.2021).
- Gajdar, Arkadij P. 1973. *Timur und sein Trupp*. Berlin: Kinderbuchverlag.

- Gaus, Günter. 1986. *Wo Deutschland liegt: Eine Ortsbestimmung*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Geier, Wolfgang und Joachim Schlesinger. 1996. *Gemeinschaften (Vereine) in Leipzig*. Münster: LIT.
- Geertz, Clifford. 1993. *Die künstlichen Wilden. Der Anthropologe als Schriftsteller*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Glick-Schiller, Nina und Ayşe Çağlar. 2009. »Towards a Comparative Theory of Locality in Migration Studies: Migrant Incorporation and City Scale.« *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35 (2): 177-202. <https://doi.org/10.1080/13691830802586179>.
- Glick-Schiller, Nina und Ayşe Çağlar. 2011a. »Introduction: Migrants and Cities.« In *Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants*, hg. v. Nina Glick-Schiller und Ayşe Çağlar, 1-19. Ithaca und London: Cornell University Press.
- Glick-Schiller, Nina und Ayşe Çağlar. 2011b. »Wider die Autonomie der Migration: Eine globale Perspektive auf migrantische Handlungsmacht.« *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* 5 (2): 147-150. <https://doi.org/10.14361/zfk.2011.0216>.
- Glorius, Birgit. 2017. »Unterstützungsbedarf von Geflüchteten und die Rolle des Ehrenamtes: Das Beispiel der Stadt Leipzig.« In *Chemnitzer Beiträge zur Human-geographie online* 4. https://www.tu-chemnitz.de/phil/iesg/professuren/geographie/Publikationen/ChHG/ChHG_online_4_2017.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Grabolle, Roman. 2015. »Sach- und Geldspenden für Geflüchtete und andere Bedürftige.« *Magistralenmanagement Georg-Schwarz-Straße*. https://www.georg-schwarz-strasse.de/aktuelles/aktuelles/2/1138/Sach_und_Geldspenden_fuer_Gefuechtete_und_andere_Bedueftige.htm (aufgerufen 26.02.2020).
- Graeber, David. 2016. *Bürokratie: Die Utopie der Regeln*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- GS1. 2020. *GS1 – Haus in Selbstverwaltung*. <https://gseins.noblogs.org/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Hamann, Ulrike und Serhat Karakayali. 2016. »Practicing Willkommenskultur: Migration and Solidarity in Germany.« *Intersections: East European Journal of Society and Politics* 2 (4): 69-86. <https://doi.org/10.17356/ieejsp.v2i4.296>.
- Hamann, Ulrike, Serhat Karakayali, Mira Wallis und Leif Jannis Höfler. 2016. *Koordinierungsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen: Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hanewinkel, Vera und Jochen Oltmer. 2017. »Flucht und Asyl in Deutschland.« *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/256276/flucht-und-asyl> (aufgerufen 01.11.2020).
- Hann, Chris. 2002. »Abschied vom sozialistischen ›Andern‹.« In *Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive*, hg. v. Chris Hann, 11-26. Frankfurt a.M.: Campus.

- Hann, Chris. 2018. Civil Society. *The International Encyclopedia for Anthropology*. John Wiley & Sons. <https://doi.org/10.1002/9781118924396.wbiea1499>.
- Hannerz, Ulf 2003. »Being there... and there... and there! Reflections on Multi-Sited Ethnography« *Ethnography* 4(2): 201-216. <https://doi.org/10.1177%2F14661381030042003>.
- Hannerz, Ulf 2006. »Studying Down, Up, Sideways, Through, Backwards, Forwards, Away and at Home: Reflections on the Field Worries of an Expansive Discipline« In *Locating the Field. Space, Place and Context in Anthropology*, hg. v. Simon Coleman und Peter Collins, 23-42. London: Bloomsbury Academic.
- Haraway, Donna. 2018. *Unruhig bleiben: Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag GmbH.
- Harmsen, Andrea. 1999. *Globalisierung und lokale Kultur: Eine ethnologische Betrachtung*. Hamburg: LIT.
- Heckmann, Friedrich. 2012. »Willkommenskultur: Was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden.« *Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen. Europäisches Forum für Migrationsstudien (emfs)*. www.efms.uni-bamberg.de/pdf/efms%20paper%202012_7.pdf (aufgerufen 30.07.2020).
- Heckmann, Friedrich. 2015. *Integration von Migranten: Einwanderung und neue Nationenbildung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hediger, Xenia 2015. *Die Motivation zur Freiwilligen Flüchtlingshilfe in Freiburg i.Br.*. Masterarbeit, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. <https://doi.org/10.6094/UNIFR/10860>.
- Heinrich-Böll-Stiftung 2018. *Bürgerbeteiligung in Leipzig*. https://kommunalwki.boell.de/index.php/B%C3%BCrgerbeteiligung_in_Leipzig (aufgerufen 01.11.2020).
- Herbst, Andreas, Daniel Küchenmeister und Jürgen Winkler. 2002. »Übersicht weiterer Organisationen, Verbände und Vereine in der DDR.« In *Die Parteien und Organisationen der DDR: Ein Handbuch*, hg. v. Gerd-Rüdiger Stephan, Andreas Herbst, Christiane Krauss, Daniel Küchenmeister und Detlef Nakath, 789-846. Berlin: Karl Dietz Verlag GmbH.
- Hermann, Konstantin 2010. »Die Rolle der Kirchen bei der Wiederbegründung des Freistaates.« In *Sachsen seit der Friedlichen Revolution: Tradition, Wandel, Perspektiven*, hg. v. Konstantin Hermann, 210-216. Dresden/Beucha und Markkleeberg: Sax-Verlag.
- Hess, Sabine und Vassilis Tsianos. 2004. »Killing me softly?«: »Festung Europa« oder Grenzregime als soziales Kräfteverhältnis? Europäisierung der Migrations- und Grenzpolitiken.« *Vortrag bei der Heinrich Böll Stiftung Hessen e.V. in Frankfurt a.M. am 7.12.2004*. https://www.hbs-hessen.de/archivseite/pol/Hess23_03-05.pdf (aufgerufen 01.11.2020).

- Hess, Sabine Hess und Vassilis Tsianos. 2010. »Ethnographische Grenzregimeanalysen: Eine Methodologie der Autonomie der Migration.« In *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, hg. v. Sabine Hess und Bernd Kasperek, 243-264. Berlin und Hamburg: Assoziation A.
- Hess, Sabine und Bernd Kasperek. Hg. 2010. *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin und Hamburg: Assoziation A.
- Hess, Sabine, Bernd Kasperek, Stefanie Kron, Mathias Rodatz, Mario Schwertl und Simon Sontowski. 2016. »Der lange Sommer der Migration: Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes.« In *Der lange Sommer der Migration: Grenzregime III*, hg. v. Sabine Hess, Bernd Kasperek, Stefanie Kron, Mathias Rodatz, Mario Schwertl und Simon Sontowski, 6-24. Berlin und Hamburg: Assoziation A.
- Hinger, Sophie, Philipp Schäfer und Andreas Pott. 2016. »The Local Production of Asylum.« *Journal of Refugee Studies* 29 (4): 440-463. <https://doi.org/10.1093/jrs/fevo29>.
- Hinger, Sophie und Philipp Schäfer. 2019. »Making a difference: The accommodation of refugees in Leipzig and Osnabrück.« *Erdkunde* 73 (1): 63-76. <https://doi.org/10.3112/erdkunde.2019.01.06>.
- Holinski, Katrin. 2015. »Ihr macht das schon...«: Zur Abgrenzung von qualifizierter hauptamtlicher Flüchtlingssozialarbeit und ehrenamtlicher Arbeit im Bereich Flucht und Asyl in Sachsen.« *Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen*. [https://weiterdenken.de/de/2015/10/01/zur-abgrenzung-von-qualifizierte-r-hauptamtlicher-fluechtlingssozialarbeit-und-\(aufgerufen-01.11.2020\)](https://weiterdenken.de/de/2015/10/01/zur-abgrenzung-von-qualifizierte-r-hauptamtlicher-fluechtlingssozialarbeit-und-(aufgerufen-01.11.2020))
- Hollstein, Bettina. 2017. »Das Ehrenamt. Theorie und Empirie bürgerschaftlichen Engagements.« *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/245597/das-ehrenamt-empirie-und-theorie-des-buergerschaftlichen-engagements/?p=all> (21.09.2017).
- Humphrey, Caroline. 2002. »Ist ›postsozialistisch‹ noch eine brauchbare Kategorie?« In *Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive*, hg. v. Chris Hann, 26-31. Frankfurt a.M.: Campus.
- Informationsverbund Asyl & Migration. o.J. *Dublin-III-Verordnung (604/2013)*. <http://www.asyl.net/recht/gesetzestexte/asylrecht/dublin-iii-verordnung/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Institut für Demoskopie Allensbach. 2017. »Engagement in der Flüchtlingshilfe: Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach.« *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. <https://www.bmfsfj.de/blob/jump/122010/engagement-in-der-fluechtlingshilfe-data.pdf> (aufgerufen 10.09.2020).
- Jacobsen, Jannes, Philipp Eisnecker und Jürgen Schupp. 2017. »Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendet 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen.« *DIW-Wochenbericht* 84 (17):

- 347-358. www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.556679.de/17-17-1.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Jaffe, Rivke. 2018. »Cities and the political imagination.« *The Sociological Review* 66 (6): 1097-1110. <https://doi.org/10.1177/0038026118769832>.
- Jaffe, Rivke und Martijn Koster. 2019. »The myth of formality in the global North: Informality-as-innovation in Dutch governance.« *International Journal of Urban and Regional Research* 43 (3): 563-568. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12706>.
- Jakob, Gisela. 2010. »Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Engagementförderung in den Kommunen.« In *Engagementpolitik: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, hg. v. Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß, 233-259. Wiesbaden: Springer VS.
- Jänicke, Christin und Benjamin Paul-Siewert. 2020. *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland: Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- de Jong, Sara und Ilker Ataç. 2017. »Demand and deliver: Refugee support organisations in Austria.« *Social Inclusion* 5 (3): 28-37. <https://doi.org/10.17645/si.v5i3.1003>.
- Jung, Burkhard. 19.08.15. *Oberbürgermeister Burkhard Jung: Wir brauchen verlässliche Absprachen für die Unterbringung von Flüchtlingen – Ehemalige Kinderklinik wäre geeignete Unterkunft*. <https://www.leipzig.de/news/news/oberbuergemeister-burkhard-jung-wir-brauchen-verlaessliche-absprachen/> (aufgerufen 05.12.2018).
- Jung, Shaw-Wu. 2013. »Locating law and governance on unstable ground: An ethnography of events after a disaster in Taiwan.« *Ethnography* 14 (1): 25-45. <https://doi.org/10.1177/1466138112440982>.
- Kaase, Max. 2000. »Politische Beteiligung/Politische Partizipation.« In *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, hg. v. Uwe Andersen und Wichard Woyke, 473-478. Wiesbaden: Springer VS.
- Karakayali, Serhat und Vassilis Tsianos. 2005. »Mapping the Order of New Migration: Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration.« *Peripherie* 25 (97/98): 35-65.
- Karakayali, Serhat. 2016. *Willkommensgesellschaft stärken: Handlungsempfehlungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit*. Heinrich-Böll-Stiftung. <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-06-boell-brief-willkommensgesellschaft.pdf>. (aufgerufen 01.11.2020).
- Karakayali, Serhat. 2017. »Infra-Politik« der Willkommensgesellschaft.« *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30 (3): 16-24. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0056>.
- Karakayali, Serhat und J. Olaf Kleist. 2015. *EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland: 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

- Karakayali, Serhat und J. Olaf Kleist. 2016. *EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.
- Karakayali, Serhat. 2018. *Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete in Deutschland: State-of-Research Papier 09: Verbundprojekt ›Flucht: Forschung und Transfer*. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück und Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC).
- Karakayali, Serhat, Ulrike Hamann, Mira Wallis, Leif J. Höfler, Susanna Jorek, Mareike Heller. 2018. *Fördermittel in der Flüchtlingshilfe: Was gebraucht wird – was ankommt*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).
- Katastrophenschutz Leipzig o.J. Katastrophenschutz. <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/sicherheit-und-ordnung/katastrophenschutz/> (aufgerufen 05.12.2018).
- Kay, Rebecca. 2018. »Relationships, Practices, and Images of the Local State in Rural Russia.« In *Stategraphy. Toward a Relational Anthropology*, hg. v. Tatjana Thelen, Larissa Vetter und Keebet von Benda-Beckmann, 56-72. New York: Berghahn Books.
- Kiepenheuer-Drechsler, Barbara. 2013. *Vielfalt plus Zusammenhalt: Eine ethnologische Perspektive auf die Praxis Berliner Integrationspolitik*. Bielefeld: transcript.
- Klein, Ansgar. 2004. »Engagementpolitik und Engagementförderung in Deutschland. Das ›Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement‹ (BBE).« In *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft: ein Gesellschaftsmodell der Zukunft?*; hg.v. Beate Rosenzweig und Ulrich Eith, 31-45. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Kleist, Olaf J. 2015. »Über Flucht forschen: Herausforderungen der Flüchtlingsforschung.« *Peripherie* 138/139 (35): 150-169. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kleist, J. Olaf, Marcus Engler, Benjamin Etzold, Katja Mielke, Jochen Oltmer, Andreas Pott, Conrad Schetter, Lars Wirkus. 2019. »Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme.« *Abschlussbericht, Verbundprojekt ›Flucht: Forschung und Transfer*. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück/Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). <https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2015/06/FFT-Abschlussbericht-WEB.pdf> (aufgerufen 01.11.2020).
- Klie, Thomas, Anna W. Klie und Silke Marzluff. 2016. *Zweiter Engagementbericht 2016: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

- Klößner, Jennifer. 2016. *Freiwillige Arbeit in gemeinnützigen Vereinen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Knapp, Eva-Marie. 2017. »Einfach nur ein bisschen helfen«: Wahrnehmung und Gestaltung von Begegnung in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe.« Masterarbeit, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. <https://doi.org/10.6094/UNIFR/14016>.
- Knoblauch, Hubert. 2001. »Fokussierte Ethnographie: Soziologie, Ethnologie und die neue Welle der Ethnographie.« In *Sozialer Sinn* 2 (1): 123-141.
- Kommunalforum Sachsen. 2017. *Freiwillige, Pflicht- und Weisungsaufgaben der Kommunen in Sachsen*. <https://www.kommunalforum-sachsen.de/wp-content/uploads/2017/10/Freiwillige-Pflicht-und-Weisungsaufgaben-der-Kommunen-in-Sachsen.pdf> (aufgerufen 01.11.2020).
- Köhler, Hermann und Ossama Hegazy. 2015. »Toleranz für Muslima und Muslime in Leipzig? Selbstwahrnehmung und Realität.« In *Leipzig: Die neue urbane Ordnung der unsichtbaren Stadt*, hg. v. Frank Eckhardt, René Seyfarth und Franziska Werner, 179-198. Münster: UNRAST.
- Köpping, Petra. 2020a. *Das Zuwanderungs- und Integrationskonzept II des Freistaates Sachsen*. <https://www.zik.sachsen.de/das-zik-ii-4142.html> (aufgerufen 20.09.2020).
- Köpping, Petra. 2020b. *Die fünf Kernbotschaften des ZIK II*. <https://www.zik.sachsen.de/die-fuenf-kernbotschaften-des-zik-ii-4147.html> (aufgerufen 20.09.2020).
- Koselleck, Reinhart. 1989. *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Koster, Martijn. 2014. »Bridging the Gap in the Dutch Participation Society: New Spaces of Governance, Brokers, and Informal Politics.« *Etnofoor* 26 (2): 49-64. <https://www.jstor.org/stable/43264059>.
- Koster, Martijn. 2019. »Assembling formal and informal urban governance: Political brokerage in Recife, Brazil.« *Anthropologica* 61 (1): 25-34.
- Koster, Martijn und Yves van Leynseele. 2018. »Brokers as assemblers: Studying development through the lens of brokerage.« *Journal of Anthropology* 83 (5): 803-813. <https://doi.org/10.1080/00141844.2017.1362451>.
- KOWID (Das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V.). 2020. *Querschnittsforschung – Kommunalfinanzen*. <https://kowitz.de/querschnittsforschung-kommunalfinanzen/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Kreuzer online. 10.3.21. »Migrantenbeirat: Eine Frage der Repräsentation. Das Wahlverfahren des Migrantenbeirats überzeugt nicht alle Fraktionen.« *kreuzer online*, März 10, 2021. <https://kreuzer-leipzig.de/2021/03/10/migrantenbeirat-eine-frage-der-repraesentation> (aufgerufen 16.12.2021).
- Landesdirektion Sachsen 12.8.15. »Landesdirektion Sachsen schafft Asyl-Notunterkunft in der Ernst-Grube-Halle.« *L-IZ*, Dezember 12, 2018. <https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2015/08/landesdirektion-sachsen-schafft->

- asyl-notunterkunft-in-der-ernst-grube-halle-102270?highlight=ernst-grube-halle.
- Landström, Catharina. 2020. *Environmental Participation: Practices engaging the public with science and governance*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Lattka, Ernst-Günter. 2002. »Volkssolidarität (VS).« In *Die Parteien und Organisationen der DDR: Ein Handbuch*, hg. v. Gerd-Rüdiger Stephan, Andreas Herbst, Christiane Krauss, Daniel Küchenmeister und Detlef Nakath, 741-761. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Leif, Thomas. 2004. »Weiches Thema – Weiche Politik? Warum die Engagement-Politik in Deutschland im Schatten steht.« In *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft: ein Gesellschaftsmodell der Zukunft?*; hg.v. Beate Rosenzweig und Ulrich Eith, 46-55. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Leifsen, Esben. 2018. *New mechanisms of participation in extractive governance: between technologies of governance and resistance work*. London: Routledge.
- Lindquist, Johan. 2015. »Brokers and Brokerage, Anthropology of.« *International Encyclopedia of Social and Behavioral Science* 2: 1-14. Amsterdam: Elsevier. https://www.academia.edu/8730880/Brokers_and_Brokerage_Anthropology_of.
- Lipsky, Michael. 1980. *Street Level Bureaucracy: Dilemmas of the Individual in Public Services*. New York: Russell Sage Foundation.
- Loch, René. 12.08.15. »Leipzig nimmt weitere Flüchtlinge aus der Zeltstadt Dresden in der Ernst-Grube-Halle auf.« *L-IZ*, August 12, 2015. <https://www.l-iz.de/politik/brennpunkt/2015/08/leipzig-nimmt-weitere-fluechtlinge-aus-der-zeltstadt-dresden-in-der-ernst-grube-halle-auf-102296?highlight=ernst-grube-halle> (aufgerufen 01.11.2020).
- Loch, René. 18.08.15. »StuRa-Infoveranstaltung: Die Unterstützung für Geflüchtete nimmt kein Ende.« *L-IZ*, August 18, 2015. <https://www.l-iz.de/politik/engagement/2015/08/stura-infoveranstaltung-die-unterstuetzung-fuer-gefluechtete-nimmt-kein-ende-103172?highlight=ernst-grube-halle>.
- Locke, Stefan. 2017. »Sächsische Wut. Pegida: Über Ursachen und Entwicklung einer sehr sächsischen Bewegung« In *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen*; hg. v. Heike Kleffner und Matthias Meisner, 35-47. Berlin: Christoph Links Verlag GmbH.
- LVZ. 2013. »Unterbringung von Asylbewerbern in Leipzig: Offener Brief kritisiert Stadt heftig.« *LVZ*, April 3, 2013. <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Unterbringung-von-Asylbewerbern-in-Leipzig-Offener-Brief-kritisiert-Stadt-heftig>.
- LVZ. 15.11.13. »Blutige Schweineköpfe auf Leipziger Moschee-Areal: OBM entsetzt, Ahmadiyya unbeeindruckt.« *LVZ*, November 15, 2013. <https://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Blutige-Schweinekoepfe-auf-Leipziger-Moschee-Areal-OBM-entsetzt-Ahmadiyya-unbeeindruckt>.
- LVZ. 30.01.14. »Asylbewerberheim in Hoyerswerda eröffnet – unklar, wann erste Flüchtlinge kommen.« *LVZ*, Januar 30, 2014. <https://www.lvz.de/Region/Mitte>

- Deutschland/Asylbewerberheim-in-Hoyerswerda-eroeffnet-unklar-wann-erste-Fluechtlinge-kommen.
- LVZ. 11.08.14. »Erste Asylbewerber werden Anfang September in Oschatz erwartet.« *LVZ*, August 11, 2014. <https://www.lvz.de/Region/Oschatz/Ab-August-werden-die-ersten-Asylbewerber-Am-Zeugamt-in-Oschatz-erwartet>.
- LVZ. 18.09.14. »12.000 Asylsuchende in Sachsen: Vielzahl von Flüchtlingen bereitet Kommunen Probleme.« *LVZ*, September 18, 2014. <https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/12.000-Asylsuchende-in-Sachsen-Vielzahl-von-Fluechtlingen-bereitet-Kommunen-Probleme>.
- LVZ. 15.08.15. »Erste Flüchtlinge in der Leipziger Grube-Halle angekommen.« *LVZ*, August 15, 2015. www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Erste-Fluechtlinge-in-der-Leipziger-Grube-Halle-angekommen.
- LVZ. 16.08.15a. »Ehrenamtler im Flüchtlingsasyl Grube-Halle brauchen Unterstützung.« *LVZ*, August 16, 2015. www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Ehrenamtler-im-Fluechtlingsasyl-Grube-Halle-brauchen-Unterstuetzung.
- LVZ. 16.08.15b. »Flüchtlinge in der Grube-Halle: Ministerin kündigt Verbesserungen an.« *LVZ*, August 16, 2015. www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Fluechtlinge-in-der-Grube-Halle-Ministerin-kuendigt-Verbesserungen-an.
- LVZ. 19.08.15. »Leipzigs Oberbürgermeister Jung: Ex-Kinderklinik geeigneter für Flüchtlinge.« *LVZ*, August 19, 2015. www.lvz.de/Leipzig/Stadtpolitik/Leipzigs-Oberbuergermeister-Jung-Ex-Kinderklinik-geeigneter-fuer-Fluechtlinge.
- LVZ. 20.08.15. »Leipzigs OBM Jung besucht Grube-Halle und attackiert Freistaat.« *LVZ*, August 20, 2015. www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Leipzigs-OBM-Jung-besucht-Grube-Halle-und-attackiert-Freistaat.
- LVZ. 24.08.15. »Weiter keine hauptamtliche Lösung für Leipzigs Grube-Halle.« *LVZ*, August 24, 2015. www.lvz.de/Thema/Specials/Fluechtlinge-in-Leipzig/Weiter-keine-hauptamtliche-Loesung-fuer-Leipzigs-Grube-Halle.
- LVZ. 12.09.15. »Straßenbahnhof Leipzig-Leutzsch wird Spenden-Sammelstelle.« *LVZ*, September 12, 2015. <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Strassenbahnhof-Leipzig-Leutzsch-wird-Spenden-Sammelstelle>.
- Marko, Joseph. 2019. »Against marginalisation: the right to effective participation.« In *Human and minority rights protection by multiple diversity governance*, hg. v. Joseph Marko und Sergiu Constantin, 340-395. London und New York: Routledge.
- Markus, George E. und Erkan Saka. 2006. »Assemblage.« *Theory, Culture & Society* 23 (2-3): 101-106. <https://doi.org/10.1177/0263276406062573>.
- Maser, Peter. 2018. *Niemals voll in das Regime integriert: Kirchen in der DDR*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.
- Matthäus, Sandra. 2016. »Neue Perspektiven auf »den Osten« jenseits von Verurteilung und Verklärung: Eine Einleitung.« In *Der Osten: Neue sozialwissenschaftliche*

- Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung*, hg. v. Sandra Matthäus und Daniel Kubiak, 1-15. Wiesbaden: Springer VS.
- Mau, Steffen. 2019. *Lütten Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- McFarlane, Colin. 2011. »Assemblage and critical urbanism.« *City: Analysis of Urban Trends, Culture, Theory, Policy, Action* 15 (2): 204-224. <https://doi.org/10.1080/13604813.2011.568715>.
- McFarlane, Colin. 2012. »Rethinking Informality: Politics, Crisis, and the City.« *Planning Theory & Practice* 13 (1): 89-108. <https://doi.org/10.1080/14649357.2012.649951>.
- Medinetz Leipzig. 2020. »Hintergrund.« www.medinetz-leipzig.de/index.php?id=11 (aufgerufen 20.09.2020).
- Meding, Ruth. 2017. »Infobus.« In *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*, hg. v. Schiffauer, Werner, Anne Eilert und Marlene Rudloff, 95-97. Bielefeld: transcript.
- Mesovic, Bernd. 2017. »Staatliche Unkultur: Wie der Staat der Willkommenskultur Grenzen setzt.« In *Tag des Flüchtlings*, hg. v. Pro Asyl. https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/PRO_ASYL_Tag_des_Fluechtlings_broschuere_mai2017.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Meyer, Bernhard. 2002. »Deutsches Rotes Kreuz (DRK).« In *Die Parteien und Organisationen der DDR: Ein Handbuch*, hg. v. Gerd-Rüdiger Stephan, Andreas Herbst, Christiane Krauss, Daniel Küchenmeister und Detlef Nakath, 701-718. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Migdal, Joel S. und Klaus Schlichte. 2005. »Rethinking the State.« In *The Dynamics of States: The Formation and Crisis of State Domination*, hg. v. Klaus Schlichte, 1-40. Aldershot: Ashgate Publishing Limited.
- Migrantenbeirat der Stadt Leipzig. 2009. *Geschäftsordnung für den Migrantenbeirat der Stadt Leipzig*. https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig.de/Stadt/02_1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/18_Ref_Migration_und_Integration/Migrantenbeirat/201012_Geschaeftsordnung_Migrantenbeirat_Leipzig_aktuelle_Fassung.pdf (aufgerufen 16.01.2018).
- Mitchell, Timothy. 1991. »The Limits of the State: Beyond Statist Approaches and Their Critics.« *The American Political Science Review* 85(1): 77-96. <https://doi.org/10.1017/S0003055400271451>.
- Monforte, Pierre. 2019. »The participation, mobilization and political representation of migrants in Europe.« In *The Routledge handbook of the politics of migration in Europe*, hg. v. Agnieszka Weinar, Saskia Bonjour and Lyubov Zhyznomirska, 126-136. London und New York: Routledge.
- Moulier Boutang, Yann. 1998. *De l'esclavage au salariat: Economie historique du salariat bridé*. Paris: Presses Universitaires de France.

- Müller, Andreas. 2013. *Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland: Working Paper 55 der Forschungsgruppe des Bundesamtes*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Müller, Doreen. 2010. *Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen: Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens*. Göttingen: Universitätsverlag.
- Murray Li, Tania. 2007. »Practices of Assemblage and Community Forest Management.« *Economy and Society* 36 (2): 263-293. <https://doi.org/10.1080/03085140701254308>.
- Mutz, Gerd, Rosário Costa-Schott, Ines Hammer, Georgine Layritz, Claudia Lexhaller, Michaela Mayer, Tatiana Poryadina, Sonja Ragus und Lisa Wolff. 2015. *Engagement für Flüchtlinge in München: Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss*. München: Hochschule für angewandte Wissenschaften und munich institute of social sciences (miss).
- Mutz, Gerd und Lisa Wolff 2018. »Besonderheiten des freiwilligen Engagements für geflüchtete Menschen.« In *Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld: Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete*, hg. v. Ines Gottschalk und Sabrina Zajak, 53-76. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Nagel, Alexander-Kenneth. 2019. »Religiöse Akteure in der Flüchtlingshilfe: Positionierung, Mobilisierung, Kooperation.« *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 3: 283-305. <https://doi.org/10.1007/s41682-019-00041-w>.
- Nagel, Alexander-Kenneth und Yasemin El-Menouar. 2017. *Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Nagel, Alexander-Kenneth und Yasemin El-Menouar. 2019. »Religiöse Hintergründe der Flüchtlingshilfe.« In *Flucht und Migration in Europa. Politik und Religion*, hg. v. Oliver Hidalgo und Gert Pickel, 251-278. Wiesbaden: Springer VS.
- Nagel, Juliane. 02.01.15. *Licht und Schatten: Zum aktuellen Stand der (dezentralen) Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig*. <http://jule.linxxnet.de/index.php/2015/01/zum-aktuellen-stand-der-dezentralen-unterbringung-von-gefuechteten-in-leipzig/> (aufgerufen 27.07.2015).
- Nagel, Juliane. 13.08.15. *Juliane Nagel (Linke): Erstaufnahme-Interim in Leipzig überstürzt am Landtag vorbei geschaffen*. <https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2015/08/juliane-nagel-linke-erstaufnahme-interim-in-leipzig-ueberstuerzt-am-landtag-vorbei-geschaffen-102403?highlight=ernst-grube-halle> (aufgerufen 05.12.2018).
- Nagel, Juliane. 31.10.18. *Der Migrantenbeirat soll (in)direkt gewählt werden!* <https://jule.linxxnet.de/der-migrantenbeirat-soll-indirekt-gewaehlt-werden/> (aufgerufen 11.07.2020).

- Nanz, Patrizia und Miriam Fritsche. 2012. *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Neubauer, Luisa. 2020. »Manche Schüler verstehen die Klimakrise besser als Parlamentarier.« Interview von Sara Tomšić. *Zeit Campus*, November 10, 2020. <https://www.zeit.de/campus/2020-11/luisa-neubauer-fridays-for-future-klimakrise-aktivismus-podcast>.
- Neumann, Alexandra. 2020. »Kommunale Beiräte für Migration und Integration: Migrantische Mitgestaltung der Lokalpolitik am Beispiel des Leipziger Migrantenbeirates.« In *Neue Koalitionen – alte Probleme: Lokale Entscheidungsprozesse im Wandel*, hg. v. Björn Egner und Detlef Sack, 199-226. Wiesbaden: Springer VS.
- Neumann, Daniela. 2016. *Das Ehrenamt nutzen: Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland*. Bielefeld: transcript.
- Neumann, Lothar F. und Klaus Schaper. 1998. *Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland: Gegenwart und Zukunft*. Frankfurt a.M.: Campus.
- de Nève, Dorothee und Tina Olteanu. 2013. »Politische Partizipation jenseits der Konventionen.« In *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*, hg. v. Dorothee de Nève und Tina Olteanu, 11-28. Berlin und Toronto: Budrich.
- Obinger, Herbert und Klaus Petersen. 2019. »Die historische Entwicklung des Wohlfahrtsstaates: Von den Anfängen bis zum Ende des Goldenen Zeitalters.« In *Handbuch Sozialpolitik*, hg. v. Herbert Obinger und Manfred G. Schmidt, 9-32. Wiesbaden: Springer VS.
- Obinger, Herbert. 2019. »Sozio-ökonomische Theorie des Wohlfahrtsstaates.« In *Handbuch Sozialpolitik*, hg. v. Herbert Obinger und Manfred G. Schmidt, 97-116. Wiesbaden: Springer VS.
- Ortner, Sherry B. 2016. »Dark anthropology and its others: Theory since the eighties.« *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 6 (1), 47-73. <https://doi.org/10.14318/ha.16.1.004>.
- Osterhammel, Jürgen. 2012. »1800-1850.« In *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 315/2012, 4-29.
- Paley, Julia. 2001. »The Paradox of Participation: Civil Society and Democracy in Chile.« *Political and Legal Anthropology Review* 24 (1): 1-12.
- Paley, Julia. 2002. »Toward an Anthropology of Democracy.« *Annual Review of Anthropology* 31: 469-496.
- Peperoncini e.V. 2020. *Konzept*. <https://www.kleinrotbissig.org/konzept/> (aufgerufen 20.09.2020).
- Pfundmair, Michaela, Eva Lerner und Dieter Frey. 2017. »Willkommen in Deutschland – Motivationen der Flüchtlingshilfe und deren Folgen« *The Inquisitive Mind* (2). <http://de.in-mind.org/article/willkommen-in-deutschland-motivationen-der-fluechtlingshilfe-und-deren-folgen> (aufgerufen 01.11.2020).
- Philipps, Axel und Dieter Rink. 2009. »Leipzig: Zuwanderung und Integrationspolitik in einer schrumpfenden Stadt.« In *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderung*

- derungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*, hg. v. Frank Gesemann und Roland Roth, 399-413. Wiesbaden: Springer VS.
- Pilati, Katia. 2019. »Participation of Migrants in European cities: Patterns of Civic and Political Engagement.« In *The Routledge handbook of the governance and diversity in cities*, hg. v. Tiziana Caponio, Peter Scholten and Ricard Zapata-Barrero, 77-92. London und New York: Routledge.
- Polat, Yasmin und Pascal Müller 2017. »Machtmissbrauch in Unterkünften: Sie suchten Schutz.« *taz*, November 12, 2017. <https://taz.de/Machtmissbrauch-in-Unterkuenften/!5460056/>.
- Poliklinik. 2020. *Selbstverständnis (kurz)*. https://www.poliklinik-leipzig.org/ueberuns/selbstverstaendnis_kurz/ (aufgerufen 13.12.2020).
- Priemer, Jana und Mara Schmidt. 2019. *Flüchtlingshilfe in der organisierten Zivilgesellschaft: Zentrale Befunde aus dem ZiviZ-Survey 2017*. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2019/6_2019/FWS_6_19_Priemer_Schmidt.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Puppe, Sebastian. 2018. »Gedenktafel für ermordeten Kamal K. in Leipzig wurde rekonstruiert.« *LVZ*, April 25, 2018. <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Gedenktafel-fuer-ermordeten-Kamal-K.-in-Leipzig-wurde-rekonstruiert>.
- Rabinow, Paul. 2004. *Anthropologie der Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Raulien, Andrea. 2015. »Leipzigs Ausländerbeauftragter Stojan Gugutschkow blickt auf 25 Dienstjahre im Leipziger Rathaus zurück.« *LVZ*, Mai 18, 2015. <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Leipzigs-Auslaenderbeauftragter-Stojan-Gugutschkow-blickt-auf-25-Dienstjahre-im-Leipziger-Rathaus-zurueck>.
- Read, Rosie. 2018. »Images of Care, Boundaries of the State: Volunteering and Civil Society in Czech Health Care.« In *Stategraphy: Toward a Relational Anthropology*, hg. v. Tatjana Thelen, Larissa Veters und Keebet von Benda-Beckmann, 90-106. New York: Berghahn Books.
- Rees, Tobias und Carlo Caduff. 2004. »Einleitung: Anthropolos plus Logos: Zum Projekt einer Anthropologie der Vernunft.« In *Anthropologie der Vernunft*, hg.v. Paul Rabinow, 7-28. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Refugee Law Clinic Leipzig e.V. o.J. *RLCL e.V.* <https://rlcl.de/de-verein> (aufgerufen 20.09.2020).
- Reker, Anika. 2016. »Ich brauche Hilfe, denn ich möchte helfen – und wenn möglich, direkt bei mir um die Ecke.« *kreuzer Leipzig*, Januar 2016. Ahrensfeld/Blumberg: Möller Druck und Verlag GmbH, 18-20.
- Ringel, Felix 2016. »Neue Gegenwärtigkeiten in Hoyerswerda: Zur Anthropologie und Zukunft Ostdeutschlands.« In *Der Osten: Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung*, hg. v. Sandra Matthäus und Daniel Kubiak, 141-168. Wiesbaden: Springer VS.

- Rolshoven, Johanna. 2018. »Dimensionen des Politischen: Eine Rückholaktion.« In *Dimensionen des Politischen: Ansprüche und Herausforderungen der empirischen Kulturwissenschaft*, hg. v. Johanna Rolshoven und Ingo Schneider, 15-34. Berlin: Neofelis.
- Rose, Kurt. 1964. *Die Kirche und die soziale Frage im 19. und 20. Jh.* Dortmund: W. Crüwell.
- Roth, Roland 2001. »Besonderheiten des Bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern.« *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39: 15-22. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Ritter, Gerhard A. 1996. *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland: Beiträge zur Geschichte des 19. Und 20. Jahrhundert.* München: C.H. Beck.
- Sächsische Aufbaubank. 2020. *Nachhaltige soziale Stadtentwicklung.* <https://www.sab.sachsen.de/f%C3%B6rderprogramme/sie-ben%C3%B6tigen-unterst%C3%B6tzung-bei-sozialen-f%C3%B6rderthemen/nachhaltige-soziale-stadtentwicklung.jsp> (aufgerufen 10.12.2020).
- Sächsische Gemeindeordnung. 2020. *Sächsische Gemeindeordnung.* <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/2754-Saechsische-Gemeindeordnung> (aufgerufen 11.07.2020).
- Sächsische Staatskanzlei. 2015a. *Asylbewerber und Flüchtlinge in Sachsen. Fakten und Hintergrundinformationen. Januar 2015.* www.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/Asyl-Fakten-Hintergrund_08012015.pdf (aufgerufen 09.07.2015).
- Sächsische Staatskanzlei 2015b. *Asylbewerber und Flüchtlinge in Sachsen. Fakten und Hintergrundinformationen. August 2015.* https://www.sachsen.de/assets/Asylbewerber_und_Fluechtlinge_im_Freistaat_Sachsen_Stand_August_2015_2.pdf (aufgerufen 10.10.2020).
- Sächsische Staatskanzlei. 2020a. *REVOSax Landesrecht Sachsen: Normenhistorie.* https://www.revosax.sachsen.de/law_versions/40445/impacts (aufgerufen 10.12.2020).
- Sächsische Staatskanzlei. 2020b. *Willkommen in Sachsen: Förderung von Integrationsprojekten.* <https://www.willkommen.sachsen.de/28417.htm> (aufgerufen 10.12.2020).
- Sächsisches Ministerium des Innern. 2015. *Sicherheitsrahmenkonzept für Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat Sachsen.* https://www.asylinfo.sachsen.de/download/asyl/2016_Sicherheitsrahmenkonzept_EAE.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. 2020. *Über das WOS.* <https://www.weltoffenes.sachsen.de/ueber-das-wos.html> (aufgerufen 10.12.2020).
- Sachße, Christoph. 2003. »Subsidiarität: Leitmaxime deutsche Wohlfahrtsstaatlichkeit.« In *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe: Historische und aktuelle Diskurse*, hg. v. Stephan Lessenich, 191-212. Frankfurt a.M.: Campus.

- Sauer, Madeleine und Judith Vey. 2019. »Herausforderungen der sozialräumlichen Integration Geflüchteter in ländlichen Räumen (Ost-)Deutschlands.« In *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen: Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*, hg. v. Nicole Burzan, http://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2018/article/download/1166/1250 (aufgerufen 01.11.2020).
- Schäfer, Claire Kim. 2009. *Corporate Volunteering und professionelles Freiwilligenmanagement: Eine organisationssoziologische Betrachtung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schammann, Hannes. 2020. »Kommunen in der Pflicht? Fluchtzuwanderung als Innovationsmotor für kommunale Integrationspolitik.« *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70 (30-32): 45-52. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schammann, Hannes und Boris Kühn. 2017. *Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf> (aufgerufen 30.06.2020).
- Schammann, Hannes, Petra Bendel, Sandra Müller, Franziska Ziegler und Tobias Wittchen. 2020. »Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land.« Stuttgart: Robert Bosch Stiftung. <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/zwei-welten-integrationspolitik-stadt-und-land> (aufgerufen 01.11.2020).
- Scheller, Gitta. 2002. »Individualisierungs-Prozesse in den neuen Bundesländern: Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven.« *Aus Politik und Zeitgeschichte* (37-38): 23-29. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/apuz/26729/individualisierungs-prozesse-in-den-neuen-bundeslaendern?p=all> (aufgerufen 01.11.2020).
- Scheller, Gitta. 2005. *Die Wende als Individualisierungsschub? Umfang, Richtung und Verlauf des Individualisierungsprozesses in Ostdeutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schiffauer, Werner. 2017. »Einleitung: Eine neue Bürgerbewegung.« In *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*, hg. v. Werner Schiffauer, Anne Eilert und Marlene Rudloff, 13-34. Bielefeld: transcript.
- Schiffauer, Werner, Anne Eilert und Marlene Rudloff. Hg. 2017. *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*. Bielefeld: transcript.
- Schlegel, Thomas. 2020. *Die Kirche im Osten tickt anders – immer noch*. <http://www.jesus.de/die-kirche-im-osten-tickt-anders-immer-noch/> (aufgerufen 10.07.2020).
- Schmid, Sophia. 2020. »The anti-racist potential of care – political dimensions of women's engagement in voluntary refugee support work in Germany« *Journal of Gender Studies* 29 (2): 174-186. <https://doi.org/10.1080/09589236.2019.1629886>.
- Schröder, Richard. 2011. »Die Revolution in der DDR: Der Ruf nach Freiheit und die Einheit.« In *Jahre des Umbruchs: Friedliche Revolution in der DDR und Transiti-*

- on in Ostmitteleuropa, hg. v. Clemens Vollhals, 19-31. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH.
- Schwingel, Markus. 1995. *Pierre Bourdieu zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Seyfarth, René. 2015. »Mein Leipzig lob' ich mir« – Leipzig diskursiv.« In *Leipzig: Die neue urbane Ordnung der unsichtbaren Stadt*, hg. v. Frank Eckhardt, René Seyfarth und Franziska Werner, 35-71. Münster: UNRAST.
- Shore, Chris und Susan Wright. Hg. 1997. *Anthropology of Policy: Critical Perspectives on Governance and Power*. Abingdon: Routledge.
- Shore, Chris und Susan Wright. Hg. 2011. »Conceptualising Policy: Technologies of Governance and the Politics of Visibility.« In *Policy Worlds: Anthropology and the Analysis of Contemporary Power*, hg. v. Chris Shore, Susan Wright und Davide Però, 1-25. New York und Oxford: Berghahn Books.
- Sökefeld, Martin. 2002. »Feld ohne Ferne – Reflexionen über ethnologische Forschung ›zu Hause‹ – in Hamburg, zum Beispiel.« *Ethnoscripts* 4 (1): 82-96. <http://doi.org/10.5282/ubm/epub.22317>.
- Sozialamt Leipzig. 2012. *Konzept ›Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz‹*. www.qm-gruenau.de/download/1338972401_Konzept_zur_Asylobewerberunterbringung_-_Entwurf.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Sozialamt Leipzig. 2013. *Fortschreibung des Konzeptes ›Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz‹*. [https://eris.leipzig.de/appl/laura/wp5/kaiso2.nsf/docid/7006B06775D44E99C1257C360042987F/\\$FILE/V-ds-3368-text.pdf](https://eris.leipzig.de/appl/laura/wp5/kaiso2.nsf/docid/7006B06775D44E99C1257C360042987F/$FILE/V-ds-3368-text.pdf) (aufgerufen 01.11.2020).
- SoWo Leipzig eG. 2020. *Über uns*. <https://sowo-eg.org/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Speth, Rudolf und Elke Becker. 2016. *Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen*. Berlin: Maecenata Institut.
- Srivinas, M. N. 1998. »Studying One's Own Culture. Some Thoughts.« In *Village, Caste, Gender and Method: Essays in Indian Social Anthropology*, hg. v. ders., 198-214. New Delhi: Oxford University Press.
- Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. 2018a. »*Zuwanderung und Integration gut gestalten – Zusammenhalt leben: Zuwanderungs- und Integrationskonzept II des Freistaates Sachsen*«. https://www.zik.sachsen.de/download/ZIKII_Langbroschuere_barrierefrei_NEU_klein.pdf (aufgerufen 20.09.2020).
- Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. 2018b. »*Zuwanderung und Integration gut gestalten – Zusammenhalt leben: Zuwanderungs- und Integrationskonzept II des Freistaates Sachsen: Umsetzungsplan für einen weltoffenen und zukunftsorientierten Freistaat Sachsen*«. <https://www.zik.sachsen.de/download/BFZIKIUMsetzungsplan20190331.pdf> (aufgerufen 20.09.2020).
- Stadt Leipzig. 2000. *Reihenfolge der Eingemeindungen (Stand: Mai 2000)*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/10.9_Stadtarchiv/Eingemeindungsdaten.pdf (aufgerufen 20.09.19).

- Stadt Leipzig. 2012. *Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/18_Ref_Migration_und_Integration/Allgemein_ReMI/Gesamtkonzept-zur-Integration-der-Migrantinnen-und-Migranten-in-Leipzig_2012.pdf (aufgerufen 01.11.2020) [Hg. von: Der Oberbürgermeister und Referat für Migration und Integration (beide Stadt Leipzig). Hier aus Lesbarkeitsgründen des Kurzzitats im Text auf »Stadt Leipzig« verkürzt].
- Stadt Leipzig. 2015. *Wohnungspolitisches Konzept der Stadt Leipzig: Fortschreibung 2015*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Leipzig_weiter_denken/Wohnen/Wohnungspolitisches_Konzept.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig. 2018. *Der Migrantenbeirat der Stadt Leipzig*. <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/stadtrat/fachbeiraete/migrantenbeirat/> (aufgerufen 16.01.2018).
- Stadt Leipzig. 2020a. *Vielfalt leben: Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten: Fortschreibung*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/18_Ref_Migration_und_Integration/Gesamtkonzept_zur_Integration/Broschure_VIELFALT_LEBEN.pdf (aufgerufen 01.11.2020). [Hg. von: Der Oberbürgermeister, Dezernat Allgemeine Verwaltung und Referat für Migration und Integration (alle Stadt Leipzig). Hier aus Lesbarkeitsgründen des Kurzzitats im Text auf »Stadt Leipzig« verkürzt].
- Stadt Leipzig. 2020b. *Förderung interkultureller Projekte in Leipzig*. <https://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/auslaender-und-migranten/migration-und-integration/interkulturelles-leipzig/informationen-fuer-vereine/> (aufgerufen 05.10.2020).
- Stadt Leipzig. 2020c. *Neues Verfahren zur Wahl des Migrantenbeirates*. <https://www.leipzig.de/news/news/neues-verfahren-zur-wahl-des-migrantenbeirates/> (aufgerufen 11.07.20).
- Stadt Leipzig. 2020d. *Bevölkerungsbestand*. <https://statistik.leipzig.de/statcity/table.aspx?cat=2&rub=1&obj=0> (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig. 2020e. *Förderung interkultureller Projekte in Leipzig*. <https://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/auslaender-und-migranten/migration-und-integration/interkulturelles-leipzig/informationen-fuer-vereine/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig. 2020f. *Festlicher Empfang für ehrenamtlich Tätige*. <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/unsere-stadt/auszeichnungen-und-ehrungen/empfang-ehrenamt/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig. 2020g. *Ehrenamt: Zukunfts- oder Auslaufmodell?* <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/>

- leipzig-weiter-denken/beteiligen/engagement-in-leipzig, letzter Zugriff am 26.07.2020.
- Stadt Leipzig, 2020h. *Kommunale Bürgerumfrage 2020 – häufige Fragen und Antworten*. <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/buergerumfrage/buergerumfrage-haeufige-fragen-und-antworten/>, letzter Zugriff am 16.09.2021.
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2015a. *Kommunale Bürgerumfrage 2014: Ergebnisbericht*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Buergerumfrage2014.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2015b. *Lebensbedingungen in Leipzig seit der Wiedervereinigung*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Lebensbedingungen_in_Leipzig_seit_der_Wiedervereinigung.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2016a. *Kommunale Bürgerumfrage 2015: Ergebnisbericht*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Buergerumfrage2015.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2016b. *Migrantenbefragung 2016: Ergebnisbericht*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Migrantenbefragung2016.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2017. *Kommunale Bürgerumfrage 2016: Ergebnisbericht*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Buergerumfrage2016.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2018. *Kommunale Bürgerumfrage 2017: Ergebnisbericht*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Buergerumfrage2017.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen. 2019. *Kommunale Bürgerumfrage 2018: Ergebnisbericht*. https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Buergerumfrage_2018_Ergebnisbericht.pdf (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Migrantenbeirat. 2012. 1. *Tätigkeitsbericht des Migrantenbeirates der Stadt Leipzig*. https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dezi_Allgemeine_Verwaltung/18_Ref_Migration_und_Integration/Migrantenbeirat/Taetigkeitsbericht_2012_Migrantenbeirat_Stadt_Leipzig.pdf (aufgerufen 16.01.2018).

- Stadt Leipzig, Migrantenbeirat. 2014. 2. *Tätigkeitsbericht des Migrantenbeirates der Stadt Leipzig*. https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/18_Ref_Migration_und_Integration/Migrantenbeirat/2._Taeigkeitsbericht_des_Migrantenbeirates_der_Stadt_Leipzig.pdf (aufgerufen 16.01.2018).
- Stadt Leipzig, Migrantenbeirat. 2017. 3. *Tätigkeitsbericht des Migrantenbeirates der Stadt Leipzig für den Zeitraum 01.04.2014 – 31.12.2016*. https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/18_Ref_Migration_und_Integration/Migrantenbeirat/3-Tatigkeitsbericht-Migrantenbeirat-der-Stadt-Leipzig.pdf (aufgerufen 16.01.2018).
- Stadt Leipzig, Migrantenhilfe. 2020. *Migrantenhilfe – Sozialamt*. <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/aemter-und-behoerdengaenge/behorden-und-dienstleistungen/dienststelle/sachgebiet-migrantenhilfe-5026/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration. 2014. *Daten und Fakten zur Präsenz von Musliminnen und Muslimen in Leipzig, zu Grundsätzen der Religionsausübung und zum interreligiösen Dialog*. <https://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/auslaender-und-migranten/migration-und-integration/interkulturelles-leipzig/muslime-in-leipzig/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration. 2020. *Einrichtung eines Sprach- und Integrationsmittlungsdienstes für die Gesamtverwaltung Leipzig*. <https://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/auslaender-und-migranten/migration-und-integration/sprach-und-integrationsmittlung/> (aufgerufen 01.11.2020).
- Steets, Silke. 2008. *Wir sind die Stadt! Kulturelle Netzwerke und die Konstitution städtischer Räume in Leipzig*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Steinhilper, Elias und Larissa Fleischmann. 2016. »Die Ambivalenzen eines neuen Dispositivs der Hilfe: zur Rolle der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen seit dem langen Sommer der Migration.« In *Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit*, hg. v. Albert Scherr und Gökçen Yüksel, 60-72. Lahnstein: neue praxis.
- Stemmler, Susanne. 2011. »Jenseits des Multikulturalismus: Visionen eines post-ethnischen Deutschlands.« In *Multikultur 2.0: Willkommen im Einwanderungsland Deutschland*, hg. v. dies., 9-22. Göttingen: Wallstein.
- Stephan, Gerd-Rüdiger, Andreas Herbst, Christiane Krauss, Daniel Küchenmeister und Detlef Nakath. Hg. 2002. *Die Parteien und Organisationen der DDR: Ein Handbuch*. Berlin: Karl Dietz Verlag GmbH.
- Stiehr, Karin und Nina Stiehr. 2016. *Potentiale von Geflüchteten anerkennen: Soziale Integration durch Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und Selbstorganisation*. integral-online.de/images/koordinierungsstelle/studie_be_fluechtlinge.pdf (aufgerufen 03.03.2020).

- Stiftung Bürger für Leipzig. 2018a. *Stiftung Bürger für Leipzig – Netzwerktreffen und Podiumsdiskussion 18.06.2018: Podiumsdiskussion*. www.forum-buergerstadt-leipzig.de/de/protokolle.asp(aufgerufen 26.07.2020). [»Die Texte wurden auf Grundlage der mitgeschnittenen Audiodatei niedergeschrieben« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 1). Link unter dem Titel »Mitschrift Flurgespräche«].
- Stiftung Bürger für Leipzig. 2018b. *Stiftung Bürger für Leipzig – Netzwerktreffen und Podiumsdiskussion 18.06.2018: Podiumsdiskussion*. www.forum-buergerstadt-leipzig.de/de/protokolle.asp (aufgerufen 26.07.2020). [Link unter dem Titel »Podiumsdiskussion«].
- Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2015. *Ehrenamt und Wohlfahrtspflege früher und heute*. Wiesbaden: Eduversum GmbH. www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/pdf_1500.pdf (aufgerufen 09.11.2017).
- Stoop, David C. 2012. »Mosque Debates in Germany: Between Democratic Participation and Social Exclusion.« In *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska XIX* (2): 35-49.
- Stovel, Katherine und Lynette Shaw. 2012. »Brokerage.« *Annual Review of Sociology* 38: 139-158. <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-081309-150054>.
- Strachwitz, Rupert Graf. 2015. »Kirchen auf dem Weg in die Zivilgesellschaft.« *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2015 (1): 28-38.
- Student_InnenRat Leipzig. 16.08.15. *Ernst-Grube-Halle: Informations- und Aktionsveranstaltung bezüglich der Unterbringung von geflüchteten Menschen in der Ernst-Grube-Halle/Campus Jahnallee*. <https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2015/08/ernst-grube-halle-informations-und-aktionsveranstaltung-bezueglich-der-unterbringung-von-gefluechteten-menschen-in-der-ernst-grube-halle-campus-jahnallee-102787?highlight=ernst-grube-halle> (aufgerufen 05.12.2018).
- Sutter, Ove. 2017. »»Welcome!« The emotional politics of voluntary work with refugees.« In *Journal of European Ethnology and Cultural Analysis* 2 (1): 5-25.
- Sutter, Ove. 2018. »Lokale Formierungen des Alltagsverstands in der »Willkommenskultur.«« In *Dimensionen des Politischen: Ansprüche und Herausforderungen der empirischen Kulturwissenschaft*, hg. v. Johanna Rolshoven und Ingo Schneider, 164-179. Berlin: Neofelis.
- Sutter, Ove. 2019. »Narratives of »Welcome Culture«: The Cultural Politics of Voluntary Aid for Refugees.« In *Narrative Culture* 6 (1): 19-43.
- Taniguchi, Hiromi. 2012. »The determinants of formal and informal volunteering: Evidence from the American Time Use Survey.« In *Voluntas* 23: 920-939.
- Thelen, Tatjana, Larissa Veters und Keebet von Benda-Beckmann. 2018. »Introduction: Stategraphy: Relational Modes, Boundary Work and Embeddedness.« In *Stategraphy: Toward a Relational Anthropology*, hg. v. Tatjana Thelen, Larissa Veters und Keebet von Benda-Beckmann, 1-19. New York: Berghahn Books.

- UNHCR. 2020. *Refugee Population Statistics Database*. <https://www.unhcr.org/refugee-statistics/> (aufgerufen am 21.09.2020).
- Vasilache, Andreas. 2014. »Einleitung: Gouvernamentalität, Staat und internationale Politik.« In *Gouvernamentalität, Staat und Weltgesellschaft: Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault*, hg. v. Andreas Vasilache, 1-17. Wiesbaden: Springer VS.
- Verdery, Katherine. 1996. *What was Socialism and what comes next?* Princeton/New Jersey: Princeton University Press.
- Vermeulen, Floris. 2019. »The paradox of immigrant political participation in Europe amidst crises of multiculturalism.« In *The Oxford handbook of migration crises*, hg. v. Cecilia Menjivar, Marie Ruiz and Immanuel Ness, 801-815. New York: Oxford University Press.
- Vetters, Larissa. 2018. »Contingent Statehood: Clientelism and Civic Engagement as Relational Modalities in Contemporary Bosnia and Herzegovina.« In *Stategraphy: Toward a Relational Anthropology*, hg. v. Tatjana Thelen, Larissa Vetters und Keebet von Benda-Beckmann, 20-37. New York: Berghahn Books.
- Vey, Judith. 2018. »Zwischen Empowerment, Lückenbüßerei und neoliberaler Aktivierung des Selbst?! Ehrenamtliches Engagement und Regelversorgung in der bundesdeutschen Flüchtlingsversorgung.« In *Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld: Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete*, hg. v. Ines Gottschalk und Sabrina Zajak, 77-97. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Vey, Judith und Madelaine Sauer. 2017. »Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe: Zum Verhältnis von Willkommensinitiativen, staatlicher Regelversorgung und Geflüchteten in Brandenburg.« *Geschlossene Gesellschaften* 38. http://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/582 (aufgerufen 10.03.2019).
- Veyder-Malberg, Thyra. 2014a. »Erschreckende Reaktionen«. Sozialdezernent Thomas Fabian über die Unterbringung von Flüchtlingen in Leipzig«. *kreuzer Leipzig*. Ahrensfeld/Blumberg: Möller Druck und Verlag GmbH. <https://kreuzer-leipzig.de/2014/01/22/erschreckende-reaktionen/> (aufgerufen 20.10.2021).
- Veyder-Malberg, Thyra. 2014b. »Der Hass der Mitte«. *kreuzer Leipzig*, Januar 2014. Ahrensfeld/Blumberg: Möller Druck und Verlag GmbH. <https://kreuzer-leipzig.de/2014/01/22/der-hass-der-mitte/> (aufgerufen 20.10.2021).
- Vonderau, Asta. 2010. *Leben im ›neuen Europa‹: Konsum, Lebensstile und Körpertechniken im Postsozialismus*. Bielefeld: transcript.
- Vorlage des Stadtrates. 2016. *Vorlage – VI-DS-03572*. <https://ratsinfo.leipzig.de/bi/v0020.asp?VOLFDNR=1005558> (aufgerufen 10.12.2020).
- Vorlage des Stadtrates. 2018. *Vorlage – VI-DS-06063*. <https://ratsinfo.leipzig.de/bi/v0020.asp?VOLFDNR=1010184> (aufgerufen 10.12.2020).

- Vorlage des Stadtrates. 2020. *Vorlage VI-DS-06063-DS-01-NF-03*. <https://ratsinfo.leipzig.de/bi/voo20.asp?VOLFDNR=1017074> (aufgerufen 10.12.2020).
- Weber, Max. 2005. *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Frankfurt a.M.: Melzer.
- Weber, Klaus. 2010. »Transformation der öffentlichen Verwaltung.« In *Sachsen seit der Friedlichen Revolution: Tradition, Wandel, Perspektiven*, hg. v. Konstantin Hermann, 19-102. Dresden/Beucha und Markkleeberg: Sax-Verlag.
- Weik, Elke und Rainhart Lang. Hg. 2003. *Moderne Organisationstheorien 2: Strukturorientierte Ansätze*. Wiesbaden: Gabler GmbH.
- Welters, Dominic und Matthias Puppe. 2015. »Nach Brandanschlag: Stötteritzer planen Willkommen für Flüchtlinge.« *LVZ*, 27. August 2015. <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Nach-Brandanschlag-Stoetteritzer-planen-Willkommen-fuer-Fluechtlinge>.
- Welz, Gisela. 2009. »Sighting/Siting globalization«. Gegenstandskonstruktionen und Feldbegriff einer ethnographischen Globalisierungsforschung« In *Kultur-Forschung. Zum Profil einer volkskundlichen Kulturwissenschaft*, hg. v. Sonja Windmüller, Beate Binder und Thomas Hengartner, 195-210. Münster: LIT-Verlag.
- Wendel, Kay. 2014. *Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland: Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich*. Frankfurt a.M.: Förderverein Pro-Asyl.
- Wilcke, Holger und Laura Lambert. 2015. »Die Politik des O-Platzes: (Un-)Sichtbare Kämpfe einer Geflüchtetenbewegung.« *movements: Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2). <http://movements-journal.org/issue/s/02.kaempfe/06.wilcke,lambert-oplatz-kaempfe-gefluechtete-bewegung.html>.
- Wilkens, Uta, Rainhart Lang und Ingo Winkler. 2003. »Institutionensoziologische Ansätze.« In *Moderne Organisationstheorien 2: Strukturorientierte Ansätze*, hg. v. Elke Weik und Reinhart Lang, 189-242. Wiesbaden: Gabler GmbH.
- Wimmer, Jeffrey, Cornelia Wallner, Rainer Winter und Karoline Oelsner. 2018. »Introduction.« In *(Mis)understanding Political Participation: Digital Practices, New Forms of Participation and the Renewal of Democracy*, hg. v. Jeffrey Wimmer, Cornelia Wallner, Rainer Winter und Karoline Oelsner, 2-13. New York und Oxon: Taylor & Francis.
- Wright, Susan. Hg. 1994. *Anthropology of Organizations*. London: Routledge.
- Wright, Susan und Sue Reinhold. 2011. »Studying through: A Strategy for Studying Political Transformation: Or Sex, Lies and British Politics.« In *Policy Worlds: Anthropology and the Analysis of Contemporary Power*, hg. v. Susan Wright, Chris Shore und Davide Però, 86-104. Oxford: Berghahn Books.
- Yildiz, Erol. 2013. *Die weltoffene Stadt: Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht*. Bielefeld: transcript.
- Zandbergen, Dorien und Rivke Jaffe. 2014. »Participation: Citizenship, Democracy and Responsibilization.« *Etnofoor: Participation* 26 (2): 7-10. <https://www.jstor.org/stable/i40128737>.

Zajak, Sabrina und Ines Gottschalk. Hg. 2018. »Geflüchtetenmanagement in Deutschland: Konturen eines neuen Engagementfelds.« In *Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld: Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete*, hg. v. Ines Gottschalk und Sabrina Zajak, 7-19. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.

Dank

»Ihr, die ihr euch unverzagt mit der Verachtung plagt
Gejagt an jedem Tag, von euren Traumata
Die ihr jede Hilfe braucht, unter Spießbürgern Spießruten lauft
Von der Herde angestiert, mit ihren Fratzen konfrontiert
Die ihr nicht mehr weiter wisst und jede Zuneigung vermisst
Die ihr vor dem Abriss steht
Ihr habt meine Solidarität«¹

Dieses Buch ist in einer Zeit entstanden, in der Rassismus zu einer »Meinung« gemacht werden, in der »Gutmensch« ein Schimpfwort sein sollte, in der Fackelzüge und Reichsflaggen vor meinen Augen über große Plätze liefen und in der wieder Unterkünfte für Geflüchtete angezündet wurden. All diesen Hass wachsen zu sehen, aus Leipzig und aus Sachsen, war und ist für mich mit großer Bestürzung und oft auch mit dem Gefühl von Ohnmacht verbunden. Die Arbeit an dem Buch hat mir immer wieder Hoffnung gegeben, weil sie mir zeigte, dass viele Menschen täglich dafür arbeiten, dass all diese Entwicklungen nicht unwidersprochen bleiben und dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, dies zu tun. »*Vielleicht ist Solidarität die politische Form von Liebe.*« (Dirk von Lowtzow²) Und vielleicht ist diese das Einzige, das hilft gegen all den verbreiteten Hass. Daher war es mir wichtig, die Aufmerksamkeit auf die vielen Schultern zu lenken, die die positive Utopie einer offenen Gesellschaft durch ihre Handlungen und Ideen am Leben erhalten. Danke dafür! Euer Engagement hat auch mich durch diese Arbeit und diese Zeit getragen.

Ein ganz besonderer Dank gilt den Menschen, die mit mir im Rahmen meiner Feldforschung gesprochen haben, um diese Arbeit möglich zu machen. Danke an alle Interview-Partner*innen für ihr Vertrauen und ihre Offenheit, für ihre Perspektiven. Ihr Engagement und ihr Interesse am Forschungsfeld und an Leipzig haben mich immer wieder inspiriert. Danke, dass ihr/Sie eure/Ihre Wünsche,

1 Aus dem Lied »Solidarität« von Tocotronic, 2015.

2 Büttner, Melanie. 2015. »Es ist schwierig, über Sex zu singen, ohne sexistisch zu klingen.« Interview mit Dirk von Lowtzow. <https://www.zeit.de/kultur/musik/2015-04/tocotronic-rotess-album-liebe/komplettansicht>, (aufgerufen 15.12.2021).

Hoffnungen, eure/Ihre Verzweiflung und eure/Ihre Geschichten und Erfahrungen mit mir geteilt habt!

Daneben gibt es noch viele weitere Schultern, die diese Arbeit und mich beim Schreiben dieser Arbeit getragen und gefördert haben – sowohl finanziell als auch inhaltlich und persönlich. Auch dieses Buch kann als Assemblage verstanden werden, im Sinne einer Momentaufnahme von ineinandergreifenden, gleichzeitig und miteinander agierenden Personen, Institutionen und Perspektiven, die in der praktischen Entstehung durch ihre vielen konstituierenden Elemente beeinflusst wurde, und deren Erwähnung zum Gesamtbild einer solchen Forschungsarbeit dazu gehört.

Dieses Buch ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Januar 2021 an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenburg angenommen und im Juli 2021 verteidigt wurde. Meine Promotion wurde zunächst sechs Monate von der Graduiertenförderung des Landes Sachsen-Anhalt finanziell gefördert. Danach erhielt ich ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), die zudem diese Veröffentlichung finanziell unterstützte. Auch das ideelle Netzwerk und Seminarprogramm – insbesondere die Wissenschaftler*innen-Werkstätte, die Lesbos-Reise und der Kontakt zu anderen Promovierenden –, an dem ich als Stipendiatin der HBS teilnehmen konnte, hat mich in vielerlei Hinsicht sehr unterstützt. Für all dies möchte ich hier meinen großen Dank zum Ausdruck bringen.

Ganz besonders möchte ich meinen wissenschaftlichen Betreuer*innen Lale Yalçın-Heckmann und Asta Vonderau, sowie Thomas Hauschild danken. Mein besonderer Dank gilt dir Lale, für all die inhaltliche wissenschaftliche Unterstützung, dein Engagement für meine Arbeit und dafür, dass du an mich geglaubt hast in den vielen Jahren unserer Zusammenarbeit. Darüber hinaus danke ich Asta Vonderau für die inspirierenden Gespräche im Kolloquium, sowie Christoph Brummann für den Blick aufs Wesentliche und Markus Höhne für die Mensa-Gespräche und den wissenschaftlichen Support. Meiner Vertrauensdozentin bei der Hans-Böckler-Stiftung, Ursula Unterkofler, danke ich für ihre Bestärkung und ihre Empathie für die Herausforderungen, die Elternschaft im Promotionsprozess mit sich bringen kann.

Meiner Interpretationsgruppe danke ich für die Perspektivwechsel in der Analyse und Interpretation meines qualitativen Datenmaterials, ebenso danke ich allen Kolleg*innen für ihre Gedanken, Anregungen und Kritiken in Kolloquien und bei Vorträgen. Ich danke außerdem Emin Araz, Gül Akbal, Jonas Paintner, Mariam Demir und Sören Waack für all den Austausch und die Lektionen während und nach der Forschungsreise nach Lesbos.

Für die konstruktive Kritik an meinen Texten und/oder die ermutigenden Gespräche über meine Forschung und die Arbeit an diesem Buch danke ich Anett Schädlich, Anna Flocke, Cilia Lichtenberg, Ina Altmann, Katharina Kapitza, Kris

Vera Hartmann, Philippe Greif, David Jahr, René Steffen, Andreas Dohrn, Felix Schiedlowski, Klara-Aylin Wenten und Larissa Fleischmann. Ein nur schwer in Worte zu fassender Dank gilt meinen langjährigen Weggefährtinnen Anett, Anna, Cilia, Ina, Katha und Katharina Lindt für all den Austausch, den Galgenhumor, die Freude und die gemeinsamen Schreibexile. Alessandra, Marleen, Sophie, Tine und Wanda, sowie Jo und Stella danke ich für ihr Empowerment auf den letzten Metern.

Mein besonderer Dank für die zähe Formatierung der Dissertation, sowie für praktischen technischen Support und emotionalen Beistand bei allen weiteren technischen Rätseln gilt Josephine und Christoph Adamitz.

Zuletzt möchte ich mich für die vielen riesengroßen ›kleinen‹ Dinge bedanken, die die mühsame, kontinuierliche Unterstützung einer Doktorandin im Alltag bedeuten: Für das Kissen, das an meinem Arbeitsplatz vor den Stuhl gelegt wurde, weil ich so schnell kalte Füße bekomme; für das Essen das für mich gekocht; der Kaffee, der zubereitet wurde; die Kinderbetreuung... all die Care Arbeit, die ich nicht machen musste; die Hochs und Tiefs, die gemeinsam durchgestanden wurden... Zuallererst dir, Jos Lammerts, für all das und noch viel mehr! Meinen Eltern Ines und Uwe Adamitz, meinen Großeltern Ella und Klaus-Dieter Stange und Ursula Adamitz, und meinen Schwiegereltern Nel und Arie Lammerts für ihre Unterstützung in jedweder erdenklicher Hinsicht. Euch, Alfred, Anouk, Ella, Jonte und Mika, danke ich für eure Perspektiven auf die Welt und die vielen schönen Herausforderungen mit euch, die mich immer wieder ins Leben zurückgeholt haben.

Leipzig, Januar 2022

Ethnologie und Kulturanthropologie



Gerhard Schönhofer

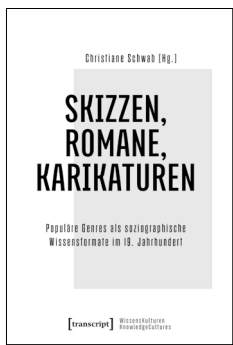
Ermächtigung durch Sichtbarkeit? Filmprojekte mit fluchterfahrenen Jugendlichen in Deutschland

Februar 2022, 352 S., kart.

40,00 € (DE), 978-3-8376-6061-6

E-Book:

PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-6061-0



Christiane Schwab (Hg.)

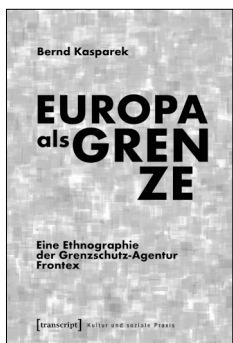
Skizzen, Romane, Karikaturen Populäre Genres als soziographische Wissensformate im 19. Jahrhundert

2021, 226 S., kart., 3 SW-Abbildungen, 14 Farbabbildungen

35,00 € (DE), 978-3-8376-5212-3

E-Book:

PDF: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5212-7



Bernd Kasperek

Europa als Grenze Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex

2021, 382 S., kart., 27 SW-Abbildungen

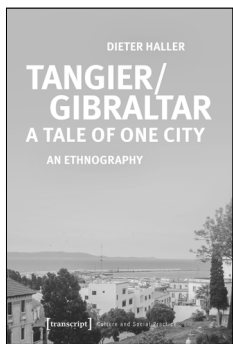
38,00 € (DE), 978-3-8376-5730-2

E-Book:

PDF: 37,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5730-6

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Ethnologie und Kulturanthropologie



Dieter Haller

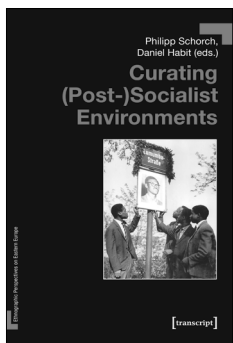
Tangier/Gibraltar – A Tale of One City An Ethnography

2021, 278 p., pb., ill.

32,00 € (DE), 978-3-8376-5649-7

E-Book:

PDF: 31,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5649-1



Philipp Schorch, Daniel Habit (eds.)

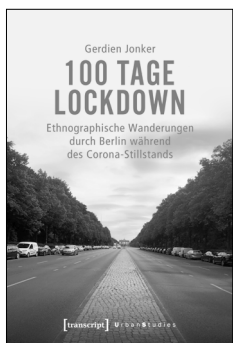
Curating (Post-)Socialist Environments

2021, 344 p., pb., ill.

40,00 € (DE), 978-3-8376-5590-2

E-Book:

PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5590-6



Gerdien Jonker

100 Tage Lockdown

**Ethnographische Wanderungen durch Berlin
während des Corona-Stillstands**

2021, 254 S., kart., 55 SW-Abbildungen

29,00 € (DE), 978-3-8376-5618-3

E-Book:

PDF: 27,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5618-7

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

